



Dänisches Insolvenzrecht

Aktuelle Entwicklungen und Internationale Aspekte

Bang-Pedersen, Ulrik Rammeskow

Published in:
Insolvenzrecht und Unternehmenssanierung

Publication date:
2017

Document version
Også kaldet Forlagets PDF

Citation for published version (APA):
Bang-Pedersen, U. R. (2017). Dänisches Insolvenzrecht: Aktuelle Entwicklungen und Internationale Aspekte. In E. Braun (Ed.), *Insolvenzrecht und Unternehmenssanierung : Jahrbuch 2018* (pp. 10-18). Schultze & Braun.



Insolvenzrecht und Unternehmenssanierung

Jahrbuch 2018



Schultze & Braun

Insolvenzrecht und Jahrbuch 2018 Unternehmenssanierung

IMPRESSUM

Dezember 2017

Haftungsausschluss: Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie die Aktualität aufgrund zwischenzeitlicher Änderungen wird keine Gewähr übernommen.

Herausgeber:
Schultze & Braun GmbH & Co. KG
Eisenbahnstraße 19–23
77855 Achern
Geschäftsführer: Achim Frank, Siegfried Wörner

Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und Speicherung in elektronischen Medien.

Redaktionelle Bearbeitung und juristisches Fachlektorat: Textbüro Erb, Ronja Erb, F – 67000 Straßburg
Korrektorat: Die Sprachkiste, Priska Schorlemmer, 68163 Mannheim

Satz: Der zweite Blick Kommunikationsdesign, Simone Schubert, 63579 Freigericht
Druck: Druckhaus Nomos, 76547 Sinzheim

ISBN: 978-3-9817768-6-7

Vorwort

Seit einigen Jahren werfen wir einen Blick auf ausländische Insolvenzrechte. In diesem Jahrbuch erläutert Professor *Ulrik Rammeskow Bang-Pedersen* aus Dänemark die wesentlichen Aspekte des dänischen Insolvenz- und Sanierungsrechts. Schwerpunkt seines Beitrags ist die große Insolvenzrechtsreform aus dem Jahr 2010, mit der ein völlig neues Reorganisationskonzept eingeführt wurde.

Unser zweiter Beitrag befasst sich mit der Frage, welche Veränderungen der Brexit für die Sanierungs- und Restrukturierungsbranche diesseits wie auch jenseits des Kanals haben könnte. Werden England und Wales nach dem Brexit weiterhin attraktiv sein hinsichtlich der Durchführung von Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren? Und wenn nicht, wo werden sich die Verfahren (Stichwort: Insolvenztourismus) hin verlagern? *Rüdiger Bauch* und *Dr. Christoph von Wilcken* haben Hypothesen für das Szenario nach dem Brexit aufgestellt.

Im Folgenden geht es um einen Vergleich der Gruppeninsolvenzregelungen der Europäischen Insolvenzverordnung (848/2015) mit den Regelungen, die im Entwurf der Bestimmungen für grenzüberschreitende Insolvenzen multinationaler Unternehmensgruppen von UNCITRAL, einer Organisation, die von der UN getragen wird und sich mit allen Aspekten des Rechts im internationalen Handel beschäftigt, stehen. *Dr. Annerose Tashiro* und *Dr. H. Philipp Esser* geben in ihrem Beitrag einen umfassenden Überblick über die beiden Regelungssysteme darüber, wie sie sich unterscheiden und ergänzen und welche Punkte noch offen sind.

Und ohne Steuern geht es nie: In ihrem Beitrag über die Entstehung und Besteuerung von Sanierungsgewinnen gehen *Arno Abenheimer* und *Sebastian Knabe* auf das vom Gesetzgeber kürzlich verkündete Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen ein und auf die Frage um dessen Inkrafttreten und die Rolle der Europäischen Kommission dabei.

In unserem Branchenbericht befassen wir uns mit der Automobilindustrie. Vor welche Herausforderungen wird sie angesichts neuer Trends (elektrischer Antrieb, autonomes Fahren, Robo-Taxis), gestellt und wie kann sie diese meistern? Drohen große IT-Unternehmen den Automobilzulieferern in Sachen Digitalisierung den Rang abzulaufen? *Volker Böhm* und *Felix Mogge* beschreiben in ihrem Beitrag, welche Hürden zu meistern sind, und wer voraussichtlich das Rennen machen wird und wer wohl auf der Strecke bleiben wird.

Den Serviceteil des Jahrbuches haben wir erweitert. Neben den Insolvenzstatistiken und den einschlägigen, aktuellen Gesetzestexten finden Sie nun auch Ablaufschemata zu verschiedenen Verfahrensarten, sowie Glossare mit englischen, französischen und italienischen Begriffen aus dem Insolvenzrecht. Beides wird in den kommenden Ausgaben fortgesetzt.

Achern, im Dezember 2017
Dr. Eberhard Braun
Rechtsanwalt – Wirtschaftsprüfer

Inhaltsverzeichnis



| | |
|---|----|
| 1. Teil..... | 9 |
| Dänisches Insolvenzrecht: aktuelle Entwicklungen und internationale Aspekte | 10 |
| <i>Von Prof. Dr. jur. Ulrik Rammeskov Bang-Pedersen, Universität Kopenhagen, Vorsitzender des dänischen Konkursrats</i> | |
| Brexit: die Zukunft des Insolvenztourismus von Unternehmen nach London (Teil 1). | 19 |
| <i>Von Rüdiger Bauch, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht, und Dr. Christoph von Wilcken, Rechtsanwalt</i> | |
| Damoklesschwert Sanierungsgewinn: die deutsche Sanierungslandschaft am Tropf der EU. | 26 |
| <i>Von Arno Abenheimer, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater, und Sebastian Knabe, Wirtschaftsjurist LL.B. und Steuerberater</i> | |
| Multinationale Gruppeninsolvenz innerhalb und außerhalb Europas | 37 |
| <i>Von Dr. Annerose Tashiro, Rechtsanwältin und Registered European Lawyer (London), und Dr. H. Philipp Esser, LL.M. (Chicago), Rechtsanwalt und Attorney-at-Law (New York State)</i> | |
| Automobilindustrie – eine Branche im Umbruch | 52 |
| <i>Von Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht, und Felix Mogge, Senior Partner bei Roland Berger</i> | |
| Übersicht über das Verbraucher- und das Nachlassinsolvenzverfahren. | 58 |
| <i>Von Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht</i> | |
| Insolvenzstatistiken | 62 |
| <i>Von Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht</i> | |
| – Unternehmensinsolvenzen Deutschland 2016 | 64 |
| – Unternehmensinsolvenzen Deutschland 1. Halbjahr 2017 | 64 |
| – Eröffnete Unternehmensinsolvenzen Deutschland 2007–2016 | 65 |
| – Eröffnete IN-Verfahren Deutschland 2016 | 66 |
| – Eröffnete IN-Verfahren Deutschland 1. Halbjahr 2017 | 68 |
| – Anzahl der Eigenverwaltungen seit Einführung des ESUG im März 2012 .. | 70 |
| – Ranking Top-10-Sozietäten 2016 | 71 |
| – Ranking Top-10-Sozietäten 1. Halbjahr 2017 | 71 |
| Insolvenzgerichte Deutschland und Standorte Schultze & Braun Rechtsanwaltsgesellschaft für Insolvenzverwaltung mbH. | 72 |
| Veranstaltungstermine zum Insolvenzrecht 2018. | 74 |
| Glossare | 78 |

| | |
|--|-----|
| 2. Teil | 83 |
| Reformüberlegungen zu einem vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahren, zur Effizienz des Insolvenzwesens und der Restschuldbefreiung | 84 |
| <i>Von Stefano Buck, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht</i> | |
| Insolvenzordnung (InsO) | 86 |
| Auszug aus dem Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO) | 156 |
| Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV) | 167 |
| Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) | 171 |
| Auszug aus dem Gesetz für Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) | 172 |
| Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG) | 173 |
| Auszug aus dem Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz – GenG) | 175 |
| Verordnung (EU) Nr. 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (EuInsVO) | 176 |
| Abkürzungsverzeichnis | 216 |
| Ansprechpartnerin | 221 |

Auch als eBook!

← www.schubra.de/jahrbuch →

Hier haben Sie die Wahl:

 ebup oder  PDF

↓ ↓

Laden. Lesen. Los!

1. Teil

Dänisches Insolvenzrecht: aktuelle Entwicklungen und internationale Aspekte

Von Prof. Dr. jur. Ulrik Rammeskov Bang-Pedersen, Universität Kopenhagen,
Vorsitzender des dänischen Konkursrats

I. Überblick

Das dänische
Insolvenzgesetz

Das dänische Insolvenzrecht wird durch das Konkursgesetz *Konkursloven* (im Folgenden: DKG) geregelt. Es gibt drei Verfahrensarten: Konkurs/Liquidation (*konkurs*), Reorganisation (*rekonstruktion*) und Schuldensanierung (*gældssanering*). Die Regeln für Konkurs und Reorganisation finden sowohl für natürliche als auch für juristische Personen Anwendung, das heißt, es gibt keine gesonderten Insolvenzregelungen für Unternehmen (mit Ausnahme von zahlungsunfähigen Banken). Die Normen für eine Schuldensanierung gelten nur für natürliche Personen.

Die Zuständigkeit für diese Insolvenzverfahren obliegt den Stadtgerichten (*Byretten*), und nicht speziellen Insolvenzgerichten. Ausgenommen davon ist der Großraum Kopenhagen, wo alle Insolvenzverfahren vor dem See- und Handelsgericht (*Sø- & Handelsretten*) verhandelt werden. Daher wird das See- und Handelsgericht auch gelegentlich als ein auf Insolvenzverfahren spezialisiertes Gericht angesehen, obwohl es auch für andere Rechtssachen zuständig ist. Vor dem Kopenhagener Gericht werden ca. 30 % aller Insolvenzverfahren entschieden.

Geschichte und
Entwicklung

Das DKG ist seit 1976 in Kraft. Es hat das im Jahr 1872 eingeführte Konkursgesetz abgelöst. In den vergangenen 40 Jahren wurde das DKG mehrfach überarbeitet und gilt heute als ein modernes Insolvenzsystem. Um das dänische Insolvenzgesetz auch in Zukunft kontinuierlich weiterentwickeln zu können, erhält die dänische Regierung seit 2001 Unterstützung durch den ständigen dänischen Konkursrat (*Konkursrådet*), der Vorschläge zu Änderungen des DKG unterbreitet und berät. Dem dänischen Konkursrat gehören u. a. Rechtswissenschaftler, Rechtsanwälte oder Beauftragte von Ministerien an. Das dänische Parlament folgt in den meisten Fällen seinen Empfehlungen.

1984 verabschiedete Dänemark als erster Staat auf dem europäischen Festland Regelungen zur Schuldensanierung für natürliche Personen. Diese Regelungen wurden 2004 überarbeitet. Die Reform zielte in erster Linie darauf ab, die Schuldensanierung für Unternehmer (mit dem Ziel eines Neuanfangs) zu vereinfachen und zu beschleunigen. Zudem sollte gewährleistet werden, dass die Bedingungen für eine Schuldensanierung in geringerem Maße davon abhängen, welches Urteil sich der in der Sache zuständige Einzelrichter bildet. Nach dänischem Recht wird der Schuldner in einem Insolvenzverfahren nicht automatisch von seinen Schulden befreit, sondern muss dazu ein Schuldensanierungsverfahren beantragen, in dem entschieden wird, ob der Schuldner die Voraussetzungen für eine Sanierung erfüllt. Dabei gilt grundsätzlich, dass ein zahlungsunfähiger Schuldner eine Schuldensanierung nur erreichen kann, wenn er einen Tilgungsplan vorlegt. Das Gericht entscheidet dann anhand der tatsächlichen Einkünfte und der Lebenshaltungskosten des Schuldners über die Dauer des Tilgungsplans.

und die Höhe der Tilgungsraten. Das Gericht kann eine Schuldensanierung aufgrund der Umstände, unter denen die Schulden entstanden sind, ablehnen, wenn die Schulden z. B. durch strafbare oder fahrlässige Handlungen verursacht wurden sind oder der Schuldner in seinen finanziellen Angelegenheiten grob fahrlässig gehandelt hat.

Ist der Schuldner ein Unternehmer und erfüllt er die Bedingungen für eine Schuldensanierung, legt das Gericht – nachdem es die Schuldensanierung gewährt hat – grundsätzlich einen dreijährigen Tilgungsplan fest. Der dänische Konkursrat prüft gegenwärtig weitere Reformen der Schuldensanierungsverfahrensregeln, um eine Schuldensanierung noch schneller zu ermöglichen.

Es ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass für Unternehmer in der Neufassung des DKG von 2013 bereits Regelungen zu einer so genannten Konkurs-Disqualifikation (*konkurskarantæne*) eingeführt worden sind. Diese Regelungen geben dem für das Insolvenzverfahren zuständigen Gericht die Möglichkeit, einen Beschluss zu erlassen, dem zufolge ein Mitglied der Unternehmensleitung, das bei der Leitung des inzwischen insolventen Unternehmens grob fahrlässig gehandelt hat, für einen bestimmten Zeitraum (in der Regel drei Jahre) von der Mitwirkung im Leitungsgremium eines Unternehmens ausgeschlossen wird. Der Ausschluss gilt demnach nicht nur für das betroffene Unternehmen. Vielmehr betrifft er die Mitwirkung in jedem Unternehmen. Eine Person, die einer Konkurs-Disqualifikation unterliegt, erhält keine Sanierung ihrer Schulden.

Im Jahre 2010 wurde das DKG umfangreich reformiert und die Regelungen zur Reorganisation wurden komplett neu gefasst. Die wichtigsten Aspekte dieser Reform werden im Folgenden dargestellt.

II. Reorganisation – die Reform von 2010

Die Reform von 2010 war nicht nur eine Anpassung der bestehenden Regelungen zur Reorganisation, sondern mit ihr wurde ein völlig neues Reorganisationskonzept in das DKG eingeführt. Das Hauptziel dieser Reform war, eine bessere Grundlage für die Rettung von in Finanzierungsnot geratenen Unternehmen zu schaffen. Insoweit sollte darauf hingewiesen werden, dass der Schwerpunkt der neuen Regelungen zur Reorganisation auf der Rettung der Geschäftstätigkeit liegt, was nicht unbedingt mit der Rettung des Schuldners (d. h. der juristischen Person, welche die Geschäftstätigkeit ausübt) gleichzusetzen ist. Daher wurde im DKG festgelegt, dass ein Reorganisationsplan aus einem der im Folgenden dargestellten Reorganisationsverfahrens bestehen kann (oder auch aus einer Kombination mehrerer Verfahren).

Ein Vergleich muss durch eine Mehrheit der Gläubiger und durch das Gericht bewilligt werden. Ein Vergleich darf nur für gewöhnliche, ungesicherte Forderungen (aber nicht z. B. für Masseansprüche) geschlossen werden. Eine gesicherte Forderung darf nur in dem Umfang realisiert werden, soweit der Schuldbetrag den Wert der Sicherheit übersteigt. Es wird nicht vorgeschrieben, dass ungesicherte Gläubiger in einem Vergleich eine bestimmte prozentuale Mindestdividende erhalten. Ein Vergleich kann z. B. in der Zahlung von lediglich 1 % von der

*Zwei Typen der
Reorganisation*

Zwangsvergleich

*Übertragung der
Geschäftstätigkeit
an eine andere
juristische Person*

Forderung an die ungesicherten Gläubiger bestehen. Wenn die vorgeschlagene Dividende jedoch niedriger ist als diejenige, die ungesicherte Gläubiger erwarten könnten, wenn das Unternehmen anstelle dessen in einem Konkursverfahren liquidiert werden würde, so wird das Insolvenzgericht den Vergleich ablehnen (das ist selbst dann der Fall, wenn er durch eine Mehrheit der Gläubiger unterstützt wird).

Dieses Reorganisationsmodell umfasst die Übertragung des gesamten (oder eines Teils des) Geschäftsbetriebs des zahlungsunfähigen Schuldners an einen anderen (solventen) Rechtsträger, bei dem es sich entweder um eine juristische oder eine natürliche Person handeln kann. Mit einer Übertragung wird der Geschäftsbetrieb vor den Gläubigern des Schuldners gerettet, da die Übertragung nicht die gewöhnlichen ungesicherten Verbindlichkeiten des Schuldners umfasst. Mit anderen Worten. Es wird mit einer Übertragung der Geschäftsbetrieb, nicht aber der Schuldner, gerettet. Der zuletzt genannte Aspekt ist dabei grundsätzlich unerheblich, da das öffentliche Interesse an einer Reorganisation darin besteht, den Geschäftsbetrieb (Arbeitsplätze usw.) zu erhalten. Nach Abschluss der Übertragung tritt der Schuldner in der Regel in ein Konkursverfahren ein. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine natürliche Person, kann er einen Antrag auf Schuldensanierung stellen. Dabei ist zu beachten, dass der Übertragungsempfänger nicht zwingend unabhängig von dem Schuldner (der übertragenden Partei) sein muss. Handelt es sich z. B. bei dem Schuldner um ein insolventes Unternehmen, so kann der Geschäftsbetrieb an ein Schwesterunternehmen (im Eigentum des gleichen Anteilseigners, dem das insolvente Unternehmen gehört) übertragen werden. Eine Übertragung darf nur mit der vorherigen Zustimmung durch eine Mehrheit der Gläubiger und durch das Gericht erfolgen. Auch der Betrag, den der Übertragungsempfänger für den Geschäftsbetrieb zahlen muss, muss genehmigt werden. Die Zahlung erfolgt an den zahlungsunfähigen Schuldner. Da der Schuldner jedoch in der Regel unmittelbar nach der Überweisung einem Konkursverfahren unterliegt, geht der gezahlte Betrag als Konkursdividende an die ungesicherten Gläubiger.

Das Reorganisationsverfahren

Der Vorschlag für einen Reorganisationsplan wird während des Reorganisationsverfahrens erarbeitet. Jeder zahlungsunfähige Schuldner kann einen Antrag auf ein Reorganisationsverfahren stellen. Handelt es sich bei dem zahlungsunfähigen Schuldner um eine Gesellschaftsform mit beschränkter Haftung, kann ein Gläubiger den Antrag auf ein Reorganisationsverfahren stellen, selbst wenn der Schuldner (bzw. die Geschäftsleitung) Einspruch erhebt.

Für Reorganisationsverfahren gelten eine Reihe von Regeln, um die laufende Geschäftstätigkeit des Schuldners und somit die Unternehmensfortführung zu schützen. Einzelansprüche von Gläubigern sowie Konkursanträge werden während des Reorganisationsverfahrens automatisch ausgesetzt. Grundsätzlich gilt diese Aussetzung auch für gesicherte Gläubiger, die daher nicht berechtigt sind, die Sicherheiten zu verwerten. Dabei gibt es Ausnahmen und Änderungen. So unterliegt z. B. die Aussetzung im Zusammenhang mit einer Hypothek oder Grundschild meist der Bedingung, dass der Schuldner während des Reorganisationsverfahrens weiterhin regelmäßige Hypothekenzahlungen leistet. Im Rahmen eines Reorganisationsverfahrens ist das Aufrechnungsrecht eines

Gläubigers in gleichem Maße außer Kraft gesetzt wie in einem Konkursverfahren. Eine vertraglich mit dem Schuldner verbundene Person ist auch weiterhin an den Vertrag gebunden und darf den Vertrag nicht aus dem einfachen Grund beenden, dass sich der Schuldner einem Reorganisationsverfahren unterziehen muss. Dieses Prinzip ist von erheblicher praktischer Bedeutung für den Erhalt des Geschäftsbetriebs des Schuldners, denn es gewährleistet, dass Lieferanten, Kunden, Leasinggeber und andere Vertragsparteien das Reorganisationsverfahren nicht als Vorwand für eine Vertragsbeendigung benutzen.

Während eines Reorganisationsverfahrens entstandene Schulden – z. B. im Rahmen einer Neufinanzierung – haben (in einem anschließenden Konkursverfahren) erste Präferenz, vorausgesetzt, dass die Verbindlichkeit mit Zustimmung des gerichtlich eingesetzten Reorganisationsverwalters eingegangen wurde (s. u.).

Mit Einleitung eines Reorganisationsverfahrens setzt das Gericht einen Reorganisationsverwalter (in der Regel einen auf Insolvenzrecht spezialisierten Rechtsanwalt) und einen Fachmann für Rechnungswesen, Bewertungen usw. (meist einen Buchhalter) ein. Die Aufgabe des Insolvenzverwalters besteht darin, sowohl den Schuldner während des Verfahrens zu unterstützen, als auch die Gläubiger vor Missbrauch und dergleichen zu schützen. Der Insolvenzverwalter berät den Schuldner über Möglichkeiten und Modelle der Reorganisation, unterstützt ihn bei Verhandlungen mit Gläubigern, erstellt einen Entwurf des Reorganisationsplans usw. Es ist auch Aufgabe des Insolvenzverwalters, den Schuldner zu überwachen. Der Schuldner hält zwar das Unternehmen weiterhin in Besitz; er darf aber ohne die Zustimmung des Reorganisationsverwalters keine wichtigen Entscheidungen treffen. Handelt es sich bei dem zahlungsunfähigen Schuldner um eine Gesellschaftsform mit beschränkter Haftung, können die Gläubiger (durch Mehrheitsentscheidung) bestimmen, dass der Reorganisationsverwalter (anstelle der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Vorstands) die Geschäftsführung des Schuldners übernimmt. Diese eben erwähnte Regelung war Gegenstand von einigen Diskussionen, in denen u. a. argumentiert wurde, dass durch sie gegebenenfalls die durch Satzung und EU-Recht geschützten Rechte der Gesellschafter verletzt werden könnten. Dieser Ansicht wurde durch andere Fachleuten widersprochen. Diese wiesen zu Recht darauf hin, dass die Alternative darin besteht, dass die Gläubiger (durch Mehrheitsentscheidung) den Vorschlag des Schuldners für einen Reorganisationsplan ablehnen würden, wodurch der Schuldner in ein Konkursverfahren einträte, bei dem der Konkursverwalter die Geschäftsführung des Unternehmens übernimmt. Es wurde jedoch nie behauptet – und das ist auch nicht der Fall –, dass diese Folge des Konkursverfahrens eine Verletzung der Gesellschafterrechte darstellt.

Ein Reorganisationsverfahren dauert maximal zwölf Monate. Wurde der Reorganisationsplan durch die Gläubiger und das Insolvenzgericht nicht während dieses Zeitraums bewilligt, tritt der Schuldner automatisch in ein Konkursverfahren ein (Liquidation).

Damit ein Reorganisationsplan rechtsverbindlich werden kann, muss die Zustimmung der Gläubiger und des Gerichts erlangt werden. Die Entscheidung über die Zustimmung oder Ablehnung durch die Gläubiger wird bei einem Gerichtstermin

*Zustimmung der
Gläubiger und des
Gerichts*

getroffen. Die Abstimmungsregeln sind relativ kompliziert; sie beruhen jedoch auf einigen allgemeinen Prinzipien:

- Ein Abstimmungsrecht haben nur Gläubiger, die von dem vorgeschlagenen Reorganisationsplan betroffen sind. Ein Gläubiger, der keine Dividende erwarten kann, unabhängig davon, ob der vorgeschlagene Plan bestätigt wird oder nicht, ist von dem Plan nicht betroffen.
- Gesicherte Gläubiger sind nur in dem Maße stimmberechtigt, soweit die gesicherten Verbindlichkeiten den Wert der Sicherheit übersteigen.
- Ein Gläubiger, der mit dem Schuldner eng verbunden ist (z. B. eine Muttergesellschaft), hat kein Stimmrecht.
- Ein Gläubiger ist nur stimmberechtigt, wenn er bei dem Gerichtstermin anwesend ist, um an der Abstimmung teilzunehmen, bzw. wenn der Gläubiger einer bei dem Termin anwesenden Person eine Abstimmungsvollmacht in seinem Namen erteilt hat.
- Der vorgeschlagene Plan gilt als durch die Gläubiger angenommen, sofern nicht eine Mehrheit (mehr als 50 %) gegen den Plan stimmt. Bei der Entscheidung des Gerichts, ob eine Mehrheit gegen den Plan ist, so ist nicht die Anzahl der abstimmenden Gläubiger, sondern die Höhe der geschuldeten Forderungen der abstimmenden Gläubiger ausschlaggebend. Wenn also ein Gläubiger z. B. eine Verbindlichkeit von 1.000.000 Stimmen zugunsten des Plans hält und neun Gläubiger jeweils eine Verbindlichkeit von 100.000 Stimmen halten und gegen den Plan abgeben, so ist der Plan bewilligt, da die Ansprüche der gegen den Plan stimmenden Gläubiger insgesamt 900.000 betragen, also 100.000 Stimmen weniger als die Anzahl der für den Plan stimmenden Gläubiger.

Zur Bestätigung eines Reorganisationsplans ist lediglich die einfache Mehrheit erforderlich und es werden nur die Stimmen der an der Abstimmung teilnehmenden Gläubiger gezählt. Diese beiden Prinzipien liegen darin begründet, dass die Mehrheit der Gläubiger entscheiden sollte, da diese am stärksten von der Entscheidung betroffen sind. Ihre Entscheidung sollte weder durch eine Minderheitsentscheidung blockiert werden können (selbst wenn es sich um eine große Minderheit von Gläubiger z. B. in Höhe von 49 % handelt), noch durch Gläubiger, die an der Abstimmung nicht teilnehmen. Um jedoch auch die Interessen der Minderheitsgläubiger zu wahren, muss ein Reorganisationsplan vom Gericht genehmigt werden, bevor der Plan rechtsverbindlich wird. Das Gericht kann einen durch die Gläubiger bewilligten Plan ablehnen, wenn die vorgeschlagene Dividende niedriger ist als diejenige, die ungesicherte Gläubiger erwarten könnten, wenn das Unternehmen anstelle dessen in einem Konkursverfahren liquidiert werden würde. Außerdem kann das Gericht den Reorganisationsplan ablehnen, wenn der Schuldner oder Dritte versucht haben, die Abstimmung zu beeinflussen, indem sie den Gläubigern zusätzlich zu den ihnen gemäß dem Reorganisationsplan zustehenden Zahlungen weitere Vergünstigungen angeboten haben.

Wurde ein Reorganisationsplan durch die Gläubiger und das Gericht bestätigt, so wird er für alle Gläubiger rechtswirksam. Dies gilt auch für Gläubiger, die an dem Reorganisationsverfahren nicht teilgenommen haben, sowie für Gläubiger, die gegen den Reorganisationsplan gestimmt haben.

Sollte ein vorgeschlagener Reorganisationsplan durch die Gläubiger (aufgrund einer Stimmenmehrheit gegen den Plan) nicht bewilligt werden, darf das Gericht den Plan nicht bestätigen, selbst wenn es feststellt, dass dies im besten Interesse der Gläubiger wäre.

Ungeachtet der Tatsache, dass im Jahr 2010 ein modernes Reorganisationssystem im DKG verankert wurde, erwies es sich in der Praxis leider nur als bedingt erfolgreich. Im Zeitraum von 2011 bis 2016 handelte es sich bei weniger als 5 % aller Unternehmensinsolvenzverfahren um Reorganisationen. Mehr als 95 % der Verfahren waren Konkursverfahren (Liquidationen). Es ist schwer zu sagen, was der Grund dafür ist; es gibt indes mehrere mögliche Erklärungen:

- Die Geschäftsleitung des Schuldners stellt nicht rechtzeitig den Antrag auf Reorganisation, sodass die Finanznot des Unternehmens zu groß ist, als dass eine Reorganisation noch praktikabel wäre.
- Seit der Finanzkrise sind Banken zurückhaltender mit Finanzierungsangeboten an zahlungsunfähige Unternehmen.
- Die Kosten eines Reorganisationsverfahrens (insbesondere für einen Reorganisationsverwalter) sind für kleine Unternehmen oft zu hoch. Bei den meisten Unternehmen in Dänemark handelt es sich jedoch um kleine Betriebe.
- Manche Schuldner bevorzugen es, mit ihren Gläubigern eine außergerichtliche Reorganisationsvereinbarung zu schließen, um z. B. einer öffentlichen Mitteilung aus dem Weg zu gehen.
- Die Regelungen zur Reorganisation durch Übertragung der Geschäftstätigkeit funktionieren aufgrund von Mitarbeitervorschriften nicht ausreichend gut. Der dänische Konkursrat hat bereits eine Überarbeitung der Vorschriften zur Stellung von Beschäftigten bei einer Insolvenz des Arbeitgebers vorgeschlagen. Die Reform wurde vom dänischen Parlament aber aus politischen Gründen noch nicht beschlossen.

Es sollte auch die Frage gestellt werden, was überhaupt als ein erfolgreiches Reorganisationssystem bezeichnet werden kann. Auf der einen Seite wäre es sicher kein Erfolg, wenn alle zahlungsunfähigen Unternehmen reorganisiert werden würden. In den meisten Fällen ist der Grund für eine Insolvenz nämlich, dass das Geschäftsmodell des Schuldners veraltet ist. Es gibt kein öffentliches Interesse daran, Unternehmen mit einem veralteten Geschäftsmodell zu erhalten, da diese letztendlich sowieso geschlossen werden. Solche Unternehmen mit einer Reorganisation vorübergehend am Leben zu erhalten, könnte ihnen eventuell sogar schaden, da dies zu unlauterem Wettbewerb führen könnte. Auf der anderen Seite ist ein Anteil von nur weniger als 5 % Reorganisationen ein

*War die Reform
ein Erfolg?*

Anzeichen dafür, dass zu wenige zahlungsunfähige Unternehmen gerettet werden, wobei man jedoch nicht vergessen sollte, dass eine Rettung auch mithilfe einer außergerichtlichen Einigung mit den Gläubigern erfolgen kann.

III. Grenzübergreifendes Insolvenzrecht

*Dänemark und die
EU-Gesetze zur
Insolvenz*

Dänemark ist zwar ein EU-Mitgliedstaat; es gelten jedoch bestimmte Ausnahmen vom EU-Vertrag. Dänemark unterliegt nicht den Bestimmungen des EU-Vertrages über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, sodass die EU-Verordnung über Insolvenzverfahren in Dänemark keine Anwendung findet. Nichtsdestotrotz nimmt Dänemark umfassend am EU-Binnenmarkt teil und es gelten auch hier die EU-Rechtsvorschriften zum EU-Binnenmarkt, z. B. die Abwicklungsrichtlinie (BRRD) zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, die Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers sowie die Richtlinie zu Finanzsicherheiten. Auch ist zu beachten, dass der aktuelle EU-Vorschlag für eine Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance usw. ebenfalls unter die Regelungen des EU-Binnenmarktes fallen und demnach für Dänemark gelten soll. Es scheint so, als ob Ausnahmeregelungen Dänemarks vom EU-Vertrag im Zusammenhang mit dem europäischen Insolvenzrecht in der Praxis lediglich dazu geführt haben, dass Dänemark nicht unter die EU-Verordnung über Insolvenzverfahren fällt.

*Das skandinavische
Konkursüber-
einkommen*

Dänemark ist eine Vertragspartei des 1933 geschlossenen skandinavischen Konkursübereinkommens. Das Übereinkommen ist seit mehr als 80 Jahren in Kraft und wurde bislang nur geringfügig geändert. Mit dem Übereinkommen wird gewährleistet, dass die in einem anderen skandinavischen Vertragsstaat (Schweden, Finnland, Norwegen und Island) eröffneten Konkursverfahren anerkannt und vollstreckt werden. Das Übereinkommen beruht auf dem Universalitätsprinzip von Insolvenzverfahren, wodurch die automatische Anerkennung ohne das Erfordernis eines lokalen dänischen Nebenverfahrens geregelt ist.

Was die Rechtswahl anbetrifft, findet laut Übereinkommen prinzipiell die *lex concursus* des Staates Anwendung, in dem das Insolvenzverfahren geführt wird. Die grundsätzliche Anwendung der *lex concursus* gilt auch für die Frage, ob eine vorkonkursliche Verfügung vermeidbar ist. Eine Ausnahme besteht hinsichtlich der dinglichen Rechte, da die Gültigkeit usw. derartiger Rechte generell durch die *lex rei sitae* bestimmt wird.

*Anerkennung
eines Insolvenz-
verfahrens (mit
Ausnahme
Skandinaviens)*

Wie bereits erwähnt, unterliegt Dänemark nicht der Europäischen Insolvenzverordnung. Daher wird die Anerkennung und Vollstreckung von außerhalb der skandinavischen Länder eingeleiteten Insolvenzverfahren nach lokalem dänischen Recht entschieden. Dänemark hat weder das Musterrecht von UNCITRAL zur grenzübergreifenden Insolvenz eingeführt, noch ist nach dänischem Recht ausdrücklich geregelt, wie in Fragen der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Insolvenzverfahren zu entscheiden ist. Obwohl das Justizministerium durch das DKG ermächtigt wurde, eine Verordnung zur Regelung der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Insolvenzverfahren zu erlassen, ist ein solcher Erlass nie erfolgt. Einer der Gründe dafür ist wahrscheinlich, dass der

Justizminister abgewartet hat, ob Dänemark unter die Regelungen der Europäischen Insolvenzverordnung fallen würde. In den vergangenen zehn Jahren gab es mehrere Gelegenheiten, bei denen dies hätte eintreten können. Inzwischen ist dies jedoch unwahrscheinlich geworden, nachdem sich Dänemark in dem Referendum von 2015 gegen die engere Zusammenarbeit mit den europäischen Polizei- und Justizbehörden ausgesprochen hat.

Die Tatsache, dass es nach dänischem Recht keine ausdrücklichen Bestimmungen zur Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Insolvenzverfahren gibt, bedeutet nicht, dass solche ausländischen Rechtsverfahren nicht anerkannt werden. Es ist vielmehr den dänischen Gerichten überlassen zu entscheiden, inwieweit eine Anerkennung und Vollstreckung gerechtfertigt ist. Im Jahre 1929 entschied der dänische Oberste Gerichtshof, dass ein ausländisches Insolvenzverfahren nicht zur Folge hat, dass ein Einzelgläubiger nicht die dänischen Vermögenswerte des Schuldners beschlagnahmen darf. In späteren Entscheidungen der untergeordneten Gerichte wurde diesem Prinzip gefolgt, obwohl es auch kritische Stimmen von Rechtswissenschaftlern dazu gab.

Im Jahre 2014 – zum ersten Mal seit 1929 – sollte das dänische Oberste Gericht eine Entscheidung über die Gültigkeit eines ausländischen Insolvenzverfahrens treffen. In der Sache ging es um die *Phoenix Kapitaldienst GmbH*, gegen die in Deutschland ein Insolvenzverfahren eingeleitet worden war. Das dänische Oberste Gericht befasste sich nur mit einem Aspekt dieser Sache, und zwar mit der Frage, ob die vor dem Phoenix-Konkurs an dänische Anleger geleisteten Zahlungen vermeidbar gewesen waren und daher an die Insolvenzmasse in Deutschland zurückgezahlt werden müssten. In dem deutschen Insolvenzverfahren wurde geltend gemacht, dass diese Frage nach deutschem Insolvenzrecht entschieden werden sollte und dass die Bedingungen für eine Vermeidung nach deutschem Insolvenzrecht gegeben waren. Die dänischen Anleger dagegen wollten die Frage der Vermeidung nach dänischem Insolvenzrecht entschieden haben. Die deutsche Insolvenzmasse und die Anleger waren sich darin einig, dass die Zahlungen an die Anleger nicht hätten vermieden werden können, wenn die Frage der Vermeidung nach dänischem Insolvenzrecht entschieden wird.

Das dänische Oberste Gericht stellte fest, dass die Vermeidungsfrage nach deutschem Insolvenzrecht entschieden werden sollte und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass damit eine Gleichbehandlung der Gläubiger gewährleistet werden würde und dass die Inhalte des deutschen Insolvenzrechts nicht prinzipiell als im Widerspruch mit dem dänischen Ordre Public stehend betrachtet werden könnten. Das Oberste Gericht kam weiterhin zu dem Schluss, dass die Bedingungen des deutschen Insolvenzverfahrens zur Vermeidung erfüllt waren. Es ist fraglich, ob die Entscheidung des Obersten Gerichts als prinzipielle Anerkennung von ausländischen Insolvenzverfahren angesehen werden kann. Dies liegt darin begründet, dass die Anleger – erstaunlicherweise – nicht vorgebracht hatten, dass das deutsche Insolvenzverfahren nicht anerkannt werden sollte, sondern sich anstelle dessen nur auf die Frage der Rechtswahl in Bezug auf die Vermeidung konzentriert hatten. Daher enthielt das Urteil des Obersten Gerichts weder eine Entscheidung darüber, ob ausländische Insolvenzverfahren generell anerkannt werden müssen, noch darüber, ob die Ansprüche von Einzelgläubigern durch ausländische Insolvenzverfahren

ausgesetzt werden. Diese Fragen bleiben ungeklärt und werden möglicherweise Gegenstand von künftigen Verfahren sein. Sollte z. B. ein ausländisches Insolvenzverfahren gegen eine ausländische Fluggesellschaft eingeleitet werden, könnte ein Einzelgläubiger gegebenenfalls versuchen, die im Flughafen Kopenhagen befindlichen Flugzeuge sicherzustellen. Es könnte sein, dass die dänischen Gerichte einen derartigen Beschlagnahmungsantrag ablehnen, da dieser dem Prinzip der Gleichbehandlung von Gläubigern widersprechen würde.

IV. Künftige Entwicklungen des dänischen Insolvenzrechts

Für das dänische Insolvenzrecht besteht weiterhin Reformierungsbedarf, u. a. wäre eine Überarbeitung der rechtlichen Regelungen grenzübergreifender Insolvenzen erforderlich.

In den vergangenen zehn Jahren unterbreitete der dänische Konkursrat mehrere Reformvorschläge zum dänischen Insolvenzrecht und wird auch weiterhin Änderungsvorschläge machen. Wie bereits erwähnt, prüft der Konkursrat gegenwärtig z. B. eine Reform der Regelungen des DKG zur Schuldensanierung von Unternehmen. In Zukunft werden aber auch von der EU Reforminitiativen ausgehen. Wenn der EU-Vorschlag für eine Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance usw. mit den ursprünglich (im November 2016) vorgeschlagenen Inhalten verabschiedet wird, so wäre eine Änderung des dänischen Insolvenzrechts nicht erforderlich. Die vorgeschlagene Richtlinie könnte mit nur wenigen Anpassungen der Regelungen des DKG zu Reorganisations- und Schuldensanierungsverfahren in dänisches Recht umgesetzt werden. Es könnte jedoch durchaus sein, dass die EU-Richtlinie nur ein erster Schritt hin zu einer weiteren europäischen Harmonisierung des Insolvenzrechts ist, welche letztendlich dann doch größere Anpassungen des dänischen Insolvenzrechts erforderlich machen würde. Bei Durchsicht der vorgeschlagenen Richtlinie erhält man den Eindruck, die EU-Kommission sei der Ansicht, dass jegliche Harmonisierung des Insolvenzrechts mit einem Verweis auf die Regelungen des EU-Binnenmarktes gerechtfertigt werden könnte. Das ist jedoch zu kurz gegriffen. Manche Elemente des Insolvenzrechts könnten auf das Funktionieren des Binnenmarkts Einfluss haben, aber auf keinen Fall alle. Es ist z. B. nur schwer nachzuvollziehen, warum die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen der Mitgliedstaaten zur Frage, wann ein überschuldeter Unternehmer vollständig von seinen Verpflichtungen befreit wird, Auswirkung auf das Funktionieren des Binnenmarkts haben sollten. Wenn die künftigen Anpassungen des Insolvenzrechts zu einer vollständigen Harmonisierung führen, könnte dies die weiteren Entwicklungen des dänischen Insolvenzrechts behindern. In Dänemark gibt es aber eine lange Tradition zur fortlaufenden Modernisierung des Insolvenzrechts. Aus dänischer Sicht ist die EU-Harmonisierung daher bedenklich.



Prof. Dr. jur. Ulrik Rammeskov Bang-Pedersen ist Professor für Insolvenzrecht an der Universität Kopenhagen. Er ist Vorsitzender des dänischen Konkursrats sowie Mitglied des Gremiums Finansiell Stabilitet (Verfahren zu insolventen Banken) und Mitglied des Internationalen Insolvenzinstituts.
E-Mail: ulrik.rammeskov.bang-pedersen@jur.ku.dk

Brexit: die Zukunft des Insolvenztourismus von Unternehmen nach London (Teil 1)¹

Von Rüdiger Bauch, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht, und
Dr. Christoph von Wilcken, Rechtsanwalt

I. Rechtslage vor dem Brexit

Bereits seit 1993 existiert der europäische Binnenmarkt als der gemeinsame Markt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Basis dieses Binnenmarktes besteht aus vier Grundfreiheiten: dem freien Warenverkehr, der Personenfreizügigkeit, der Dienstleistungsfreiheit sowie dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr.

Die Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes hatte für Unternehmen, sofern sie nicht innerhalb dieses Binnenmarktes die Ländergrenzen für die Arbeitsaufnahme oder für unternehmerische Zwecke nutzten, zunächst keine Auswirkungen. Das änderte sich, als der Europäische Gerichtshof im Centros-Urteil² entschied, dass die Personenverkehrsfreiheit innerhalb der Europäischen Union auch die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen beinhaltet.

Im Centros-Urteil ging es um folgenden Sachverhalt: Ein dänisches Ehepaar hatte eine englische *Private Limited Company (Ltd.)* gegründet, um damit in Dänemark tätig zu werden. Grund hierfür war, dass das Mindesthaftkapital einer solchen Gründung in England niedriger war als in Dänemark. Die daraufhin ergangene EuGH-Entscheidung war Anlass für viele Unternehmen – unabhängig von ihrer statuarischen Rechtsform –, in anderen Ländern des Binnenmarktes tätig zu werden oder aber Gesellschaften unter der Geltung einer anderen Rechtsordnung zu gründen, um rechtliche Vorteile in Anspruch zu nehmen und damit auf dem Heimatmarkt Unternehmen entgegenzutreten, die die dort üblichen Rechtsformen hatten. In Deutschland kam es damals daraufhin einem Run auf die Rechtsform der *Private Limited Company* („Limited“). Die einfache und schnelle Möglichkeit zur Gründung, insbesondere aber auch das Mindestkapital von nur einem Pfund, waren verlockend im Vergleich zur deutschen GmbH.

Später ergangene Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs („Überseering“ und „Inspire Art“) festigten diese Rechtsprechung. Erst mit der Einführung der „Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“ im Jahr 2008 ging die Gründung solcher Limiteds durch deutsche Unternehmer deutlich zurück.

Nach diesem europa-gesellschaftsrechtlichen Startschuss bedurfte es dann nur noch der insolvenzrechtlichen Weiterentwicklung. Am 31. Mai 2002 trat daher die Europäische Insolvenzverordnung (EuInsVO) in Kraft. Damit konnten Unternehmer nicht nur mit jeder als vorzugswürdig empfundenen Rechtsform im gesamten Binnenmarkt tätig werden, sondern im Fall einer notwendigen

*Wegweisend:
die Centros-
Entscheidung*

*Insolvenzrechtliche
Weiterentwick-
lung der Centros-
Entscheidung*

¹ Dieser Beitrag wird im Jahrbuch 2019 fortgesetzt werden.

² EuGH vom 9. März 1999, Rechtssache C-212/97.

Warum England
und Wales?

Sanierung oder auch des endgültigen Scheiterns eines Unternehmens kam Bewegung in die Frage, welche Rechtsordnung aus Sicht der bestimmenden Personen – in der Regel die handelnden Organe und Gesellschafter – vorteilhaft ist.

Prägender Gedanke der EuInsVO ist das Universalitätsprinzip. Ein nach Art. 3 Abs. 1 EuInsVO eröffnetes Hauptinsolvenzverfahren erfasst demnach grundsätzlich das gesamte Vermögen eines Schuldners, unabhängig davon, wo es belegen ist. Gleichzeitig verhindert ein solches eröffnetes Hauptinsolvenzverfahren – mit Ausnahme sehr seltener Sekundärverfahren – die Eröffnung von Insolvenzverfahren in anderen teilnehmenden Rechtsordnungen.

Aus Sicht der handelnden Personen ist es vorteilhaft, das Restrukturierungs- oder Insolvenzverfahren im Rahmen einer Rechtsordnung durchzuführen, deren Haftungstatbestände überschaubar sind, deren Verfahrenseinleitung schnell und berechenbar ist und wo eine Restrukturierungskultur vorhanden ist (Kultur der „second chance“). All dies traf auf England und Wales zu – im Unterschied zum damaligen deutschen Rechtsstatut.

Zwar war 2002 die Insolvenzordnung schon drei Jahre in Kraft und es bestand die Möglichkeit eines Insolvenzplans und – auf dem Papier – auch die der Eigenverwaltung; aus der Perspektive der handelnden Organe hielt die deutsche Rechtsordnung jedoch auch eine Vielzahl von Negativelementen bereit. Neben erheblichen insolvenz- und strafrechtlichen Haftungsansprüchen, einer zum damaligen Zeitpunkt für Gesellschafter schwer nachvollziehbaren Haftung aus Eigenkapitalersatzrecht,³ und dem häufig vorzufindenden gerichtlichen Unwillen bei der Nutzung der neuen Instrumente Insolvenzplan und Eigenverwaltung, fehlte es in den Köpfen vieler Marktteilnehmer (und Berater) auch an einer Restrukturierungskultur. So wurde die Eigenverwaltung von einem der damals führenden Insolvenzverwalter in einem Aufsatz mit dem Argument verrissen, man mache den Bock zum Gärtner. Vielmehr stand Haftungsverwirklichung im Vordergrund; und wollte man den Gang zum Insolvenzrichter binnen der für Kapitalgesellschaften mit drei Wochen kurz gehaltenen Frist verhindern, bedurfte es des einstimmigen Votums aller Gläubiger und man benötigte dann einen Forderungsverzicht.

Folge: Forum
Shopping

In den Folgejahren erkannten viele Berater den sich aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und der europäischen Gesetzgebung ergebenden Weg des *Forum Shoppings*. Konnte ein Unternehmen nachweisen, dass der Schwerpunkt seiner wesentlichen Interessen (*Center of main interest*, kurz: *COMI*) auf dem Territorium eines Mitgliedstaats lag, so konnte dessen Restrukturierungs- und Insolvenzrecht genutzt werden.

Hilfreich war nach der Rechtsprechung auch, dass darauf abgestellt wurde, wo die wesentlichen Unternehmensentscheidungen getroffen wurden. Es hieß: „*The brain matters, not the muscles*.“ So konnte die Verlagerung eines wenig köpfigen

³ Das wurde erst im Jahr 2008 durch das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) geändert.

Exekutivorgans die internationale Zuständigkeit ändern, auch wenn Hunderte oder Tausende Mitarbeiter an ihrem bisherigen Arbeitsplatz verblieben.⁴

Als eines der ersten, bekannten deutschen Unternehmen suchte im Jahr 2004 die *VDN Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG* ihr Heil in England. Im Rahmen einer angestrebten Sanierung war ein Teil des Geschäfts an eine britische Limited veräußert worden. In England wurde parallel zum deutschen Insolvenzverfahren über die hier verbliebene Restgesellschaft ein Administrationsverfahren eröffnet. Im Jahr 2008 war die *DNick Holding*, wie sie nun hieß, bereits wieder dividendenfähig. Hintergrund war eine zum damaligen Zeitpunkt in Deutschland nicht mögliche Umwandlung von Forderungen in Kapital (*Debt-to-Equity-Swap*), für die sich bei der *DNick Holding* 95 % der Gläubiger entschieden hatten.

Kurz danach gelang dasselbe bei dem Automobilzulieferer *Schefenacker*, wo sich auch in einem Insolvenzverfahren nach englischem Recht ein ausreichendes Gläubigerquorum für einen *Debt-Equity-Swap* ausgesprochen hatte.

Insbesondere Unternehmen mit Anleihegläubigern, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sahen, die Bedienung der Schuldverschreibung nachzuverhandeln, erkannten die Vorteile des englischen *Scheme of Arrangement (SoA)* im Rahmen eines vorinsolvenzlichen Sanierungsversuchs. Der wesentliche Vorteil hierbei war, dass die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der Anleihegläubiger genügte. Um dieses Vehikel des englischen Rechts zu nutzen, war nicht einmal die Verlegung des wirtschaftlichen Hauptsitzes nach England erforderlich; es genühten bereits Anknüpfungspunkte, z. B. aus einem Kreditvertrag. Dies gelang bei bekannten deutschen Unternehmen wie *TeleColumbus*, *Primacom* und *Rodenstock*.

Aber nicht nur für Unternehmen war die Flucht in das englische Restrukturierungs- und Insolvenzrecht reizvoll. Während die Insolvenz der natürlichen Person mit anschließender Restschuldbefreiung in Deutschland grundsätzlich sechs Jahre dauert,⁵ kann die Restschuldbefreiung für natürliche Personen in England bereits nach zwölf Monaten erreicht werden. Um allerdings aus Schuldnersicht die Vorzüge des englischen Insolvenzrechts genießen zu können, bedarf es der vorherigen – ernsthaften – Verlagerung des Lebensmittelpunkts nach England oder Wales. Eine Vielzahl hilfsbereiter Agenturen und Berater, die sich auch heute noch im Internet mühelos finden lassen, hilft dabei mit All-inclusive-Paketen wie Anschrift, Bankverbindung, Telefon und was man sonst braucht, um den Richter von der Ernsthaftigkeit des Antrags zu überzeugen.⁶

Debt-to-Equity-Swap

*Englisches
Insolvenzrecht
auch für
natürliche
Personen
interessant*

⁴ Anzumerken ist insoweit, dass die Neufassung der EulnsVO, in Kraft getreten im Juni 2017, die Möglichkeiten des *Forum Shopping* etwas einschränkt. Zur Bestimmung des *COMI* kommt es nach dem Verordnungstext vor allem auch darauf an, dass für die Gläubiger des Unternehmens der *COMI* sich aus für Dritte erkennbaren Tatsachen ergibt, die ermittelt werden müssen. Bei diesen Dritten handelt es sich insbesondere um die Geschäftspartner des schuldnerischen Unternehmens. Nicht zu berücksichtigen bei der Bestimmung des *COMI* ist in der Neufassung der EulnsVO auch der sonst vorrangig zu bewertende Registersitz der Gesellschaft, wenn dieser innerhalb von drei Monaten vor Antragstellung verlegt worden ist.

⁵ Daran hat sich auch nach der insoweit untauglichen Reform der Privatsolvenz im Jahr 2014 nichts geändert.

⁶ Der Insolvenztourismus ist oft heftig kritisiert worden. Lesenswert hierzu z. B. die Besprechung einer Entscheidung des *High Court of Justice Birmingham*, in dem die Restschuldbefreiung eines deutschen Notars durch ein englisches Gericht nachträglich annulliert worden ist (*Goslar*, NZI 2012, S. 912 ff.).

II. Rechtslage nach dem Brexit?

Von dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden zweifellos auch die rechtlichen Regelungen betroffen sein, die England und Wales zu dem attraktiven Sanierungsstandort gemacht haben, wie er oben beschrieben wurde. Insbesondere die Insolvenz- und Sanierungsberater in London schauen mit Sorge auf diese Entwicklung. Verschiedene Zukunftsszenarien werden entworfen, die allesamt unter dem Vorbehalt des konkreten Verhandlungsausgangs über den Brexit stehen.

Limited wäre als OHG zu behandeln

Auch der zeitweise Exportschlager der *Limited* wird betroffen sein. Zwar ist der Hype auf die *Limited* als Rechtsform auf dem Kontinent schon längst vorüber; die Ungewissheit über die weitere Entwicklung des Brexits wird ihr in Deutschland aber voraussichtlich gänzlich den Garaus machen. Eine Anerkennung der *Limited* als Rechtsform für im Inland ansässige Gesellschaften war, wie bereits erwähnt, nur aufgrund der für die Europäische Union geltenden Niederlassungsfreiheit durchgesetzt worden. Die ursprüngliche Auffassung des Bundesgerichtshofs, nach der die *Limited* bei Übersiedlung nach Deutschland ihr Rechtskleid verlor, war aufgrund des europäischen Primärrechts nicht mehr zu halten gewesen.

Die Ansicht des Bundesgerichtshofs könnte nun wieder aktuell werden. Eine *Limited* könnte sich dann bei einem nach Deutschland verlagerten Verwaltungssitz nicht mehr auf ihren Vertragsstatus berufen. Die *Limited* wäre in der Regel als OHG zu behandeln. Die unangenehme Folge für die Gesellschafter wäre der Wegfall der Haftungsbegrenzung; sie würden dann unbeschränkt mit ihrem Vermögen haften. Bei einer Insolvenz wäre ein deutsches Insolvenzgericht zuständig.

Sanierungsoptionen bestehen weiterhin

Für die Sanierungsoptionen des englischen Rechts mag der Austritt bei näherer Betrachtung weniger dramatische Auswirkungen haben. Allerdings werden schon die zusätzlichen Unsicherheiten Entscheidungsträger auf dem Kontinent davon abhalten, von den englischen Sanierungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Darüber hinaus steht die Rolle Londons als europäisches Sanierungszentrum in engem Zusammenhang mit seiner Rolle als europäisches Finanzzentrum. Je mehr die Stadt diese Stellung aufgrund des Brexits einbüßen wird, desto stärker wird auch das Sanierungsgeschäft betroffen sein.

Forum Shopping erschwert

Ein *Forum Shopping* mit Hilfe der Verlegung des eigenen *COMI* nach England sollte, wenn die EulnsVO nach Beendigung der Verhandlung in England und Wales keine Anwendung mehr findet, in der Tat erschwert sein. Denn statt eines automatischen Anerkenntnisses, wie es bisher nach der EulnsVO vorgesehen war, wenn in einem anderen Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, würde dann eine Prüfung durch ein deutsches Gericht erforderlich sein. Dieses Gericht würde nach dem Spiegelbildprinzip darauf abstellen, in wessen internationale Zuständigkeit das Verfahren nach den deutschen Vorschriften fiele. Dies wäre nach ähnlichen Kriterien zu entscheiden, wie sie auch nach den Regeln der EulnsVO zum *COMI* gelten. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Versuch eines *Forum Shoppings* in England von einem deutschen Gericht kritischer gesehen wird, als dies bisher von den englischen Gerichten praktiziert wurde.

Es soll an dieser Stelle aber nicht verschwiegen werden, dass die englischen Gerichte sich in der Vergangenheit bei offensichtlichem *Forum Shopping* für unzuständig erklärt haben. So scheiterte der Versuch, die Zuständigkeit nach England zu verlagern, im Falle der *Hans Brochiers Holdings Ltd.* bereits im Jahre 2006, nachdem der bestellte englische Verwalter das Gericht darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der *COMI* des Unternehmens nahe Nürnberg und nicht in London lag. Die Voraussetzungen für die Begründung der internationalen Zuständigkeit unterscheiden sich nach deutschem internationalen Insolvenzrecht eher geringfügig von denen der EulnsVO. Allerdings sieht man auch in England, allein weil man sich sonst bei europaweit aufgestellten Konzernen von einer Vielzahl nationaler Entscheidungen abhängig macht, dass eine Fortgeltung der Verordnung für den Sanierungsstandort London erstrebenswert ist. Tatsächlich wird dort für eine Fortgeltung der EulnsVO nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs geworben. Dies mag nun, da die *May*-Regierung von der ursprünglichen Forderung, das Königreich vollständig aus der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofs zu lösen, abzurücken scheint, sogar Auftrieb bekommen. Allerdings stellt man auch jenseits des Kanals resigniert fest, dass die Europäische Union aufgrund der bisherigen Erfahrungen nicht sonderlich an dieser Lösung interessiert sein dürfte.

Man ist sich in London durchaus bewusst, dass von den anderen Mitgliedstaaten der Sanierungstourismus nach England kritisch gesehen wird. Dies trifft insbesondere auch für Restrukturierungen nach dem englischen Gesellschaftsrecht, sprich durch das *solvent Scheme of Arrangements (SoA)*, zu. Tatsächlich trat bei den Arbeiten zur jüngsten Reform der EulnsVO klar zutage, dass die anderen Mitgliedstaaten gerne die Aufnahme des *SoA* unter den Geltungsbereich der Verordnung gesehen hätten. Damit wäre es nur bei entsprechendem *COMI* des zu sanierenden Unternehmens in England oder Wales anwendbar gewesen. Diese Diskussion wird sich durch den Brexit voraussichtlich erledigen. Die Frage ist nur, ob sich hierdurch auch das *SoA* aus der europäischen Sanierungsszene gleich mit verabschiedet. Auch hier ergibt sich eine ganze Reihe von Unsicherheiten, die darauf hindeuten, dass dieses Sanierungsinstrument in Zukunft weniger attraktiv sein dürfte. Bisher ist es in Deutschland zu keiner höchstrichterlichen Entscheidung gekommen, die über die Anerkennung der Regelung eines *SoA* entschieden hätte. Bei seiner Entscheidung zu *Equitable Life* im Jahr 2012 konnte der Bundesgerichtshof diese Frage im Ergebnis offen lassen. Aus der Begründung der Entscheidung wird aber deutlich, dass der Bundesgerichtshof die erforderliche Bestätigung des *SoA* durch ein englisches Gericht grundsätzlich als eine Entscheidung im Sinne der EuGVVO, also derjenigen EU-Verordnung, in der die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen zwischen den Mitgliedstaaten geregelt ist, ansieht. Eine Verordnung also, von der man ausgehen muss, dass sie nach Austritt des Vereinigten Königreichs für dort getroffene Entscheidungen jedenfalls bei einem sogenannten harten Brexit nicht mehr zur Anwendung kommen wird.

In den Genuss der Fortgeltung einer, dieser Verordnung entsprechenden Regelung könnte das Vereinigte Königreich über das Lugano-Übereinkommen gelangen, wenn es diesem Übereinkommen beitreten oder Mitglied der EFTA werden würde. Hierfür müssten aber die jeweiligen Vertragspartner zustimmen.

*Fortgeltung der
EulnsVO?*

*Zukunft des
Scheme of
Arrangements?*

*Richtlinie über
präventive
Restrukturierungsrahmen*

Ein Anerkenntnis des SoA über die Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Urteile in der ZPO herzuleiten, wäre dagegen schwierig, da für die Frage der internationalen Zuständigkeit wiederum das Spiegelbildprinzip zur Anwendung kommen würde. Hier wären zunächst mehrere Rechtsfragen zu klären, bevor die internationale Zuständigkeit eines englischen Gerichts begründet werden könnte. Das Problem besteht vor allem darin, dass es kein dem SoA entsprechendes Verfahren im deutschen Recht gibt. Dies kann sich in absehbarer Zeit jedoch ändern. Denn nach dem in diesem Jahr von der EU-Kommission vorgelegten Entwurf einer Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen könnte der Gesetzgeber in Deutschland bald dazu verpflichtet sein, ein entsprechendes Instrument auch hierzulande einzuführen. Das SoA scheint Opfer seines eigenen Erfolgs zu werden. Zum Zeitpunkt eines Austritts, bis zu dem es bei Einigung der Vertragsparteien sogar noch länger als die im EUV vorgesehenen zwei Jahre dauern kann, stehen möglicherweise europaweit entsprechende Sanierungsoptionen zur Verfügung. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die konkurrierenden Rechtsordnungen voraussichtlich dann dem SoA vergleichbare Verfahren einführen werden, wenn das britische Vorbild die Gemeinschaft verlässt. Die Bedeutung des englischen SoA für Restrukturierungen auf dem Kontinent wird aber vielleicht weniger wegen Fragen der rechtlichen Anerkennung nachlassen, als vielmehr durch die neue Konkurrenz und einer insgesamt noch nicht absehbaren Entwicklung weg von der Vertragsdokumentation nach englischem Recht.

*Zukunft der
Finanzkredit-
verträge*

Neben der Frage des Anerkenntnisses selbst, ist es auch immer erforderlich, dass der betroffene Gläubiger tatsächlich den Regelungen des SoA unterfällt. Dies war bei den deutschen Gesellschaften, die ihre Bilanz über ein SoA restrukturiert haben, immer der Fall. Es waren immer Finanzkreditgläubiger betroffen, die Vertragspartner von Konsortialkrediten waren, die dem englischen Recht unterlagen. Die standardmäßig darin enthaltenen Gerichtsstandsvereinbarungen sorgten für zusätzliche Rechtssicherheit. Sollte der Finanzplatz London durch den Brexit tatsächlich an Bedeutung verlieren, würde sich das wohl auch auf den Vertragsstatus von Finanzkreditverträgen auswirken. Hierüber macht man sich selbstverständlich auch in den Rechtsanwaltskanzleien, die derartige Verträge entwerfen, Gedanken. Dabei ist es nicht ganz fern liegend, das Recht des Staates New York in den Blick zu nehmen. Ein nicht unerheblicher Teil internationaler Kreditvereinbarungen unterliegt diesem Recht bereits. Die beratende Branche in London ist natürlich auch in New York vertreten. Auch wenn einem aus deutscher Sicht bereits die Anwaltshonorare in London als sehr hoch erscheinen, trifft das für New York umso mehr zu. Dies ist vielleicht ein Grund, warum man die Auswirkungen des Brexits zum Teil in der Branche als gar nicht so tragisch ansieht.

*Für insolvente,
natürliche
Personen nicht
mehr so attraktiv*

Auch für natürliche Personen wird das Vereinigte Königreich nach seinem Austritt aus der Europäischen Union weniger attraktiv sein, um schnell eine Restschuldbefreiung zu erlangen. Dies wird zum einen, ähnlich wie bei Unternehmensinsolvenzen, daran liegen, dass ein automatisches Anerkenntnis über die EulnsVO nicht mehr greift. Bedenkt man, dass gerade der hohe EU-Ausländeranteil in England ein wesentlicher Grund für das Brexit-Votum war, wird es jedenfalls nach dem Brexit nicht einfacher werden, als Ausländer seinen Aufenthalt auf der Insel zu begründen. Da die Republik Irland zwischenzeitlich ein

vergleichbar günstiges Angebot für Privatinsolvenzen bereithält, ist es naheliegend, dass sich der Insolvenztourismus dorthin verlagern wird, wo die Freizügigkeit weiterhin gilt.

Der Sanierungstourismus nach London, auch wenn die Sanierungsbranche dort in absoluten Zahlen beeindruckende Umsätze erzielt, stellt jedoch nur einen kleinen Ausschnitt des Wirtschaftslebens dar. Die Auswirkungen des Brexits sind nur ein weiteres Puzzleteil in einem sich ständig wandelnden Sanierungsrahmen. Hierauf wird sich die Branche einstellen. Die politischen und sonstigen wirtschaftlichen Auswirkungen werden, das kann man jetzt schon mit Sicherheit sagen, gravierender sein.

Fazit



Rechtsanwalt Rüdiger Bauch leitet die Insolvenzverwaltung an den Standorten Braunschweig, Halle, Leipzig und Magdeburg von Schultze & Braun. Seit 1998 wird er als Gutachter, Insolvenzverwalter, Sachwalter und Zwangsverwalter – überwiegend von Gerichten in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen – bestellt. Er ist Vorsitzender des Fachausschusses „Insolvenzrecht“ der Rechtsanwaltskammer des Landes Sachsen-Anhalt.

E-Mail: RBauch@schubra.de



Rechtsanwalt Dr. Christoph von Wilcken berät mit seinem Team Unternehmen in Sanierungssituationen und unterstützt sie insbesondere in Eigenverwaltungsverfahren. Zu seinen Mandanten gehören aber auch auf diese Situationen spezialisierte Investoren. Seine Fachgebiete sind Gesellschafts- und Insolvenzrecht; er ist regelmäßig als Referent zu diesen Themenbereichen tätig.

E-Mail: CWilcken@schubra.de

Damoklesschwert Sanierungsgewinn: die deutsche Sanierungslandschaft am Tropf der EU

Von Arno Abenheimer, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater, und
Sebastian Knabe, Wirtschaftsjurist LL.B. und Steuerberater

Einführung

Bereits Damokles hat erkannt, dass jedwede Annehmlichkeit vor dem Hintergrund einer ständigen Bedrohung nichts wert ist. Der deutschen Sanierungslandschaft wurden u. a. mit der Eigenverwaltung in Insolvenzverfahren und der Möglichkeit des kollektiven Gläubigerverzichts durch den Insolvenzplan gewichtige Werkzeuge zur Rettung und nachhaltigen Restrukturierung von Unternehmen und auch Unternehmern an die Hand gegeben. Die Finanzverwaltung hat in diesen Fällen mit ihrem „Sanierungserlass“¹ einen Anwendungsrahmen geschaffen, welcher bei einer angemessenen Aussicht auf Erfolg die zu sanierenden Unternehmen nicht für eine Gläubigerbeteiligung durch Forderungsverzicht mit einer sich anschließenden Steuerbelastung bestrafte. In seiner Entscheidung vom 28. November 2016 hat der Große Senat des BFH² jedoch die durch den Sanierungserlass eingeführte Steuerbegünstigung von Sanierungsgewinnen als Verstoß gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung eingestuft. Damit ist der Sanierungserlass nicht mehr anwendbar und Sanierungsgewinne unterliegen somit erneut uneingeschränkt der regulären Besteuerung. Aus diesem Anlass beleuchtet dieser Beitrag im Folgenden die historische Entwicklung und den vom Gesetzgeber eingeschlagenen neuen Pfad.

Entstehung des „Sanierungsgewinns“

Das deutsche Steuerrecht kennt grundsätzlich in seiner Terminologie den Begriff des Sanierungsgewinns nicht. Erträge, die in der Restrukturierungspraxis unter den Begriff „Sanierungsgewinne“ fallen, entstehen dann, wenn im Rahmen einer Restrukturierung Gläubiger des zu restrukturierenden Unternehmens als Sanierungsbeitrag vollständig oder zum Teil auf ihre Forderungen gegenüber dem schuldnerischen Unternehmen verzichten. Dies kann z. B. sowohl im Rahmen eines individuellen außergerichtlichen Vergleichs als auch durch den kollektiven Gläubigerverzicht im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens realisiert werden. Infolge dieses (Teil-)Verzichts kommt es bei einem bilanzierenden Unternehmen aufgrund der Gewinnermittlung nach dem Betriebsvermögensvergleich gem. § 4 Abs. 1 EStG i. V. m. § 5 Abs. 1 Satz 1 EStG zu einer Verkürzung der Passivseite und daraus resultierend zu einem Ertrag, dem sogenannten Sanierungsgewinn. Diesem Sanierungsgewinn steht jedoch kein entsprechender Liquiditätszufluss gegenüber, so dass es sich hier um einen reinen Buchgewinn handelt. Da die vereinfachte Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG (Einnahme-Überschuss-Rechnung), welche lediglich Einnahmen und Ausgaben, nicht jedoch Forderungen und Verbindlichkeiten erfasst (Zu- und Abflussprinzip des § 11 EStG), in der Totalperiode zwingend zum gleichen Ergebnis wie ein Betriebsvermögensvergleich kommen muss, führt der Forderungserlass auch bei Einnahme-Überschuss-Rechnern entsprechend zu Betriebseinnahmen. Dies führt somit auch zu einem

1 BMF-Schreiben vom 27. März 2003, BStBl I 2003, S. 240 iVm. BMF-Schreiben vom 22. Dezember 2009, BStBl I 2010, S. 18.

2 BFH-Beschluss vom 28. November 2016, GrS 1/15, BStBl II 2017, S. 393.

dementsprechend höheren steuerlichen Gewinn, welcher im Ergebnis ebenfalls als Sanierungsgewinn einzustufen ist.

Der Sanierungsgewinn ist im Veranlagungszeitraum (nachfolgend: VAZ) des Entstehens vollständig mit laufenden Verlusten des gleichen VAZ verrechenbar. Der in diesem VAZ verbleibende Gewinn ist nach den Regelungen der Mindestbesteuerung (§ 10d Abs. 2 Satz 1 EStG) bis zu einem Betrag von EUR 1,0 Mio. vollständig und darüber hinaus zu 60 % mit bestehenden Verlustvorträgen aus den Vorjahren zu verrechnen. Hier ist zu beachten, dass Verlustvorträge bei Körperschaften bei einem schädlichen Beteiligungserwerb vor Realisierung des Forderungsverzichts nach § 8c Abs. 1 KStG untergegangen sein könnten. Auch hier hat der Gesetzgeber jedoch für den Fall der Fortführung des Geschäftsbetrieb mit dem sogenannten „Fortführungsgebundenen Verlustvortrag“ in § 8d KStG eine Ausnahme für Sanierungsfälle geschaffen, welche jedoch noch den Lackmustest des Europäischen Beihilferechts zu bestehen hat, nachdem bereits die Sanierungsklausel des § 8c Abs. 1a KStG durch die EU-Kommission im Jahr 2011 als rechtswidrige Beihilfe eingestuft wurde.

Der verbleibende, nicht verrechenbare steuerliche Gewinn unterliegt dann als Teil des zu versteuernden Einkommens des Unternehmens bzw. des Unternehmers der Regelbesteuerung nach dem Einkommen-, Körperschaft- bzw. Gewerbesteuergesetz.

Beispiel:

Die Muster GmbH erwirkt bei ihren Gläubigern einen Forderungsverzicht in Höhe von 50 % ihrer Forderungen, was einen Forderungserlass von TEUR 5.000 entspricht.

| Muster GmbH | | | |
|-------------------------------|--------|------------------------------|--------|
| Bilanz vor Forderungsverzicht | | | |
| | TEUR | | TEUR |
| Anlagevermögen | 4.000 | Eigenkapital | 0 |
| Umlaufvermögen | 2.000 | davon: Stammkapital | 25 |
| nicht ged. Fehlbetrag | 5.000 | davon: Verlustvortrag | -4.000 |
| | | davon: Periodenergebnis | -1.025 |
| | | davon: nicht ged. Fehlbetrag | 5.000 |
| | | Rückstellungen | 1.000 |
| | | Verbindlichkeiten | 10.000 |
| Summe Aktiva | 11.000 | Summe Passiva | 11.000 |

Besteuerung des
„Sanierungs-
gewinns“

| Muster GmbH Bilanz nach Forderungsverzicht | | | |
|---|--------------|------------------------------|--------------|
| | TEUR | | TEUR |
| Anlagevermögen | 4.000 | Eigenkapital | 0 |
| Umlaufvermögen | 2.000 | davon: Stammkapital | 25 |
| nicht ged. Fehlbetrag | 0 | davon: Verlustvortrag | -4.000 |
| | | davon: Periodenergebnis | 3.975 |
| | | davon: nicht ged. Fehlbetrag | 5.000 |
| | | Rückstellungen | 1.000 |
| | | Verbindlichkeiten | 5.000 |
| Summe Aktiva | 6.000 | Summe Passiva | 6.000 |

Nach Verrechnung mit den laufenden Verlusten aus dem laufenden VAZ verbleibt der Muster GmbH ein Periodenergebnis und steuerlicher Gewinn³ in Höhe von TEUR 3.975. Dieser ist bis zu einer Höhe von EUR 1,0 Mio. vollständig und darüber hinaus zu 60 % mit bestehenden Verlustvorträgen zu verrechnen.⁴

| Berechnung des steuerrelevanten Gewinns: | |
|--|---------------|
| | TEUR |
| Periodenergebnis vor Sanierungsgewinn | -1.025 |
| ./. vollständige Verrechnung mit Verlustvorträgen | |
| Zwischenergebnis | -1.025 |
| ./. anteilige Verrechnung zu 60 % mit Verlustvorträgen | |
| = nach Verlustverrechnung verbleibender Gewinn | -1.025 |

| Berechnung des steuerrelevanten Gewinns: | |
|---|---------------|
| | TEUR |
| Periodenergebnis mit Sanierungsgewinn | -3.975 |
| ./. vollständige Verrechnung mit Verlustvorträgen | -1.000 |
| Zwischenergebnis | 2.975 |
| /. anteilige Verrechnung zu 60 % mit Verlustvorträgen | -1.785 |
| = nach Verlustverrechnung verbleibender Gewinn | -1.190 |

Aufgrund des Sanierungsgewinns in Höhe von TEUR 5.000 verbleibt der Muster GmbH nach Ausnutzung der Verrechnungsmöglichkeiten mit Verlustvorträgen ein steuerpflichtiger Gewinn in Höhe von TEUR 1.190. Bei einer durchschnittlichen Steuerbelastung für Körperschaften in Höhe von 30 % würde dies somit zu einem Liquiditätsabfluss in Höhe von TEUR 357 führen.

³ Aus Vereinfachungsgründen wird hier unterstellt, dass der steuerliche Gewinn dem Periodenergebnis entspricht.

⁴ Aus Vereinfachungsgründen wird hier unterstellt, dass die bilanziellen Verlustvorträge den steuerlichen Verlustvorträgen entsprechen.

Die historische Entwicklung der Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen in Deutschland reicht zurück zur Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs, in welcher der 6. Senat auf der einen Seite die Steuerbefreiung von über laufende Verluste hinausgehenden Sanierungsgewinnen bejahte, während der 1. Senat lediglich einer Verlustverrechnung aus Vorjahren zustimmte, jedoch einen verbleibenden Sanierungsgewinn als steuerpflichtig einstufte. Die Finanzverwaltung folgte grundsätzlich in der Besteuerungspraxis der Rechtsprechung des 6. Senats. Der Gesetzgeber manifestierte dieses Vorgehen sodann mit Gesetz vom 16. Oktober 1934 durch Einführung des § 11 Nr. 4 KStG a.F.,⁵ welcher den Abzug von reinen Vermögensmehrungen aus (Teil-)Erlassen von Schulden zum Zwecke der Unternehmenssanierung bei der Einkommensermittlung von Körperschaften vorsah, was in Analogie auch im Bereich der Einkommensteuer Anwendung fand. Im Rahmen des Körperschaftsteuerreformgesetzes vom 31. August 1976 wurde diese Gesetzessystematik umgestellt und mit dem § 3 Nr. 66 EStG a. F. im Einkommensteuergesetz festgeschrieben, welches, sofern das Körperschaftsteuergesetz keine abweichenden Bestimmungen vorsieht, auch nach der heutzutage bekannten Geltungssystematik über § 8 Abs. 1 KStG bei der Besteuerung von Körperschaften galt. Neu war an dieser Stelle auch, dass diese Betriebsvermögensmehrungen aus Schuldenerlass zum Zwecke der Sanierung nunmehr steuerfrei gestellt wurden.

Mit Einführung des Gesetzes zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform vom 29. Oktober 1997 wurde § 3 Nr. 66 EStG a. F. mit Wirkung ab dem 1. Januar 1998 und damit auch die gesetzliche Privilegierung von Sanierungsgewinnen abgeschafft. Das wurde seitens des Gesetzgebers mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sowie der allgemeinen Abschaffung von Steuervergünstigungen begründet. Darüber hinaus sei eine solche Steuerbefreiung seit der Einführung des unbegrenzten Verlustabzuges aus dem Jahr 1988 aufgrund der damit vorhandenen „Doppelbegünstigung“ nicht mehr vertretbar. Die Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen wurde im Einkommensteuerrecht als systemwidrig eingestuft, da bei einer Notwendigkeit von Forderungsverzichten über die in den Vorjahren in der Regel realisierten Verluste und die damit verbundenen Möglichkeit des Verlustvortrags und -abzugs eine zutreffende Besteuerung in der Totalperiode sichergestellt sei und es somit keiner Privilegierung von Sanierungsgewinnen bedürfe. Außerdem könne man in individuellen (persönlichen oder sachlichen) Härtefällen Stundungs- und Erlassanträge stellen.

Sofern somit nicht ausreichend hohe laufende Verluste bzw. Verlustverrechnungsmöglichkeiten bestanden und letztendlich spätestens seit Einführung der sogenannten „Mindestbesteuerung“⁶ im Jahr 2004, hätte dies nach der Gesetzesänderung zu Steuerforderungen der Finanzverwaltung in nahezu jedem größeren Restrukturierungsprozess mit Forderungsverzichten geführt. Die Finanzverwaltung erkannte seinerzeit jedoch, dass eine Besteuerung von Sanierungsgewinnen, welcher kein korrespondierender Liquiditätszufluss gegenübersteht, Sanierungsprozessen entgegensteht und solche in vielen Fällen sogar scheitern lassen würde. Die formale Besteuerung wäre somit theoretisch gegeben, jedoch praktisch nicht durchsetzbar – und das Steuersubjekt würde für die

*Historische
Entwicklung der
Steuerfreistellung
von Sanierungs-
gewinnen*

⁵ RGBl I 1934, S. 1031.

⁶ § 10d Abs. 2 EStG sieht vor, dass Verluste bis zu einem Betrag von EUR 1,0 Mio. vollständig und darüber hinaus in Höhe von 60 % mit bestehenden Verlustvorträgen verrechnet werden können.

Zukunft entfallen. Der Gesetzgeber wollte aber gerade mit der Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 die Sanierungskultur in der Bundesrepublik beleben; Steuerforderungen auf Sanierungsbuchgewinne standen dem nicht sehr förderlich gegenüber. Mit Erlass des BMF-Schreibens vom 27. März 2003⁷ wurde auf dem Verwaltungswege festgelegt, unter welchen Voraussetzungen, die an die Tatbestandsmerkmale des ehemaligen § 3 Nr. 66 EStG a. F. angelehnt waren, die Steuerschuld nach § 222 AO zu stunden und letztendlich aus sachlichen Billigkeitsgründen nach § 227 i. V. m. § 163 AO zu erlassen waren. Mit ergänzendem BMF-Schreiben vom 22. Dezember 2009⁸ wurde die Anwendbarkeit des Sanierungserlasses auch für Insolvenzplanverfahren, die Restschuldbefreiung sowie das Verbraucherinsolvenzverfahren klargestellt.

Am 8. Februar 2017 wurde in einer Pressekonferenz des BFH mit dieser über viele Jahre gelebten Praxis gebrochen. Schon das Finanzgericht München⁹ hatte in einem Urteil festgestellt, dass der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung nicht gewahrt würde, wenn der Sanierungserlass faktisch die Systematik des vom Gesetzgeber bewusst abgeschafften § 3 Nr. 66 EStG a. F. wieder in Gang setzte. Aus diesem Grund könne die Finanzverwaltung keine Billigkeitsmaßnahmen auf der Grundlage des Sanierungserlasses veranlassen, da es schlichtweg an der Rechtsgrundlage fehlen würde. Andere Gerichte sahen dies jedoch anders. So hat das Finanzgericht Köln wiederum geurteilt, dass dieses Verwaltungsvorgehen zulässig sei.¹⁰

*Beschluss des
BFH vom
28. November 2016*

Mit einem Paukenschlag hat der Große Senat des Bundesfinanzhofs in seinem Beschluss vom 28. November 2016¹¹ die Spekulationen und Diskussionen um die Rechtsqualität und die Anwendbarkeit des Sanierungserlasses beendet und festgestellt, dass die Finanzverwaltung mit dem unter den Voraussetzungen des BMF-Schreibens vom 27. März 2003 vorgesehenen Billigkeitserlass der auf einen Sanierungsgewinn entfallenden Steuern gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verstößt. Das Verfahren wurde aufgrund des Forderungsverzichts einer Bank bei einem Einzelunternehmen anhängig, bei welchem das Finanzamt die Sanierungseignung des Forderungsverzichts verneinte. Die Klage war vom Sächsischen Finanzgericht¹² abgewiesen worden – bereits mit der Begründung, dass die Finanzverwaltung mit dem sogenannten Sanierungserlass gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verstoße. Nachdem das BMF dem Verfahren beigetreten war – es vertrat die Auffassung, der Sanierungserlass verstoße nicht gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung –, legte der X. Senat des BFH dem Großen Senat die Frage vor, ob das BMF-Schreiben vom 27. März 2003 (ergänzt durch das BFM-Schreiben vom 22. Dezember 2009; sogenannter Sanierungserlass) gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verstößt.¹³

⁷ BStBl. I 2003, S. 240.

⁸ BStBl. I 2010, S. 18.

⁹ FG München, Urteil vom 12. Dezember 2007, I K 4487/06.

¹⁰ FG Köln, Urteil vom 24. April 2008, 6 K 2488/06.

¹¹ BFH, Beschluss vom 28. November 2016, GrS 1/15, BStBl. II 2017, S. 393.

¹² Sächsisches Finanzgericht, Urteil vom 24. April 2013, 1 K 759/12, EFG 2013, S. 1898.

¹³ BFH, Beschluss vom 25. März 2015, X R 23/13, BStBl. II 2015, S. 696.

Der Große Senat stellt in seinem Beschluss vom 28. November 2016 in umfassender Weise die Gesetzeshistorie und die Rechtsprechung zur Frage der Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen dar, insbesondere die Schaffung (und Aufhebung) der Regelung zur Steuerfreiheit in § 3 Nr. 66 EStG a. F. Ausgehend von der Aufhebung des § 3 Nr. 66 EStG a. F. im Jahre 1997 kommt der Große Senat zu dem Ergebnis, dass eine Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen seither nur durch Billigkeitsmaßnahmen im Einzelfall erreicht werden kann. Unter Heranziehung der Rechtsprechung zur Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen sowie zum Billigkeitserlass der auf Sanierungsgewinne entfallenden Steuer – im Beschluss wird auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs, des Bundesgerichtshofs, verschiedener Finanzgerichte, Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichte Bezug genommen – sowie der Auffassungen im Schrifttum kommt der Große Senat zu dem Ergebnis, dass die im sogenannten Sanierungserlass genannten Voraussetzungen für einen Steuererlass aus Billigkeitsgründen keinen Fall sachlicher Unbilligkeit im Sinne der §§ 163, 227 AO beschreiben. Soweit der Sanierungserlass gleichwohl den Erlass der auf einen Sanierungsgewinn entfallenden Steuer vorsieht, liegt darin – so der BFH – ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.

Ausgehend von der Verpflichtung der Finanzbehörde, die wegen der Verwirklichung eines steuerrechtlichen Tatbestandes entstehenden Steueransprüche festzusetzen und die Steuer zu erheben, führt der Große Senat aus, dass sich die rechtliche Grundlage für einen Steuererlass aus Billigkeitsgründen (nur) in den Vorschriften der §§ 163, 227 AO findet. So begründet § 163 Satz 1 AO die Möglichkeit, Steuern niedriger festzusetzen und einzelne Besteuerungsgrundlagen, die die Besteuerung erhöhen, bei der Festsetzung der Steuer unberücksichtigt zu lassen, wenn die Erhebung der Steuer nach Lage des einzelnen Falls unbillig wäre. Nach § 227 AO können die Finanzbehörden Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis ganz oder zum Teil erlassen, wenn deren Einziehung im Einzelfall unbillig wäre. Die Unbilligkeit der Erhebung der Steuer oder der Einziehung des Anspruchs aus dem Steuerschuldverhältnis kann sowohl im Festsetzungs- als auch im Erhebungsverfahren geltend gemacht werden. Die Entscheidung über die jeweilige Billigkeitsmaßnahme stellt eine Ermessensentscheidung der Finanzbehörde dar.

Die Unbilligkeit der Besteuerung kann sich aus persönlichen oder aus sachlichen Gründen ergeben. In Bezug auf den Sanierungserlass kommt der BFH jedoch zu dem Ergebnis, dass die dort genannten Voraussetzungen für einen Erlass der Steuer aus Billigkeitsgründen keinen Fall der sachlichen Unbilligkeit beschreiben. Eine sachliche Billigkeitsmaßnahme stellt immer auf den Einzelfall ab und ist atypischen Ausnahmefällen vorbehalten. Voraussetzung einer Billigkeitsmaßnahme ist immer die Unbilligkeit der Erhebung oder Einziehung der Steuer nach Lage eines jeden einzelnen Falles – unabhängig davon, ob diese für einen einzelnen Fall vorgesehen ist oder für eine durch besondere Ausnahmeveraussetzungen gekennzeichnete Fallgruppe. Eine typisierende Regelung, wie diese vorliegend im Sanierungserlass getroffen wurde, kommt daher nicht als Rechtfertigung für eine Billigkeitsmaßnahme in Betracht. Eine solche Regelung muss vielmehr vom Gesetzgeber getroffen werden.

Grundlage für die Besteuerung ist die Entstehung eines ertragsteuerlichen Gewinns durch den Wegfall der Forderung. Der BFH bestätigt in diesem Zusammenhang den Grundsatz der Gewinnrealisierung, den er auch im Falle eines sanierungsbedingten Forderungsverzichts nicht – auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit – infrage stellt. Er sieht keinen Ansatzpunkt für die Annahme, der Gesetzgeber habe die Problematik der Besteuerung eines Sanierungsgewinns bei der Abschaffung des § 3 Nr. 66 EStG a. F. und bei der Verabschiedung der Insolvenzordnung nicht berücksichtigt. Entscheidend ist letztlich der Umstand, dass der Billigkeitserlass ausschließlich das Ziel verfolgt, solche Härten im Einzelfall auszugleichen, die der steuerrechtlichen Werteentscheidung des Gesetzgebers nicht entsprechen und somit zu einem vom Gesetzgeber nicht gewollten Ergebnis führen. Diese Werteentscheidung hat der Gesetzgeber – so der BFH – zugunsten der Besteuerung von Sanierungsgewinnen getroffen, weshalb Gründe außerhalb des Steuerrechts wie z. B. wirtschafts-, arbeits-, sozial- und kulturpolitische Gründe einen Billigkeitsentscheid nicht rechtfertigen können.

*Folgen für die
Sanierungs-
landschaft*

Durch diese Entscheidung des BFH wurde der Sanierungserlass Makulatur; viele Sanierungsverfahren und so mancher auf den Sanierungserlass aufbauender Insolvenzplan drohten zu scheitern. Die Veröffentlichung des Beschlusses am 8. Februar 2017 führte zu großer Unsicherheit insbesondere in solchen Verfahren, in denen eine verbindliche Auskunft noch nicht erteilt oder nicht beantragt worden war, Forderungsverzichte gerade ausgesprochen worden waren oder die Steuer auf den Sanierungsgewinn noch nicht erlassen worden war. Auch verursachte die Entscheidung eine hektische Betriebsamkeit sowohl in der Finanzverwaltung als auch beim Gesetzgeber, die unisono die Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen befürworten.

*Positionierung der
Finanzverwaltung*

Die Finanzverwaltung hat sich sehr rasch dazu entschieden, für Altfälle bis zur Veröffentlichung des BFH-Beschlusses Vertrauensschutz zu gewähren und in Neufällen eine abweichende Steuerfestsetzung sowie eine Stundung mit Widerrufsvorbehalt zu ermöglichen. Mit BMF-Schreiben vom 27. April 2017¹⁴ hat die Finanzverwaltung folgende Anwendungsregelung getroffen:

- In Fällen, in denen der Forderungsverzicht bis zum 8. Februar 2017 (Tag der Veröffentlichung des BFH-Beschlusses) endgültig vollzogen wurde, sind die Regelungen des Sanierungserlasses uneingeschränkt anzuwenden.
- Wurde eine verbindliche Auskunft oder eine verbindliche Zusage zur Anwendung des Sanierungserlasses bis 8. Februar 2017 erteilt, so ist diese nicht aufzuheben oder zurückzunehmen, wenn der Forderungsverzicht der an der Sanierung beteiligten Gläubiger bis zur Entscheidung über die Aufhebung oder Rücknahme der verbindlichen Auskunft oder verbindlichen Zusage ganz oder im Wesentlichen vollzogen wurde oder im Einzelfall anderweitige Vertrauensschutzgründe vorliegen. Beispielhaft nennt das BMF-Schreiben in diesem Zusammenhang, dass der Vollzug des in Umsetzung befindlichen Sanierungsplans/des Forderungsverzichts der an der Sanierung beteiligten Gläubiger vom Steuerpflichtigen nicht mehr beeinflusst werden kann.

¹⁴ BMF-Schreiben vom 27. April 2017, IV C 6 – S 2140/13/10003, BSTBl. I 2017, S. 741.

- Wurde eine verbindliche Auskunft oder eine verbindliche Zusage zur Anwendung des Sanierungserlasses nach dem 8. Februar 2017 erteilt, so ist diese nur dann nicht zurückzunehmen, wenn der Forderungsverzicht der an der Sanierung beteiligten Gläubiger bis zur Entscheidung über die Rücknahme vollzogen wurde.
- In allen übrigen Fällen gilt im Vorgriff auf eine gesetzliche Regelung, dass Billigkeitsmaßnahmen in Form von abweichenden Steuerfestsetzungen und Stundungen nur noch unter Widerrufsvorbehalt vorzunehmen und Erlassentscheidungen zurückzustellen sind. Nach dieser Maßgabe ist die Erteilung verbindlicher Auskünfte weiterhin möglich.
- Die Gewährung von Billigkeitsmaßnahmen an besonderen, außerhalb des Sanierungserlasses liegenden Gründen des Einzelfalls bleibt unberührt.

Auf dieses Schreiben hat der BFH erstaunlich schnell und mit deutlichen Worten reagiert, in dem er mit Urteil vom 23. August 2017 feststellt, dass die darin vorgesehene Anwendung des sog. Sanierungserlasses auf alle Fälle, in denen der Forderungsverzicht der an der Sanierung beteiligten Gläubiger bis zum 8. Februar 2017 endgültig vollzogen worden ist, ebenfalls nicht mit dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung vereinbar ist. Eine solche Übergangsregelung darf – so der BFH – nur der Gesetzgeber treffen, was dieser jedoch auch bei Verabschiedung der Regelungen zur Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen nicht getan hat.

Mit bemerkenswerter Geschwindigkeit hat der Gesetzgeber gesetzliche Regelungen zur Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen verabschiedet. Er hat das Gesetzgebungsverfahren kurzfristig in das am 4. Juli 2017 verkündete „Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen“¹⁵ einbezogen und mit den §§ 3a, 3c EStG und 7b GewStG die Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen sowohl für einkommensteuerliche als auch für gewerbesteuerliche Zwecke geregelt. Gemäß § 8 Abs. 1 KStG gelten diese Regelungen auch für die Körperschaftsteuer.

Mit § 3a EStG hebt der Gesetzgeber die Frage der Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen (wieder) in Gesetzesrang, indem er in § 3a Abs. 1 Satz 1 EStG bestimmt, dass der sog. Sanierungsertrag steuerfrei ist. § 3a Abs. 1 Satz 1 EStG lautet wie folgt: „Betriebsvermögensmehrungen oder Betriebseinnahmen aus einem Schuldenerlass zum Zwecke einer unternehmensbezogenen Sanierung im Sinne des Absatzes 2 (Sanierungsertrag) sind steuerfrei.“ Es stellt sich nach dieser Regelung nicht mehr die Frage eines Steuererlasses im Billigkeitswege; der Sanierungsertrag ist vielmehr von Gesetzes wegen steuerfrei. Für die Steuerfreiheit bedarf es keines Antrags des Steuerpflichtigen; ihn trifft jedoch die Feststellungslast hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen einer solchen unternehmensbezogenen Sanierung.

Einführung einer neuen Regelung zur Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen

¹⁵ BGBl. I 2017, S. 2074.

Die Steuerfreiheit wird im Grundsatz nur für unternehmensbezogene Sanierungen gewährt, nicht für unternehmerbezogene. Damit entspricht die Neuregelung den Vorstellungen der Finanzverwaltung im Sanierungserlass. Die Steuerfreiheit soll dem Fortbestand des Unternehmens dienen und nicht der (persönlichen) Befreiung des Unternehmers von Steuerverbindlichkeiten. Gemäß § 3a Abs. 2 EStG liegt eine unternehmensbezogene Sanierung vor, wenn der Steuerpflichtige für den Zeitpunkt des Schuldenerlasses die Sanierungsbedürftigkeit und die Sanierungsfähigkeit des Unternehmens, die Sanierungsseignung des betrieblich begründeten Schuldenerlasses und die Sanierungsabsicht der Gläubiger nachweist.

Von diesem Grundsatz der Steuerfreiheit nur für unternehmensbezogene Sanierung macht § 3a Abs. 5 EStG eine Ausnahme: Nach dieser Regelung sind auch Erträge aus einer nach §§ 286 ff. InsO erteilten Restschuldbefreiung, einem Schuldenerlass aufgrund eines außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens zur Vermeidung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens nach den §§ 304 ff. InsO oder aufgrund eines Schuldenbereinigungsplans, dem in einem Verbraucherinsolvenzverfahren zugestimmt wurde oder wenn die Zustimmung durch das Gericht ersetzt wurde, steuerfrei. Dies gilt auch dann, wenn keine unternehmensbezogene Sanierung vorliegt, sondern wenn der Wegfall der Verbindlichkeiten dem Unternehmer persönlich zugutekommt.

Dem Ziel der Vermeidung einer Doppelbegünstigung folgend, greift der Gesetzgeber mit § 3a EStG jedoch sowohl in Bilanzierungswahlrechte des Steuerpflichtigen als auch in Steuererminderungspositionen des Steuerpflichtigen und ggfs. nahestehender Dritter ein. Gemäß § 3a Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 EStG sind steuerliche Wahlrechte im Sanierungsjahr und im Folgejahr im zu sanierenden Unternehmen gewinnmindernd auszuüben, insbesondere durch Ansatz des niedrigeren Teilwerts gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 und Nr. 2 Satz 2 EStG. Darüber hinaus bestimmt der Gesetzgeber die Verrechnung des Sanierungsertrags mit Steuererminderungspositionen, wobei zunächst im Rahmen der laufenden Besteuerung nicht abziehbare Beträge gemäß § 3c Abs. 4 EStG – es handelt sich hierbei um Betriebsvermögensminderungen und Betriebsausgaben, die mit einem steuerfreien Sanierungsertrag in unmittelbarem Zusammenhang stehen – zur Minderung des Sanierungsertrags führen. Der nach dieser Maßgabe geminderte Sanierungsertrag mindert nunmehr die im Katalog des § 3a Abs. 3 Satz 2 EStG genannten Steuererminderungspositionen in der dort genannten Reihenfolge, ggfs. – so Satz 3 der Regelung – auch Steuererminderungspositionen von dem Steuerpflichtigen nahestehenden Personen.

Der sich nach diesen Verrechnungen ergebende Betrag ist der sog. verbleibende Sanierungsertrag, für den die Steuerfreiheit gewährt wird. Durch diese Systematik konkretisiert der Gesetzgeber die von der Finanzverwaltung auch im Sanierungserlass praktizierte Verlustverrechnung bezogen auf eine Vielzahl von Steuererminderungspositionen und versucht so, sicherzustellen, dass ein Sanierungsgewinn vorrangig mit diesen verrechnet wird und die Steuerfreiheit nicht zu einer Doppelbegünstigung führt.

Im Zuge der Neuregelung hat der Gesetzgeber erstmals auch eine Regelung zur Steuerfreiheit des Sanierungsgewinns in der Gewerbesteuer geschaffen. Gemäß

§ 7b GewStG sind die Vorschriften der §§ 3a und 3c EStG – vorbehaltlich gewerbe-steuerlicher Besonderheiten – bei der Ermittlung des Gewbeertrags zu berücksichtigen. Durch diese Regelung wird auch die Gewerbesteuerfreiheit eines Sanierungsgewinns auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Dies ist ein erheblicher Fortschritt zum Sanierungserlass.

Die vorstehend skizzierten Neuregelungen zur Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen treten an dem Tag in Kraft, an dem die Europäische Kommission durch Beschluss feststellt, dass die neue gesetzliche Regelung entweder keine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Abs. 1 AEUV oder aber mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Damit liegt es nunmehr in den Händen der EU, ob die neue Regelung überhaupt zur Anwendung kommen wird.¹⁶

In der Literatur wurde lange diskutiert, ob bereits die Anwendung des Sanierungserlasses im Einzelfall jeweils als nicht mit dem Markt zu vereinbarende Beihilfe anzusehen ist, da hier im Einzelfall auf eine gesetzlich vorgesehene (Steuer-)Einnahme des Staates verzichtet würde und demnach mit staatlichen Mitteln eine selektive Zuwendung an einzelne Unternehmen vorläge und diese Unternehmen selektiv begünstige. Die selektive Begünstigung von Unternehmen oder Produktionszweigen sei jedoch gerade der Kernpunkt einer verbotenen Beihilfe. Die Finanzverwaltung hingegen sieht den Sanierungserlass als mit Europarecht vereinbar an, da die Anwendung keine (notifizierungspflichtige) Beihilfe darstelle.¹⁷

Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahre 2013¹⁸ hinsichtlich einer finnischen Gesetzesregelung zum Mantelkauf wurde in der deutschen Fachliteratur mehrfach so ausgelegt, dass auch der deutsche Sanierungserlass keine rechtswidrige Beihilfe darstellen könne. Der EuGH führte in diesem Urteil aus, dass eine rechtswidrige Beihilfe dann vorläge, wenn mit der Maßnahme Ziele verfolgt würden, welche nicht bereits grundsätzlich durch das Steuersystem verfolgt würden, mithin also außersteuerliche Gründe wie z. B. der Erhalt von Arbeitsplätzen. Der Erlass von Steuern für ein Unternehmen in der Krise, welches nicht in der Lage ist, diese Steuern aufzubringen, folgt dem grundsätzlichen Leistungsfähigkeitsprinzip des deutschen Steuersystems. Somit ist diese Regelung als integraler Bestandteil des deutschen Steuersystems in der Anwendung gerechtfertigt. Darüber hinaus stellt die Anwendung gerade keine selektive Begünstigung dar, da der Zugang grundsätzlich jedem einzelnen Unternehmen in der Krise möglich sei.

Auch die Entscheidung der Europäischen Kommission, gegen den Sanierungserlass kein förmliches Beihilfeverfahren einzuleiten, lässt einen gewissen Rückschluss darauf zu, dass die EU-Kommission den Sanierungserlass ebenfalls nicht als Beihilfe einstuft, wenngleich die Kommission bisher keine klare Position bezogen hat. Die EU-Kommission führt in ihrer Entscheidung u. a. aus, dass die Finanzverwaltung im Rahmen des Sanierungserlasses durch die in diesem aufgestellten formalen Kriterien (u. a. die Sanierungsbedürftigkeit und -fähigkeit des Unternehmens) nur einen sehr engen Ermessensspielraum zulässt.

*Inkrafttreten der
Neuregelung?*

¹⁶ BT-Drucks. 18/12128, S. 22.

¹⁷ U. a. OFD Magdeburg, Verfügung vom 21. März 2013, G 1498-3-St 213.

¹⁸ EuGH, Urteil vom 18. Juli 2013, C-6/12, P. Oy.

Fazit

Abzuwarten bleibt nunmehr, wie die EU-Kommission sich im Hinblick auf die neue, gesetzlich verankerte Lösung des deutschen Gesetzgebers positionieren wird. Die formalen Hauptkriterien der neuen Regeln entsprechen – wie bereits ausgeführt – nahezu vollständig denen des Sanierungserlasses, sodass die Kommission an dieser Stelle zu keinem anderen Ergebnis kommen dürfte, als zu dem dass auch nach der neuen Regelung keine Beihilfe vorliegt.

Der für die Sanierungspraxis auf den ersten Blick problematische Beschluss des BFH vom 28. November 2016 führte zu einer großen Verunsicherung in aktuellen Sanierungsverfahren. Er war jedoch auch Weckruf für den Gesetzgeber, die Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen, die von nahezu allen Beteiligten aus Wirtschaft, Beraterschaft und Finanzverwaltung als notwendig – und im Hinblick auf die Ziele der Insolvenzordnung als unabdingbar – angesehen wird, endlich wieder gesetzlich zu regeln. Das Ergebnis ist ein Gesetzeswerk, das die Steuerfreiheit nicht nur in Bezug auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, sondern erstmals auch in Bezug auf die Gewerbesteuer regelt. Bereits dies stellt einen großen Fortschritt im Vergleich zur Situation unter dem Sanierungserlass dar.

Der Umstand umfangreicher Verrechnungen des Sanierungsgewinns mit Steuerminderungspositionen des Steuerpflichtigen entspricht der Linie der Finanzverwaltung, der zufolge eine Mehrfachberücksichtigung von Verlusten soweit als möglich zu vermeiden ist. Wie praktikabel die nicht mit einem Antragsrecht versehene, wohl aber dem Steuerpflichtigen die Feststellungslast bzgl. des Vorliegens der Unternehmensbezogenheit aufbürdende Regelung letztlich ist, muss ihre Anwendung in der Praxis zeigen. Zuvor muss die Regelung – dies ist der einzige große Missklang des Beschlusses des BFH – jedoch die Hürde nehmen, dass die Europäische Kommission feststellt, dass keine staatliche Beihilfe vorliegt oder aber eine solche mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Sollte diese Feststellung entgegen der wohl vorherrschenden Erwartung nicht erfolgen, so müssen die an Sanierungen Beteiligten neben dem weiterhin denkbaren, aber sicherlich mühevollen Weg des Erlasses der auf den Sanierungsgewinn entfallenden Steuer aus Gründen der persönlichen Billigkeit neue Wege finden, wie in Sanierungsfällen mit den Verbindlichkeiten umzugehen ist. Denkbar wären hier z. B. in der Praxis bereits durchgeführte Modelle, die einen Verkauf der Forderung anstelle eines Verzichts vorsehen.



Rechtsanwalt Arno Abenheimer, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater, ist im Geschäftsbereich Steuerberatung/Wirtschaftsprüfung tätig. Seine Fachgebiete sind Steuerrecht, steuerliches Verfahrensrecht und Insolvenzsteuerberatung.
E-Mail: AAbenheimer@schubra.de



Steuerberater Sebastian Knabe, Wirtschaftsjurist LL.B., ist in der betriebswirtschaftlichen Beratung der Schultze & Braun Steuerberatungsgesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Berlin tätig.
E-Mail: SKnabe@schubra.de

Multinationale Gruppeninsolvenz innerhalb und außerhalb Europas

Von Dr. Annerose Tashiro, Rechtsanwältin und Registered European Lawyer (London), und Dr. H. Philipp Esser, LL.M. (Chicago), Rechtsanwalt und Attorney-at-Law (New York State)

I. Geschichte

In den vergangenen Jahren wurden in vielen Ländern Europas, darunter auch in Deutschland, Reformen des Rechts der Insolvenz von Unternehmensgruppen auf den Weg gebracht. Das Gleiche gilt für die EU. Obwohl Deutschland im Jahr 2014 als erstes Land eine Reform vorschlug, wurde das neue Gruppeninsolvenzrecht erst 2017 erlassen, folglich zwei Jahre nach der Neufassung der Europäischen Insolvenzverordnung (848/2015) („EIR 2015“). Darüber hinaus gelten die neuen deutschen Regelungen erst ab dem 21. April 2018, während die überarbeiteten EU-Gruppeninsolvenzregeln bereits seit dem 26. Juni 2017 in Kraft sind.

Die Gruppeninsolvenzregeln der EU, geregelt in den Art. 56 ff. EIR 2015, sind anzuwenden, wenn in zwei oder mehr Mitgliedstaaten Insolvenzverfahren gegen mindestens zwei Mitglieder einer Unternehmensgruppe anhängig sind. Unter „Unternehmensgruppe“ ist ein Mutterunternehmen mit allen seinen Tochterunternehmen zu verstehen, wobei das Mutterunternehmen die Tochterunternehmen kontrolliert (Art. 2 Abs. 13 und 14 EIR 2015).

Vom 21. April 2018 an gelten die Gruppeninsolvenzregelungen in Deutschland auch dann, wenn unabhängig vom Ort des Verfahrens eine Insolvenz bei mindestens zwei Mitgliedern einer Unternehmensgruppe vorliegt. Insolvente Gruppenmitglieder in Deutschland (und in anderen Ländern vermutlich ebenso) können daher sowohl den Gruppeninsolvenzregeln der EIR 2015 als auch nationalem Recht, also im Falle Deutschlands der Insolvenzordnung (InsO), unterliegen. Mit Inkrafttreten des Art. 102c § 22 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung (EGInsO) wird jedoch eine Subsidiaritätsregelung eingeführt: Soweit die Bestimmungen der EIR 2015 zur Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter oder der Gerichte anzuwenden sind (Art. 56 und 57 der EIR 2015), finden die entsprechenden Bestimmungen des deutschen Rechts (§§ 56b, 269a, 269b InsO) keine Anwendung. Darüber hinaus darf ein deutsches Gruppen-Koordinationsverfahren nicht eingeleitet werden, wenn es die Wirkungen des Gruppen-Koordinationsverfahren nach der EIR 2015 beeinträchtigen würde. Das deutsche Gruppen-Koordinationsverfahren ist mit anderen Worten mit demjenigen der EIR 2015 nicht grundsätzlich unvereinbar, hat neben Letzterem jedoch nur Bestand, soweit es sich nicht nachteilig auf die Regelungen der EIR 2015 auswirkt. Der Schwerpunkt des vorliegenden Artikels liegt daher auf den stets vorrangigen Regelungen der EIR 2015.

*UNCITRAL-
Arbeitsgruppe*

Ungeachtet dessen, dass in Europa in den vergangenen Jahren Gruppeninsolvenzregelungen entwickelt wurden, vereinbarte die UNCITRAL-Arbeitsgruppe V¹ auf ihrer 44. Sitzung im Dezember 2013 die Fortsetzung ihrer Arbeit zur grenzüberschreitenden Insolvenz multinationaler Unternehmensgruppen.² Die bestehenden Artikel des UNCITRAL-Modellgesetzes über grenzüberschreitende Insolvenzen³ (das „UNCITRAL-Modellgesetz“) sollen entweder durch eine Reihe von Musterbestimmungen oder durch Nachträge zum derzeitigen UNCITRAL-Modellgesetz ergänzt werden. Eine Entscheidung darüber steht noch aus. Mit dem Entwurf der Bestimmungen über die grenzüberschreitende Insolvenz multinationaler Unternehmensgruppen (der „UNCITRAL-Entwurf“) hat sich die Arbeitsgruppe V fortlaufend befasst, so auch vor Kurzem auf ihrer 51. Sitzung im Mai 2017.⁴ Obwohl die Arbeiten daran noch nicht abgeschlossen sind, sind sie weit genug fortgeschritten, um eine Analyse der Mechanismen im Rahmen des UNCITRAL-Entwurfs und den Vergleich mit denjenigen der EIR 2015 zu ermöglichen.

II. Anwendbarkeit*Anerkennung des
UNCITRAL-Modell-
gesetzes
erforderlich*

Der UNCITRAL-Entwurf beruht auf den Grundsätzen des UNCITRAL-Modellgesetzes. Die einzelnen Länder werden ermutigt, das UNCITRAL-Modellgesetz in ihre nationale Gesetzgebung über die internationale Reichweite ausländischer Insolvenzverfahren in ihrem eigenen Hoheitsgebiet zu übernehmen, einschließlich eines Anerkennungsverfahrens und bestimmter Arten von Rechtsschutz infolge einer Entscheidung, durch die ein ausländisches Haupt- oder Nicht-Hauptverfahren anerkannt wurde. Obwohl das UNCITRAL-Modellgesetz keine Gesetzeskraft hat und in keiner Rechtsordnung unmittelbar anwendbar ist, verfügen Länder, die es übernehmen, über eine gemeinsame Grundlage und einen gemeinsamen Ansatz zum Umgang mit den Problemen multinationaler Insolvenzen.

Im Gegensatz dazu handelt es sich bei der EIR 2015 um einen unmittelbar anwendbaren Rechtsakt in der EU, der (außer in Dänemark und zukünftig möglicherweise auch in Großbritannien) keiner formellen Übernahme oder Umsetzung durch einen Mitgliedstaat bedarf.

Multinationale Unternehmensgruppen in Europa mit verbundenen Gruppenmitgliedern außerhalb der EU würden gleichfalls von einem einheitlichen Regelwerk profitieren, wenn sie diese verbundenen Unternehmen in einen Sanierungsplan für die Gruppe als Ganzes aufnehmen müssen. Ein gemeinsames Grundprinzip ist daher unbedingt erforderlich.

III. Ansatz*EIR 2015 und
UNCITRAL-Entwurf:
ähnliches
Regelungsziel*

Obwohl sich die EIR 2015 und der UNCITRAL-Entwurf hinsichtlich ihres rechtlichen Status und ihres Anwendungsbereichs grundlegend unterscheiden,

¹ http://www.uncitral.org/uncitral/en/commission/working_groups/5Insolvency.html.

² Das Mandat wurde von der Kommission auf ihrer 43. Tagung (2010) erteilt: Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Fünftundsechzigste Tagung, Beilage Nr. 17 (A/65/17, Abs. 259 a) und Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Achtundsechzigste Tagung, Beilage Nr. 17 (A/68/17, Abs. 326).

³ <http://www.uncitral.org/pdf/english/texts/insolven/1997-Model-Law-Insol-2013-Guide-Enactment-e.pdf>.

⁴ Diese Version wird für den vorliegenden Artikel verwendet.

verfolgen beide Regelwerke ein ähnliches Ziel: den Umgang mit Situationen zu regeln, in denen Insolvenzverfahren für verschiedene Mitglieder einer Unternehmensgruppe in unterschiedlichen Ländern eingeleitet wurden.

Die wesentlichen Elemente sind

- die Herstellung der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Insolvenzverwaltern und Gerichten,
- die Schaffung eines führenden oder koordinierenden Verfahrens mit einem entsprechenden Leiter oder Koordinator und
- die Anregung eines „Plans“ als rechtliches Format für die Sanierung oder Liquidation der Gruppe oder von Teilen davon.

Darüber hinaus ist im UNCITRAL-Entwurf zu klären, welche Maßnahmen oder Arten von Rechtsschutz in den jeweiligen Rechtsordnungen anerkannt werden. Dieses Problem stellt sich bei der in Deutschland unmittelbar geltenden EIR 2015 nicht (auch wenn Deutschland ein „Einführungsgesetz“ erlassen hat, um Verwalter bei der Anwendung der neuen Bestimmungen der EIR 2015 zu unterstützen).

IV. Kommunikation, Zusammenarbeit, Koordinierung

Kapitel V („Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe“) der EIR 2015 beginnt mit Abschnitt 1 „Zusammenarbeit und Kommunikation“ (Art. 56–60 EIR 2015). Die Art. 56–58 EIR 2015 verpflichten Insolvenzverwalter und Insolvenzgerichte ausdrücklich, in verschiedene Mitglieder einer Unternehmensgruppe betreffenden Insolvenzverfahren zusammenzuarbeiten und miteinander zu kommunizieren. Art. 2 Abs. 5 EIR 2015 enthält eine weit gefasste Definition des Begriffs „Verwalter“, bezieht sich auch auf Anhang B, der die verschiedenen Arten von Insolvenzverwaltern in den einzelnen Mitgliedstaaten auflistet. Für Deutschland fehlt zwar die Eigenverwaltung; Art. 76 EIR 2015 bestimmt jedoch, dass die für den Verwalter geltenden Bestimmungen des Kapitels V für den Schuldner in Eigenverwaltung entsprechend gelten.

Verwalter sind insbesondere zur Zusammenarbeit verpflichtet, „soweit diese Zusammenarbeit die wirksame Abwicklung der Verfahren erleichtern kann, mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist und keine Interessenkonflikte nach sich zieht“ (Art. 56 Abs. 1 EIR 2015). Zu diesem Zweck obliegt es den Verwaltern, einander so bald wie möglich alle bedeutsamen Informationen mitzuteilen, vorausgesetzt, es bestehen geeignete Vorkehrungen zum Schutz vertraulicher Informationen (Art. 56 Abs. 2a EIR 2015). Darüber hinaus sollen Insolvenzverwalter prüfen, ob Möglichkeiten einer Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Geschäfte der Gruppenmitglieder bestehen (Art. 56 Abs. 2b EIR 2015). Schließlich müssen Insolvenzverwalter „prüfen, ob Möglichkeiten einer Sanierung von Gruppenmitgliedern bestehen“ und, falls eine solche Möglichkeit besteht, einen koordinierten Sanierungsplan vorschlagen (Art. 56 Abs. 2c EIR 2015). Insolvenzverwalter sind im Falle eines Gruppeninsolvenzverfahrens

*Regelungen in
der EIR 2015*

rens also verpflichtet, die Zusammenarbeit in den Insolvenzverfahren anderer Gruppenmitgliedern in Erwägung zu ziehen und dies zu dokumentieren.

In Art. 57 EIR 2015 wird klargestellt, dass auch von den Gerichten erwartet wird, dass sie im Rahmen eines Insolvenzverfahrens zusammenarbeiten, „soweit diese Zusammenarbeit eine wirksame Verfahrensführung erleichtern kann“. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Koordinierung der Bestellung von Insolvenzverwaltern, die Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Insolvenzmasse und Geschäfte der Mitglieder der Unternehmensgruppe sowie die Koordinierung der Verhandlungen (Art. 57 Abs. 3 EIR 2015). Eine Zusammenarbeit wird jedoch nicht gefordert, wenn diese mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften unvereinbar ist oder Interessenkonflikte nach sich zieht (Art. 57 Abs. 1 Satz 1 EIR 2015). Diese weit gefasste Ausnahme wird in der Praxis der Verpflichtung zu Kommunikation, Zusammenarbeit und Koordinierung möglicherweise einen großen Teil der gewünschten Wirkung nehmen. Inwieweit die Gerichte zukünftig eine stärkere Zusammenarbeit bei Gruppeninsolvenzverfahren an den Tag legen werden, hängt daher maßgeblich von ihrer Auslegung der Beschränkungen in Art. 57 Abs. 1 EIR 2015 ab.

Regelungen im UNCITRAL-Entwurf

Der UNCITRAL-Entwurf konzentriert sich auf zwei Aspekte der Zusammenarbeit und Kommunikation:

- Zusammenarbeit zwischen Gerichten und anderen zuständigen Behörden der an grenzüberschreitenden Insolvenzfällen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe beteiligten Staaten und
- Zusammenarbeit zwischen Insolvenzbeauftragten, die in den Staaten, die an grenzüberschreitenden Insolvenzfällen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe beteiligt sind, bestellt worden sind.

Nach den allgemeinen Bestimmungen in den Art. 7 und 7bis des UNCITRAL-Entwurfs hat der Insolvenzbeauftragte bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und unter der Aufsicht des Gerichts so weit wie möglich mit ausländischen Vertretern anderer Mitglieder der Unternehmensgruppe und mit einem Gruppenvertreter, sofern ein solcher (in einem Planungsverfahren) ernannt wurde, sowie mit ausländischen Gerichten zusammenzuarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit beinhaltet das Recht, unmittelbar mit diesen Stellen zu kommunizieren oder unmittelbar von ihnen Informationen oder Unterstützung anzufordern.

Der UNCITRAL-Entwurf verlangt von den Insolvenzbeauftragten und dem Gruppenvertreter insbesondere die Koordinierung ihrer jeweiligen Verwaltungen und der gerichtlichen Aufsicht, was nach Art. 8 folgende Aufgaben umfasst:

- Weitergabe und Offenlegung von Informationen (sofern der Schutz vertraulicher Informationen gewährleistet ist);
- Aushandlung von Vereinbarungen über die Koordinierung von Verfahren (sog. „Protokolle“, die sich zu einem recht beliebten Instrument entwickelt haben, auf das sich Insolvenzbeauftragte in unterschiedlichen Rechtsordnun-

gen zur Regelung gemeinsamer oder sich überschneidender Interessen gerne einigen). Die Insolvenzbeauftragten und der Gruppenvertreter können auch Verantwortlichkeiten untereinander aufteilen;

- Koordinierung im Hinblick auf die Erarbeitung/Umsetzung einer Lösung für die Gruppeninsolvenz, d. h. des rechtlichen und geschäftlichen Konzepts zur Sanierung oder Liquidation der Unternehmensgruppe oder von Teilen davon.

Der UNCITRAL-Entwurf sieht gleichfalls vor, dass die Gerichte entweder unmittelbar oder über eine dafür bestimmte Person oder Stelle mit ausländischen Gerichten, Insolvenzbeauftragten und dem Gruppenvertreter, sofern ein solcher ernannt ist, zusammenarbeiten. Die Gerichte sind auch berechtigt, unmittelbar mit ausländischen Gerichten, ausländischen Insolvenzbeauftragten oder einem ggf. ernannten Gruppenvertreter zu kommunizieren oder Informationen von diesen anzufordern. Der Umfang dessen unterliegt nationalem Recht. In den Rechtsordnungen des Common-Laws sehen sich die Gerichte im Allgemeinen als berechtigt an, im eigenen Ermessen mit anderen Gerichten zusammenzuarbeiten und zu kommunizieren. Vom römischen Recht geprägte Rechtsordnungen neigen hingegen nicht dazu, ihre Richter einfach zum Telefonhörer greifen zu lassen, um Kollegen in anderen Ländern anzurufen. Die gesetzgebenden Instanzen sollten jedoch dazu ermutigt werden, dieses Zugeständnis zu machen. In der EU wurden solche Zusammenarbeits- und Kommunikationspflichten nunmehr in der EIR 2015 geregelt, sind jedoch noch nicht erprobt. Es bleibt abzuwarten, wie diese in der Praxis funktionieren werden.

Dies wirft indes verschiedene Fragen auf: Sind Insolvenzbeauftragte berechtigt, an derartigen Kommunikationen teilzunehmen oder dabei zuzuhören, oder darf dies nur der Gruppenvertreter? Erhalten sie stattdessen Einsicht in eine Mitschrift? Dürfen sich Insolvenzbeauftragte zu den zu erörternden Punkten äußern oder diese sogar vorschlagen? Bestehen Rechtsbehelfe, wenn das Gericht die Kommunikation insgesamt oder in Bezug auf einen beantragten Punkt nicht vornimmt? Dies sind nur einige der Fragen, denen sich die Gesetzgeber gegenüber gestellt sehen werden und die sodann in den jeweiligen Rechtssystemen berücksichtigt werden müssen. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, dass Unterschiede bei den Befugnissen, Pflichten und Verfahren der zur Zusammenarbeit und Kommunikation aufgeforderten Gerichte bestehen werden, was zu neuen Reibungspunkten führen kann.

Vergleichbare Fragen ergeben sich, wenn ein Gericht mit einem ausländischen Insolvenzbeauftragten kommunizieren muss, über den es keine Entscheidungsgewalt hat. Art. 5 des UNCITRAL-Entwurfs befasst sich daher mit den Grenzen dieser Zusammenarbeit und Kommunikation. Er stellt sicher, dass die Gerichte unabhängig sind und dass eine solche Kommunikation nicht einer gerichtlichen Entscheidung über die jeweilige Frage gleichkommt.

Dennoch ist der in Art. 3 des UNCITRAL-Entwurfs geregelte Grundsatz wichtig. Die praktische Notwendigkeit, Wege zur Verbesserung einer solchen Zusammenarbeit und Kommunikation zu finden, wird aber die Ausarbeitung der zu entwerfenden neuen Gesetze bestimmen.

Offene Fragen

Der UNCITRAL-Entwurf liefert mehrere Beispiele für eine solche Zusammenarbeit, darunter:

- die Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Geschäfte der Mitglieder der Unternehmensgruppe,
- die Bestellung einer Person oder Einrichtung, die den Weisungen des Gerichts unterliegt,
- die Genehmigung und Umsetzung von Vereinbarungen zur Koordinierung von Verfahren in Bezug auf zwei oder mehr Mitglieder einer Unternehmensgruppe (sog. Protokolle),
- die Zusammenarbeit zwischen Gerichten in Bezug auf die Verteilung und Bereitstellung der Kosten im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Kommunikation,
- die Durchführung einer Mediation oder eines Schiedsverfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten über Ansprüche zwischen Mitgliedern einer Unternehmensgruppe,
- die Zustimmungsbedürftigkeit der Vorgehensweise in Bezug auf Ansprüche zwischen Mitgliedern einer Unternehmensgruppe.

Ein Vergleich der beiden Regelwerke verdeutlicht, dass sich sowohl die EU als auch UNCITRAL mit denselben Fragen konfrontiert sahen und weitgehend zu denselben Schlussfolgerungen kamen. Beiden Systemen zufolge bleibt der rechtliche Rahmen, der den Umgang der Gerichte mit ihren Amtskollegen und Insolvenzverwaltern im Ausland regelt, letztlich nationalen Gesetzgebungsverfahren und Verfahrensgesetzen überlassen, die die Einzelheiten des eigentlichen Verfahrens bestimmen.

V. Rechte des Insolvenzverwalters gemäß der EIR 2015 und der Insolvenzbeauftragte nach dem UNCITRAL-Entwurf

Auch wenn die Regelungen zur Gruppeninsolvenz in der EIR 2015 relativ locker gehalten sind, gewährt Art. 60 EIR 2015 dem für ein Gruppenmitglied bestellten Insolvenzverwalter wichtige Rechte. Diese gehen weit über den Dreiklang von Kommunikation, Zusammenarbeit und Koordinierung hinaus. Zunächst kann ein Insolvenzverwalter in jedem über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe eröffneten Verfahren gehört werden (Art. 60 Abs. 1a EIR 2015). Obwohl dies kein unmittelbares Recht darstellt, wird dadurch den Insolvenzverwaltern der anderen Gruppenmitglieder angezeigt, dass sie von ihren Kollegen kontaktiert werden sollten, wenn eine solche Kommunikation die wirksame Verwaltung in den Verfahren erleichtert.

Darüber hinaus kann ein Insolvenzverwalter gemäß Art. 60 Abs. 1b EIR 2015 eine Aussetzung jeder Maßnahme im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in jedem Verfahren über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben

*Rechte des
Insolvenzverwalters,
Art. 60 EIR 2015*

Unternehmensgruppe beantragen. Hierfür ist erforderlich, dass (i) ein koordinierter Sanierungsplan vorgeschlagen wurde und hinreichende Aussicht auf Erfolg hat, (ii) die Aussetzung der Verwertungsmaßnahme notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Sanierungsplans sicherzustellen und (iii) der Plan den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugutekäme. Das Insolvenzgericht kann bei Bedarf verlangen, dass Maßnahmen zum Schutz der Interessen dieser Gläubiger ergriffen werden. Es ist zu beachten, dass der in Art. 56 Abs. 2c EIR 2015 genannte koordinierte Sanierungsplan nicht dasselbe ist, wie der in Art. 72 Abs. 1b EIR 2015 genannte Gruppen-Koordinationsplan. Der koordinierte Sanierungsplan beschränkt sich nicht auf die Koordinierung der Verfahren verschiedener Gruppenmitglieder, sondern soll vielmehr Schritte festlegen und bestimmte Maßnahmen zur Sanierung eines Gruppenunternehmens umsetzen (siehe Erwägungsgrund 54 EIR 2015). Diese Pläne müssen den nationalen Rechtsvorschriften für Insolvenzpläne entsprechen und nach diesen bestätigt werden. Die EIR 2015 hat hierauf keinen Einfluss. Die Tatsache, dass die EIR 2015 koordinierte (nationale) Sanierungspläne unterstützt, zeigt das Bestreben der EU, die Koordinierung und die Sanierung von Unternehmen auf allen Ebenen und nicht nur durch die Gruppen-Koordinationsverfahren und den Gruppen-Koordinationsplan nach den Art. 61 ff. und 72 EIR 2015 zu fördern. Eine Aussetzung kann für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten angeordnet werden und kann auf höchstens sechs Monate verlängert werden (Art. 60 Abs. 2 EIR 2015).

Schließlich sieht Art. 60 Abs. 1b EIR 2015 vor, dass ein für ein Gruppenmitglied bestellter Verwalter die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens gemäß Art. 61 EIR 2015 beantragen kann. Gruppen-Koordinationsverfahren sind also mehr als nur ein verfahrenstechnisches Instrument. Sie ermöglichen einem Insolvenzverwalter, die Unterstützung eines Gruppenkoordinators und des mit der Gruppen-Koordination befassten Gerichts einzuholen, um die effiziente Verwaltung der Insolvenzmasse der Gruppenmitglieder sicherzustellen.

Im Rahmen des UNCITRAL-Entwurfs können Insolvenzbeauftragte untereinander und mit dem Gruppenvertreter sowie mit dem Gericht kommunizieren und zusammenarbeiten. Außerdem können sie nach Art. 11 des UNCITRAL-Entwurfs am Hauptverfahren eines anderen Insolvenzbeauftragten teilnehmen. Gemäß Art. 11 Abs. 3 bedeutet „Teilnahme“, dass „das Gruppenmitglied berechtigt ist, in Angelegenheiten, die die Interessen dieses Gruppenmitglieds betreffen, zu erscheinen, schriftliche Erklärungen abzugeben und gehört zu werden sowie an der Erarbeitung und Durchführung einer Lösung für die Gruppeninsolvenz mitzuwirken.“

Das Recht auf Teilnahme am Verfahren eines anderen Gruppenmitglieds beschränkt sich also nicht auf eingeleitete oder sogar anerkannte Planungsverfahren, auch wenn dies das letztendliche Ziel ist. Die Teilnahme, und damit die Zusammenarbeit, kann durch Erscheinen und Durchführung einer Anhörung oder durch die Vorlage schriftlicher Stellungnahmen zu den Interessen des vom Insolvenzbeauftragten betreuten Gruppenmitglieds verwirklicht werden. Ein Planungsverfahren kann ggf. später eingeleitet werden. Die Teilnahme an einem Verfahren durch ein anderes Mitglied der Unternehmensgruppe ist freiwillig und

Insolvenzbeauftragte nach dem UNCITRAL-Entwurf

*Weitreichendere
Teilnahmemög-
lichkeit durch den
UNCITRAL-Entwurf*

das betreffende Gruppenmitglied kann in jeder Phase des Verfahrens mit seiner Teilnahme beginnen oder diese beenden. Art. 11 Abs. 5 des UNCITRAL-Entwurfs bestimmt, dass „ein teilnehmendes Mitglied einer Unternehmensgruppe über Maßnahmen zu benachrichtigen ist, die im Hinblick auf die Entwicklung einer Lösung für die Gruppeninsolvenz getroffen werden“. Daher ist sicherheitshalber eine Beteiligung immer ratsam, um bezüglich dieser Entwicklung auf dem Laufenden zu bleiben. Nach Art. 11 Abs. 4 des UNCITRAL-Entwurfs können auch Mitglieder einer Unternehmensgruppe, gegen die kein Insolvenzverfahren anhängig ist, aus freien Stücken an einem Verfahren teilnehmen. Ein Gruppenmitglied kann sich jederzeit für oder gegen eine Teilnahme entscheiden.

Ein Vergleich der beiden Regelwerke zeigt, dass die im UNCITRAL-Entwurf vorgesehene Teilnahme über die in der EIR 2015 vorgesehene hinausgeht, z. B. durch die Vorlage schriftlicher Stellungnahmen oder die Anhörung eines anderen Gruppenmitglieds im Verfahren. Obwohl sich die Insolvenzbeauftragten aktiv beteiligen können, sind die Einzelheiten dieser Teilnahme vom gesetzgebenden Staat festzulegen. Die Arbeitsgruppe V hat dies ausführlich erörtert und letztlich beschlossen, diese Optionen offen zu lassen und gleichzeitig weitere Empfehlungen in den Richtlinien zur Umsetzung des Modellgesetzes auszusprechen. Darüber hinaus ermöglicht der UNCITRAL-Entwurf im Gegensatz zur EIR 2015 solventen Gruppenmitgliedern die Teilnahme an einem Verfahren, um die Gesamtkoordination und Erarbeitung einer Lösung für die Gruppeninsolvenz zu erleichtern. Die Arbeitsgruppe V sieht insbesondere auch hier vor, dass lebensfähigen Gruppenmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden soll, beim Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen für das Verfahren mitzuwirken.

VI. Gruppen-Koordinationsverfahren und Planungsverfahren

*Gruppen-Koordi-
nationsverfahren*

Neben den allgemeinen Zusammenarbeits- und Kommunikationspflichten stellt die EIR 2015 ein wirklich neues Verfahren zur Koordinierung von Gruppeninsolvenzen zur Verfügung: das in den Art. 61–77 EIR 2015 geregelte Gruppen-Koordinationsverfahren („GKV“). Beim GKV handelt es sich um ein Verfahrensinstrument zur Verbesserung der Verwaltung insolventer Unternehmensgruppen durch Koordinierung und Bestellung eines Gruppenkoordinators, der von einem Insolvenzgericht überwacht wird. Die koordinierte gruppenweite Verwaltung ist in einem Gruppen-Koordinationsplan (Art. 72 Abs. 1b EIR 2015) festzulegen, der für den einzelnen Insolvenzverwalter jedoch keine unmittelbare Bindungswirkung entfaltet. Darüber hinaus darf der Gruppen-Koordinationsplan keine Empfehlungen zur Konsolidierung von Verfahren oder Insolvenzmassen enthalten. Somit ähneln Ansatz und Wirkung des GKV in gewissem Umfang denen eines Mediationsverfahrens zur Entwicklung einer gemeinsamen Sanierungsstrategie und zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer Gruppeninsolvenz.

Gemäß Art. 61 EIR 2015 kann jeder Insolvenzverwalter, der für ein Gruppenmitglied bestellt wurde, ein GKV beantragen. Obwohl eine Zuständigkeit jedes Insolvenzgerichts eines insolventen Gruppenmitglieds besteht, liegt die ausschließliche Zuständigkeit bei dem Gericht, welches zuerst hinsichtlich der Eröffnung eines GKV angerufen wurde, es sei denn, dass sich vor Eröffnung des GKV mindestens zwei Drittel der beteiligten Insolvenzverwalter schriftlich darauf

geeignet haben, dass ein anderes Gericht ausschließlich zuständig sein soll (Art. 66 EIR 2015). In diesem Fall muss sich jedes andere Gericht für unzuständig erklären und anhängige Anträge dem vereinbarten Gericht vorlegen.

Gemäß Art. 63 Abs. 1 EIR 2015 muss sich das mit einem Antrag auf Eröffnung eines GKV befassende Gericht davon überzeugen, dass (i) die Eröffnung des GKV die effektive Führung der Insolvenzverfahren über das Vermögen der verschiedenen Mitglieder der Gruppe erleichtern kann, (ii) nicht zu erwarten ist, dass ein Gläubiger eines Mitglieds der Gruppe, das voraussichtlich am Verfahren teilnehmen wird, durch die Einbeziehung dieses Mitglieds in das Verfahren finanziell benachteiligt wird und (iii) der vorgeschlagene Koordinator die Anforderungen für diese Position erfüllt. Ist dies zu bejahen, unterrichtet das Gericht die für die Mitglieder der Gruppe bestellten Verwalter über den Antrag auf Eröffnung des GKV, die sodann Gelegenheit haben, sich zu dem Antrag zu äußern und die Teilnahme am GKV ohne Angabe von Gründen ablehnen können.

Das Gericht eröffnet daraufhin das GKV, bestellt im Zusammenhang mit dieser Entscheidung einen Koordinator und entscheidet über den Entwurf der Koordination (den Plan) und den Vorschlag über die jeweils zu tragenden Anteile an den geschätzten Kosten (Art. 68 EIR 2015). Verwalter, die sich zunächst gegen eine Teilnahme am GKV entschieden haben, können jederzeit später die nachträgliche Einbeziehung in das GKV beantragen. Dies erfordert jedoch die Genehmigung des Koordinators und die Zustimmung aller beteiligten Insolvenzverwalter (Art. 69 EIR 2015), aber keine Genehmigung durch das Gericht. Darüber hinaus kann ein Verwalter nur dann die Einbeziehung beantragen, wenn er zuvor einen Einwand gegen die Einbeziehung des Insolvenzverfahrens, für das er bestellt wurde, in das Gruppen-Koordinationsverfahren erhoben hat (Opt-out) oder ein Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Gruppe eröffnet wurde, nachdem das Gericht ein GKV eröffnet hat.

Gemäß Art. 71 EIR 2015 muss der Koordinator eine Person sein, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats geeignet ist, als Verwalter tätig zu werden, jedoch keiner der Verwalter ist, die für ein Mitglied der Gruppe bestellt sind. Es wurde diskutiert, ob es ausreicht, wenn der Koordinator ausschließlich in seinem eigenen Land als Insolvenzverwalter tätig sein darf oder ob dies auch für das möglicherweise abweichende Land zutreffen muss, in welchem sich das Gericht befindet, welches das GKV verwaltet. Der Wortlaut der Bestimmung erfordert jedoch eindeutig lediglich, dass der Koordinator in einem „Mitgliedstaat“, d. h. nicht unbedingt in dem Mitgliedstaat, in dem das GKV anhängig ist, über eine entsprechende Qualifikation verfügt. Folglich werden sich deutsche Insolvenzverwalter und Gerichte mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass ein deutscher Insolvenzrichter einen ausländischen Verwalter als Koordinator bestellen kann, wenn er diesen für die effiziente Verwaltung eines GKV für geeigneter hält.

Insbesondere schlägt der Koordinator den insolventen Gruppenmitgliedern den Gruppen-Koordinationsplan vor. Zum Inhalt des Gruppen-Koordinationsplans macht die EIR 2015 nur wenige Angaben. Der Plan kann Vorschläge zur gemeinsamen Sanierungsstrategie, zur Beilegung gruppeninterner Streitigkeiten und zu Vereinbarungen zwischen Verwaltern enthalten (Art. 72 Abs. 1b EIR 2015). Die

*Bestellung eines
Koordinators*

Teilnehmer am GKV können sich jedoch auch auf andere Aspekte des Plans einigen, z. B. bezüglich der Kosten des GKV, vorausgesetzt, dass eine solche Vereinbarung mit der gerichtlichen Verfügung über die Eröffnung des GKV vereinbar ist. Die betroffenen Verwalter sind nicht dazu verpflichtet, dem Plan Folge zu leisten, müssen aber in einem solchen Fall die Personen oder Stellen, denen sie nach ihrem jeweiligen nationalen Recht Bericht erstatten müssen, über die Gründe dafür informieren (Art. 70 EIR 2015). Durch diese Offenlegungspflicht ist jeder Insolvenzverwalter praktisch dazu verpflichtet, den Plan zumindest zu prüfen und die Gründe dafür, ihm nicht Folge zu leisten, zu dokumentieren. Der Koordinator hat zudem das Recht, in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Unternehmensgruppe gehört zu werden und an Gläubigerversammlungen teilzunehmen, z. B. um einen Gruppen-Koordinationsplan zu erläutern.

Der Koordinator kann nicht nur sanften Druck im Rahmen des Gruppen-Koordinationsplans ausüben, sondern zusätzlich auch eine Aussetzung von Verfahren über das Vermögen jedes Mitglieds der Gruppe für bis zu sechs Monate beantragen, sofern die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Gruppen-Koordinationsplans sicherzustellen, und den betroffenen Gläubigern zugutekäme (Art. 72 Abs. 2e EIR 2015). Der Antrag auf Aussetzung ist bei dem Gericht zu stellen, welches das GKV eröffnet hat. Angesichts dessen, dass die Gruppeninsolvenzregeln in der EIR 2015 weitgehend locker gehalten sind, wird der Koordinator eindeutige Nachweise dafür vorlegen müssen, dass die Aussetzung erforderlich ist, um den Gruppen-Koordinationsplan ordnungsgemäß umzusetzen, und sie den betroffenen Parteien erkennbar mehr als nur geringfügige Vorteile bietet. Das Recht des Koordinators auf Beantragung einer Aussetzung wird jedoch seine Position bei Verhandlungen mit Vertretern und Interesseneignern der einzelnen Gruppenmitglieder stärken.

Die Gruppenmitglieder tragen die Kosten des GKV entsprechend den Bestimmungen im Eröffnungsbeschluss. Jeder Verwalter kann der Endabrechnung des Koordinators widersprechen, woraufhin das Gericht über die Kosten zu entscheiden hat (Art. 77 EIR 2015). Gemäß Art. 72 Abs. 6 EIR 2015 hat der Koordinator die beteiligten Verwalter zu informieren und die Zustimmung des Gerichts einzuholen, welches das GKV eröffnet hat, wenn (i) nach Ansicht des Koordinators die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu einer erheblichen Kostensteigerung führen wird oder (ii) die tatsächlichen Kosten die geschätzten Kosten um 10 % übersteigen.

Zusammengefasst erleichtert die EIR 2015 den an einer Gruppeninsolvenz beteiligten Verwaltern die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteien durch die Einführung eines Verfahrens, das auf der Unterstützung durch einen unabhängigen Koordinator beruht und durch das ein Gruppen-Koordinationsplan geschaffen wird. Die detaillierten Verfahrensregeln lassen einen gewissen (begrenzten) Raum für Gruppenmitglieder, die nicht kooperieren möchten. Nichtsdestotrotz ist das GKV ein nützliches verfahrenstechnisches Instrument für eine strukturierte Koordination, da es die Effizienz der Verwaltung für diejenigen Parteien erhöht, welche die durch das GKV gebotenen Möglichkeiten nutzen.

Aus dem UNCITRAL-Entwurf ergibt sich nicht eindeutig, wer das die einzelnen Insolvenzverfahren umfassende Verfahren, d.h. das so genannte „Planungsverfahren“, einleitet. In Art. 12 iVm Art. 2g Ziff. i des UNCITRAL-Entwurfs heißt es jedoch, dass ein Planungsverfahren ein Hauptinsolvenzverfahren bezüglich eines Mitglieds der Unternehmensgruppe ist, bei dem es sich um einen notwendigen und wesentlichen Bestandteil der Lösung für eine Gruppeninsolvenz handelt. Damit ist gewährleistet, dass der führende Teilnehmer kein untergeordnetes oder unwichtiges Gruppenmitglied ist. Wenn mindestens ein weiteres Gruppenmitglied an dem Insolvenzverfahren beteiligt ist, kann das Gericht dieses Hauptverfahrens zum Zwecke der Erarbeitung und Umsetzung einer Lösung für eine Gruppeninsolvenz eine Person oder eine Stelle ernennen, die befugt ist, als „Gruppenvertreter“ zu handeln. Sobald ein Gruppenvertreter bestellt ist, wird aus dem Hauptverfahren ein Planungsverfahren. Das Verfahren und die weiteren Voraussetzungen für eine solche Bestellung bleiben den übernehmenden Staaten überlassen und können sich daher von Rechtsordnung zu Rechtsordnung erheblich unterscheiden. Der UNCITRAL-Entwurf schließt die Möglichkeit von mehr als einem Planungsverfahren nicht aus. So wäre es beispielsweise möglich, Verfahren in Asien im Rahmen eines asiatischen Planungsverfahrens und Verfahren in Amerika nach einem davon getrennten, amerikanischen Planungsverfahren zu koordinieren.

Die Hauptaufgabe des Gruppenvertreters besteht darin, eine Lösung für eine Gruppeninsolvenz, folglich eine Reihe von Vorschlägen für die Reorganisation, den Verkauf oder die Liquidation einiger oder aller Unternehmungen oder Vermögenswerte eines oder mehrerer Gruppenmitglieder mit dem Ziel der Verbesserung des Gesamtwertes der beteiligten Gruppenmitglieder, zu erarbeiten und umzusetzen. Zu diesem Zweck ist der Gruppenvertreter mit verschiedenen Rechten, Befugnissen und Pflichten ausgestattet (Art. 12 und 13 des UNCITRAL-Entwurfs).

Zunächst einmal ist der Gruppenvertreter befugt, im Namen des Planungsverfahrens in einem ausländischen Staat tätig zu werden, soweit das entsprechende ausländische Recht dies zulässt. Diese Ermächtigung ist notwendig, weil der UNCITRAL-Entwurf keine der EIR 2015 vergleichbare Regelung mit automatischer Anerkennung und unmittelbarer und automatischer Anwendung des Rechts desjenigen Mitgliedstaats vorsieht, in dem das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist (*lex fori concursus*). Vielmehr verlangt jeder übernehmende Staat üblicherweise ein Anerkennungsverfahren und kann die Regelungen des UNCITRAL-Modellgesetzes ändern oder präzisieren. Der Gruppenvertreter kann jedoch insbesondere

- die Anerkennung des Planungsverfahrens (bezüglich der Anerkennung vgl. Art. 14 des UNCITRAL-Entwurfs) und Rechtsschutz zur Unterstützung der Erarbeitung und Umsetzung der Lösung für eine Gruppeninsolvenz begehren sowie
- die Teilnahme an einem ausländischen Verfahren in Bezug auf ein Gruppenmitglied anstreben, unabhängig davon, ob dieses Mitglied am Planungsverfahren teilnimmt.

Bei Anerkennung des Planungsverfahrens kann der Gruppenvertreter für dessen Zwecke an jedem Insolvenzverfahren teilnehmen, das am Planungsverfahren teilnehmende Mitglieder der Unternehmensgruppe betrifft (Art. 18 des UNCITRAL-Entwurfs).

Gemäß Art. 15 des UNCITRAL-Entwurfs kann der Gruppenvertreter im Zeitraum zwischen dem Antrag auf Anerkennung eines ausländischen Planungsverfahrens und der Anerkennungsentscheidung bei dem das Planungsverfahren überwachenden Gerichts (oder bei dem ausländischen Gericht) um Rechtsschutz nachsuchen, um die Möglichkeit der Erarbeitung einer Lösung für eine Gruppeninsolvenz zu wahren und das Vermögen eines an einem Planungsverfahren beteiligten Mitglieds einer Unternehmensgruppe oder die Interessen der Gläubiger eines solchen Gruppenmitglieds zu schützen. Das schließt ein:

- die Aussetzung des Rechts, Vermögenswerte des Mitglieds der Unternehmensgruppe zu übertragen, zu belasten oder anderweitig darüber zu verfügen,
- die Aussetzung von Insolvenzverfahren über das Vermögen des Mitglieds der Unternehmensgruppe,
- die Aussetzung der Vornahme oder die Fortsetzung einzelner Maßnahmen oder Verfahren oder die Vollstreckung in Vermögenswerte, Rechte, Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten des Mitglieds der Unternehmensgruppe,
- die gesamte oder teilweise Übertragung der Verwaltung oder Verwertung des sich im Ausland befindlichen Vermögens des Mitglieds der Unternehmensgruppe auf den Gruppenvertreter oder eine andere vom Gericht bestimmte Person, um den Wert des Vermögens zu sichern und zu erhalten,
- die Durchführung von Zeugenvernehmungen, die Beweisaufnahme oder Übermittlung von Informationen über Vermögen, Angelegenheiten, Rechte, Pflichten oder Verbindlichkeiten des Mitglieds der Unternehmensgruppe,
- die Anerkennung von Vereinbarungen über die Finanzierung von am Planungsverfahren teilnehmenden Mitgliedern der Unternehmensgruppe.

Bei der Erteilung, Ablehnung, Änderung oder Beendigung des Rechtsschutzes muss sich das Gericht davon überzeugen, dass die Interessen der Gläubiger und anderer interessierter Personen, einschließlich des Mitglieds der Unternehmensgruppe, auf das sich der zu gewährende Rechtsschutz bezieht, angemessen geschützt sind. Das Gericht kann jeden Rechtsschutz an Bedingungen knüpfen, darunter auch die Leistung einer Sicherheit, oder den Rechtsschutz ändern oder beenden (Art. 19 des UNCITRAL-Entwurf).

Nach Art. 11 Abs. 4 des UNCITRAL-Entwurfs kann bei Einleitung eines Verfahrens in Bezug auf ein Mitglied einer Unternehmensgruppe, jedes weitere Mitglied der Unternehmensgruppe freiwillig daran teilnehmen, einschließlich solcher, gegen die kein Insolvenzverfahren anhängig ist. Die Entscheidung des Gruppenmitglieds für oder gegen eine Teilnahme kann jederzeit erfolgen. Der oben erwähnte

Rechtsschutz, den der Gruppenvertreter in Bezug auf Vermögen und Unternehmungen begehrt, steht jedoch in Bezug auf ein an einem Planungsverfahren beteiligtes Gruppenmitglied nicht zur Verfügung, wenn gegen dieses in keiner Rechtsordnung ein Insolvenzverfahren anhängig ist (Art. 13 Abs. 3 des UNCITRAL-Entwurfs). Auch wenn aus freien Stücken teilnehmende, solvente Gruppenmitglieder von einem Gericht nicht dazu gezwungen werden können, können sie, soweit dies nach dem für sie geltenden Zivil- oder Gesellschaftsrecht zulässig ist, ihr Vermögen oder ihre Rechte bereitstellen, um die Lösung für die Gruppeninsolvenz zu erleichtern.

Nachdem sie ausgearbeitet wurde, muss eine Lösung für eine Gruppeninsolvenz in allen Staaten oder Rechtsordnungen der teilnehmenden Gruppenmitglieder anerkannt und umgesetzt werden, um Wirksamkeit zu erlangen. Da es keine übergreifende Regelung oder automatische Anerkennung einer solchen Gruppenlösung gibt, muss die Anerkennung auf der Basis der Rechtsordnungen jedes einzelnen Landes erfolgen. Gemäß Art. 20 des UNCITRAL-Entwurfs ist die Lösung für die Gruppeninsolvenz demjenigen Gericht vorzulegen, welches das Insolvenzverfahren eines an einem Planungsverfahren teilnehmenden, betroffenen Gruppenmitglieds überwacht. Da nicht gewollt ist, dass das Gericht die gesamte Lösung für die Gruppeninsolvenz anerkennt oder umsetzt, darf sich das Gericht nur mit dem Teil der Gruppenlösung befassen, der sich auf das betreffende Gruppenmitglied bezieht. Nach Genehmigung des entsprechenden Teils der Lösung für die Gruppeninsolvenz muss das Gericht diejenigen Elemente bestätigen oder umsetzen, die Vermögen oder Unternehmungen im Staat des Gruppenmitglieds betreffen. Die übernehmenden Staaten sind aufgefordert, das Verfahren und die Aufgaben des Gerichts zu regeln, und sie haben die Möglichkeit, sich in Bezug auf die Genehmigung eines Reorganisations- oder Insolvenzplans auf das Gesetz zu beziehen. Die Bezugnahme auf einen Plan wird voraussichtlich dazu führen, dass die Gläubiger darüber abstimmen müssen, und kann gleichfalls die Strukturierung der Abstimmung nach Gruppen oder Klassen ermöglichen. Diese Bestimmung lässt auch die Frage offen, wie die Bindungswirkung eines Plans für ein Gruppenmitglied hergestellt werden kann, gegen das während seiner Teilnahme am Planungsverfahren keinerlei Insolvenzverfahren anhängig ist. Der UNCITRAL-Entwurf schlägt noch keine bestimmte Regelung oder Verfügung vor, die ein etwaig zuständiges Insolvenzgericht erlassen könnte. In seiner aktuellen Fassung regelt der UNCITRAL-Entwurf nicht, ob es einer Entscheidung in der jeweiligen Rechtsordnung bedarf und, falls ja, in welcher Form diese zu treffen ist. Dies wird ggf. in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe erörtert werden.

Ein Vergleich der Regeln in der EIR 2015 mit denjenigen des UNCITRAL-Entwurfs über Koordinationsverfahren bei Gruppeninsolvenzen zeigt einen strukturellen Unterschied auf. Die EIR 2015 enthält sehr genaue Regelungen für die Beantragung und den Beginn von Gruppen-Koordinationsverfahren. Die Gruppenmitglieder müssen informiert werden, können (mit Zweidrittelmehrheit) ein von ihnen bevorzugtes Gericht für das Koordinationsverfahren wählen und können sich für oder gegen die Teilnahme an einem Gruppen-Koordinationsverfahren entscheiden. Darüber hinaus benennt die EIR 2015 konkrete Anforderungen bezüglich des Koordinators und der Verfahrenskosten.

*Anerkennung
durch das
jeweilige Gericht*

Fazit

Der UNCITRAL-Entwurf ist in diesen Punkten hingegen weniger bestimmt. Zum Teil können die einschlägigen Regelungen von den einzelnen Staaten rechtlich umgesetzt werden. Zudem liegt der Schwerpunkt des UNCITRAL-Entwurfs eher auf dem Rechtsschutz, den der Gruppenvertreter in einem Planungsverfahren beantragen kann, um zu einer „Lösung für eine Gruppeninsolvenz“ zu gelangen. Dieser Antrag ist bei dem Gericht zu stellen, welches das Planungsverfahren koordiniert, sowie bei jedem ausländischen Gericht, das mit der Insolvenzverwaltung eines anderen Gruppenmitglieds befasst ist. Wie im UNCITRAL-Entwurf dargelegt, kann das Gericht dem Gruppenvertreter den Rechtsschutz in einer Vielzahl von Formen gewähren. Der Gruppenvertreter kann auch Rechtsschutz über ausländische Gerichte begehren, was zunächst die Anerkennung des Planungsverfahrens voraussetzt. Nach erfolgter Anerkennung des Verfahrens schlägt der UNCITRAL-Entwurf wiederum verschiedene Arten des Rechtsschutzes vor, der dem Gruppenvertreter durch das ausländische Gericht gewährt werden kann, um die Umsetzung einer Lösung für eine Gruppeninsolvenz im Planungsverfahren zu ermöglichen.

Zusammengefasst zielt die EIR 2015 folglich darauf ab, jedem Gruppenmitglied Verfahrensrechte in Bezug auf die Entscheidung über die Teilnahme am Gruppen-Koordinationsverfahren zu geben. Nimmt ein Gruppenmitglied am Gruppen-Koordinationsverfahren teil, ist dies automatisch EU-weit anerkannt. Die Befugnisse des Koordinators sind jedoch in gewisser Weise begrenzt und hängen davon ab, inwieweit die anderen Gruppenmitglieder zur Koordination bereit sind.

Im Gegensatz dazu wird nach dem UNCITRAL-Entwurf ein Planungsverfahren von den Gruppenmitgliedern eingeleitet und ist relativ einfach durchzuführen. Wenn das Verfahren jedoch mehrere Rechtsordnungen betrifft, muss in jeder von ihnen eine Anerkennung erfolgen, was Zeit und Geld kosten und auch zu Unsicherheit führen kann. Viel hängt dann von den unterschiedlichen beteiligten Gerichten ab. Die nach dem UNCITRAL-Entwurf dem Gruppenvertreter gewährten Rechtsschutzoptionen gehen weit über die in der EIR 2015 vorgesehenen Möglichkeiten hinaus.

In Bezug auf Konzept und Struktur des Planungsverfahrens entspricht der UNCITRAL-Entwurf dem Modellgesetz zur grenzüberschreitenden Insolvenz von 1997. Mit den Fragen der Anerkennung sowie des vorläufigen und endgültigen Rechtsschutzes befasst sich die EIR 2015 nicht. Jedoch sind die Regeln der EIR 2015 leichter anzuwenden, da sie keine grenzüberschreitende Anerkennung erfordern. Nach der EIR 2015 sind der Gruppen-Koordinationsplan und mit ihm zusammenhängende Gerichtsentscheidungen in der gesamten EU (außer Dänemark) anerkannt und wirksam. Der UNCITRAL-Entwurf setzt im Gegensatz dazu voraus, dass nur derjenige Teil der Lösung für die Gruppeninsolvenz, der für das betreffende Gruppenmitglied relevant ist, in der für dieses Gruppenmitglied zuständigen Rechtsordnung anerkannt werden muss. Der Begriff „Teil“ sollte jedoch weit ausgelegt werden, da es durchaus möglich ist, dass Kollateralwirkungen zwischen teilnehmenden Gruppenmitgliedern zu berücksichtigen sind.

Weder der Ansatz der EIR 2015 noch derjenige des UNCITRAL-Entwurfs erfordert, dass das jeweilige Gruppenmitglied solvent ist oder einen Nachweis hierfür erbringt. So kann ein Verfahren nach beiden Regelungen nicht mit dem Vorbringen gestoppt werden, dass ein bestimmtes Gruppenmitglied aufgrund seiner guten Geschäftslage nicht die Voraussetzungen für die Teilnahme an einem Insolvenzverfahren erfüllt.

Es bleibt abzuwarten, wie beide Systeme funktionieren werden und ob sie ein „besseres“ Ergebnis liefern können. Ebenso wird interessant sein zu sehen, ob die beiden Regelungen in Fällen, in denen beide anwendbar wären, wie etwa bei einer europäisch-amerikanischen Unternehmensgruppe, kombiniert oder aufeinander abgestimmt werden können.



Rechtsanwältin Dr. Annerose Tashiro leitet den Geschäftsereichs Internationale Restrukturierungsberatung/Cross-Border Restructuring and Insolvencies bei Schultze & Braun. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen und regelmäßig Referentin bei Fachveranstaltungen. Sie ist Board-Mitglied bei IWIRC International und Co-Chair von IWIRC Europe. Darüber hinaus ist sie Member of the Board des American Bankruptcy Institute (ABI).

E-Mail: ATashiro@schubra.de



Rechtsanwalt Dr. H. Philipp Esser, LL.M. (Chicago) und Attorney-at-Law (New York State), ist im Geschäftsbereich Internationale Restrukturierungsberatung/Cross-Border Restructuring and Insolvencies bei Schultze & Braun mit den Schwerpunkten USA, Spanien und Lateinamerika tätig.

E-Mail: PEsser@schubra.de

Automobilindustrie – eine Branche im Umbruch

Von Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht, und Felix Mogge, Senior Partner bei Roland Berger

Die neue Problembranche?

Die Automobilindustrie beschäftigt in Deutschland über 800.000 Arbeitnehmer und erwirtschaftet 400 Milliarden Euro. Sie liegt damit noch vor dem Maschinenbau und ist somit ohne Frage Deutschlands wichtigste Industrie. Auch in der Sanierungs- und Insolvenzpraxis spielt sie eine entsprechend wichtige Rolle. Angesichts der enormen Umwälzungen und der damit verbundenen Anpassungen sehen einige Experten in der Automobilindustrie gar die neue Problembranche Nummer eins.

Vier Trends bewirken den Umbruch

Die Automobilindustrie steht vor dem größten Umbruch ihrer Geschichte – weltweit genauso wie in Deutschland. Vier wesentliche Trends werden diesen Umbruch herbeiführen und prägen: die Elektrifizierung des Antriebs, das autonome Fahren, die Digitalisierung und neue Mobilitätskonzepte. Am Ende dieses Umbruchs erwarten wir eine Industrie, in der ein Teil der weltweiten Nachfrage nach individueller Mobilität nicht mehr durch das eigene Fahrzeug, sondern durch ein professionell betriebenes, elektrisch angetriebenes und voll autonom fahrendes Fahrzeug, das sogenannte Robo-Taxi, abgedeckt wird. Spannender als die Frage nach dem Zielbild am Ende des Umbruchs sind inzwischen allerdings ohnehin die Fragen, wie schnell sich dieser Umbruch vollzieht, und bis wann welche der zu erwarteten Veränderungen Realität werden.

Elektrifizierung des Antriebs

Beim elektrischen Antrieb haben die Fahrzeughersteller vor allem seit Dieselgate ihre Aktivitäten nochmals forciert. Allerdings ist der Weg zu einer breiten Durchdringung des Marktes noch weit – 2016 verfügten weniger als 1 % aller weltweit neu zugelassenen Fahrzeuge über einen solchen Antrieb. Aus Sicht der Endkunden sprechen neben dem begrenzten Modellangebot und der geringen Reichweite vor allem die fehlende Ladeinfrastruktur sowie die hohen Anschaffungskosten gegen den Erwerb eines Elektrofahrzeugs. Um die vorgeschriebenen Emissionsgrenzen in Europa und in anderen Regionen der Welt zu erreichen, ist eine deutliche Erhöhung des Elektrofahrzeuganteils allerdings unabdingbar. Darüber hinaus dürfte eine weitere Verschärfung der Regulierung auf lokaler Ebene (Stichwort: Einfahrverbote für Verbrennungsmotorfahrzeuge in Städte) die Verbreitung der Technologie weiter befördern.

Autonomes Fahren

Auch beim autonomen Fahren gilt es noch einige Hürden zu überwinden. Auf der Technologieseite fehlt es für die letzten Ausbaustufen voll autonomen Fahrens u. a. noch an Prozessorleistung im Fahrzeug sowie an einer ausreichenden Abdeckung mit Hochgeschwindigkeits-Mobilfunknetzen (5G). Auf der regulatorischen Seite sind noch eine ganze Reihe von Verantwortungs- und Haftungsfragen zu klären. Unabhängig davon steckt in der Technologie ein großes Potenzial nicht nur zur Erhöhung von Fahrsicherheit und Fahrkomfort, sondern vor allem im Hinblick auf neue Mobilitätskonzepte.

Die Digitalisierung hat das Fahrzeug bereits voll erfasst. In der Wahrnehmung des Endkunden geht es dabei vor allem um die nahtlose Integration des Smartphones in das Fahrzeug und die (Weiter-)Nutzung der digitalen Umgebung auch während der Fahrt. Darüber hinaus verändern sich aber auch viele weitere Funktionalitäten des Fahrzeugs von einer analogen hin zu einer digitalen Lösung, etwa bei der Fahrzeugbedienung, dem Fahrzeugzugang oder auch bei den originären Fahrfunktionen.

Digitalisierung

In neuen Mobilitätskonzepten schließlich steckt das größte disruptive Potenzial für die Industrie. Im Kern dieser Konzepte steckt die Idee, dass der Endkunde ein Fahrzeug nicht mehr selbst besitzt, sondern nur noch bei Bedarf nutzt. Ein solches „geteiltes“ Fahrzeug würde besser ausgenutzt werden. Dadurch würde das Car-Sharing-Modell, die in den Städten hoch beanspruchte Verkehrsinfrastruktur entlasten und zugleich zu deutlich niedrigeren Nutzungskosten führen. Über die vergangenen Jahre sind in diesem Umfeld bereits zahlreiche neue Dienstleistungen und entsprechende Anbieter entstanden. Die Weiterentwicklung der Technologie könnte diesen zum Durchbruch verhelfen: Ein geteiltes Fahrzeug, das sich voll autonom bewegen lässt, lässt sich durch den Entfall des Fahrers nochmals zu viel geringeren Betriebskosten betreiben, bietet dem Nutzer maximalen Komfort und vermeidet, sofern es elektrisch angetrieben ist, lokale ausgestoßene Emissionen komplett.

Neue Mobilitätskonzepte

Auch wenn diese Entwicklung noch einige Jahre beanspruchen wird, werden sich die Marktbedingungen für die Zulieferer schon bald sukzessive weiter verschärfen. Eine wichtige Rolle spielen dabei drei Aspekte, die – je nach Intensität des Industriewandels – sequenziell oder auch parallel stattfinden können: eine Zunahme des Preisdrucks, die technologiegetriebene Produktsegmentverschiebung und der allgemeine Marktvolumenrückgang.

Marktbedingungen für Zulieferer werden sich verschärfen

Grundsätzlich ist der Preisdruck der Fahrzeughersteller auf die Zulieferer in der Automobilindustrie ein altbekanntes Phänomen. Der anstehende Wandel hat jedoch das Potenzial, diesen Preisdruck nochmal zu erhöhen, und dies auch kurzfristig. Die Fahrzeughersteller selbst sehen sich massiven Investitionsanforderungen gegenüber, zu denen neben der technologischen Weiterentwicklung der Fahrzeuge vor allem auch der Aufbau neuer Geschäftsmodelle im Bereich der Mobilitätsdienstleistungen gehört. Viele dieser Investitionen treffen aktuell (noch) nicht auf eine ausreichende direkte Zahlungsbereitschaft der Endkunden, und werden auch nur in engen Grenzen auf den Verkaufspreis des Fahrzeugs umgelegt werden können. Die Folge: Ein Teil des Finanzierungsbedarfs wird in Form von weiteren Preiszugeständnissen von den Zulieferern eingefordert und von diesen letztlich auch geleistet werden.

Der technologische Wandel des Fahrzeugs wird zudem zu einer Verschiebung von Marktvolumina zwischen den einzelnen Produktsegmenten führen. An vorderster Front davon betroffen sind Zulieferer des konventionellen Fahrzeugantriebs mit dem Verbrennungsmotor. Durch die voranschreitende Elektrifizierung werden Komponenten wie Motorblöcke, Benzineinspritzungen, Turbolader oder Getriebe sukzessive entfallen, ohne dass dadurch für die betroffenen Zulieferer kurzfristig Neugeschäft an anderer Stelle entsteht. Aber auch außerhalb des

Verschiebung von Marktvolumina

Antriebsbereichs werden viele Zulieferer von einer Produktsegmentverschiebung betroffen sein, wenn auch in geringerem Maße. Die zusätzlichen Kosten für den elektrischen Antrieb, aber auch für neue Funktionalitäten wie das autonome Fahren oder neue Konnektivitätslösungen werden aufgrund der begrenzten Zahlungsbereitschaft der Endkunden an anderer Stelle kompensiert werden müssen – u. a. durch eine größere Standardisierung vieler konventioneller Hardware-Komponenten.

Robo-Taxis

Zuletzt könnte das Aufkommen autonomer Mobilitätsdienstleistungen eine – möglicherweise substanzielle – Reduzierung des Gesamtmarktvolumens zur Folge haben. Unter der Annahme, dass sich die Nachfrage nach individueller Mobilität nicht in gleichem Maße erhöht, wird die massenhafte Einführung von Robo-Taxis mit viel höheren Nutzungsgraden dazu führen, dass insgesamt weniger Neufahrzeuge benötigt werden. Unter Umständen ist ein Zulieferer somit dreimal betroffen: Er bedient in der Zukunft weniger Fahrzeuge, in denen seltener seine heutigen Produkte verbaut werden. Außerdem bekommt er für diese Autos dann auch noch einen geringeren Preis.

Frage nach der strategischen Ausrichtung

Die Veränderung der Marktbedingungen stellt die Zulieferindustrie somit vor große Herausforderungen. Viele der etablierten Geschäftsmodelle werden den zukünftigen Anforderungen ohne erhebliche Anpassungen nicht mehr gewachsen sein. Grundsätzlich werden Zulieferer im Rahmen ihrer strategischen Ausrichtung die Frage beantworten müssen, ob sie am technologischen Wandel der Industrie aktiv partizipieren wollen, oder sich ganz bewusst weiter auf das bisherige Geschäft konzentrieren wollen. Im ersten Fall werden massive Investitionen und Vorfinanzierungsanstrengungen notwendig sein, um den Wandel zu schaffen. Im zweiten Fall wird sich der Zulieferer in einem stagnierenden und irgendwann rückläufigen Markt wiederfinden, in dem bei Weitem nicht alle der heutigen Anbieter langfristig überleben werden.

Erschließung neuer Wachstumspotenziale

Das Fahrzeug der Zukunft wird sich technologisch deutlich vom heutigen Zustand unterscheiden. Die Bedeutung von Assistenzsystemen, Konnektivitätsfunktionen, elektrischen Antrieben und der Software allgemein wird über die nächsten Jahre weiter zunehmen. In gleichem Maße wird sich die Relevanz des Verbrennungsmotors und von weiten Teilen der Hardware allgemein reduzieren – überspitzt gesagt: Autonome Fahrfähigkeit und nahtlose Smartphone-Integration verdrängen die Motorleistung und die Fahrdynamik als wesentliche Differenzierungsmerkmale für den Endkunden.

Die neue Problembranche?

Im Zuge dieses Wandels entsteht in einigen Produktsegmenten erhebliches Wachstumspotenzial, vor allem im Elektronik- bzw. Software-Bereich. Die Erschließung dieses Potenzials stellt für die meisten Zulieferer aber gleichwohl eine große Herausforderung dar. Zum einen müssen viele der technologischen Lösungen für das Fahrzeug der Zukunft noch (fertig) entwickelt werden. Hierzu werden in großem Umfang Wissen und Kompetenzen benötigt, die etablierte Zulieferer heute noch nicht besitzen – und somit entweder langwierig in deren Aufbau investieren oder sie durch Akquisitionen hinzugewinnen müssen. Beide Wege sind mit erheblichem finanziellen Engagement verbunden. Zum anderen gehen wir wegen der Dauer des Industriewandels davon aus, dass der

Kapitalrückfluss dieser Investitionen deutlich länger auf sich warten lässt als bisher gewohnt. Weder beim autonomen Fahren noch beim elektrischen Antrieb werden die Marktvolumina in den kommenden Jahren dafür schnell genug steigen. Hinzu kommt, dass Zulieferer das heutige Kerngeschäft voraussichtlich noch über mindestens zwei Fahrzeuggenerationen mit nahezu unverändertem Aufwand weiter werden betreiben müssen – eine Umwidmung von Managementkapazitäten oder finanziellen Ressourcen in großem Stil verbietet sich somit.

Darüber hinaus sind die Wachstumssegmente der Zukunft hart umkämpft. In den meisten elektronik- bzw. softwaregetriebenen Segmenten haben sich in der jüngeren Vergangenheit mit den Elektronikbauteilherstellern und den großen IT-Unternehmen neue Wettbewerber positioniert. Diese haben deutliche Vorteile gegenüber den klassischen Automobilzulieferern bei der Entwicklungsgeschwindigkeit, der Realisierung von Skaleneffekten und nicht zuletzt der Finanzkraft. Deren zunehmende Anstrengungen, über eine Ausweitung der eigenen Wertschöpfungstiefe auf die Komponenten- und Systemebene des Fahrzeugs vorzudringen, bedroht das bestehende Geschäftsmodell vieler technologiefokussierter Zulieferer. Beim elektrischen Antrieb wiederum entsteht ein Großteil der Wertschöpfung nicht mehr wie beim Verbrennungsmotor in den mechanischen Bauteilen, sondern in der Batterie – ein Produktsegment, in dem sich bereits eine stabile Wettbewerbsstruktur gebildet hat und das aufgrund der notwendigen Anlaufinvestitionen im Milliardenbereich für kaum einen der Antriebszulieferer erschließbar ist.

Nicht alle Zulieferer werden daher den Umbau ihres Produkt- bzw. Geschäftsportfolios hin zu Zukunftstechnologien schaffen. Die Anzahl der Technologiefelder, in denen zukünftig ein signifikantes mengen- und wertmäßiges Wachstum erzielt werden kann, ist begrenzt. Gleichzeitig verschärft eine Reihe von neuen Anbietern den Kampf um Marktanteile in diesen Feldern. Der notwendige Kompetenzaufbau für Zulieferer, die heute in diesen Bereichen noch nicht aktiv sind, dürfte für viele nicht zu leisten sein – überspitzt gesagt: Eine Aluminium-Gießerei wird sich nicht in einen Software-Spezialisten für autonomes Fahren transformieren lassen. Darüber hinaus erfordert ein solcher Portfolioumbau erhebliche finanzielle Mittel, die vielen Zulieferern trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht (in ausreichendem Maße) zur Verfügung stehen.

Viele Zulieferer aus konventionellen Produktsegmenten werden sich somit langfristig mit einem stagnierenden bzw. rückläufigen Markt gegenübersehen. Dies ist allerdings nicht notwendigerweise für alle Zulieferer ein schlechtes Zeichen. Viele dieser Produktsegmente zeichnen sich heute durch einen geringen Konsolidierungsgrad aus, teilweise mit Dutzenden kleineren und mittelgroßen Anbietern ohne vollständige globale Marktabdeckung. Für die Zukunft ist hier mit einer echten Konsolidierung zu rechnen. Spätestens dann, wenn die globalen Marktvolumina dauerhaft stagnieren, und somit der Preisdruck von der Herstellerseite nicht mehr über Wachstum abgefangen werden kann, werden einige Zulieferer aus dem Markt ausscheiden; auch Entwicklungs- und Produktionskapazitäten werden mit ihnen verschwinden. Für die verbleibenden Anbieter wird

*Neue Mitwettbewerber:
Elektronikbauteilhersteller und große IT-Unternehmen*

Erschließung von neuen Marktanteilen erfordert Portfolioumbau

Aktive Konsolidierung erforderlich

dadurch die Chance entstehen, weiteres Wachstum auf Kosten der (ehemaligen) Wettbewerber und damit anhaltende Skaleneffekte zu realisieren. Gleichzeitig dürfte sich in den betroffenen Produktsegmenten eine gesündere Wettbewerbslandschaft mit weniger, aber dafür schlagkräftigeren Zulieferern herausbilden. Dies liegt im Übrigen – trotz der ggf. steigenden Macht einzelner Zulieferer – auch im Interesse der Fahrzeughersteller, die aus Risikogesichtspunkten eine langfristig stabile Lieferantenstruktur bevorzugen.

Die Rolle eines aktiven Konsolidators auch in einem eher unattraktiven Produktsegment kann somit eine vielversprechende Strategie für einen Zulieferer sein. Sie setzt aber ein Anforderungsprofil an die Geschäftsausrichtung voraus, das heute bei Weitem nicht alle Zulieferer erfüllen. Maximaler Kostenfokus, operative Exzellenz und schlanke Verwaltungsstrukturen sind die Erfolgsfaktoren, über die sich Konsolidatoren vom Wettbewerb differenzieren werden. Für viele Zulieferer, deren Geschäftsmodell heute noch primär auf der technologischen Differenzierung beruht, bedeutet das eine erhebliche Umstellung.

Unabhängig von der langfristigen strategischen Ausrichtung gilt es für die Zulieferer, sich auch kurzfristig auf die geänderten Marktanforderungen einzustellen. Aufgrund der hohen Unsicherheit über die zukünftige Industrieentwicklung (vor allem in zeitlicher Hinsicht), hat die klassische Fünf-Jahres-Planung zwar noch nicht ausgedient, wohl aber signifikant an Bedeutung verloren. Im Gegenzug wird das Treffen von Geschäftsentscheidungen auf der Basis von Szenario-Überlegungen immer wichtiger, vor allem mit dem Ziel, ein möglichst hohes Maß an Flexibilität beizubehalten bzw. zu erreichen. Letzteres gilt gleichermaßen für die Organisations- und Prozessstrukturen: Viele Zulieferer sind nach wie vor fast vollständig an den etablierten und langfristigen Entwicklungs- und Produktionsprozessen ausgerichtet. Mit der zunehmenden Unsicherheit verkürzen sich aber gerade im Produktentstehungsprozess die Entwicklungszyklen, und die Bandbreite der möglichen technischen Lösungen nimmt – auch in konventionellen Produktsegmenten – zu. Die Einführung von agileren Organisationsstrukturen und flexibleren Prozessen ist somit eine weitere Voraussetzung für die Zulieferer, um nicht bereits kurzfristig ins Hintertreffen zu geraten.

Reine Kosten- und Produktionsoptimierung war gestern

Bisher standen bei der Sanierung von Autozulieferern die Kosten- und Produktionsoptimierung sowie die rein finanzwirtschaftliche Sanierung im Fokus; seltener waren strategische Krisen zu bewältigen. Das wird sich ändern. Einige Unternehmen werden gezwungen sein, ihr Geschäftsmodell in die neue Technikwelt zu transformieren. Neben den Fragen, wie Zugang zu Know-how zu bekommen ist, und ob es überhaupt gelingt, Teil der Lieferkette zu werden – die sich im Elektromotorenbereich deutlich von der der Automobilzulieferer unterscheidet –, stellt sich auch die Frage, wann damit zu beginnen ist? Derzeit sind die Auftragsbücher noch ausgelastet mit Produkten für Verbrennungsmotoren. Es ist aber durchaus möglich, dass Hersteller von einem Modellwechsel zum anderen auf neue Technologien setzen. Die befürchteten Umsatzeinbrüche würden so plötzlich kommen. Ob dann die entsprechende Vorlaufzeit bleibt, um sich umzustrukturieren, ist fraglich. Selbst wenn der Umstellungsbedarf rechtzeitig erkannt wird, ist dies noch keine Garantie für eine erfolgreiche Anpassung. Wenn zu diesem Zeitpunkt keine

ausreichenden finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, dürfte auch die Umsetzung von rechtzeitig geplanten Umbildungsprozessen schwierig werden.

Auch in einem Insolvenzverfahren kann eine erfolgreiche Sanierung nur dann gelingen, wenn das Unternehmen bereits ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell gefunden hat und die Umsetzung schon weit gediehen ist. Das Insolvenzverfahren ermöglicht eine finanzwirtschaftliche Restrukturierung der Passivseite durch den Abbau von Altlasten, z. B. aus Pensionsverpflichtungen, sowie erleichterte Personalanpassungen. Diese Entlastung der Passivseite durch das Insolvenzverfahren kann den eingeschlagenen Umstrukturierungsprozess in geeigneten Fällen damit sinnvoll unterstützen. Auch für Investoren, die das auf der Aktivseite benötigte frische Kapital geben, kann ein strukturiertes Verfahren durchaus Vorteile bieten, so beispielsweise die neutrale und objektive Begleitung des Prozesses durch einen gerichtlich bestellten Insolvenzverwalter oder Sachwalter. Die Automobilzulieferbranche hat dabei aus Sicht von potenziellen Investoren interessante Alleinstellungsmerkmale zu bieten, etwa optimierte Fertigungsprozesse und das Know-how der Großserienfertigung. Von der prognostizierten Krise der Automobilbranche betroffene Unternehmen sollten daher die Sanierungsinstrumente des Insolvenzrechts durchaus in Erwägung ziehen, um die notwendige Umstrukturierung umzusetzen.

*Sanierungs-
instrumente des
Insolvenzrechts
zur Umstrukturie-
rung nutzen*



Rechtsanwalt Volker Böhm leitet den Standort Insolvenzverwaltung von Schultze & Braun in Nürnberg. Er ist als Gutachter, Sachwalter und Insolvenzverwalter an einer Vielzahl von Amtsgerichten in Bayern tätig. Einen Namen machte er sich mit einer Reihe prominenter Verfahren wie den Insolvenzen des Eishockeyclubs Nürnberg IceTigers, der Rosenthal AG, der Solar Millennium AG sowie als Sachwalter der Wöhr AG.
E-Mail: VBoehm@schubra.de



Felix Mogge ist Senior Partner im Automotive Competence Center von Roland Berger in München. Er ist auf die Automobilzulieferindustrie spezialisiert und berät zahlreiche, weltweit führende Unternehmen der Branche in der Restrukturierung, bei strategischer Neuausrichtung und zu M&A-Aktivitäten.
E-Mail: felix.mogge@rolandberger.com

Übersicht über das Verbraucher- und das Nachlassinsolvenzverfahren

Von Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht

Mit dieser Ausgabe des Jahrbuchs beginnen wir eine neue Serie, in der wir verschiedene Verfahren der Insolvenzordnung in kurzen Übersichten darstellen. Sie ermöglichen einen schnellen Überblick über die einzelnen Stationen eines Verfahrens. Wir starten die Serie mit einem Ablaufschema zum Verbraucherinsolvenzverfahren und einem zum Nachlassinsolvenzverfahren.

Der hier dargestellte Ablauf eines Verbraucherinsolvenzverfahrens betrifft diejenigen Verfahren, die nach dem 1. Juli 2014 beantragt worden sind.¹ Es handelt sich um das Verfahren, wie es mit der Reform im Jahr 2013² eingeführt wurde.

Seit der Reform besteht die Möglichkeit, eine Einigung mit den Gläubigern über einen Insolvenzplan herbeizuführen, denn durch die Reform wurde der § 312 Abs. 2 InsO gestrichen, der für Verbraucher keinen Insolvenzplan zuließ.³

Darüber hinaus ist es seit der Reform möglich, die Restschuldbefreiungsphase auf (maximal) drei Jahre zu verkürzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Verfahrenskosten und mindestens 35 % der Forderungen beglichen werden. Reicht es nur zur Begleichung der Verfahrenskosten, kann die Wohlverhaltensphase immerhin auf fünf (anstatt sechs) Jahre verkürzt werden.

Durch diese und weitere Änderungen sollte das Interesse der Gläubiger an der Realisierung der ihnen zustehenden Forderungen mit dem Interesse des Schuldners an der Erlangung einer zweiten Chance weiter in Ausgleich gebracht werden.⁴

Des Weiteren finden Sie in dieser Ausgabe ein Ablaufschema zum Nachlassinsolvenzverfahren, das sowohl die erbrechtlichen Grundlagen als auch den Ablauf eines Nachlassinsolvenzverfahrens darstellt. Als eines der Mittel zur Beschränkung der Haftung des Erben auf den Nachlass stellt das Nachlassinsolvenzverfahren ein wichtiges Instrument zum Schutz des Eigenvermögens des Erben dar. Das Nachlassinsolvenzverfahren unterscheidet sich jedoch in einigen wichtigen Details vom Regelinsolvenzverfahren. So bestehen etwa Besonderheiten bei der Frage, wer berechtigt oder verpflichtet ist, einen Insolvenzantrag zu stellen, und bei der Frage ob bestimmte Ansprüche, wie etwa solche aus vorauslagten Beerdigungskosten, bevorrechtigt aus der Insolvenzmasse zu erfüllen sind. Ist das Nachlassinsolvenzverfahren abgeschlossen, kann sich der Erbe auf die sog. „Erschöpfung des Nachlasses“ berufen und damit weitere Forderungen zurückweisen.

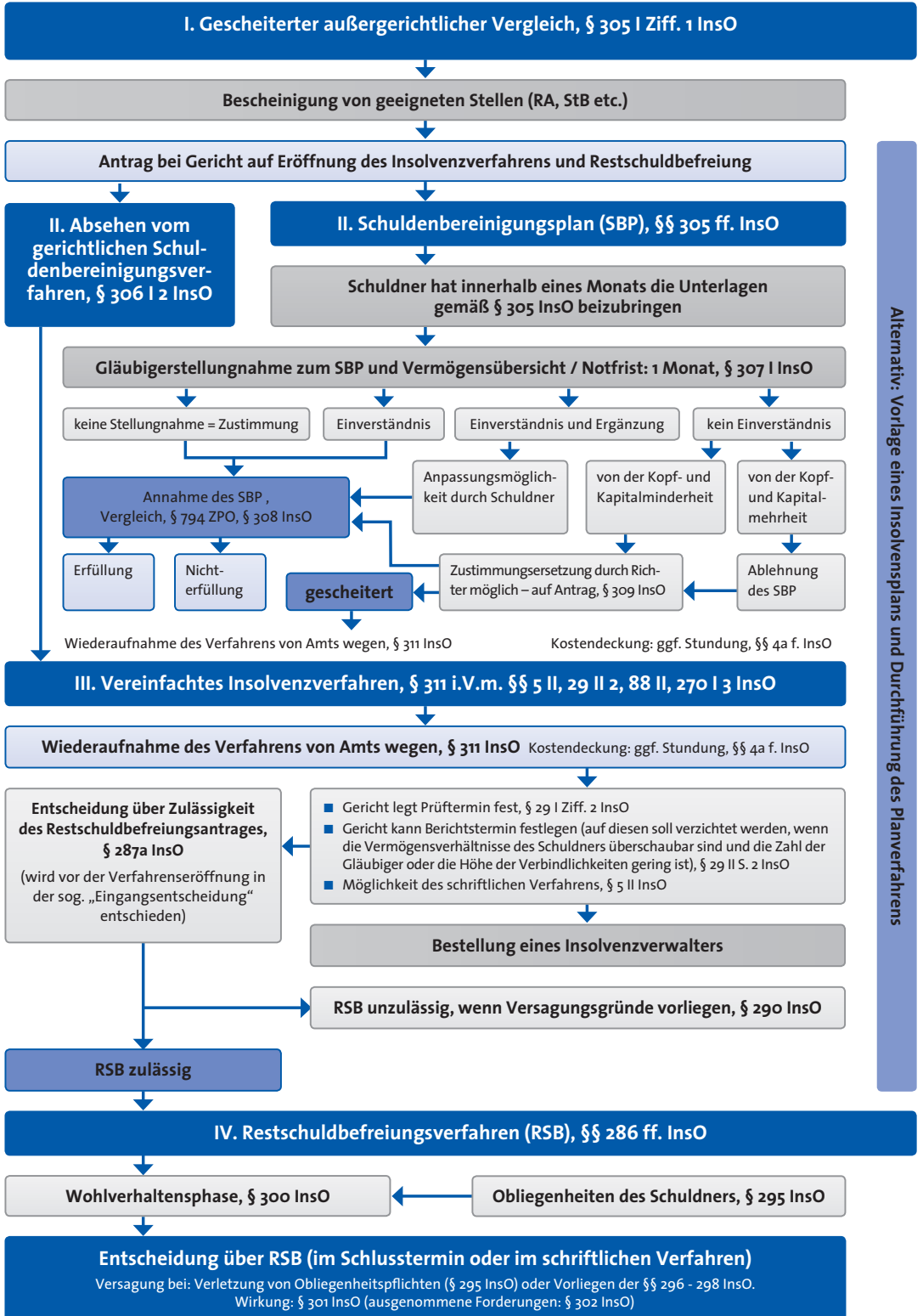
¹ Für Verfahren, die vor dem 1. April 2014 beantragt worden sind, gibt es ebenfalls ein Ablaufschema, das bei Bedarf auf der Webseite www.schubra.de eingesehen werden kann: <http://www.schubra.de/de/insolvenzverwaltung/broschueren.php>.

² Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte vom 15. Juli 2013 (BGBl. I, S. 2379), das am 1. Juli 2014 (teilweise auch schon am 19. Juli 2013) in Kraft getreten ist.

³ Siehe hierzu auch eine Entscheidung des AG Hamburg, NZI 2017, S. 567 (mit kritischer Anmerkung von Madaus, NZI 2017, S. 697).

⁴ Zu den Einzelheiten der Reform siehe: Jahrbuch 2014, S. 19 ff.

Verbraucherinsolvenzverfahren (beantragt ab 1. Juli 2014)



Nachlassinsolvenzverfahren

Erbfall

Gesamtrechtsnachfolge, § 1922 BGB

- Vermögen des Erblassers geht als Ganzes automatisch auf den bzw. die Erben über
- die Erbschaft umfasst insb. auch die Verbindlichkeiten des Erblassers, § 1967 BGB

Wer ist Erbe?

- primär der, der als solcher durch den Erblasser in einer letztwilligen Verfügung, z.B. Testament, eingesetzt wurde, § 1937 BGB
- ist kein Testament vorhanden bzw. schlägt der testamentarische Erbe aus, gilt die gesetzliche Erbfolge, §§ 1924 ff. BGB
- gesetzl. Erben sind zunächst die Abkömmlinge und der Ehegatte des Erblassers, §§ 1924, 1931 BGB
- ansonsten: Fiskalerbschaft

Haftung der Erben

- Haftung für Erblässerschulden und Erbfallschulden (z. B. Pflichtteilsansprüche und Vermächnisse)
- grds. haftet der Erbe unbeschränkt mit seinem gesamten Vermögen, d. h. seinem bisherigen Vermögen und dem Aktivvermögen des Nachlasses

Ausschlagung, §§ 1942 ff. BGB

- bewirkt, dass der vorl. Erbe rückwirkend kein Erbe mehr ist und die Erbschaft dem Nächstberufenen anfällt, § 1953 BGB
- Frist: 6 Wochen ab Kenntnis des Erbfalls bzw. des Erbrechts beim testam. Erben, § 1944 BGB
- durch formgebundene Erklärung ggü. dem Nachlassgericht, §§ 1945 f. BGB
- ausgeschlossen nach Annahme der Erbschaft, die auch konkludent durch Verfügungen über Erbschaftsgegenstände/Beantragung des Erbscheins erfolgen kann, § 1943 BGB

Anfechtung der Annahme, §§ 1954 f. BGB

- nur im Ausnahmefall
- Voraussetzung ist ein Anfechtungsgrund, z. B.
 - Inhaltsirrtum, bei Irrtum über die Dauer der Ausschlagsfrist
 - Eigenschaftsirrtum, bei Irrtum über eine wesentliche Eigenschaft des Nachlasses, z. B. dessen Zusammensetzung oder Überschuldung
- ! nicht: bei Irrtum über den Wert eines bekannten Vermögensgegenstandes bzw. Forderung
- ! mögliche Schadensersatzpflicht gem. § 122 BGB
- Frist: 6 Wochen ab Kenntnis des Anfechtungsgrundes

Beschränkung der Haftung für Nachlassverbindlichkeiten auf den Nachlass, § 1975 BGB

- durch Separation des Nachlasses vom übrigen Vermögen der Erben

Antrag auf Nachlassverwaltung, §§ 1981 ff., 2062 BGB

- bei Nachlassgericht
- Bestellung eines Nachlassverwalters durch das Gericht
- ggf. Stellung eines Insolvenzantrags durch den Nachlassverwalter

Antrag auf Insolvenzverfahrenseröffnung, §§ 1980 BGB, 317 InsO

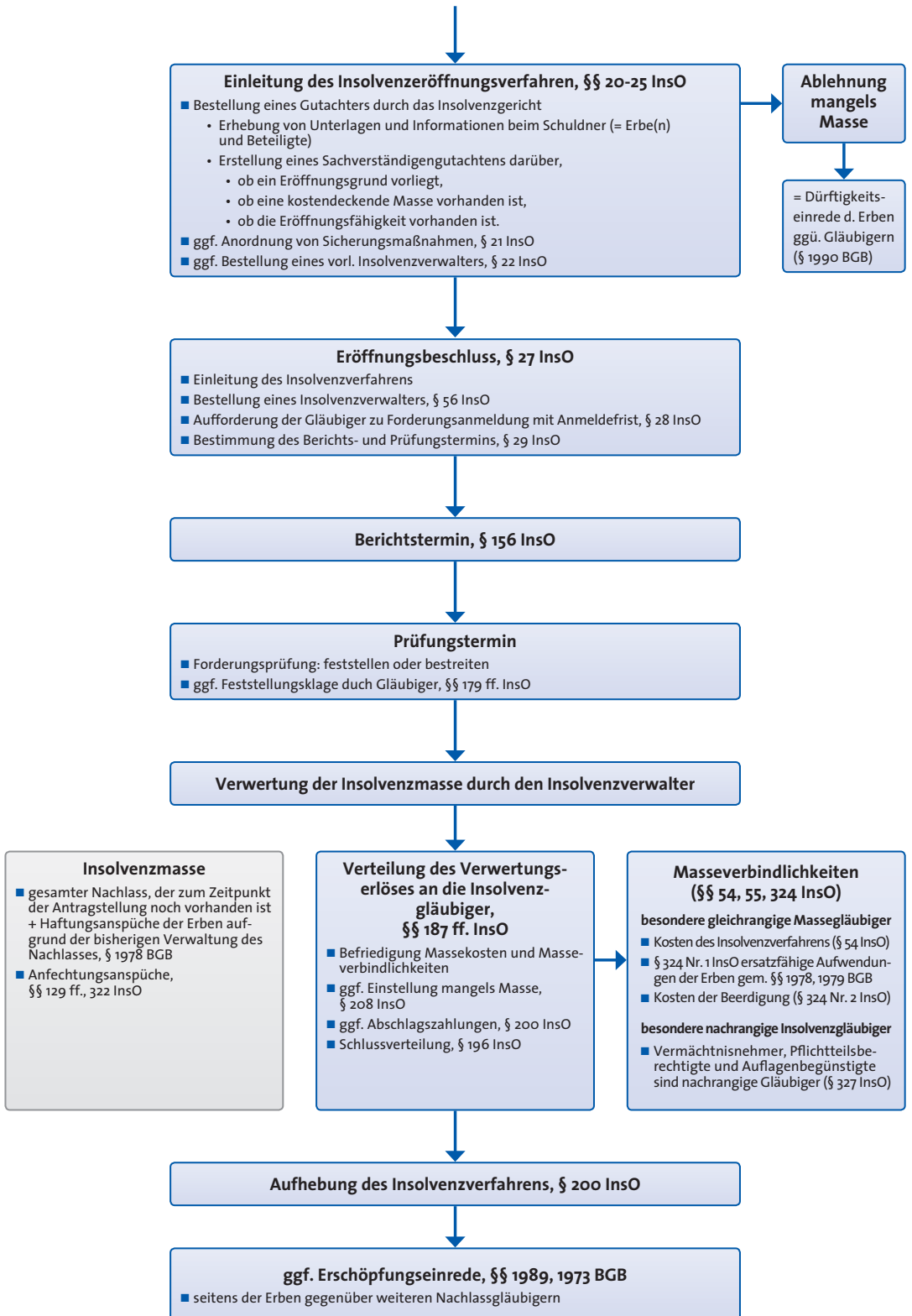
- bei dem zust. Insolvenzgericht, § 315 InsO (i. d. R. das Amtsgericht am Wohnsitz des Erblassers)
- ! Schuldner ≠ Erblasser
= Erbe(n) als Rechtsträger des unselbstständigen Nachlassvermögens

Eröffnungsgrund, § 320 InsO

- Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO
- Überschuldung, § 19 InsO
 - bei Ermittlung der Verbindlichkeiten sind Vermächnisse und Auflagen zu berücksichtigen, § 1922 BGB
- drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO
 - nur bei Antrag der Erben, des Nachlassverwalters oder des Testamentsvollstreckers

Antragsberechtigte, § 317 InsO

- Jeder Erbe (Pflicht, § 1980 BGB); bei Verstoß: Schadensersatz ggü. Gläubigern
 - Pflicht zur Antragsstellung bei Kenntnis von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit
 - auch bei fahrlässiger Unkenntnis (§ 1980 II BGB) + Vermeidung durch Beantragung eines Aufgebots i. S. v. § 1979 BGB bei Anfall der Erbschaft
 - Ausnahme: Überschuldung ergibt sich wg. Vermächnissen bzw. Auflagen, § 1980 I 3 BGB
- Nachlassverwalter
- Testamentsvollstreckter
- Nachlassgläubiger: nur binnen zwei Jahren seit Erbschaftsannahme, § 319 InsO



Insolvenzstatistiken

Von Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht

Der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland hält weiter an. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet für das Jahr 2018 ein Wirtschaftswachstum von 1,6 %. Die Brexit-Entscheidung hat bislang keine messbaren Auswirkungen auf die Konjunkturprognosen für die deutsche Wirtschaft gehabt, ebenso wenig wie die von der neuen US-Regierung geforderten Maßnahmen zum Schutz des dortigen Marktes. Motor des Aufschwungs ist nach wie vor die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die prozyklische Fiskalpolitik. Im Inland tragen die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und die anhaltend hohe Aktivität privater Bauherren zur positiven Entwicklung bei. Auch wenn durch einen Anstieg des Ölpreises und der Lebensmittelpreise die Verbraucherkaufkraft leicht geschwächt wurde, ist der private Konsum noch immer eine wichtige Säule der guten Gesamtwirtschaftslage.

Spiegelbildlich zur stabilen Wirtschaftslage sind die Insolvenzzahlen weiterhin niedrig. Bereits im fünften Jahr in Folge ist im Jahr 2016 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gesunken – und zwar auf den tiefsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Für das erste Halbjahr 2017 setzt sich dieser Trend fort. Auch bei den Verbraucherinsolvenzen hat es im Jahr 2016 abermals einen Rückgang gegeben, der allerdings bei Weitem nicht so deutlich ausgefallen ist wie im Vorjahr.

Als krisenanfällige Branchen haben sich auch im vergangenen sowie im laufenden Jahr die Textilbranche und die Branche der erneuerbaren Energien gezeigt. Ursächlich hierfür ist im Textilbereich der fortgesetzte Trend weg vom stationären hin zum Online-Handel, im Energiesektor hauptsächlich der Wegfall von Förderungen. Demgegenüber gab es in der Automobil- und Zuliefererbranche keine auffallend hohen Insolvenzzahlen zu verzeichnen. Längerfristig dürfte in diesem Bereich aber der durch den Diesel-Skandal beschleunigte Wechsel hin zu alternativen Antrieben sowie die Weiterentwicklung alternativer Beförderungskonzepte und des autonomen Fahrens zu erheblichen Umwälzungen führen, die aller Wahrscheinlichkeit nach eine Marktbereinigung mit entsprechend steigenden Insolvenzen zur Folge haben. Branchenübergreifend dürfte aber mit einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen weiterhin erst dann wieder zu rechnen sein, wenn die anhaltende Niedrigzinsphase ihr Ende findet.

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2016 sowie im ersten Halbjahr 2017 sind in den ersten beiden Tabellen dargestellt. Die Tabellen umfassen auch die Insolvenzverfahren über das Vermögen natürlicher Personen, die als Einzelunternehmer oder Freiberufler selbstständig am Markt tätig sind. Die Zahlen ergeben sich aus der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder, die von dem Statistischen Bundesamt bzw. den Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Die danach folgende Grafik zeigt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland der vergangenen zehn Jahre im Überblick. Der kontinuierliche Rückgang der Insolvenzzahlen seit dem Jahr 2011 ist gut erkennbar. Auch die dieser Abbildung zugrunde liegenden Zahlen stammen aus den amtlichen Statistiken des Bundes und der Länder.

Die darauf folgenden Tabellen enthalten die eröffneten IN-Verfahren in Deutschland im Jahr 2016 sowie im ersten Halbjahr 2017 und sind nach den einzelnen Insolvenzgerichten aufgeteilt. Die darin enthaltenen Zahlen ergeben sich aus Daten der WBDat Wirtschafts- und Branchendaten GmbH. Erfasst werden dabei nur solche Verfahren, bei denen es tatsächlich zu einer Insolvenzeröffnung gekommen ist. Auch hier sind sämtliche Regelinsolvenzverfahren umfasst, also auch diejenigen über das Vermögen (ehemals) selbstständig tätiger, natürlicher Personen, die nicht in den Anwendungsbereich des Verbraucherinsolvenzverfahrens fallen.

Wie bereits im letzten Handbuch folgt eine Zusammenstellung der 20 Gerichte mit den höchsten Verfahrenszahlen. Im Vergleich zur Vorjahresbetrachtung haben in den Top 5 die Insolvenzgerichte aus München und Köln die Plätze 2 und 3 getauscht, und auf Platz 5 findet sich Düsseldorf statt Essen, das auf Rang 10 abgerutscht ist. Die Gerichte der großen Städte und Ballungszentren liegen weiterhin bei den Fallzahlen bundesweit vorne.

Ebenfalls wieder aufgenommen wurde eine Übersicht zu den Fallzahlen der Instrumente des ESUG, also dem Eigenverwaltungs- und dem Schutzschirmverfahren. Die Zahlen basieren auf den Auswertungen auf www.insolvenz-portal.de. Korrespondierend zu den Gesamtzahlen ist auch bei diesen Verfahren im Jahr 2016 ein weiterer Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen und eine nennenswerte Steigerung im ersten Halbjahr 2017 ebenfalls nicht ersichtlich. Vielmehr ist der Anteil der ESUG-Verfahren an den Gesamtinsolvenzen mit 0,8 % im Jahr 2016 auf den niedrigsten Stand seit dem Inkrafttreten des ESUG gesunken. Auch wenn die ESUG-Verfahren oft größere Unternehmen betreffen und daher in den Medien recht präsent sind, ist also weiterhin kein „Boom“ der Eigenverwaltung oder des Schutzschirmverfahrens zu erkennen.

Abschließend findet sich wiederum ein Ranking der Top-10-Sozietäten nach der Zahl der Verwalterbestellungen in eröffneten IN-Verfahren im Jahr 2016 bzw. im ersten Halbjahr 2017. Hier werden die ersten drei Positionen von denselben Kanzleien belegt wie bereits im Jahr 2015. Die Verwalter der Top-10-Sozietäten wurden im Beobachtungszeitraum in rund 16 % der in Deutschland eröffneten Insolvenzverfahren bestellt, im Jahr 2015 hatte dieser Anteil knapp unter 15 % betragen. Die prognostizierte Entwicklung, dass sich der Markt zugunsten der größeren Einheiten verschieben würde, zeichnet sich also noch nicht deutlich ab.

Unternehmensinsolvenzen¹⁾ Deutschland 2016

| Nr. | Anzahl der Insolvenzgerichte | Bundesland | Eröffnete Verfahren | Mangels Masse abgelehnte Verfahren | Gesamt | Eröffnungsquote in % | Angemeldete Forderungen in 1.000 Euro | Höhe pro Antrag in 1.000 Euro |
|-----|------------------------------|---------------------|---------------------|------------------------------------|--------|----------------------|---------------------------------------|-------------------------------|
| 1 | 24 | Baden-Württemberg | 1.122 | 550 | 1.672 | 67,11 | 1.219.175 | 729 |
| 2 | 29 | Bayern | 1.932 | 806 | 2.738 | 70,56 | 1.518.716 | 555 |
| 3 | 1 | Berlin | 924 | 445 | 1.369 | 67,49 | 1.370.603 | 1.001 |
| 4 | 4 | Brandenburg | 404 | 118 | 522 | 77,39 | 219.066 | 420 |
| 5 | 2 | Bremen | 107 | 78 | 185 | 57,84 | 355.822 | 1.923 |
| 6 | 1 | Hamburg | 735 | 172 | 907 | 81,04 | 3.269.252 | 3.604 |
| 7 | 18 | Hessen | 931 | 490 | 1.421 | 65,52 | 6.191.304 | 4.357 |
| 8 | 4 | Meckl.-Vorpommern | 245 | 59 | 304 | 80,59 | 998.058 | 3.283 |
| 9 | 33 | Niedersachsen | 1.379 | 471 | 1.850 | 74,54 | 2.537.215 | 1.371 |
| 10 | 19 | Nordrhein-Westfalen | 4.982 | 1565 | 6.547 | 76,10 | 6.559.750 | 1.002 |
| 11 | 22 | Rheinland-Pfalz | 565 | 212 | 777 | 72,72 | 366.855 | 472 |
| 12 | 1 | Saarland | 219 | 108 | 327 | 66,97 | 94.638 | 289 |
| 13 | 3 | Sachsen | 836 | 224 | 1.060 | 78,87 | 935.800 | 883 |
| 14 | 4 | Sachsen-Anhalt | 369 | 147 | 516 | 71,51 | 228.869 | 444 |
| 15 | 13 | Schleswig-Holstein | 797 | 159 | 956 | 83,37 | 1.277.707 | 1.337 |
| 16 | 4 | Thüringen | 241 | 98 | 339 | 71,09 | 165.752 | 489 |
| 182 | | Summe | 15.788 | 5.702 | 21.490 | 73,47 | 27.308.582 | 1.271 |

Unternehmensinsolvenzen¹⁾ Deutschland 1. Halbjahr 2017

| Nr. | Anzahl der Insolvenzgerichte | Bundesland | Eröffnete Verfahren | Mangels Masse abgelehnte Verfahren | Gesamt | Eröffnungsquote in % | Angemeldete Forderungen in 1.000 Euro | Höhe pro Antrag in 1.000 Euro |
|-----|------------------------------|---------------------|---------------------|------------------------------------|--------|----------------------|---------------------------------------|-------------------------------|
| 1 | 24 | Baden-Württemberg | 598 | 352 | 950 | 62,95 | 546.587 | 575 |
| 2 | 29 | Bayern | 949 | 358 | 1.307 | 72,61 | 685.833 | 525 |
| 3 | 1 | Berlin | 445 | 261 | 706 | 63,03 | 345.936 | 490 |
| 4 | 4 | Brandenburg | 152 | 49 | 201 | 75,62 | 867.008 | 4.313 |
| 5 | 2 | Bremen | 80 | 24 | 104 | 76,92 | 226.656 | 2.179 |
| 6 | 1 | Hamburg | 309 | 76 | 385 | 80,26 | 849.968 | 2.208 |
| 7 | 18 | Hessen | 466 | 255 | 721 | 64,63 | 428.826 | 595 |
| 8 | 4 | Meckl.-Vorpommern | 101 | 34 | 135 | 74,81 | 43.682 | 324 |
| 9 | 33 | Niedersachsen | 698 | 230 | 928 | 75,22 | 1.355.022 | 1.460 |
| 10 | 19 | Nordrhein-Westfalen | 2.125 | 815 | 2.940 | 72,28 | 1.965.263 | 668 |
| 11 | 22 | Rheinland-Pfalz | 255 | 98 | 353 | 72,24 | 141.098 | 400 |
| 12 | 1 | Saarland | 71 | 44 | 115 | 61,74 | 24.387 | 212 |
| 13 | 3 | Sachsen | 382 | 92 | 474 | 80,59 | 553.200 | 1.167 |
| 14 | 4 | Sachsen-Anhalt | 178 | 78 | 256 | 69,53 | 224.158 | 876 |
| 15 | 13 | Schleswig-Holstein | 386 | 96 | 482 | 80,08 | 996.655 | 2.068 |
| 16 | 4 | Thüringen | 118 | 44 | 162 | 72,84 | 147.077 | 908 |
| 182 | | Summe | 7.313 | 2.906 | 10.219 | 71,56 | 9.401.356 | 920 |

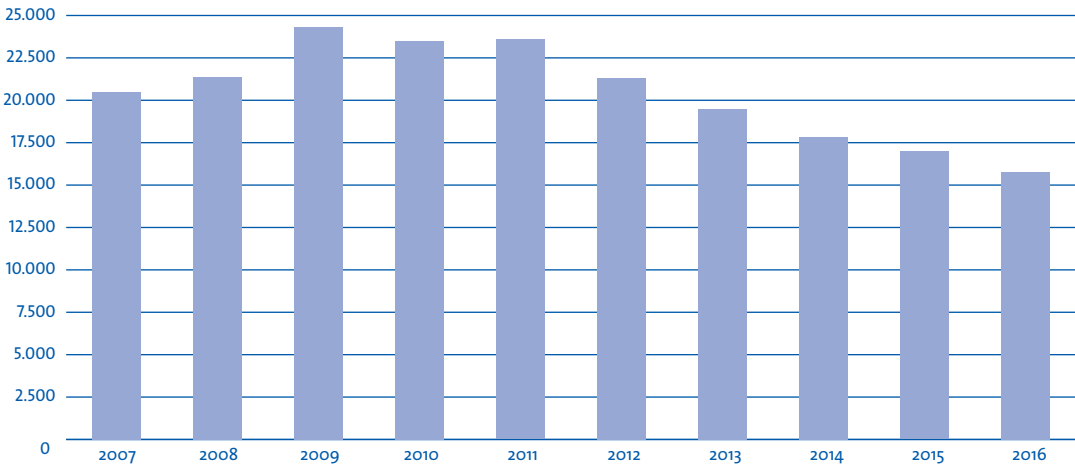
1) Einschließlich Einzelunternehmer und freie Berufe.

Quelle: amtliche Statistik des Bundes und der Länder (Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter).

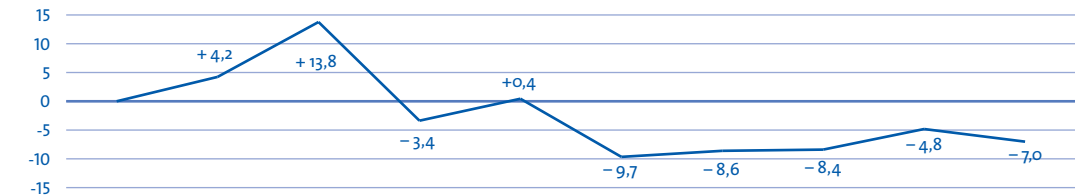
Eröffnete Unternehmensinsolvenzen¹⁾ Deutschland 2007–2016

| Anzahl Insolvenz- gerichte | Bundesland | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|----------------------------------|---------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| 24 | Baden-Württemberg | 1.348 | 1.396 | 1.920 | 1.637 | 1.537 | 1.481 | 1.417 | 1.256 | 1.272 | 1.122 |
| 29 | Bayern | 2.477 | 2.300 | 2.816 | 2.626 | 2.436 | 2.364 | 2.239 | 2.174 | 2.341 | 1.932 |
| 1 | Berlin | 850 | 904 | 984 | 1.017 | 911 | 881 | 811 | 817 | 916 | 924 |
| 4 | Brandenburg | 569 | 520 | 545 | 511 | 497 | 446 | 444 | 440 | 363 | 404 |
| 2 | Bremen | 137 | 119 | 175 | 162 | 180 | 163 | 165 | 198 | 179 | 107 |
| 1 | Hamburg | 457 | 524 | 695 | 719 | 609 | 626 | 839 | 870 | 640 | 735 |
| 18 | Hessen | 1.137 | 1.134 | 1.346 | 1.215 | 1.209 | 1.103 | 1.148 | 977 | 967 | 931 |
| 4 | Meckl.-Vorpommern | 378 | 387 | 382 | 368 | 344 | 284 | 251 | 238 | 258 | 245 |
| 33 | Niedersachsen | 1.796 | 1.718 | 2.000 | 1.794 | 1.802 | 1.740 | 1.602 | 1.559 | 1.363 | 1.379 |
| 19 | Nordrhein-Westfalen | 6.990 | 7.904 | 8.405 | 8.819 | 8.567 | 8.275 | 6.871 | 5.993 | 5.485 | 4.982 |
| 22 | Rheinland-Pfalz | 1.003 | 967 | 1.066 | 965 | 945 | 836 | 804 | 678 | 650 | 565 |
| 1 | Saarland | 248 | 230 | 285 | 254 | 308 | 240 | 254 | 222 | 211 | 219 |
| 3 | Sachsen | 1.319 | 1.396 | 1.510 | 1.352 | 1.206 | 1.077 | 967 | 856 | 786 | 836 |
| 4 | Sachsen-Anhalt | 600 | 563 | 739 | 609 | 579 | 480 | 525 | 434 | 427 | 369 |
| 13 | Schleswig-Holstein | 817 | 890 | 957 | 986 | 2092 | 913 | 798 | 809 | 842 | 797 |
| 4 | Thüringen | 365 | 407 | 476 | 448 | 364 | 399 | 339 | 318 | 279 | 241 |
| 182 | Summe | 20.491 | 21.359 | 24.301 | 23.482 | 23.586 | 21.308 | 19.474 | 17.839 | 16.979 | 15.788 |

1. Nach Anzahl Insolvenzen



2. Veränderung zum Vorjahr in %



1) Einschließlich Einzelunternehmer und freie Berufe.

Quelle: amtliche Statistik des Bundes und der Länder (Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter).

Eröffnete IN-Verfahren Deutschland 2016

1. Sortiert nach Insolvenzgerichten A–Z

| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|------------------------|------------------|---|---------------------------|
| Aachen | 423 | 100 | 323 |
| Aalen | 107 | 22 | 85 |
| Alzey | 23 | 4 | 19 |
| Amberg | 62 | 13 | 49 |
| Ansbach | 64 | 18 | 46 |
| Arnsberg | 160 | 40 | 120 |
| Aschaffenburg | 127 | 39 | 88 |
| Augsburg | 287 | 62 | 225 |
| Aurich | 90 | 17 | 73 |
| Bad Hersfeld | 21 | 4 | 17 |
| Bad Homburg (v.d.H.) | 70 | 23 | 47 |
| Bad Kreuznach | 96 | 29 | 67 |
| Bad Neuenahr-Ahrweiler | 44 | 10 | 34 |
| Baden-Baden | 94 | 26 | 68 |
| Bamberg | 99 | 32 | 67 |
| Bayreuth | 82 | 12 | 70 |
| Berlin-Charlottenburg | 1.544 | 528 | 1.016 |
| Bersenbrück | 31 | 10 | 21 |
| Betzdorf | 48 | 7 | 41 |
| Bielefeld | 414 | 110 | 304 |
| Bingen/Rh. | 35 | 4 | 31 |
| Bitburg | 23 | 5 | 18 |
| Bochum | 364 | 91 | 273 |
| Bonn | 429 | 99 | 330 |
| Braunschweig | 174 | 51 | 123 |
| Bremen | 259 | 112 | 147 |
| Bremerhaven | 28 | 10 | 18 |
| Bückeburg | 73 | 16 | 57 |
| Celle | 98 | 33 | 65 |
| Chemnitz | 487 | 96 | 391 |
| Cloppenburg | 51 | 14 | 37 |
| Coburg | 67 | 17 | 50 |
| Cochem | 15 | 5 | 10 |
| Cottbus | 194 | 49 | 145 |
| Crailsheim | 28 | 11 | 17 |
| Cuxhaven | 71 | 17 | 54 |
| Darmstadt | 373 | 112 | 261 |
| Deggendorf | 62 | 18 | 44 |
| Delmenhorst | 103 | 43 | 60 |
| Dessau | 120 | 28 | 92 |
| Detmold | 96 | 27 | 69 |
| Dortmund | 553 | 164 | 389 |
| Dresden | 530 | 114 | 416 |
| Duisburg | 454 | 113 | 341 |
| Düsseldorf | 587 | 265 | 322 |
| Erfurt | 266 | 55 | 211 |
| Eschwege | 33 | 13 | 20 |
| Essen | 486 | 157 | 329 |
| Esslingen | 144 | 44 | 100 |
| Eutin | 69 | 8 | 61 |
| Flensburg | 131 | 46 | 85 |
| Frankfurt am Main | 406 | 165 | 241 |
| Frankfurt an der Oder | 194 | 46 | 148 |
| Freiburg | 176 | 45 | 131 |
| Friedberg (Hess.) | 70 | 21 | 49 |
| Fritzlar | 39 | 6 | 33 |
| Fulda | 47 | 18 | 29 |
| Fürth (Bay) | 166 | 46 | 120 |
| Gera | 162 | 30 | 132 |
| Gießen | 90 | 22 | 68 |

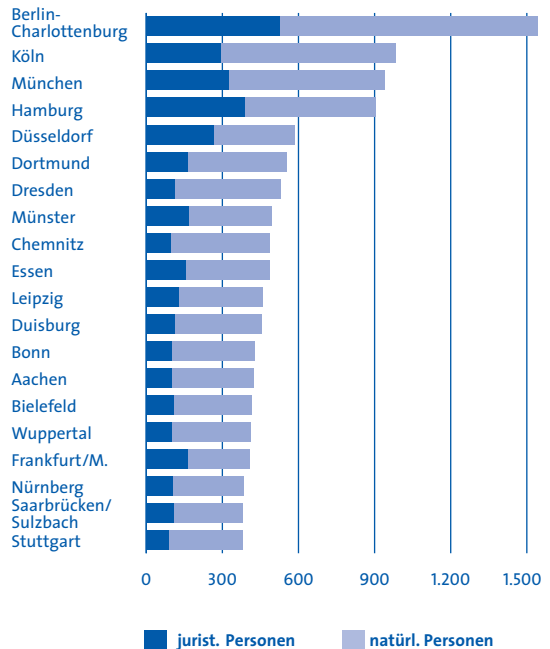
| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|--------------------|------------------|---|---------------------------|
| Gifhorn | 131 | 28 | 103 |
| Göppingen | 78 | 14 | 64 |
| Goslar | 60 | 17 | 43 |
| Göttingen | 135 | 27 | 108 |
| Hagen | 277 | 79 | 198 |
| Halle-Saalkreis | 227 | 58 | 169 |
| Hamburg | 906 | 389 | 517 |
| Hameln | 112 | 40 | 72 |
| Hanau | 138 | 47 | 91 |
| Hannover | 362 | 107 | 255 |
| Hechingen | 82 | 27 | 55 |
| Heidelberg | 123 | 38 | 85 |
| Heilbronn | 268 | 70 | 198 |
| Hildesheim | 87 | 30 | 57 |
| Hof | 73 | 8 | 65 |
| Holzminde | 30 | 9 | 21 |
| Husum | 40 | 5 | 35 |
| Idar-Oberstein | 26 | 4 | 22 |
| Ingolstadt | 115 | 29 | 86 |
| Itzehoe | 65 | 19 | 46 |
| Kaiserslautern | 112 | 25 | 87 |
| Karlsruhe | 214 | 64 | 150 |
| Kassel | 144 | 43 | 101 |
| Kempten | 115 | 34 | 81 |
| Kiel | 113 | 24 | 89 |
| Kleve | 209 | 56 | 153 |
| Koblenz | 83 | 22 | 61 |
| Köln | 985 | 292 | 693 |
| Königstein | 51 | 15 | 36 |
| Konstanz | 91 | 12 | 79 |
| Korbach | 25 | 2 | 23 |
| Krefeld | 159 | 49 | 110 |
| Landau (i.d.Pf.) | 83 | 21 | 62 |
| Landshut | 186 | 38 | 148 |
| Leer | 56 | 13 | 43 |
| Leipzig | 459 | 128 | 331 |
| Limburg | 50 | 13 | 37 |
| Lingen | 22 | 10 | 12 |
| Lörrach | 43 | 7 | 36 |
| Lübeck | 134 | 26 | 108 |
| Ludwigsburg | 183 | 34 | 149 |
| Ludwigshafen (Rh.) | 153 | 33 | 120 |
| Lüneburg | 177 | 98 | 79 |
| Magdeburg | 347 | 88 | 259 |
| Mainz | 106 | 29 | 77 |
| Mannheim | 232 | 66 | 166 |
| Marburg | 69 | 13 | 56 |
| Mayen | 64 | 17 | 47 |
| Meiningen | 162 | 47 | 115 |
| Meldorf | 61 | 15 | 46 |
| Memmingen | 49 | 16 | 33 |
| Meppen | 75 | 18 | 57 |
| Mönchengladbach | 263 | 72 | 191 |
| Montabaur | 122 | 29 | 93 |
| Mosbach | 60 | 15 | 45 |
| Mühlhof am Inn | 67 | 10 | 57 |
| Mühlhausen | 87 | 19 | 68 |
| München | 941 | 325 | 616 |
| Münster | 495 | 169 | 326 |
| Neubrandenburg | 131 | 43 | 88 |

| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|----------------------|------------------|---|---------------------------|
| Neumünster | 206 | 52 | 154 |
| Neuruppin | 147 | 35 | 112 |
| Neustadt (Wstr.) | 34 | 5 | 29 |
| Neu-Ulm | 86 | 19 | 67 |
| Neuwied | 68 | 13 | 55 |
| Niebüll | 67 | 41 | 26 |
| Nordenham | 45 | 12 | 33 |
| Norderstedt | 114 | 33 | 81 |
| Nordhorn | 45 | 27 | 18 |
| Nördlingen | 46 | 8 | 38 |
| Nürnberg | 385 | 103 | 282 |
| Offenbach am Main | 201 | 56 | 145 |
| Offenburg | 111 | 22 | 89 |
| Oldenburg (Oldb.) | 117 | 37 | 80 |
| Osnabrück | 127 | 45 | 82 |
| Osterode | 28 | 7 | 21 |
| Paderborn | 165 | 54 | 111 |
| Passau | 63 | 14 | 49 |
| Pforzheim | 105 | 33 | 72 |
| Pinneberg | 128 | 26 | 102 |
| Pirmasens | 36 | 6 | 30 |
| Potsdam | 280 | 77 | 203 |
| Ravensburg | 143 | 25 | 118 |
| Regensburg | 143 | 39 | 104 |
| Reinbek | 142 | 55 | 87 |
| Rosenheim | 108 | 32 | 76 |
| Rostock | 151 | 52 | 99 |
| Rottweil | 105 | 33 | 72 |
| Saarbrücken/Sulzbach | 380 | 108 | 272 |
| Schwarzenbek | 58 | 11 | 47 |
| Schweinfurt | 54 | 11 | 43 |

| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|------------------------|------------------|---|---------------------------|
| Schwerin | 157 | 51 | 106 |
| Siegen | 126 | 47 | 79 |
| Stade | 42 | 11 | 31 |
| Stendal | 110 | 25 | 85 |
| Stralsund | 111 | 28 | 83 |
| Straubing | 35 | 9 | 26 |
| Stuttgart | 380 | 87 | 293 |
| Syke | 155 | 37 | 118 |
| Tostedt | 110 | 32 | 78 |
| Traunstein | 66 | 17 | 49 |
| Trier | 77 | 24 | 53 |
| Tübingen | 161 | 46 | 115 |
| Uelzen | 64 | 18 | 46 |
| Ulm | 76 | 13 | 63 |
| Vechta | 42 | 13 | 29 |
| Verden | 72 | 15 | 57 |
| Villingen-Schwenningen | 61 | 12 | 49 |
| Waldshut-Tiengen | 25 | 3 | 22 |
| Walsrode | 55 | 19 | 36 |
| Weiden (i.d.OPf.) | 49 | 11 | 38 |
| Weilheim (i. OB) | 95 | 20 | 75 |
| Wetzlar | 71 | 13 | 58 |
| Wiesbaden | 183 | 44 | 139 |
| Wilhelmshaven | 76 | 12 | 64 |
| Wittlich | 52 | 14 | 38 |
| Wolfratshausen | 57 | 16 | 41 |
| Wolfsburg | 58 | 11 | 47 |
| Worms | 36 | 3 | 33 |
| Wuppertal | 413 | 100 | 313 |
| Würzburg | 145 | 33 | 112 |
| Zweibrücken | 41 | 12 | 29 |
| Summe | 29.241 | 8.324 | 20.917 |

2. Top-20-Insolvenzgerichte

| Rang | Insolvenzgerichte | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|--------------|-----------------------|------------------|---|---------------------------|
| 1 | Berlin-Charlottenburg | 1544 | 528 | 1016 |
| 2 | Köln | 985 | 292 | 693 |
| 3 | München | 941 | 325 | 616 |
| 4 | Hamburg | 906 | 389 | 517 |
| 5 | Düsseldorf | 587 | 265 | 322 |
| 6 | Dortmund | 553 | 164 | 389 |
| 7 | Dresden | 530 | 114 | 416 |
| 8 | Münster | 495 | 169 | 326 |
| 9 | Chemnitz | 487 | 96 | 391 |
| 10 | Essen | 486 | 157 | 329 |
| 11 | Leipzig | 459 | 128 | 331 |
| 12 | Duisburg | 454 | 113 | 341 |
| 13 | Bonn | 429 | 99 | 330 |
| 14 | Aachen | 423 | 100 | 323 |
| 15 | Bielefeld | 414 | 110 | 304 |
| 16 | Wuppertal | 413 | 100 | 313 |
| 17 | Frankfurt am Main | 406 | 165 | 241 |
| 18 | Nürnberg | 385 | 103 | 282 |
| 19 | Saarbrücken/Sulzbach | 380 | 108 | 272 |
| 20 | Stuttgart | 380 | 87 | 293 |
| Summe | | 11.657 | 3.612 | 8.045 |



► 11 % der Insolvenzgerichte sind zuständig für 40 % der Verfahren.

¹⁾ Einschließlich Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit.

Quelle: WBDat Wirtschafts- und Branchendaten GmbH, Köln.

Eröffnete IN-Verfahren Deutschland 1. Halbjahr 2017

1. Sortiert nach Insolvenzgerichten A–Z

| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|------------------------|------------------|---|---------------------------|
| Aachen | 167 | 47 | 120 |
| Aalen | 68 | 13 | 55 |
| Alzey | 12 | 1 | 11 |
| Amberg | 36 | 10 | 26 |
| Ansbach | 39 | 6 | 33 |
| Arnsberg | 83 | 27 | 56 |
| Aschaffenburg | 58 | 14 | 44 |
| Augsburg | 134 | 31 | 103 |
| Aurich | 54 | 11 | 43 |
| Bad Hersfeld | 17 | 7 | 10 |
| Bad Homburg (v.d.H.) | 26 | 6 | 20 |
| Bad Kreuznach | 40 | 7 | 33 |
| Bad Neuenahr-Ahrweiler | 37 | 4 | 33 |
| Baden-Baden | 54 | 11 | 43 |
| Bamberg | 54 | 19 | 35 |
| Bayreuth | 29 | 7 | 22 |
| Berlin-Charlottenburg | 807 | 293 | 514 |
| Bersenbrück | 21 | 7 | 14 |
| Betzdorf | 30 | 7 | 23 |
| Bielefeld | 193 | 63 | 130 |
| Bingen/Rh. | 17 | 2 | 15 |
| Bitburg | 16 | 3 | 13 |
| Bochum | 151 | 37 | 114 |
| Bonn | 175 | 49 | 126 |
| Braunschweig | 86 | 24 | 62 |
| Bremen | 130 | 65 | 65 |
| Bremerhaven | 31 | 8 | 23 |
| Bückeburg | 28 | 9 | 19 |
| Celle | 45 | 13 | 32 |
| Chemnitz | 228 | 47 | 181 |
| Cloppenburg | 28 | 11 | 17 |
| Coburg | 41 | 9 | 32 |
| Cochem | 12 | 3 | 9 |
| Cottbus | 92 | 21 | 71 |
| Crailsheim | 17 | 6 | 11 |
| Cuxhaven | 55 | 21 | 34 |
| Darmstadt | 192 | 47 | 145 |
| Deggendorf | 28 | 5 | 23 |
| Delmenhorst | 63 | 37 | 26 |
| Dessau | 54 | 17 | 37 |
| Detmold | 58 | 12 | 46 |
| Dortmund | 259 | 82 | 177 |
| Dresden | 218 | 53 | 165 |
| Duisburg | 234 | 61 | 173 |
| Düsseldorf | 261 | 100 | 161 |
| Erfurt | 88 | 21 | 67 |
| Eschwege | 12 | 2 | 10 |
| Essen | 253 | 87 | 166 |
| Esslingen | 74 | 17 | 57 |
| Eutin | 43 | 8 | 35 |
| Flensburg | 53 | 15 | 38 |
| Frankfurt am Main | 193 | 77 | 116 |
| Frankfurt an der Oder | 103 | 28 | 75 |
| Freiburg | 89 | 18 | 71 |
| Friedberg (Hess.) | 46 | 13 | 33 |
| Fritzlar | 20 | 9 | 11 |
| Fulda | 16 | 4 | 12 |
| Fürth (Bay) | 80 | 15 | 65 |
| Gera | 99 | 25 | 74 |
| Gießen | 42 | 11 | 31 |

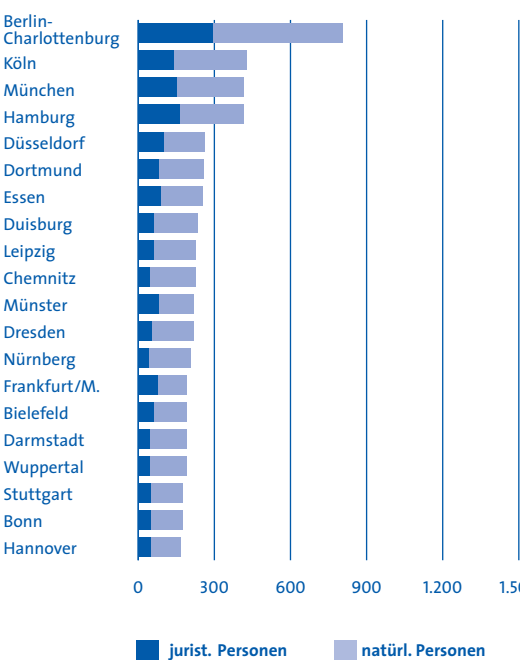
| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|--------------------|------------------|---|---------------------------|
| Gifhorn | 51 | 10 | 41 |
| Göppingen | 37 | 8 | 29 |
| Goslar | 36 | 8 | 28 |
| Göttingen | 77 | 11 | 66 |
| Hagen | 124 | 28 | 96 |
| Halle-Saalkreis | 120 | 43 | 77 |
| Hamburg | 416 | 165 | 251 |
| Hameln | 52 | 11 | 41 |
| Hanau | 85 | 26 | 59 |
| Hannover | 167 | 48 | 119 |
| Hechingen | 34 | 11 | 23 |
| Heidelberg | 62 | 24 | 38 |
| Heilbronn | 132 | 32 | 100 |
| Hildesheim | 34 | 15 | 19 |
| Hof | 29 | 5 | 24 |
| Holz Minden | 12 | 2 | 10 |
| Husum | 16 | 3 | 13 |
| Idar-Oberstein | 24 | 2 | 22 |
| Ingolstadt | 56 | 17 | 39 |
| Itzehoe | 26 | 8 | 18 |
| Kaiserslautern | 43 | 5 | 38 |
| Karlsruhe | 109 | 34 | 75 |
| Kassel | 75 | 21 | 54 |
| Kempten | 66 | 17 | 49 |
| Kiel | 66 | 16 | 50 |
| Kleve | 78 | 21 | 57 |
| Koblenz | 44 | 12 | 32 |
| Köln | 428 | 138 | 290 |
| Königstein | 22 | 4 | 18 |
| Konstanz | 42 | 12 | 30 |
| Korbach | 16 | 4 | 12 |
| Krefeld | 76 | 30 | 46 |
| Landau (i.d.Pf.) | 50 | 11 | 39 |
| Landshut | 90 | 18 | 72 |
| Leer | 25 | 7 | 18 |
| Leipzig | 228 | 61 | 167 |
| Limburg | 28 | 7 | 21 |
| Lingen | 23 | 11 | 12 |
| Lörrach | 24 | 7 | 17 |
| Lübeck | 73 | 12 | 61 |
| Ludwigsburg | 87 | 23 | 64 |
| Ludwigshafen (Rh.) | 49 | 9 | 40 |
| Lüneburg | 78 | 38 | 40 |
| Magdeburg | 131 | 33 | 98 |
| Mainz | 44 | 8 | 36 |
| Mannheim | 108 | 27 | 81 |
| Marburg | 30 | 4 | 26 |
| Mayen | 29 | 5 | 24 |
| Meiningen | 61 | 13 | 48 |
| Meldorf | 34 | 5 | 29 |
| Memmingen | 29 | 4 | 25 |
| Meppen | 29 | 8 | 21 |
| Mönchengladbach | 132 | 28 | 104 |
| Montabaur | 51 | 11 | 40 |
| Mosbach | 26 | 4 | 22 |
| Mühlendorf am Inn | 39 | 8 | 31 |
| Mühlhausen | 39 | 9 | 30 |
| München | 417 | 151 | 266 |
| Münster | 220 | 80 | 140 |
| Neubrandenburg | 51 | 14 | 37 |

| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|----------------------|------------------|---|---------------------------|
| Neumünster | 80 | 19 | 61 |
| Neuruppin | 71 | 21 | 50 |
| Neustadt (Wstr.) | 26 | 8 | 18 |
| Neu-Ulm | 57 | 10 | 47 |
| Neuwied | 31 | 8 | 23 |
| Niebüll | 28 | 15 | 13 |
| Nordenham | 20 | 5 | 15 |
| Norderstedt | 59 | 22 | 37 |
| Nordhorn | 26 | 13 | 13 |
| Nördlingen | 20 | 4 | 16 |
| Nürnberg | 208 | 42 | 166 |
| Offenbach am Main | 95 | 28 | 67 |
| Offenburg | 53 | 11 | 42 |
| Oldenburg (Oldb.) | 47 | 12 | 35 |
| Osnabrück | 62 | 19 | 43 |
| Osterode | 13 | 2 | 11 |
| Paderborn | 85 | 19 | 66 |
| Passau | 41 | 8 | 33 |
| Pforzheim | 46 | 7 | 39 |
| Pinneberg | 68 | 22 | 46 |
| Pirmasens | 16 | 6 | 10 |
| Potsdam | 124 | 39 | 85 |
| Ravensburg | 77 | 12 | 65 |
| Regensburg | 69 | 24 | 45 |
| Reinbek | 58 | 23 | 35 |
| Rosenheim | 58 | 11 | 47 |
| Rostock | 67 | 16 | 51 |
| Rottweil | 50 | 12 | 38 |
| Saarbrücken/Sulzbach | 162 | 33 | 129 |
| Schwarzenbek | 42 | 14 | 28 |
| Schweinfurt | 45 | 16 | 29 |

| Insolvenzgericht | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|------------------------|------------------|---|---------------------------|
| Schwerin | 62 | 17 | 45 |
| Siegen | 53 | 20 | 33 |
| Stade | 29 | 8 | 21 |
| Stendal | 48 | 14 | 34 |
| Stralsund | 53 | 15 | 38 |
| Straubing | 14 | 3 | 11 |
| Stuttgart | 175 | 50 | 125 |
| Syke | 69 | 20 | 49 |
| Tostedt | 50 | 21 | 29 |
| Traunstein | 36 | 7 | 29 |
| Trier | 29 | 6 | 23 |
| Tübingen | 103 | 22 | 81 |
| Uelzen | 22 | 8 | 14 |
| Ulm | 39 | 12 | 27 |
| Vechta | 14 | 2 | 12 |
| Verden | 44 | 15 | 29 |
| Villingen-Schwenningen | 33 | 10 | 23 |
| Waldshut-Tiengen | 16 | | 16 |
| Walsrode | 26 | 9 | 17 |
| Weiden (i.d.OPf.) | 27 | 7 | 20 |
| Weilheim (i. OB) | 40 | 10 | 30 |
| Wetzlar | 34 | 7 | 27 |
| Wiesbaden | 92 | 22 | 70 |
| Wilhelmshaven | 30 | 4 | 26 |
| Wittlich | 23 | 3 | 20 |
| Wolfratshausen | 32 | 11 | 21 |
| Wolfsburg | 31 | 12 | 19 |
| Worms | 19 | 5 | 14 |
| Wuppertal | 191 | 44 | 147 |
| Würzburg | 70 | 23 | 47 |
| Zweibrücken | 18 | 4 | 14 |
| Summe | 13.995 | 4.002 | 9.993 |

2. Top-20-Insolvenzgerichte

| Rang | Insolvenzgerichte | Anzahl gesamt | Davon jurist. ¹⁾ Personen | Davon natürl. Personen |
|--------------|-----------------------|------------------|---|---------------------------|
| 1 | Berlin-Charlottenburg | 807 | 293 | 514 |
| 2 | Köln | 428 | 138 | 290 |
| 3 | München | 417 | 151 | 266 |
| 4 | Hamburg | 416 | 165 | 251 |
| 5 | Düsseldorf | 261 | 100 | 161 |
| 6 | Dortmund | 259 | 82 | 177 |
| 7 | Essen | 253 | 87 | 166 |
| 8 | Duisburg | 234 | 61 | 173 |
| 9 | Leipzig | 228 | 61 | 167 |
| 10 | Chemnitz | 228 | 47 | 181 |
| 11 | Münster | 220 | 80 | 140 |
| 12 | Dresden | 218 | 53 | 165 |
| 13 | Nürnberg | 208 | 42 | 166 |
| 14 | Frankfurt am Main | 193 | 77 | 116 |
| 15 | Bielefeld | 193 | 63 | 130 |
| 16 | Darmstadt | 192 | 47 | 145 |
| 17 | Wuppertal | 191 | 44 | 147 |
| 18 | Stuttgart | 175 | 50 | 125 |
| 19 | Bonn | 175 | 49 | 126 |
| 20 | Hannover | 167 | 48 | 119 |
| Summe | | 5.463 | 1.738 | 3.725 |



► 11 % der Insolvenzgerichte sind zuständig für 39 % der Verfahren.

1) Einschließlich Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit.
Quelle: WBDat Wirtschafts- und Branchendaten GmbH, Köln.

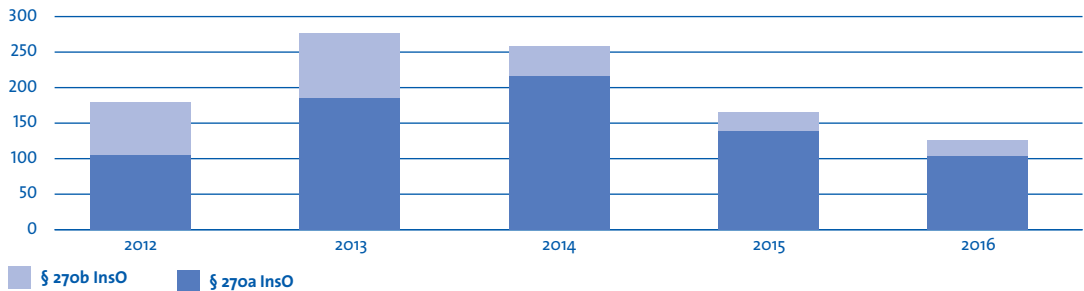
Anzahl der Eigenverwaltungen seit Einführung des ESUG im März 2012

| ESUG/ Eigenverwaltungen | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 1.Hj 2017 | Gesamt |
|----------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------|-------------|
| § 270a InsO | 105 | 185 | 216 | 138 | 103 | 55 | 802 |
| § 270b InsO | 75 | 92 | 42 | 27 | 23 | 13 | 272 |
| Gesamt | 180 | 277 | 258 | 165 | 126 | 68 | 1074 |

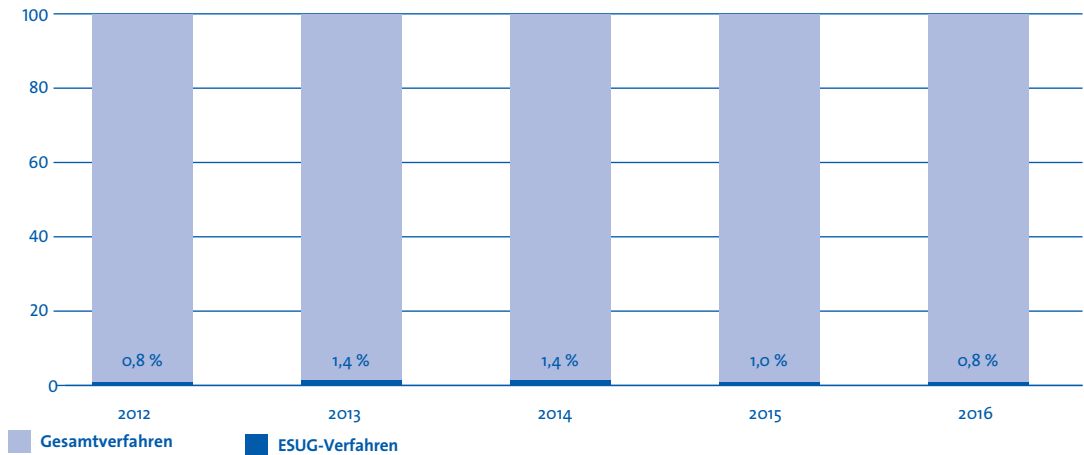
Hinweis: Es handelt sich jeweils um Mindestzahlen. Da diese Verfahren von den Gerichten nicht zwingend veröffentlicht werden müssen, sind die Zahlen nicht 100%ig abschließend.

Quelle: www.insolvenz-portal.de

ESUG/Eigenverwaltungen 2012–2016



Anteil der ESUG-Verfahren an den Gesamtverfahren



Ranking Top-10-Sozietäten 2016

Eröffnete IN-Verfahren Deutschland (ohne Verbraucherinsolvenzen)

| Rang | Kanzleiname | Jurist. ¹⁾ Personen | Anteil Kanzlei (Top 10) in % | Anteil Kanzlei (Dtl.) in % | Anzahl bestellter Verwalter | Natürl. Personen | Anteil Kanzlei (Top 10) in % | Anteil Kanzlei (Dtl.) in % | Anzahl bestellter Verwalter | Anzahl (gesamt) |
|-------|---------------------------------|-----------------------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|---------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|--------------------|
| 1 | Schultze & Braun | 285 | 15,26 | 3,42 | 26 | 510 | 18,52 | 2,43 | 34 | 795 |
| 2 | hww hermann wienberg wilhelm | 277 | 14,83 | 3,33 | 24 | 333 | 12,09 | 1,59 | 27 | 610 |
| 3 | PLUTA Rechtsanwalts-GmbH | 256 | 13,70 | 3,07 | 29 | 533 | 19,35 | 2,54 | 31 | 789 |
| 4 | White & Case Insolvenz GbR | 251 | 13,44 | 3,01 | 13 | 247 | 8,97 | 1,18 | 14 | 498 |
| 5 | Brinkmann & Partner | 180 | 9,64 | 2,16 | 18 | 303 | 11,00 | 1,44 | 22 | 483 |
| 6 | Görg Rechtsanwälte | 166 | 8,89 | 1,99 | 20 | 293 | 10,64 | 1,40 | 22 | 459 |
| 7 | Münzel & Böhm | 128 | 6,85 | 1,54 | 5 | 80 | 2,90 | 0,38 | 4 | 208 |
| 8 | KÜBLER | 114 | 6,10 | 1,37 | 9 | 130 | 4,72 | 0,62 | 11 | 244 |
| 9 | andres partner | 111 | 5,94 | 1,33 | 5 | 142 | 5,16 | 0,68 | 6 | 253 |
| 10 | BBL Bernsau Brockdorff | 100 | 5,35 | 1,20 | 12 | 183 | 6,64 | 0,87 | 16 | 283 |
| Summe | | 1.868 | 100,00 | 22,42 | 161 | 2.754 | 100,00 | 13,13 | 187 | 4.622 |

| Anzahl | Deutschland | Jurist. ¹⁾ Personen | Anteil Top 10 jur. Personen | Anteil Top 10 in % jur. Pers. | Natürl. Personen | Anteil Top 10 natürl. Pers. | Anteil Top 10 in % natürl. Pers. | Anzahl gesamt | Anteil Top 10 in % | Anzahl bestellter Verwalter |
|--------|-------------------|-----------------------------------|--------------------------------------|--|---------------------|--------------------------------------|--|------------------|--------------------------|-----------------------------------|
| 182 | Alle Amtsgerichte | 8.330 | 1.868 | 22,42 | 20.972 | 2.754 | 13,13 | 29.302 | 15,77 | 1.966 |

Ranking Top-10-Sozietäten 1. Halbjahr 2017

Eröffnete IN-Verfahren Deutschland (ohne Verbraucherinsolvenzen)

| Rang | Kanzleiname | Jurist. ¹⁾ Personen | Anteil Kanzlei (Top 10) in % | Anteil Kanzlei (Dtl.) in % | Anzahl bestellter Verwalter | Natürl. Personen | Anteil Kanzlei (Top 10) in % | Anteil Kanzlei (Dtl.) in % | Anzahl bestellter Verwalter | Anzahl (gesamt) |
|-------|---------------------------------|-----------------------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|---------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|--------------------|
| 1 | Schultze & Braun | 144 | 16,16 | 3,59 | 26 | 257 | 18,83 | 2,56 | 34 | 401 |
| 2 | PLUTA Rechtsanwalts-GmbH | 116 | 13,02 | 2,90 | 29 | 266 | 19,49 | 2,65 | 31 | 382 |
| 3 | White & Case Insolvenz GbR | 103 | 11,56 | 2,57 | 13 | 128 | 9,38 | 1,28 | 14 | 231 |
| 4 | hww hermann wienberg wilhelm | 100 | 11,22 | 2,50 | 24 | 160 | 11,72 | 1,59 | 27 | 260 |
| 5 | Görg Rechtsanwälte | 99 | 11,11 | 2,47 | 20 | 140 | 10,26 | 1,40 | 22 | 239 |
| 6 | Brinkmann & Partner | 99 | 11,11 | 2,47 | 18 | 175 | 12,82 | 1,74 | 22 | 274 |
| 7 | BBL Bernsau Brockdorff | 85 | 9,54 | 2,12 | 12 | 113 | 8,28 | 1,13 | 16 | 198 |
| 8 | KÜBLER | 52 | 5,84 | 1,30 | 9 | 60 | 4,40 | 0,60 | 11 | 112 |
| 9 | Reimer Rechtsanwälte | 49 | 5,50 | 1,22 | 6 | 35 | 2,56 | 0,35 | 7 | 84 |
| 10 | Münzel & Böhm | 44 | 4,94 | 1,10 | 5 | 31 | 2,27 | 0,31 | 4 | 75 |
| Summe | | 891 | 100,00 | 22,24 | 162 | 1.365 | 100,00 | 13,61 | 188 | 2.256 |

| Anzahl | Deutschland | Jurist. ¹⁾ Personen | Anteil Top 10 juris. Pers. | Anteil Top 10 in % juris. Pers. | Natürl. Personen | Anteil Top 10 natürl. Pers. | Anteil Top 10 in % natürl. Pers. | Anzahl gesamt | Anteil Top 10 in % | Anzahl bestellter Verwalter |
|--------|-------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|---|---------------------|--------------------------------------|--|------------------|--------------------------|-----------------------------------|
| 182 | Alle Amtsgerichte | 4.006 | 891 | 22,24 | 10.032 | 1.365 | 13,61 | 14.038 | 16,07 | 963 |

1) Einschließlich Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit.

Quelle: WBDat Wirtschafts- und Branchendaten GmbH, Köln.

Insolvenzgerichte Deutschland und Standorte Schultze & Braun Rechtsanwalts-gesellschaft für Insolvenzverwaltung mbH



Standorte Schultze & Braun Rechtsanwalts-gesellschaft für Insolvenzverwaltung mbH, Stand: Dezember 2017

Schultze & Braun Rechtsanwaltskanzlei für Insolvenzverwaltung mbH

1. Achern

Eisenbahnstraße 19–23
77855 Achern
Telefon 0 78 41 / 7 08 - 0
Telefax 0 78 41 / 7 08 - 3 01

2. Aschaffenburg

Frohsinnstraße 29
63739 Aschaffenburg
Telefon 0 60 21 / 5 85 18 - 0
Telefax 0 60 21 / 5 85 18 - 110

3. Augsburg

Schaezlerstraße 13
86150 Augsburg
Telefon 0 821 / 5 04 - 70 95
Telefax 0 821 / 5 04 - 71 09

4. Bayreuth

Lessingweg 1
95447 Bayreuth
Telefon 0 921 / 1 50 70 - 06
Telefax 0 921 / 1 50 70 - 90

5. Berlin

Markgrafenstraße 22
10117 Berlin
Telefon 0 30 / 3 08 30 38 - 2 00
Telefax 0 30 / 3 08 30 38 - 1 11

6. Braunschweig

Garkuche 1
38100 Braunschweig
Telefon 0 531 / 612 87 20 - 0
Telefax 0 531 / 612 87 20 - 100

7. Bremen

Domshof 18–20
28195 Bremen
Telefon 0 421 / 36 86 - 0
Telefax 0 421 / 36 86 - 100

8. Celle

Sporckenstraße 5
29221 Celle
Telefon 0 51 41 / 7 09 76 84
Telefax 0 51 41 / 9 09 41 68

9. Chemnitz

Promenadenstraße 3
09111 Chemnitz
Telefon 0 371 / 3 82 37 - 0
Telefax 0 371 / 3 82 37 - 10

10. Dessau-Roßlau

Stiftstraße 16
06844 Dessau-Roßlau
Telefon 0 340 / 5 21 04 43
Telefax 0 340 / 5 71 01 28

11. Dingolfing

Speisemarkt 7
84130 Dingolfing
Telefon 0 87 31 / 3 26 90 - 66
Telefax 0 87 31 / 3 26 90 - 67

12. Dresden

Boltenhagener Platz 9
01109 Dresden
Telefon 0 351 / 8 85 27 - 0
Telefax 0 351 / 8 85 27 - 40

13. Erfurt

Barbarossa Hof 3
99092 Erfurt
Telefon 0 361 / 55 13 - 0
Telefax 0 361 / 55 13 - 1 00

14. Frankfurt am Main

Olof-Palme-Straße 13
60439 Frankfurt
Telefon 0 69 / 5 09 86 - 0
Telefax 0 69 / 5 09 86 - 1 10

15. Freiburg im Breisgau

Fischerau 24–26
79098 Freiburg
Telefon 0 761 / 29 67 32 - 0
Telefax 0 761 / 29 67 32 - 100

16. Friedrichshafen

Friedrichstraße 53
88045 Friedrichshafen
Telefon 0 7541 / 95419 - 0
Telefax 0 7541 / 95419 - 100

17. Gera

Straße des Friedens 65
07548 Gera
Telefon 0 365 / 2 57 62 50 - 80
Telefax 0 365 / 2 57 62 50 - 82

18. Halle

Sternstraße 13
06108 Halle
Telefon 0 345 / 52 00 - 1 11
Telefax 0 345 / 52 00 - 0 66

19. Hamburg

Willy-Brandt-Straße 57
20457 Hamburg
Telefon 0 40 / 340 5739 - 0
Telefax 0 40 / 340 5739 - 9

20. Hannover

Thielenplatz 5
30159 Hannover
Telefon 0 511 / 55 47 06 - 0
Telefax 0 511 / 55 47 06 - 99

21. Heilbronn

Ferdinand-Braun-Straße 15
74074 Heilbronn
Telefon 0 71 31 / 20 565 - 0
Telefax 0 71 31 / 20 565 - 100

22. Hof

Pfarr 1
95028 Hof
Telefon 0 92 81 / 8 80 - 500
Telefax 0 92 81 / 8 80 - 510

23. Karlsruhe

Kriegsstraße 113
76135 Karlsruhe
Telefon 0 721 / 91 957 - 0
Telefax 0 721 / 91 957 - 11

24. Leipzig

Inselstraße 29
04103 Leipzig
Telefon 0 341 / 26 972 - 0
Telefax 0 341 / 26 972 - 10

25. Magdeburg

Schleifufer 11
39104 Magdeburg
Telefon 0 391 / 53 54 - 0
Telefax 0 391 / 53 54 - 100

26. Mannheim

N7, 12
68161 Mannheim
Telefon 0 621 / 480 264 - 0
Telefax 0 621 / 480 264 - 10

27. Marburg

Software Center 5a
35037 Marburg
Telefon 0 64 21 / 9 48 13 - 50
Telefax 0 64 21 / 9 48 13 - 60

28. München

Maximiliansplatz 13
80333 München
Telefon 0 89 / 3 30 08 09 - 0
Telefax 0 89 / 3 30 08 09 - 99

29. Nürnberg

Marienbergsstraße 94
90411 Nürnberg
Telefon 0 911 / 60 079 - 0
Telefax 0 911 / 60 079 - 10

30. Offenburg

Abtsgasse 30
77654 Offenburg
Telefon 0 781 / 809 - 0
Telefax 0 781 / 809 - 100

31. Rostock

Gerhart-Hauptmann-Straße 24
18055 Rostock
Telefon 0 381 / 4 91 39 - 50
Telefax 0 381 / 4 91 39 - 77

32. Rottweil

Neckartal 100
78628 Rottweil
Telefon 0 741 / 1 74 64 - 30
Telefax 0 741 / 1 74 64 - 40

33. Saarbrücken

Saarbrücker Straße 4
66130 Saarbrücken
Telefon 0 681 / 8 76 25 - 0
Telefax 0 681 / 8 76 25 - 100

34. Stuttgart

Paulinenstraße 41
70178 Stuttgart
Telefon 0 711 / 23 889 - 0
Telefax 0 711 / 23 889 - 200

35. Ulm

Einsteinstraße 55
89077 Ulm
Telefon 0 731 / 60 26 99 - 0
Telefax 0 731 / 60 26 99 - 20

36. Vechta

An der Grafte 22
49377 Vechta
Telefon 0 44 41 / 97 88 62
Telefax 0 421 / 36 86 - 100

37. Weiden

Bgm.-Probst-Straße 5b
92637 Weiden
Telefon 0 961 / 4 70 12 - 89
Telefax 0 961 / 4 70 12 - 92

Veranstaltungstermine zum Insolvenzrecht 2018

| Januar | Februar | März | April | Mai | Juni |
|---|---|--|---|--|--|
| 01 Mo <small>Neujahr</small> | 01 Do | 01 Do | 01 So <small>Ostersonntag</small> | 01 Di <small>Maifeiertag</small> | 01 Fr |
| 02 Di | 02 Fr | 02 Fr | 02 Mo <small>Ostermontag</small> | 02 Mi | 02 Sa |
| 03 Mi | 03 Sa | 03 Sa | 03 Di | 03 Do | 03 So |
| 04 Do | 04 So | 04 So | 04 Mi | 04 Fr | 04 Mo |
| 05 Fr | 05 Mo | 05 Mo | 05 Do | 05 Sa | 05 Di |
| 06 Sa <small>Heilige Drei Könige¹</small> | 06 Di | 06 Di | 06 Fr | 06 So <small>6.–8.5. IBA – 24. Annual Global Insolvency and Restructuring Conference Amsterdam</small> | 06 Mi <small>6.–8.6. DAV – 69. Deutscher Anwaltstag Mannheim</small> |
| 07 So | 07 Mi | 07 Mi | 07 Sa | 07 Mo | 07 Do |
| 08 Mo | 08 Do | 08 Do | 08 So | 08 Di | 08 Fr |
| 09 Di | 09 Fr | 09 Fr | 09 Mo | 09 Mi | 09 Sa |
| 10 Mi | 10 Sa | 10 Sa | 10 Di | 10 Do <small>Christi Himmelfahrt</small> | 10 So |
| 11 Do | 11 So | 11 So | 11 Mi | 11 Fr | 11 Mo <small>10.–12.5. VID – Mitgliederversammlung Barcelona</small> |
| 12 Fr | 12 Mo <small>12.–13.2. 19. Leipziger Insolvenzrechtstag Leipzig</small> | 12 Mo | 12 Do | 12 Sa | 12 Di |
| 13 Sa | 13 Di | 13 Di | 13 Fr | 13 So | 13 Mi <small>13.–16.6. AIRA – 34. Annual Bankruptcy & Restructuring Conference Nashville</small> |
| 14 So | 14 Mi | 14 Mi <small>14.3. DAV – Jahrestagung der Zwangsverwalter Berlin</small> | 14 Sa | 14 Mo | 14 Do <small>15.6. 14. Mannheimer Insolvenzrechtstag Mannheim</small> |
| 15 Mo | 15 Do | 15 Do <small>14.–16.3. DAV – 15. Deutscher Insolvenzrechtstag Berlin</small> | 15 So | 15 Di | 15 Fr |
| 16 Di | 16 Fr | 16 Fr | 16 Mo | 16 Mi | 16 Sa |
| 17 Mi | 17 Sa | 17 Sa | 17 Di | 17 Do | 17 So |
| 18 Do | 18 So | 18 So | 18 Mi | 18 Fr | 18 Mo |
| 19 Fr | 19 Mo | 19 Mo | 19 Do | 19 Sa | 19 Di |
| 20 Sa | 20 Di | 20 Di | 20 Fr | 20 So <small>Pfingstsonntag</small> | 20 Mi |
| 21 So | 21 Mi | 21 Mi | 21 Sa | 21 Mo <small>Pfingstmontag</small> | 21 Do |
| 22 Mo | 22 Do | 22 Do | 22 So | 22 Di | 22 Fr |
| 23 Di | 23 Fr | 23 Fr | 23 Mo | 23 Mi <small>23.–25.5. R3 – 28. Annual Conference Vilamoura, Portugal</small> | 23 Sa |
| 24 Mi | 24 Sa | 24 Sa | 24 Di | 24 Do | 24 So |
| 25 Do | 25 So | 25 So | 25 Mi <small>25.4. 14. Handelsblatt Jahrestagung Restrukturierung Frankfurt</small> | 25 Fr | 25 Mo |
| 26 Fr <small>26.1. DAV – 33. Verbraucherinsolvenzveranstaltung Frankfurt/Main</small> | 26 Mo | 26 Mo | 26 Do | 26 Sa | 26 Di |
| 27 Sa | 27 Di | 27 Di | 27 Fr | 27 So | 27 Mi |
| 28 So | 28 Mi | 28 Mi | 28 Sa | 28 Mo | 28 Do <small>28.–29.6. DAV – 7. Europäischer Insolvenzrechtstag Brüssel</small> |
| 29 Mo | | 29 Do | 29 So | 29 Di | 29 Fr |
| 30 Di | | 30 Fr <small>Karfreitag</small> | 30 Mo | 30 Mi | 30 Sa |
| 31 Mi | | 31 Sa | | 31 Do <small>Fronleichnam²</small> | |

1) Heilige Drei Könige nur BW, BY, ST 2) Fronleichnam nur BW, BY, HE, NW, RP, SL, Teile SN u. TH

Schulferien 2018: Ferientermine aller Bundesländer in Deutschland³⁾ (Quelle: Kultusministerkonferenz der Länder; Angaben ohne Gewähr).

| Land* | Weihnachten 17/18 | Winter 18 | Ostern/Frühjahr 18 | Himmelfahrt/Pfingsten 18 | Sommer 18 | Herbst 18 | Weihnachten 11/19 |
|--------------------------------|-------------------|---------------|--------------------|--------------------------|---------------|------------------------|-------------------|
| Baden-Württ. (4) ²⁾ | 22.12.–05.01. | – | 26.03.–06.04. | 22.05.–02.06. | 26.07.–08.09. | 29.10.–02.11. | 24.12.–05.01. |
| Bayern (–) | 23.12.–05.01. | 12.2.–16.2. | 26.03.–07.04. | 22.05.–02.06. | 30.07.–10.09. | 29.10.–02.11./21.11. | 22.12.–05.01. |
| Berlin (–) | 21.12.–02.01. | 05.2.–10.2. | 26.03.–06.04. | 30.04./11.5./22.05. | 05.07.–17.08. | 22.10.–02.11. | 22.12.–05.01. |
| Brandenburg (3) | 21.12.–02.01. | 05.2.–10.2. | 26.03.–06.04. | 30.04./11.5. | 05.07.–18.08. | 22.10.–02.11. | 21.12.–05.01. |
| Bremen (–) | 22.12.–06.01. | 01./02.02. | 19.03.–03.04. | 30.04./11.5./22.05. | 28.06.–08.08. | 01.10.–13.10. | 24.12.–04.01. |
| Hamburg (–) | 22.12.–05.01. | 02.02. | 05.03.–16.03. | 30.04./07.–11.05. | 05.07.–15.08. | 01.10.–12.10. | 20.12.–04.01. |
| Hessen (3) | 24.12.–13.01. | – | 26.03.–07.04. | – | 25.06.–03.08. | 01.10.–13.10. | 24.12.–12.01. |
| Meckl.–Vorpom. (3) | 21.12.–03.01. | 05.02.–16.02. | 26.03.–04.04. | 11./18.–22.05. | 09.07.–18.08. | 08.–13.10./01., 02.11. | 24.12.–05.01. |
| Niedersachsen (–) | 22.12.–05.01. | 01./2.02. | 19.03.–03.04. | 30.04./11.05./22.05. | 28.06.–08.08. | 01.10.–12.10. | 24.12.–04.01. |

Veranstaltungstermine zum Insolvenzrecht 2018

| Juli | August | September | Oktober | November | Dezember |
|-------|--------|-----------|---------|----------|----------|
| 01 So | 01 Mi | 01 Sa | 01 Mo | 01 Do | 01 Sa |
| 02 Mo | 02 Do | 02 So | 02 Di | 02 Fr | 02 So |
| 03 Di | 03 Fr | 03 Mo | 03 Mi | 03 Sa | 03 Mo |
| 04 Mi | 04 Sa | 04 Di | 04 Do | 04 So | 04 Di |
| 05 Do | 05 So | 05 Mi | 05 Fr | 05 Mo | 05 Mi |
| 06 Fr | 06 Mo | 06 Do | 06 Sa | 06 Di | 06 Do |
| 07 Sa | 07 Di | 07 Fr | 07 So | 07 Mi | 07 Fr |
| 08 So | 08 Mi | 08 Sa | 08 Mo | 08 Do | 08 Sa |
| 09 Mo | 09 Do | 09 So | 09 Di | 09 Fr | 09 So |
| 10 Di | 10 Fr | 10 Mo | 10 Mi | 10 Sa | 10 Mo |
| 11 Mi | 11 Sa | 11 Di | 11 Do | 11 So | 11 Di |
| 12 Do | 12 So | 12 Mi | 12 Fr | 12 Mo | 12 Mi |
| 13 Fr | 13 Mo | 13 Do | 13 Sa | 13 Di | 13 Do |
| 14 Sa | 14 Di | 14 Fr | 14 So | 14 Mi | 14 Fr |
| 15 So | 15 Mi | 15 Sa | 15 Mo | 15 Do | 15 Sa |
| 16 Mo | 16 Do | 16 So | 16 Di | 16 Fr | 16 So |
| 17 Di | 17 Fr | 17 Mo | 17 Mi | 17 Sa | 17 Mo |
| 18 Mi | 18 Sa | 18 Di | 18 Do | 18 So | 18 Di |
| 19 Do | 19 So | 19 Mi | 19 Fr | 19 Mo | 19 Mi |
| 20 Fr | 20 Mo | 20 Do | 20 Sa | 20 Di | 20 Do |
| 21 Sa | 21 Di | 21 Fr | 21 So | 21 Mi | 21 Fr |
| 22 So | 22 Mi | 22 Sa | 22 Mo | 22 Do | 22 Sa |
| 23 Mo | 23 Do | 23 So | 23 Di | 23 Fr | 23 So |
| 24 Di | 24 Fr | 24 Mo | 24 Mi | 24 Sa | 24 Mo |
| 25 Mi | 25 Sa | 25 Di | 25 Do | 25 So | 25 Di |
| 26 Do | 26 So | 26 Mi | 26 Fr | 26 Mo | 26 Mi |
| 27 Fr | 27 Mo | 27 Do | 27 Sa | 27 Di | 27 Do |
| 28 Sa | 28 Di | 28 Fr | 28 So | 28 Mi | 28 Fr |
| 29 So | 29 Mi | 29 Sa | 29 Mo | 29 Do | 29 Sa |
| 30 Mo | 30 Do | 30 So | 30 Di | 30 Fr | 30 So |
| 31 Di | 31 Fr | | 31 Mi | | 31 Mo |

3) 15.8. Mariä Himmelfahrt nur Teile BY, SL 4) Allerheiligen nur BW, BY, HE, NW, RP, SL 5) Reformationstag nur BB, MV, SN, ST, TH 6) Buß- und Betttag nur SN

| Land* | Weihnachten 17/18 | Winter 18 | Ostern/Frühjahr 18 | Himmelfahrt/Pfingsten 18 | Sommer 18 | Herbst 18 | Weihnachten 11/19 |
|----------------------------------|-------------------|---------------|--------------------|--------------------------|---------------|---------------|-------------------|
| Nordrhein-Westf. (4) | 27.12.–06.01. | – | 26.3.–07.04. | 22.05.–25.05. | 16.07.–28.08. | 15.10.–27.10. | 21.12.–04.01. |
| Rheinland-Pfalz (6) | 22.12.–09.01. | – | 26.3.–06.04. | – | 25.06.–03.08. | 01.10.–12.10. | 20.12.–04.01. |
| Saarland (2) | 21.12.–05.01. | 12.02.–17.02. | 26.3.–06.04. | – | 25.06.–03.08. | 01.10.–12.10. | 20.12.–04.01. |
| Sachsen (2) | 23.12.–02.01. | 12.02.–23.02. | 29.3.–06.04. | 11./19.–22.05. | 02.07.–10.08. | 08.10.–20.10. | 22.12.–04.01. |
| Sachsen-Anhalt (–) | 21.12.–03.01. | 05.02.–09.02. | 26.3.–31.03. | 30.04./11.–19.05. | 28.06.–08.08. | 01.10.–12.10. | 19.12.–04.01. |
| Schleswig-Hol. (2) ²⁾ | 21.12.–06.01. | – | 29.3.–13.04. | 11.05. | 09.07.–18.08. | 01.10.–19.10. | 21.12.–04.01. |
| Thüringen (2) | 22.12.–05.01. | 05.02.–09.02. | 26.3.–07.04. | 11.05. | 02.07.–11.08. | 01.10.–13.10. | 21.12.–04.01. |

1) Angegeben sind jeweils der erste und letzte Ferientag; nachträgliche Änderungen einzelner Länder sind vorbehalten.

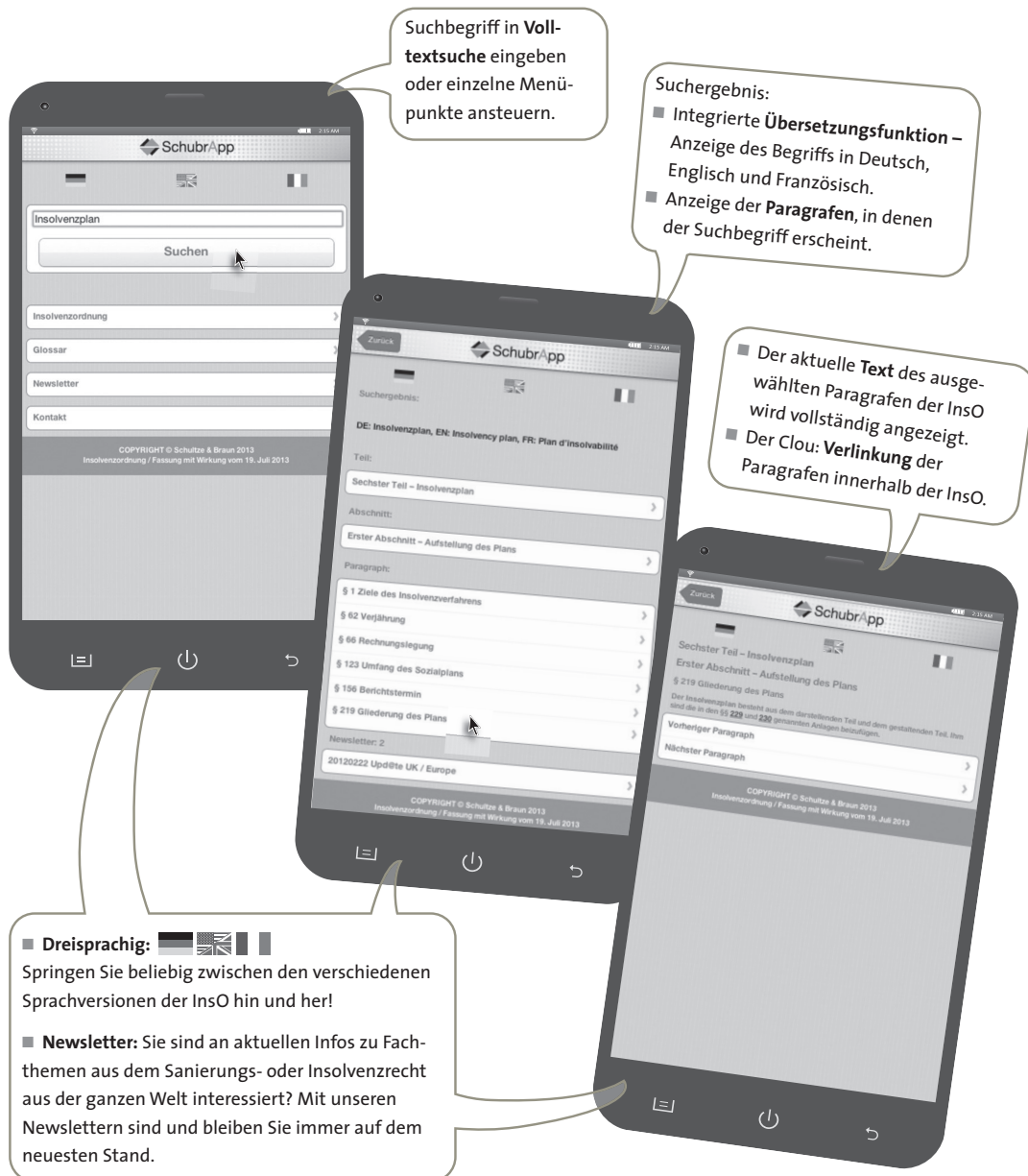
2) Auf den Inseln Sylt, Föhr, Amrum und Helgoland sowie auf den Halligen gelten für die Sommer- und Herbstferien Sonderregelungen.

3) Die Ziffern in Klammern geben, soweit bekannt, die Anzahl der beweglichen Feiertage an, mit denen besondere örtliche Verhältnisse berücksichtigt oder mit denen einzelne Ferienabschnitte verlängert werden können.



In der InsO-Welt zu Hause

Lernen Sie unsere **SchubrApp** kennen und sichern Sie sich die zahlreichen Vorteile! Einfach QR-Code scannen oder www.schubrapp.com öffnen und als Lesezeichen dem Homescreen hinzufügen – los geht's!




Suchbegriff in Volltextsuche eingeben oder einzelne Menüpunkte ansteuern.

Suchergebnis:

- Integrierte **Übersetzungsfunktion** – Anzeige des Begriffs in Deutsch, Englisch und Französisch.
- Anzeige der **Paragrafen**, in denen der Suchbegriff erscheint.

Der aktuelle Text des ausgewählten Paragrafen der InsO wird vollständig angezeigt.

Der Clou: Verlinkung der Paragrafen innerhalb der InsO.

Dreisprachig:  Springen Sie beliebig zwischen den verschiedenen Sprachversionen der InsO hin und her!

■ **Newsletter:** Sie sind an aktuellen Infos zu Fachthemen aus dem Sanierungs- oder Insolvenzrecht aus der ganzen Welt interessiert? Mit unseren Newslettern sind und bleiben Sie immer auf dem neuesten Stand.



Schultze & Braun

German for business recovery

In der InsO-Welt zu Hause



Glossar: über 300 Begriffe aus dem Insolvenzrecht

InsO: immer die aktuelle Insolvenzordnung parat

Newsletter: aktuelles Fachwissen zum Sanierungs- und Insolvenzrecht

Mehrsprachig:   



Jetzt als Favoriten hinzufügen

www.schubrapp.com



Glossare

Die Glossare sind Zusammenstellungen von Rechtsbegriffen, die es auch in der jeweils anderen Rechtsordnung gibt oder für die zumindest ein vergleichbares Rechtsinstitut existiert. Zusätzlich wird auch eine mögliche Übersetzung angegeben, die helfen soll, den Begriff für den Leser besser verständlich zu machen.

Die Übersetzung wie auch die Rechtsbegriffe müssen mit der nötigen Vorsicht verwendet werden, Schultze & Braun übernimmt keinerlei Haftung für ihre Verwendung.

DEUTSCH – ENGLISCH

| | Deutsch | Übersetzungs- möglichkeit | Entsprechendes Rechtsinstitut im UK-Recht | Entsprechendes Rechtsinstitut im US-Recht |
|----|-----------------------|--|---|---|
| 1 | Aussonderung | Right to segregation | Right to recovery | Reclamation right |
| 2 | Bargeschäft | Cash transactions | *** | Contemporaneous exchange for new value – defense |
| 3 | Betriebsrat | Works council | Works council | Works council |
| 4 | Dauerschuldverhältnis | Contract for continuing obligations | Contract for continuing obligations | Continuing Contract |
| 5 | Erlass | Waiver | Waiver | Waiver |
| 6 | Eröffnungsantrag | Application for commencement of insolvency proceedings | Administration application | Petition to commence a bankruptcy case |
| 7 | Ersatzaussonderung | Substitute segregation | *** | *** |
| 8 | Feststellungsantrag | Motion for declaratory judgment | Application for declaratory judgment | Motion for declaratory judgment |
| 9 | Fixgeschäfte | Fixed term transactions | Fixed term transactions | Installment Contract (an installment contract is one which requires or authorizes the delivery of goods in separate lots to be separately accepted, even though the contract contains a clause „each delivery is a separate contract” or its equivalent) |
| 10 | Gesamtgut | Joint marital property | *** | Community property |
| 11 | Geschäftsstelle | Court registry | Court clerk’s office | Court clerk’s office |
| 12 | Gläubigerverzeichnis | List of creditors | List of creditors | List of creditors |
| 13 | Insolvenzanfechtung | Avoidance in insolvency | Avoidance in insolvency | Avoidance in bankruptcy |
| 14 | Insolvenzplan | Insolvency plan | Company Voluntary Arrangement | Plan of reorganization |
| 15 | Kleinverfahren | Minor proceedings | *** | *** |
| 16 | Kündigungssperre | Prohibition of termination | *** | *** |
| 17 | Landgericht | Regional court | County Court/High Court | District Court |

| | Deutsch | Übersetzungsmöglichkeit | Entsprechendes Rechtsinstitut im UK-Recht | Entsprechendes Rechtsinstitut im US-Recht |
|----|--------------------------------------|--|--|--|
| 18 | Masseansprüche | Preferential claims | *** | Administrative claims |
| 19 | Nachlassinsolvenzverfahren | Insolvency proceedings relating to a deceased's estate | Insolvency proceedings relating to a deceased's estate | Insolvency proceedings relating to a deceased's estate |
| 20 | Nicht nachrangige Insolvenzgläubiger | Non-subordinated insolvency creditor | Unsubordinated creditor | Unsubordinated creditor |
| 21 | Organschaftliche Vertreter | Representative body | Board of directors | Board of directors |
| 22 | Partikularverfahren | Territorial insolvency proceedings | *** | *** |
| 23 | Registergericht | Registration court | Registry | *** |
| 24 | Schlusstermin | Final meeting | Final meeting | Final meeting |
| 25 | Sozialplan | Social compensation plan | *** | *** |
| 26 | Unentgeltliche Leistung | Gratuitous performance | Gratuitous alienations | Gratuitous performance |
| 27 | Vermögensübersicht | Statement of assets and liabilities | Statement of affairs | Trustee's account of the estate |
| 28 | Vollstreckungsklausel | Court certificate of enforceability | Enforcement order | Foreclosure decree |
| 29 | Wiederauflebensklausel | Revival clause | *** | *** |
| 30 | Zwangsverwaltung | Sequestration | Receivership | Receivership |

DEUTSCH – FRANZÖSISCH

| | Deutsch | Übersetzungsmöglichkeit | Entsprechendes Rechtsinstitut im französischen Recht |
|----|-----------------------|---|--|
| 1 | Aussonderung | Revendication | Requête / Action en revendication |
| 2 | Bargeschäft | Opération de caisse | *** |
| 3 | Betriebsrat | Comité d'entreprise | Comité d'entreprise |
| 4 | Dauerschuldverhältnis | Contrat à exécution successive | Contrat à exécution successive |
| 5 | Erlass | Remise de dette | Remise de dette |
| 6 | Eröffnungsantrag | Demande d'ouverture | Demande d'ouverture |
| 7 | Ersatzaussonderung | Report sur le prix de l'objet de la revendication | Report sur le prix de l'objet de la revendication |
| 8 | Feststellungsantrag | Demande en fixation | Demande en fixation |
| 9 | Fixgeschäft | Opération à terme fixe | Opération à terme fixe |
| 10 | Gesamtgut | Bien commun | Bien commun |
| 11 | Geschäftsstelle | Greffe | Greffe |
| 12 | Gläubigerverzeichnis | Etat des créanciers | Etat des créances |
| 13 | Insolvenzanfechtung | Action révocatoire | Action en nullité de la période suspecte |
| 14 | Insolvenzplan | Plan d'insolvabilité | Plan de continuation |
| 15 | Kleinverfahren | Procédure mineure | Procédure simplifiée |
| 16 | Kündigungssperre | Interdiction de résiliation | Interdiction de donner congé |

| | Deutsch | Übersetzungsmöglichkeit | Entsprechendes Rechtsinstitut im französischen Recht |
|----|--------------------------------------|--|--|
| 17 | Landgericht | Tribunal régional | Tribunal de Grande Instance |
| 18 | Masseansprüche | Prétention contre la masse | Créance postérieure privilégiée |
| 19 | Nachlassinsolvenzverfahren | Procédure d'insolvabilité portant sur une succession | Procédure collective concernant une succession (Art. L670-1 du Code de commerce) |
| 20 | Nicht nachrangige Insolvenzgläubiger | Créancier sans subordination | Créancier sans subordination |
| 21 | Organschaftliche Vertreter | Mandataire social | Mandataire social |
| 22 | Partikularverfahren | Procédure d'insolvabilité territoriale | Procédure territoriale |
| 23 | Registergericht | Tribunal chargé de la tenue des registres | Tribunal chargé de la tenue des registres |
| 24 | Schlussverteilung | Distribution finale de dividendes | Distribution finale de dividendes |
| 25 | Sozialplan | Plan social | Plan de sauvegarde de l'emploi |
| 26 | Unentgeltliche Leistung | Prestation à titre gratuit | Acte à titre gratuit |
| 27 | Vermögensübersicht | Etat du patrimoine | Etat du patrimoine |
| 28 | Vollstreckungsklausel | Clause exécutoire | Clause exécutoire |
| 29 | Wiederauflebensklausel | Clause de réinstallation dans ses droits | Clause de réinstallation dans ses droits |
| 30 | Zwangsverwaltung | Administration par séquestre | L'administration forcée des immeubles |

DEUTSCH – ITALIENISCH

| | Deutsch | Übersetzungsmöglichkeit | Entsprechendes Rechtsinstitut im italienischen Recht |
|---|-----------------------|---|--|
| 1 | Aussonderung | Separazione dei beni (sui quali insiste un diritto reale di terzi) dalla massa attiva | Domanda di rivendicazione – Art. 93 Legge Fallimentare (“L.F.”) |
| 2 | Bargeschäft | Prestazione a fronte della quale viene immediatamente eseguita una controprestazione di pari valore e che in presenza di determinate condizioni esclude la revocatoria fallimentare | Pagamenti nei termini d'uso esclusi da revocatoria ai sensi del 67 comma 3 lettera a) L.F. |
| 3 | Betriebsrat | Comitati di fabbrica | Rappresentanza sindacale aziendale ex Art. 19 Statuto dei Lavoratori (l. n. 300 del 1970) / Rappresentanza sindacale unitaria (Intesa CGL, CISL, UIL - Confindustria). |
| 4 | Dauerschuldverhältnis | Contratti di durata | Contratti di durata |
| 5 | Erlass | Decreto/Ordinanza | Decreto/Ordinanza |
| 6 | Eröffnungsantrag | Ricorso per l'apertura della procedura d'insolvenza | Ricorso per l'apertura di una procedura di insolvenza |

| | Deutsch | Übersetzungsmöglichkeit | Entsprechendes Rechtsinstitut im italienischen Recht |
|----|--------------------------------------|---|---|
| 7 | Ersatzaussonderung | Consegna al creditore del surrogato di un bene soggetto a rivendicazione ma non più presente nella massa fallimentare | Art. 103 c. 1, ult. periodo (“Se il curatore perde il possesso della cosa dopo averla acquisita, il titolare del diritto può chiedere che il controvalore del bene sia corrisposto in prededuzione.”) |
| 8 | Feststellungsantrag | Domanda di accertamento | Domanda di accertamento |
| 9 | Fixgeschäft | Operazione a termine fisso | Operazione a termine fisso |
| 10 | Gesamtgut | Beni in regime di comunione | Beni in regime di comunione |
| 11 | Geschäftsstelle | Cancelleria | Cancelleria |
| 12 | Gläubigerverzeichnis | Elenco dei creditori | Elenco dei creditori |
| 13 | Insolvenzanfechtung | Azione revocatoria fallimentare | Azione revocatoria ex Art. 64 ss L.F. |
| 14 | Insolvenzplan | Concordato fallimentare | Concordato fallimentare, Art. 124 ss L.F. |
| 15 | Kleinverfahren | Procedura minore (con meno di 20 creditori e senza debiti risultanti da rapporti di lavoro) | *** |
| 16 | Kündigungssperre | Divieto di scioglimento (relativo a contratti di locazione/affitto in cui il debitore è conduttore) | Art. 80 L.F. |
| 17 | Landgericht | Tribunale | Tribunale |
| 18 | Masseansprüche | Crediti prededucibili nei confronti della massa | Art. 111bis L.F. |
| 19 | Nachlassinsolvenzverfahren | Procedura fallimentare relativa ad un asse ereditario sovraindebitato | In Italia limitata al fallimento dell'imprenditore defunto |
| 20 | Nicht nachrangige Insolvenzgläubiger | Creditori fallimentari non chirografari | Creditori fallimentari non chirografari (crediti prededucibili e privilegiati) |
| 21 | Organschaftliche Vertreter | Rappresentanza di una persona giuridica da parte dei propri organi | Rappresentanza di una persona giuridica da parte dei propri organi |
| 22 | Partikularverfahren | Procedura secondaria di insolvenza | Procedura secondaria di insolvenza |
| 23 | Registergericht | Giudice del Registro | Giudice del Registro |
| 24 | Schlussverteilung | Ripartizione finale dell'attivo | Ripartizione finale dell'attivo |
| 25 | Sozialplan | Piano sociale | Piano sociale che prevede ammortizzatori sociali ove in sede di ristrutturazione vengano meno posti di lavoro |
| 26 | Unentgeltliche Leistung | Prestazione a titolo gratuito | Prestazione a titolo gratuito |
| 27 | Vermögensübersicht | Prospetto relativo allo stato Patrimoniale | Prospetto relativo allo stato Patrimoniale |
| 28 | Vollstreckungsklausel | Formula esecutiva | Formula esecutiva |
| 29 | Wiederauflebensklausel | Clausola di reviviscenza | Clausole di reviviscenza |
| 30 | Zwangsverwaltung | Amministrazione giudiziaria | Amministrazione giudiziaria dei beni immobili oggetto dell'esecuzione |

*** ein vergleichbares Rechtsinstitut existiert nicht

2. Teil

Reformüberlegungen zu einem vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahren, zur Effizienz des Insolvenzwesens und der Restschuldbefreiung

Von Stefano Buck, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht

Der Reformgesetzgeber bleibt weiter offen für ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren. Dass es nach einem solch frühen Verfahren durchaus ein Bedürfnis gibt, zeigen Fälle von deutschen Unternehmen, die nach England ausweichen. Dort nutzen sie dann das *Scheme of Arrangement*, ein Sanierungsverfahren, das es in Deutschland so nicht gibt.

Dieses Ausweichen nach England geschieht offenbar keineswegs missbräuchlich und deswegen stellt sich die Frage, ob nicht auch das deutsche Recht ein vergleichbares Verfahren anbieten sollte. Mit Blick auf den Brexit ist der Gang nach England für viele ohnehin bald versperrt. Die Frage ist also nicht so sehr, ob es in Deutschland einen präventiven Restrukturierungsrahmen geben sollte, sondern eher, wie dieser ausgestaltet werden könnte.

In seiner Rede auf dem 14. Insolvenzrechtstag am 30. März 2017 in Berlin wies der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, *Heiko Maas*, in diesem Zusammenhang weiter darauf hin, dass drei Punkte von besonderer Bedeutung seien:

- Die Kommission geht offenbar davon aus, dass sich in dem Verfahren immer Partner gegenüberstehen, die alle umfassend informiert sind. Deshalb kommt sie weitgehend ohne gerichtliche Kontrolle und ohne Verwalter aus. Nach Einschätzung des Bundesministers dürfte die Realität allerdings häufig anders aussehen. Denn es treffen ganz unterschiedliche Gruppen von Gläubigern und Betroffenen aufeinander. Daher soll die Justiz eingeschaltet werden können, um Rechte einzelner Betroffener zu wahren. Und die Bestellung eines Verwalters sollte möglich sein, wenn eine Mehrzahl von Gläubigergruppen in das Verfahren einbezogen werden soll.
- Der zweite Punkt betrifft nach Einschätzung des Bundesministers das sogenannte „Moratorium“. Die Kommission schlägt vor, dass die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gesperrt werden kann. Dies könnte aber die Bewältigung von Insolvenzen nicht unerheblich verschleppen. Nicht gewollt ist, dass das Insolvenzverfahren für eine Sanierung gesperrt werden kann, die ohnehin aussichtslos ist, weil die Gläubigermehrheit sie nicht stützt oder das Unternehmen längst insolvent ist. Im schlimmsten Fall würde so ein Moratorium nur dazu genutzt, auf Zeit zu spielen und Vermögenswerte beiseitezuschaffen. Die Sperre darf nicht missbräuchlich in Anspruch genommen werden und der Weg in das Insolvenzverfahren muss spätestens dann frei sein, wenn die materielle Insolvenz eintritt. Beides ist auf der Grundlage des Richtlinienvorschlages zu erreichen: Schon nach dem Entwurf muss ein Moratorium geeignet und notwendig sein, die Aussichten auf einen erfolgreichen

Verfahrensabschluss zu sichern. Und es darf legitime Interessen der Gläubiger nicht unverhältnismäßig einschränken. Das wird aber nach der Überzeugung des Bundesministers nur gehen, wenn eine Mehrheit der Gläubiger einen Sanierungsplan stützt, der den Schuldner dauerhaft saniert.

- Der dritte Punkt sind die Privilegierungen für Sanierungs- und Zwischenfinanzierungen, die der Entwurf vorsieht. Gerade beim Anfechtungsrecht wird es schwierig werden, überhaupt einen Kompromiss zu finden, schon weil das Anfechtungsrecht und seine Bedeutung im System des Gläubigerschutzes in Europa so unterschiedlich ausfallen. Der Detailkatalog, den die Kommission hier vorgelegt hat, ist deswegen aus Sicht des Bundesministers problematisch.

Auch bei der Effizienz des Insolvenzwesens und der Restschuldbefreiung geht es in eine neue Runde.

Die Kommission spricht in ihrem Vorschlag zwar nicht von Restschuldbefreiung, sondern von „zweiter Chance“, und es geht ihr auch nur um Unternehmer und nicht um zahlungsunfähige Verbraucher. Aber im Kern geht es um dasselbe: Unter bestimmten Voraussetzungen soll es eine Schuldbefreiung geben.

Die Vorschläge weichen vom deutschen Recht in einem wichtigen Punkt ab: Die Befreiung soll nach den Vorstellungen der Kommission schon nach drei Jahren erteilt werden können; Bedingungen dafür gibt es nur sehr wenige. In der Insolvenzordnung ist das aktuell anders geregelt. Eine Befreiung nach drei Jahren tritt nur ein, wenn die Verfahrenskosten gedeckt sind und es einen Mindestbefriedigungssatz gibt; im Übrigen tritt die Restschuldbefreiung grundsätzlich erst nach sechs Jahren ein.

Den Vorschlägen aus Brüssel, die auf mehr Effizienz im Insolvenzwesen zielen, steht der Bundesminister dagegen gelassen gegenüber. Denn das deutsche Recht erfüllt die Vorgaben sehr weitgehend, da es die Blaupause für die Vorschläge aus Brüssel war, insbesondere, was die Qualifikation der Insolvenzrichter und die Spezialisierung der Insolvenzgerichte angeht. Das war beim Konzerninsolvenzrecht genauso. Der europäische Gesetzgeber hat es aus dem Entwurf der Bundesregierung aufgegriffen und fügt es jetzt in die Europäische Insolvenzordnung ein.

Insolvenzordnung (InsO)

Vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I 1994, S. 2866),
zuletzt geändert durch Art. 24 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1693).

Inhaltsübersicht

| | | | |
|--|------------|--|------------|
| Erster Teil – Allgemeine Vorschriften | 87 | Zehnter Teil – Besondere Arten des Insolvenzverfahrens | 149 |
| Zweiter Teil – Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Erfasstes Vermögen und Verfahrensbeteiligte | 90 | Erster Abschnitt – Nachlaßinsolvenzverfahren | 149 |
| Erster Abschnitt – Eröffnungsvoraussetzungen und Eröffnungsverfahren. | 90 | Zweiter Abschnitt – Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft | 151 |
| Zweiter Abschnitt – Insolvenzmasse. Einteilung der Gläubiger | 97 | Dritter Abschnitt – Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft. | 151 |
| Dritter Abschnitt – Insolvenzverwalter. Organe der Gläubiger | 100 | Elfter Teil – Internationales Insolvenzrecht | 152 |
| Dritter Teil – Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens | 104 | Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften | 152 |
| Erster Abschnitt – Allgemeine Wirkungen | 104 | Zweiter Abschnitt – Ausländisches Insolvenzverfahren | 153 |
| Zweiter Abschnitt – Erfüllung der Rechtsgeschäfte. Mitwirkung des Betriebsrats | 108 | Dritter Abschnitt – Partikularverfahren über das Inlandsvermögen | 154 |
| Dritter Abschnitt – Insolvenzanfechtung | 113 | Zwölfter Teil – Inkrafttreten | 155 |
| Vierter Teil – Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse | 117 | | |
| Erster Abschnitt – Sicherung der Insolvenzmasse | 117 | | |
| Zweiter Abschnitt – Entscheidung über die Verwertung | 118 | | |
| Dritter Abschnitt – Gegenstände mit Absonderungsrechten. | 119 | | |
| Fünfter Teil – Befriedigung der Insolvenzgläubiger. Einstellung des Verfahrens | 121 | | |
| Erster Abschnitt – Feststellung der Forderungen | 121 | | |
| Zweiter Abschnitt – Verteilung | 123 | | |
| Dritter Abschnitt – Einstellung des Verfahrens | 125 | | |
| Sechster Teil – Insolvenzplan | 127 | | |
| Erster Abschnitt – Aufstellung des Plans. | 127 | | |
| Zweiter Abschnitt – Annahme und Bestätigung des Plans. | 130 | | |
| Dritter Abschnitt – Wirkungen des bestätigten Plans. Überwachung der Planerfüllung. | 133 | | |
| Siebter Teil – Eigenverwaltung | 139 | | |
| Achter Teil – Restschuldbefreiung | 142 | | |
| Neunter Teil – Verbraucherinsolvenzverfahren | 146 | | |

Erster Teil – Allgemeine Vorschriften

§ 1 Ziele des Insolvenzverfahrens

Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird. Dem redlichen Schuldner wird Gelegenheit gegeben, sich von seinen restlichen Verbindlichkeiten zu befreien.

§ 2 Amtsgericht als Insolvenzgericht

- (1) Für das Insolvenzverfahren ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk ein Landgericht seinen Sitz hat, als Insolvenzgericht für den Bezirk dieses Landgerichts ausschließlich zuständig.
- (2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung der Verfahren durch Rechtsverordnung andere oder zusätzliche Amtsgerichte zu Insolvenzgerichten zu bestimmen und die Bezirke der Insolvenzgerichte abweichend festzulegen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 dem § 2 noch folgender Abs. 3 angefügt werden:

- (3) Rechtsverordnungen nach Absatz 2 sollen je Bezirk eines Oberlandesgerichts ein Insolvenzgericht bestimmen, an dem ein Gruppen-Gerichtsstand nach § 3a begründet werden kann. Die Zuständigkeit des bestimmten Insolvenzgerichts kann innerhalb eines Landes auch über den Bezirk eines Oberlandesgerichts erstreckt werden.

§ 3 Örtliche Zuständigkeit

- (1) Örtlich zuständig ist ausschließlich das Insolvenzgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Liegt der Mittelpunkt einer selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit des Schuldners an einem anderen Ort, so ist ausschließlich das Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk dieser Ort liegt.
- (2) Sind mehrere Gerichte zuständig, so schließt das Gericht, bei dem zuerst die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt worden ist, die übrigen aus.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) werden mit Wirkung zum 21. April 2018 die folgenden §§ 3a–e eingefügt werden:

§ 3a Gruppen-Gerichtsstand

- (1) Auf Antrag eines Schuldners, der einer Unternehmensgruppe im Sinne von § 3e angehört (gruppenangehöriger Schuldner), erklärt sich das angerufene Insolvenzgericht für die Insolvenzverfahren über die anderen gruppenangehörigen Schuldner (Gruppen-Folgeverfahren) für zuständig, wenn in Bezug auf den Schuldner ein zulässiger Eröffnungsantrag vorliegt und der Schuldner nicht offensichtlich von untergeordneter Bedeutung für die gesamte Unternehmensgruppe ist. Eine untergeordnete Bedeutung ist in der Regel nicht anzunehmen, wenn im vorangegangenen abgeschlossenen Geschäftsjahr die Zahl der vom Schuldner im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer mehr als 15 Prozent der in der Unternehmensgruppe im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer ausmachte und
 1. die Bilanzsumme des Schuldners mehr als 15 Prozent der zusammengefassten Bilanzsumme der Unternehmensgruppe betrug oder
 2. die Umsatzerlöse des Schuldners mehr als 15 Prozent der zusammengefassten Umsatzerlöse der Unternehmensgruppe betrugen.
 Haben mehrere gruppenangehörige Schuldner zeitgleich einen Antrag nach Satz 1 gestellt oder ist bei mehreren Anträgen unklar, welcher Antrag zuerst gestellt worden ist, ist der Antrag des Schuldners maßgeblich, der im vergangenen abgeschlossenen Geschäftsjahr die meisten Arbeitnehmer beschäftigt hat; die anderen Anträge sind unzulässig. Erfüllt keiner der gruppenangehörigen Schuldner die Voraussetzungen des Satzes 2, kann der Gruppen-Gerichtsstand jedenfalls bei dem Gericht begründet werden, das für die Eröffnung des Verfahrens für den gruppenangehörigen Schuldner zuständig ist, der im vorangegangenen abgeschlossenen Geschäftsjahr

im Jahresdurchschnitt die meisten Arbeitnehmer beschäftigt hat.

- (2) Bestehen Zweifel daran, dass eine Verfahrenskonzentration am angerufenen Insolvenzgericht im gemeinsamen Interesse der Gläubiger liegt, kann das Gericht den Antrag nach Absatz 1 Satz 1 ablehnen.
- (3) Das Antragsrecht des Schuldners geht mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf den Insolvenzverwalter und mit der Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters, auf den die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners übergeht, auf diesen über.

§ 3b Fortbestehen des Gruppen-Gerichtsstands

Ein nach § 3a begründeter Gruppen-Gerichtsstand bleibt von der Nichteröffnung, Aufhebung oder Einstellung des Insolvenzverfahrens über den antragstellenden Schuldner unberührt, solange an diesem Gerichtsstand ein Verfahren über einen anderen gruppenangehörigen Schuldner anhängig ist.

§ 3c Zuständigkeit für Gruppen-Folgeverfahren

- (1) Am Gericht des Gruppen-Gerichtsstands ist für Gruppen-Folgeverfahren der Richter zuständig, der für das Verfahren zuständig ist, in dem der Gruppen-Gerichtsstand begründet wurde.
- (2) Der Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Folgeverfahrens kann auch bei dem nach § 3 Absatz 1 zuständigen Gericht gestellt werden.

§ 3d Verweisung an den Gruppen-Gerichtsstand

- (1) Wird die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines gruppenangehörigen Schuldners bei einem anderen Insolvenzgericht als dem Gericht des Gruppen-Gerichtsstands beantragt, kann das angerufene Gericht das Verfahren an das Gericht des Gruppen-Gerichtsstands verweisen. Eine Verweisung hat auf Antrag zu erfolgen, wenn der Schuldner unverzüglich nachdem er Kenntnis von dem Eröffnungsantrag eines Gläubigers erlangt hat, einen zulässigen

Eröffnungsantrag bei dem Gericht des Gruppen-Gerichtsstands stellt.

- (2) Antragsberechtigt ist der Schuldner. § 3a Absatz 3 gilt entsprechend.
- (3) Das Gericht des Gruppen-Gerichtsstands kann den vom Erstgericht bestellten vorläufigen Insolvenzverwalter entlassen, wenn dies erforderlich ist, um nach § 56b eine Person zum Insolvenzverwalter in mehreren oder allen Verfahren über die gruppenangehörigen Schuldner zu bestellen.

§ 3e Unternehmensgruppe

- (1) Eine Unternehmensgruppe im Sinne dieses Gesetzes besteht aus rechtlich selbständigen Unternehmen, die den Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen im Inland haben und die unmittelbar oder mittelbar miteinander verbunden sind durch
 1. die Möglichkeit der Ausübung eines beherrschenden Einflusses oder
 2. eine Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung.
- (2) Als Unternehmensgruppe im Sinne des Absatzes 1 gelten auch eine Gesellschaft und ihre persönlich haftenden Gesellschafter, wenn zu diesen weder eine natürliche Person noch eine Gesellschaft zählt, an der eine natürliche Person als persönlich haftender Gesellschafter beteiligt ist, oder sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt.

§ 4 Anwendbarkeit der Zivilprozeßordnung

Für das Insolvenzverfahren gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechend.

§ 4a Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens

- (1) Ist der Schuldner eine natürliche Person und hat er einen Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt, so werden ihm auf Antrag die Kosten des Insolvenzverfahrens bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung gestundet, soweit sein Vermögen voraussichtlich nicht ausreichen wird, um diese Kosten zu decken. Die Stundung nach Satz 1 umfasst auch die Kosten des Verfahrens über den Schuldenbereinigungsplan und des Verfahrens zur Restschuldbefreiung. Der Schuldner hat dem Antrag eine Erklärung beizufügen, ob ein Versagungsgrund des § 290 Abs. 1 Nr. 1 vorliegt. Liegt ein solcher Grund vor, ist eine Stundung ausgeschlossen.

- (2) Werden dem Schuldner die Verfahrenskosten gestundet, so wird ihm auf Antrag ein zur Vertretung bereiter Rechtsanwalt seiner Wahl beigeordnet, wenn die Vertretung durch einen Rechtsanwalt trotz der dem Gericht obliegenden Fürsorge erforderlich erscheint. § 121 Abs. 3 bis 5 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.
- (3) Die Stundung bewirkt, dass
 1. die Bundes- oder Landeskasse
 - a) die rückständigen und die entstehenden Gerichtskosten,
 - b) die auf sie übergegangenen Ansprüche des beigeordneten Rechtsanwalts nur nach den Bestimmungen, die das Gericht trifft, gegen den Schuldner geltend machen kann;
 2. der beigeordnete Rechtsanwalt Ansprüche auf Vergütung gegen den Schuldner nicht geltend machen kann.
 Die Stundung erfolgt für jeden Verfahrensabschnitt besonders. Bis zur Entscheidung über die Stundung treten die in Satz 1 genannten Wirkungen einstweilig ein. § 4b Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 4b Rückzahlung und Anpassung der gestundeten Beträge

- (1) Ist der Schuldner nach Erteilung der Restschuldbefreiung nicht in der Lage, den gestundeten Betrag aus seinem Einkommen und seinem Vermögen zu zahlen, so kann das Gericht die Stundung verlängern und die zu zahlenden Monatsraten festsetzen. § 115 Absatz 1 bis 3 sowie § 120 Absatz 2 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.
- (2) Das Gericht kann die Entscheidung über die Stundung und die Monatsraten jederzeit ändern, soweit sich die für sie maßgebenden persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich geändert haben. Der Schuldner ist verpflichtet, dem Gericht eine wesentliche Änderung dieser Verhältnisse unverzüglich anzuzeigen. § 120a Absatz 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. Eine Änderung zum Nachteil des Schuldners ist ausgeschlossen, wenn seit der Beendigung des Verfahrens vier Jahre vergangen sind.

§ 4c Aufhebung der Stundung

Das Gericht kann die Stundung aufheben, wenn

1. der Schuldner vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Angaben über Umstände gemacht hat, die für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder die Stundung maßgebend sind, oder eine vom Gericht verlangte Erklärung über seine Verhältnisse nicht abgegeben hat;
2. die persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Stundung nicht vorgelegen haben; in diesem Fall ist die Aufhebung ausgeschlossen, wenn seit der Beendigung des Verfahrens vier Jahre vergangen sind;

3. der Schuldner länger als drei Monate mit der Zahlung einer Monatsrate oder mit der Zahlung eines sonstigen Betrages schuldhaft in Rückstand ist;
4. der Schuldner keine angemessene Erwerbstätigkeit ausübt und, wenn er ohne Beschäftigung ist, sich nicht um eine solche bemüht oder eine zumutbare Tätigkeit ablehnt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger beeinträchtigt; dies gilt nicht, wenn den Schuldner kein Verschulden trifft; § 296 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend;
5. die Restschuldbefreiung versagt oder widerrufen wird.

§ 4d Rechtsmittel

- (1) Gegen die Ablehnung der Stundung oder deren Aufhebung sowie gegen die Ablehnung der Beordnung eines Rechtsanwalts steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Wird die Stundung bewilligt, so steht der Staatskasse die sofortige Beschwerde zu. Diese kann nur darauf gestützt werden, dass nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen des Schuldners die Stundung hätte abgelehnt werden müssen.

§ 5 Verfahrensgrundsätze

- (1) Das Insolvenzgericht hat von Amts wegen alle Umstände zu ermitteln, die für das Insolvenzverfahren von Bedeutung sind. Es kann zu diesem Zweck insbesondere Zeugen und Sachverständige vernehmen.
- (2) Sind die Vermögensverhältnisse des Schuldners überschaubar und ist die Zahl der Gläubiger oder die Höhe der Verbindlichkeiten gering, wird das Verfahren schriftlich durchgeführt. Das Insolvenzgericht kann anordnen, dass das Verfahren oder einzelne seiner Teile mündlich durchgeführt werden, wenn dies zur Förderung des Verfahrensablaufs angezeigt ist. Es kann diese Anordnung jederzeit aufheben oder ändern. Die Anordnung, ihre Aufhebung oder Abänderung sind öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die Entscheidungen des Gerichts können ohne mündliche Verhandlung ergehen. Findet eine mündliche Verhandlung statt, so ist § 227 Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozessordnung nicht anzuwenden.
- (4) Tabellen und Verzeichnisse können maschinell hergestellt und bearbeitet werden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über die Führung der Tabellen und Verzeichnisse, ihre elektronische Einreichung sowie die elektronische Einreichung der dazugehörigen Dokumente und deren Aufbewahrung zu treffen. Dabei können sie auch Vorgaben für die Datenformate der

elektronischen Einreichung machen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

§ 6 Sofortige Beschwerde

- (1) Die Entscheidungen des Insolvenzgerichts unterliegen nur in den Fällen einem Rechtsmittel, in denen dieses Gesetz die sofortige Beschwerde vorsieht. Die sofortige Beschwerde ist bei dem Insolvenzgericht einzulegen.
- (2) Die Beschwerdefrist beginnt mit der Verkündung der Entscheidung oder, wenn diese nicht verkündet wird, mit deren Zustellung.
- (3) Die Entscheidung über die Beschwerde wird erst mit der Rechtskraft wirksam. Das Beschwerdegericht kann jedoch die sofortige Wirksamkeit der Entscheidung anordnen.

§ 7 (weggefallen)

§ 8 Zustellungen

- (1) Die Zustellungen erfolgen von Amts wegen, ohne dass es einer Beglaubigung des zuzustellenden Schriftstücks bedarf. Sie können dadurch bewirkt werden, dass das Schriftstück unter der Anschrift des Zustellungsadressaten zur Post gegeben wird; § 184 Abs. 2 Satz 1, 2 und 4 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. Soll die Zustellung im Inland bewirkt werden, gilt das Schriftstück drei Tage nach Aufgabe zur Post als zugestellt.
- (2) An Personen, deren Aufenthalt unbekannt ist, wird nicht zugestellt. Haben sie einen zur Entgegennahme von Zustellungen berechtigten Vertreter, so wird dem Vertreter zugestellt.
- (3) Das Insolvenzgericht kann den Insolvenzverwalter beauftragen, die Zustellungen nach Absatz 1 durchzuführen. Zur Durchführung der Zustellung und zur Erfassung in den Akten kann er sich Dritter, insbesondere auch eigenen Personals, bedienen. Der Insolvenzverwalter hat die von ihm nach § 184 Abs. 2 Satz 4 der Zivilprozessordnung angefertigten Vermerke unverzüglich zu den Gerichtsakten zu reichen.

§ 9 Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch eine zentrale und länderübergreifende Veröffentlichung im Internet¹; diese kann auszugswise geschehen. Dabei ist der Schuldner genau zu bezeichnen, insbesondere sind seine Anschrift und sein Geschäftszweig anzugeben. Die Bekanntmachung gilt als bewirkt, sobald nach dem Tag der Veröffentlichung zwei weitere Tage verstrichen sind.

- (2) Das Insolvenzgericht kann weitere Veröffentlichungen veranlassen, soweit dies landesrechtlich bestimmt ist. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten der zentralen und länderübergreifenden Veröffentlichung im Internet zu regeln. Dabei sind insbesondere Lösungsfristen vorzusehen sowie Vorschriften, die sicherstellen, dass die Veröffentlichungen
 1. unversehrt, vollständig und aktuell bleiben,
 2. jederzeit ihrem Ursprung nach zugeordnet werden können.
- (3) Die öffentliche Bekanntmachung genügt zum Nachweis der Zustellung an alle Beteiligten, auch wenn dieses Gesetz neben ihr eine besondere Zustellung vorschreibt.

§ 10 Anhörung des Schuldners

- (1) Soweit in diesem Gesetz eine Anhörung des Schuldners vorgeschrieben ist, kann sie unterbleiben, wenn sich der Schuldner im Ausland aufhält und die Anhörung das Verfahren übermäßig verzögern würde oder wenn der Aufenthalt des Schuldners unbekannt ist. In diesem Fall soll ein Vertreter oder Angehöriger des Schuldners gehört werden.
- (2) Ist der Schuldner keine natürliche Person, so gilt Absatz 1 entsprechend für die Anhörung von Personen, die zur Vertretung des Schuldners berechtigt oder an ihm beteiligt sind. Ist der Schuldner eine juristische Person und hat diese keinen organschaftlichen Vertreter (Führungslosigkeit), so können die an ihm beteiligten Personen gehört werden; Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend.

Zweiter Teil – Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Erfaßtes Vermögen und Verfahrensbeteiligte

Erster Abschnitt – Eröffnungsvoraussetzungen und Eröffnungsverfahren

§ 11 Zulässigkeit des Insolvenzverfahrens

- (1) Ein Insolvenzverfahren kann über das Vermögen jeder natürlichen und jeder juristischen Person eröffnet werden. Der nicht rechtsfähige Verein steht insoweit einer juristischen Person gleich.
- (2) Ein Insolvenzverfahren kann ferner eröffnet werden:
 1. über das Vermögen einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Partenreederei, Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung);
 2. nach Maßgabe der §§ 315 bis 334 über einen Nachlaß, über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft oder über das Gesamtgut

¹ www.insolvenzbekanntmachungen.de

einer Gütergemeinschaft, das von den Ehegatten oder Lebenspartnern gemeinschaftlich verwaltet wird.

- (3) Nach Auflösung einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit ist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens zulässig, solange die Verteilung des Vermögens nicht vollzogen ist.

§ 12 Juristische Personen des öffentlichen Rechts

- (1) Unzulässig ist das Insolvenzverfahren über das Vermögen
1. des Bundes oder eines Landes;
 2. einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht eines Landes untersteht, wenn das Landesrecht dies bestimmt.
- (2) Hat ein Land nach Absatz 1 Nr. 2 das Insolvenzverfahren über das Vermögen einer juristischen Person für unzulässig erklärt, so können im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung dieser juristischen Person deren Arbeitnehmer von dem Land die Leistungen verlangen, die sie im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach den Vorschriften des Dritten Buches Sozialgesetzbuch über das Insolvenzgeld von der Agentur für Arbeit und nach den Vorschriften des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom Träger der Insolvenzversicherung beanspruchen könnten.

§ 13 Eröffnungsantrag

- (1) Das Insolvenzverfahren wird nur auf schriftlichen Antrag eröffnet. Antragsberechtigt sind die Gläubiger und der Schuldner. Dem Antrag des Schuldners ist ein Verzeichnis der Gläubiger und ihrer Forderungen beizufügen. Wenn der Schuldner einen Geschäftsbetrieb hat, der nicht eingestellt ist, sollen in dem Verzeichnis besonders kenntlich gemacht werden
1. die höchsten Forderungen,
 2. die höchsten gesicherten Forderungen,
 3. die Forderungen der Finanzverwaltung,
 4. die Forderungen der Sozialversicherungsträger sowie
 5. die Forderungen aus betrieblicher Altersversorgung.
- Der Schuldner hat in diesem Fall auch Angaben zur Bilanzsumme, zu den Umsatzerlösen und zur durchschnittlichen Zahl der Arbeitnehmer des vorangegangenen Geschäftsjahres zu machen. Die Angaben nach Satz 4 sind verpflichtend, wenn
1. der Schuldner Eigenverwaltung beantragt,
 2. der Schuldner die Merkmale des § 22a Absatz 1 erfüllt oder
 3. die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerrausschusses beantragt wurde.

Dem Verzeichnis nach Satz 3 und den Angaben nach den Sätzen 4 und 5 ist die Erklärung beizufügen, dass die enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind.

- (2) Der Antrag kann zurückgenommen werden, bis das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Antrag rechtskräftig abgewiesen ist.
- (3) Ist der Eröffnungsantrag unzulässig, so fordert das Insolvenzgericht den Antragsteller unverzüglich auf, den Mangel zu beheben und räumt ihm hierzu eine angemessene Frist ein.
- (4) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für die Antragstellung durch den Schuldner ein Formular einzuführen. Soweit nach Satz 1 ein Formular eingeführt ist, muss der Schuldner dieses benutzen. Für Verfahren, die von den Gerichten maschinell bearbeitet, und für solche, die nicht maschinell bearbeitet werden, können unterschiedliche Formulare eingeführt werden.

1. Kommentar:

Durch das Gesetz zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wurde mit Wirkung zum 26. Juni 2017 der Abs. 3 neu eingefügt. Der bisherige Abs. 3 wurde zu Abs. 4.

2. Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der folgende § 13a eingefügt werden:

§ 13a Antrag zur Begründung eines Gruppen-Gerichtsstands

- (1) In einem Antrag nach § 3a Absatz 1 sind anzugeben:
1. Name, Sitz, Unternehmensgegenstand sowie Bilanzsumme, Umsatzerlöse und die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer des letzten Geschäftsjahres der anderen gruppenangehörigen Unternehmen, die nicht lediglich von untergeordneter Bedeutung für die Unternehmensgruppe sind; für die übrigen gruppenangehörigen Unternehmen sollen entsprechende Angaben gemacht werden,
 2. aus welchen Gründen eine Verfahrenskonzentration am angerufenen Insolvenzgericht im gemeinsamen Interesse der Gläubiger liegt,

3. ob eine Fortführung oder Sanierung der Unternehmensgruppe oder eines Teils davon angestrebt wird,
 4. welche gruppenangehörigen Unternehmen Institute im Sinne des § 1 Absatz 1b des Kreditwesengesetzes, Finanzholding-Gesellschaften im Sinne des § 1 Absatz 3a des Kreditwesengesetzes, Kapitalverwaltungsgesellschaften im Sinne des § 17 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuches, Zahlungsdienstleister im Sinne des § 1 Absatz 1 des Zahlungsdienstaufsichtsgesetzes oder Versicherungsunternehmen im Sinne des § 7 Nummer 33 des Versicherungsaufsichtsgesetzes sind, und
 5. die gruppenangehörigen Schuldner, über deren Vermögen die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt oder ein Verfahren eröffnet wurde, einschließlich des zuständigen Insolvenzgerichts und des Aktenzeichens.
- (2) Dem Antrag nach § 3a Absatz 1 ist der letzte konsolidierte Abschluss der Unternehmensgruppe beizufügen. Liegt ein solcher nicht vor, sind die letzten Jahresabschlüsse der gruppenangehörigen Unternehmen beizufügen, die nicht lediglich von untergeordneter Bedeutung für die Unternehmensgruppe sind. Die Jahresabschlüsse der übrigen gruppenangehörigen Unternehmen sollen beigelegt werden.

§ 14 Antrag eines Gläubigers

- (1) Der Antrag eines Gläubigers ist zulässig, wenn der Gläubiger ein rechtliches Interesse an der Eröffnung des Insolvenzverfahrens hat und seine Forderung und den Eröffnungsgrund glaubhaft macht. Der Antrag wird nicht allein dadurch unzulässig, dass die Forderung erfüllt wird.
- (2) Ist der Antrag zulässig, so hat das Insolvenzgericht den Schuldner zu hören.
- (3) Wird die Forderung des Gläubigers nach Antragstellung erfüllt, so hat der Schuldner die Kosten des Verfahrens zu tragen, wenn der Antrag als unbegründet abgewiesen wird.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und nach dem AnfechtungsG (BGBl. I 2017, S. 654) wurden mit Wirkung zum 5. April 2017 der Abs. 1 Satz 2 neu gefasst und der Satz 3 aufgehoben.

§ 15 Antragsrecht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit

- (1) Zum Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit ist außer den Gläubigern jedes Mitglied des Vertretungsorgans, bei einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder bei einer Kommanditgesellschaft auf Aktien jeder persönlich haftende Gesellschafter, sowie jeder Abwickler berechtigt. Bei einer juristischen Person ist im Fall der Führungslosigkeit auch jeder Gesellschafter, bei einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft zudem auch jedes Mitglied des Aufsichtsrats zur Antragstellung berechtigt.
- (2) Wird der Antrag nicht von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans, allen persönlich haftenden Gesellschaftern, allen Gesellschaftern der juristischen Person, allen Mitgliedern des Aufsichtsrats oder allen Abwicklern gestellt, so ist er zulässig, wenn der Eröffnungsgrund glaubhaft gemacht wird. Zusätzlich ist bei Antragstellung durch Gesellschafter einer juristischen Person oder Mitglieder des Aufsichtsrats auch die Führungslosigkeit glaubhaft zu machen. Das Insolvenzgericht hat die übrigen Mitglieder des Vertretungsorgans, persönlich haftenden Gesellschafter, Gesellschafter der juristischen Person, Mitglieder des Aufsichtsrats oder Abwickler zu hören.
- (3) Ist bei einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person, so gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend für die organschaftlichen Vertreter und die Abwickler der zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter. Entsprechendes gilt, wenn sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt.

§ 15a Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit

- (1) Wird eine juristische Person zahlungsunfähig oder überschuldet, haben die Mitglieder des Vertretungsorgans oder die Abwickler ohne schuldhaftes Zögern, spätestens aber drei Wochen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, einen Eröffnungsantrag zu stellen. Das Gleiche gilt für die organschaftlichen Vertreter der zur

Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter oder die Abwickler bei einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, bei der kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist; dies gilt nicht, wenn zu den persönlich haftenden Gesellschaftern eine andere Gesellschaft gehört, bei der ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist.

- (2) Bei einer Gesellschaft im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 gilt Absatz 1 sinngemäß, wenn die organchaftlichen Vertreter der zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter ihrerseits Gesellschaften sind, bei denen kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist, oder sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt.
- (3) Im Fall der Führungslosigkeit einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist auch jeder Gesellschafter, im Fall der Führungslosigkeit einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft ist auch jedes Mitglied des Aufsichtsrats zur Stellung des Antrages verpflichtet, es sei denn, diese Person hat von der Zahlungsunfähigkeit und der Überschuldung oder der Führungslosigkeit keine Kenntnis.
- (4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2 oder Absatz 2 oder Absatz 3, einen Eröffnungsantrag
 1. nicht oder nicht rechtzeitig stellt oder
 2. nicht richtig stellt.
- (5) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 4 fahrlässig, ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.
- (6) Im Falle des Absatzes 4 Nummer 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, ist die Tat nur strafbar, wenn der Eröffnungsantrag rechtskräftig als unzulässig zurückgewiesen wurde.
- (7) Auf Vereine und Stiftungen, für die § 42 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gilt, sind die Absätze 1 bis 6 nicht anzuwenden.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wurde mit Wirkung zum 26. Juni 2017 der Abs. 4 neu gefasst und der Abs. 5 neu eingefügt. Der Abs. 6 wurde der Abs. 7. Der Abs. 7 wurde ebenfalls geändert.

§ 16 Eröffnungsgrund

Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens setzt voraus, daß ein Eröffnungsgrund gegeben ist.

§ 17 Zahlungsunfähigkeit

- (1) Allgemeiner Eröffnungsgrund ist die Zahlungsunfähigkeit.
- (2) Der Schuldner ist zahlungsunfähig, wenn er nicht in der Lage ist, die fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Zahlungsunfähigkeit ist in der Regel anzunehmen, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat.

§ 18 Drohende Zahlungsunfähigkeit

- (1) Beantragt der Schuldner die Eröffnung des Insolvenzverfahrens, so ist auch die drohende Zahlungsunfähigkeit Eröffnungsgrund.
- (2) Der Schuldner droht zahlungsunfähig zu werden, wenn er voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die bestehenden Zahlungspflichten im Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen.
- (3) Wird bei einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit der Antrag nicht von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans, allen persönlich haftenden Gesellschaftern oder allen Abwicklern gestellt, so ist Absatz 1 nur anzuwenden, wenn der oder die Antragsteller zur Vertretung der juristischen Person oder der Gesellschaft berechtigt sind.

§ 19 Überschuldung

- (1) Bei einer juristischen Person ist auch die Überschuldung Eröffnungsgrund.
- (2) Überschuldung liegt vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt, es sei denn, die Fortführung des Unternehmens ist nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich. Forderungen auf Rückgewähr von Gesellschafterdarlehen oder aus Rechtshandlungen, die einem solchen Darlehen wirtschaftlich entsprechen, für die gemäß § 39 Abs. 2 zwischen Gläubiger und Schuldner der Nachrang im Insolvenzverfahren hinter den in § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Forderungen vereinbart worden ist, sind nicht bei den Verbindlichkeiten nach Satz 1 zu berücksichtigen.
- (3) Ist bei einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person, so gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Dies gilt nicht, wenn zu den persönlich haftenden Gesellschaftern eine andere Gesellschaft gehört, bei der ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist.

§ 20 Auskunfts- und Mitwirkungspflicht im Eröffnungsverfahren. Hinweis auf Restschuldbefreiung

- (1) Ist der Antrag zulässig, so hat der Schuldner dem Insolvenzgericht die Auskünfte zu erteilen, die zur Entscheidung über den Antrag erforderlich

sind, und es auch sonst bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Die §§ 97, 98, 101 Abs. 1 Satz 1, 2, Abs. 2 gelten entsprechend.

- (2) Ist der Schuldner eine natürliche Person, so soll er darauf hingewiesen werden, dass er nach Maßgabe der §§ 286 bis 303a Restschuldbefreiung erlangen kann.

§ 21 Anordnung vorläufiger Maßnahmen

- (1) Das Insolvenzgericht hat alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich erscheinen, um bis zur Entscheidung über den Antrag eine den Gläubigern nachteilige Veränderung in der Vermögenslage des Schuldners zu verhüten. Gegen die Anordnung der Maßnahme steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Das Gericht kann insbesondere
1. einen vorläufigen Insolvenzverwalter bestellen, für den § 8 Abs. 3 und die §§ 56, 56a, 58 bis 66 entsprechend gelten;
 - 1a. einen vorläufigen Gläubigerausschuss einsetzen, für den § 67 Absatz 2 und die §§ 69 bis 73 entsprechend gelten; zu Mitgliedern des Gläubigerausschusses können auch Personen bestellt werden, die erst mit Eröffnung des Verfahrens Gläubiger werden;
 2. dem Schuldner ein allgemeines Verfügungsverbot auferlegen oder anordnen, daß Verfügungen des Schuldners nur mit Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters wirksam sind;
 3. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner untersagen oder einstweilen einstellen, soweit nicht unbewegliche Gegenstände betroffen sind;
 4. eine vorläufige Postsperre anordnen, für die die §§ 99, 101 Abs. 1 Satz 1 entsprechend gelten;
 5. anordnen, dass Gegenstände, die im Falle der Eröffnung des Verfahrens von § 166 erfasst würden oder deren Aussonderung verlangt werden könnte, vom Gläubiger nicht verwertet oder eingezogen werden dürfen und dass solche Gegenstände zur Fortführung des Unternehmens des Schuldners eingesetzt werden können, soweit sie hierfür von erheblicher Bedeutung sind; § 169 Satz 2 und 3 gilt entsprechend; ein durch die Nutzung eingetretener Wertverlust ist durch laufende Zahlungen an den Gläubiger auszugleichen. Die Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen besteht nur, soweit der durch die Nutzung entstehende Wertverlust die Sicherung des absonderungsberechtigten Gläubigers beeinträchtigt. Zieht der vorläufige Insolvenzverwalter eine zur Sicherung eines Anspruchs abgetretene Forderung anstelle des Gläubigers ein, so gelten die §§ 170, 171 entsprechend.
- Die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen berührt nicht die Wirksamkeit von Verfügungen

über Finanzsicherheiten nach § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes und die Wirksamkeit der Verrechnung von Ansprüchen und Leistungen aus Zahlungsaufträgen, Aufträgen zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen oder Aufträgen zur Übertragung von Wertpapieren, die in Systeme nach § 1 Abs. 16 des Kreditwesengesetzes eingebracht wurden. Dies gilt auch dann, wenn ein solches Rechtsgeschäft des Schuldners am Tag der Anordnung getätigt und verrechnet oder eine Finanzsicherheit bestellt wird und der andere Teil nachweist, dass er die Anordnung weder kannte noch hätte kennen müssen; ist der andere Teil ein Systembetreiber oder Teilnehmer in dem System, bestimmt sich der Tag der Anordnung nach dem Geschäftstag im Sinne des § 1 Absatz 16b des Kreditwesengesetzes.

- (3) Reichen andere Maßnahmen nicht aus, so kann das Gericht den Schuldner zwangsweise vorführen und nach Anhörung in Haft nehmen lassen. Ist der Schuldner keine natürliche Person, so gilt entsprechendes für seine organschaftlichen Vertreter. Für die Anordnung von Haft gilt § 98 Abs. 3 entsprechend.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der § 21 Abs. 2 Nr. 1 folgendermaßen lauten:

1. einen vorläufigen Insolvenzverwalter bestellen, für den § 8 Absatz 3 und die §§ 56 bis 56b, 58 bis 66 und 269a entsprechend gelten;

§ 22 Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters

- (1) Wird ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt und dem Schuldner ein allgemeines Verfügungsverbot auferlegt, so geht die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners auf den vorläufigen Insolvenzverwalter über. In diesem Fall hat der vorläufige Insolvenzverwalter:
1. das Vermögen des Schuldners zu sichern und zu erhalten;
 2. ein Unternehmen, das der Schuldner betreibt, bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens fortzuführen, soweit nicht das Insolvenzgericht einer Stilllegung zustimmt, um eine erhebliche Verminderung des Vermögens zu vermeiden;
 - 3 zu prüfen, ob das Vermögen des Schuldners die Kosten des Verfahrens decken wird; das

Gericht kann ihn zusätzlich beauftragen, als Sachverständiger zu prüfen, ob ein Eröffnungsgrund vorliegt und welche Aussichten für eine Fortführung des Unternehmens des Schuldners bestehen.

- (2) Wird ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt, ohne daß dem Schuldner ein allgemeines Verfügungsverbot auferlegt wird, so bestimmt das Gericht die Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters. Sie dürfen nicht über die Pflichten nach Absatz 1 Satz 2 hinausgehen.
- (3) Der vorläufige Insolvenzverwalter ist berechtigt, die Geschäftsräume des Schuldners zu betreten und dort Nachforschungen anzustellen. Der Schuldner hat dem vorläufigen Insolvenzverwalter Einsicht in seine Bücher und Geschäftspapiere zu gestatten. Er hat ihm alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen; die §§ 97, 98, 101 Abs. 1 Satz 1, 2, Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 22a Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses

- (1) Das Insolvenzgericht hat einen vorläufigen Gläubigerausschuss nach § 21 Absatz 2 Nummer 1a einzusetzen, wenn der Schuldner im vorangegangenen Geschäftsjahr mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale erfüllt hat:
 1. mindestens 6 000 000 Euro Bilanzsumme nach Abzug eines auf der Aktivseite ausgewiesenen Fehlbetrags im Sinne des § 268 Absatz 3 des Handelsgesetzbuchs;
 2. mindestens 12 000 000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlusstag;
 3. im Jahresdurchschnitt mindestens fünfzig Arbeitnehmer.
- (2) Das Gericht soll auf Antrag des Schuldners, des vorläufigen Insolvenzverwalters oder eines Gläubigers einen vorläufigen Gläubigerausschuss nach § 21 Absatz 2 Nummer 1a einsetzen, wenn Personen benannt werden, die als Mitglieder des vorläufigen Gläubigerausschusses in Betracht kommen und dem Antrag Einverständniserklärungen der benannten Personen beigelegt werden.
- (3) Ein vorläufiger Gläubigerausschuss ist nicht einzusetzen, wenn der Geschäftsbetrieb des Schuldners eingestellt ist, die Einsetzung des vorläufigen Gläubigerausschusses im Hinblick auf die zu erwartende Insolvenzmasse unverhältnismäßig ist oder die mit der Einsetzung verbundene Verzögerung zu einer nachteiligen Veränderung der Vermögenslage des Schuldners führt.
- (4) Auf Aufforderung des Gerichts hat der Schuldner oder der vorläufige Insolvenzverwalter Personen zu benennen, die als Mitglieder des vorläufigen Gläubigerausschusses in Betracht kommen.

§ 23 Bekanntmachung der Verfügungsbeschränkungen

- (1) Der Beschluß, durch den eine der in § 21 Abs. 2 Nr. 2 vorgesehenen Verfügungsbeschränkungen angeordnet und ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt wird, ist öffentlich bekanntzumachen. Er ist dem Schuldner, den Personen, die Verpflichtungen gegenüber dem Schuldner haben, und dem vorläufigen Insolvenzverwalter besonders zuzustellen. Die Schuldner des Schuldners sind zugleich aufzufordern, nur noch unter Beachtung des Beschlusses zu leisten.
- (2) Ist der Schuldner im Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister eingetragen, so hat die Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts dem Registergericht eine Ausfertigung des Beschlusses zu übermitteln.
- (3) Für die Eintragung der Verfügungsbeschränkung im Grundbuch, im Schiffsregister, im Schiffsbauregister und im Register über Pfandrechte an Luftfahrzeugen gelten die §§ 32, 33 entsprechend.

§ 24 Wirkungen der Verfügungsbeschränkungen

- (1) Bei einem Verstoß gegen eine der in § 21 Abs. 2 Nr. 2 vorgesehenen Verfügungsbeschränkungen gelten die §§ 81, 82 entsprechend.
- (2) Ist die Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners auf einen vorläufigen Insolvenzverwalter übergegangen, so gelten für die Aufnahme anhängiger Rechtsstreitigkeiten § 85 Abs. 1 Satz 1 und § 86 entsprechend.

§ 25 Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen

- (1) Werden die Sicherungsmaßnahmen aufgehoben, so gilt für die Bekanntmachung der Aufhebung einer Verfügungsbeschränkung § 23 entsprechend.
- (2) Ist die Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners auf einen vorläufigen Insolvenzverwalter übergegangen, so hat dieser vor der Aufhebung seiner Bestellung aus dem von ihm verwalteten Vermögen die entstandenen Kosten zu berichtigen und die von ihm begründeten Verbindlichkeiten zu erfüllen. Gleiches gilt für die Verbindlichkeiten aus einem Dauerschuldverhältnis, soweit der vorläufige Insolvenzverwalter für das von ihm verwaltete Vermögen die Gegenleistung in Anspruch genommen hat.

§ 26 Abweisung mangels Masse

- (1) Das Insolvenzgericht weist den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ab, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Die Abweisung unterbleibt, wenn ein ausreichender Geldbetrag vorgeschossen wird oder die

Kosten nach § 4a gestundet werden. Der Beschluss ist unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

- (2) Das Gericht ordnet die Eintragung des Schuldners, bei dem der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen worden ist, in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b der Zivilprozessordnung an und übermittelt die Anordnung unverzüglich elektronisch dem zentralen Vollstreckungsgericht nach § 882h Abs. 1 der Zivilprozessordnung. § 882c Abs. 3 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.
- (3) Wer nach Absatz 1 Satz 2 einen Vorschuß geleistet hat, kann die Erstattung des vorgeschossenen Betrages von jeder Person verlangen, die entgegen den Vorschriften des Insolvenz- oder Gesellschaftsrechts den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens pflichtwidrig und schuldhaft nicht gestellt hat. Ist streitig, ob die Person pflichtwidrig und schuldhaft gehandelt hat, so trifft sie die Beweislast.
- (4) Zur Leistung eines Vorschusses nach Absatz 1 Satz 2 ist jede Person verpflichtet, die entgegen den Vorschriften des Insolvenz- oder Gesellschaftsrechts pflichtwidrig und schuldhaft keinen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt hat. Ist streitig, ob die Person pflichtwidrig und schuldhaft gehandelt hat, so trifft sie die Beweislast. Die Zahlung des Vorschusses kann der vorläufige Insolvenzverwalter sowie jede Person verlangen, die einen begründeten Vermögensanspruch gegen den Schuldner hat.

§ 26a Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters

- (1) Wird das Insolvenzverfahren nicht eröffnet, setzt das Insolvenzgericht die Vergütung und die zu erstattenden Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters durch Beschluss fest.
- (2) Die Festsetzung erfolgt gegen den Schuldner, es sei denn, der Eröffnungsantrag ist unzulässig oder unbegründet und den antragstellenden Gläubiger trifft ein grobes Verschulden. In diesem Fall sind die Vergütung und die zu erstattenden Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters ganz oder teilweise dem Gläubiger aufzuerlegen und gegen ihn festzusetzen. Ein grobes Verschulden ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Antrag von vornherein keine Aussicht auf Erfolg hatte und der Gläubiger dies erkennen musste. Der Beschluss ist dem vorläufigen Verwalter und demjenigen, der die Kosten des vorläufigen Insolvenzverwalters zu tragen hat, zuzustellen. Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Zwangsvollstreckung aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen gelten entsprechend.
- (3) Gegen den Beschluss steht dem vorläufigen Verwalter und demjenigen, der die Kosten des vorläufigen Insolvenzverwalters zu tragen hat, die

sofortige Beschwerde zu. § 567 Absatz 2 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.

§ 27 Eröffnungsbeschluss

- (1) Wird das Insolvenzverfahren eröffnet, so ernennt das Insolvenzgericht einen Insolvenzverwalter. § 270 bleibt unberührt.
- (2) Der Eröffnungsbeschluss enthält:
 1. Firma oder Namen und Vornamen, Geburtsdatum, Registergericht und Registernummer, unter der der Schuldner in das Handelsregister eingetragen ist, Geschäftszweig oder Beschäftigung, gewerbliche Niederlassung oder Wohnung des Schuldners;
 2. Namen und Anschrift des Insolvenzverwalters;
 3. die Stunde der Eröffnung;
 4. die Gründe, aus denen das Gericht von einem einstimmigen Vorschlag des vorläufigen Gläubigerausschusses zur Person des Verwalters abgewichen ist; dabei ist der Name der vorgeschlagenen Person nicht zu nennen;
 5. eine abstrakte Darstellung der für personenbezogene Daten geltenden Löschungsfristen nach § 3 der Verordnung zu öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet vom 12. Februar 2002 (BGBl. I S. 677), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. April 2007 (BGBl. I S. 509) geändert worden ist.
- (3) Ist die Stunde der Eröffnung nicht angegeben, so gilt als Zeitpunkt der Eröffnung die Mittagsstunde des Tages, an dem der Beschluss erlassen worden ist.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wurde mit Wirkung zum 26. Juni 2017 der Abs. 2 Nr. 5 neu eingefügt.

§ 28 Aufforderungen an die Gläubiger und die Schuldner

- (1) Im Eröffnungsbeschluss sind die Gläubiger aufzufordern, ihre Forderungen innerhalb einer bestimmten Frist unter Beachtung des § 174 beim Insolvenzverwalter anzumelden. Die Frist ist auf einen Zeitraum von mindestens zwei Wochen und höchstens drei Monaten festzusetzen.
- (2) Im Eröffnungsbeschluss sind die Gläubiger aufzufordern, dem Verwalter unverzüglich mitzuteilen, welche Sicherungsrechte sie an beweglichen Sachen oder an Rechten des Schuldners in Anspruch nehmen. Der Gegenstand, an dem das Sicherungsrecht beansprucht wird, die Art und der Entstehungsgrund des Sicherungsrechts sowie die gesicherte Forderung sind zu bezeichnen. Wer die

Mitteilung schuldhaft unterlässt oder verzögert, haftet für den daraus entstehenden Schaden.

- (3) Im Eröffnungsbeschuß sind die Personen, die Verpflichtungen gegenüber dem Schuldner haben, aufzufordern, nicht mehr an den Schuldner zu leisten, sondern an den Verwalter.

§ 29 Terminbestimmungen

- (1) Im Eröffnungsbeschuß bestimmt das Insolvenzgericht Termine für:
1. eine Gläubigerversammlung, in der auf der Grundlage eines Berichts des Insolvenzverwalters über den Fortgang des Insolvenzverfahrens beschlossen wird (Berichtstermin); der Termin soll nicht über sechs Wochen und darf nicht über drei Monate hinaus angesetzt werden;
 2. eine Gläubigerversammlung, in der die angemeldeten Forderungen geprüft werden (Prüfungstermin); der Zeitraum zwischen dem Ablauf der Anmeldefrist und dem Prüfungstermin soll mindestens eine Woche und höchstens zwei Monate betragen.
- (2) Die Termine können verbunden werden. Das Gericht soll auf den Berichtstermin verzichten, wenn die Vermögensverhältnisse des Schuldners überschaubar sind und die Zahl der Gläubiger oder die Höhe der Verbindlichkeiten gering ist.

§ 30 Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses

- (1) Die Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts hat den Eröffnungsbeschuß sofort öffentlich bekanntzumachen.
- (2) Den Gläubigern und Schuldnern des Schuldners und dem Schuldner selbst ist der Beschuß besonders zuzustellen.
- (3) (aufgehoben)

§ 31 Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister

Ist der Schuldner im Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister eingetragen, so hat die Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts dem Registergericht zu übermitteln:

1. im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine Ausfertigung des Eröffnungsbeschlusses;
2. im Falle der Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse eine Ausfertigung des abweisenden Beschlusses, wenn der Schuldner eine juristische Person oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit ist, die durch die Abweisung mangels Masse aufgelöst wird.

§ 32 Grundbuch

- (1) Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens ist in das Grundbuch einzutragen:
1. bei Grundstücken, als deren Eigentümer der Schuldner eingetragen ist;

2. bei den für den Schuldner eingetragenen Rechten an Grundstücken und an eingetragenen Rechten, wenn nach der Art des Rechts und den Umständen zu befürchten ist, daß ohne die Eintragung die Insolvenzgläubiger benachteiligt würden.

- (2) Soweit dem Insolvenzgericht solche Grundstücke oder Rechte bekannt sind, hat es das Grundbuchamt von Amts wegen um die Eintragung zu ersuchen. Die Eintragung kann auch vom Insolvenzverwalter beim Grundbuchamt beantragt werden.
- (3) Werden ein Grundstück oder ein Recht, bei denen die Eröffnung des Verfahrens eingetragen worden ist, vom Verwalter freigegeben oder veräußert, so hat das Insolvenzgericht auf Antrag das Grundbuchamt um Löschung der Eintragung zu ersuchen. Die Löschung kann auch vom Verwalter beim Grundbuchamt beantragt werden.

§ 33 Register für Schiffe und Luftfahrzeuge

Für die Eintragung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens in das Schiffsregister, das Schiffsbauregister und das Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen gilt § 32 entsprechend. Dabei treten an die Stelle der Grundstücke die in diese Register eingetragenen Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge, an die Stelle des Grundbuchamts das Registergericht.

§ 34 Rechtsmittel

- (1) Wird die Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgelehnt, so steht dem Antragsteller und, wenn die Abweisung des Antrags nach § 26 erfolgt, dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Wird das Insolvenzverfahren eröffnet, so steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.
- (3) Sobald eine Entscheidung, die den Eröffnungsbeschuß aufhebt, Rechtskraft erlangt hat, ist die Aufhebung des Verfahrens öffentlich bekanntzumachen. § 200 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. Die Wirkungen der Rechtshandlungen, die vom Insolvenzverwalter oder ihm gegenüber vorgenommen worden sind, werden durch die Aufhebung nicht berührt.

Zweiter Abschnitt – Insolvenzmasse. Einteilung der Gläubiger

§ 35 Begriff der Insolvenzmasse

- (1) Das Insolvenzverfahren erfaßt das gesamte Vermögen, das dem Schuldner zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört und das er während des Verfahrens erlangt (Insolvenzmasse).
- (2) Übt der Schuldner eine selbstständige Tätigkeit aus oder beabsichtigt er, demnächst eine solche Tätigkeit auszuüben, hat der Insolvenzverwalter ihm gegenüber zu erklären, ob Vermögen aus der

selbstständigen Tätigkeit zur Insolvenzmasse gehört und ob Ansprüche aus dieser Tätigkeit im Insolvenzverfahren geltend gemacht werden können. § 295 Absatz 2 gilt entsprechend. Auf Antrag des Gläubigerausschusses oder, wenn ein solcher nicht bestellt ist, der Gläubigerversammlung ordnet das Insolvenzgericht die Unwirksamkeit an.

- (3) Die Erklärung des Insolvenzverwalters ist dem Gericht gegenüber anzuzeigen. Das Gericht hat die Erklärung und den Beschluss über ihre Unwirksamkeit öffentlich bekannt zu machen.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wurde mit Wirkung zum 26. Juni 2017 der Abs. 2 geändert.

§ 36 Unpfändbare Gegenstände

- (1) Gegenstände, die nicht der Zwangsvollstreckung unterliegen, gehören nicht zur Insolvenzmasse. Die §§ 850, 850a, 850c, 850e, 850f Abs. 1, §§ 850g bis 850k, 851c und 851d der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.
- (2) Zur Insolvenzmasse gehören jedoch
 1. die Geschäftsbücher des Schuldners; gesetzliche Pflichten zur Aufbewahrung von Unterlagen bleiben unberührt;
 2. die Sachen, die nach § 811 Abs. 1 Nr. 4 und 9 der Zivilprozessordnung nicht der Zwangsvollstreckung unterliegen.
- (3) Sachen, die zum gewöhnlichen Hausrat gehören und im Haushalt des Schuldners gebraucht werden, gehören nicht zur Insolvenzmasse, wenn ohne weiteres ersichtlich ist, daß durch ihre Verwertung nur ein Erlös erzielt werden würde, der zu dem Wert außer allem Verhältnis steht.
- (4) Für Entscheidungen, ob ein Gegenstand nach den in Absatz 1 Satz 2 genannten Vorschriften der Zwangsvollstreckung unterliegt, ist das Insolvenzgericht zuständig. Anstelle eines Gläubigers ist der Insolvenzverwalter antragsberechtigt. Für das Eröffnungsverfahren gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

§ 37 Gesamtgut bei Gütergemeinschaft

- (1) Wird bei dem Güterstand der Gütergemeinschaft das Gesamtgut von einem Ehegatten allein verwaltet und über das Vermögen dieses Ehegatten das Insolvenzverfahren eröffnet, so gehört das Gesamtgut zur Insolvenzmasse. Eine Auseinandersetzung des Gesamtguts findet nicht statt. Durch das Insolvenzverfahren über das Vermögen des anderen Ehegatten wird das Gesamtgut nicht berührt.

- (2) Verwalten die Ehegatten das Gesamtgut gemeinschaftlich, so wird das Gesamtgut durch das Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Ehegatten nicht berührt.
- (3) Absatz 1 ist bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Ehegatten, der das Gesamtgut allein verwaltet, der überlebende Ehegatte, an die Stelle des anderen Ehegatten die Abkömmlinge treten.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Lebenspartner entsprechend.

§ 38 Begriff der Insolvenzgläubiger

Die Insolvenzmasse dient zur Befriedigung der persönlichen Gläubiger, die einen zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens begründeten Vermögensanspruch gegen den Schuldner haben (Insolvenzgläubiger).

§ 39 Nachrangige Insolvenzgläubiger

- (1) Im Rang nach den übrigen Forderungen der Insolvenzgläubiger werden in folgender Rangfolge, bei gleichem Rang nach dem Verhältnis ihrer Beträge, berichtet:
 1. die seit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens laufenden Zinsen und Säumniszuschläge auf Forderungen der Insolvenzgläubiger;
 2. die Kosten, die den einzelnen Insolvenzgläubigern durch ihre Teilnahme am Verfahren erwachsen;
 3. Geldstrafen, Geldbußen, Ordnungsgelder und Zwangsgelder sowie solche Nebenfolgen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit, die zu einer Geldzahlung verpflichten;
 4. Forderungen auf eine unentgeltliche Leistung des Schuldners;
 5. nach Maßgabe der Absätze 4 und 5 Forderungen auf Rückgewähr eines Gesellschafterdarlehens oder Forderungen aus Rechtshandlungen, die einem solchen Darlehen wirtschaftlich entsprechen.
- (2) Forderungen, für die zwischen Gläubiger und Schuldner der Nachrang im Insolvenzverfahren vereinbart worden ist, werden im Zweifel nach den in Absatz 1 bezeichneten Forderungen berichtet.
- (3) Die Zinsen der Forderungen nachrangiger Insolvenzgläubiger und die Kosten, die diesen Gläubigern durch ihre Teilnahme am Verfahren entstehen, haben den gleichen Rang wie die Forderungen dieser Gläubiger.
- (4) Absatz 1 Nr. 5 gilt für Gesellschaften, die weder eine natürliche Person noch eine Gesellschaft als persönlich haftenden Gesellschafter haben, bei der ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist. Erwirbt ein Gläubiger bei

drohender oder eingetretener Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft oder bei Überschuldung Anteile zum Zweck ihrer Sanierung, führt dies bis zur nachhaltigen Sanierung nicht zur Anwendung von Absatz 1 Nr. 5 auf seine Forderungen aus bestehenden oder neu gewährten Darlehen oder auf Forderungen aus Rechtshandlungen, die einem solchen Darlehen wirtschaftlich entsprechen.

- (5) Absatz 1 Nr. 5 gilt nicht für den nicht geschäftsführenden Gesellschafter einer Gesellschaft im Sinne des Absatzes 4 Satz 1, der mit 10 Prozent oder weniger am Haftkapital beteiligt ist.

§ 40 Unterhaltsansprüche

Familienrechtliche Unterhaltsansprüche gegen den Schuldner können im Insolvenzverfahren für die Zeit nach der Eröffnung nur geltend gemacht werden, soweit der Schuldner als Erbe des Verpflichteten haftet. § 100 bleibt unberührt.

§ 41 Nicht fällige Forderungen

- (1) Nicht fällige Forderungen gelten als fällig.
 (2) Sind sie unverzinslich, so sind sie mit dem gesetzlichen Zinssatz abzuführen. Sie vermindern sich dadurch auf den Betrag, der bei Hinzurechnung der gesetzlichen Zinsen für die Zeit von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bis zur Fälligkeit dem vollen Betrag der Forderung entspricht.

§ 42 Auflösend bedingte Forderungen

Auflösend bedingte Forderungen werden, solange die Bedingung nicht eingetreten ist, im Insolvenzverfahren wie unbedingte Forderungen berücksichtigt.

§ 43 Haftung mehrerer Personen

Ein Gläubiger, dem mehrere Personen für dieselbe Leistung auf das Ganze haften, kann im Insolvenzverfahren gegen jeden Schuldner bis zu seiner vollen Befriedigung den ganzen Betrag geltend machen, den er zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens zu fordern hatte.

§ 44 Rechte der Gesamtschuldner und Bürgen

Der Gesamtschuldner und der Bürge können die Forderung, die sie durch eine Befriedigung des Gläubigers künftig gegen den Schuldner erwerben könnten, im Insolvenzverfahren nur dann geltend machen, wenn der Gläubiger seine Forderung nicht geltend macht.

§ 44a Gesicherte Darlehen

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Gesellschaft kann ein Gläubiger nach Maßgabe des § 39 Abs. 1 Nr. 5 für eine Forderung auf Rückgewähr eines Darlehens oder für eine gleichgestellte Forderung, für die ein Gesellschafter

eine Sicherheit bestellt oder für die er sich verbürgt hat, nur anteilmäßige Befriedigung aus der Insolvenzmasse verlangen, soweit er bei der Inanspruchnahme der Sicherheit oder des Bürgen ausgefallen ist.

§ 45 Umrechnung von Forderungen

Forderungen, die nicht auf Geld gerichtet sind oder deren Geldbetrag unbestimmt ist, sind mit dem Wert geltend zu machen, der für die Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens geschätzt werden kann. Forderungen, die in ausländischer Währung oder in einer Rechnungseinheit ausgedrückt sind, sind nach dem Kurswert, der zur Zeit der Verfahrenseröffnung für den Zahlungsort maßgeblich ist, in inländische Währung umzurechnen.

§ 46 Wiederkehrende Leistungen

Forderungen auf wiederkehrende Leistungen, deren Betrag und Dauer bestimmt sind, sind mit dem Betrag geltend zu machen, der sich ergibt, wenn die noch ausstehenden Leistungen unter Abzug des in § 41 bezeichneten Zwischenzinses zusammengerechnet werden. Ist die Dauer der Leistungen unbestimmt, so gilt § 45 Satz 1 entsprechend.

§ 47 Aussonderung

Wer auf Grund eines dinglichen oder persönlichen Rechts geltend machen kann, daß ein Gegenstand nicht zur Insolvenzmasse gehört, ist kein Insolvenzgläubiger. Sein Anspruch auf Aussonderung des Gegenstands bestimmt sich nach den Gesetzen, die außerhalb des Insolvenzverfahrens gelten.

§ 48 Ersatzaussonderung

Ist ein Gegenstand, dessen Aussonderung hätte verlangt werden können, vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vom Schuldner oder nach der Eröffnung vom Insolvenzverwalter unberechtigt veräußert worden, so kann der Aussonderungsberechtigte die Abtretung des Rechts auf die Gegenleistung verlangen, soweit diese noch aussteht. Er kann die Gegenleistung aus der Insolvenzmasse verlangen, soweit sie in der Masse unterscheidbar vorhanden ist.

§ 49 Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen

Gläubiger, denen ein Recht auf Befriedigung aus Gegenständen zusteht, die der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen (unbewegliche Gegenstände), sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung zur abgesonderten Befriedigung berechtigt.

§ 50 Abgesonderte Befriedigung der Pfandgläubiger

- (1) Gläubiger, die an einem Gegenstand der Insolvenzmasse ein rechtsgeschäftliches Pfandrecht, ein durch Pfändung erlangtes Pfandrecht oder ein gesetzliches Pfandrecht haben, sind nach Maßgabe der §§ 166 bis 173 für Hauptforderung, Zinsen und Kosten zur abgesonderten Befriedigung aus dem Pfandgegenstand berechtigt.
- (2) Das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters oder Verpächters kann im Insolvenzverfahren wegen der Miete oder Pacht für eine frühere Zeit als die letzten zwölf Monate vor der Eröffnung des Verfahrens sowie wegen der Entschädigung, die infolge einer Kündigung des Insolvenzverwalters zu zahlen ist, nicht geltend gemacht werden. Das Pfandrecht des Verpächters eines landwirtschaftlichen Grundstücks unterliegt wegen der Pacht nicht dieser Beschränkung.

§ 51 Sonstige Absonderungsberechtigte

Den in § 50 genannten Gläubigern stehen gleich:

1. Gläubiger, denen der Schuldner zur Sicherung eines Anspruchs eine bewegliche Sache übereignet oder ein Recht übertragen hat;
2. Gläubiger, denen ein Zurückbehaltungsrecht an einer Sache zusteht, weil sie etwas zum Nutzen der Sache verwendet haben, soweit ihre Forderung aus der Verwendung den noch vorhandenen Vorteil nicht übersteigt;
3. Gläubiger, denen nach dem Handelsgesetzbuch ein Zurückbehaltungsrecht zusteht;
4. Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit ihnen zoll- und steuerpflichtige Sachen nach gesetzlichen Vorschriften als Sicherheit für öffentliche Abgaben dienen.

§ 52 Ausfall der Absonderungsberechtigten

Gläubiger, die abgesonderte Befriedigung beanspruchen können, sind Insolvenzgläubiger, soweit ihnen der Schuldner auch persönlich haftet. Sie sind zur anteilsmäßigen Befriedigung aus der Insolvenzmasse jedoch nur berechtigt, soweit sie auf eine abgesonderte Befriedigung verzichten oder bei ihr ausgefallen sind.

§ 53 Massegläubiger

Aus der Insolvenzmasse sind die Kosten des Insolvenzverfahrens und die sonstigen Masseverbindlichkeiten vorweg zu berichtigen.

§ 54 Kosten des Insolvenzverfahrens

Kosten des Insolvenzverfahrens sind:

1. die Gerichtskosten für das Insolvenzverfahren;
2. die Vergütungen und die Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters, des Insolvenzverwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses.

§ 55 Sonstige Masseverbindlichkeiten

- (1) Masseverbindlichkeiten sind weiter die Verbindlichkeiten:
 1. die durch Handlungen des Insolvenzverwalters oder in anderer Weise durch die Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse begründet werden, ohne zu den Kosten des Insolvenzverfahrens zu gehören;
 2. aus gegenseitigen Verträgen, soweit deren Erfüllung zur Insolvenzmasse verlangt wird oder für die Zeit nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erfolgen muß;
 3. aus einer ungerechtfertigten Bereicherung der Masse.
- (2) Verbindlichkeiten, die von einem vorläufigen Insolvenzverwalter begründet worden sind, auf den die Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners übergegangen ist, gelten nach der Eröffnung des Verfahrens als Masseverbindlichkeiten. Gleiches gilt für Verbindlichkeiten aus einem Dauerschuldverhältnis, soweit der vorläufige Insolvenzverwalter für das von ihm verwaltete Vermögen die Gegenleistung in Anspruch genommen hat.
- (3) Gehen nach Absatz 2 begründete Ansprüche auf Arbeitsentgelt nach § 169 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch auf die Bundesagentur für Arbeit über, so kann die Bundesagentur diese nur als Insolvenzgläubiger geltend machen. Satz 1 gilt entsprechend für die in § 175 Abs. 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch bezeichneten Ansprüche, soweit diese gegenüber dem Schuldner bestehen bleiben.
- (4) Verbindlichkeiten des Insolvenzschriftschuldners aus dem Steuerschuldverhältnis, die von einem vorläufigen Insolvenzverwalter oder vom Schuldner mit Zustimmung eines vorläufigen Insolvenzverwalters begründet worden sind, gelten nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens als Masseverbindlichkeit.

Dritter Abschnitt – Insolvenzverwalter. Organe der Gläubiger

§ 56 Bestellung des Insolvenzverwalters

- (1) Zum Insolvenzverwalter ist eine für den jeweiligen Einzelfall geeignete, insbesondere geschäftskundige und von den Gläubigern und dem Schuldner unabhängige natürliche Person zu bestellen, die aus dem Kreis aller zur Übernahme von Insolvenzverwaltungen bereiten Personen auszuwählen ist. Die Bereitschaft zur Übernahme von Insolvenzverwaltungen kann auf bestimmte Verfahren beschränkt werden. Die erforderliche Unabhängigkeit wird nicht schon dadurch ausgeschlossen, dass die Person
 1. vom Schuldner oder von einem Gläubiger vorgeschlagen worden ist oder

2. den Schuldner vor dem Eröffnungsantrag in allgemeiner Form über den Ablauf eines Insolvenzverfahrens und dessen Folgen beraten hat.
- (2) Der Verwalter erhält eine Urkunde über seine Bestellung. Bei Beendigung seines Amtes hat er die Urkunde dem Insolvenzgericht zurückzugeben.

§ 56a Gläubigerbeteiligung bei der Verwalterbestellung

- (1) Vor der Bestellung des Verwalters ist dem vorläufigen Gläubigerausschuss Gelegenheit zu geben, sich zu den Anforderungen, die an den Verwalter zu stellen sind, und zur Person des Verwalters zu äußern, soweit dies nicht offensichtlich zu einer nachteiligen Veränderung der Vermögenslage des Schuldners führt.
- (2) Das Gericht darf von einem einstimmigen Vorschlag des vorläufigen Gläubigerausschusses zur Person des Verwalters nur abweichen, wenn die vorgeschlagene Person für die Übernahme des Amtes nicht geeignet ist. Das Gericht hat bei der Auswahl des Verwalters die vom vorläufigen Gläubigerausschuss beschlossenen Anforderungen an die Person des Verwalters zugrunde zu legen.
- (3) Hat das Gericht mit Rücksicht auf eine nachteilige Veränderung der Vermögenslage des Schuldners von einer Anhörung nach Absatz 1 abgesehen, so kann der vorläufige Gläubigerausschuss in seiner ersten Sitzung einstimmig eine andere Person als die bestellte zum Insolvenzverwalter wählen.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der folgende § 56b eingefügt werden:

§ 56b Verwalterbestellung bei Schuldnern derselben Unternehmensgruppe

- (1) Wird über das Vermögen von gruppenangehörigen Schuldnern die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt, so haben die angegangenen Insolvenzgerichte sich darüber abzustimmen, ob es im Interesse der Gläubiger liegt, lediglich eine Person zum Insolvenzverwalter zu bestellen. Bei der Abstimmung ist insbesondere zu erörtern, ob diese Person alle Verfahren über die gruppenangehörigen Schuldner mit der gebotenen Unabhängigkeit wahrnehmen kann und ob mögliche Interessenkonflikte durch die Bestellung von Sonderinsolvenzverwaltern ausgeräumt werden können.

- (2) Von dem Vorschlag oder den Vorgehen eines vorläufigen Gläubigerausschusses nach § 56a kann das Gericht abweichen, wenn der für einen anderen gruppenangehörigen Schuldner bestellte vorläufige Gläubigerausschuss eine andere Person einstimmig vorschlägt, die sich für eine Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 eignet. Vor der Bestellung dieser Person ist der vorläufige Gläubigerausschuss anzuhören. Ist zur Auflösung von Interessenkonflikten ein Sonderinsolvenzverwalter zu bestellen, findet § 56a entsprechende Anwendung.

§ 57 Wahl eines anderen Insolvenzverwalters

In der ersten Gläubigerversammlung, die auf die Bestellung des Insolvenzverwalters folgt, können die Gläubiger an dessen Stelle eine andere Person wählen. Die andere Person ist gewählt, wenn neben der in § 76 Abs. 2 genannten Mehrheit auch die Mehrheit der abstimmenden Gläubiger für sie gestimmt hat. Das Gericht kann die Bestellung des Gewählten nur versagen, wenn dieser für die Übernahme des Amtes nicht geeignet ist. Gegen die Versagung steht jedem Insolvenzgläubiger die sofortige Beschwerde zu.

§ 58 Aufsicht des Insolvenzgerichts

- (1) Der Insolvenzverwalter steht unter der Aufsicht des Insolvenzgerichts. Das Gericht kann jederzeit einzelne Auskünfte oder einen Bericht über den Sachstand und die Geschäftsführung von ihm verlangen.
- (2) Erfüllt der Verwalter seine Pflichten nicht, so kann das Gericht nach vorheriger Androhung Zwangsgeld gegen ihn festsetzen. Das einzelne Zwangsgeld darf den Betrag von fünfundzwanzigtausend Euro nicht übersteigen. Gegen den Beschluß steht dem Verwalter die sofortige Beschwerde zu.
- (3) Absatz 2 gilt entsprechend für die Durchsetzung der Herausgabepflichten eines entlassenen Verwalters.

§ 59 Entlassung des Insolvenzverwalters

- (1) Das Insolvenzgericht kann den Insolvenzverwalter aus wichtigem Grund aus dem Amt entlassen. Die Entlassung kann von Amts wegen oder auf Antrag des Verwalters, des Gläubigerausschusses oder der Gläubigerversammlung erfolgen. Vor der Entscheidung des Gerichts ist der Verwalter zu hören.
- (2) Gegen die Entlassung steht dem Verwalter die sofortige Beschwerde zu. Gegen die Ablehnung

des Antrags steht dem Verwalter, dem Gläubigerausschuß oder, wenn die Gläubigerversammlung den Antrag gestellt hat, jedem Insolvenzgläubiger die sofortige Beschwerde zu.

§ 60 Haftung des Insolvenzverwalters

- (1) Der Insolvenzverwalter ist allen Beteiligten zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er schuldhaft die Pflichten verletzt, die ihm nach diesem Gesetz obliegen. Er hat für die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Insolvenzverwalters einzustehen.
- (2) Soweit er zur Erfüllung der ihm als Verwalter obliegenden Pflichten Angestellte des Schuldners im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit einsetzen muß und diese Angestellten nicht offensichtlich ungeeignet sind, hat der Verwalter ein Verschulden dieser Personen nicht gemäß § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu vertreten, sondern ist nur für deren Überwachung und für Entscheidungen von besonderer Bedeutung verantwortlich.

§ 61 Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten

Kann eine Masseverbindlichkeit, die durch eine Rechtshandlung des Insolvenzverwalters begründet worden ist, aus der Insolvenzmasse nicht voll erfüllt werden, so ist der Verwalter dem Massegläubiger zum Schadenersatz verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Verwalter bei der Begründung der Verbindlichkeit nicht erkennen konnte, daß die Masse voraussichtlich zur Erfüllung nicht ausreichen würde.

§ 62 Verjährung

Die Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des Schadens, der aus einer Pflichtverletzung des Insolvenzverwalters entstanden ist, richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Der Anspruch verjährt spätestens in drei Jahren von der Aufhebung oder der Rechtskraft der Einstellung des Insolvenzverfahrens an. Für Pflichtverletzungen, die im Rahmen einer Nachtragsverteilung (§ 203) oder einer Überwachung der Planerfüllung (§ 260) begangen worden sind, gilt Satz 2 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Aufhebung des Insolvenzverfahrens der Vollzug der Nachtragsverteilung oder die Beendigung der Überwachung tritt.

§ 63 Vergütung des Insolvenzverwalters

- (1) Der Insolvenzverwalter hat Anspruch auf Vergütung für seine Geschäftsführung und auf Erstattung angemessener Auslagen. Der Regelsatz der Vergütung wird nach dem Wert der Insolvenzmasse zur Zeit der Beendigung des Insolvenzverfahrens berechnet. Dem Umfang und der

Schwierigkeit der Geschäftsführung des Verwalters wird durch Abweichungen vom Regelsatz Rechnung getragen.

- (2) Sind die Kosten des Verfahrens nach § 4a gestundet, steht dem Insolvenzverwalter für seine Vergütung und seine Auslagen ein Anspruch gegen die Staatskasse zu, soweit die Insolvenzmasse dafür nicht ausreicht.
- (3) Die Tätigkeit des vorläufigen Insolvenzverwalters wird gesondert vergütet. Er erhält in der Regel 25 Prozent der Vergütung des Insolvenzverwalters bezogen auf das Vermögen, auf das sich seine Tätigkeit während des Eröffnungsverfahrens erstreckt. Maßgebend für die Wertermittlung ist der Zeitpunkt der Beendigung der vorläufigen Verwaltung oder der Zeitpunkt, ab dem der Gegenstand nicht mehr der vorläufigen Verwaltung unterliegt. Beträgt die Differenz des tatsächlichen Werts der Berechnungsgrundlage der Vergütung zu dem der Vergütung zugrunde gelegten Wert mehr als 20 Prozent, so kann das Gericht den Beschluss über die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters bis zur Rechtskraft der Entscheidung über die Vergütung des Insolvenzverwalters ändern.

§ 64 Festsetzung durch das Gericht

- (1) Das Insolvenzgericht setzt die Vergütung und die zu erstattenden Auslagen des Insolvenzverwalters durch Beschluß fest.
- (2) Der Beschluß ist öffentlich bekanntzumachen und dem Verwalter, dem Schuldner und, wenn ein Gläubigerausschuß bestellt ist, den Mitgliedern des Ausschusses besonders zuzustellen. Die festgesetzten Beträge sind nicht zu veröffentlichen; in der öffentlichen Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, daß der vollständige Beschluß in der Geschäftsstelle eingesehen werden kann.
- (3) Gegen den Beschluß steht dem Verwalter, dem Schuldner und jedem Insolvenzgläubiger die sofortige Beschwerde zu. § 567 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung gilt entsprechend.

§ 65 Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, die Vergütung und die Erstattung der Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters und des Insolvenzverwalters sowie das hierfür maßgebliche Verfahren durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 66 Rechnungslegung

- (1) Der Insolvenzverwalter hat bei der Beendigung seines Amtes einer Gläubigerversammlung Rechnung zu legen. Der Insolvenzplan kann eine abweichende Regelung treffen.

- (2) Vor der Gläubigerversammlung prüft das Insolvenzgericht die Schlußrechnung des Verwalters. Es legt die Schlußrechnung mit den Belegen, mit einem Vermerk über die Prüfung und, wenn ein Gläubigerausschuß bestellt ist, mit dessen Bemerkungen zur Einsicht der Beteiligten aus; es kann dem Gläubigerausschuß für dessen Stellungnahme eine Frist setzen. Der Zeitraum zwischen der Auslegung der Unterlagen und dem Termin der Gläubigerversammlung soll mindestens eine Woche betragen.
- (3) Die Gläubigerversammlung kann dem Verwalter aufgeben, zu bestimmten Zeitpunkten während des Verfahrens Zwischenrechnung zu legen. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

§ 67 Einsetzung des Gläubigerausschusses

- (1) Vor der ersten Gläubigerversammlung kann das Insolvenzgericht einen Gläubigerausschuß einsetzen.
- (2) Im Gläubigerausschuß sollen die absonderungsberechtigten Gläubiger, die Insolvenzgläubiger mit den höchsten Forderungen und die Kleingläubiger vertreten sein. Dem Ausschuß soll ein Vertreter der Arbeitnehmer angehören.
- (3) Zu Mitgliedern des Gläubigerausschusses können auch Personen bestellt werden, die keine Gläubiger sind.

§ 68 Wahl anderer Mitglieder

- (1) Die Gläubigerversammlung beschließt, ob ein Gläubigerausschuß eingesetzt werden soll. Hat das Insolvenzgericht bereits einen Gläubigerausschuß eingesetzt, so beschließt sie, ob dieser beibehalten werden soll.
- (2) Sie kann vom Insolvenzgericht bestellte Mitglieder abwählen und andere oder zusätzliche Mitglieder des Gläubigerausschusses wählen.

§ 69 Aufgaben des Gläubigerausschusses

Die Mitglieder des Gläubigerausschusses haben den Insolvenzverwalter bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen und zu überwachen. Sie haben sich über den Gang der Geschäfte zu unterrichten sowie die Bücher und Geschäftspapiere einsehen und den Geldverkehr und -bestand prüfen zu lassen.

§ 70 Entlassung

Das Insolvenzgericht kann ein Mitglied des Gläubigerausschusses aus wichtigem Grund aus dem Amt entlassen. Die Entlassung kann von Amts wegen, auf Antrag des Mitglieds des Gläubigerausschusses oder auf Antrag der Gläubigerversammlung erfolgen. Vor der Entscheidung des Gerichts ist das Mitglied des Gläubigerausschusses

zu hören; gegen die Entscheidung steht ihm die sofortige Beschwerde zu.

§ 71 Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses

Die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind den absonderungsberechtigten Gläubigern und den Insolvenzgläubigern zum Schadenersatz verpflichtet, wenn sie schuldhaft die Pflichten verletzen, die ihnen nach diesem Gesetz obliegen. § 62 gilt entsprechend.

§ 72 Beschlüsse des Gläubigerausschusses

Ein Beschluß des Gläubigerausschusses ist gültig, wenn die Mehrheit der Mitglieder an der Beschlussfassung teilgenommen hat und der Beschluß mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt worden ist.

§ 73 Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses

- (1) Die Mitglieder des Gläubigerausschusses haben Anspruch auf Vergütung für ihre Tätigkeit und auf Erstattung angemessener Auslagen. Dabei ist dem Zeitaufwand und dem Umfang der Tätigkeit Rechnung zu tragen.
- (2) § 63 Abs. 2 sowie die §§ 64 und 65 gelten entsprechend.

§ 74 Einberufung der Gläubigerversammlung

- (1) Die Gläubigerversammlung wird vom Insolvenzgericht einberufen. Zur Teilnahme an der Versammlung sind alle absonderungsberechtigten Gläubiger, alle Insolvenzgläubiger, der Insolvenzverwalter, die Mitglieder des Gläubigerausschusses und der Schuldner berechtigt.
- (2) Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Gläubigerversammlung sind öffentlich bekanntzumachen. Die öffentliche Bekanntmachung kann unterbleiben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Verhandlung vertagt wird.

§ 75 Antrag auf Einberufung

- (1) Die Gläubigerversammlung ist einzuberufen, wenn dies beantragt wird:
 1. vom Insolvenzverwalter;
 2. vom Gläubigerausschuß;
 3. von mindestens fünf absonderungsberechtigten Gläubigern oder nicht nachrangigen Insolvenzgläubigern, deren Absonderungsrechte und Forderungen nach der Schätzung des Insolvenzgerichts zusammen ein Fünftel der Summe erreichen, die sich aus dem Wert aller Absonderungsrechte und den Forderungsbeträgen aller nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger ergibt;
 4. von einem oder mehreren absonderungsberechtigten Gläubigern oder nicht nachrangigen

Insolvenzgläubigern, deren Absonderungsrechte und Forderungen nach der Schätzung des Gerichts zwei Fünftel der in Nummer 3 bezeichneten Summe erreichen.

- (2) Der Zeitraum zwischen dem Eingang des Antrags und dem Termin der Gläubigerversammlung soll höchstens drei Wochen betragen.
- (3) Wird die Einberufung abgelehnt, so steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu.

§ 76 Beschlüsse der Gläubigerversammlung

- (1) Die Gläubigerversammlung wird vom Insolvenzgericht geleitet.
- (2) Ein Beschluß der Gläubigerversammlung kommt zustande, wenn die Summe der Forderungsbeträge der zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der Forderungsbeträge der abstimmenden Gläubiger beträgt; bei absonderungsberechtigten Gläubigern, denen der Schuldner nicht persönlich haftet, tritt der Wert des Absonderungsrechts an die Stelle des Forderungsbetrags.

§ 77 Feststellung des Stimmrechts

- (1) Ein Stimmrecht gewähren die Forderungen, die angemeldet und weder vom Insolvenzverwalter noch von einem stimmberechtigten Gläubiger bestritten worden sind. Nachrangige Gläubiger sind nicht stimmberechtigt.
- (2) Die Gläubiger, deren Forderungen bestritten werden, sind stimmberechtigt, soweit sich in der Gläubigerversammlung der Verwalter und die erschienenen stimmberechtigten Gläubiger über das Stimmrecht geeinigt haben. Kommt es nicht zu einer Einigung, so entscheidet das Insolvenzgericht. Es kann seine Entscheidung auf den Antrag des Verwalters oder eines in der Gläubigerversammlung erschienenen Gläubigers ändern.
- (3) Absatz 2 gilt entsprechend
 1. für die Gläubiger aufschiebend bedingter Forderungen;
 2. für die absonderungsberechtigten Gläubiger.

§ 78 Aufhebung eines Beschlusses der Gläubigerversammlung

- (1) Widerspricht ein Beschluß der Gläubigerversammlung dem gemeinsamen Interesse der Insolvenzgläubiger, so hat das Insolvenzgericht den Beschluß aufzuheben, wenn ein absonderungsberechtigter Gläubiger, ein nicht nachrangiger Insolvenzgläubiger oder der Insolvenzverwalter dies in der Gläubigerversammlung beantragt.
- (2) Die Aufhebung des Beschlusses ist öffentlich bekanntzumachen. Gegen die Aufhebung steht jedem absonderungsberechtigten Gläubiger und jedem nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger

die sofortige Beschwerde zu. Gegen die Ablehnung des Antrags auf Aufhebung steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu.

§ 79 Unterrichtung der Gläubigerversammlung

Die Gläubigerversammlung ist berechtigt, vom Insolvenzverwalter einzelne Auskünfte und einen Bericht über den Sachstand und die Geschäftsführung zu verlangen. Ist ein Gläubigerrausschuß nicht bestellt, so kann die Gläubigerversammlung den Geldverkehr und -bestand des Verwalters prüfen lassen.

Dritter Teil – Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Erster Abschnitt – Allgemeine Wirkungen

§ 80 Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts

- (1) Durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens geht das Recht des Schuldners, das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verwalten und über es zu verfügen, auf den Insolvenzverwalter über.
- (2) Ein gegen den Schuldner bestehendes Veräußerungsverbot, das nur den Schutz bestimmter Personen bezweckt (§§ 135, 136 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), hat im Verfahren keine Wirkung. Die Vorschriften über die Wirkungen einer Pfändung oder einer Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung bleiben unberührt.

§ 81 Verfügungen des Schuldners

- (1) Hat der Schuldner nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über einen Gegenstand der Insolvenzmasse verfügt, so ist diese Verfügung unwirksam. Unberührt bleiben die §§ 892, 893 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken und §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen. Dem anderen Teil ist die Gegenleistung aus der Insolvenzmasse zurückzugewähren, soweit die Masse durch sie bereichert ist.
- (2) Für eine Verfügung über künftige Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis des Schuldners oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge gilt Absatz 1 auch insoweit, als die Bezüge für die Zeit nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens betroffen sind. Das Recht des Schuldners zur Abtretung dieser Bezüge an einen Treuhänder mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Befriedigung der Insolvenzgläubiger bleibt unberührt.
- (3) Hat der Schuldner am Tag der Eröffnung des Verfahrens verfügt, so wird vermutet, daß er nach der Eröffnung verfügt hat. Eine Verfügung des Schuldners über Finanzsicherheiten im Sinne des § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes nach der Eröffnung

ist, unbeschadet der §§ 129 bis 147, wirksam, wenn sie am Tag der Eröffnung erfolgt und der andere Teil nachweist, dass er die Eröffnung des Verfahrens weder kannte noch kennen musste.

§ 82 Leistungen an den Schuldner

Ist nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Erfüllung einer Verbindlichkeit an den Schuldner geleistet worden, obwohl die Verbindlichkeit zur Insolvenzmasse zu erfüllen war, so wird der Leistende befreit, wenn er zur Zeit der Leistung die Eröffnung des Verfahrens nicht kannte. Hat er vor der öffentlichen Bekanntmachung der Eröffnung geleistet, so wird vermutet, daß er die Eröffnung nicht kannte.

§ 83 Erbschaft. Fortgesetzte Gütergemeinschaft

- (1) Ist dem Schuldner vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine Erbschaft oder ein Vermächtnis angefallen oder geschieht dies während des Verfahrens, so steht die Annahme oder Ausschlagung nur dem Schuldner zu. Gleiches gilt von der Ablehnung der fortgesetzten Gütergemeinschaft.
- (2) Ist der Schuldner Vorerbe, so darf der Insolvenzverwalter über die Gegenstände der Erbschaft nicht verfügen, wenn die Verfügung im Falle des Eintritts der Nacherbfolge nach § 2115 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Nacherben gegenüber unwirksam ist.

§ 84 Auseinsetzung einer Gesellschaft oder Gemeinschaft

- (1) Besteht zwischen dem Schuldner und Dritten eine Gemeinschaft nach Bruchteilen, eine andere Gemeinschaft oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, so erfolgt die Teilung oder sonstige Auseinsetzung außerhalb des Insolvenzverfahrens. Aus dem dabei ermittelten Anteil des Schuldners kann für Ansprüche aus dem Rechtsverhältnis abgesonderte Befriedigung verlangt werden.
- (2) Eine Vereinbarung, durch die bei einer Gemeinschaft nach Bruchteilen das Recht, die Aufhebung der Gemeinschaft zu verlangen, für immer oder auf Zeit ausgeschlossen oder eine Kündigungsfrist bestimmt worden ist, hat im Verfahren keine Wirkung. Gleiches gilt für eine Anordnung dieses Inhalts, die ein Erblasser für die Gemeinschaft seiner Erben getroffen hat, und für eine entsprechende Vereinbarung der Miterben.

§ 85 Aufnahme von Aktivprozessen

- (1) Rechtsstreitigkeiten über das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen, die zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens für den Schuldner anhängig sind, können in der Lage, in der sie sich

befinden, vom Insolvenzverwalter aufgenommen werden. Wird die Aufnahme verzögert, so gilt § 239 Abs. 2 bis 4 der Zivilprozeßordnung entsprechend.

- (2) Lehnt der Verwalter die Aufnahme des Rechtsstreits ab, so können sowohl der Schuldner als auch der Gegner den Rechtsstreit aufnehmen.

§ 86 Aufnahme bestimmter Passivprozesse

- (1) Rechtsstreitigkeiten, die zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegen den Schuldner anhängig sind, können sowohl vom Insolvenzverwalter als auch vom Gegner aufgenommen werden, wenn sie betreffen:
 1. die Aussonderung eines Gegenstands aus der Insolvenzmasse,
 2. die abgesonderte Befriedigung oder
 3. eine Masseverbindlichkeit.
- (2) Erkennt der Verwalter den Anspruch sofort an, so kann der Gegner einen Anspruch auf Erstattung der Kosten des Rechtsstreits nur als Insolvenzgläubiger geltend machen.

§ 87 Forderungen der Insolvenzgläubiger

Die Insolvenzgläubiger können ihre Forderungen nur nach den Vorschriften über das Insolvenzverfahren verfolgen.

§ 88 Vollstreckung vor Verfahrenseröffnung

- (1) Hat ein Insolvenzgläubiger im letzten Monat vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag durch Zwangsvollstreckung eine Sicherung an dem zur Insolvenzmasse gehörenden Vermögen des Schuldners erlangt, so wird diese Sicherung mit der Eröffnung des Verfahrens unwirksam.
- (2) Die in Absatz 1 genannte Frist beträgt drei Monate, wenn ein Verbraucherinsolvenzverfahren nach § 304 eröffnet wird.

§ 89 Vollstreckungsverbot

- (1) Zwangsvollstreckungen für einzelne Insolvenzgläubiger sind während der Dauer des Insolvenzverfahrens weder in die Insolvenzmasse noch in das sonstige Vermögen des Schuldners zulässig.
- (2) Zwangsvollstreckungen in künftige Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis des Schuldners oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge sind während der Dauer des Verfahrens auch für Gläubiger unzulässig, die keine Insolvenzgläubiger sind. Dies gilt nicht für die Zwangsvollstreckung wegen eines Unterhaltsanspruchs oder einer Forderung aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung in den Teil der Bezüge, der für andere Gläubiger nicht pfändbar ist.
- (3) Über Einwendungen, die auf Grund des Absatzes 1 oder 2 gegen die Zulässigkeit einer Zwangsvoll-

streckung erhoben werden, entscheidet das Insolvenzgericht. Das Gericht kann vor der Entscheidung eine einstweilige Anordnung erlassen; es kann insbesondere anordnen, daß die Zwangsvollstreckung gegen oder ohne Sicherheitsleistung einstweilen einzustellen oder nur gegen Sicherheitsleistung fortzusetzen sei.

§ 90 Vollstreckungsverbot bei Masseverbindlichkeiten

- (1) Zwangsvollstreckungen wegen Masseverbindlichkeiten, die nicht durch eine Rechtshandlung des Insolvenzverwalters begründet worden sind, sind für die Dauer von sechs Monaten seit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens unzulässig.
- (2) Nicht als derartige Masseverbindlichkeiten gelten die Verbindlichkeiten:
 1. aus einem gegenseitigen Vertrag, dessen Erfüllung der Verwalter gewählt hat;
 2. aus einem Dauerschuldverhältnis für die Zeit nach dem ersten Termin, zu dem der Verwalter kündigen konnte;
 3. aus einem Dauerschuldverhältnis, soweit der Verwalter für die Insolvenzmasse die Gegenleistung in Anspruch nimmt.

§ 91 Ausschluß sonstigen Rechtserwerbs

- (1) Rechte an den Gegenständen der Insolvenzmasse können nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht wirksam erworben werden, auch wenn keine Verfügung des Schuldners und keine Zwangsvollstreckung für einen Insolvenzgläubiger zugrunde liegt.
- (2) Unberührt bleiben die §§ 878, 892, 893 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, § 3 Abs. 3, §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken, § 5 Abs. 3, §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen und § 20 Abs. 3 der Schiffsverkehrsrechtlichen Verteilungsordnung.

§ 92 Gesamtschaden

Ansprüche der Insolvenzgläubiger auf Ersatz eines Schadens, den diese Gläubiger gemeinschaftlich durch eine Verminderung des zur Insolvenzmasse gehörenden Vermögens vor oder nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erlitten haben (Gesamtschaden), können während der Dauer des Insolvenzverfahrens nur vom Insolvenzverwalter geltend gemacht werden. Richten sich die Ansprüche gegen den Verwalter, so können sie nur von einem neu bestellten Insolvenzverwalter geltend gemacht werden.

§ 93 Persönliche Haftung der Gesellschafter

Ist das Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien eröffnet, so kann die persönliche Haftung eines

Gesellschafters für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft während der Dauer des Insolvenzverfahrens nur vom Insolvenzverwalter geltend gemacht werden.

§ 94 Erhaltung einer Aufrechnungslage

Ist ein Insolvenzgläubiger zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens kraft Gesetzes oder auf Grund einer Vereinbarung zur Aufrechnung berechtigt, so wird dieses Recht durch das Verfahren nicht berührt.

§ 95 Eintritt der Aufrechnungslage im Verfahren

- (1) Sind zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens die aufzurechnenden Forderungen oder eine von ihnen noch aufschiebend bedingt oder nicht fällig oder die Forderungen noch nicht auf gleichartige Leistungen gerichtet, so kann die Aufrechnung erst erfolgen, wenn ihre Voraussetzungen eingetreten sind. Die §§ 41, 45 sind nicht anzuwenden. Die Aufrechnung ist ausgeschlossen, wenn die Forderung, gegen die aufgerechnet werden soll, unbedingt und fällig wird, bevor die Aufrechnung erfolgen kann.
- (2) Die Aufrechnung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Forderungen auf unterschiedliche Währungen oder Rechnungseinheiten lauten, wenn diese Währungen oder Rechnungseinheiten am Zahlungsort der Forderung, gegen die aufgerechnet wird, frei getauscht werden können. Die Umrechnung erfolgt nach dem Kurswert, der für diesen Ort zur Zeit des Zugangs der Aufrechnungserklärung maßgeblich ist.

§ 96 Unzulässigkeit der Aufrechnung

- (1) Die Aufrechnung ist unzulässig,
 1. wenn ein Insolvenzgläubiger erst nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens etwas zur Insolvenzmasse schuldig geworden ist,
 2. wenn ein Insolvenzgläubiger seine Forderung erst nach der Eröffnung des Verfahrens von einem anderen Gläubiger erworben hat,
 3. wenn ein Insolvenzgläubiger die Möglichkeit der Aufrechnung durch eine anfechtbare Rechtshandlung erlangt hat,
 4. wenn ein Gläubiger, dessen Forderung aus dem freien Vermögen des Schuldners zu erfüllen ist, etwas zur Insolvenzmasse schuldet.
- (2) Absatz 1 sowie § 95 Abs. 1 Satz 3 stehen nicht der Verfügung über Finanzsicherheiten im Sinne des § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes oder der Verrechnung von Ansprüchen und Leistungen aus Zahlungsaufträgen, Aufträgen zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen oder Aufträgen zur Übertragung von Wertpapieren entgegen, die in Systeme im Sinne des § 1 Abs. 16 des Kreditwesengesetzes

eingbracht wurden, das der Ausführung solcher Verträge dient, sofern die Verrechnung spätestens am Tage der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erfolgt; ist der andere Teil ein Systembetreiber oder Teilnehmer in dem System, bestimmt sich der Tag der Eröffnung nach dem Geschäftstag im Sinne des § 1 Absatz 16b des Kreditwesengesetzes.

§ 97 Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners

- (1) Der Schuldner ist verpflichtet, dem Insolvenzgericht, dem Insolvenzverwalter, dem Gläubigerausschuß und auf Anordnung des Gerichts der Gläubigerversammlung über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse Auskunft zu geben. Er hat auch Tatsachen zu offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit herbeizuführen. Jedoch darf eine Auskunft, die der Schuldner gemäß seiner Verpflichtung nach Satz 1 erteilt, in einem Strafverfahren oder in einem Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gegen den Schuldner oder einen in § 52 Abs. 1 der Strafprozeßordnung bezeichneten Angehörigen des Schuldners nur mit Zustimmung des Schuldners verwendet werden.
- (2) Der Schuldner hat den Verwalter bei der Erfüllung von dessen Aufgaben zu unterstützen.
- (3) Der Schuldner ist verpflichtet, sich auf Anordnung des Gerichts jederzeit zur Verfügung zu stellen, um seine Auskunfts- und Mitwirkungspflichten zu erfüllen. Er hat alle Handlungen zu unterlassen, die der Erfüllung dieser Pflichten zuwiderlaufen.

§ 98 Durchsetzung der Pflichten des Schuldners

- (1) Wenn es zur Herbeiführung wahrheitsgemäßer Aussagen erforderlich erscheint, ordnet das Insolvenzgericht an, daß der Schuldner zu Protokoll an Eides Statt versichert, er habe die von ihm verlangte Auskunft nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig erteilt. Die §§ 478 bis 480, 483 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend.
- (2) Das Gericht kann den Schuldner zwangsweise vorführen und nach Anhörung in Haft nehmen lassen,
 1. wenn der Schuldner eine Auskunft oder die eidesstattliche Versicherung oder die Mitwirkung bei der Erfüllung der Aufgaben des Insolvenzverwalters verweigert;
 2. wenn der Schuldner sich der Erfüllung seiner Auskunfts- und Mitwirkungspflichten entziehen will, insbesondere Anstalten zur Flucht trifft, oder
 3. wenn dies zur Vermeidung von Handlungen des Schuldners, die der Erfüllung seiner

Auskunfts- und Mitwirkungspflichten zuwiderlaufen, insbesondere zur Sicherung der Insolvenzmasse, erforderlich ist.

- (3) Für die Anordnung von Haft gelten die § 802g Abs. 2, §§ 802h und 802j Abs. 1 der Zivilprozessordnung entsprechend. Der Haftbefehl ist von Amts wegen aufzuheben, sobald die Voraussetzungen für die Anordnung von Haft nicht mehr vorliegen. Gegen die Anordnung der Haft und gegen die Abweisung eines Antrags auf Aufhebung des Haftbefehls wegen Wegfalls seiner Voraussetzungen findet die sofortige Beschwerde statt.

§ 99 Postsperre

- (1) Soweit dies erforderlich erscheint, um für die Gläubiger nachteilige Rechtshandlungen des Schuldners aufzuklären oder zu verhindern, ordnet das Insolvenzgericht auf Antrag des Insolvenzverwalters oder von Amts wegen durch begründeten Beschluß an, daß die in dem Beschluß bezeichneten Unternehmen bestimmte oder alle Postsendungen für den Schuldner dem Verwalter zuzuleiten haben. Die Anordnung ergeht nach Anhörung des Schuldners, sofern dadurch nicht wegen besonderer Umstände des Einzelfalls der Zweck der Anordnung gefährdet wird. Unterbleibt die vorherige Anhörung des Schuldners, so ist dies in dem Beschluß gesondert zu begründen und die Anhörung unverzüglich nachzuholen.
- (2) Der Verwalter ist berechtigt, die ihm zugeleiteten Sendungen zu öffnen. Sendungen, deren Inhalt nicht die Insolvenzmasse betrifft, sind dem Schuldner unverzüglich zuzuleiten. Die übrigen Sendungen kann der Schuldner einsehen.
- (3) Gegen die Anordnung der Postsperre steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu. Das Gericht hat die Anordnung nach Anhörung des Verwalters aufzuheben, soweit ihre Voraussetzungen fortfallen.

§ 100 Unterhalt aus der Insolvenzmasse

- (1) Die Gläubigerversammlung beschließt, ob und in welchem Umfang dem Schuldner und seiner Familie Unterhalt aus der Insolvenzmasse gewährt werden soll.
- (2) Bis zur Entscheidung der Gläubigerversammlung kann der Insolvenzverwalter mit Zustimmung des Gläubigerausschusses, wenn ein solcher bestellt ist, dem Schuldner den notwendigen Unterhalt gewähren. In gleicher Weise kann den minderjährigen unverheirateten Kindern des Schuldners, seinem Ehegatten, seinem früheren Ehegatten, seinem Lebenspartner, seinem früheren Lebenspartner und dem anderen Elternteil seines Kindes hinsichtlich des Anspruchs nach den §§ 1615l, 1615n des Bürgerlichen Gesetzbuchs Unterhalt gewährt werden.

§ 101 Organschaftliche Vertreter. Angestellte

- (1) Ist der Schuldner keine natürliche Person, so gelten die §§ 97 bis 99 entsprechend für die Mitglieder des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans und die vertretungsberechtigten persönlich haftenden Gesellschafter des Schuldners. § 97 Abs. 1 und § 98 gelten außerdem entsprechend für Personen, die nicht früher als zwei Jahre vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens aus einer in Satz 1 genannten Stellung ausgeschieden sind; verfügt der Schuldner über keinen Vertreter, gilt dies auch für die Personen, die an ihm beteiligt sind. § 100 gilt entsprechend für die vertretungsberechtigten persönlich haftenden Gesellschafter des Schuldners.
- (2) § 97 Abs. 1 Satz 1 gilt entsprechend für Angestellte und frühere Angestellte des Schuldners, sofern diese nicht früher als zwei Jahre vor dem Eröffnungsantrag ausgeschieden sind.
- (3) Kommen die in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen ihrer Auskunftspflicht nicht nach, können ihnen im Fall der Abweisung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens die Kosten des Verfahrens auferlegt werden.

§ 102 Einschränkung eines Grundrechts

Durch § 21 Abs. 2 Nr. 4 und die §§ 99, 101 Abs. 1 Satz 1 wird das Grundrecht des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Grundgesetz) eingeschränkt.

Zweiter Abschnitt – Erfüllung der Rechtsgeschäfte. Mitwirkung des Betriebsrats**§ 103 Wahlrecht des Insolvenzverwalters**

- (1) Ist ein gegenseitiger Vertrag zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vom Schuldner und vom anderen Teil nicht oder nicht vollständig erfüllt, so kann der Insolvenzverwalter anstelle des Schuldners den Vertrag erfüllen und die Erfüllung vom anderen Teil verlangen.
- (2) Lehnt der Verwalter die Erfüllung ab, so kann der andere Teil eine Forderung wegen der Nichterfüllung nur als Insolvenzgläubiger geltend machen. Fordert der andere Teil den Verwalter zur Ausübung seines Wahlrechts auf, so hat der Verwalter unverzüglich zu erklären, ob er die Erfüllung verlangen will. Unterläßt er dies, so kann er auf der Erfüllung nicht bestehen.

§ 104 Fixgeschäfte, Finanzleistungen, vertragliches Liquidationsnetting

- (1) War die Lieferung von Waren, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, genau zu einer festbestimmten Zeit oder innerhalb einer festbestimmten Frist vereinbart und tritt die Zeit oder der

Ablauf der Frist erst nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein, so kann nicht Erfüllung verlangt, sondern nur eine Forderung wegen Nichterfüllung geltend gemacht werden. Dies gilt auch für Geschäfte über Finanzleistungen, die einen Markt- oder Börsenpreis haben und für die eine bestimmte Zeit oder eine bestimmte Frist vereinbart war, die nach der Eröffnung des Verfahrens eintritt oder abläuft. Als Finanzleistungen gelten insbesondere

1. die Lieferung von Edelmetallen,
 2. die Lieferung von Finanzinstrumenten oder vergleichbaren Rechten, soweit nicht der Erwerb einer Beteiligung an einem Unternehmen zur Herstellung einer dauernden Verbindung beabsichtigt ist,
 3. Geldleistungen,
 - a) die in ausländischer Währung oder in einer Rechnungseinheit zu erbringen sind oder
 - b) deren Höhe unmittelbar oder mittelbar durch den Kurs einer ausländischen Währung oder einer Rechnungseinheit, durch den Zinssatz von Forderungen oder durch den Preis anderer Güter oder Leistungen bestimmt wird,
 4. von Nummer 2 nicht ausgeschlossene Lieferungen und Geldleistungen aus derivativen Finanzinstrumenten,
 5. Optionen und andere Rechte auf Lieferungen nach Satz 1 oder auf Lieferungen, Geldleistungen, Optionen und Rechte im Sinne der Nummern 1 bis 5,
 6. Finanzsicherheiten im Sinne des § 1 Absatz 17 des Kreditwesengesetzes.
- Finanzinstrumente im Sinne von Satz 3 Nummer 2 und 4 sind die in Anhang I Abschnitt C der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12. 6. 2014, S. 349; L 74 vom 18. März 2015, S. 38; L 188 vom 13. Juli 2016, S. 28; L 273 vom 8. Oktober 2016, S. 35), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2016/1034 (ABl. L 175 vom 30. Juni 2016, S. 8) geändert worden ist, genannten Instrumente.

- (2) Die Forderung wegen Nichterfüllung bestimmt sich nach dem Markt- oder Börsenwert des Geschäfts. Als Markt- oder Börsenwert gilt
 1. der Markt- oder Börsenpreis für ein Ersatzgeschäft, das unverzüglich, spätestens jedoch am fünften Werktag nach der Eröffnung des Verfahrens abgeschlossen wird, oder
 2. falls kein Ersatzgeschäft nach Nummer 1 abgeschlossen wird, der Markt- oder Börsenpreis für ein Ersatzgeschäft, das am zweiten Werktag nach der Verfahrenseröffnung hätte abgeschlossen werden können.

Sofern das Marktgeschehen den Abschluss eines Ersatzgeschäfts nach Satz 2 Nummer 1 oder 2 nicht zulässt, ist der Markt- und Börsenwert nach Methoden und Verfahren zu bestimmen, die Gewähr für eine angemessene Bewertung des Geschäfts bieten.

- (3) Werden Geschäfte nach Absatz 1 durch einen Rahmenvertrag oder das Regelwerk einer zentralen Gegenpartei im Sinne von § 1 Absatz 31 des Kreditwesengesetzes zu einem einheitlichen Vertrag zusammengefasst, der vorsieht, dass die einbezogenen Geschäfte bei Vorliegen bestimmter Gründe nur einheitlich beendet werden können, gilt die Gesamtheit der einbezogenen Geschäfte als ein Geschäft im Sinne des Absatzes 1. Dies gilt auch dann, wenn zugleich andere Geschäfte einbezogen werden; für letztere gelten die allgemeinen Bestimmungen.
- (4) Die Vertragsparteien können abweichende Bestimmungen treffen, sofern diese mit den wesentlichen Grundgedanken der jeweiligen gesetzlichen Regelung vereinbar sind, von der abgewichen wird. Sie können insbesondere vereinbaren,
 1. dass die Wirkungen nach Absatz 1 auch vor der Verfahrenseröffnung eintreten, insbesondere bei Stellung des Antrags einer Vertragspartei auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das eigene Vermögen oder bei Vorliegen eines Eröffnungsgrundes (vertragliche Beendigung),
 2. dass einer vertraglichen Beendigung auch solche Geschäfte nach Absatz 1 unterliegen, bei denen die Ansprüche auf die Lieferung der Ware oder die Erbringung der Finanzleistung vor der Verfahrenseröffnung, aber nach dem für die vertragliche Beendigung vorgesehenen Zeitpunkt fällig werden,
 3. dass zwecks Bestimmung des Markt- oder Börsenwerts des Geschäfts
 - a) der Zeitpunkt der vertraglichen Beendigung an die Stelle der Verfahrenseröffnung tritt,
 - b) die Vornahme des Ersatzgeschäfts nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 bis zum Ablauf des 20. Werktags nach der vertraglichen Beendigung erfolgen kann, soweit dies für eine wertschonende Abwicklung erforderlich ist,
 - c) anstelle des in Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 genannten Zeitpunkts ein Zeitpunkt oder Zeitraum zwischen der vertraglichen Beendigung und dem Ablauf des fünften darauf folgenden Werktags maßgeblich ist.
- (5) Der andere Teil kann die Forderung wegen Nichterfüllung nur als Insolvenzgläubiger geltend machen.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Änderung der InsO und der EGZPO (BGBl. I 2016, S. 3147) wurden mit Wirkung zum 29. Dezember 2016 die Abs. 1 bis 3 neu gefasst, der Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 und 2 geändert und Nr. 3 neu gefasst.

§ 105 Teilbare Leistungen

Sind die geschuldeten Leistungen teilbar und hat der andere Teil die ihm obliegende Leistung zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bereits teilweise erbracht, so ist er mit dem der Teilleistung entsprechenden Betrag seines Anspruchs auf die Gegenleistung Insolvenzgläubiger, auch wenn der Insolvenzverwalter wegen der noch ausstehenden Leistung Erfüllung verlangt. Der andere Teil ist nicht berechtigt, wegen der Nichterfüllung seines Anspruchs auf die Gegenleistung die Rückgabe einer vor der Eröffnung des Verfahrens in das Vermögen des Schuldners übergegangenen Teilleistung aus der Insolvenzmasse zu verlangen.

§ 106 Vormerkung

- (1) Ist zur Sicherung eines Anspruchs auf Einräumung oder Aufhebung eines Rechts an einem Grundstück des Schuldners oder an einem für den Schuldner eingetragenen Recht oder zur Sicherung eines Anspruchs auf Änderung des Inhalts oder des Ranges eines solchen Rechts eine Vormerkung im Grundbuch eingetragen, so kann der Gläubiger für seinen Anspruch Befriedigung aus der Insolvenzmasse verlangen. Dies gilt auch, wenn der Schuldner dem Gläubiger gegenüber weitere Verpflichtungen übernommen hat und diese nicht oder nicht vollständig erfüllt sind.
- (2) Für eine Vormerkung, die im Schiffsregister, Schiffsbauregister oder Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragen ist, gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 107 Eigentumsvorbehalt

- (1) Hat vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Schuldner eine bewegliche Sache unter Eigentumsvorbehalt verkauft und dem Käufer den Besitz an der Sache übertragen, so kann der Käufer die Erfüllung des Kaufvertrages verlangen. Dies gilt auch, wenn der Schuldner dem Käufer gegenüber weitere Verpflichtungen übernommen hat und diese nicht oder nicht vollständig erfüllt sind.
- (2) Hat vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Schuldner eine bewegliche Sache unter Eigentumsvorbehalt gekauft und vom Verkäufer den Besitz an der Sache erlangt, so braucht der

Insolvenzverwalter, den der Verkäufer zur Ausübung des Wahlrechts aufgefordert hat, die Erklärung nach § 103 Abs. 2 Satz 2 erst unverzüglich nach dem Berichtstermin abzugeben. Dies gilt nicht, wenn in der Zeit bis zum Berichtstermin eine erhebliche Verminderung des Wertes der Sache zu erwarten ist und der Gläubiger den Verwalter auf diesen Umstand hingewiesen hat.

§ 108 Fortbestehen bestimmter Schuldverhältnisse

- (1) Miet- und Pachtverhältnisse des Schuldners über unbewegliche Gegenstände oder Räume sowie Dienstverhältnisse des Schuldners bestehen mit Wirkung für die Insolvenzmasse fort. Dies gilt auch für Miet- und Pachtverhältnisse, die der Schuldner als Vermieter oder Verpächter eingegangen war und die sonstige Gegenstände betreffen, die einem Dritten, der ihre Anschaffung oder Herstellung finanziert hat, zur Sicherheit übertragen wurden.
- (2) Ein vom Schuldner als Darlehensgeber eingegangenes Darlehensverhältnis besteht mit Wirkung für die Masse fort, soweit dem Darlehensnehmer der geschuldete Gegenstand zur Verfügung gestellt wurde.
- (3) Ansprüche für die Zeit vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens kann der andere Teil nur als Insolvenzgläubiger geltend machen.

§ 109 Schuldner als Mieter oder Pächter

- (1) Ein Miet- oder Pachtverhältnis über einen unbeweglichen Gegenstand oder über Räume, das der Schuldner als Mieter oder Pächter eingegangen war, kann der Insolvenzverwalter ohne Rücksicht auf die vereinbarte Vertragsdauer oder einen vereinbarten Ausschluss des Rechts zur ordentlichen Kündigung kündigen; die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Monatsende, wenn nicht eine kürzere Frist maßgeblich ist. Ist Gegenstand des Mietverhältnisses die Wohnung des Schuldners, so tritt an die Stelle der Kündigung das Recht des Insolvenzverwalters zu erklären, dass Ansprüche, die nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist fällig werden, nicht im Insolvenzverfahren geltend gemacht werden können. Kündigt der Verwalter nach Satz 1 oder gibt er die Erklärung nach Satz 2 ab, so kann der andere Teil wegen der vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses oder wegen der Folgen der Erklärung als Insolvenzgläubiger Schadenersatz verlangen.
- (2) Waren dem Schuldner der unbewegliche Gegenstand oder die Räume zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens noch nicht überlassen, so kann sowohl der Verwalter als auch der andere Teil vom Vertrag zurücktreten. Tritt der Verwalter zurück, so kann der andere Teil wegen der vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses als

Insolvenzgläubiger Schadenersatz verlangen. Jeder Teil hat dem anderen auf dessen Verlangen binnen zwei Wochen zu erklären, ob er vom Vertrag zurücktreten will; unterläßt er dies, so verliert er das Rücktrittsrecht.

§ 110 Schuldner als Vermieter oder Verpächter

- (1) Hatte der Schuldner als Vermieter oder Verpächter eines unbeweglichen Gegenstands oder von Räumen vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über die Miet- oder Pachtforderung für die spätere Zeit verfügt, so ist diese Verfügung nur wirksam, soweit sie sich auf die Miete oder Pacht für den zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens laufenden Kalendermonat bezieht. Ist die Eröffnung nach dem fünfzehnten Tag des Monats erfolgt, so ist die Verfügung auch für den folgenden Kalendermonat wirksam.
- (2) Eine Verfügung im Sinne des Absatzes 1 ist insbesondere die Einziehung der Miete oder Pacht. Einer rechtsgeschäftlichen Verfügung steht eine Verfügung gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgt.
- (3) Der Mieter oder der Pächter kann gegen die Miet- oder Pachtforderung für den in Absatz 1 bezeichneten Zeitraum eine Forderung aufrechnen, die ihm gegen den Schuldner zusteht. Die §§ 95 und 96 Nr. 2 bis 4 bleiben unberührt.

§ 111 Veräußerung des Miet- oder Pachtobjekts

Veräußert der Insolvenzverwalter einen unbeweglichen Gegenstand oder Räume, die der Schuldner vermietet oder verpachtet hatte, und tritt der Erwerber anstelle des Schuldners in das Miet- oder Pachtverhältnis ein, so kann der Erwerber das Miet- oder Pachtverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie zulässig ist. § 111: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 13 G v. 22.12.2006 I 3416 m.W.v. 31.12.2006.

§ 112 Kündigungssperre

Ein Miet- oder Pachtverhältnis, das der Schuldner als Mieter oder Pächter eingegangen war, kann der andere Teil nach dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht kündigen:

1. wegen eines Verzugs mit der Entrichtung der Miete oder Pacht, der in der Zeit vor dem Eröffnungsantrag eingetreten ist;
2. wegen einer Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Schuldners.

§ 113 Kündigung eines Dienstverhältnisses

Ein Dienstverhältnis, bei dem der Schuldner der Dienstberechtigte ist, kann vom Insolvenzverwalter und vom anderen Teil ohne Rücksicht auf

eine vereinbarte Vertragsdauer oder einen vereinbarten Ausschluß des Rechts zur ordentlichen Kündigung gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Monatsende, wenn nicht eine kürzere Frist maßgeblich ist. Kündigt der Verwalter, so kann der andere Teil wegen der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses als Insolvenzgläubiger Schadenersatz verlangen.

§ 114 (weggefallen)

§ 115 Erlöschen von Aufträgen

- (1) Ein vom Schuldner erteilter Auftrag, der sich auf das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen bezieht, erlischt durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.
- (2) Der Beauftragte hat, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist, die Besorgung des übertragenen Geschäfts fortzusetzen, bis der Insolvenzverwalter anderweitig Fürsorge treffen kann. Der Auftrag gilt insoweit als fortbestehend. Mit seinen Ersatzansprüchen aus dieser Fortsetzung ist der Beauftragte Massegläubiger.
- (3) Solange der Beauftragte die Eröffnung des Verfahrens ohne Verschulden nicht kennt, gilt der Auftrag zu seinen Gunsten als fortbestehend. Mit den Ersatzansprüchen aus dieser Fortsetzung ist der Beauftragte Insolvenzgläubiger.

§ 116 Erlöschen von Geschäftsbesorgungsverträgen

Hat sich jemand durch einen Dienst- oder Werkvertrag mit dem Schuldner verpflichtet, ein Geschäft für diesen zu besorgen, so gilt § 115 entsprechend. Dabei gelten die Vorschriften für die Ersatzansprüche aus der Fortsetzung der Geschäftsbesorgung auch für die Vergütungsansprüche. Satz 1 findet keine Anwendung auf Zahlungsaufträge sowie auf Aufträge zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen und Aufträge zur Übertragung von Wertpapieren; diese bestehen mit Wirkung für die Masse fort.

§ 117 Erlöschen von Vollmachten

- (1) Eine vom Schuldner erteilte Vollmacht, die sich auf das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen bezieht, erlischt durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.
- (2) Soweit ein Auftrag oder ein Geschäftsbesorgungsvertrag nach § 115 Abs. 2 fortbesteht, gilt auch die Vollmacht als fortbestehend.
- (3) Solange der Bevollmächtigte die Eröffnung des Verfahrens ohne Verschulden nicht kennt, haftet er nicht nach § 179 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

§ 118 Auflösung von Gesellschaften

Wird eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Gesellschafters aufgelöst, so ist der geschäftsführende Gesellschafter mit den Ansprüchen, die ihm aus der einstweiligen Fortführung eilbedürftiger Geschäfte zustehen, Massegläubiger. Mit den Ansprüchen aus der Fortführung der Geschäfte während der Zeit, in der er die Eröffnung des Insolvenzverfahrens ohne sein Verschulden nicht kannte, ist er Insolvenzgläubiger; § 84 Abs. 1 bleibt unberührt.

§ 119 Unwirksamkeit abweichender Vereinbarungen

Vereinbarungen, durch die im voraus die Anwendung der §§ 103 bis 118 ausgeschlossen oder beschränkt wird, sind unwirksam.

§ 120 Kündigung von Betriebsvereinbarungen

- (1) Sind in Betriebsvereinbarungen Leistungen vorgesehen, welche die Insolvenzmasse belasten, so sollen Insolvenzverwalter und Betriebsrat über eine einvernehmliche Herabsetzung der Leistungen beraten. Diese Betriebsvereinbarungen können auch dann mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden, wenn eine längere Frist vereinbart ist.
- (2) Unberührt bleibt das Recht, eine Betriebsvereinbarung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.

§ 121 Betriebsänderungen und Vermittlungsverfahren

Im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unternehmers gilt § 112 Abs. 2 Satz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes mit der Maßgabe, daß dem Verfahren vor der Einigungsstelle nur dann ein Vermittlungsversuch vorangeht, wenn der Insolvenzverwalter und der Betriebsrat gemeinsam um eine solche Vermittlung ersuchen.

§ 122 Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung

- (1) Ist eine Betriebsänderung geplant und kommt zwischen Insolvenzverwalter und Betriebsrat der Interessenausgleich nach § 112 des Betriebsverfassungsgesetzes nicht innerhalb von drei Wochen nach Verhandlungsbeginn oder schriftlicher Aufforderung zur Aufnahme von Verhandlungen zustande, obwohl der Verwalter den Betriebsrat rechtzeitig und umfassend unterrichtet hat, so kann der Verwalter die Zustimmung des Arbeitsgerichts dazu beantragen, daß die Betriebsänderung durchgeführt wird, ohne daß das Verfahren nach § 112 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes vorangegangen ist. § 113 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes ist insoweit nicht anzuwenden.

Unberührt bleibt das Recht des Verwalters, einen Interessenausgleich nach § 125 zustande zu bringen oder einen Feststellungsantrag nach § 126 zu stellen.

- (2) Das Gericht erteilt die Zustimmung, wenn die wirtschaftliche Lage des Unternehmens auch unter Berücksichtigung der sozialen Belange der Arbeitnehmer erfordert, daß die Betriebsänderung ohne vorheriges Verfahren nach § 112 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes durchgeführt wird. Die Vorschriften des Arbeitsgerichtsgesetzes über das Beschlußverfahren gelten entsprechend; Beteiligte sind der Insolvenzverwalter und der Betriebsrat. Der Antrag ist nach Maßgabe des § 61a Abs. 3 bis 6 des Arbeitsgerichtsgesetzes vorrangig zu erledigen.
- (3) Gegen den Beschluß des Gerichts findet die Beschwerde an das Landesarbeitsgericht nicht statt. Die Rechtsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht findet statt, wenn sie in dem Beschluß des Arbeitsgerichts zugelassen wird; § 72 Abs. 2 und 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes gilt entsprechend. Die Rechtsbeschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der in vollständiger Form abgefaßten Entscheidung des Arbeitsgerichts beim Bundesarbeitsgericht einzulegen und zu begründen.

§ 123 Umfang des Sozialplans

- (1) In einem Sozialplan, der nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgestellt wird, kann für den Ausgleich oder die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeitnehmern infolge der geplanten Betriebsänderung entstehen, ein Gesamtbetrag von bis zu zweieinhalb Monatsverdiensten (§ 10 Abs. 3 des Kündigungsschutzgesetzes) der von einer Entlassung betroffenen Arbeitnehmer vorgesehen werden.
- (2) Die Verbindlichkeiten aus einem solchen Sozialplan sind Masseverbindlichkeiten. Jedoch darf, wenn nicht ein Insolvenzplan zustande kommt, für die Berichtigung von Sozialplanforderungen nicht mehr als ein Drittel der Masse verwendet werden, die ohne einen Sozialplan für die Verteilung an die Insolvenzgläubiger zur Verfügung stünde. Übersteigt der Gesamtbetrag aller Sozialplanforderungen diese Grenze, so sind die einzelnen Forderungen anteilig zu kürzen.
- (3) Soodft hinreichende Barmittel in der Masse vorhanden sind, soll der Insolvenzverwalter mit Zustimmung des Insolvenzgerichts Abschlagszahlungen auf die Sozialplanforderungen leisten. Eine Zwangsvollstreckung in die Masse wegen einer Sozialplanforderung ist unzulässig.

§ 124 Sozialplan vor Verfahrenseröffnung

- (1) Ein Sozialplan, der vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, jedoch nicht früher als drei Monate vor dem Eröffnungsantrag aufgestellt worden ist, kann sowohl vom Insolvenzverwalter als auch vom Betriebsrat widerrufen werden.
- (2) Wird der Sozialplan widerrufen, so können die Arbeitnehmer, denen Forderungen aus dem Sozialplan zustanden, bei der Aufstellung eines Sozialplans im Insolvenzverfahren berücksichtigt werden.
- (3) Leistungen, die ein Arbeitnehmer vor der Eröffnung des Verfahrens auf seine Forderung aus dem widerrufenen Sozialplan erhalten hat, können nicht wegen des Widerrufs zurückgefordert werden. Bei der Aufstellung eines neuen Sozialplans sind derartige Leistungen an einen von einer Entlassung betroffenen Arbeitnehmer bei der Berechnung des Gesamtbetrags der Sozialplanforderungen nach § 123 Abs. 1 bis zur Höhe von zweieinhalb Monatsverdiensten abzusetzen.

§ 125 Interessenausgleich und Kündigungsschutz

- (1) Ist eine Betriebsänderung (§ 111 des Betriebsverfassungsgesetzes) geplant und kommt zwischen Insolvenzverwalter und Betriebsrat ein Interessenausgleich zustande, in dem die Arbeitnehmer, denen gekündigt werden soll, namentlich bezeichnet sind, so ist § 1 des Kündigungsschutzgesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:
 1. es wird vermutet, daß die Kündigung der Arbeitsverhältnisse der bezeichneten Arbeitnehmer durch dringende betriebliche Erfordernisse, die einer Weiterbeschäftigung in diesem Betrieb oder einer Weiterbeschäftigung zu unveränderten Arbeitsbedingungen entgegenstehen, bedingt ist;
 2. die soziale Auswahl der Arbeitnehmer kann nur im Hinblick auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter und die Unterhaltspflichten und auch insoweit nur auf grobe Fehlerhaftigkeit nachgeprüft werden; sie ist nicht als grob fehlerhaft anzusehen, wenn eine ausgewogene Personalstruktur erhalten oder geschaffen wird. Satz 1 gilt nicht, soweit sich die Sachlage nach Zustandekommen des Interessenausgleichs wesentlich geändert hat.
- (2) Der Interessenausgleich nach Absatz 1 ersetzt die Stellungnahme des Betriebsrats nach § 17 Abs. 3 Satz 2 des Kündigungsschutzgesetzes.

§ 126 Beschlußverfahren zum Kündigungsschutz

- (1) Hat der Betrieb keinen Betriebsrat oder kommt aus anderen Gründen innerhalb von drei Wochen nach Verhandlungsbeginn oder schriftlicher Aufforderung zur Aufnahme von Verhandlungen ein Interessenausgleich nach § 125 Abs. 1 nicht zustande, obwohl der Verwalter den Betriebsrat rechtzeitig

und umfassend unterrichtet hat, so kann der Insolvenzverwalter beim Arbeitsgericht beantragen festzustellen, daß die Kündigung der Arbeitsverhältnisse bestimmter, im Antrag bezeichneter Arbeitnehmer durch dringende betriebliche Erfordernisse bedingt und sozial gerechtfertigt ist. Die soziale Auswahl der Arbeitnehmer kann nur im Hinblick auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter und die Unterhaltspflichten nachgeprüft werden.

- (2) Die Vorschriften des Arbeitsgerichtsgesetzes über das Beschlußverfahren gelten entsprechend; Beteiligte sind der Insolvenzverwalter, der Betriebsrat und die bezeichneten Arbeitnehmer, soweit sie nicht mit der Beendigung der Arbeitsverhältnisse oder mit den geänderten Arbeitsbedingungen einverstanden sind. § 122 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 gilt entsprechend.
- (3) Für die Kosten, die den Beteiligten im Verfahren des ersten Rechtszugs entstehen, gilt § 12a Abs. 1 Satz 1 und 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes entsprechend. Im Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Erstattung der Kosten des Rechtsstreits entsprechend.

§ 127 Klage des Arbeitnehmers

- (1) Kündigt der Insolvenzverwalter einem Arbeitnehmer, der in dem Antrag nach § 126 Abs. 1 bezeichnet ist, und erhebt der Arbeitnehmer Klage auf Feststellung, daß das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst oder die Änderung der Arbeitsbedingungen sozial ungerechtfertigt ist, so ist die rechtskräftige Entscheidung im Verfahren nach § 126 für die Parteien bindend. Dies gilt nicht, soweit sich die Sachlage nach dem Schluß der letzten mündlichen Verhandlung wesentlich geändert hat.
- (2) Hat der Arbeitnehmer schon vor der Rechtskraft der Entscheidung im Verfahren nach § 126 Klage erhoben, so ist die Verhandlung über die Klage auf Antrag des Verwalters bis zu diesem Zeitpunkt auszusetzen.

§ 128 Betriebsveräußerung

- (1) Die Anwendung der §§ 125 bis 127 wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Betriebsänderung, die dem Interessenausgleich oder dem Feststellungsantrag zugrunde liegt, erst nach einer Betriebsveräußerung durchgeführt werden soll. An dem Verfahren nach § 126 ist der Erwerber des Betriebs beteiligt.
- (2) Im Falle eines Betriebsübergangs erstreckt sich die Vermutung nach § 125 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder die gerichtliche Feststellung nach § 126 Abs. 1 Satz 1 auch darauf, daß die Kündigung der Arbeitsverhältnisse nicht wegen des Betriebsübergangs erfolgt.

Dritter Abschnitt – Insolvenzanfechtung

§ 129 Grundsatz

- (1) Rechtshandlungen, die vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen worden sind und die Insolvenzgläubiger benachteiligen, kann der Insolvenzverwalter nach Maßgabe der §§ 130 bis 146 anfechten.
- (2) Eine Unterlassung steht einer Rechtshandlung gleich.

§ 130 Kongruente Deckung

- (1) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, die einem Insolvenzgläubiger eine Sicherung oder Befriedigung gewährt oder ermöglicht hat,
 1. wenn sie in den letzten drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen worden ist, wenn zur Zeit der Handlung der Schuldner zahlungsunfähig war und wenn der Gläubiger zu dieser Zeit die Zahlungsunfähigkeit kannte oder
 2. wenn sie nach dem Eröffnungsantrag vorgenommen worden ist und wenn der Gläubiger zur Zeit der Handlung die Zahlungsunfähigkeit oder den Eröffnungsantrag kannte. Dies gilt nicht, soweit die Rechtshandlung auf einer Sicherungsvereinbarung beruht, die die Verpflichtung enthält, eine Finanzsicherheit, eine andere oder eine zusätzliche Finanzsicherheit im Sinne des § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes zu bestellen, um das in der Sicherungsvereinbarung festgelegte Verhältnis zwischen dem Wert der gesicherten Verbindlichkeiten und dem Wert der geleisteten Sicherheiten wiederherzustellen (Margensicherheit).
- (2) Der Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder des Eröffnungsantrags steht die Kenntnis von Umständen gleich, die zwingend auf die Zahlungsunfähigkeit oder den Eröffnungsantrag schließen lassen.
- (3) Gegenüber einer Person, die dem Schuldner zur Zeit der Handlung nahestand (§ 138), wird vermutet, daß sie die Zahlungsunfähigkeit oder den Eröffnungsantrag kannte.

§ 131 Inkongruente Deckung

- (1) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, die einem Insolvenzgläubiger eine Sicherung oder Befriedigung gewährt oder ermöglicht hat, die er nicht oder nicht in der Art oder nicht zu der Zeit zu beanspruchen hatte,
 1. wenn die Handlung im letzten Monat vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorgenommen worden ist,
 2. wenn die Handlung innerhalb des zweiten oder dritten Monats vor dem Eröffnungsantrag

vorgenommen worden ist und der Schuldner zur Zeit der Handlung zahlungsunfähig war oder
3. wenn die Handlung innerhalb des zweiten oder dritten Monats vor dem Eröffnungsantrag vorgenommen worden ist und dem Gläubiger zur Zeit der Handlung bekannt war, daß sie die Insolvenzgläubiger benachteiligte.

- (2) Für die Anwendung des Absatzes 1 Nr. 3 steht der Kenntnis der Benachteiligung der Insolvenzgläubiger die Kenntnis von Umständen gleich, die zwingend auf die Benachteiligung schließen lassen. Gegenüber einer Person, die dem Schuldner zur Zeit der Handlung nahestand (§ 138), wird vermutet, daß sie die Benachteiligung der Insolvenzgläubiger kannte.

§ 132 Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen

- (1) Anfechtbar ist ein Rechtsgeschäft des Schuldners, das die Insolvenzgläubiger unmittelbar benachteiligt,
1. wenn es in den letzten drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen worden ist, wenn zur Zeit des Rechtsgeschäfts der Schuldner zahlungsunfähig war und wenn der andere Teil zu dieser Zeit die Zahlungsunfähigkeit kannte oder
2. wenn es nach dem Eröffnungsantrag vorgenommen worden ist und wenn der andere Teil zur Zeit des Rechtsgeschäfts die Zahlungsunfähigkeit oder den Eröffnungsantrag kannte.
(2) Einem Rechtsgeschäft, das die Insolvenzgläubiger unmittelbar benachteiligt, steht eine andere Rechtshandlung des Schuldners gleich, durch die der Schuldner ein Recht verliert oder nicht mehr geltend machen kann oder durch die ein vermögensrechtlicher Anspruch gegen ihn erhalten oder durchsetzbar wird.
(3) § 130 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 133 Vorsätzliche Benachteiligung

- (1) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, die der Schuldner in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag mit dem Vorsatz, seine Gläubiger zu benachteiligen, vorgenommen hat, wenn der andere Teil zur Zeit der Handlung den Vorsatz des Schuldners kannte. Diese Kenntnis wird vermutet, wenn der andere Teil wußte, daß die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners drohte und daß die Handlung die Gläubiger benachteiligte.
(2) Hat die Rechtshandlung dem anderen Teil eine Sicherung oder Befriedigung gewährt oder ermöglicht, beträgt der Zeitraum nach Absatz 1 Satz 1 vier Jahre.
(3) Hat die Rechtshandlung dem anderen Teil eine Sicherung oder Befriedigung gewährt oder ermöglicht, welche dieser in der Art und zu der Zeit

beanspruchen konnte, tritt an die Stelle der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nach Absatz 1 Satz 2 die eingetretene. Hatte der andere Teil mit dem Schuldner eine Zahlungsvereinbarung getroffen oder diesem in sonstiger Weise eine Zahlungerleichterung gewährt, wird vermutet, dass er zur Zeit der Handlung die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nicht kannte.

- (4) Anfechtbar ist ein vom Schuldner mit einer nahestehenden Person (§ 138) geschlossener entgeltlicher Vertrag, durch den die Insolvenzgläubiger unmittelbar benachteiligt werden. Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn der Vertrag früher als zwei Jahre vor dem Eröffnungsantrag geschlossen worden ist oder wenn dem anderen Teil zur Zeit des Vertragsschlusses ein Vorsatz des Schuldners, die Gläubiger zu benachteiligen, nicht bekannt war.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und nach dem AnfechtungsG (BGBl. I 2017, S. 654) wurden mit Wirkung zum 5. April 2017 in § 133 der Abs. 2 und der Abs. 3 eingefügt. Der bisherige Abs. 2 wurde Abs. 4.

§ 134 Unentgeltliche Leistung

- (1) Anfechtbar ist eine unentgeltliche Leistung des Schuldners, es sei denn, sie ist früher als vier Jahre vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen worden.
(2) Richtet sich die Leistung auf ein gebräuchliches Gelegenheitsgeschenk geringen Werts, so ist sie nicht anfechtbar.

§ 135 Gesellschafterdarlehen

- (1) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, die für die Forderung eines Gesellschafters auf Rückgewähr eines Darlehens im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 5 oder für eine gleichgestellte Forderung
1. Sicherung gewährt hat, wenn die Handlung in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorgenommen worden ist, oder
2. Befriedigung gewährt hat, wenn die Handlung im letzten Jahr vor dem Eröffnungsantrag oder nach diesem Antrag vorgenommen worden ist.
(2) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, mit der eine Gesellschaft einem Dritten für eine Forderung auf Rückgewähr eines Darlehens innerhalb der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Fristen Befriedigung gewährt hat, wenn ein Gesellschafter für die Forderung eine Sicherheit bestellt hatte oder als Bürge haftete; dies gilt sinngemäß für Leistungen auf

Forderungen, die einem Darlehen wirtschaftlich entsprechen.

- (3) Wurde dem Schuldner von einem Gesellschafter ein Gegenstand zum Gebrauch oder zur Ausübung überlassen, so kann der Aussonderungsanspruch während der Dauer des Insolvenzverfahrens, höchstens aber für eine Zeit von einem Jahr ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht geltend gemacht werden, wenn der Gegenstand für die Fortführung des Unternehmens des Schuldners von erheblicher Bedeutung ist. Für den Gebrauch oder die Ausübung des Gegenstandes gebührt dem Gesellschafter ein Ausgleich; bei der Berechnung ist der Durchschnitt der im letzten Jahr vor Verfahrenseröffnung geleisteten Vergütung in Ansatz zu bringen, bei kürzerer Dauer der Überlassung ist der Durchschnitt während dieses Zeitraums maßgebend.
- (4) § 39 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 136 Stille Gesellschaft

- (1) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, durch die einem stillen Gesellschafter die Einlage ganz oder teilweise zurückgewährt oder sein Anteil an dem entstandenen Verlust ganz oder teilweise erlassen wird, wenn die zugrundeliegende Vereinbarung im letzten Jahr vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Inhabers des Handelsgeschäfts oder nach diesem Antrag getroffen worden ist. Dies gilt auch dann, wenn im Zusammenhang mit der Vereinbarung die stille Gesellschaft aufgelöst worden ist.
- (2) Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn ein Eröffnungsgrund erst nach der Vereinbarung eingetreten ist.

§ 137 Wechsel- und Scheckzahlungen

- (1) Wechselzahlungen des Schuldners können nicht auf Grund des § 130 vom Empfänger zurückgefordert werden, wenn nach Wechselrecht der Empfänger bei einer Verweigerung der Annahme der Zahlung den Wechselanspruch gegen andere Wechselverpflichtete verloren hätte.
- (2) Die gezahlte Wechselsumme ist jedoch vom letzten Rückgriffsverpflichteten oder, wenn dieser den Wechsel für Rechnung eines Dritten begeben hatte, von dem Dritten zu erstatten, wenn der letzte Rückgriffsverpflichtete oder der Dritte zu der Zeit, als er den Wechsel begab oder begeben ließ, die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners oder den Eröffnungsantrag kannte. § 130 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Scheckzahlungen des Schuldners.

§ 138 Nahestehende Personen

- (1) Ist der Schuldner eine natürliche Person, so sind nahestehende Personen:
 1. der Ehegatte des Schuldners, auch wenn die Ehe erst nach der Rechtshandlung geschlossen oder im letzten Jahr vor der Handlung aufgelöst worden ist;
 - 1a. der Lebenspartner des Schuldners, auch wenn die Lebenspartnerschaft erst nach der Rechtshandlung eingegangen oder im letzten Jahr vor der Handlung aufgelöst worden ist;
 2. Verwandte des Schuldners oder des in Nummer 1 bezeichneten Ehegatten oder des in Nummer 1a bezeichneten Lebenspartners in auf- und absteigender Linie und voll- und halbbürtige Geschwister des Schuldners oder des in Nummer 1 bezeichneten Ehegatten oder des in Nummer 1a bezeichneten Lebenspartners sowie die Ehegatten oder Lebenspartner dieser Personen;
 3. Personen, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem Schuldner leben oder im letzten Jahr vor der Handlung in häuslicher Gemeinschaft mit dem Schuldner gelebt haben sowie Personen, die sich auf Grund einer dienstvertraglichen Verbindung zum Schuldner über dessen wirtschaftliche Verhältnisse unterrichten können;
 4. eine juristische Person oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, wenn der Schuldner oder eine der in den Nummern 1 bis 3 genannten Personen Mitglied des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans, persönlich haftender Gesellschafter oder zu mehr als einem Viertel an deren Kapital beteiligt ist oder auf Grund einer vergleichbaren gesellschaftsrechtlichen oder dienstvertraglichen Verbindung die Möglichkeit hat, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners zu unterrichten.
- (2) Ist der Schuldner eine juristische Person oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, so sind nahestehende Personen:
 1. die Mitglieder des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans und persönlich haftende Gesellschafter des Schuldners sowie Personen, die zu mehr als einem Viertel am Kapital des Schuldners beteiligt sind;
 2. eine Person oder eine Gesellschaft, die auf Grund einer vergleichbaren gesellschaftsrechtlichen oder dienstvertraglichen Verbindung zum Schuldner die Möglichkeit haben, sich über dessen wirtschaftliche Verhältnisse zu unterrichten;
 3. eine Person, die zu einer der in Nummer 1 oder 2 bezeichneten Personen in einer in Absatz 1 bezeichneten persönlichen Verbindung steht; dies gilt nicht, soweit die in Nummer 1 oder 2 bezeichneten Personen kraft Gesetzes in den Angelegenheiten des Schuldners zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

§ 139 Berechnung der Fristen vor dem Eröffnungsantrag

- (1) Die in den §§ 88, 130 bis 136 bestimmten Fristen beginnen mit dem Anfang des Tages, der durch seine Zahl dem Tag entspricht, an dem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens beim Insolvenzgericht eingegangen ist. Fehlt ein solcher Tag, so beginnt die Frist mit dem Anfang des folgenden Tages.
- (2) Sind mehrere Eröffnungsanträge gestellt worden, so ist der erste zulässige und begründete Antrag maßgeblich, auch wenn das Verfahren auf Grund eines späteren Antrags eröffnet worden ist. Ein rechtskräftig abgewiesener Antrag wird nur berücksichtigt, wenn er mangels Masse abgewiesen worden ist.

§ 140 Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung

- (1) Eine Rechtshandlung gilt als in dem Zeitpunkt vorgenommen, in dem ihre rechtlichen Wirkungen eintreten.
- (2) Ist für das Wirksamwerden eines Rechtsgeschäfts eine Eintragung im Grundbuch, im Schiffsregister, im Schiffsbauregister oder im Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen erforderlich, so gilt das Rechtsgeschäft als vorgenommen, sobald die übrigen Voraussetzungen für das Wirksamwerden erfüllt sind, die Willenserklärung des Schuldners für ihn bindend geworden ist und der andere Teil den Antrag auf Eintragung der Rechtsänderung gestellt hat. Ist der Antrag auf Eintragung einer Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf die Rechtsänderung gestellt worden, so gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß dieser Antrag an die Stelle des Antrags auf Eintragung der Rechtsänderung tritt.
- (3) Bei einer bedingten oder befristeten Rechtshandlung bleibt der Eintritt der Bedingung oder des Termins außer Betracht.

§ 141 Vollstreckbarer Titel

Die Anfechtung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß für die Rechtshandlung ein vollstreckbarer Schuldtitel erlangt oder daß die Handlung durch Zwangsvollstreckung erwirkt worden ist.

§ 142 Bargeschäft

- (1) Eine Leistung des Schuldners, für die unmittelbar eine gleichwertige Gegenleistung in sein Vermögen gelangt, ist nur anfechtbar, wenn die Voraussetzungen des § 133 Absatz 1 bis 3 gegeben sind und der andere Teil erkannt hat, dass der Schuldner unlauter handelte.
- (2) Der Austausch von Leistung und Gegenleistung ist unmittelbar, wenn er nach Art der ausgetauschten Leistungen und unter Berücksichtigung der Gepflogenheiten des Geschäftsverkehrs

in einem engen zeitlichen Zusammenhang erfolgt. Gewährt der Schuldner seinem Arbeitnehmer Arbeitsentgelt, ist ein enger zeitlicher Zusammenhang gegeben, wenn der Zeitraum zwischen Arbeitsleistung und Gewährung des Arbeitsentgelts drei Monate nicht übersteigt.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und nach dem AnfechtungsG (BGBl. I 2017, S. 654) wurde mit Wirkung zum 5. April 2017 der § 142 neu gefasst.

§ 143 Rechtsfolgen

- (1) Was durch die anfechtbare Handlung aus dem Vermögen des Schuldners veräußert, weggegeben oder aufgegeben ist, muß zur Insolvenzmasse zurückgewährt werden. Die Vorschriften über die Rechtsfolgen einer ungerechtfertigten Bereicherung, bei der dem Empfänger der Mangel des rechtlichen Grundes bekannt ist, gelten entsprechend. Eine Geldschuld ist nur zu verzinsen, wenn die Voraussetzungen des Schuldnerverzugs oder des § 291 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen; ein darüber hinausgehender Anspruch auf Herausgabe von Nutzungen eines erlangten Geldbetrags ist ausgeschlossen.
- (2) Der Empfänger einer unentgeltlichen Leistung hat diese nur zurückzugewähren, soweit er durch sie bereichert ist. Dies gilt nicht, sobald er weiß oder den Umständen nach wissen muß, daß die unentgeltliche Leistung die Gläubiger benachteiligt.
- (3) Im Fall der Anfechtung nach § 135 Abs. 2 hat der Gesellschafter, der die Sicherheit bestellt hatte oder als Bürge haftete, die dem Dritten gewährte Leistung zur Insolvenzmasse zu erstatten. Die Verpflichtung besteht nur bis zur Höhe des Betrags, mit dem der Gesellschafter als Bürge haftete oder der dem Wert der von ihm bestellten Sicherheit im Zeitpunkt der Rückgewähr des Darlehens oder der Leistung auf die gleichgestellte Forderung entspricht. Der Gesellschafter wird von der Verpflichtung frei, wenn er die Gegenstände, die dem Gläubiger als Sicherheit gedient hatten, der Insolvenzmasse zur Verfügung stellt.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und nach dem AnfechtungsG (BGBl. I 2017, S. 654) wurde mit Wirkung zum 5. April 2017 der Abs. 1 Satz 3 angefügt.

§ 144 Ansprüche des Anfechtungsgegners

- (1) Gewährt der Empfänger einer anfechtbaren Leistung das Erlangte zurück, so lebt seine Forderung wieder auf.
- (2) Eine Gegenleistung ist aus der Insolvenzmasse zu erstatten, soweit sie in dieser noch unterscheidbar vorhanden ist oder soweit die Masse um ihren Wert bereichert ist. Darüber hinaus kann der Empfänger der anfechtbaren Leistung die Forderung auf Rückgewähr der Gegenleistung nur als Insolvenzgläubiger geltend machen.

§ 145 Anfechtung gegen Rechtsnachfolger

- (1) Die Anfechtbarkeit kann gegen den Erben oder einen anderen Gesamtrechtsnachfolger des Anfechtungsgegners geltend gemacht werden.
- (2) Gegen einen sonstigen Rechtsnachfolger kann die Anfechtbarkeit geltend gemacht werden:
 1. wenn dem Rechtsnachfolger zur Zeit seines Erwerbs die Umstände bekannt waren, welche die Anfechtbarkeit des Erwerbs seines Rechtsvorgängers begründen;
 2. wenn der Rechtsnachfolger zur Zeit seines Erwerbs zu den Personen gehörte, die dem Schuldner nahestehen (§ 138), es sei denn, daß ihm zu dieser Zeit die Umstände unbekannt waren, welche die Anfechtbarkeit des Erwerbs seines Rechtsvorgängers begründen;
 3. wenn dem Rechtsnachfolger das Erlangte unentgeltlich zugewendet worden ist.

§ 146 Verjährung des Anfechtungsanspruchs

- (1) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.
- (2) Auch wenn der Anfechtungsanspruch verjährt ist, kann der Insolvenzverwalter die Erfüllung einer Leistungspflicht verweigern, die auf einer anfechtbaren Handlung beruht.

§ 147 Rechtshandlungen nach Verfahrenseröffnung

Eine Rechtshandlung, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen worden ist und die nach § 81 Abs. 3 Satz 2, §§ 892, 893 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken und §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen wirksam ist, kann nach den Vorschriften angefochten werden, die für die Anfechtung einer vor der Verfahrenseröffnung vorgenommenen Rechtshandlung gelten. Satz 1 findet auf die den in § 96 Abs. 2 genannten Ansprüchen und Leistungen zugrunde liegenden Rechtshandlungen mit der Maßgabe Anwendung, dass durch die Anfechtung nicht die Verrechnung einschließlich des Saldenausgleichs rückgängig gemacht wird oder die betreffenden

Zahlungsaufträge, Aufträge zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen oder Aufträge zur Übertragung von Wertpapieren unwirksam werden.

Vierter Teil – Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse**Erster Abschnitt – Sicherung der Insolvenzmasse****§ 148 Übernahme der Insolvenzmasse**

- (1) Nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens hat der Insolvenzverwalter das gesamte zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen sofort in Besitz und Verwaltung zu nehmen.
- (2) Der Verwalter kann auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Eröffnungsbeschlusses die Herausgabe der Sachen, die sich im Gewahrsam des Schuldners befinden, im Wege der Zwangsvollstreckung durchsetzen. § 766 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Vollstreckungsgerichts das Insolvenzgericht tritt.

§ 149 Wertgegenstände

- (1) Der Gläubigerausschuß kann bestimmen, bei welcher Stelle und zu welchen Bedingungen Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten hinterlegt oder angelegt werden sollen. Ist kein Gläubigerausschuß bestellt oder hat der Gläubigerausschuß noch keinen Beschluß gefaßt, so kann das Insolvenzgericht entsprechendes anordnen.
- (2) Die Gläubigerversammlung kann abweichende Regelungen beschließen.

§ 150 Siegelung

Der Insolvenzverwalter kann zur Sicherung der Sachen, die zur Insolvenzmasse gehören, durch den Gerichtsvollzieher oder eine andere dazu gesetzlich ermächtigte Person Siegel anbringen lassen. Das Protokoll über eine Siegelung oder Entsiegelung hat der Verwalter auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

§ 151 Verzeichnis der Massegegenstände

- (1) Der Insolvenzverwalter hat ein Verzeichnis der einzelnen Gegenstände der Insolvenzmasse aufzustellen. Der Schuldner ist hinzuzuziehen, wenn dies ohne eine nachteilige Verzögerung möglich ist.
- (2) Bei jedem Gegenstand ist dessen Wert anzugeben. Hängt der Wert davon ab, ob das Unternehmen fortgeführt oder stillgelegt wird, sind beide Werte anzugeben. Besonders schwierige Bewertungen können einem Sachverständigen übertragen werden.
- (3) Auf Antrag des Verwalters kann das Insolvenzgericht gestatten, daß die Aufstellung des

Verzeichnisses unterbleibt; der Antrag ist zu begründen. Ist ein Gläubigerausschuß bestellt, so kann der Verwalter den Antrag nur mit Zustimmung des Gläubigerausschusses stellen.

§ 152 Gläubigerverzeichnis

- (1) Der Insolvenzverwalter hat ein Verzeichnis aller Gläubiger des Schuldners aufzustellen, die ihm aus den Büchern und Geschäftspapieren des Schuldners, durch sonstige Angaben des Schuldners, durch die Anmeldung ihrer Forderungen oder auf andere Weise bekannt geworden sind.
- (2) In dem Verzeichnis sind die absonderungsberechtigten Gläubiger und die einzelnen Rangklassen der nachrangigen Insolvenzgläubiger gesondert aufzuführen. Bei jedem Gläubiger sind die Anschrift sowie der Grund und der Betrag seiner Forderung anzugeben. Bei den absonderungsberechtigten Gläubigern sind zusätzlich der Gegenstand, an dem das Absonderungsrecht besteht, und die Höhe des mutmaßlichen Ausfalls zu bezeichnen; § 151 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Weiter ist anzugeben, welche Möglichkeiten der Aufrechnung bestehen. Die Höhe der Masseverbindlichkeiten im Falle einer zügigen Verwertung des Vermögens des Schuldners ist zu schätzen.

§ 153 Vermögensübersicht

- (1) Der Insolvenzverwalter hat auf den Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine geordnete Übersicht aufzustellen, in der die Gegenstände der Insolvenzmasse und die Verbindlichkeiten des Schuldners aufgeführt und einander gegenübergestellt werden. Für die Bewertung der Gegenstände gilt § 151 Abs. 2 entsprechend, für die Gliederung der Verbindlichkeiten § 152 Abs. 2 Satz 1.
- (2) Nach der Aufstellung der Vermögensübersicht kann das Insolvenzgericht auf Antrag des Verwalters oder eines Gläubigers dem Schuldner aufgeben, die Vollständigkeit der Vermögensübersicht eidesstattlich zu versichern. Die §§ 98, 101 Abs. 1 Satz 1, 2 gelten entsprechend.

§ 154 Niederlegung in der Geschäftsstelle

Das Verzeichnis der Massegegenstände, das Gläubigerverzeichnis und die Vermögensübersicht sind spätestens eine Woche vor dem Berichtstermin in der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

§ 155 Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung

- (1) Handels- und steuerrechtliche Pflichten des Schuldners zur Buchführung und zur Rechnungslegung bleiben unberührt. In Bezug auf die Insolvenzmasse hat der Insolvenzverwalter diese Pflichten zu erfüllen.

- (2) Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens beginnt ein neues Geschäftsjahr. Jedoch wird die Zeit bis zum Berichtstermin in gesetzliche Fristen für die Aufstellung oder die Offenlegung eines Jahresabschlusses nicht eingerechnet.
- (3) Für die Bestellung des Abschlußprüfers im Insolvenzverfahren gilt § 318 des Handelsgesetzbuchs mit der Maßgabe, daß die Bestellung ausschließlich durch das Registergericht auf Antrag des Verwalters erfolgt. Ist für das Geschäftsjahr vor der Eröffnung des Verfahrens bereits ein Abschlußprüfer bestellt, so wird die Wirksamkeit dieser Bestellung durch die Eröffnung nicht berührt.

Zweiter Abschnitt – Entscheidung über die Verwertung

§ 156 Berichtstermin

- (1) Im Berichtstermin hat der Insolvenzverwalter über die wirtschaftliche Lage des Schuldners und ihre Ursachen zu berichten. Er hat darzulegen, ob Aussichten bestehen, das Unternehmen des Schuldners im ganzen oder in Teilen zu erhalten, welche Möglichkeiten für einen Insolvenzplan bestehen und welche Auswirkungen jeweils für die Befriedigung der Gläubiger eintreten würden.
- (2) Dem Schuldner, dem Gläubigerausschuß, dem Betriebsrat und dem Sprecherausschuß der leitenden Angestellten ist im Berichtstermin Gelegenheit zu geben, zu dem Bericht des Verwalters Stellung zu nehmen. Ist der Schuldner Handels- oder Gewerbetreibender oder Landwirt, so kann auch der zuständigen amtlichen Berufsvertretung der Industrie, des Handels, des Handwerks oder der Landwirtschaft im Termin Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

§ 157 Entscheidung über den Fortgang des Verfahrens

Die Gläubigerversammlung beschließt im Berichtstermin, ob das Unternehmen des Schuldners stillgelegt oder vorläufig fortgeführt werden soll. Sie kann den Verwalter beauftragen, einen Insolvenzplan auszuarbeiten, und ihm das Ziel des Plans vorgeben. Sie kann ihre Entscheidungen in späteren Terminen ändern.

§ 158 Maßnahmen vor der Entscheidung

- (1) Will der Insolvenzverwalter vor dem Berichtstermin das Unternehmen des Schuldners stilllegen oder veräußern, so hat er die Zustimmung des Gläubigerausschusses einzuholen, wenn ein solcher bestellt ist.
- (2) Vor der Beschlußfassung des Gläubigerausschusses oder, wenn ein solcher nicht bestellt ist, vor der Stilllegung oder Veräußerung des Unternehmens hat der Verwalter den Schuldner zu unterrichten. Das Insolvenzgericht untersagt auf

Antrag des Schuldners und nach Anhörung des Verwalters die Stilllegung oder Veräußerung, wenn diese ohne eine erhebliche Verminderung der Insolvenzmasse bis zum Berichtstermin aufgeschoben werden kann.

§ 159 Verwertung der Insolvenzmasse

Nach dem Berichtstermin hat der Insolvenzverwalter unverzüglich das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verwerten, soweit die Beschlüsse der Gläubigerversammlung nicht entgegenstehen.

§ 160 Besonders bedeutsame Rechtshandlungen

- (1) Der Insolvenzverwalter hat die Zustimmung des Gläubigerausschusses einzuholen, wenn er Rechtshandlungen vornehmen will, die für das Insolvenzverfahren von besonderer Bedeutung sind. Ist ein Gläubigerausschuß nicht bestellt, so ist die Zustimmung der Gläubigerversammlung einzuholen. Ist die einberufene Gläubigerversammlung beschlussunfähig, gilt die Zustimmung als erteilt; auf diese Folgen sind die Gläubiger bei der Einladung zur Gläubigerversammlung hinzuweisen.
- (2) Die Zustimmung nach Absatz 1 ist insbesondere erforderlich,
 1. wenn das Unternehmen oder ein Betrieb, das Warenlager im ganzen, ein unbeweglicher Gegenstand aus freier Hand, die Beteiligung des Schuldners an einem anderen Unternehmen, die der Herstellung einer dauernden Verbindung zu diesem Unternehmen dienen soll, oder das Recht auf den Bezug wiederkehrender Einkünfte veräußert werden soll;
 2. wenn ein Darlehen aufgenommen werden soll, das die Insolvenzmasse erheblich belasten würde;
 3. wenn ein Rechtsstreit mit erheblichem Streitwert anhängig gemacht oder aufgenommen, die Aufnahme eines solchen Rechtsstreits abgelehnt oder zur Beilegung oder zur Vermeidung eines solchen Rechtsstreits ein Vergleich oder ein Schiedsvertrag geschlossen werden soll.

§ 161 Vorläufige Untersagung der Rechtshandlung

In den Fällen des § 160 hat der Insolvenzverwalter vor der Beschlußfassung des Gläubigerausschusses oder der Gläubigerversammlung den Schuldner zu unterrichten, wenn dies ohne nachteilige Verzögerung möglich ist. Sofern nicht die Gläubigerversammlung ihre Zustimmung erteilt hat, kann das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners oder einer in § 75 Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Mehrzahl von Gläubigern und nach Anhörung des Verwalters die Vornahme der Rechtshandlung vorläufig untersagen und eine

Gläubigerversammlung einberufen, die über die Vornahme beschließt.

§ 162 Betriebsveräußerung an besonders Interessierte

- (1) Die Veräußerung des Unternehmens oder eines Betriebs ist nur mit Zustimmung der Gläubigerversammlung zulässig, wenn der Erwerber oder eine Person, die an seinem Kapital zu mindestens einem Fünftel beteiligt ist,
 1. zu den Personen gehört, die dem Schuldner nahestehen (§ 138),
 2. ein absonderungsberechtigter Gläubiger oder ein nicht nachrangiger Insolvenzgläubiger ist, dessen Absonderungsrechte und Forderungen nach der Schätzung des Insolvenzgerichts zusammen ein Fünftel der Summe erreichen, die sich aus dem Wert aller Absonderungsrechte und den Forderungsbeträgen aller nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger ergibt.
- (2) Eine Person ist auch insoweit im Sinne des Absatzes 1 am Erwerb beteiligt, als ein von der Person abhängiges Unternehmen oder ein Dritter für Rechnung der Person oder des abhängigen Unternehmens am Erwerb beteiligt ist.

§ 163 Betriebsveräußerung unter Wert

- (1) Auf Antrag des Schuldners oder einer in § 75 Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Mehrzahl von Gläubigern und nach Anhörung des Insolvenzverwalters kann das Insolvenzgericht anordnen, daß die geplante Veräußerung des Unternehmens oder eines Betriebs nur mit Zustimmung der Gläubigerversammlung zulässig ist, wenn der Antragsteller glaubhaft macht, daß eine Veräußerung an einen anderen Erwerber für die Insolvenzmasse günstiger wäre.
- (2) Sind dem Antragsteller durch den Antrag Kosten entstanden, so ist er berechtigt, die Erstattung dieser Kosten aus der Insolvenzmasse zu verlangen, sobald die Anordnung des Gerichts ergangen ist.

§ 164 Wirksamkeit der Handlung

Durch einen Verstoß gegen die §§ 160 bis 163 wird die Wirksamkeit der Handlung des Insolvenzverwalters nicht berührt.

Dritter Abschnitt – Gegenstände mit Absonderungsrechten

§ 165 Verwertung unbeweglicher Gegenstände

Der Insolvenzverwalter kann beim zuständigen Gericht die Zwangsversteigerung oder die Zwangsverwaltung eines unbeweglichen Gegenstands der Insolvenzmasse betreiben, auch wenn an dem Gegenstand ein Absonderungsrecht besteht.

§ 166 Verwertung beweglicher Gegenstände

- (1) Der Insolvenzverwalter darf eine bewegliche Sache, an der ein Absonderungsrecht besteht, freihändig verwerten, wenn er die Sache in seinem Besitz hat.
- (2) Der Verwalter darf eine Forderung, die der Schuldner zur Sicherung eines Anspruchs abgetreten hat, einziehen oder in anderer Weise verwerten.
- (3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung
 1. auf Gegenstände, an denen eine Sicherheit zu Gunsten des Betreibers oder des Teilnehmers eines Systems nach § 1 Abs. 16 des Kreditwesengesetzes zur Sicherung seiner Ansprüche aus dem System besteht,
 2. auf Gegenstände, an denen eine Sicherheit zu Gunsten der Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums oder zu Gunsten der Europäischen Zentralbank besteht, und
 3. auf eine Finanzsicherheit im Sinne des § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes.

§ 167 Unterrichtung des Gläubigers

- (1) Ist der Insolvenzverwalter nach § 166 Abs. 1 zur Verwertung einer beweglichen Sache berechtigt, so hat er dem absonderungsberechtigten Gläubiger auf dessen Verlangen Auskunft über den Zustand der Sache zu erteilen. Anstelle der Auskunft kann er dem Gläubiger gestatten, die Sache zu besichtigen.
- (2) Ist der Verwalter nach § 166 Abs. 2 zur Einziehung einer Forderung berechtigt, so hat er dem absonderungsberechtigten Gläubiger auf dessen Verlangen Auskunft über die Forderung zu erteilen. Anstelle der Auskunft kann er dem Gläubiger gestatten, Einsicht in die Bücher und Geschäftspapiere des Schuldners zu nehmen.

§ 168 Mitteilung der Veräußerungsabsicht

- (1) Bevor der Insolvenzverwalter einen Gegenstand, zu dessen Verwertung er nach § 166 berechtigt ist, an einen Dritten veräußert, hat er dem absonderungsberechtigten Gläubiger mitzuteilen, auf welche Weise der Gegenstand veräußert werden soll. Er hat dem Gläubiger Gelegenheit zu geben, binnen einer Woche auf eine andere, für den Gläubiger günstigere Möglichkeit der Verwertung des Gegenstands hinzuweisen.
- (2) Erfolgt ein solcher Hinweis innerhalb der Wochenfrist oder rechtzeitig vor der Veräußerung, so hat der Verwalter die vom Gläubiger genannte Verwertungsmöglichkeit wahrzunehmen oder den Gläubiger so zu stellen, wie wenn er sie wahrgenommen hätte.
- (3) Die andere Verwertungsmöglichkeit kann auch darin bestehen, daß der Gläubiger den

Gegenstand selbst übernimmt. Günstiger ist eine Verwertungsmöglichkeit auch dann, wenn Kosten eingespart werden.

§ 169 Schutz des Gläubigers vor einer Verzögerung der Verwertung

Solange ein Gegenstand, zu dessen Verwertung der Insolvenzverwalter nach § 166 berechtigt ist, nicht verwertet wird, sind dem Gläubiger vom Berichtstermin an laufend die geschuldeten Zinsen aus der Insolvenzmasse zu zahlen. Ist der Gläubiger schon vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf Grund einer Anordnung nach § 21 an der Verwertung des Gegenstands gehindert worden, so sind die geschuldeten Zinsen spätestens von dem Zeitpunkt an zu zahlen, der drei Monate nach dieser Anordnung liegt. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit nach der Höhe der Forderung sowie dem Wert und der sonstigen Belastung des Gegenstands nicht mit einer Befriedigung des Gläubigers aus dem Verwertungserlös zu rechnen ist.

§ 170 Verteilung des Erlöses

- (1) Nach der Verwertung einer beweglichen Sache oder einer Forderung durch den Insolvenzverwalter sind aus dem Verwertungserlös die Kosten der Feststellung und der Verwertung des Gegenstands vorweg für die Insolvenzmasse zu entnehmen. Aus dem verbleibenden Betrag ist unverzüglich der absonderungsberechtigte Gläubiger zu befriedigen.
- (2) Überläßt der Insolvenzverwalter einen Gegenstand, zu dessen Verwertung er nach § 166 berechtigt ist, dem Gläubiger zur Verwertung, so hat dieser aus dem von ihm erzielten Verwertungserlös einen Betrag in Höhe der Kosten der Feststellung sowie des Umsatzsteuerbetrages (§ 171 Abs. 2 Satz 3) vorweg an die Masse abzuführen.

§ 171 Berechnung des Kostenbeitrags

- (1) Die Kosten der Feststellung umfassen die Kosten der tatsächlichen Feststellung des Gegenstands und der Feststellung der Rechte an diesem. Sie sind pauschal mit vier vom Hundert des Verwertungserlöses anzusetzen.
- (2) Als Kosten der Verwertung sind pauschal fünf vom Hundert des Verwertungserlöses anzusetzen. Lagen die tatsächlich entstandenen, für die Verwertung erforderlichen Kosten erheblich niedriger oder erheblich höher, so sind diese Kosten anzusetzen. Führt die Verwertung zu einer Belastung der Masse mit Umsatzsteuer, so ist der Umsatzsteuerbetrag zusätzlich zu der Pauschale nach Satz 1 oder den tatsächlich entstandenen Kosten nach Satz 2 anzusetzen.

§ 172 Sonstige Verwendung beweglicher Sachen

- (1) Der Insolvenzverwalter darf eine bewegliche Sache, zu deren Verwertung er berechtigt ist, für die Insolvenzmasse benutzen, wenn er den dadurch entstehenden Wertverlust von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens an durch laufende Zahlungen an den Gläubiger ausgleicht. Die Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen besteht nur, soweit der durch die Nutzung entstehende Wertverlust die Sicherung des absonderungsberechtigten Gläubigers beeinträchtigt.
- (2) Der Verwalter darf eine solche Sache verbinden, vermischen und verarbeiten, soweit dadurch die Sicherung des absonderungsberechtigten Gläubigers nicht beeinträchtigt wird. Setzt sich das Recht des Gläubigers an einer anderen Sache fort, so hat der Gläubiger die neue Sicherheit insoweit freizugeben, als sie den Wert der bisherigen Sicherheit übersteigt.

§ 173 Verwertung durch den Gläubiger

- (1) Soweit der Insolvenzverwalter nicht zur Verwertung einer beweglichen Sache oder einer Forderung berechtigt ist, an denen ein Absonderungsrecht besteht, bleibt das Recht des Gläubigers zur Verwertung unberührt.
- (2) Auf Antrag des Verwalters und nach Anhörung des Gläubigers kann das Insolvenzgericht eine Frist bestimmen, innerhalb welcher der Gläubiger den Gegenstand zu verwerten hat. Nach Ablauf der Frist ist der Verwalter zur Verwertung berechtigt.

Fünfter Teil – Befriedigung der Insolvenzgläubiger. Einstellung des Verfahrens**Erster Abschnitt – Feststellung der Forderungen****§ 174 Anmeldung der Forderungen**

- (1) Die Insolvenzgläubiger haben ihre Forderungen schriftlich beim Insolvenzverwalter anzumelden. Der Anmeldung sollen die Urkunden, aus denen sich die Forderung ergibt, in Abdruck beigelegt werden. Zur Vertretung des Gläubigers im Verfahren nach diesem Abschnitt sind auch Personen befugt, die Inkassodienstleistungen erbringen (registrierte Personen nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Rechtsdienstleistungsgesetzes).
- (2) Bei der Anmeldung sind der Grund und der Betrag der Forderung anzugeben sowie die Tatsachen, aus denen sich nach Einschätzung des Gläubigers ergibt, dass ihr eine vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung, eine vorsätzliche pflichtwidrige Verletzung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht oder eine Steuerstraftat des Schuldners nach den §§ 370, 373 oder § 374 der Abgabenordnung zugrunde liegt.

- (3) Die Forderungen nachrangiger Gläubiger sind nur anzumelden, soweit das Insolvenzgericht besonders zur Anmeldung dieser Forderungen auffordert. Bei der Anmeldung solcher Forderungen ist auf den Nachrang hinzuweisen und die dem Gläubiger zustehende Rangstelle zu bezeichnen.
- (4) Die Anmeldung kann durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments erfolgen, wenn der Insolvenzverwalter der Übermittlung elektronischer Dokumente ausdrücklich zugestimmt hat. In diesem Fall sollen die Urkunden, aus denen sich die Forderung ergibt, unverzüglich nachgereicht werden.

§ 175 Tabelle

- (1) Der Insolvenzverwalter hat jede angemeldete Forderung mit den in § 174 Abs. 2 und 3 genannten Angaben in eine Tabelle einzutragen. Die Tabelle ist mit den Anmeldungen sowie den beigelegten Urkunden innerhalb des ersten Drittels des Zeitraums, der zwischen dem Ablauf der Anmeldefrist und dem Prüfungstermin liegt, in der Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.
- (2) Hat ein Gläubiger eine Forderung aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung, aus einer vorsätzlich pflichtwidrig verletzten gesetzlichen Unterhaltspflicht oder aus einer Steuerstraftat nach den §§ 370, 373 oder § 374 der Abgabenordnung angemeldet, so hat das Insolvenzgericht den Schuldner auf die Rechtsfolgen des § 302 und auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinzuweisen.

§ 176 Verlauf des Prüfungstermins

Im Prüfungstermin werden die angemeldeten Forderungen ihrem Betrag und ihrem Rang nach geprüft. Die Forderungen, die vom Insolvenzverwalter, vom Schuldner oder von einem Insolvenzgläubiger bestritten werden, sind einzeln zu erörtern.

§ 177 Nachträgliche Anmeldungen

- (1) Im Prüfungstermin sind auch die Forderungen zu prüfen, die nach dem Ablauf der Anmeldefrist angemeldet worden sind. Widerspricht jedoch der Insolvenzverwalter oder ein Insolvenzgläubiger dieser Prüfung oder wird eine Forderung erst nach dem Prüfungstermin angemeldet, so hat das Insolvenzgericht auf Kosten des Säumigen entweder einen besonderen Prüfungstermin zu bestimmen oder die Prüfung im schriftlichen Verfahren anzuordnen. Für nachträgliche Änderungen der Anmeldung gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.
- (2) Hat das Gericht nachrangige Gläubiger nach § 174 Abs. 3 zur Anmeldung ihrer Forderungen

aufgefordert und läuft die für diese Anmeldung gesetzte Frist später als eine Woche vor dem Prüfungstermin ab, so ist auf Kosten der Insolvenzmasse entweder ein besonderer Prüfungstermin zu bestimmen oder die Prüfung im schriftlichen Verfahren anzuordnen.

- (3) Der besondere Prüfungstermin ist öffentlich bekanntzumachen. Zu dem Termin sind die Insolvenzgläubiger, die eine Forderung angemeldet haben, der Verwalter und der Schuldner besonders zu laden. § 74 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 178 Voraussetzungen und Wirkungen der Feststellung

- (1) Eine Forderung gilt als festgestellt, soweit gegen sie im Prüfungstermin oder im schriftlichen Verfahren (§ 177) ein Widerspruch weder vom Insolvenzverwalter noch von einem Insolvenzgläubiger erhoben wird oder soweit ein erhobener Widerspruch beseitigt ist. Ein Widerspruch des Schuldners steht der Feststellung der Forderung nicht entgegen.
- (2) Das Insolvenzgericht trägt für jede angemeldete Forderung in die Tabelle ein, inwieweit die Forderung ihrem Betrag und ihrem Rang nach festgestellt ist oder wer der Feststellung widersprochen hat. Auch ein Widerspruch des Schuldners ist einzutragen. Auf Wechseln und sonstigen Schuldurkunden ist vom Urkundsbeamten der Geschäftsstelle die Feststellung zu vermerken.
- (3) Die Eintragung in die Tabelle wirkt für die festgestellten Forderungen ihrem Betrag und ihrem Rang nach wie ein rechtskräftiges Urteil gegenüber dem Insolvenzverwalter und allen Insolvenzgläubigern.

§ 179 Streitige Forderungen

- (1) Ist eine Forderung vom Insolvenzverwalter oder von einem Insolvenzgläubiger bestritten worden, so bleibt es dem Gläubiger überlassen, die Feststellung gegen den Bestreitenden zu betreiben.
- (2) Liegt für eine solche Forderung ein vollstreckbarer Schuldtitel oder ein Endurteil vor, so obliegt es dem Bestreitenden, den Widerspruch zu verfolgen.
- (3) Das Insolvenzgericht erteilt dem Gläubiger, dessen Forderung bestritten worden ist, einen beglaubigten Auszug aus der Tabelle. Im Falle des Absatzes 2 erhält auch der Bestreitende einen solchen Auszug. Die Gläubiger, deren Forderungen festgestellt worden sind, werden nicht benachrichtigt; hierauf sollen die Gläubiger vor dem Prüfungstermin hingewiesen werden.

§ 180 Zuständigkeit für die Feststellung

- (1) Auf die Feststellung ist im ordentlichen Verfahren Klage zu erheben. Für die Klage ist das Amtsge-

richt ausschließlich zuständig, bei dem das Insolvenzverfahren anhängig ist oder anhängig war. Gehört der Streitgegenstand nicht zur Zuständigkeit der Amtsgerichte, so ist das Landgericht ausschließlich zuständig, zu dessen Bezirk das Insolvenzgericht gehört.

- (2) War zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein Rechtsstreit über die Forderung anhängig, so ist die Feststellung durch Aufnahme des Rechtsstreits zu betreiben.

§ 181 Umfang der Feststellung

Die Feststellung kann nach Grund, Betrag und Rang der Forderung nur in der Weise begehrt werden, wie die Forderung in der Anmeldung oder im Prüfungstermin bezeichnet worden ist.

§ 182 Streitwert

Der Wert des Streitgegenstands einer Klage auf Feststellung einer Forderung, deren Bestand vom Insolvenzverwalter oder von einem Insolvenzgläubiger bestritten worden ist, bestimmt sich nach dem Betrag, der bei der Verteilung der Insolvenzmasse für die Forderung zu erwarten ist.

§ 183 Wirkung der Entscheidung

- (1) Eine rechtskräftige Entscheidung, durch die eine Forderung festgestellt oder ein Widerspruch für begründet erklärt wird, wirkt gegenüber dem Insolvenzverwalter und allen Insolvenzgläubigern.
- (2) Der obsiegenden Partei obliegt es, beim Insolvenzgericht die Berichtigung der Tabelle zu beantragen.
- (3) Haben nur einzelne Gläubiger, nicht der Verwalter, den Rechtsstreit geführt, so können diese Gläubiger die Erstattung ihrer Kosten aus der Insolvenzmasse insoweit verlangen, als der Masse durch die Entscheidung ein Vorteil erwachsen ist.

§ 184 Klage gegen einen Widerspruch des Schuldners

- (1) Hat der Schuldner im Prüfungstermin oder im schriftlichen Verfahren (§ 177) eine Forderung bestritten, so kann der Gläubiger Klage auf Feststellung der Forderung gegen den Schuldner erheben. War zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein Rechtsstreit über die Forderung anhängig, so kann der Gläubiger diesen Rechtsstreit gegen den Schuldner aufnehmen.
- (2) Liegt für eine solche Forderung ein vollstreckbarer Schuldtitel oder ein Endurteil vor, so obliegt es dem Schuldner binnen einer Frist von einem Monat, die mit dem Prüfungstermin oder im schriftlichen Verfahren mit dem Bestreiten der Forderung beginnt, den Widerspruch zu verfolgen. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist gilt ein Widerspruch als nicht erhoben. Das Insolvenzgericht erteilt dem Schuldner und dem Gläubiger,

dessen Forderung bestritten worden ist, einen beglaubigten Auszug aus der Tabelle und weist den Schuldner auf die Folgen einer Fristversäumung hin. Der Schuldner hat dem Gericht die Verfolgung des Anspruchs nachzuweisen.

§ 185 Besondere Zuständigkeiten

Ist für die Feststellung einer Forderung der Rechtsweg zum ordentlichen Gericht nicht gegeben, so ist die Feststellung bei dem zuständigen anderen Gericht zu betreiben oder von der zuständigen Verwaltungsbehörde vorzunehmen. § 180 Abs. 2 und die §§ 181, 183 und 184 gelten entsprechend. Ist die Feststellung bei einem anderen Gericht zu betreiben, so gilt auch § 182 entsprechend.

§ 186 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

- (1) Hat der Schuldner den Prüfungstermin versäumt, so hat ihm das Insolvenzgericht auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. § 51 Abs. 2, § 85 Abs. 2, §§ 233 bis 236 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend.
- (2) Die den Antrag auf Wiedereinsetzung betreffenden Schriftsätze sind dem Gläubiger zuzustellen, dessen Forderung nachträglich bestritten werden soll. Das Bestreiten in diesen Schriftsätzen steht, wenn die Wiedereinsetzung erteilt wird, dem Bestreiten im Prüfungstermin gleich.

Zweiter Abschnitt – Verteilung

§ 187 Befriedigung der Insolvenzgläubiger

- (1) Mit der Befriedigung der Insolvenzgläubiger kann erst nach dem allgemeinen Prüfungstermin begonnen werden.
- (2) Verteilungen an die Insolvenzgläubiger können stattfinden, sobald hinreichende Barmittel in der Insolvenzmasse vorhanden sind. Nachrangige Insolvenzgläubiger sollen bei Abschlagsverteilungen nicht berücksichtigt werden.
- (3) Die Verteilungen werden vom Insolvenzverwalter vorgenommen. Vor jeder Verteilung hat er die Zustimmung des Gläubigerausschusses einzuholen, wenn ein solcher bestellt ist.

§ 188 Verteilungsverzeichnis

Vor einer Verteilung hat der Insolvenzverwalter ein Verzeichnis der Forderungen aufzustellen, die bei der Verteilung zu berücksichtigen sind. Das Verzeichnis ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen. Der Verwalter zeigt dem Gericht die Summe der Forderungen und den für die Verteilung verfügbaren Betrag aus der Insolvenzmasse an; das Gericht hat die angezeigte Summe der Forderungen und

den für die Verteilung verfügbaren Betrag öffentlich bekannt zu machen.

§ 189 Berücksichtigung bestrittener Forderungen

- (1) Ein Insolvenzgläubiger, dessen Forderung nicht festgestellt ist und für dessen Forderung ein vollstreckbarer Titel oder ein Endurteil nicht vorliegt, hat spätestens innerhalb einer Ausschußfrist von zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung dem Insolvenzverwalter nachzuweisen, daß und für welchen Betrag die Feststellungsklage erhoben oder das Verfahren in dem früher anhängigen Rechtsstreit aufgenommen ist.
- (2) Wird der Nachweis rechtzeitig geführt, so wird der auf die Forderung entfallende Anteil bei der Verteilung zurückbehalten, solange der Rechtsstreit anhängig ist.
- (3) Wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird die Forderung bei der Verteilung nicht berücksichtigt.

§ 190 Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger

- (1) Ein Gläubiger, der zur abgesonderten Befriedigung berechtigt ist, hat spätestens innerhalb der in § 189 Abs. 1 vorgesehenen Ausschußfrist dem Insolvenzverwalter nachzuweisen, daß und für welchen Betrag er auf abgesonderte Befriedigung verzichtet hat oder bei ihr ausgefallen ist. Wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird die Forderung bei der Verteilung nicht berücksichtigt.
- (2) Zur Berücksichtigung bei einer Abschlagsverteilung genügt es, wenn der Gläubiger spätestens innerhalb der Ausschußfrist dem Verwalter nachweist, daß die Verwertung des Gegenstands betrieben wird, an dem das Absonderungsrecht besteht, und den Betrag des mutmaßlichen Ausfalls glaubhaft macht. In diesem Fall wird der auf die Forderung entfallende Anteil bei der Verteilung zurückbehalten. Sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 bei der Schlußverteilung nicht erfüllt, so wird der zurückbehaltene Anteil für die Schlußverteilung frei.
- (3) Ist nur der Verwalter zur Verwertung des Gegenstands berechtigt, an dem das Absonderungsrecht besteht, so sind die Absätze 1 und 2 nicht anzuwenden. Bei einer Abschlagsverteilung hat der Verwalter, wenn er den Gegenstand noch nicht verwertet hat, den Ausfall des Gläubigers zu schätzen und den auf die Forderung entfallenden Anteil zurückzubehalten.

§ 191 Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen

- (1) Eine aufschiebend bedingte Forderung wird bei einer Abschlagsverteilung mit ihrem vollen Betrag berücksichtigt. Der auf die Forderung entfallende Anteil wird bei der Verteilung zurückbehalten.
- (2) Bei der Schlußverteilung wird eine aufschiebend bedingte Forderung nicht berücksichtigt, wenn die Möglichkeit des Eintritts der Bedingung so fernliegt, daß die Forderung zur Zeit der Verteilung keinen Vermögenswert hat. In diesem Fall wird ein gemäß Absatz 1 Satz 2 zurückbehaltener Anteil für die Schlußverteilung frei.

§ 192 Nachträgliche Berücksichtigung

Gläubiger, die bei einer Abschlagsverteilung nicht berücksichtigt worden sind und die Voraussetzungen der §§ 189, 190 nachträglich erfüllen, erhalten bei der folgenden Verteilung aus der restlichen Insolvenzmasse vorab einen Betrag, der sie mit den übrigen Gläubigern gleichstellt.

§ 193 Änderung des Verteilungsverzeichnisses

Der Insolvenzverwalter hat die Änderungen des Verzeichnisses, die auf Grund der §§ 189 bis 192 erforderlich werden, binnen drei Tagen nach Ablauf der in § 189 Abs. 1 vorgesehenen Ausschußfrist vorzunehmen.

§ 194 Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis

- (1) Bei einer Abschlagsverteilung sind Einwendungen eines Gläubigers gegen das Verzeichnis bis zum Ablauf einer Woche nach dem Ende der in § 189 Abs. 1 vorgesehenen Ausschußfrist bei dem Insolvenzgericht zu erheben.
- (2) Eine Entscheidung des Gerichts, durch die Einwendungen zurückgewiesen werden, ist dem Gläubiger und dem Insolvenzverwalter zuzustellen. Dem Gläubiger steht gegen den Beschluß die sofortige Beschwerde zu.
- (3) Eine Entscheidung des Gerichts, durch die eine Berichtigung des Verzeichnisses angeordnet wird, ist dem Gläubiger und dem Verwalter zuzustellen und in der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen. Dem Verwalter und den Insolvenzgläubigern steht gegen den Beschluß die sofortige Beschwerde zu. Die Beschwerdefrist beginnt mit dem Tag, an dem die Entscheidung niedergelegt worden ist.

§ 195 Festsetzung des Bruchteils

- (1) Für eine Abschlagsverteilung bestimmt der Gläubigerausschuß auf Vorschlag des Insolvenzverwalters den zu zahlenden Bruchteil. Ist kein Gläubigerausschuß bestellt, so bestimmt der Verwalter den Bruchteil.

- (2) Der Verwalter hat den Bruchteil den berücksichtigten Gläubigern mitzuteilen.

§ 196 Schlußverteilung

- (1) Die Schlußverteilung erfolgt, sobald die Verwertung der Insolvenzmasse mit Ausnahme eines laufenden Einkommens beendet ist.
- (2) Die Schlußverteilung darf nur mit Zustimmung des Insolvenzgerichts vorgenommen werden.

§ 197 Schlußtermin

- (1) Bei der Zustimmung zur Schlußverteilung bestimmt das Insolvenzgericht den Termin für eine abschließende Gläubigerversammlung. Dieser Termin dient
 1. zur Erörterung der Schlußrechnung des Insolvenzverwalters,
 2. zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und
 3. zur Entscheidung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Gegenstände der Insolvenzmasse.
- (2) Zwischen der öffentlichen Bekanntmachung des Termins und dem Termin soll eine Frist von mindestens einem Monat und höchstens zwei Monaten liegen.
- (3) Für die Entscheidung des Gerichts über Einwendungen eines Gläubigers gilt § 194 Abs. 2 und 3 entsprechend.

§ 198 Hinterlegung zurückbehaltener Beträge

Beträge, die bei der Schlußverteilung zurückzuhalten sind, hat der Insolvenzverwalter für Rechnung der Beteiligten bei einer geeigneten Stelle zu hinterlegen.

§ 199 Überschuß bei der Schlußverteilung

Können bei der Schlußverteilung die Forderungen aller Insolvenzgläubiger in voller Höhe berichtigt werden, so hat der Insolvenzverwalter einen verbleibenden Überschuß dem Schuldner herauszugeben. Ist der Schuldner keine natürliche Person, so hat der Verwalter jeder am Schuldner beteiligten Person den Teil des Überschusses herauszugeben, der ihr bei einer Abwicklung außerhalb des Insolvenzverfahrens zustünde.

§ 200 Aufhebung des Insolvenzverfahrens

- (1) Sobald die Schlußverteilung vollzogen ist, beschließt das Insolvenzgericht die Aufhebung des Insolvenzverfahrens.
- (2) Der Beschluß und der Grund der Aufhebung sind öffentlich bekanntzumachen. Die §§ 31 bis 33 gelten entsprechend.

§ 201 Rechte der Insolvenzgläubiger nach Verfahrensaufhebung

- (1) Die Insolvenzgläubiger können nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens ihre restlichen Forderungen gegen den Schuldner unbeschränkt geltend machen.
- (2) Die Insolvenzgläubiger, deren Forderungen festgestellt und nicht vom Schuldner im Prüfungstermin bestritten worden sind, können aus der Eintragung in die Tabelle wie aus einem vollstreckbaren Urteil die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner betreiben. Einer nicht bestrittenen Forderung steht eine Forderung gleich, bei der ein erhobener Widerspruch beseitigt ist. Der Antrag auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung aus der Tabelle kann erst nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens gestellt werden.
- (3) Die Vorschriften über die Restschuldbefreiung bleiben unberührt.

§ 202 Zuständigkeit bei der Vollstreckung

- (1) Im Falle des § 201 ist das Amtsgericht, bei dem das Insolvenzverfahren anhängig ist oder anhängig war, ausschließlich zuständig für Klagen:
 1. auf Erteilung der Vollstreckungsklausel;
 2. durch die nach der Erteilung der Vollstreckungsklausel bestritten wird, daß die Voraussetzungen für die Erteilung eingetreten waren;
 3. durch die Einwendungen geltend gemacht werden, die den Anspruch selbst betreffen.
- (2) Gehört der Streitgegenstand nicht zur Zuständigkeit der Amtsgerichte, so ist das Landgericht ausschließlich zuständig, zu dessen Bezirk das Insolvenzgericht gehört.

§ 203 Anordnung der Nachtragsverteilung

- (1) Auf Antrag des Insolvenzverwalters oder eines Insolvenzgläubigers oder von Amts wegen ordnet das Insolvenzgericht eine Nachtragsverteilung an, wenn nach dem Schlußtermin
 1. zurückbehaltene Beträge für die Verteilung frei werden,
 2. Beträge, die aus der Insolvenzmasse gezahlt sind, zurückfließen oder
 3. Gegenstände der Masse ermittelt werden.
- (2) Die Aufhebung des Verfahrens steht der Anordnung einer Nachtragsverteilung nicht entgegen.
- (3) Das Gericht kann von der Anordnung absehen und den zur Verfügung stehenden Betrag oder den ermittelten Gegenstand dem Schuldner überlassen, wenn dies mit Rücksicht auf die geringfügigkeit des Betrags oder den geringen Wert des Gegenstands und die Kosten einer Nachtragsverteilung angemessen erscheint. Es kann die Anordnung davon abhängig machen, daß ein Geldbetrag vorgeschossen wird, der die Kosten der Nachtragsverteilung deckt.

§ 204 Rechtsmittel

- (1) Der Beschluß, durch den der Antrag auf Nachtragsverteilung abgelehnt wird, ist dem Antragsteller zuzustellen. Gegen den Beschluß steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Der Beschluß, durch den eine Nachtragsverteilung angeordnet wird, ist dem Insolvenzverwalter, dem Schuldner und, wenn ein Gläubiger die Verteilung beantragt hatte, diesem Gläubiger zuzustellen. Gegen den Beschluß steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.

§ 205 Vollzug der Nachtragsverteilung

Nach der Anordnung der Nachtragsverteilung hat der Insolvenzverwalter den zur Verfügung stehenden Betrag oder den Erlös aus der Verwertung des ermittelten Gegenstands auf Grund des Schlußverzeichnisses zu verteilen. Er hat dem Insolvenzgericht Rechnung zu legen.

§ 206 Ausschluß von Massegläubigern

Massegläubiger, deren Ansprüche dem Insolvenzverwalter

1. bei einer Abschlagsverteilung erst nach der Festsetzung des Bruchteils,
2. bei der Schlußverteilung erst nach der Beendigung des Schlußtermins oder
3. bei einer Nachtragsverteilung erst nach der öffentlichen Bekanntmachung bekanntgeworden sind, können Befriedigung nur aus den Mitteln verlangen, die nach der Verteilung in der Insolvenzmasse verbleiben.

Dritter Abschnitt – Einstellung des Verfahrens**§ 207 Einstellung mangels Masse**

- (1) Stellt sich nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens heraus, daß die Insolvenzmasse nicht ausreicht, um die Kosten des Verfahrens zu decken, so stellt das Insolvenzgericht das Verfahren ein. Die Einstellung unterbleibt, wenn ein ausreichender Geldbetrag vorgeschossen wird oder die Kosten nach § 4a gestundet werden; § 26 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (2) Vor der Einstellung sind die Gläubigerversammlung, der Insolvenzverwalter und die Massegläubiger zu hören.
- (3) Soweit Barmittel in der Masse vorhanden sind, hat der Verwalter vor der Einstellung die Kosten des Verfahrens, von diesen zuerst die Auslagen, nach dem Verhältnis ihrer Beträge zu berichtigen. Zur Verwertung von Massegegenständen ist er nicht mehr verpflichtet.

§ 208 Anzeige der Masseunzulänglichkeit

- (1) Sind die Kosten des Insolvenzverfahrens gedeckt, reicht die Insolvenzmasse jedoch nicht aus, um

die fälligen sonstigen Masseverbindlichkeiten zu erfüllen, so hat der Insolvenzverwalter dem Insolvenzgericht anzuzeigen, daß Masseunzulänglichkeit vorliegt. Gleiches gilt, wenn die Masse voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die bestehenden sonstigen Masseverbindlichkeiten im Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen.

- (2) Das Gericht hat die Anzeige der Masseunzulänglichkeit öffentlich bekanntzumachen. Den Massegläubigern ist sie besonders zuzustellen.
- (3) Die Pflicht des Verwalters zur Verwaltung und zur Verwertung der Masse besteht auch nach der Anzeige der Masseunzulänglichkeit fort.

§ 209 Befriedigung der Massegläubiger

- (1) Der Insolvenzverwalter hat die Masseverbindlichkeiten nach folgender Rangordnung zu berichtigen, bei gleichem Rang nach dem Verhältnis ihrer Beträge:
 1. die Kosten des Insolvenzverfahrens;
 2. die Masseverbindlichkeiten, die nach der Anzeige der Masseunzulänglichkeit begründet worden sind, ohne zu den Kosten des Verfahrens zu gehören;
 3. die übrigen Masseverbindlichkeiten, unter diesen zuletzt der nach den §§ 100, 101 Abs. 1 Satz 3 bewilligte Unterhalt.
- (2) Als Masseverbindlichkeiten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 gelten auch die Verbindlichkeiten
 1. aus einem gegenseitigen Vertrag, dessen Erfüllung der Verwalter gewählt hat, nachdem er die Masseunzulänglichkeit angezeigt hatte;
 2. aus einem Dauerschuldverhältnis für die Zeit nach dem ersten Termin, zu dem der Verwalter nach der Anzeige der Masseunzulänglichkeit kündigen konnte;
 3. aus einem Dauerschuldverhältnis, soweit der Verwalter nach der Anzeige der Masseunzulänglichkeit für die Insolvenzmasse die Gegenleistung in Anspruch genommen hat.

§ 210 Vollstreckungsverbot

Sobald der Insolvenzverwalter die Masseunzulänglichkeit angezeigt hat, ist die Vollstreckung wegen einer Masseverbindlichkeit im Sinne des § 209 Abs. 1 Nr. 3 unzulässig.

§ 210a Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit

Bei Anzeige der Masseunzulänglichkeit gelten die Vorschriften über den Insolvenzplan mit der Maßgabe, dass

1. an die Stelle der nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger die Massegläubiger mit dem Rang des § 209 Absatz 1 Nummer 3 treten und
2. für die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger § 246 Nummer 2 entsprechend gilt.

§ 211 Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit

- (1) Sobald der Insolvenzverwalter die Insolvenzmasse nach Maßgabe des § 209 verteilt hat, stellt das Insolvenzgericht das Insolvenzverfahren ein.
- (2) Der Verwalter hat für seine Tätigkeit nach der Anzeige der Masseunzulänglichkeit gesondert Rechnung zu legen.
- (3) Werden nach der Einstellung des Verfahrens Gegenstände der Insolvenzmasse ermittelt, so ordnet das Gericht auf Antrag des Verwalters oder eines Massegläubigers oder von Amts wegen eine Nachtragsverteilung an. § 203 Abs. 3 und die §§ 204 und 205 gelten entsprechend.

§ 212 Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrunds

Das Insolvenzverfahren ist auf Antrag des Schuldners einzustellen, wenn gewährleistet ist, daß nach der Einstellung beim Schuldner weder Zahlungsunfähigkeit noch drohende Zahlungsunfähigkeit noch, soweit die Überschuldung Grund für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens ist, Überschuldung vorliegt. Der Antrag ist nur zulässig, wenn das Fehlen der Eröffnungsgründe glaubhaft gemacht wird.

§ 213 Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger

- (1) Das Insolvenzverfahren ist auf Antrag des Schuldners einzustellen, wenn er nach Ablauf der Anmeldefrist die Zustimmung aller Insolvenzgläubiger beibringt, die Forderungen angemeldet haben. Bei Gläubigern, deren Forderungen vom Schuldner oder vom Insolvenzverwalter bestritten werden, und bei absonderungsberechtigten Gläubigern entscheidet das Insolvenzgericht nach freiem Ermessen, inwieweit es einer Zustimmung dieser Gläubiger oder einer Sicherheitsleistung gegenüber ihnen bedarf.
- (2) Das Verfahren kann auf Antrag des Schuldners vor dem Ablauf der Anmeldefrist eingestellt werden, wenn außer den Gläubigern, deren Zustimmung der Schuldner beibringt, andere Gläubiger nicht bekannt sind.

§ 214 Verfahren bei der Einstellung

- (1) Der Antrag auf Einstellung des Insolvenzverfahrens nach § 212 oder § 213 ist öffentlich bekanntzumachen. Er ist in der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen; im Falle des § 213 sind die zustimmenden Erklärungen der Gläubiger beizufügen. Die Insolvenzgläubiger können binnen einer Woche nach der öffentlichen Bekanntmachung schriftlich Widerspruch gegen den Antrag erheben.
- (2) Das Insolvenzgericht beschließt über die Einstellung nach Anhörung des Antragstellers, des Insolvenzverwalters und des Gläubigerausschusses,

wenn ein solcher bestellt ist. Im Falle eines Widerspruchs ist auch der widersprechende Gläubiger zu hören.

- (3) Vor der Einstellung hat der Verwalter die unstreitigen Masseansprüche zu berichtigen und für die streitigen Sicherheit zu leisten.

§ 215 Bekanntmachung und Wirkungen der Einstellung

- (1) Der Beschluß, durch den das Insolvenzverfahren nach § 207, 211, 212 oder 213 eingestellt wird, und der Grund der Einstellung sind öffentlich bekanntzumachen. Der Schuldner, der Insolvenzverwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind vorab über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Einstellung (§ 9 Abs. 1 Satz 3) zu unterrichten. § 200 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (2) Mit der Einstellung des Insolvenzverfahrens erhält der Schuldner das Recht zurück, über die Insolvenzmasse frei zu verfügen. Die §§ 201, 202 gelten entsprechend.

§ 216 Rechtsmittel

- (1) Wird das Insolvenzverfahren nach § 207, 212 oder 213 eingestellt, so steht jedem Insolvenzgläubiger und, wenn die Einstellung nach § 207 erfolgt, dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Wird ein Antrag nach § 212 oder § 213 abgelehnt, so steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.

Sechster Teil – Insolvenzplan

Erster Abschnitt – Aufstellung des Plans

§ 217 Grundsatz

Die Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger und der Insolvenzgläubiger, die Verwertung der Insolvenzmasse und deren Verteilung an die Beteiligten sowie die Verfahrensabwicklung und die Haftung des Schuldners nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens können in einem Insolvenzplan abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes geregelt werden. Ist der Schuldner keine natürliche Person, so können auch die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen werden.

§ 218 Vorlage des Insolvenzplans

- (1) Zur Vorlage eines Insolvenzplans an das Insolvenzgericht sind der Insolvenzverwalter und der Schuldner berechtigt. Die Vorlage durch den Schuldner kann mit dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens verbunden werden. Ein Plan, der erst nach dem Schlußtermin beim Gericht eingeht, wird nicht berücksichtigt.

- (2) Hat die Gläubigerversammlung den Verwalter beauftragt, einen Insolvenzplan auszuarbeiten, so hat der Verwalter den Plan binnen angemessener Frist dem Gericht vorzulegen.
- (3) Bei der Aufstellung des Plans durch den Verwalter wirken der Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, der Betriebsrat, der Sprecherausschuß der leitenden Angestellten und der Schuldner beratend mit.

§ 219 Gliederung des Plans

Der Insolvenzplan besteht aus dem darstellenden Teil und dem gestaltenden Teil. Ihm sind die in den §§ 229 und 230 genannten Anlagen beizufügen.

§ 220 Darstellender Teil

- (1) Im darstellenden Teil des Insolvenzplans wird beschrieben, welche Maßnahmen nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens getroffen worden sind oder noch getroffen werden sollen, um die Grundlagen für die geplante Gestaltung der Rechte der Beteiligten zu schaffen.
- (2) Der darstellende Teil soll alle sonstigen Angaben zu den Grundlagen und den Auswirkungen des Plans enthalten, die für die Entscheidung der Beteiligten über die Zustimmung zum Plan und für dessen gerichtliche Bestätigung erheblich sind.

§ 221 Gestaltender Teil

Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans wird festgelegt, wie die Rechtsstellung der Beteiligten durch den Plan geändert werden soll. Der Insolvenzverwalter kann durch den Plan bevollmächtigt werden, die zur Umsetzung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und offensichtliche Fehler des Plans zu berichtigen.

§ 222 Bildung von Gruppen

- (1) Bei der Festlegung der Rechte der Beteiligten im Insolvenzplan sind Gruppen zu bilden, soweit Beteiligte mit unterschiedlicher Rechtsstellung betroffen sind. Es ist zu unterscheiden zwischen
 1. den absonderungsberechtigten Gläubigern, wenn durch den Plan in deren Rechte eingegriffen wird;
 2. den nicht nachrangigen Insolvenzgläubigern;
 3. den einzelnen Rangklassen der nachrangigen Insolvenzgläubiger, soweit deren Forderungen nicht nach § 225 als erlassen gelten sollen;
 4. den am Schuldner beteiligten Personen, wenn deren Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte in den Plan einbezogen werden.
- (2) Aus den Beteiligten mit gleicher Rechtsstellung können Gruppen gebildet werden, in denen

Beteiligte mit gleichartigen wirtschaftlichen Interessen zusammengefaßt werden. Die Gruppen müssen sachgerecht voneinander abgegrenzt werden. Die Kriterien für die Abgrenzung sind im Plan anzugeben.

- (3) Die Arbeitnehmer sollen eine besondere Gruppe bilden, wenn sie als Insolvenzgläubiger mit nicht unerheblichen Forderungen beteiligt sind. Für Kleingläubiger und geringfügig beteiligte Anteilshaber mit einer Beteiligung am Haftkapital von weniger als einem Prozent oder weniger als 1.000 Euro können besondere Gruppen gebildet werden.

§ 223 Rechte der Absonderungsberechtigten

- (1) Ist im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt, so wird das Recht der absonderungsberechtigten Gläubiger zur Befriedigung aus den Gegenständen, an denen Absonderungsrechte bestehen, vom Plan nicht berührt. Eine abweichende Bestimmung ist hinsichtlich der Finanzsicherheiten im Sinne von § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes sowie der Sicherheiten ausgeschlossen, die
 1. dem Betreiber oder dem Teilnehmer eines Systems nach § 1 Abs. 16 des Kreditwesengesetzes zur Sicherung seiner Ansprüche aus dem System oder
 2. der Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder der Europäischen Zentralbank gestellt wurden.
- (2) Soweit im Plan eine abweichende Regelung getroffen wird, ist im gestaltenden Teil für die absonderungsberechtigten Gläubiger anzugeben, um welchen Bruchteil die Rechte gekürzt, für welchen Zeitraum sie gestundet oder welchen sonstigen Regelungen sie unterworfen werden sollen.

§ 224 Rechte der Insolvenzgläubiger

Für die nicht nachrangigen Gläubiger ist im gestaltenden Teil des Insolvenzplans anzugeben, um welchen Bruchteil die Forderungen gekürzt, für welchen Zeitraum sie gestundet, wie sie gesichert oder welchen sonstigen Regelungen sie unterworfen werden sollen.

§ 225 Rechte der nachrangigen Insolvenzgläubiger

- (1) Die Forderungen nachrangiger Insolvenzgläubiger gelten, wenn im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt ist, als erlassen.
- (2) Soweit im Plan eine abweichende Regelung getroffen wird, sind im gestaltenden Teil für jede Gruppe der nachrangigen Gläubiger die in § 224 vorgeschriebenen Angaben zu machen.
- (3) Die Haftung des Schuldners nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens für Geldstrafen und die diesen in § 39 Abs. 1 Nr. 3 gleichgestellten

Verbindlichkeiten kann durch einen Plan weder ausgeschlossen noch eingeschränkt werden.

§ 225a Rechte der Anteilshaber

- (1) Die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen bleiben vom Insolvenzplan unberührt, es sei denn, dass der Plan etwas anderes bestimmt.
- (2) Im gestaltenden Teil des Plans kann vorgesehen werden, dass Forderungen von Gläubigern in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte am Schuldner umgewandelt werden. Eine Umwandlung gegen den Willen der betroffenen Gläubiger ist ausgeschlossen. Insbesondere kann der Plan eine Kapitalherabsetzung oder -erhöhung, die Leistung von Sacheinlagen, den Ausschluss von Bezugsrechten oder die Zahlung von Abfindungen an ausscheidende Anteilshaber vorsehen.
- (3) Im Plan kann jede Regelung getroffen werden, die gesellschaftsrechtlich zulässig ist, insbesondere die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft oder die Übertragung von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten.
- (4) Maßnahmen nach Absatz 2 oder 3 berechtigen nicht zum Rücktritt oder zur Kündigung von Verträgen, an denen der Schuldner beteiligt ist. Sie führen auch nicht zu einer anderweitigen Beendigung der Verträge. Entgegenstehende vertragliche Vereinbarungen sind unwirksam. Von den Sätzen 1 und 2 bleiben Vereinbarungen unberührt, welche an eine Pflichtverletzung des Schuldners anknüpfen, sofern sich diese nicht darin erschöpft, dass eine Maßnahme nach Absatz 2 oder 3 in Aussicht genommen oder durchgeführt wird.
- (5) Stellt eine Maßnahme nach Absatz 2 oder 3 für eine am Schuldner beteiligte Person einen wichtigen Grund zum Austritt aus der juristischen Person oder Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit dar und wird von diesem Austrittsrecht Gebrauch gemacht, so ist für die Bestimmung der Höhe eines etwaigen Abfindungsanspruches die Vermögenslage maßgeblich, die sich bei einer Abwicklung des Schuldners eingestellt hätte. Die Auszahlung des Abfindungsanspruches kann zur Vermeidung einer unangemessenen Belastung der Finanzlage des Schuldners über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gestundet werden. Nicht ausgezahlte Abfindungsguthaben sind zu verzinsen.

§ 226 Gleichbehandlung der Beteiligten

- (1) Innerhalb jeder Gruppe sind allen Beteiligten gleiche Rechte anzubieten.
- (2) Eine unterschiedliche Behandlung der Beteiligten einer Gruppe ist nur mit Zustimmung aller betroffenen Beteiligten zulässig. In diesem Fall ist

dem Insolvenzplan die zustimmende Erklärung eines jeden betroffenen Beteiligten beizufügen.

- (3) Jedes Abkommen des Insolvenzverwalters, des Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Beteiligten, durch das diesen für ihr Verhalten bei Abstimmungen oder sonst im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren ein nicht im Plan vorgesehener Vorteil gewährt wird, ist nichtig.

§ 227 Haftung des Schuldners

- (1) Ist im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt, so wird der Schuldner mit der im gestaltenden Teil vorgesehenen Befriedigung der Insolvenzgläubiger von seinen restlichen Verbindlichkeiten gegenüber diesen Gläubigern befreit.
- (2) Ist der Schuldner eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, so gilt Absatz 1 entsprechend für die persönliche Haftung der Gesellschafter.

§ 228 Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse

Sollen Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben werden, so können die erforderlichen Willenserklärungen der Beteiligten in den gestaltenden Teil des Insolvenzplans aufgenommen werden. Sind im Grundbuch eingetragene Rechte an einem Grundstück oder an eingetragenen Rechten betroffen, so sind diese Rechte unter Beachtung des § 28 der Grundbuchordnung genau zu bezeichnen. Für Rechte, die im Schiffsregister, im Schiffsbauregister oder im Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragen sind, gilt Satz 2 entsprechend.

§ 229 Vermögensübersicht, Ergebnis- und Finanzplan

Sollen die Gläubiger aus den Erträgen des vom Schuldner oder von einem Dritten fortgeführten Unternehmens befriedigt werden, so ist dem Insolvenzplan eine Vermögensübersicht beizufügen, in der die Vermögensgegenstände und die Verbindlichkeiten, die sich bei einem Wirksamwerden des Plans gegenüberstünden, mit ihren Werten aufgeführt werden. Ergänzend ist darzustellen, welche Aufwendungen und Erträge für den Zeitraum, während dessen die Gläubiger befriedigt werden sollen, zu erwarten sind und durch welche Abfolge von Einnahmen und Ausgaben die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens während dieses Zeitraums gewährleistet werden soll. Dabei sind auch die Gläubiger zu berücksichtigen, die zwar ihre Forderungen nicht angemeldet haben, jedoch bei der Ausarbeitung des Plans bekannt sind.

§ 230 Weitere Anlagen

- (1) Ist im Insolvenzplan vorgesehen, daß der Schuldner sein Unternehmen fortführt, und ist der Schuldner eine natürliche Person, so ist dem Plan die Erklärung des Schuldners beizufügen, daß er zur Fortführung des Unternehmens auf der Grundlage des Plans bereit ist. Ist der Schuldner eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, so ist dem Plan eine entsprechende Erklärung der Personen beizufügen, die nach dem Plan persönlich haftende Gesellschafter des Unternehmens sein sollen. Die Erklärung des Schuldners nach Satz 1 ist nicht erforderlich, wenn dieser selbst den Plan vorlegt.
- (2) Sollen Gläubiger Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte oder Beteiligungen an einer juristischen Person, einem nicht rechtsfähigen Verein oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit übernehmen, so ist dem Plan die zustimmende Erklärung eines jeden dieser Gläubiger beizufügen.
- (3) Hat ein Dritter für den Fall der Bestätigung des Plans Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern übernommen, so ist dem Plan die Erklärung des Dritten beizufügen.

§ 231 Zurückweisung des Plans

- (1) Das Insolvenzgericht weist den Insolvenzplan von Amts wegen zurück,
 1. wenn die Vorschriften über das Recht zur Vorlage und den Inhalt des Plans, insbesondere zur Bildung von Gruppen, nicht beachtet sind und der Vorlegende den Mangel nicht beheben kann oder innerhalb einer angemessenen, vom Gericht gesetzten Frist nicht behebt,
 2. wenn ein vom Schuldner vorgelegter Plan offensichtlich keine Aussicht auf Annahme durch die Beteiligten oder auf Bestätigung durch das Gericht hat oder
 3. wenn die Ansprüche, die den Beteiligten nach dem gestaltenden Teil eines vom Schuldner vorgelegten Plans zustehen, offensichtlich nicht erfüllt werden können.
 Die Entscheidung des Gerichts soll innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage des Plans erfolgen.
- (2) Hatte der Schuldner in dem Insolvenzverfahren bereits einen Plan vorgelegt, der von den Beteiligten abgelehnt, vom Gericht nicht bestätigt oder vom Schuldner nach der öffentlichen Bekanntmachung des Erörterungstermins zurückgezogen worden ist, so hat das Gericht einen neuen Plan des Schuldners zurückzuweisen, wenn der Insolvenzverwalter mit Zustimmung des Gläubigerausschusses, wenn ein solcher bestellt ist, die Zurückweisung beantragt.

- (3) Gegen den Beschluß, durch den der Plan zurückgewiesen wird, steht dem Vorlegenden die sofortige Beschwerde zu.

§ 232 Stellungnahmen zum Plan

- (1) Wird der Insolvenzplan nicht zurückgewiesen, so leitet das Insolvenzgericht ihn zur Stellungnahme zu:
1. dem Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, dem Betriebsrat und dem Sprecherausschuß der leitenden Angestellten;
 2. dem Schuldner, wenn der Insolvenzverwalter den Plan vorgelegt hat;
 3. dem Verwalter, wenn der Schuldner den Plan vorgelegt hat.
- (2) Das Gericht kann auch der für den Schuldner zuständigen amtlichen Berufsvertretung der Industrie, des Handels, des Handwerks oder der Landwirtschaft oder anderen sachkundigen Stellen Gelegenheit zur Äußerung geben.
- (3) Das Gericht bestimmt eine Frist für die Abgabe der Stellungnahmen. Die Frist soll zwei Wochen nicht überschreiten.

§ 233 Aussetzung von Verwertung und Verteilung

Soweit die Durchführung eines vorgelegten Insolvenzplans durch die Fortsetzung der Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse gefährdet würde, ordnet das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners oder des Insolvenzverwalters die Aussetzung der Verwertung und Verteilung an. Das Gericht sieht von der Aussetzung ab oder hebt sie auf, soweit mit ihr die Gefahr erheblicher Nachteile für die Masse verbunden ist oder soweit der Verwalter mit Zustimmung des Gläubigerausschusses oder der Gläubigerversammlung die Fortsetzung der Verwertung und Verteilung beantragt.

§ 234 Niederlegung des Plans

Der Insolvenzplan ist mit seinen Anlagen und den eingegangenen Stellungnahmen in der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

Zweiter Abschnitt – Annahme und Bestätigung des Plans

§ 235 Erörterungs- und Abstimmungstermin

- (1) Das Insolvenzgericht bestimmt einen Termin, in dem der Insolvenzplan und das Stimmrecht der Beteiligten erörtert werden und anschließend über den Plan abgestimmt wird (Erörterungs- und Abstimmungstermin). Der Termin soll nicht über einen Monat hinaus angesetzt werden. Er kann gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 232 anberaumt werden.

- (2) Der Erörterungs- und Abstimmungstermin ist öffentlich bekanntzumachen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Plan und die eingegangenen Stellungnahmen in der Geschäftsstelle eingesehen werden können. § 74 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Die Insolvenzgläubiger, die Forderungen angemeldet haben, die absonderungsberechtigten Gläubiger, der Insolvenzverwalter, der Schuldner, der Betriebsrat und der Sprecherausschuß der leitenden Angestellten sind besonders zu laden. Mit der Ladung ist ein Abdruck des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts, die der Vorlegende auf Aufforderung einzureichen hat, zu übersenden. Sind die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen, so sind auch diese Personen gemäß den Sätzen 1 und 2 zu laden; dies gilt nicht für Aktionäre oder Kommanditaktionäre. Für börsennotierte Gesellschaften findet § 121 Absatz 4a des Aktiengesetzes entsprechende Anwendung; sie haben eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts des Plans über ihre Internetseite zugänglich zu machen.

§ 236 Verbindung mit dem Prüfungstermin

Der Erörterungs- und Abstimmungstermin darf nicht vor dem Prüfungstermin stattfinden. Beide Termine können jedoch verbunden werden.

§ 237 Stimmrecht der Insolvenzgläubiger

- (1) Für das Stimmrecht der Insolvenzgläubiger bei der Abstimmung über den Insolvenzplan gilt § 77 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 Nr. 1 entsprechend. Absonderungsberechtigte Gläubiger sind nur insoweit zur Abstimmung als Insolvenzgläubiger berechtigt, als ihnen der Schuldner auch persönlich haftet und sie auf die abgesonderte Befriedigung verzichten oder bei ihr ausfallen; solange der Ausfall nicht feststeht, sind sie mit dem mutmaßlichen Ausfall zu berücksichtigen.
- (2) Gläubiger, deren Forderungen durch den Plan nicht beeinträchtigt werden, haben kein Stimmrecht.

§ 238 Stimmrecht der absonderungsberechtigten Gläubiger

- (1) Soweit im Insolvenzplan auch die Rechtsstellung absonderungsberechtigter Gläubiger geregelt wird, sind im Termin die Rechte dieser Gläubiger einzeln zu erörtern. Ein Stimmrecht gewähren die Absonderungsrechte, die weder vom Insolvenzverwalter noch von einem absonderungsberechtigten Gläubiger noch von einem Insolvenzgläubiger bestritten werden. Für das Stimmrecht bei streitigen, aufschiebend bedingten oder nicht

fälligen Rechten gelten die §§ 41, 77 Abs. 2, 3 Nr. 1 entsprechend.

- (2) § 237 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 238a Stimmrecht der Anteilsinhaber

- (1) Das Stimmrecht der Anteilsinhaber des Schuldners bestimmt sich allein nach deren Beteiligung am gezeichneten Kapital oder Vermögen des Schuldners. Stimmrechtsbeschränkungen, Sonder- oder Mehrstimmrechte bleiben außer Betracht.
- (2) § 237 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 239 Stimmliste

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hält in einem Verzeichnis fest, welche Stimmrechte den Beteiligten nach dem Ergebnis der Erörterung im Termin zustehen.

§ 240 Änderung des Plans

Der Vorlegende ist berechtigt, einzelne Regelungen des Insolvenzplans auf Grund der Erörterung im Termin inhaltlich zu ändern. Über den geänderten Plan kann noch in demselben Termin abgestimmt werden.

§ 241 Gesonderter Abstimmungstermin

- (1) Das Insolvenzgericht kann einen gesonderten Termin zur Abstimmung über den Insolvenzplan bestimmen. In diesem Fall soll der Zeitraum zwischen dem Erörterungstermin und dem Abstimmungstermin nicht mehr als einen Monat betragen.
- (2) Zum Abstimmungstermin sind die stimmberechtigten Beteiligten und der Schuldner zu laden. Dies gilt nicht für Aktionäre oder Kommanditaktionäre. Für diese reicht es aus, den Termin öffentlich bekannt zu machen. Für börsennotierte Gesellschaften findet § 121 Absatz 4a des Aktiengesetzes entsprechende Anwendung. Im Fall einer Änderung des Plans ist auf die Änderung besonders hinzuweisen.

§ 242 Schriftliche Abstimmung

- (1) Ist ein gesonderter Abstimmungstermin bestimmt, so kann das Stimmrecht schriftlich ausgeübt werden.
- (2) Das Insolvenzgericht übersendet den stimmberechtigten Beteiligten nach dem Erörterungstermin den Stimmzettel und teilt ihnen dabei ihr Stimmrecht mit. Die schriftliche Stimmabgabe wird nur berücksichtigt, wenn sie dem Gericht spätestens am Tag vor dem Abstimmungstermin zugegangen ist; darauf ist bei der Übersendung des Stimmzettels hinzuweisen.

§ 243 Abstimmung in Gruppen

Jede Gruppe der stimmberechtigten Beteiligten stimmt gesondert über den Insolvenzplan ab.

§ 244 Erforderliche Mehrheiten

- (1) Zur Annahme des Insolvenzplans durch die Gläubiger ist erforderlich, daß in jeder Gruppe
1. die Mehrheit der abstimmenden Gläubiger dem Plan zustimmt und
 2. die Summe der Ansprüche der zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der Ansprüche der abstimmenden Gläubiger beträgt.
- (2) Gläubiger, denen ein Recht gemeinschaftlich zusteht oder deren Rechte bis zum Eintritt des Eröffnungsgrunds ein einheitliches Recht gebildet haben, werden bei der Abstimmung als ein Gläubiger gerechnet. Entsprechendes gilt, wenn an einem Recht ein Pfandrecht oder ein Nießbrauch besteht.
- (3) Für die am Schuldner beteiligten Personen gilt Absatz 1 Nummer 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Summe der Ansprüche die Summe der Beteiligungen tritt.

§ 245 Obstruktionsverbot

- (1) Auch wenn die erforderlichen Mehrheiten nicht erreicht worden sind, gilt die Zustimmung einer Abstimmungsgruppe als erteilt, wenn
1. die Angehörigen dieser Gruppe durch den Insolvenzplan voraussichtlich nicht schlechter gestellt werden, als sie ohne einen Plan stünden,
 2. die Angehörigen dieser Gruppe angemessen an dem wirtschaftlichen Wert beteiligt werden, der auf der Grundlage des Plans den Beteiligten zufließen soll, und
 3. die Mehrheit der abstimmenden Gruppen dem Plan mit den erforderlichen Mehrheiten zugestimmt hat.
- (2) Für eine Gruppe der Gläubiger liegt eine angemessene Beteiligung im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 vor, wenn nach dem Plan
1. kein anderer Gläubiger wirtschaftliche Werte erhält, die den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigen,
 2. weder ein Gläubiger, der ohne einen Plan mit Nachrang gegenüber den Gläubigern der Gruppe zu befriedigen wäre, noch der Schuldner oder eine an ihm beteiligte Person einen wirtschaftlichen Wert erhält und
 3. kein Gläubiger, der ohne einen Plan gleichrangig mit den Gläubigern der Gruppe zu befriedigen wäre, bessergestellt wird als diese Gläubiger.
- (3) Für eine Gruppe der Anteilsinhaber liegt eine angemessene Beteiligung im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 vor, wenn nach dem Plan

1. kein Gläubiger wirtschaftliche Werte erhält, die den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigen, und
2. kein Anteilsinhaber, der ohne einen Plan den Anteilsinhabern der Gruppe gleichgestellt wäre, bessergestellt wird als diese.

§ 246 Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger

Für die Annahme des Insolvenzplans durch die nachrangigen Insolvenzgläubiger gelten ergänzend folgende Bestimmungen:

1. Die Zustimmung der Gruppen mit einem Rang hinter § 39 Abs. 1 Nr. 3 gilt als erteilt, wenn kein Insolvenzgläubiger durch den Plan besser gestellt wird als die Gläubiger dieser Gruppen.
2. Beteiligt sich kein Gläubiger einer Gruppe an der Abstimmung, so gilt die Zustimmung der Gruppe als erteilt.

§ 246a Zustimmung der Anteilsinhaber

Beteiligt sich keines der Mitglieder einer Gruppe der Anteilsinhaber an der Abstimmung, so gilt die Zustimmung der Gruppe als erteilt.

§ 247 Zustimmung des Schuldners

- (1) Die Zustimmung des Schuldners zum Plan gilt als erteilt, wenn der Schuldner dem Plan nicht spätestens im Abstimmungstermin schriftlich widerspricht.
- (2) Ein Widerspruch ist im Rahmen des Absatzes 1 unbeachtlich, wenn
 1. der Schuldner durch den Plan voraussichtlich nicht schlechter gestellt wird, als er ohne einen Plan stünde, und
 2. kein Gläubiger einen wirtschaftlichen Wert erhält, der den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigt.

§ 248 Gerichtliche Bestätigung

- (1) Nach der Annahme des Insolvenzplans durch die Beteiligten (§§ 244 bis 246a) und der Zustimmung des Schuldners bedarf der Plan der Bestätigung durch das Insolvenzgericht.
- (2) Das Gericht soll vor der Entscheidung über die Bestätigung den Insolvenzverwalter, den Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, und den Schuldner hören.

§ 248a Gerichtliche Bestätigung einer Planberichtigung

- (1) Eine Berichtigung des Insolvenzplans durch den Insolvenzverwalter nach § 221 Satz 2 bedarf der Bestätigung durch das Insolvenzgericht.
- (2) Das Gericht soll vor der Entscheidung über die Bestätigung den Insolvenzverwalter, den Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, die

Gläubiger und die Anteilsinhaber, sofern ihre Rechte betroffen sind, sowie den Schuldner hören.

- (3) Die Bestätigung ist auf Antrag zu versagen, wenn ein Beteiligter durch die mit der Berichtigung einhergehende Planänderung voraussichtlich schlechtergestellt wird, als er nach den mit dem Plan beabsichtigten Wirkungen stünde.
- (4) Gegen den Beschluss, durch den die Berichtigung bestätigt oder versagt wird, steht den in Absatz 2 genannten Gläubigern und Anteilsinhabern sowie dem Verwalter die sofortige Beschwerde zu. § 253 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 249 Bedingter Plan

Ist im Insolvenzplan vorgesehen, daß vor der Bestätigung bestimmte Leistungen erbracht oder andere Maßnahmen verwirklicht werden sollen, so darf der Plan nur bestätigt werden, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Bestätigung ist von Amts wegen zu versagen, wenn die Voraussetzungen auch nach Ablauf einer angemessenen, vom Insolvenzgericht gesetzten Frist nicht erfüllt sind.

§ 250 Verstoß gegen Verfahrensvorschriften

Die Bestätigung ist von Amts wegen zu versagen,

1. wenn die Vorschriften über den Inhalt und die verfahrensmäßige Behandlung des Insolvenzplans sowie über die Annahme durch die Beteiligten und die Zustimmung des Schuldners in einem wesentlichen Punkt nicht beachtet worden sind und der Mangel nicht behoben werden kann oder
2. wenn die Annahme des Plans unlauter, insbesondere durch Begünstigung eines Beteiligten, herbeigeführt worden ist.

§ 251 Minderheitenschutz

- (1) Auf Antrag eines Gläubigers oder, wenn der Schuldner keine natürliche Person ist, einer am Schuldner beteiligten Person ist die Bestätigung des Insolvenzplans zu versagen, wenn
 1. der Antragsteller dem Plan spätestens im Abstimmungstermin schriftlich oder zu Protokoll widersprochen hat und
 2. der Antragsteller durch den Plan voraussichtlich schlechtergestellt wird, als er ohne einen Plan stünde.
- (2) Der Antrag ist nur zulässig, wenn der Antragsteller spätestens im Abstimmungstermin glaubhaft macht, dass er durch den Plan voraussichtlich schlechtergestellt wird.
- (3) Der Antrag ist abzuweisen, wenn im gestalteten Teil des Plans Mittel für den Fall bereitgestellt werden, dass ein Beteiligter eine Schlechterstellung nachweist. Ob der Beteiligte einen

Ausgleich aus diesen Mitteln erhält, ist außerhalb des Insolvenzverfahrens zu klären.

§ 252 Bekanntgabe der Entscheidung

- (1) Der Beschluß, durch den der Insolvenzplan bestätigt oder seine Bestätigung versagt wird, ist im Abstimmungstermin oder in einem alsbald zu bestimmenden besonderen Termin zu verkünden. § 74 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (2) Wird der Plan bestätigt, so ist den Insolvenzgläubigern, die Forderungen angemeldet haben, und den absonderungsberechtigten Gläubigern unter Hinweis auf die Bestätigung ein Abdruck des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts zu übersenden. Sind die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen, so sind auch diesen die Unterlagen zu übersenden; dies gilt nicht für Aktionäre oder Kommanditaktionäre. Börsennotierte Gesellschaften haben eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts des Plans über ihre Internetseite zugänglich zu machen.

§ 253 Rechtsmittel

- (1) Gegen den Beschluß, durch den der Insolvenzplan bestätigt oder durch den die Bestätigung versagt wird, steht den Gläubigern, dem Schuldner und, wenn dieser keine natürliche Person ist, den am Schuldner beteiligten Personen die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Die sofortige Beschwerde gegen die Bestätigung ist nur zulässig, wenn der Beschwerdeführer
 1. dem Plan spätestens im Abstimmungstermin schriftlich oder zu Protokoll widersprochen hat,
 2. gegen den Plan gestimmt hat und
 3. glaubhaft macht, dass er durch den Plan wesentlich schlechtergestellt wird, als er ohne einen Plan stünde, und dass dieser Nachteil nicht durch eine Zahlung aus den in § 251 Absatz 3 genannten Mitteln ausgeglichen werden kann.
- (3) Absatz 2 Nummer 1 und 2 gilt nur, wenn in der öffentlichen Bekanntmachung des Termins (§ 235 Absatz 2) und in den Ladungen zum Termin (§ 235 Absatz 3) auf die Notwendigkeit des Widerspruchs und der Ablehnung des Plans besonders hingewiesen wurde.
- (4) Auf Antrag des Insolvenzverwalters weist das Landgericht die Beschwerde unverzüglich zurück, wenn das alsbaldige Wirksamwerden des Insolvenzplans vorrangig erscheint, weil die Nachteile einer Verzögerung des Planvollzugs nach freier Überzeugung des Gerichts die Nachteile für den Beschwerdeführer überwiegen; ein Abhilfeverfahren nach § 572 Absatz 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung findet nicht statt. Dies gilt nicht, wenn ein besonders schwerer Rechtsverstoß vorliegt. Weist

das Gericht die Beschwerde nach Satz 1 zurück, ist dem Beschwerdeführer aus der Masse der Schaden zu ersetzen, der ihm durch den Planvollzug entsteht; die Rückgängigmachung der Wirkungen des Insolvenzplans kann nicht als Schadensersatz verlangt werden. Für Klagen, mit denen Schadensersatzansprüche nach Satz 3 geltend gemacht werden, ist das Landgericht ausschließlich zuständig, das die sofortige Beschwerde zurückgewiesen hat.

Dritter Abschnitt – Wirkungen des bestätigten Plans. Überwachung der Planerfüllung

§ 254 Allgemeine Wirkungen des Plans

- (1) Mit der Rechtskraft der Bestätigung des Insolvenzplans treten die im gestaltenden Teil festgelegten Wirkungen für und gegen alle Beteiligten ein.
- (2) Die Rechte der Insolvenzgläubiger gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners sowie die Rechte dieser Gläubiger an Gegenständen, die nicht zur Insolvenzmasse gehören, oder aus einer Vormerkung, die sich auf solche Gegenstände bezieht, werden durch den Plan nicht berührt. Der Schuldner wird jedoch durch den Plan gegenüber dem Mitschuldner, dem Bürgen oder anderen Rückgriffsberechtigten in gleicher Weise befreit wie gegenüber dem Gläubiger.
- (3) Ist ein Gläubiger weitergehend befriedigt worden, als er nach dem Plan zu beanspruchen hat, so begründet dies keine Pflicht zur Rückgewähr des Erlangten.
- (4) Werden Forderungen von Gläubigern in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte am Schuldner umgewandelt, kann der Schuldner nach der gerichtlichen Bestätigung keine Ansprüche wegen einer Überbewertung der Forderungen im Plan gegen die bisherigen Gläubiger geltend machen.

§ 254a Rechte an Gegenständen. Sonstige Wirkungen des Plans

- (1) Wenn Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben oder Geschäftsanteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgetreten werden sollen, gelten die in den Insolvenzplan aufgenommenen Willenserklärungen der Beteiligten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben.
- (2) Wenn die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen sind (§ 225a), gelten die in den Plan aufgenommenen Beschlüsse der Anteilshaber oder sonstigen Willenserklärungen der Beteiligten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben. Gesellschaftsrechtlich erforderliche Ladungen, Bekanntmachungen und sonstige Maßnahmen zur Vorbereitung von Beschlüssen der Anteilshaber gelten als in der vorgeschriebenen Form

bewirkt. Der Insolvenzverwalter ist berechtigt, die erforderlichen Anmeldungen beim jeweiligen Registergericht vorzunehmen.

- (3) Entsprechendes gilt für die in den Plan aufgenommenen Verpflichtungserklärungen, die einer Maßnahme nach Absatz 1 oder 2 zugrunde liegen.

§ 254b Wirkung für alle Beteiligten

Die §§ 254 und 254a gelten auch für Insolvenzgläubiger, die ihre Forderungen nicht angemeldet haben, und für Beteiligte, die dem Insolvenzplan widersprochen haben.

§ 255 Wiederauflebensklausel

- (1) Sind auf Grund des gestaltenden Teils des Insolvenzplans Forderungen von Insolvenzgläubigern gestundet oder teilweise erlassen worden, so wird die Stundung oder der Erlaß für den Gläubiger hinfällig, gegenüber dem der Schuldner mit der Erfüllung des Plans erheblich in Rückstand gerät. Ein erheblicher Rückstand ist erst anzunehmen, wenn der Schuldner eine fällige Verbindlichkeit nicht bezahlt hat, obwohl der Gläubiger ihn schriftlich gemahnt und ihm dabei eine mindestens zweiwöchige Nachfrist gesetzt hat.
- (2) Wird vor vollständiger Erfüllung des Plans über das Vermögen des Schuldners ein neues Insolvenzverfahren eröffnet, so ist die Stundung oder der Erlaß für alle Insolvenzgläubiger hinfällig.
- (3) Im Plan kann etwas anderes vorgesehen werden. Jedoch kann von Absatz 1 nicht zum Nachteil des Schuldners abgewichen werden.

§ 256 Streitige Forderungen. Ausfallforderungen

- (1) Ist eine Forderung im Prüfungstermin bestritten worden oder steht die Höhe der Ausfallforderung eines absonderungsberechtigten Gläubigers noch nicht fest, so ist ein Rückstand mit der Erfüllung des Insolvenzplans im Sinne des § 255 Abs. 1 nicht anzunehmen, wenn der Schuldner die Forderung bis zur endgültigen Feststellung ihrer Höhe in dem Ausmaß berücksichtigt, das der Entscheidung des Insolvenzgerichts über das Stimmrecht des Gläubigers bei der Abstimmung über den Plan entspricht. Ist keine Entscheidung über das Stimmrecht getroffen worden, so hat das Gericht auf Antrag des Schuldners oder des Gläubigers nachträglich festzustellen, in welchem Ausmaß der Schuldner vorläufig die Forderung zu berücksichtigen hat.
- (2) Ergibt die endgültige Feststellung, daß der Schuldner zu wenig gezahlt hat, so hat er das Fehlende nachzuzahlen. Ein erheblicher Rückstand mit der Erfüllung des Plans ist erst anzunehmen, wenn der Schuldner das Fehlende nicht nachzahlt, obwohl der Gläubiger ihn schriftlich

gemahnt und ihm dabei eine mindestens zweiwöchige Nachfrist gesetzt hat.

- (3) Ergibt die endgültige Feststellung, daß der Schuldner zu viel gezahlt hat, so kann er den Mehrbetrag nur insoweit zurückfordern, als dieser auch den nicht fälligen Teil der Forderung übersteigt, die dem Gläubiger nach dem Insolvenzplan zusteht.

§ 257 Vollstreckung aus dem Plan

- (1) Aus dem rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan in Verbindung mit der Eintragung in die Tabelle können die Insolvenzgläubiger, deren Forderungen festgestellt und nicht vom Schuldner im Prüfungstermin bestritten worden sind, wie aus einem vollstreckbaren Urteil die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner betreiben. Einer nicht bestrittenen Forderung steht eine Forderung gleich, bei der ein erhobener Widerspruch beseitigt ist. § 202 gilt entsprechend.
- (2) Gleiches gilt für die Zwangsvollstreckung gegen einen Dritten, der durch eine dem Insolvenzgericht eingereichte schriftliche Erklärung für die Erfüllung des Plans neben dem Schuldner ohne Vorbehalt der Einrede der Vorausklage Verpflichtungen übernommen hat.
- (3) Macht ein Gläubiger die Rechte geltend, die ihm im Falle eines erheblichen Rückstands des Schuldners mit der Erfüllung des Plans zustehen, so hat er zur Erteilung der Vollstreckungsklausel für diese Rechte und zur Durchführung der Vollstreckung die Mahnung und den Ablauf der Nachfrist glaubhaft zu machen, jedoch keinen weiteren Beweis für den Rückstand des Schuldners zu führen.

§ 258 Aufhebung des Insolvenzverfahrens

- (1) Sobald die Bestätigung des Insolvenzplans rechtskräftig ist und der Insolvenzplan nicht etwas anderes vorsieht, beschließt das Insolvenzgericht die Aufhebung des Insolvenzverfahrens.
- (2) Vor der Aufhebung hat der Verwalter die unstreitigen fälligen Masseansprüche zu berichtigen und für die streitigen oder nicht fälligen Sicherheit zu leisten. Für die nicht fälligen Masseansprüche kann auch ein Finanzplan vorgelegt werden, aus dem sich ergibt, dass ihre Erfüllung gewährleistet ist.
- (3) Der Beschluß und der Grund der Aufhebung sind öffentlich bekanntzumachen. Der Schuldner, der Insolvenzverwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind vorab über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Aufhebung (§ 9 Abs. 1 Satz 3) zu unterrichten. § 200 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 259 Wirkungen der Aufhebung

- (1) Mit der Aufhebung des Insolvenzverfahrens erlöschen die Ämter des Insolvenzverwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses. Der Schuldner erhält das Recht zurück, über die Insolvenzmasse frei zu verfügen.
- (2) Die Vorschriften über die Überwachung der Planerfüllung bleiben unberührt.
- (3) Einen anhängigen Rechtsstreit, der die Insolvenzanfechtung zum Gegenstand hat, kann der Verwalter auch nach der Aufhebung des Verfahrens fortführen, wenn dies im gestaltenden Teil des Plans vorgesehen ist. In diesem Fall wird der Rechtsstreit für Rechnung des Schuldners geführt, wenn im Plan keine abweichende Regelung getroffen wird.

§ 259a Vollstreckungsschutz

- (1) Gefährden nach der Aufhebung des Verfahrens Zwangsvollstreckungen einzelner Insolvenzgläubiger, die ihre Forderungen bis zum Abstimmungstermin nicht angemeldet haben, die Durchführung des Insolvenzplans, kann das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners eine Maßnahme der Zwangsvollstreckung ganz oder teilweise aufheben oder längstens für drei Jahre untersagen. Der Antrag ist nur zulässig, wenn der Schuldner die tatsächlichen Behauptungen, die die Gefährdung begründen, glaubhaft macht.
- (2) Ist die Gefährdung glaubhaft gemacht, kann das Gericht die Zwangsvollstreckung auch einstweilen einstellen.
- (3) Das Gericht hebt seinen Beschluss auf Antrag auf oder ändert ihn ab, wenn dies mit Rücksicht auf eine Änderung der Sachlage geboten ist.

§ 259b Besondere Verjährungsfrist

- (1) Die Forderung eines Insolvenzgläubigers, die nicht bis zum Abstimmungstermin angemeldet worden ist, verjährt in einem Jahr.
- (2) Die Verjährungsfrist beginnt, wenn die Forderung fällig und der Beschluss rechtskräftig ist, durch den der Insolvenzplan bestätigt wurde.
- (3) Die Absätze 1 und 2 sind nur anzuwenden, wenn dadurch die Verjährung einer Forderung früher vollendet wird als bei Anwendung der ansonsten geltenden Verjährungsvorschriften.
- (4) Die Verjährung einer Forderung eines Insolvenzgläubigers ist gehemmt, solange wegen Vollstreckungsschutzes nach § 259a nicht vollstreckt werden darf. Die Hemmung endet drei Monate nach Beendigung des Vollstreckungsschutzes.

§ 260 Überwachung der Planerfüllung

- (1) Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans kann vorgesehen werden, daß die Erfüllung des Plans überwacht wird.

- (2) Im Falle des Absatzes 1 wird nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens überwacht, ob die Ansprüche erfüllt werden, die den Gläubigern nach dem gestaltenden Teil gegen den Schuldner zustehen.
- (3) Wenn dies im gestaltenden Teil vorgesehen ist, erstreckt sich die Überwachung auf die Erfüllung der Ansprüche, die den Gläubigern nach dem gestaltenden Teil gegen eine juristische Person oder Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit zustehen, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegründet worden ist, um das Unternehmen oder einen Betrieb des Schuldners zu übernehmen und weiterzuführen (Übernahmegesellschaft).

§ 261 Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters

- (1) Die Überwachung ist Aufgabe des Insolvenzverwalters. Die Ämter des Verwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses und die Aufsicht des Insolvenzgerichts bestehen insoweit fort. § 22 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (2) Während der Zeit der Überwachung hat der Verwalter dem Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, und dem Gericht jährlich über den jeweiligen Stand und die weiteren Aussichten der Erfüllung des Insolvenzplans zu berichten. Unberührt bleibt das Recht des Gläubigerausschusses und des Gerichts, jederzeit einzelne Auskünfte oder einen Zwischenbericht zu verlangen.

§ 262 Anzeigepflicht des Insolvenzverwalters

Stellt der Insolvenzverwalter fest, daß Ansprüche, deren Erfüllung überwacht wird, nicht erfüllt werden oder nicht erfüllt werden können, so hat er dies unverzüglich dem Gläubigerausschuß und dem Insolvenzgericht anzuzeigen. Ist ein Gläubigerausschuß nicht bestellt, so hat der Verwalter an dessen Stelle alle Gläubiger zu unterrichten, denen nach dem gestaltenden Teil des Insolvenzplans Ansprüche gegen den Schuldner oder die Übernahmegesellschaft zustehen.

§ 263 Zustimmungspflichtige Geschäfte

Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans kann vorgesehen werden, daß bestimmte Rechtsgeschäfte des Schuldners oder der Übernahmegesellschaft während der Zeit der Überwachung nur wirksam sind, wenn der Insolvenzverwalter ihnen zustimmt. § 81 Abs. 1 und § 82 gelten entsprechend.

§ 264 Kreditrahmen

- (1) Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans kann vorgesehen werden, daß die Insolvenzgläubiger nachrangig sind gegenüber Gläubigern mit Forderungen aus Darlehen und sonstigen Krediten,

die der Schuldner oder die Übernahmegesellschaft während der Zeit der Überwachung aufnimmt oder die ein Massegläubiger in die Zeit der Überwachung hinein stehen läßt. In diesem Fall ist zugleich ein Gesamtbetrag für derartige Kredite festzulegen (Kreditrahmen). Dieser darf den Wert der Vermögensgegenstände nicht übersteigen, die in der Vermögensübersicht des Plans (§ 229 Satz 1) aufgeführt sind.

- (2) Der Nachrang der Insolvenzgläubiger gemäß Absatz 1 besteht nur gegenüber Gläubigern, mit denen vereinbart wird, daß und in welcher Höhe der von ihnen gewährte Kredit nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten innerhalb des Kreditrahmens liegt, und gegenüber denen der Insolvenzverwalter diese Vereinbarung schriftlich bestätigt.
- (3) § 39 Abs. 1 Nr. 5 bleibt unberührt.

§ 265 Nachrang von Neugläubigern

Gegenüber den Gläubigern mit Forderungen aus Krediten, die nach Maßgabe des § 264 aufgenommen oder stehen gelassen werden, sind nachrangig auch die Gläubiger mit sonstigen vertraglichen Ansprüchen, die während der Zeit der Überwachung begründet werden. Als solche Ansprüche gelten auch die Ansprüche aus einem vor der Überwachung vertraglich begründeten Dauerschuldverhältnis für die Zeit nach dem ersten Termin, zu dem der Gläubiger nach Beginn der Überwachung kündigen konnte.

§ 266 Berücksichtigung des Nachrangs

- (1) Der Nachrang der Insolvenzgläubiger und der in § 265 bezeichneten Gläubiger wird nur in einem Insolvenzverfahren berücksichtigt, das vor der Aufhebung der Überwachung eröffnet wird.
- (2) In diesem neuen Insolvenzverfahren gehen diese Gläubiger den übrigen nachrangigen Gläubigern im Range vor.

§ 267 Bekanntmachung der Überwachung

- (1) Wird die Erfüllung des Insolvenzplans überwacht, so ist dies zusammen mit dem Beschluß über die Aufhebung des Insolvenzverfahrens öffentlich bekanntzumachen.
- (2) Ebenso ist bekanntzumachen:
 1. im Falle des § 260 Abs. 3 die Erstreckung der Überwachung auf die Übernahmegesellschaft;
 2. im Falle des § 263, welche Rechtsgeschäfte an die Zustimmung des Insolvenzverwalters gebunden werden;
 3. im Falle des § 264, in welcher Höhe ein Kreditrahmen vorgesehen ist.
- (3) § 31 gilt entsprechend. Soweit im Falle des § 263 das Recht zur Verfügung über ein Grundstück, ein eingetragenes Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug, ein Recht an einem solchen Gegenstand

oder ein Recht an einem solchen Recht beschränkt wird, gelten die §§ 32 und 33 entsprechend.

§ 268 Aufhebung der Überwachung

- (1) Das Insolvenzgericht beschließt die Aufhebung der Überwachung,
 1. wenn die Ansprüche, deren Erfüllung überwacht wird, erfüllt sind oder die Erfüllung dieser Ansprüche gewährleistet ist oder
 2. wenn seit der Aufhebung des Insolvenzverfahrens drei Jahre verstrichen sind und kein Antrag auf Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens vorliegt.
- (2) Der Beschluß ist öffentlich bekanntzumachen. § 267 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 269 Kosten der Überwachung

Die Kosten der Überwachung trägt der Schuldner. Im Falle des § 260 Abs. 3 trägt die Übernahmegesellschaft die durch ihre Überwachung entstehenden Kosten.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) werden mit Wirkung zum 21. April 2018 die folgenden §§ 269a–i als neuer Siebter Teil eingefügt werden:

Koordinierung der Verfahren von Schuldnern, die derselben Unternehmensgruppe angehören

Erster Abschnitt – Allgemeine Bestimmungen

§ 269a Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter

Die Insolvenzverwalter gruppenangehöriger Schuldner sind untereinander zur Unterrichtung und Zusammenarbeit verpflichtet, soweit hierdurch nicht die Interessen der Beteiligten des Verfahrens beeinträchtigt werden, für das sie bestellt sind. Insbesondere haben sie auf Anforderung unverzüglich alle Informationen mitzuteilen, die für das andere Verfahren von Bedeutung sein können.

§ 269b Zusammenarbeit der Gerichte

Werden die Insolvenzverfahren über das Vermögen von gruppenangehörigen Schuldnern bei verschiedenen Insolvenzgerichten geführt, sind die

Gerichte zur Zusammenarbeit und insbesondere zum Austausch der Informationen verpflichtet, die für das andere Verfahren von Bedeutung sein können. Dies gilt insbesondere für:

1. die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen,
2. die Eröffnung des Verfahrens,
3. die Bestellung eines Insolvenzverwalters,
4. wesentliche verfahrensleitende Entscheidungen,
5. den Umfang der Insolvenzmasse und
6. die Vorlage von Insolvenzplänen sowie sonstige Maßnahmen zur Beendigung des Insolvenzverfahrens.

§ 269c Zusammenarbeit der Gläubigerausschüsse

- (1) Auf Antrag eines Gläubigerausschusses, der in einem Verfahren über das Vermögen eines gruppenangehörigen Schuldners bestellt ist, kann das Gericht des Gruppen-Gerichtsstands nach Anhörung der anderen Gläubigerausschüsse einen Gruppen-Gläubigerausschuss einsetzen. Jeder Gläubigerausschuss oder vorläufige Gläubigerausschuss eines gruppenangehörigen Schuldners, der nicht von offensichtlich untergeordneter Bedeutung für die gesamte Unternehmensgruppe ist, stellt ein Mitglied des Gruppen-Gläubigerausschusses. Ein weiteres Mitglied dieses Ausschusses wird aus dem Kreis der Vertreter der Arbeitnehmer bestimmt.
- (2) Der Gruppen-Gläubigerausschuss unterstützt die Insolvenzverwalter und die Gläubigerausschüsse in den einzelnen Verfahren, um eine abgestimmte Abwicklung dieser Verfahren zu erleichtern. Die §§ 70 bis 73 gelten entsprechend. Hinsichtlich der Vergütung gilt die Tätigkeit als Mitglied im Gruppen-Gläubigerausschuss als Tätigkeit in dem Gläubigerausschuss, den das Mitglied im Gruppen-Gläubigerausschuss vertritt.
- (3) Dem Gläubigerausschuss steht in den Fällen der Absätze 1 und 2 ein vorläufiger Gläubigerausschuss gleich.

Zweiter Abschnitt – Koordinationsverfahren

§ 269d Koordinationsgericht

- (1) Wird über die Vermögen von gruppenangehörigen Schuldern die Eröffnung von Insolvenzverfahren beantragt oder wurden solche Verfahren eröffnet, kann das für die Eröffnung von Gruppen-Folgeverfahren zuständige Gericht (Koordinationsgericht) auf Antrag ein Koordinationsverfahren einleiten.
- (2) Antragsberechtigt ist jeder gruppenangehörige Schuldner. § 3a Absatz 3 findet entsprechende Anwendung. Antragsberechtigt ist auch jeder Gläubigerausschuss oder vorläufige Gläubigerausschuss eines gruppenangehörigen Schuldners auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses.

§ 269e Verfahrenskoordinator

- (1) Das Koordinationsgericht bestellt eine von den gruppenangehörigen Schuldnern und deren Gläubigern unabhängige Person zum Verfahrenskoordinator. Die zu bestellende Person soll von den Insolvenzverwaltern und Sachwaltern der gruppenangehörigen Schuldner unabhängig sein. Die Bestellung eines gruppenangehörigen Schuldners ist ausgeschlossen.
- (2) Vor der Bestellung des Verfahrenskoordinators gibt das Koordinationsgericht einem bestellten Gruppen-Gläubigerausschuss Gelegenheit, sich zu der Person des Verfahrenskoordinators und den an ihn zu stellenden Anforderungen zu äußern.

§ 269f Aufgaben und Rechtsstellung des Verfahrenskoordinators

- (1) Der Verfahrenskoordinator hat für eine abgestimmte Abwicklung der Verfahren über die gruppenangehörigen Schuldner zu sorgen, soweit dies im Interesse der Gläubiger liegt. Zu diesem Zweck kann er insbesondere einen Koordinationsplan vorlegen. Er kann diesen in den jeweiligen Gläubigerversammlungen erläutern oder durch eine von ihm bevollmächtigte Person erläutern lassen.

- (2) Die Insolvenzverwalter und vorläufigen Insolvenzverwalter der gruppenangehörigen Schuldner sind zur Zusammenarbeit mit dem Verfahrenskoordinator verpflichtet. Sie haben ihm auf Aufforderung insbesondere die Informationen mitzuteilen, die er für eine zweckentsprechende Ausübung seiner Tätigkeit benötigt.
- (3) Soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Bestellung des Verfahrenskoordinators, für die Aufsicht durch das Insolvenzgericht sowie für die Haftung und Vergütung § 27 Absatz 2 Nummer 5 und die §§ 56 bis 60, 62 bis 65 entsprechend.

§ 269g Vergütung des Verfahrenskoordinators

- (1) Der Verfahrenskoordinator hat Anspruch auf Vergütung für seine Tätigkeit und auf Erstattung angemessener Auslagen. Der Regelsatz der Vergütung wird nach dem Wert der zusammengefassten Insolvenzmassen der in das Koordinationsverfahren einbezogenen Verfahren über gruppenangehörige Schuldner berechnet. Dem Umfang und der Schwierigkeit der Koordinationsaufgabe wird durch Abweichungen vom Regelsatz Rechnung getragen. Die §§ 64 und 65 gelten entsprechend.
- (2) Die Vergütung des Verfahrenskoordinators ist anteilig aus den Insolvenzmassen der gruppenangehörigen Schuldner zu berichtigen, wobei im Zweifel das Verhältnis des Werts der einzelnen Massen zueinander maßgebend ist.

§ 269h Koordinationsplan

- (1) Zur abgestimmten Abwicklung der Insolvenzverfahren über das Vermögen von gruppenangehörigen Schuldnern können der Verfahrenskoordinator und, wenn ein solcher noch nicht bestellt ist, die Insolvenzverwalter der gruppenangehörigen Schuldner gemeinsam dem Koordinationsgericht einen Koordinationsplan zur Bestätigung vorlegen. Der Koordinationsplan bedarf der Zustimmung eines bestellten Gruppen-Gläubigerausschusses. Das Gericht weist den Plan von Amts wegen zurück, wenn die Vorschriften

über das Recht zur Vorlage, den Inhalt des Plans oder über die verfahrensmäßige Behandlung nicht beachtet worden sind und die Vorlegenden den Mangel nicht beheben können oder innerhalb einer angemessenen vom Gericht gesetzten Frist nicht beheben.

- (2) In dem Koordinationsplan können alle Maßnahmen beschrieben werden, die für eine abgestimmte Abwicklung der Verfahren sachdienlich sind. Insbesondere kann der Plan Vorschläge enthalten:
 1. zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen gruppenangehörigen Schuldner und der Unternehmensgruppe,
 2. zur Beilegung gruppeninterner Streitigkeiten,
 3. zu vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Insolvenzverwaltern.
- (3) Gegen den Beschluss, durch den die Bestätigung des Koordinationsplans versagt wird, steht jedem Vorlegenden die sofortige Beschwerde zu. Die übrigen Vorlegenden sind in dem Verfahren zuzuziehen.

§ 269i Abweichungen vom Koordinationsplan

- (1) Der Insolvenzverwalter eines gruppenangehörigen Schuldners hat im Berichtstermin den Koordinationsplan zu erläutern, wenn dies nicht durch den Verfahrenskoordinator oder eine von diesem bevollmächtigte Person erfolgt. Der Insolvenzverwalter hat im Anschluss an die Erläuterung zu begründen, von welchen im Plan beschriebenen Maßnahmen er abweichen will. Liegt zum Zeitpunkt des Berichtstermins noch kein Koordinationsplan vor, so kommt der Insolvenzverwalter seinen Pflichten nach den Sätzen 1 und 2 in einer Gläubigerversammlung nach, für die das Insolvenzgericht alsbald einen Termin bestimmt.
- (2) Auf Beschluss der Gläubigerversammlung ist der Koordinationsplan einem vom Insolvenzverwalter auszuarbeiteten Insolvenzplan zugrunde zu legen.

Siebter Teil – Eigenverwaltung

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Siebte Teil der Achte Teil werden.

§ 270 Voraussetzungen

- (1) Der Schuldner ist berechtigt, unter der Aufsicht eines Sachwalters die Insolvenzmasse zu verwalten und über sie zu verfügen, wenn das Insolvenzgericht in dem Beschluß über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens die Eigenverwaltung anordnet. Für das Verfahren gelten die allgemeinen Vorschriften, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist. Die Vorschriften dieses Teils sind auf Verbraucherinsolvenzverfahren nach § 304 nicht anzuwenden.
- (2) Die Anordnung setzt voraus,
 1. daß sie vom Schuldner beantragt worden ist und
 2. dass keine Umstände bekannt sind, die erwarten lassen, dass die Anordnung zu Nachteilen für die Gläubiger führen wird.
- (3) Vor der Entscheidung über den Antrag ist dem vorläufigen Gläubigerausschuss Gelegenheit zur Äußerung zu geben, wenn dies nicht offensichtlich zu einer nachteiligen Veränderung in der Vermögenslage des Schuldners führt. Wird der Antrag von einem einstimmigen Beschluss des vorläufigen Gläubigerausschusses unterstützt, so gilt die Anordnung nicht als nachteilig für die Gläubiger.
- (4) Wird der Antrag abgelehnt, so ist die Ablehnung schriftlich zu begründen; § 27 Absatz 2 Nummer 4 gilt entsprechend.

§ 270a Eröffnungsverfahren

- (1) Ist der Antrag des Schuldners auf Eigenverwaltung nicht offensichtlich aussichtslos, so soll das Gericht im Eröffnungsverfahren davon absehen,
 1. dem Schuldner ein allgemeines Verfügungsverbot aufzuerlegen oder
 2. anzuordnen, dass alle Verfügungen des Schuldners nur mit Zustimmung eines vorläufigen Insolvenzverwalters wirksam sind.
 Anstelle des vorläufigen Insolvenzverwalters wird in diesem Fall ein vorläufiger Sachwalter bestellt, auf den die §§ 274 und 275 entsprechend anzuwenden sind.
- (2) Hat der Schuldner den Eröffnungsantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit gestellt und die Eigenverwaltung beantragt, sieht das Gericht jedoch die Voraussetzungen der Eigenverwaltung als

nicht gegeben an, so hat es seine Bedenken dem Schuldner mitzuteilen und diesem Gelegenheit zu geben, den Eröffnungsantrag vor der Entscheidung über die Eröffnung zurückzunehmen.

§ 270b Vorbereitung einer Sanierung

- (1) Hat der Schuldner den Eröffnungsantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung gestellt und die Eigenverwaltung beantragt und ist die angestrebte Sanierung nicht offensichtlich aussichtslos, so bestimmt das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners eine Frist zur Vorlage eines Insolvenzplans. Die Frist darf höchstens drei Monate betragen. Der Schuldner hat mit dem Antrag eine mit Gründen versehene Bescheinigung eines in Insolvenzsachen erfahrenen Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Rechtsanwalts oder einer Person mit vergleichbarer Qualifikation vorzulegen, aus der sich ergibt, dass drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, aber keine Zahlungsunfähigkeit vorliegt und die angestrebte Sanierung nicht offensichtlich aussichtslos ist.
- (2) In dem Beschluss nach Absatz 1 bestellt das Gericht einen vorläufigen Sachwalter nach § 270a Absatz 1, der personenverschieden von dem Aussteller der Bescheinigung nach Absatz 1 zu sein hat. Das Gericht kann von dem Vorschlag des Schuldners nur abweichen, wenn die vorgeschlagene Person offensichtlich für die Übernahme des Amtes nicht geeignet ist; dies ist vom Gericht zu begründen. Das Gericht kann vorläufige Maßnahmen nach § 21 Absatz 1 und 2 Nummer 1a, 3 bis 5 anordnen; es hat Maßnahmen nach § 21 Absatz 2 Nummer 3 anzuordnen, wenn der Schuldner dies beantragt.
- (3) Auf Antrag des Schuldners hat das Gericht anzuordnen, dass der Schuldner Masseverbindlichkeiten begründet. § 55 Absatz 2 gilt entsprechend.
- (4) Das Gericht hebt die Anordnung nach Absatz 1 vor Ablauf der Frist auf, wenn
 1. die angestrebte Sanierung aussichtslos geworden ist;
 2. der vorläufige Gläubigerausschuss die Aufhebung beantragt oder
 3. ein absonderungsberechtigter Gläubiger oder ein Insolvenzgläubiger die Aufhebung beantragt und Umstände bekannt werden, die erwarten lassen, dass die Anordnung zu Nachteilen für die Gläubiger führen wird; der Antrag ist nur zulässig, wenn kein vorläufiger Gläubigerausschuss bestellt ist und die Umstände vom Antragsteller glaubhaft gemacht werden.
 Der Schuldner oder der vorläufige Sachwalter haben dem Gericht den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit unverzüglich anzuzeigen. Nach Aufhebung der Anordnung oder nach Ablauf der Frist

entscheidet das Gericht über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

§ 270c Bestellung des Sachwalters

Bei Anordnung der Eigenverwaltung wird anstelle des Insolvenzverwalters ein Sachwalter bestellt. Die Forderungen der Insolvenzgläubiger sind beim Sachwalter anzumelden. Die §§ 32 und 33 sind nicht anzuwenden.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der folgende § 270d eingefügt werden:

§ 270d Eigenverwaltung bei gruppenangehörigen Schuldern

Wird die Eigenverwaltung oder die vorläufige Eigenverwaltung bei einem gruppenangehörigen Schuldner angeordnet, unterliegt der Schuldner den Kooperationspflichten des § 269a. Dem eigenverwaltenden Schuldner stehen nach Verfahrenseröffnung die Antragsrechte nach § 3a Absatz 1, § 3d Absatz 2 und § 269d Absatz 2 Satz 2 zu.

§ 271 Nachträgliche Anordnung

Beantragt die Gläubigerversammlung mit der in § 76 Absatz 2 genannten Mehrheit und der Mehrheit der abstimmenden Gläubiger die Eigenverwaltung, so ordnet das Gericht diese an, sofern der Schuldner zustimmt. Zum Sachwalter kann der bisherige Insolvenzverwalter bestellt werden.

§ 272 Aufhebung der Anordnung

- (1) Das Insolvenzgericht hebt die Anordnung der Eigenverwaltung auf,
 1. wenn dies von der Gläubigerversammlung mit der in § 76 Absatz 2 genannten Mehrheit und der Mehrheit der abstimmenden Gläubiger beantragt wird;
 2. wenn dies von einem absonderungsberechtigten Gläubiger oder von einem Insolvenzgläubiger beantragt wird, die Voraussetzung des § 270 Absatz 2 Nummer 2 weggefallen ist und dem Antragsteller durch die Eigenverwaltung erhebliche Nachteile drohen;
 3. wenn dies vom Schuldner beantragt wird.
- (2) Der Antrag eines Gläubigers ist nur zulässig, wenn die in Absatz 1 Nummer 2 genannten Voraussetzungen glaubhaft gemacht werden. Vor der Entscheidung über den Antrag ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung steht dem

Gläubiger und dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.

- (3) Zum Insolvenzverwalter kann der bisherige Sachwalter bestellt werden.

§ 273 Öffentliche Bekanntmachung

Der Beschluß des Insolvenzgerichts, durch den nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens die Eigenverwaltung angeordnet oder die Anordnung aufgehoben wird, ist öffentlich bekanntzumachen.

§ 274 Rechtsstellung des Sachwalters

- (1) Für die Bestellung des Sachwalters, für die Aufsicht des Insolvenzgerichts sowie für die Haftung und die Vergütung des Sachwalters gelten § 27 Absatz 2 Nummer 4, § 54 Nummer 2 und die §§ 56 bis 60, 62 bis 65 entsprechend.
- (2) Der Sachwalter hat die wirtschaftliche Lage des Schuldners zu prüfen und die Geschäftsführung sowie die Ausgaben für die Lebensführung zu überwachen. § 22 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (3) Stellt der Sachwalter Umstände fest, die erwarten lassen, daß die Fortsetzung der Eigenverwaltung zu Nachteilen für die Gläubiger führen wird, so hat er dies unverzüglich dem Gläubigerausschuß und dem Insolvenzgericht anzuzeigen. Ist ein Gläubigerausschuß nicht bestellt, so hat der Sachwalter an dessen Stelle die Insolvenzgläubiger, die Forderungen angemeldet haben, und die absonderungsberechtigten Gläubiger zu unterrichten.

§ 275 Mitwirkung des Sachwalters

- (1) Verbindlichkeiten, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, soll der Schuldner nur mit Zustimmung des Sachwalters eingehen. Auch Verbindlichkeiten, die zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, soll er nicht eingehen, wenn der Sachwalter widerspricht.
- (2) Der Sachwalter kann vom Schuldner verlangen, daß alle eingehenden Gelder nur vom Sachwalter entgegengenommen und Zahlungen nur vom Sachwalter geleistet werden.

§ 276 Mitwirkung des Gläubigerausschusses

Der Schuldner hat die Zustimmung des Gläubigerausschusses einzuholen, wenn er Rechtshandlungen vornehmen will, die für das Insolvenzverfahren von besonderer Bedeutung sind. § 160 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, § 161 Satz 2 und § 164 gelten entsprechend.

§ 276a Mitwirkung der Überwachungsorgane

Ist der Schuldner eine juristische Person oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, so haben der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung oder entsprechende Organe keinen Einfluss auf die Geschäftsführung des Schuldners. Die

Abberufung und Neubestellung von Mitgliedern der Geschäftsleitung ist nur wirksam, wenn der Sachwalter zustimmt. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn die Maßnahme nicht zu Nachteilen für die Gläubiger führt.

§ 277 Anordnung der Zustimmungsbedürftigkeit

- (1) Auf Antrag der Gläubigerversammlung ordnet das Insolvenzgericht an, daß bestimmte Rechtsgeschäfte des Schuldners nur wirksam sind, wenn der Sachwalter ihnen zustimmt. § 81 Abs. 1 Satz 2 und 3 und § 82 gelten entsprechend. Stimmt der Sachwalter der Begründung einer Masseverbindlichkeit zu, so gilt § 61 entsprechend.
- (2) Die Anordnung kann auch auf den Antrag eines absonderungsberechtigten Gläubigers oder eines Insolvenzgläubigers ergehen, wenn sie unaufschiebbar erforderlich ist, um Nachteile für die Gläubiger zu vermeiden. Der Antrag ist nur zulässig, wenn diese Voraussetzung der Anordnung glaubhaft gemacht wird.
- (3) Die Anordnung ist öffentlich bekanntzumachen. § 31 gilt entsprechend. Soweit das Recht zur Verfügung über ein Grundstück, ein eingetragenes Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug, ein Recht an einem solchen Gegenstand oder ein Recht an einem solchen Recht beschränkt wird, gelten die §§ 32 und 33 entsprechend.

§ 278 Mittel zur Lebensführung des Schuldners

- (1) Der Schuldner ist berechtigt, für sich und die in § 100 Abs. 2 Satz 2 genannten Familienangehörigen aus der Insolvenzmasse die Mittel zu entnehmen, die unter Berücksichtigung der bisherigen Lebensverhältnisse des Schuldners eine bescheidene Lebensführung gestatten.
- (2) Ist der Schuldner keine natürliche Person, so gilt Absatz 1 entsprechend für die vertretungsberechtigten persönlich haftenden Gesellschafter des Schuldners.

§ 279 Gegenseitige Verträge

Die Vorschriften über die Erfüllung der Rechtsgeschäfte und die Mitwirkung des Betriebsrats (§§ 103 bis 128) gelten mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Insolvenzverwalters der Schuldner tritt. Der Schuldner soll seine Rechte nach diesen Vorschriften im Einvernehmen mit dem Sachwalter ausüben. Die Rechte nach den §§ 120, 122 und 126 kann er wirksam nur mit Zustimmung des Sachwalters ausüben.

§ 280 Haftung. Insolvenzanfechtung

Nur der Sachwalter kann die Haftung nach den §§ 92 und 93 für die Insolvenzmasse geltend machen und Rechtshandlungen nach den §§ 129 bis 147 anfechten.

§ 281 Unterrichtung der Gläubiger

- (1) Das Verzeichnis der Massegegenstände, das Gläubigerverzeichnis und die Vermögensübersicht (§§ 151 bis 153) hat der Schuldner zu erstellen. Der Sachwalter hat die Verzeichnisse und die Vermögensübersicht zu prüfen und jeweils schriftlich zu erklären, ob nach dem Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind.
- (2) Im Berichtstermin hat der Schuldner den Bericht zu erstatten. Der Sachwalter hat zu dem Bericht Stellung zu nehmen.
- (3) Zur Rechnungslegung (§§ 66, 155) ist der Schuldner verpflichtet. Für die Schlußrechnung des Schuldners gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.

§ 282 Verwertung von Sicherungsgut

- (1) Das Recht des Insolvenzverwalters zur Verwertung von Gegenständen, an denen Absonderungsrechte bestehen, steht dem Schuldner zu. Kosten der Feststellung der Gegenstände und der Rechte an diesen werden jedoch nicht erhoben. Als Kosten der Verwertung können nur die tatsächlich entstandenen, für die Verwertung erforderlichen Kosten und der Umsatzsteuerbetrag angesetzt werden.
- (2) Der Schuldner soll sein Verwertungsrecht im Einvernehmen mit dem Sachwalter ausüben.

§ 283 Befriedigung der Insolvenzgläubiger

- (1) Bei der Prüfung der Forderungen können außer den Insolvenzgläubigern der Schuldner und der Sachwalter angemeldete Forderungen bestreiten. Eine Forderung, die ein Insolvenzgläubiger, der Schuldner oder der Sachwalter bestritten hat, gilt nicht als festgestellt.
- (2) Die Verteilungen werden vom Schuldner vorgenommen. Der Sachwalter hat die Verteilungsverzeichnisse zu prüfen und jeweils schriftlich zu erklären, ob nach dem Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind.

§ 284 Insolvenzplan

- (1) Ein Auftrag der Gläubigerversammlung zur Ausarbeitung eines Insolvenzplans ist an den Sachwalter oder an den Schuldner zu richten. Wird der Auftrag an den Schuldner gerichtet, so wirkt der Sachwalter beratend mit.
- (2) Eine Überwachung der Planerfüllung ist Aufgabe des Sachwalters.

§ 285 Masseunzulänglichkeit

Masseunzulänglichkeit ist vom Sachwalter dem Insolvenzgericht anzuzeigen.

Achter Teil – Restschuldbefreiung

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Achte Teil der Neunte Teil werden.

§ 286 Grundsatz

Ist der Schuldner eine natürliche Person, so wird er nach Maßgabe der §§ 287 bis 303 von den im Insolvenzverfahren nicht erfüllten Verbindlichkeiten gegenüber den Insolvenzgläubigern befreit.

§ 287 Antrag des Schuldners

- (1) Die Restschuldbefreiung setzt einen Antrag des Schuldners voraus, der mit seinem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens verbunden werden soll. Wird er nicht mit diesem verbunden, so ist er innerhalb von zwei Wochen nach dem Hinweis gemäß § 20 Abs. 2 zu stellen. Der Schuldner hat dem Antrag eine Erklärung beizufügen, ob ein Fall des § 287a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder 2 vorliegt. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Erklärung nach Satz 3 hat der Schuldner zu versichern.
- (2) Dem Antrag ist die Erklärung beizufügen, daß der Schuldner seine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens (Abtretungsfrist) an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder abtritt.
- (3) Vereinbarungen des Schuldners sind insoweit unwirksam, als sie die Abtretungserklärung nach Absatz 2 vereiteln oder beeinträchtigen würden.
- (4) Die Insolvenzgläubiger, die Forderungen angemeldet haben, sind bis zum Schlusstermin zu dem Antrag des Schuldners zu hören.

§ 287a Entscheidung des Insolvenzgerichts

- (1) Ist der Antrag auf Restschuldbefreiung zulässig, so stellt das Insolvenzgericht durch Beschluss fest, dass der Schuldner Restschuldbefreiung erlangt, wenn er den Obliegenheiten nach § 295 nachkommt und die Voraussetzungen für eine Versagung nach den §§ 290, 297 bis 298 nicht vorliegen. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen. Gegen den Beschluss steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.
- (2) Der Antrag auf Restschuldbefreiung ist unzulässig, wenn
 1. dem Schuldner in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung

erteilt oder wenn ihm die Restschuldbefreiung in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag nach § 297 versagt worden ist oder

2. dem Schuldner in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nach § 290 Absatz 1 Nummer 5, 6 oder 7 oder nach § 296 versagt worden ist; dies gilt auch im Fall des § 297a, wenn die nachträgliche Versagung auf Gründe nach § 290 Absatz 1 Nummer 5, 6 oder 7 gestützt worden ist. In diesen Fällen hat das Gericht dem Schuldner Gelegenheit zu geben, den Eröffnungsantrag vor der Entscheidung über die Eröffnung zurückzunehmen.

§ 287b Erwerbsobliegenheit des Schuldners

Ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens obliegt es dem Schuldner, eine angemessene Erwerbstätigkeit auszuüben und, wenn er ohne Beschäftigung ist, sich um eine solche zu bemühen und keine zumutbare Tätigkeit abzulehnen.

§ 288 Bestimmung des Treuhänders

Der Schuldner und die Gläubiger können dem Insolvenzgericht als Treuhänder eine für den jeweiligen Einzelfall geeignete natürliche Person vorschlagen. Wenn noch keine Entscheidung über die Restschuldbefreiung ergangen ist, bestimmt das Gericht zusammen mit der Entscheidung, mit der es die Aufhebung oder die Einstellung des Insolvenzverfahrens wegen Masseunzulänglichkeit beschließt, den Treuhänder, auf den die pfändbaren Bezüge des Schuldners nach Maßgabe der Abtretungserklärung (§ 287 Absatz 2) übergehen.

§ 289 Einstellung des Insolvenzverfahrens

Im Fall der Einstellung des Insolvenzverfahrens kann Restschuldbefreiung nur erteilt werden, wenn nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit die Insolvenzmasse nach § 209 verteilt worden ist und die Einstellung nach § 211 erfolgt.

§ 290 Versagung der Restschuldbefreiung

- (1) Die Restschuldbefreiung ist durch Beschluss zu versagen, wenn dies von einem Insolvenzgläubiger, der seine Forderung angemeldet hat, beantragt worden ist und wenn
 1. der Schuldner in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283c des Strafgesetzbuchs rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90

Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden ist,

2. der Schuldner in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig schriftlich unrichtige oder unvollständige Angaben über seine wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht hat, um einen Kredit zu erhalten, Leistungen aus öffentlichen Mitteln zu beziehen oder Leistungen an öffentliche Kassen zu vermeiden,

3. (weggefallen)

4. der Schuldner in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig die Befriedigung der Insolvenzgläubiger dadurch beeinträchtigt hat, daß er unangemessene Verbindlichkeiten begründet oder Vermögen verschwendet oder ohne Aussicht auf eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage die Eröffnung des Insolvenzverfahrens verzögert hat,

5. der Schuldner Auskunft- oder Mitwirkungspflichten nach diesem Gesetz vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat,

6. der Schuldner in der nach § 287 Absatz 1 Satz 3 vorzulegenden Erklärung und in den nach § 305 Absatz 1 Nummer 3 vorzulegenden Verzeichnissen seines Vermögens und seines Einkommens, seiner Gläubiger und der gegen ihn gerichteten Forderungen vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat,

7. der Schuldner seine Erwerbsobliegenheit nach § 287b verletzt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger beeinträchtigt; dies gilt nicht, wenn den Schuldner kein Verschulden trifft; § 296 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

- (2) Der Antrag des Gläubigers kann bis zum Schluss-termin oder bis zur Entscheidung nach § 211 Absatz 1 schriftlich gestellt werden; er ist nur zulässig, wenn ein Versagungsgrund glaubhaft gemacht wird. Die Entscheidung über den Versagungsantrag erfolgt nach dem gemäß Satz 1 maßgeblichen Zeitpunkt.
- (3) Gegen den Beschluss steht dem Schuldner und jedem Insolvenzgläubiger, der die Versagung der Restschuldbefreiung beantragt hat, die sofortige Beschwerde zu. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

§ 291 (weggefallen)

§ 292 Rechtsstellung des Treuhänders

- (1) Der Treuhänder hat den zur Zahlung der Bezüge Verpflichteten über die Abtretung zu unterrichten. Er hat die Beträge, die er durch die Abtretung erlangt, und sonstige Leistungen des Schuldners

oder Dritter von seinem Vermögen getrennt zu halten und einmal jährlich auf Grund des Schlußverzeichnisses an die Insolvenzgläubiger zu verteilen, sofern die nach § 4a gestundeten Verfahrenskosten abzüglich der Kosten für die Beordnung eines Rechtsanwalts berichtigt sind. § 36 Abs. 1 Satz 2, Abs. 4 gilt entsprechend. Der Treuhänder kann die Verteilung längstens bis zum Ende der Abtretungsfrist aussetzen, wenn dies angesichts der Geringfügigkeit der zu verteilenden Beträge angemessen erscheint; er hat dies dem Gericht einmal jährlich unter Angabe der Höhe der erlangten Beträge mitzuteilen.

- (2) Die Gläubigerversammlung kann dem Treuhänder zusätzlich die Aufgabe übertragen, die Erfüllung der Obliegenheiten des Schuldners zu überwachen. In diesem Fall hat der Treuhänder die Gläubiger unverzüglich zu benachrichtigen, wenn er einen Verstoß gegen diese Obliegenheiten feststellt. Der Treuhänder ist nur zur Überwachung verpflichtet, soweit die ihm dafür zustehende zusätzliche Vergütung gedeckt ist oder vorgeschossen wird.
- (3) Der Treuhänder hat bei der Beendigung seines Amtes dem Insolvenzgericht Rechnung zu legen. Die §§ 58 und 59 gelten entsprechend, § 59 jedoch mit der Maßgabe, daß die Entlassung von jedem Insolvenzgläubiger beantragt werden kann und daß die sofortige Beschwerde jedem Insolvenzgläubiger zusteht.

§ 293 Vergütung des Treuhänders

- (1) Der Treuhänder hat Anspruch auf Vergütung für seine Tätigkeit und auf Erstattung angemessener Auslagen. Dabei ist dem Zeitaufwand des Treuhänders und dem Umfang seiner Tätigkeit Rechnung zu tragen.
- (2) § 63 Abs. 2 sowie die §§ 64 und 65 gelten entsprechend.

§ 294 Gleichbehandlung der Gläubiger

- (1) Zwangsvollstreckungen für einzelne Insolvenzgläubiger in das Vermögen des Schuldners sind in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist nicht zulässig.
- (2) Jedes Abkommen des Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Insolvenzgläubigern, durch das diesen ein Sondervorteil verschafft wird, ist nichtig.
- (3) Eine Aufrechnung gegen die Forderung auf die Bezüge, die von der Abtretungserklärung erfasst werden, ist nicht zulässig.

§ 295 Obliegenheiten des Schuldners

- (1) Dem Schuldner obliegt es, in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist
 1. eine angemessene Erwerbstätigkeit auszuüben und, wenn er ohne Beschäftigung ist, sich um eine solche zu bemühen und keine zumutbare Tätigkeit abzulehnen;
 2. Vermögen, das er von Todes wegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht erwirbt, zur Hälfte des Wertes an den Treuhänder herauszugeben;
 3. jeden Wechsel des Wohnsitzes oder der Beschäftigungsstelle unverzüglich dem Insolvenzgericht und dem Treuhänder anzuzeigen, keine von der Abtretungserklärung erfaßten Bezüge und kein von Nummer 2 erfaßtes Vermögen zu verheimlichen und dem Gericht und dem Treuhänder auf Verlangen Auskunft über seine Erwerbstätigkeit oder seine Bemühungen um eine solche sowie über seine Bezüge und sein Vermögen zu erteilen;
 4. Zahlungen zur Befriedigung der Insolvenzgläubiger nur an den Treuhänder zu leisten und keinem Insolvenzgläubiger einen Sondervorteil zu verschaffen.
- (2) Soweit der Schuldner eine selbständige Tätigkeit ausübt, obliegt es ihm, die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den Treuhänder so zu stellen, wie wenn er ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wäre.

§ 296 Verstoß gegen Obliegenheiten

- (1) Das Insolvenzgericht versagt die Restschuldbefreiung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers, wenn der Schuldner in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist eine seiner Obliegenheiten verletzt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger beeinträchtigt; dies gilt nicht, wenn den Schuldner kein Verschulden trifft. Der Antrag kann nur binnen eines Jahres nach dem Zeitpunkt gestellt werden, in dem die Obliegenheitsverletzung dem Gläubiger bekanntgeworden ist. Er ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 glaubhaft gemacht werden.
- (2) Vor der Entscheidung über den Antrag sind der Treuhänder, der Schuldner und die Insolvenzgläubiger zu hören. Der Schuldner hat über die Erfüllung seiner Obliegenheiten Auskunft zu erteilen und, wenn es der Gläubiger beantragt, die Richtigkeit dieser Auskunft an Eides Statt zu versichern. Gibt er die Auskunft oder die eidesstattliche Versicherung ohne hinreichende Entschuldigung nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist ab oder erscheint er trotz ordnungsgemäßer Ladung

ohne hinreichende Entschuldigung nicht zu einem Termin, den das Gericht für die Erteilung der Auskunft oder die eidesstattliche Versicherung anberaumt hat, so ist die Restschuldbefreiung zu versagen.

- (3) Gegen die Entscheidung steht dem Antragsteller und dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu. Die Versagung der Restschuldbefreiung ist öffentlich bekanntzumachen.

§ 297 Insolvenzstraftaten

- (1) Das Insolvenzgericht versagt die Restschuldbefreiung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers, wenn der Schuldner in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283c des Strafgesetzbuchs rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt wird.
- (2) § 296 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 297a Nachträglich bekannt gewordene Versagungsgründe

- (1) Das Insolvenzgericht versagt die Restschuldbefreiung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers, wenn sich nach dem Schlusstermin oder im Falle des § 211 nach der Einstellung herausstellt, dass ein Versagungsgrund nach § 290 Absatz 1 vorgelegen hat. Der Antrag kann nur binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt gestellt werden, zu dem der Versagungsgrund dem Gläubiger bekannt geworden ist. Er ist nur zulässig, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 vorliegen und dass der Gläubiger bis zu dem gemäß Satz 1 maßgeblichen Zeitpunkt keine Kenntnis von ihnen hatte.
- (2) § 296 Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 298 Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders

- (1) Das Insolvenzgericht versagt die Restschuldbefreiung auf Antrag des Treuhänders, wenn die an diesen abgeführten Beträge für das vorangegangene Jahr seiner Tätigkeit die Mindestvergütung nicht decken und der Schuldner den fehlenden Betrag nicht einzahlt, obwohl ihn der Treuhänder schriftlich zur Zahlung binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen aufgefordert und ihn dabei auf die Möglichkeit der Versagung der Restschuldbefreiung hingewiesen hat. Dies gilt nicht, wenn die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 4a gestundet wurden.
- (2) Vor der Entscheidung ist der Schuldner zu hören. Die Versagung unterbleibt, wenn der Schuldner

innen zwei Wochen nach Aufforderung durch das Gericht den fehlenden Betrag einzahlt oder ihm dieser entsprechend § 4a gestundet wird.

- (3) § 296 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 299 Vorzeitige Beendigung

Wird die Restschuldbefreiung nach den §§ 296, 297, 297a oder 298 versagt, so enden die Abtretungsfrist, das Amt des Treuhänders und die Beschränkung der Rechte der Gläubiger mit der Rechtskraft der Entscheidung.

§ 300 Entscheidung über die Restschuldbefreiung

- (1) Das Insolvenzgericht entscheidet nach Anhörung der Insolvenzgläubiger, des Insolvenzverwalters oder Treuhänders und des Schuldners durch Beschluss über die Erteilung der Restschuldbefreiung, wenn die Abtretungsfrist ohne vorzeitige Beendigung verstrichen ist. Hat der Schuldner die Kosten des Verfahrens berichtet, entscheidet das Gericht auf seinen Antrag, wenn
1. im Verfahren kein Insolvenzgläubiger eine Forderung angemeldet hat oder wenn die Forderungen der Insolvenzgläubiger befriedigt sind und der Schuldner die sonstigen Masseverbindlichkeiten berichtet hat,
 2. drei Jahre der Abtretungsfrist verstrichen sind und dem Insolvenzverwalter oder Treuhänder innerhalb dieses Zeitraums ein Betrag zugeflossen ist, der eine Befriedigung der Forderungen der Insolvenzgläubiger in Höhe von mindestens 35 Prozent ermöglicht, oder
 3. fünf Jahre der Abtretungsfrist verstrichen sind. Satz 1 gilt entsprechend. Eine Forderung wird bei der Ermittlung des Prozentsatzes nach Satz 2 Nummer 2 berücksichtigt, wenn sie in das Schlussverzeichnis aufgenommen wurde. Fehlt ein Schlussverzeichnis, so wird eine Forderung berücksichtigt, die als festgestellt gilt oder deren Gläubiger entsprechend § 189 Absatz 1 Feststellungsklage erhoben oder das Verfahren in dem früher anhängigen Rechtsstreit aufgenommen hat.
- (2) In den Fällen von Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ist der Antrag nur zulässig, wenn Angaben gemacht werden über die Herkunft der Mittel, die an den Treuhänder geflossen sind und die über die Beträge hinausgehen, die von der Abtretungserklärung erfasst sind. Der Schuldner hat zu erklären, dass die Angaben nach Satz 1 richtig und vollständig sind. Das Vorliegen der Voraussetzungen von Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3 ist vom Schuldner glaubhaft zu machen.
- (3) Das Insolvenzgericht versagt die Restschuldbefreiung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers, wenn die Voraussetzungen des § 290 Absatz 1, des § 296 Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3, des § 297 oder des § 297a vorliegen, oder auf Antrag des

Treuhänders, wenn die Voraussetzungen des § 298 vorliegen.

- (4) Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen. Gegen den Beschluss steht dem Schuldner und jedem Insolvenzgläubiger, der bei der Anhörung nach Absatz 1 die Versagung der Restschuldbefreiung beantragt oder der das Nichtvorliegen der Voraussetzungen einer vorzeitigen Restschuldbefreiung nach Absatz 1 Satz 2 geltend gemacht hat, die sofortige Beschwerde zu. Wird Restschuldbefreiung nach Absatz 1 Satz 2 erteilt, gelten die §§ 299 und 300a entsprechend.

§ 300a Neuerwerb im laufenden Insolvenzverfahren

- (1) Wird dem Schuldner Restschuldbefreiung erteilt, gehört das Vermögen, das der Schuldner nach Ende der Abtretungsfrist oder nach Eintritt der Voraussetzungen des § 300 Absatz 1 Satz 2 erwirbt, nicht mehr zur Insolvenzmasse. Satz 1 gilt nicht für Vermögensbestandteile, die auf Grund einer Anfechtung des Insolvenzverwalters zur Insolvenzmasse zurückgewährt werden oder die auf Grund eines vom Insolvenzverwalter geführten Rechtsstreits oder auf Grund Verwertungshandlungen des Insolvenzverwalters zur Insolvenzmasse gehören.
- (2) Bis zur rechtskräftigen Erteilung der Restschuldbefreiung hat der Verwalter den Neuerwerb, der dem Schuldner zusteht, treuhänderisch zu verwalten und zu verwalten. Nach rechtskräftiger Erteilung der Restschuldbefreiung findet die Vorschrift des § 89 keine Anwendung. Der Insolvenzverwalter hat bei Rechtskraft der Erteilung der Restschuldbefreiung dem Schuldner den Neuerwerb herauszugeben und über die Verwaltung des Neuerwerbs Rechnung zu legen.
- (3) Der Insolvenzverwalter hat für seine Tätigkeit nach Absatz 2, sofern Restschuldbefreiung rechtskräftig erteilt wird, gegenüber dem Schuldner Anspruch auf Vergütung und auf Erstattung angemessener Auslagen. § 293 gilt entsprechend.

§ 301 Wirkung der Restschuldbefreiung

- (1) Wird die Restschuldbefreiung erteilt, so wirkt sie gegen alle Insolvenzgläubiger. Dies gilt auch für Gläubiger, die ihre Forderungen nicht angemeldet haben.
- (2) Die Rechte der Insolvenzgläubiger gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners sowie die Rechte dieser Gläubiger aus einer zu ihrer Sicherung eingetragenen Vormerkung oder aus einem Recht, das im Insolvenzverfahren zur abgesonderten Befriedigung berechtigt, werden durch die Restschuldbefreiung nicht berührt. Der Schuldner wird jedoch gegenüber dem Mitschuldner, dem Bürgen oder anderen Rückgriffsberechtigten in gleicher Weise befreit wie gegenüber den Insolvenzgläubigern.

- (3) Wird ein Gläubiger befriedigt, obwohl er auf Grund der Restschuldbefreiung keine Befriedigung zu beanspruchen hat, so begründet dies keine Pflicht zur Rückgewähr des Erlangten.

§ 302 Ausgenommene Forderungen

Von der Erteilung der Restschuldbefreiung werden nicht berührt:

1. Verbindlichkeiten des Schuldners aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung, aus rückständigem gesetzlichen Unterhalt, den der Schuldner vorsätzlich pflichtwidrig nicht gewährt hat, oder aus einem Steuerschuldverhältnis, sofern der Schuldner im Zusammenhang damit wegen einer Steuerstraftat nach den §§ 370, 373 oder § 374 der Abgabenordnung rechtskräftig verurteilt worden ist; der Gläubiger hat die entsprechende Forderung unter Angabe dieses Rechtsgrundes nach § 174 Absatz 2 anzumelden;
2. Geldstrafen und die diesen in § 39 Abs. 1 Nr. 3 gleichgestellten Verbindlichkeiten des Schuldners;
3. Verbindlichkeiten aus zinslosen Darlehen, die dem Schuldner zur Begleichung der Kosten des Insolvenzverfahrens gewährt wurden.

§ 303 Widerruf der Restschuldbefreiung

- (1) Auf Antrag eines Insolvenzgläubigers widerruft das Insolvenzgericht die Erteilung der Restschuldbefreiung, wenn
1. sich nachträglich herausstellt, dass der Schuldner eine seiner Obliegenheiten vorsätzlich verletzt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger erheblich beeinträchtigt hat,
 2. sich nachträglich herausstellt, dass der Schuldner während der Abtretungsfrist nach Maßgabe von § 297 Absatz 1 verurteilt worden ist, oder wenn der Schuldner erst nach Erteilung der Restschuldbefreiung wegen einer bis zum Ende der Abtretungsfrist begangenen Straftat nach Maßgabe von § 297 Absatz 1 verurteilt wird oder
 3. der Schuldner nach Erteilung der Restschuldbefreiung Auskunft- oder Mitwirkungspflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat, die ihm nach diesem Gesetz während des Insolvenzverfahrens obliegen.
- (2) Der Antrag des Gläubigers ist nur zulässig, wenn er innerhalb eines Jahres nach der Rechtskraft der Entscheidung über die Restschuldbefreiung gestellt wird; ein Widerruf nach Absatz 1 Nummer 3 kann bis zu sechs Monate nach rechtskräftiger Aufhebung des Insolvenzverfahrens beantragt werden. Der Gläubiger hat die Voraussetzungen des Widerrufsgrundes glaubhaft zu machen. In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 hat der Gläubiger zudem glaubhaft zu machen, dass er bis zur Rechtskraft der Entscheidung keine Kenntnis vom Widerrufsgrund hatte.

- (3) Vor der Entscheidung sind der Schuldner und in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und 3 auch der Treuhänder oder Insolvenzverwalter zu hören. Gegen die Entscheidung steht dem Antragsteller und dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu. Die Entscheidung, durch welche die Restschuldbefreiung widerrufen wird, ist öffentlich bekanntzumachen.

§ 303a Eintragung in das Schuldnerverzeichnis

Das Insolvenzgericht ordnet die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b der Zivilprozessordnung an. Eingetragen werden Schuldner, 1. denen die Restschuldbefreiung nach den §§ 290, 296, 297 oder 297a oder auf Antrag eines Insolvenzgläubigers nach § 300 Absatz 3 versagt worden ist,

2. deren Restschuldbefreiung widerrufen worden ist.

Es übermittelt die Anordnung unverzüglich elektronisch dem zentralen Vollstreckungsgericht nach § 882h Absatz 1 der Zivilprozessordnung. § 882c Absatz 2 und 3 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wurde mit Wirkung zum 26. Juni 2017 die Nr. 1 geändert.

Neunter Teil – Verbraucherinsolvenzverfahren

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Neunte Teil, der Zehnte Teil werden.

§ 304 Grundsatz

- (1) Ist der Schuldner eine natürliche Person, die keine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausübt oder ausgeübt hat, so gelten für das Verfahren die allgemeinen Vorschriften, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist. Hat der Schuldner eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, so findet Satz 1 Anwendung, wenn seine Vermögensverhältnisse überschaubar sind und gegen ihn keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.
- (2) Überschaubar sind die Vermögensverhältnisse im Sinne von Absatz 1 Satz 2 nur, wenn der Schuldner zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag

auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt wird, weniger als 20 Gläubiger hat.

§ 305 Eröffnungsantrag des Schuldners

- (1) Mit dem schriftlich einzureichenden Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder unverzüglich nach diesem Antrag hat der Schuldner vorzulegen:
 1. eine Bescheinigung, die von einer geeigneten Person oder Stelle auf der Grundlage persönlicher Beratung und eingehender Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Schuldners ausgestellt ist und aus der sich ergibt, daß eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern über die Schuldenbereinigung auf der Grundlage eines Plans innerhalb der letzten sechs Monate vor dem Eröffnungsantrag erfolglos versucht worden ist; der Plan ist beizufügen und die wesentlichen Gründe für sein Scheitern sind darzulegen; die Länder können bestimmen, welche Personen oder Stellen als geeignet anzusehen sind;
 2. den Antrag auf Erteilung von Restschuldbefreiung (§ 287) oder die Erklärung, dass Restschuldbefreiung nicht beantragt werden soll;
 3. ein Verzeichnis des vorhandenen Vermögens und des Einkommens (Vermögensverzeichnis), eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts dieses Verzeichnisses (Vermögensübersicht), ein Verzeichnis der Gläubiger und ein Verzeichnis der gegen ihn gerichteten Forderungen; den Verzeichnissen und der Vermögensübersicht ist die Erklärung beizufügen, dass die enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind;
 4. einen Schuldenbereinigungsplan; dieser kann alle Regelungen enthalten, die unter Berücksichtigung der Gläubigerinteressen sowie der Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse des Schuldners geeignet sind, zu einer angemessenen Schuldenbereinigung zu führen; in den Plan ist aufzunehmen, ob und inwieweit Bürgschaften, Pfandrechte und andere Sicherheiten der Gläubiger vom Plan berührt werden sollen.
- (2) In dem Verzeichnis der Forderungen nach Absatz 1 Nr. 3 kann auch auf beigefügte Forderungsaufstellungen der Gläubiger Bezug genommen werden. Auf Aufforderung des Schuldners sind die Gläubiger verpflichtet, auf ihre Kosten dem Schuldner zur Vorbereitung des Forderungsverzeichnisses eine schriftliche Aufstellung ihrer gegen diesen gerichteten Forderungen zu erteilen; insbesondere haben sie ihm die Höhe ihrer Forderungen und deren Aufgliederung in Hauptforderung, Zinsen und Kosten anzugeben. Die Aufforderung des Schuldners muß einen Hinweis auf einen bereits bei Gericht eingereichten oder

in naher Zukunft beabsichtigten Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens enthalten.

- (3) Hat der Schuldner die amtlichen Formulare nach Absatz 5 nicht vollständig ausgefüllt abgegeben, fordert ihn das Insolvenzgericht auf, das Fehlende unverzüglich zu ergänzen. Kommt der Schuldner dieser Aufforderung nicht binnen eines Monats nach, so gilt sein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens als zurückgenommen. Im Falle des § 306 Abs. 3 Satz 3 beträgt die Frist drei Monate.
- (4) Der Schuldner kann sich vor dem Insolvenzgericht von einer geeigneten Person oder einem Angehörigen einer als geeignet anerkannten Stelle im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 vertreten lassen. Für die Vertretung des Gläubigers gilt § 174 Abs. 1 Satz 3 entsprechend.
- (5) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Vereinfachung des Verbraucherinsolvenzverfahrens für die Beteiligten Formulare für die nach Absatz 1 Nummer 1 bis 4 vorzulegenden Bescheinigungen, Anträge und Verzeichnisse einzuführen. Soweit nach Satz 1 Formulare eingeführt sind, muß sich der Schuldner ihrer bedienen. Für Verfahren bei Gerichten, die die Verfahren maschinell bearbeiten und für Verfahren bei Gerichten, die die Verfahren nicht maschinell bearbeiten, können unterschiedliche Formulare eingeführt werden.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wurde mit Wirkung zum 26. Juni 2017 der Abs. 5 geändert.

§ 305a Scheitern der außergerichtlichen Schuldenbereinigung

Der Versuch, eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern über die Schuldenbereinigung herbeizuführen, gilt als gescheitert, wenn ein Gläubiger die Zwangsvollstreckung betreibt, nachdem die Verhandlungen über die außergerichtliche Schuldenbereinigung aufgenommen wurden.

§ 306 Ruhen des Verfahrens

- (1) Das Verfahren über den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ruht bis zur Entscheidung über den Schuldenbereinigungsplan. Dieser Zeitraum soll drei Monate nicht überschreiten. Das Gericht ordnet nach Anhörung des Schuldners die Fortsetzung des Verfahrens über den Eröffnungsantrag an, wenn nach seiner

freien Überzeugung der Schuldenbereinigungsplan voraussichtlich nicht angenommen wird.

- (2) Absatz 1 steht der Anordnung von Sicherungsmaßnahmen nicht entgegen. Ruht das Verfahren, so hat der Schuldner in der für die Zustellung erforderlichen Zahl Abschriften des Schuldenbereinigungsplans und der Vermögensübersicht innerhalb von zwei Wochen nach Aufforderung durch das Gericht nachzureichen. § 305 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Beantragt ein Gläubiger die Eröffnung des Verfahrens, so hat das Insolvenzgericht vor der Entscheidung über die Eröffnung dem Schuldner Gelegenheit zu geben, ebenfalls einen Antrag zu stellen. Stellt der Schuldner einen Antrag, so gilt Absatz 1 auch für den Antrag des Gläubigers. In diesem Fall hat der Schuldner zunächst eine außergerichtliche Einigung nach § 305 Abs. 1 Nr. 1 zu versuchen.

§ 307 Zustellung an die Gläubiger

- (1) Das Insolvenzgericht stellt den vom Schuldner genannten Gläubigern den Schuldenbereinigungsplan sowie die Vermögensübersicht zu und fordert die Gläubiger zugleich auf, binnen einer Notfrist von einem Monat zu den in § 305 Abs. 1 Nr. 3 genannten Verzeichnissen und zu dem Schuldenbereinigungsplan Stellung zu nehmen; die Gläubiger sind darauf hinzuweisen, dass die Verzeichnisse beim Insolvenzgericht zur Einsicht niedergelegt sind. Zugleich ist jedem Gläubiger mit ausdrücklichem Hinweis auf die Rechtsfolgen des § 308 Abs. 3 Satz 2 Gelegenheit zu geben, binnen der Frist nach Satz 1 die Angaben über seine Forderungen in dem beim Insolvenzgericht zur Einsicht niedergelegten Forderungsverzeichnis zu überprüfen und erforderlichenfalls zu ergänzen. Auf die Zustellung nach Satz 1 ist § 8 Abs. 1 Satz 2, 3, Abs. 2 und 3 nicht anzuwenden.
- (2) Geht binnen der Frist nach Absatz 1 Satz 1 bei Gericht die Stellungnahme eines Gläubigers nicht ein, so gilt dies als Einverständnis mit dem Schuldenbereinigungsplan. Darauf ist in der Aufforderung hinzuweisen.
- (3) Nach Ablauf der Frist nach Absatz 1 Satz 1 ist dem Schuldner Gelegenheit zu geben, den Schuldenbereinigungsplan binnen einer vom Gericht zu bestimmenden Frist zu ändern oder zu ergänzen, wenn dies auf Grund der Stellungnahme eines Gläubigers erforderlich oder zur Förderung einer einverständlichen Schuldenbereinigung sinnvoll erscheint. Die Änderungen oder Ergänzungen sind den Gläubigern zuzustellen, soweit dies erforderlich ist. Absatz 1 Satz 1, 3 und Absatz 2 gelten entsprechend.

§ 308 Annahme des Schuldenbereinigungsplans

- (1) Hat kein Gläubiger Einwendungen gegen den Schuldenbereinigungsplan erhoben oder wird die Zustimmung nach § 309 ersetzt, so gilt der Schuldenbereinigungsplan als angenommen; das Insolvenzgericht stellt dies durch Beschluß fest. Der Schuldenbereinigungsplan hat die Wirkung eines Vergleichs im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozeßordnung. Den Gläubigern und dem Schuldner ist eine Ausfertigung des Schuldenbereinigungsplans und des Beschlusses nach Satz 1 zuzustellen.
- (2) Die Anträge auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und auf Erteilung von Restschuldbefreiung gelten als zurückgenommen.
- (3) Soweit Forderungen in dem Verzeichnis des Schuldners nicht enthalten sind und auch nicht nachträglich bei dem Zustandekommen des Schuldenbereinigungsplans berücksichtigt worden sind, können die Gläubiger von dem Schuldner Erfüllung verlangen. Dies gilt nicht, soweit ein Gläubiger die Angaben über seine Forderung in dem beim Insolvenzgericht zur Einsicht niedergelegten Forderungsverzeichnis nicht innerhalb der gesetzten Frist ergänzt hat, obwohl ihm der Schuldenbereinigungsplan übersandt wurde und die Forderung vor dem Ablauf der Frist entstanden war; insoweit erlischt die Forderung.

§ 309 Ersetzung der Zustimmung

- (1) Hat dem Schuldenbereinigungsplan mehr als die Hälfte der benannten Gläubiger zugestimmt und beträgt die Summe der Ansprüche der zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der Ansprüche der benannten Gläubiger, so ersetzt das Insolvenzgericht auf Antrag eines Gläubigers oder des Schuldners die Einwendungen eines Gläubigers gegen den Schuldenbereinigungsplan durch eine Zustimmung. Dies gilt nicht, wenn
 1. der Gläubiger, der Einwendungen erhoben hat, im Verhältnis zu den übrigen Gläubigern nicht angemessen beteiligt wird oder
 2. dieser Gläubiger durch den Schuldenbereinigungsplan voraussichtlich wirtschaftlich schlechter gestellt wird, als er bei Durchführung des Verfahrens über die Anträge auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Erteilung von Restschuldbefreiung stünde; hierbei ist im Zweifel zugrunde zu legen, daß die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Schuldners zum Zeitpunkt des Antrags nach Satz 1 während der gesamten Dauer des Verfahrens maßgeblich bleiben.
- (2) Vor der Entscheidung ist der Gläubiger zu hören. Die Gründe, die gemäß Absatz 1 Satz 2 einer Ersetzung seiner Einwendungen durch eine Zustimmung entgegenstehen, hat er glaubhaft zu

machen. Gegen den Beschluß steht dem Antragsteller und dem Gläubiger, dessen Zustimmung ersetzt wird, die sofortige Beschwerde zu. § 4a Abs. 2 gilt entsprechend.

- (3) Macht ein Gläubiger Tatsachen glaubhaft, aus denen sich ernsthafte Zweifel ergeben, ob eine vom Schuldner angegebene Forderung besteht oder sich auf einen höheren oder niedrigeren Betrag richtet als angegeben, und hängt vom Ausgang des Streits ab, ob der Gläubiger im Verhältnis zu den übrigen Gläubigern angemessen beteiligt wird (Absatz 1 Satz 2 Nr. 1), so kann die Zustimmung dieses Gläubigers nicht ersetzt werden.

§ 310 Kosten

Die Gläubiger haben gegen den Schuldner keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten, die ihnen im Zusammenhang mit dem Schuldenbereinigungsplan entstehen.

§ 311 Aufnahme des Verfahrens über den Eröffnungsantrag

Werden Einwendungen gegen den Schuldenbereinigungsplan erhoben, die nicht gemäß § 309 durch gerichtliche Zustimmung ersetzt werden, so wird das Verfahren über den Eröffnungsantrag von Amts wegen wieder aufgenommen.

§ 312 (weggefallen)

§ 313 (weggefallen)

§ 314 (weggefallen)

Zehnter Teil – Besondere Arten des Insolvenzverfahrens

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Zehnte Teil, der Elfte Teil werden.

Erster Abschnitt – Nachlaßinsolvenzverfahren

§ 315 Örtliche Zuständigkeit

Für das Insolvenzverfahren über einen Nachlaß ist ausschließlich das Insolvenzgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Erblasser zur Zeit seines Todes seinen allgemeinen Gerichtsstand hatte. Lag der Mittelpunkt einer selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit des Erblassers an einem anderen Ort, so ist ausschließlich das Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk dieser Ort liegt.

§ 316 Zulässigkeit der Eröffnung

- (1) Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Erbe die Erbschaft noch nicht angenommen hat oder daß er für die Nachlaßverbindlichkeiten unbeschränkt haftet.
- (2) Sind mehrere Erben vorhanden, so ist die Eröffnung des Verfahrens auch nach der Teilung des Nachlasses zulässig.
- (3) Über einen Erbteil findet ein Insolvenzverfahren nicht statt.

§ 317 Antragsberechtigte

- (1) Zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über einen Nachlaß ist jeder Erbe, der Nachlaßverwalter sowie ein anderer Nachlaßpfleger, ein Testamentsvollstrecker, dem die Verwaltung des Nachlasses zusteht, und jeder Nachlaßgläubiger berechtigt.
- (2) Wird der Antrag nicht von allen Erben gestellt, so ist er zulässig, wenn der Eröffnungsgrund glaubhaft gemacht wird. Das Insolvenzgericht hat die übrigen Erben zu hören.
- (3) Steht die Verwaltung des Nachlasses einem Testamentsvollstrecker zu, so ist, wenn der Erbe die Eröffnung beantragt, der Testamentsvollstrecker, wenn der Testamentsvollstrecker den Antrag stellt, der Erbe zu hören.

§ 318 Antragsrecht beim Gesamtgut

- (1) Gehört der Nachlaß zum Gesamtgut einer Gütergemeinschaft, so kann sowohl der Ehegatte, der Erbe ist, als auch der Ehegatte, der nicht Erbe ist, aber das Gesamtgut allein oder mit seinem Ehegatten gemeinschaftlich verwaltet, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über den Nachlaß beantragen. Die Zustimmung des anderen Ehegatten ist nicht erforderlich. Die Ehegatten behalten das Antragsrecht, wenn die Gütergemeinschaft endet.
- (2) Wird der Antrag nicht von beiden Ehegatten gestellt, so ist er zulässig, wenn der Eröffnungsgrund glaubhaft gemacht wird. Das Insolvenzgericht hat den anderen Ehegatten zu hören.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Lebenspartner entsprechend.

§ 319 Antragsfrist

Der Antrag eines Nachlaßgläubigers auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ist unzulässig, wenn seit der Annahme der Erbschaft zwei Jahre verstrichen sind.

§ 320 Eröffnungsgründe

Gründe für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über einen Nachlaß sind die Zahlungsunfähigkeit und die Überschuldung. Beantragt der Erbe, der Nachlaßverwalter oder ein anderer

Nachlaßpfleger oder ein Testamentsvollstrecker die Eröffnung des Verfahrens, so ist auch die drohende Zahlungsunfähigkeit Eröffnungsgrund.

§ 321 Zwangsvollstreckung nach Erbfall

Maßnahmen der Zwangsvollstreckung in den Nachlaß, die nach dem Eintritt des Erbfalls erfolgt sind, gewähren kein Recht zur abgesonderten Befriedigung.

§ 322 Anfechtbare Rechtshandlungen des Erben

Hat der Erbe vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aus dem Nachlaß Pflichtteilsansprüche, Vermächtnisse oder Auflagen erfüllt, so ist diese Rechtshandlung in gleicher Weise anfechtbar wie eine unentgeltliche Leistung des Erben.

§ 323 Aufwendungen des Erben

Dem Erben steht wegen der Aufwendungen, die ihm nach den §§ 1978, 1979 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus dem Nachlaß zu ersetzen sind, ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu.

§ 324 Masseverbindlichkeiten

- (1) Masseverbindlichkeiten sind außer den in den §§ 54, 55 bezeichneten Verbindlichkeiten:
 1. die Aufwendungen, die dem Erben nach den §§ 1978, 1979 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus dem Nachlaß zu ersetzen sind;
 2. die Kosten der Beerdigung des Erblassers;
 3. die im Falle der Todeserklärung des Erblassers dem Nachlaß zur Last fallenden Kosten des Verfahrens;
 4. die Kosten der Eröffnung einer Verfügung des Erblassers von Todes wegen, der gerichtlichen Sicherung des Nachlasses, einer Nachlaßpflegschaft, des Aufgebots der Nachlaßgläubiger und der Inventarerrichtung;
 5. die Verbindlichkeiten aus den von einem Nachlaßpfleger oder einem Testamentsvollstrecker vorgenommenen Rechtsgeschäften;
 6. die Verbindlichkeiten, die für den Erben gegenüber einem Nachlaßpfleger, einem Testamentsvollstrecker oder einem Erben, der die Erbschaft ausgeschlagen hat, aus der Geschäftsführung dieser Personen entstanden sind, soweit die Nachlaßgläubiger verpflichtet wären, wenn die bezeichneten Personen die Geschäfte für sie zu besorgen gehabt hätten.
- (2) Im Falle der Masseunzulänglichkeit haben die in Absatz 1 bezeichneten Verbindlichkeiten den Rang des § 209 Abs. 1 Nr. 3.

§ 325 Nachlaßverbindlichkeiten

Im Insolvenzverfahren über einen Nachlaß können nur die Nachlaßverbindlichkeiten geltend gemacht werden.

§ 326 Ansprüche des Erben

- (1) Der Erbe kann die ihm gegen den Erblasser zustehenden Ansprüche geltend machen.
- (2) Hat der Erbe eine Nachlaßverbindlichkeit erfüllt, so tritt er, soweit nicht die Erfüllung nach § 1979 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als für Rechnung des Nachlasses erfolgt gilt, an die Stelle des Gläubigers, es sei denn, daß er für die Nachlaßverbindlichkeiten unbeschränkt haftet.
- (3) Haftet der Erbe einem einzelnen Gläubiger gegenüber unbeschränkt, so kann er dessen Forderung für den Fall geltend machen, daß der Gläubiger sie nicht geltend macht.

§ 327 Nachrangige Verbindlichkeiten

- (1) Im Rang nach den in § 39 bezeichneten Verbindlichkeiten und in folgender Rangfolge, bei gleichem Rang nach dem Verhältnis ihrer Beträge, werden erfüllt:
 1. die Verbindlichkeiten gegenüber Pflichtteilsberechtigten;
 2. die Verbindlichkeiten aus den vom Erblasser angeordneten Vermächtnissen und Auflagen;
 3. (weggefallen)
- (2) Ein Vermächtnis, durch welches das Recht des Bedachten auf den Pflichtteil nach § 2307 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschlossen wird, steht, soweit es den Pflichtteil nicht übersteigt, im Rang den Pflichtteilsrechten gleich. Hat der Erblasser durch Verfügung von Todes wegen angeordnet, daß ein Vermächtnis oder eine Auflage vor einem anderen Vermächtnis oder einer anderen Auflage erfüllt werden soll, so hat das Vermächtnis oder die Auflage den Vorrang.
- (3) Eine Verbindlichkeit, deren Gläubiger im Wege des Aufgebotsverfahrens ausgeschlossen ist oder nach § 1974 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einem ausgeschlossenen Gläubiger gleichsteht, wird erst nach den in § 39 bezeichneten Verbindlichkeiten und, soweit sie zu den in Absatz 1 bezeichneten Verbindlichkeiten gehört, erst nach den Verbindlichkeiten erfüllt, mit denen sie ohne die Beschränkung gleichen Rang hätte. Im übrigen wird durch die Beschränkungen an der Rangordnung nichts geändert.

§ 328 Zurückgewährte Gegenstände

- (1) Was infolge der Anfechtung einer vom Erblasser oder ihm gegenüber vorgenommenen Rechtshandlung zur Insolvenzmasse zurückgewährt wird, darf nicht zur Erfüllung der in § 327 Abs. 1 bezeichneten Verbindlichkeiten verwendet werden.
- (2) Was der Erbe auf Grund der §§ 1978 bis 1980 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Masse zu ersetzen hat, kann von den Gläubigern, die im Wege des Aufgebotsverfahrens ausgeschlossen sind oder nach § 1974 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einem

ausgeschlossenen Gläubiger gleichstehen, nur insoweit beansprucht werden, als der Erbe auch nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung ersatzpflichtig wäre.

§ 329 Nacherbfolge

Die §§ 323, 324 Abs. 1 Nr. 1 und § 326 Abs. 2, 3 gelten für den Vorerben auch nach dem Eintritt der Nacherbfolge.

§ 330 Erbschaftsverkauf

- (1) Hat der Erbe die Erbschaft verkauft, so tritt für das Insolvenzverfahren der Käufer an seine Stelle.
- (2) Der Erbe ist wegen einer Nachlassverbindlichkeit, die im Verhältnis zwischen ihm und dem Käufer diesem zur Last fällt, wie ein Nachlassgläubiger zum Antrag auf Eröffnung des Verfahrens berechtigt. Das gleiche Recht steht ihm auch wegen einer anderen Nachlassverbindlichkeit zu, es sei denn, daß er unbeschränkt haftet oder daß eine Nachlassverwaltung angeordnet ist. Die §§ 323, 324 Abs. 1 Nr. 1 und § 326 gelten für den Erben auch nach dem Verkauf der Erbschaft.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für den Fall, daß jemand eine durch Vertrag erworbene Erbschaft verkauft oder sich in sonstiger Weise zur Veräußerung einer ihm angefallenen oder anderweitig von ihm erworbenen Erbschaft verpflichtet hat.

§ 331 Gleichzeitige Insolvenz des Erben

- (1) Im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Erben gelten, wenn auch über den Nachlaß das Insolvenzverfahren eröffnet oder wenn eine Nachlassverwaltung angeordnet ist, die §§ 52, 190, 192, 198, 237 Abs. 1 Satz 2 entsprechend für Nachlassgläubiger, denen gegenüber der Erbe unbeschränkt haftet.
- (2) Gleiches gilt, wenn ein Ehegatte der Erbe ist und der Nachlaß zum Gesamtgut gehört, das vom anderen Ehegatten allein verwaltet wird, auch im Insolvenzverfahren über das Vermögen des anderen Ehegatten und, wenn das Gesamtgut von den Ehegatten gemeinschaftlich verwaltet wird, auch im Insolvenzverfahren über das Gesamtgut und im Insolvenzverfahren über das sonstige Vermögen des Ehegatten, der nicht Erbe ist. Satz 1 gilt für Lebenspartner entsprechend.

Zweiter Abschnitt – Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft

§ 332 Verweisung auf das Nachlaßinsolvenzverfahren

- (1) Im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft gelten die §§ 315 bis 331 entsprechend für das Insolvenzverfahren über das Gesamtgut.
- (2) Insolvenzgläubiger sind nur die Gläubiger, deren Forderungen schon zur Zeit des Eintritts der fortgesetzten Gütergemeinschaft als Gesamtgutsverbindlichkeiten bestanden.
- (3) Die anteilsberechtigten Abkömmlinge sind nicht berechtigt, die Eröffnung des Verfahrens zu beantragen. Sie sind jedoch vom Insolvenzgericht zu einem Eröffnungsantrag zu hören.

Dritter Abschnitt – Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft

§ 333 Antragsrecht. Eröffnungsgründe

- (1) Zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Gesamtgut einer Gütergemeinschaft, das von den Ehegatten gemeinschaftlich verwaltet wird, ist jeder Gläubiger berechtigt, der die Erfüllung einer Verbindlichkeit aus dem Gesamtgut verlangen kann.
- (2) Antragsberechtigt ist auch jeder Ehegatte. Wird der Antrag nicht von beiden Ehegatten gestellt, so ist er zulässig, wenn die Zahlungsunfähigkeit des Gesamtguts glaubhaft gemacht wird; das Insolvenzgericht hat den anderen Ehegatten zu hören. Wird der Antrag von beiden Ehegatten gestellt, so ist auch die drohende Zahlungsunfähigkeit Eröffnungsgrund.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Lebenspartner entsprechend.

§ 334 Persönliche Haftung der Ehegatten

- (1) Die persönliche Haftung der Ehegatten oder Lebenspartner für die Verbindlichkeiten, deren Erfüllung aus dem Gesamtgut verlangt werden kann, kann während der Dauer des Insolvenzverfahrens nur vom Insolvenzverwalter oder vom Sachwalter geltend gemacht werden.
- (2) Im Falle eines Insolvenzplans gilt für die persönliche Haftung der Ehegatten oder Lebenspartner § 227 Abs. 1 entsprechend.

Elfter Teil – Internationales Insolvenzrecht

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Elfte Teil, der Zwölfte Teil werden.

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften

§ 335 Grundsatz

Das Insolvenzverfahren und seine Wirkungen unterliegen, soweit nichts anderes bestimmt ist, dem Recht des Staats, in dem das Verfahren eröffnet worden ist.

§ 336 Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand

Die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Vertrag, der ein dingliches Recht an einem unbeweglichen Gegenstand oder ein Recht zur Nutzung eines unbeweglichen Gegenstandes betrifft, unterliegen dem Recht des Staats, in dem der Gegenstand belegen ist. Bei einem im Schiffsregister, Schiffsbauregister oder Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragenen Gegenstand ist das Recht des Staats maßgebend, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

§ 337 Arbeitsverhältnis

Die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf ein Arbeitsverhältnis unterliegen dem Recht, das nach der Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I) (ABl. L 177 vom 4.7.2008, S. 6) für das Arbeitsverhältnis maßgebend ist.

§ 338 Aufrechnung

Das Recht eines Insolvenzgläubigers zur Aufrechnung wird von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt, wenn er nach dem für die Forderung des Schuldners maßgebenden Recht zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Aufrechnung berechtigt ist.

§ 339 Insolvenzanfechtung

Eine Rechtshandlung kann angefochten werden, wenn die Voraussetzungen der Insolvenzanfechtung nach dem Recht des Staats der Verfahrenseröffnung erfüllt sind, es sei denn, der Anfechtungsgegner weist nach, dass für die Rechtshandlung das Recht eines anderen Staats maßgebend und die Rechtshandlung nach diesem Recht in keiner Weise angreifbar ist.

§ 340 Organisierte Märkte. Pensionsgeschäfte

- (1) Die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Rechte und Pflichten der Teilnehmer an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 11 des Wertpapierhandelsgesetzes unterliegen dem Recht des Staats, das für diesen Markt gilt.
- (2) Die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf Pensionsgeschäfte im Sinne des § 340b des Handelsgesetzbuchs sowie auf Schuldumwandlungsverträge und Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen dem Recht des Staats, das für diese Verträge maßgebend ist.
- (3) Für die Teilnehmer an einem System im Sinne von § 1 Abs. 16 des Kreditwesengesetzes gilt Absatz 1 entsprechend.

Kommentar:

Durch das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz (BGBl. I 2017, S. 1693) wurden mit Wirkung zum 3. Januar 2018 der Abs. 1 geändert.

§ 341 Ausübung von Gläubigerrechten

- (1) Jeder Gläubiger kann seine Forderungen im Hauptinsolvenzverfahren und in jedem Sekundärinsolvenzverfahren anmelden.
- (2) Der Insolvenzverwalter ist berechtigt, eine in dem Verfahren, für das er bestellt ist, angemeldete Forderung in einem anderen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners anzumelden. Das Recht des Gläubigers, die Anmeldung abzulehnen oder zurückzunehmen, bleibt unberührt.
- (3) Der Verwalter gilt als bevollmächtigt, das Stimmrecht aus einer Forderung, die in dem Verfahren, für das er bestellt ist, angemeldet worden ist, in einem anderen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners auszuüben, sofern der Gläubiger keine anderweitige Bestimmung trifft.

§ 342 Herausgabepflicht. Anrechnung

- (1) Erlangt ein Insolvenzgläubiger durch Zwangsvollstreckung, durch eine Leistung des Schuldners oder in sonstiger Weise etwas auf Kosten der Insolvenzmasse aus dem Vermögen, das nicht im Staat der Verfahrenseröffnung belegen ist, so hat er das Erlangte dem Insolvenzverwalter herauszugeben. Die Vorschriften über die Rechtsfolgen einer ungerechtfertigten Bereicherung gelten entsprechend.
- (2) Der Insolvenzgläubiger darf behalten, was er in einem Insolvenzverfahren erlangt hat, das in einem anderen Staat eröffnet worden ist. Er wird jedoch bei den Verteilungen erst berücksichtigt, wenn die übrigen Gläubiger mit ihm gleichgestellt sind.
- (3) Der Insolvenzgläubiger hat auf Verlangen des Insolvenzverwalters Auskunft über das Erlangte zu geben.

Zweiter Abschnitt – Ausländisches Insolvenzverfahren

§ 343 Anerkennung

- (1) Die Eröffnung eines ausländischen Insolvenzverfahrens wird anerkannt. Dies gilt nicht,
 1. wenn die Gerichte des Staats der Verfahrenseröffnung nach deutschem Recht nicht zuständig sind;
 2. soweit die Anerkennung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist, insbesondere soweit sie mit den Grundrechten unvereinbar ist.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für Sicherungsmaßnahmen, die nach dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens getroffen werden, sowie für Entscheidungen, die zur Durchführung oder Beendigung des anerkannten Insolvenzverfahrens ergangen sind.

§ 344 Sicherungsmaßnahmen

- (1) Wurde im Ausland vor Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens ein vorläufiger Verwalter bestellt, so kann auf seinen Antrag das zuständige Insolvenzgericht die Maßnahmen nach § 21 anordnen, die zur Sicherung des von einem inländischen Sekundärinsolvenzverfahren erfassten Vermögens erforderlich erscheinen.
- (2) Gegen den Beschluss steht auch dem vorläufigen Verwalter die sofortige Beschwerde zu.

§ 345 Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Sind die Voraussetzungen für die Anerkennung der Verfahrenseröffnung gegeben, so hat das Insolvenzgericht auf Antrag des ausländischen Insolvenzverwalters den wesentlichen Inhalt der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und der Entscheidung über die Bestellung des Insolvenzverwalters im Inland bekannt zu machen. § 9 Abs. 1 und 2 und § 30 Abs. 1 gelten entsprechend. Ist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bekannt gemacht worden, so ist die Beendigung in gleicher Weise bekannt zu machen.
- (2) Hat der Schuldner im Inland eine Niederlassung, so erfolgt die öffentliche Bekanntmachung von Amts wegen. Der Insolvenzverwalter oder ein ständiger Vertreter nach § 13e Abs. 2 Satz 5 Nr. 3 des Handelsgesetzbuchs unterrichtet das nach § 348 Abs. 1 zuständige Insolvenzgericht.
- (3) Der Antrag ist nur zulässig, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der Verfahrenseröffnung vorliegen. Dem Verwalter ist eine Ausfertigung des Beschlusses, durch den die Bekanntmachung angeordnet wird, zu erteilen. Gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts, mit der die

öffentliche Bekanntmachung abgelehnt wird, steht dem ausländischen Verwalter die sofortige Beschwerde zu.

§ 346 Grundbuch

- (1) Wird durch die Verfahrenseröffnung oder durch Anordnung von Sicherungsmaßnahmen nach § 343 Abs. 2 oder § 344 Abs. 1 die Verfügungsbefugnis des Schuldners eingeschränkt, so hat das Insolvenzgericht auf Antrag des ausländischen Insolvenzverwalters das Grundbuchamt zu ersuchen, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens und die Art der Einschränkung der Verfügungsbefugnis des Schuldners in das Grundbuch einzutragen:
 1. bei Grundstücken, als deren Eigentümer der Schuldner eingetragen ist;
 2. bei den für den Schuldner eingetragenen Rechten an Grundstücken und an eingetragenen Rechten, wenn nach der Art des Rechts und den Umständen zu befürchten ist, dass ohne die Eintragung die Insolvenzgläubiger benachteiligt würden.
- (2) Der Antrag nach Absatz 1 ist nur zulässig, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der Verfahrenseröffnung vorliegen. Gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts steht dem ausländischen Verwalter die sofortige Beschwerde zu. Für die Löschung der Eintragung gilt § 32 Abs. 3 Satz 1 entsprechend.
- (3) Für die Eintragung der Verfahrenseröffnung in das Schiffsregister, das Schiffsbauregister und das Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

§ 347 Nachweis der Verwalterbestellung. Unterrichtung des Gerichts

- (1) Der ausländische Insolvenzverwalter weist seine Bestellung durch eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung, durch die er bestellt worden ist, oder durch eine andere von der zuständigen Stelle ausgestellte Bescheinigung nach. Das Insolvenzgericht kann eine Übersetzung verlangen, die von einer hierzu im Staat der Verfahrenseröffnung befugten Person zu beglaubigen ist.
- (2) Der ausländische Insolvenzverwalter, der einen Antrag nach den §§ 344 bis 346 gestellt hat, unterrichtet das Insolvenzgericht über alle wesentlichen Änderungen in dem ausländischen Verfahren und über alle ihm bekannten weiteren ausländischen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners.

§ 348 Zuständiges Insolvenzgericht. Zusammenarbeit der Insolvenzgerichte

- (1) Für die Entscheidungen nach den §§ 344 bis 346 ist ausschließlich das Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk die Niederlassung oder, wenn

eine Niederlassung fehlt, Vermögen des Schuldners belegen ist. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

- (2) Sind die Voraussetzungen für die Anerkennung eines ausländischen Insolvenzverfahrens gegeben oder soll geklärt werden, ob die Voraussetzungen vorliegen, so kann das Insolvenzgericht mit dem ausländischen Insolvenzgericht zusammenarbeiten, insbesondere Informationen weitergeben, die für das ausländische Verfahren von Bedeutung sind.
- (3) Die Landesregierungen werden ermächtigt, zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung der Verfahren durch Rechtsverordnung die Entscheidungen nach den §§ 344 bis 346 für die Bezirke mehrerer Insolvenzgerichte einem von diesen zuzuweisen. Die Landesregierungen können die Ermächtigungen auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.
- (4) Die Länder können vereinbaren, dass die Entscheidungen nach den §§ 344 bis 346 für mehrere Länder den Gerichten eines Landes zugewiesen werden. Geht ein Antrag nach den §§ 344 bis 346 bei einem unzuständigen Gericht ein, so leitet dieses den Antrag unverzüglich an das zuständige Gericht weiter und unterrichtet hierüber den Antragsteller.

§ 349 Verfügungen über unbewegliche Gegenstände

- (1) Hat der Schuldner über einen Gegenstand der Insolvenzmasse, der im Inland im Grundbuch, Schiffsregister, Schiffsbauregister oder Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragen ist, oder über ein Recht an einem solchen Gegenstand verfügt, so sind die §§ 878, 892, 893 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, § 3 Abs. 3, §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken und § 5 Abs. 3, §§ 16, 17 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen anzuwenden.
- (2) Ist zur Sicherung eines Anspruchs im Inland eine Vormerkung im Grundbuch, Schiffsregister, Schiffsbauregister oder Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragen, so bleibt § 106 unberührt.

§ 350 Leistung an den Schuldner

Ist im Inland zur Erfüllung einer Verbindlichkeit an den Schuldner geleistet worden, obwohl die Verbindlichkeit zur Insolvenzmasse des ausländischen Insolvenzverfahrens zu erfüllen war, so wird der Leistende befreit, wenn er zur Zeit der Leistung die Eröffnung des Verfahrens nicht kannte. Hat er vor der öffentlichen Bekanntmachung nach § 345 geleistet, so wird vermutet, dass er die Eröffnung nicht kannte.

§ 351 Dingliche Rechte

- (1) Das Recht eines Dritten an einem Gegenstand der Insolvenzmasse, der zur Zeit der Eröffnung des ausländischen Insolvenzverfahrens im Inland belegen war, und das nach inländischem Recht einen Anspruch auf Aussonderung oder auf abgesonderte Befriedigung gewährt, wird von der Eröffnung des ausländischen Insolvenzverfahrens nicht berührt.
- (2) Die Wirkungen des ausländischen Insolvenzverfahrens auf Rechte des Schuldners an unbeweglichen Gegenständen, die im Inland belegen sind, bestimmen sich, unbeschadet des § 336 Satz 2, nach deutschem Recht.

§ 352 Unterbrechung und Aufnahme eines Rechtsstreits

- (1) Durch die Eröffnung des ausländischen Insolvenzverfahrens wird ein Rechtsstreit unterbrochen, der zur Zeit der Eröffnung anhängig ist und die Insolvenzmasse betrifft. Die Unterbrechung dauert an, bis der Rechtsstreit von einer Person aufgenommen wird, die nach dem Recht des Staats der Verfahrenseröffnung zur Fortführung des Rechtsstreits berechtigt ist, oder bis das Insolvenzverfahren beendet ist.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über das Vermögen des Schuldners durch die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen nach § 343 Abs. 2 auf einen vorläufigen Insolvenzverwalter übergeht.

§ 353 Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen

- (1) Aus einer Entscheidung, die in dem ausländischen Insolvenzverfahren ergeht, findet die Zwangsvollstreckung nur statt, wenn ihre Zulässigkeit durch ein Vollstreckungsurteil ausgesprochen ist. § 722 Abs. 2 und § 723 Abs. 1 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.
- (2) Für die in § 343 Abs. 2 genannten Sicherungsmaßnahmen gilt Absatz 1 entsprechend.

Dritter Abschnitt – Partikularverfahren über das Inlandsvermögen

§ 354 Voraussetzungen des Partikularverfahrens

- (1) Ist die Zuständigkeit eines deutschen Gerichts zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das gesamte Vermögen des Schuldners nicht gegeben, hat der Schuldner jedoch im Inland eine Niederlassung oder sonstiges Vermögen, so ist auf Antrag eines Gläubigers ein besonderes Insolvenzverfahren über das inländische Vermögen des Schuldners (Partikularverfahren) zulässig.
- (2) Hat der Schuldner im Inland keine Niederlassung, so ist der Antrag eines Gläubigers auf Eröffnung

eines Partikularverfahrens nur zulässig, wenn dieser ein besonderes Interesse an der Eröffnung des Verfahrens hat, insbesondere, wenn er in einem ausländischen Verfahren voraussichtlich erheblich schlechter stehen wird als in einem inländischen Verfahren. Das besondere Interesse ist vom Antragsteller glaubhaft zu machen.

- (3) Für das Verfahren ist ausschließlich das Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk die Niederlassung oder, wenn eine Niederlassung fehlt, Vermögen des Schuldners belegen ist. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 355 Restschuldbefreiung. Insolvenzplan

- (1) Im Partikularverfahren sind die Vorschriften über die Restschuldbefreiung nicht anzuwenden.
- (2) Ein Insolvenzplan, in dem eine Stundung, ein Erlass oder sonstige Einschränkungen der Rechte der Gläubiger vorgesehen sind, kann in diesem Verfahren nur bestätigt werden, wenn alle betroffenen Gläubiger dem Plan zugestimmt haben.

§ 356 Sekundärinsolvenzverfahren

- (1) Die Anerkennung eines ausländischen Hauptinsolvenzverfahrens schließt ein Sekundärinsolvenzverfahren über das inländische Vermögen nicht aus. Für das Sekundärinsolvenzverfahren gelten ergänzend die §§ 357 und 358.
- (2) Zum Antrag auf Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens ist auch der ausländische Insolvenzverwalter berechtigt.
- (3) Das Verfahren wird eröffnet, ohne dass ein Eröffnungsgrund festgestellt werden muss.

§ 357 Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter

- (1) Der Insolvenzverwalter hat dem ausländischen Verwalter unverzüglich alle Umstände mitzuteilen, die für die Durchführung des ausländischen Verfahrens Bedeutung haben können. Er hat dem ausländischen Verwalter Gelegenheit zu geben, Vorschläge für die Verwertung oder sonstige Verwendung des inländischen Vermögens zu unterbreiten.
- (2) Der ausländische Verwalter ist berechtigt, an den Gläubigerversammlungen teilzunehmen.
- (3) Ein Insolvenzplan ist dem ausländischen Verwalter zur Stellungnahme zuzuleiten. Der ausländische Verwalter ist berechtigt, selbst einen Plan vorzulegen. § 218 Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 358 Überschuss bei der Schlussverteilung

Können bei der Schlussverteilung im Sekundärinsolvenzverfahren alle Forderungen in voller Höhe berichtet werden, so hat der Insolvenzverwalter einen verbleibenden Überschuss dem ausländischen Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens herauszugeben.

Zwölfter Teil – Inkrafttreten

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Zwölfte Teil, der Dreizehnte Teil werden.

§ 359 Verweisung auf das Einführungsgesetz

Dieses Gesetz tritt an dem Tage in Kraft, der durch das Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung bestimmt wird.

Auszug aus dem Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO)

Vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I 1994, S. 2911), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 5. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1476)

Art.102 Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 über Insolvenzverfahren

§ 1 Örtliche Zuständigkeit

- (1) Kommt in einem Insolvenzverfahren den deutschen Gerichten nach Artikel 3 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren (ABl. EG Nr. L 160 S. 1) die internationale Zuständigkeit zu, ohne dass nach § 3 der Insolvenzordnung ein inländischer Gerichtsstand begründet wäre, so ist das Insolvenzgericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat.
- (2) Besteht eine Zuständigkeit der deutschen Gerichte nach Artikel 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000, so ist ausschließlich das Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk die Niederlassung des Schuldners liegt. § 3 Abs. 2 der Insolvenzordnung gilt entsprechend.
- (3) Unbeschadet der Zuständigkeit nach den Absätzen 1 und 2 ist für Entscheidungen oder sonstige Maßnahmen nach der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 jedes inländische Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk Vermögen des Schuldners belegen ist. Die Landesregierungen werden ermächtigt, zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung der Verfahren durch Rechtsverordnung die Entscheidungen oder Maßnahmen nach der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 für die Bezirke mehrerer Insolvenzgerichte einem von diesen zuzuweisen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

§ 2 Begründung des Eröffnungsbeschlusses

Ist anzunehmen, dass sich Vermögen des Schuldners in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union befindet, sollen im Eröffnungsbeschluss die tatsächlichen Feststellungen und rechtlichen Erwägungen kurz dargestellt werden, aus denen sich eine Zuständigkeit nach Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 für die deutschen Gerichte ergibt.

§ 3 Vermeidung von Kompetenzkonflikten

- (1) Hat das Gericht eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union ein Hauptinsolvenzverfahren eröffnet, so ist, solange dieses Insolvenzverfahren anhängig ist, ein bei einem inländischen Insolvenzgericht gestellter Antrag auf Eröffnung

eines solchen Verfahrens über das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen unzulässig. Ein entgegen Satz 1 eröffnetes Verfahren darf nicht fortgesetzt werden. Gegen die Eröffnung des inländischen Verfahrens ist auch der Verwalter des ausländischen Hauptinsolvenzverfahrens beschwerdebefugt.

- (2) Hat das Gericht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union die Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgelehnt, weil nach Artikel 3 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 die deutschen Gerichte zuständig seien, so darf ein deutsches Insolvenzgericht die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht ablehnen, weil die Gerichte des anderen Mitgliedstaats zuständig seien.

§ 4 Einstellung des Insolvenzverfahrens zugunsten der Gerichte eines anderen Mitgliedstaats

- (1) Darf das Insolvenzgericht ein bereits eröffnetes Insolvenzverfahren nach § 3 Abs. 1 nicht fortsetzen, so stellt es von Amts wegen das Verfahren zugunsten der Gerichte des anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union ein. Das Insolvenzgericht soll vor der Einstellung den Insolvenzverwalter, den Gläubigerausschuss, wenn ein solcher bestellt ist, und den Schuldner hören. Wird das Insolvenzverfahren eingestellt, so ist jeder Insolvenzgläubiger beschwerdebefugt.
- (2) Wirkungen des Insolvenzverfahrens, die vor dessen Einstellung bereits eingetreten und nicht auf die Dauer dieses Verfahrens beschränkt sind, bleiben auch dann bestehen, wenn sie Wirkungen eines in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union eröffneten Insolvenzverfahrens widersprechen, die sich nach der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 auf das Inland erstrecken. Dies gilt auch für Rechtshandlungen, die während des eingestellten Verfahrens vom Insolvenzverwalter oder ihm gegenüber in Ausübung seines Amtes vorgenommen worden sind.
- (3) Vor der Einstellung nach Absatz 1 hat das Insolvenzgericht das Gericht des anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union, bei dem das Verfahren anhängig ist, über die bevorstehende Einstellung zu unterrichten; dabei soll angegeben werden, wie die Eröffnung des einzustellenden Verfahrens bekannt gemacht wurde, in welchen öffentlichen Büchern und Registern die Eröffnung eingetragen und wer Insolvenzverwalter ist. In dem Einstellungsbeschluss ist das Gericht des anderen Mitgliedstaats zu bezeichnen, zu

dessen Gunsten das Verfahren eingestellt wird. Diesem Gericht ist eine Ausfertigung des Einstellungsbeschlusses zu übersenden. § 215 Abs. 2 der Insolvenzordnung ist nicht anzuwenden.

§ 5 Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Antrag auf öffentliche Bekanntmachung des wesentlichen Inhalts der Entscheidungen nach Artikel 21 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 ist an das nach § 1 zuständige Gericht zu richten. Das Gericht kann eine Übersetzung verlangen, die von einer hierzu in einem der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union befugten Person zu beglaubigen ist. § 9 Abs. 1 und 2 und § 30 Abs. 1 der Insolvenzordnung gelten entsprechend.
- (2) Besitzt der Schuldner im Inland eine Niederlassung, so erfolgt die öffentliche Bekanntmachung nach Absatz 1 von Amts wegen. Ist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bekannt gemacht worden, so ist die Beendigung in gleicher Weise bekannt zu machen.

§ 6 Eintragung in öffentliche Bücher und Register

- (1) Der Antrag auf Eintragung nach Artikel 22 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 ist an das nach § 1 zuständige Gericht zu richten. Dieses ersucht die Register führende Stelle um Eintragung, wenn nach dem Recht des Staats, in dem das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, die Verfahrenseröffnung ebenfalls eingetragen wird. § 32 Abs. 2 Satz 2 der Insolvenzordnung findet keine Anwendung.
- (2) Die Form und der Inhalt der Eintragung richten sich nach deutschem Recht. Kennt das Recht des Staats der Verfahrenseröffnung Eintragungen, die dem deutschen Recht unbekannt sind, so hat das Insolvenzgericht eine Eintragung zu wählen, die der des Staats der Verfahrenseröffnung am nächsten kommt.
- (3) Geht der Antrag nach Absatz 1 oder nach § 5 Abs. 1 bei einem unzuständigen Gericht ein, so leitet dieses den Antrag unverzüglich an das zuständige Gericht weiter und unterrichtet hierüber den Antragsteller.

§ 7 Rechtsmittel

Gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts nach § 5 oder § 6 findet die sofortige Beschwerde statt. Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.

§ 8 Vollstreckung aus der Eröffnungsentscheidung

- (1) Ist der Verwalter eines Hauptinsolvenzverfahrens nach dem Recht des Staats der Verfahrenseröffnung befugt, auf Grund der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung die

Herausgabe der Sachen, die sich im Gewahrsam des Schuldners befinden, im Wege der Zwangsvollstreckung durchzusetzen, so gilt für die Vollstreckbarerklärung im Inland Artikel 25 Abs. 1 Unterabs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000. Für die Verwertung von Gegenständen der Insolvenzmasse im Wege der Zwangsvollstreckung gilt Satz 1 entsprechend.

- (2) § 6 Abs. 3 findet entsprechend Anwendung.

§ 9 Insolvenzplan

Sieht ein Insolvenzplan eine Stundung, einen Erlass oder sonstige Einschränkungen der Rechte der Gläubiger vor, so darf er vom Insolvenzgericht nur bestätigt werden, wenn alle betroffenen Gläubiger dem Plan zugestimmt haben.

§ 10 Aussetzung der Verwertung

Wird auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens nach Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 in einem inländischen Sekundärinsolvenzverfahren die Verwertung eines Gegenstandes ausgesetzt, an dem ein Absonderungsrecht besteht, so sind dem Gläubiger laufend die geschuldeten Zinsen aus der Insolvenzmasse zu zahlen.

§ 11 Unterrichtung der Gläubiger

Neben dem Eröffnungsbeschluss ist den Gläubigern, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ihren gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz haben, ein Hinweis zuzustellen, mit dem sie über die Folgen einer nachträglichen Forderungsanmeldung nach § 177 der Insolvenzordnung unterrichtet werden. § 8 der Insolvenzordnung gilt entsprechend.

Art. 102a Insolvenzverwalter aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

Angehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und Personen, die in einem dieser Staaten ihre berufliche Niederlassung haben, können das Verfahren zur Aufnahme in eine von dem Insolvenzgericht geführte Vorauswahlliste für Insolvenzverwalter über eine einheitliche Stelle nach den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes abwickeln. Über Anträge auf Aufnahme in eine Vorauswahlliste ist in diesen Fällen innerhalb einer Frist von drei Monaten zu entscheiden. § 42a Absatz 2 Satz 2 bis 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend.

Art. 102b Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012

§ 1 Ausfallbestimmungen von zentralen Gegenparteien

- (1) Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens hindert nicht
 1. die Durchführung der nach Artikel 48 Absatz 2, 4, 5 Satz 3 und Absatz 6 Satz 3 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1) gebotenen Maßnahmen zur Verwaltung, Glättstellung und sonstigen Abwicklung von Kundenpositionen und Eigenhandelspositionen des Clearingmitglieds,
 2. die Durchführung der nach Artikel 48 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 gebotenen Maßnahmen der Übertragung von Kundenpositionen sowie
 3. die nach Artikel 48 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 gebotene Verwendung und Rückgewähr von Kundensicherheiten.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen nach § 21 der Insolvenzordnung.

§ 2 Unanfechtbarkeit

Die nach § 1 zulässigen Maßnahmen unterliegen nicht der Insolvenzanfechtung.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Durchführung der VO 2015/848 über Insolvenzverfahren (BGBl. I 2017, S. 1476) wird mit Wirkung zum 21. April 2018 der Art. 102c neu eingefügt werden:

Artikel 102c Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzver- fahren

Teil 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Örtliche Zuständigkeit; Verordnungser- mächtigung

- (1) Kommt in einem Insolvenzverfahren den deutschen Gerichten nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 19; L 349 vom 21.12.2016, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/353 (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 19) geändert worden ist, die internationale

Zuständigkeit zu, ohne dass nach § 3 der Insolvenzordnung ein Gerichtsstand begründet wäre, so ist das Insolvenzgericht ausschließlich örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat.

- (2) Besteht eine Zuständigkeit der deutschen Gerichte nach Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848, so ist das Insolvenzgericht ausschließlich örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Niederlassung des Schuldners liegt. § 3 Absatz 2 der Insolvenzordnung gilt entsprechend.
- (3) Unbeschadet der Zuständigkeiten nach diesem Artikel ist für Entscheidungen oder sonstige Maßnahmen nach der Verordnung (EU) 2015/848 jedes Insolvenzgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk sich Vermögen des Schuldners befindet. Zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung von Verfahren nach der Verordnung (EU) 2015/848 werden die Landesregierungen ermächtigt, diese Verfahren durch Rechtsverordnung für die Bezirke mehrerer Insolvenzgerichte einem von diesen zuzuweisen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

§ 2 Vermeidung von Kompetenzkonflikten

- (1) Hat das Gericht eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union ein Hauptinsolvenzverfahren eröffnet, so ist, solange dieses Insolvenzverfahren anhängig ist, ein bei einem deutschen Insolvenzgericht gestellter Antrag auf Eröffnung eines solchen Verfahrens über das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen unzulässig. Ein entgegen Satz 1 eröffnetes Verfahren ist nach Maßgabe der Artikel 34 bis 52 der Verordnung (EU) 2015/848 als Sekundärinsolvenzverfahren fortzuführen, wenn eine Zuständigkeit der deutschen Gerichte nach Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 besteht; liegen die Voraussetzungen für eine Fortführung nicht vor, ist es einzustellen.
- (2) Hat das Gericht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union die Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgelehnt, weil nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 die deutschen Gerichte

zuständig seien, so darf ein deutsches Insolvenzgericht die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht mit der Begründung ablehnen, dass die Gerichte des anderen Mitgliedstaats zuständig seien.

§ 3 Einstellung des Insolvenzverfahrens zugunsten eines anderen Mitgliedstaats

- (1) Vor der Einstellung eines bereits eröffneten Insolvenzverfahrens nach § 2 Absatz 1 Satz 2 soll das Insolvenzgericht den Insolvenzverwalter, den Gläubigerausschuss, wenn ein solcher bestellt ist, und den Schuldner hören. Wird das Insolvenzverfahren eingestellt, so ist jeder Insolvenzgläubiger beschwerdebefugt.
- (2) Wirkungen des Insolvenzverfahrens, die vor dessen Einstellung bereits eingetreten und nicht auf die Dauer dieses Verfahrens beschränkt sind, bleiben auch dann bestehen, wenn sie Wirkungen eines in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union eröffneten Insolvenzverfahrens widersprechen, die sich nach der Verordnung (EU) 2015/848 auf die Bundesrepublik Deutschland erstrecken. Dies gilt auch für Rechtshandlungen, die während des eingestellten Verfahrens vom Insolvenzverwalter oder ihm gegenüber in Ausübung seines Amtes vorgenommen worden sind.
- (3) Vor der Einstellung nach § 2 Absatz 1 Satz 2 hat das Insolvenzgericht das Gericht des anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union, bei dem das Verfahren anhängig ist, und den Insolvenzverwalter, der in dem anderen Mitgliedstaat bestellt wurde, über die bevorstehende Einstellung zu unterrichten. Dabei soll angegeben werden, wie die Eröffnung des einzustellenden Verfahrens bekannt gemacht wurde, in welchen öffentlichen Büchern und Registern die Eröffnung eingetragen wurde und wer Insolvenzverwalter ist. In dem Einstellungsbeschluss ist das Gericht des anderen Mitgliedstaats zu bezeichnen, zu dessen Gunsten das Verfahren eingestellt wird. Diesem Gericht ist eine Ausfertigung des Einstellungsbeschlusses zu übersenden. § 215 Absatz 2 der Insolvenzordnung ist nicht anzuwenden.

§ 4 Rechtsmittel nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/848

Unbeschadet des § 21 Absatz 1 Satz 2 und des § 34 der Insolvenzordnung steht dem Schuldner und jedem Gläubiger gegen die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 die sofortige Beschwerde zu, wenn nach Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 das Fehlen der internationalen Zuständigkeit für die Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens gerügt werden soll. Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.

§ 5 Zusätzliche Angaben im Eröffnungsantrag des Schuldners

Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass auch die internationale Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union für die Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 begründet sein könnte, so soll der Eröffnungsantrag des Schuldners auch folgende Angaben enthalten:

1. seit wann der Sitz, die Hauptniederlassung oder der gewöhnliche Aufenthalt an dem im Antrag genannten Ort besteht,
2. Tatsachen, aus denen sich ergibt, dass der Schuldner gewöhnlich der Verwaltung seiner Interessen in der Bundesrepublik Deutschland nachgeht,
3. in welchen anderen Mitgliedstaaten sich Gläubiger oder wesentliche Teile des Vermögens befinden oder wesentliche Teile der Tätigkeit ausgeübt werden und
4. ob bereits in einem anderen Mitgliedstaat ein Eröffnungsantrag gestellt oder ein Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde.

Satz 1 findet keine Anwendung auf die im Verbraucherinsolvenzverfahren nach § 305 Absatz 1 der Insolvenzordnung zu stellenden Anträge.

§ 6 Örtliche Zuständigkeit für Annexklagen

- (1) Kommt den deutschen Gerichten infolge der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens die Zuständigkeit für Klagen nach Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung

(EU) 2015/848 zu, ohne dass sich aus anderen Vorschriften eine örtliche Zuständigkeit ergibt, so wird der Gerichtsstand durch den Sitz des Insolvenzgerichts bestimmt.

- (2) Für Klagen nach Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848, die nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung in Zusammenhang mit einer anderen zivil- oder handelsrechtlichen Klage gegen denselben Beklagten stehen, ist auch das Gericht örtlich zuständig, das für die andere zivil- oder handelsrechtliche Klage zuständig ist.

§ 7 Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Antrag auf öffentliche Bekanntmachung nach Artikel 28 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 ist an das nach § 1 Absatz 2 zuständige Gericht zu richten.
- (2) Der Antrag auf öffentliche Bekanntmachung nach Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 ist an das Insolvenzgericht zu richten, in dessen Bezirk sich der wesentliche Teil des Vermögens des Schuldners befindet. Hat der Schuldner in der Bundesrepublik Deutschland kein Vermögen, so kann der Antrag bei jedem Insolvenzgericht gestellt werden.
- (3) Das Gericht kann eine Übersetzung des Antrags verlangen, die von einer hierzu in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union befugten Person zu beglaubigen ist. § 9 Absatz 1 und 2 und § 30 Absatz 1 der Insolvenzordnung gelten entsprechend. Ist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bekannt gemacht worden, so ist dessen Beendigung in gleicher Weise von Amts wegen bekannt zu machen.
- (4) Geht der Antrag nach Absatz 1 bei einem unzuständigen Gericht ein, so leitet dieses den Antrag unverzüglich an das zuständige Gericht weiter und unterrichtet den Antragsteller hierüber.

§ 8 Eintragung in öffentliche Bücher und Register

- (1) Der Antrag auf Eintragung nach Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 ist an das nach § 1 Absatz 2 zuständige Gericht zu richten. Er soll mit dem Antrag nach Artikel 28 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 verbunden werden. Das Gericht ersucht die

registerführende Stelle um Eintragung. § 32 Absatz 2 Satz 2 der Insolvenzordnung findet keine Anwendung.

- (2) Der Antrag auf Eintragung nach Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 ist an das nach § 7 Absatz 2 zuständige Gericht zu richten. Er soll mit dem Antrag nach Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 verbunden werden.
- (3) Die Form und der Inhalt der Eintragung richten sich nach deutschem Recht. Kennt das Recht des Mitgliedstaats der Europäischen Union, in dem das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, Eintragungen, die dem deutschen Recht unbekannt sind, so hat das Insolvenzgericht eine Eintragung zu wählen, die der des Mitgliedstaats der Verfahrenseröffnung am nächsten kommt.
- (4) § 7 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 9 Rechtsmittel gegen eine Entscheidung nach § 7 oder § 8

Gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts nach § 7 oder § 8 findet die sofortige Beschwerde statt. Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.

§ 10 Vollstreckung aus der Eröffnungsentcheidung

Ist der Verwalter eines Hauptinsolvenzverfahrens nach dem Recht des Mitgliedstaats der Europäischen Union, in dem das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, befugt, auf Grund der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung die Herausgabe der Sachen, die sich im Gewahrsam des Schuldners befinden, im Wege der Zwangsvollstreckung durchzusetzen, so gilt für die Vollstreckung in der Bundesrepublik Deutschland Artikel 32 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848. Für die Verwertung von Gegenständen der Insolvenzmasse im Wege der Zwangsvollstreckung gilt Satz 1 entsprechend.

Teil 2 Sekundärinsolvenzverfahren

Abschnitt 1 Hauptinsolvenzverfahren in der Bundesrepublik Deutschland

§ 11 Voraussetzungen für die Abgabe der Zusicherung

- (1) Soll in einem in der Bundesrepublik Deutschland anhängigen Insolvenzverfahren eine Zusicherung nach Artikel 36 der Verordnung (EU) 2015/848 abgegeben werden, hat der Insolvenzverwalter zuvor die Zustimmung des Gläubigerausschusses oder des vorläufigen Gläubigerausschusses nach § 21 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1a der Insolvenzordnung einzuholen, sofern ein solcher bestellt ist.
- (2) Hat das Insolvenzgericht die Eigenverwaltung angeordnet, gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 12 Öffentliche Bekanntmachung der Zusicherung

Der Insolvenzverwalter hat die öffentliche Bekanntmachung der Zusicherung sowie den Termin und das Verfahren zu deren Billigung zu veranlassen. Den bekannten lokalen Gläubigern ist die Zusicherung durch den Insolvenzverwalter besonders zuzustellen; § 8 Absatz 3 Satz 2 und 3 der Insolvenzordnung gilt entsprechend.

§ 13 Benachrichtigung über die beabsichtigte Verteilung

Für die Benachrichtigung nach Artikel 36 Absatz 7 Satz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 gilt § 12 Satz 2 entsprechend.

§ 14 Haftung des Insolvenzverwalters bei einer Zusicherung

Für die Haftung des Insolvenzverwalters nach Artikel 36 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2015/848 in einem in der Bundesrepublik Deutschland anhängigen Insolvenzverfahren gilt § 92 der Insolvenzordnung entsprechend.

Abschnitt 2 Hauptinsolvenzverfahren in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union

§ 15 Insolvenzplan

Sieht ein Insolvenzplan in einem in der Bundesrepublik Deutschland eröffneten Sekundärinsolvenzverfahren eine Stundung, einen Erlass oder sonstige Einschränkungen der Rechte der Gläubiger vor, so darf er vom Insolvenzgericht nur bestätigt werden, wenn alle betroffenen Gläubiger dem Insolvenzplan zugestimmt haben. Satz 1 gilt nicht für Planregelungen, mit denen in Absonderungsrechte eingegriffen wird.

§ 16 Aussetzung der Verwertung

Wird auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens nach Artikel 46 der Verordnung (EU) 2015/848 in einem in der Bundesrepublik Deutschland eröffneten Sekundärinsolvenzverfahren die Verwertung eines Gegenstandes ausgesetzt, an dem ein Absonderungsrecht besteht, so sind dem Gläubiger laufend die geschuldeten Zinsen aus der Insolvenzmasse zu zahlen.

§ 17 Abstimmung über die Zusicherung

- (1) Der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens führt die Abstimmung über die Zusicherung nach Artikel 36 der Verordnung (EU) 2015/848 durch. Die §§ 222, 243, 244 Absatz 1 und 2 sowie die §§ 245 und 246 der Insolvenzordnung gelten entsprechend.
- (2) Im Rahmen der Unterrichtung nach Artikel 36 Absatz 5 Satz 4 der Verordnung (EU) 2015/848 informiert der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens die lokalen Gläubiger, welche Fernkommunikationsmittel bei der Abstimmung zulässig sind und welche Gruppen für die Abstimmung gebildet wurden. Er hat ferner darauf hinzuweisen, dass diese Gläubiger bei der Anmeldung ihrer Forderungen Urkunden beifügen sollen, aus denen sich ergibt, dass sie lokale Gläubiger im Sinne von Artikel 2 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2015/848 sind.

§ 18 Stimmrecht bei der Abstimmung über die Zusicherung

- (1) Der Inhaber einer zur Teilnahme an der Abstimmung über die Zusicherung angemeldeten Forderung gilt vorbehaltlich des Satzes 2 auch dann als stimmberechtigt, wenn der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens oder ein anderer lokaler Gläubiger bestreitet, dass die Forderung besteht oder dass es sich um die Forderung eines lokalen Gläubigers handelt. Hängt das Abstimmungsergebnis von Stimmen ab, die auf bestrittene Forderungen entfallen, kann der Verwalter oder der bestreitende lokale Gläubiger bei dem nach § 1 Absatz 2 zuständigen Gericht eine Entscheidung über das Stimmrecht erwirken, das durch die bestrittenen Forderungen oder eines Teils davon gewährt wird; § 77 Absatz 2 Satz 2 der Insolvenzordnung gilt entsprechend. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für aufschiebend bedingte Forderungen. § 237 Absatz 1 Satz 2 der Insolvenzordnung gilt entsprechend.
- (2) Im Rahmen des Verfahrens über eine Zusicherung gilt die Bundesagentur für Arbeit als lokaler Gläubiger nach Artikel 36 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2015/848.

§ 19 Unterrichtung über das Ergebnis der Abstimmung

Für die Unterrichtung nach Artikel 36 Absatz 5 Satz 4 der Verordnung (EU) 2015/848 gilt § 12 Satz 2 entsprechend.

§ 20 Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen über die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens

- (1) Wird unter Hinweis auf die Zusicherung die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens nach Artikel 38 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 abgelehnt, so steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu. Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.
- (2) Wird in der Bundesrepublik Deutschland ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet, ist der Rechtsbehelf nach Artikel 39 der Verordnung (EU) 2015/848 als sofortige Beschwerde zu behandeln. Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.

Abschnitt 3 Maßnahmen zur Einhaltung einer Zusicherung**§ 21 Rechtsbehelfe und Anträge nach Artikel 36 der Verordnung (EU) 2015/848**

- (1) Für Entscheidungen über Anträge nach Artikel 36 Absatz 7 Satz 2 oder Absatz 8 der Verordnung (EU) 2015/848 ist das Insolvenzgericht ausschließlich örtlich zuständig, bei dem das Hauptinsolvenzverfahren anhängig ist. Der Antrag nach Artikel 36 Absatz 7 Satz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 muss binnen einer Notfrist von zwei Wochen bei dem Insolvenzgericht gestellt werden. Die Notfrist beginnt mit der Zustellung der Benachrichtigung über die beabsichtigte Verteilung.
- (2) Für die Entscheidung über Anträge nach Artikel 36 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2015/848 ist das Gericht nach § 1 Absatz 2 zuständig.
- (3) Unbeschadet des § 58 Absatz 2 Satz 3 der Insolvenzordnung entscheidet das Gericht durch unanfechtbaren Beschluss.

Teil 3 Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe**§ 22 Eingeschränkte Anwendbarkeit des § 56b und der §§ 269a bis 269i der Insolvenzordnung**

- (1) Gehören Unternehmen einer Unternehmensgruppe im Sinne von § 3e der Insolvenzordnung auch einer Unternehmensgruppe im Sinne von Artikel 2 Nummer 13 der Verordnung (EU) 2015/848 an,
 1. findet § 269a der Insolvenzordnung keine Anwendung, soweit Artikel 56 der Verordnung (EU) 2015/848 anzuwenden ist,
 2. finden § 56b Absatz 1 und § 269b der Insolvenzordnung keine Anwendung, soweit Artikel 57 der Verordnung (EU) 2015/848 anzuwenden ist.
- (2) Gehören Unternehmen einer Unternehmensgruppe im Sinne von § 3e der Insolvenzordnung auch einer Unternehmensgruppe im Sinne von Artikel 2 Nummer 13 der Verordnung (EU) 2015/848 an, ist die Einleitung eines Koordinationsverfahrens nach den §§ 269d bis 269i der Insolvenzordnung ausgeschlossen, wenn die Durchführung des Koordinationsver-

fahrens die Wirksamkeit eines Gruppen-Koordinationsverfahrens nach den Artikeln 61 bis 77 der Verordnung (EU) 2015/848 beeinträchtigen würde.

§ 23 Beteiligung der Gläubiger

- (1) Beabsichtigt der Verwalter, die Einleitung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens nach Artikel 61 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 zu beantragen und ist die Durchführung eines solchen Verfahrens von besonderer Bedeutung für das Insolvenzverfahren, hat er die Zustimmung nach den §§ 160 und 161 der Insolvenzordnung einzuholen. Dem Gläubigerausschuss sind die in Artikel 61 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2015/848 genannten Unterlagen vorzulegen.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend
 1. für die Erklärung eines Einwands nach Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2015/848 gegen die Einbeziehung des Verfahrens in das Gruppen-Koordinationsverfahren,
 2. für den Antrag auf Einbeziehung des Verfahrens in ein bereits eröffnetes Gruppen-Koordinationsverfahren nach Artikel 69 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/848 sowie
 3. für die Zustimmungserklärung zu einem entsprechenden Antrag eines Verwalters, der in einem Verfahren über das Vermögen eines anderen gruppenangehörigen Unternehmens bestellt wurde (Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2015/848).

§ 24 Aussetzung der Verwertung

- § 16 gilt entsprechend bei der Aussetzung
1. der Verwertung auf Antrag des Verwalters eines anderen gruppenangehörigen Unternehmens nach Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2015/848 und
 2. des Verfahrens auf Antrag des Koordinators nach Artikel 72 Absatz 2 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2015/848.

§ 25 Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nach Artikel 69 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848

Gegen die Entscheidung des Koordinators nach Artikel 69 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 ist die

Erinnerung statthaft. § 573 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.

§ 26 Rechtsmittel gegen die Kostenentscheidung nach Artikel 77 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2015/848

Gegen die Entscheidung über die Kosten des Gruppen-Koordinationsverfahrens nach Artikel 77 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2015/848 ist die sofortige Beschwerde statthaft. Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.

Art. 103 Anwendung des bisherigen Rechts

Auf Konkurs-, Vergleichs- und Gesamtvollstreckungsverfahren, die vor dem 1. Januar 1999 beantragt worden sind, und deren Wirkungen sind weiter die bisherigen gesetzlichen Vorschriften anzuwenden. Gleiches gilt für Anschlußkonkursverfahren, bei denen der dem Verfahren vorausgehende Vergleichsantrag vor dem 1. Januar 1999 gestellt worden ist.

Art. 103a Überleitungsvorschrift

Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Dezember 2001 eröffnet worden sind, sind die bis dahin geltenden gesetzlichen Vorschriften weiter anzuwenden.

Art. 103b Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2002/47/EG vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten und zur Änderung des Hypothekendarlehenbankgesetzes und anderer Gesetze

Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 9. April 2004 eröffnet worden sind, sind die bis dahin geltenden gesetzlichen Vorschriften weiter anzuwenden.

Art. 103c Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens

- (1) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens vom 13. April 2007 (BGBl. I S. 509) am 1. Juli 2007 eröffnet worden sind, sind mit Ausnahme der §§ 8 und 9 der Insolvenzordnung und der Verordnung zu öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet die bis dahin geltenden gesetzlichen Vorschriften weiter anzuwenden. In solchen Insolvenzverfahren erfolgen alle durch das Gericht vorzunehmenden öffentlichen Bekanntmachungen unbeschadet von Absatz 2 nur nach Maßgabe des § 9 der Insolvenzordnung. § 188 Satz 3 der Insolvenzordnung ist auch auf Insolvenzverfahren

anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) am 18. Dezember 2007 eröffnet worden sind.

- (2) Die öffentliche Bekanntmachung kann bis zum 31. Dezember 2008 zusätzlich zu der elektronischen Bekanntmachung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 der Insolvenzordnung in einem am Wohnort oder Sitz des Schuldners periodisch erscheinenden Blatt erfolgen; die Veröffentlichung kann auszugswise geschehen. Für den Eintritt der Wirkungen der Bekanntmachung ist ausschließlich die Bekanntmachung im Internet nach § 9 Abs. 1 Satz 1 der Insolvenzordnung maßgebend.

Art. 103d Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen

Auf Insolvenzverfahren, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026) am 1. November 2008 eröffnet worden sind, sind die bis dahin geltenden gesetzlichen Vorschriften weiter anzuwenden. Im Rahmen von nach dem 1. November 2008 eröffneten Insolvenzverfahren sind auf vor dem 1. November 2008 vorgenommene Rechtshandlungen die bis dahin geltenden Vorschriften der Insolvenzordnung über die Anfechtung von Rechtshandlungen anzuwenden, soweit die Rechtshandlungen nach dem bisherigen Recht der Anfechtung entzogen oder in geringerem Umfang unterworfen sind.

Art. 103e Überleitungsvorschrift zum Haushaltsbegleitgesetz 2011

Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Januar 2011 beantragt worden sind, sind die bis dahin geltenden Vorschriften weiter anzuwenden.

Art. 103f Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Änderung des § 522 der Zivilprozessordnung

Für Entscheidungen über die sofortige Beschwerde nach § 6 der Insolvenzordnung, bei denen die Frist des § 575 der Zivilprozessordnung am 27. Oktober 2011 noch nicht abgelaufen ist, ist die Insolvenzordnung in der bis zum 27. Oktober 2011 geltenden Fassung weiter anzuwenden. Für Entscheidungen über die sofortige Beschwerde nach Artikel 102 § 7 Satz 1 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung gilt Satz 1 entsprechend.

Art. 103g Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen

Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. März 2012 beantragt worden sind, sind die bis dahin geltenden Vorschriften weiter anzuwenden. § 18

Absatz 1 Nummer 2 des Rechtspflegergesetzes in der ab dem 1. Januar 2013 geltenden Fassung ist nur auf Insolvenzverfahren anzuwenden, die ab dem 1. Januar 2013 beantragt werden.

Art. 103h Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte

Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Juli 2014 beantragt worden sind, sind vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 die bis dahin geltenden gesetzlichen Vorschriften weiter anzuwenden. Auf Insolvenzverfahren nach den §§ 304 bis 314 der Insolvenzordnung in der vor dem 1. Juli 2014 geltenden Fassung, die vor diesem Datum beantragt worden sind, sind auch die §§ 217 bis 269 der Insolvenzordnung anzuwenden. § 63 Absatz 3 und § 65 der Insolvenzordnung in der ab dem 19. Juli 2013 geltenden Fassung sind auf Insolvenzverfahren, die ab dem 19. Juli 2013 beantragt worden sind, anzuwenden.

Art. 103i Überleitungsvorschrift zum Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz

§ 22a Absatz 1 der Insolvenzordnung in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 17. Juli 2015 (BGBl. I S. 1245) ist erstmals auf Verfahren anzuwenden, deren Eröffnung nach dem 31. Dezember 2015 beantragt worden ist.

Art. 103j Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz

- (1) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 5. April 2017 eröffnet worden sind, sind vorbehaltlich des Absatzes 2 die bis dahin geltenden Vorschriften weiter anzuwenden.
- (2) Im Rahmen einer Insolvenzanfechtung entstandene Ansprüche auf Zinsen oder die Herausgabe von Nutzungen unterliegen vor dem 5. April 2017 den bis dahin geltenden Vorschriften. Für die Zeit ab dem 5. April 2017 ist auf diese Ansprüche § 143 Absatz 1 Satz 3 der Insolvenzordnung in der ab dem 5. April 2017 geltenden Fassung anzuwenden.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und nach dem AnfechtungsG (BGBl. I 2017, S. 654) ist mit Wirkung zum 5. April 2017 der Art. 103j neu eingefügt worden.

Art. 104 Anwendung des neuen Rechts

In einem Insolvenzverfahren, das nach dem 31. Dezember 1998 beantragt wird, gelten die Insolvenzordnung und dieses Gesetz auch für Rechtsverhältnisse und Rechte, die vor dem 1. Januar 1999 begründet worden sind.

Art. 105 Finanztermingeschäfte

- (1) War für Finanzleistungen, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, eine bestimmte Zeit oder eine bestimmte Frist vereinbart und tritt die Zeit oder der Ablauf der Frist erst nach der Eröffnung eines Konkursverfahrens ein, so kann nicht die Erfüllung verlangt, sondern nur eine Forderung wegen der Nichterfüllung geltend gemacht werden. Als Finanzleistungen gelten insbesondere
 1. die Lieferung von Edelmetallen,
 2. die Lieferung von Wertpapieren oder vergleichbaren Rechten, soweit nicht der Erwerb einer Beteiligung an einem Unternehmen zur Herstellung einer dauernden Verbindung zu diesem Unternehmen beabsichtigt ist,
 3. Geldleistungen, die in ausländischer Währung oder in einer Rechnungseinheit zu erbringen sind,
 4. Geldleistungen, deren Höhe unmittelbar oder mittelbar durch den Kurs einer ausländischen Währung oder einer Rechnungseinheit, durch den Zinssatz von Forderungen oder durch den Preis anderer Güter oder Leistungen bestimmt wird,
 5. Optionen und andere Rechte auf Lieferungen oder Geldleistungen im Sinne der Nummern 1 bis 4.
 Sind Geschäfte über Finanzleistungen in einem Rahmenvertrag zusammengefaßt, für den vereinbart ist, daß er bei Vertragsverletzungen nur einheitlich beendet werden kann, so gilt die Gesamtheit dieser Geschäfte als ein gegenseitiger Vertrag.
- (2) Die Forderung wegen der Nichterfüllung richtet sich auf den Unterschied zwischen dem vereinbarten Preis und dem Markt- oder Börsenpreis, der am zweiten Werktag nach der Eröffnung des Verfahrens am Erfüllungsort für einen Vertrag mit der vereinbarten Erfüllungszeit maßgeblich ist. Der andere Teil kann eine solche Forderung nur als Konkursgläubiger geltend machen.
- (3) Die in den Absätzen 1 und 2 für den Fall der Eröffnung eines Konkursverfahrens getroffenen Regelungen gelten entsprechend für den Fall der Eröffnung eines Vergleichs- oder Gesamtvollstreckungsverfahrens.

Art. 105a Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Änderung der Insolvenzordnung und zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung

- (1) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 10. Juni 2016 beantragt worden sind, ist § 104 der Insolvenz-

ordnung in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden.

- (2) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 29. Dezember 2016 beantragt worden sind, ist § 104 der Insolvenzordnung in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden.

Kommentar:

Durch das Gesetz zur Änderung der InsO und der EGZPO (BGBl. I 2016, S. 3147) ist mit Wirkung zum 29. Dezember 2016 der Art. 105a neu eingefügt worden.

Art. 106 Insolvenzanfechtung

Die Vorschriften der Insolvenzordnung über die Anfechtung von Rechtshandlungen sind auf die vor dem 1. Januar 1999 vorgenommenen Rechtshandlungen nur anzuwenden, soweit diese nicht nach dem bisherigen Recht der Anfechtung entzogen oder in geringerem Umfang unterworfen sind.

Art. 107 Evaluierungsvorschrift zum Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte

- (1) Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag bis zum 30. Juni 2018, in wie vielen Fällen bereits nach drei Jahren eine Restschuldbefreiung erteilt werden konnte. Der Bericht hat auch Angaben über die Höhe der im Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren erzielten Befriedigungsquoten zu enthalten.
- (2) Sofern sich aus dem Bericht die Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen ergibt, soll die Bundesregierung diese vorschlagen.

Art. 108 Fortbestand der Vollstreckungsbeschränkung

- (1) Bei der Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, über dessen Vermögen ein Gesamtvollstreckungsverfahren durchgeführt worden ist, ist auch nach dem 31. Dezember 1998 die Vollstreckungsbeschränkung des § 18 Abs. 2 Satz 3 der Gesamtvollstreckungsordnung zu beachten.
- (2) Wird über das Vermögen eines solchen Schuldners nach den Vorschriften der Insolvenzordnung ein Insolvenzverfahren eröffnet, so sind die Forderungen, die der Vollstreckungsbeschränkung unterliegen, im Rang nach den in § 39 Abs. 1 der Insolvenzordnung bezeichneten Forderungen zu berechtigen.

Art. 109 Schuldverschreibungen

Soweit den Inhabern von Schuldverschreibungen, die vor dem 1. Januar 1963 von anderen

Kreditinstituten als Hypothekenbanken ausgegeben worden sind, nach Vorschriften des Landesrechts in Verbindung mit § 17 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Konkursordnung ein Vorrecht bei der Befriedigung aus Hypotheken, Reallasten oder Darlehen des Kreditinstituts zusteht, ist dieses Vorrecht auch in künftigen Insolvenzverfahren zu beachten.

Art. 110 Inkrafttreten

- (1) Die Insolvenzordnung und dieses Gesetz treten, soweit nichts anderes bestimmt ist, am 1. Januar 1999 in Kraft.
- (2) § 2 Abs. 2 und § 7 Abs. 3 der Insolvenzordnung sowie die Ermächtigung der Länder in § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung treten am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleiches gilt für § 65 der Insolvenzordnung und für § 21 Abs. 2 Nr. 1, § 73 Abs. 2, § 274 Abs. 1, § 293 Abs. 2 und § 313 der Insolvenzordnung, soweit sie § 65 der Insolvenzordnung für entsprechend anwendbar erklären.
- (3) Artikel 2 Nr. 9 dieses Gesetzes, soweit darin die Aufhebung von § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften angeordnet wird, Artikel 22, Artikel 24 Nr. 2, Artikel 32 Nr. 3, Artikel 48 Nr. 4, Artikel 54 Nr. 4 und Artikel 85 Nr. 1 und 2 Buchstabe e, Artikel 87 Nr. 8 Buchstabe d und Artikel 105 dieses Gesetzes treten am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV)

Vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I 1994, S. 2866), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I 2017, S. 866).

InsVV

Erster Abschnitt

Vergütung des Insolvenzverwalters

§ 1 Berechnungsgrundlage

- (1) Die Vergütung des Insolvenzverwalters wird nach dem Wert der Insolvenzmasse berechnet, auf die sich die Schlussrechnung bezieht. Wird das Verfahren nach Bestätigung eines Insolvenzplans aufgehoben oder durch Einstellung vorzeitig beendet, so ist die Vergütung nach dem Schätzwert der Masse zur Zeit der Beendigung des Verfahrens zu berechnen.
- (2) Die maßgebliche Masse ist im Einzelnen wie folgt zu bestimmen:
 1. Massegegenstände, die mit Absonderungsrechten belastet sind, werden berücksichtigt, wenn sie durch den Verwalter verwertet werden. Der Mehrbetrag der Vergütung, der auf diese Gegenstände entfällt, darf jedoch 50 vom Hundert des Betrages nicht übersteigen, der für die Kosten ihrer Feststellung in die Masse geflossen ist. Im Übrigen werden die mit Absonderungsrechten belasteten Gegenstände nur insoweit berücksichtigt, als aus ihnen der Masse ein Überschuss zusteht.
 2. Werden Aus- und Absonderungsrechte abgefunden, so wird die aus der Masse hierfür gewährte Leistung vom Sachwert der Gegenstände abgezogen, auf die sich diese Rechte erstrecken.
 3. Steht einer Forderung eine Gegenforderung gegenüber, so wird lediglich der Überschuss berücksichtigt, der sich bei einer Verrechnung ergibt.
 4. Die Kosten des Insolvenzverfahrens und die sonstigen Masseverbindlichkeiten werden nicht abgesetzt. Es gelten jedoch folgende Ausnahmen:
 - a) Beträge, die der Verwalter nach § 5 als Vergütung für den Einsatz besonderer Sachkunde erhält, werden abgezogen.
 - b) Wird das Unternehmen des Schuldners fortgeführt, so ist nur der Überschuss zu berücksichtigen, der sich nach Abzug der Ausgaben von den Einnahmen ergibt.
 5. Ein Vorschuss, der von einer anderen Person als dem Schuldner zur Durchführung des Verfahrens geleistet worden ist, und ein Zuschuss, den ein Dritter zur Erfüllung eines Insolvenzplans geleistet hat, bleiben außer Betracht.

§ 2 Regelsätze

- (1) Der Insolvenzverwalter erhält in der Regel von den ersten 25 000 Euro der Insolvenzmasse 40 vom Hundert, von dem Mehrbetrag bis zu 50 000 Euro 25 vom Hundert, von dem Mehrbetrag bis zu 250 000 Euro 7 vom Hundert, von dem Mehrbetrag bis zu 500 000 Euro 3 vom Hundert, von dem Mehrbetrag bis zu 25 000 000 Euro 2 vom Hundert, von dem Mehrbetrag bis zu 50 000 000 Euro 1 vom Hundert, von dem darüber hinausgehenden Betrag 0,5 vom Hundert.
- (2) Haben in dem Verfahren nicht mehr als 10 Gläubiger ihre Forderungen angemeldet, so soll die Vergütung in der Regel mindestens 1 000 Euro betragen. Von 11 bis 30 Gläubigern erhöht sich die Vergütung für je angefangene 5 Gläubiger um 150 Euro. Ab 31 Gläubiger erhöht sich die Vergütung je angefangene 5 Gläubiger um 100 Euro.

§ 3 Zu- und Abschläge

- (1) Eine den Regelsatz übersteigende Vergütung ist insbesondere festzusetzen, wenn
 - a) die Bearbeitung von Aus- und Absonderungsrechten einen erheblichen Teil der Tätigkeit des Insolvenzverwalters ausgemacht hat, ohne dass ein entsprechender Mehrbetrag nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 angefallen ist,
 - b) der Verwalter das Unternehmen fortgeführt oder Häuser verwaltet hat und die Masse nicht entsprechend größer geworden ist,
 - c) die Masse groß war und die Regelvergütung wegen der Degression der Regelsätze keine angemessene Gegenleistung dafür darstellt, dass der Verwalter mit erheblichem Arbeitsaufwand die Masse vermehrt oder zusätzliche Masse festgestellt hat,
 - d) arbeitsrechtliche Fragen zum Beispiel in Bezug auf das Insolvenzgeld, den Kündigungsschutz oder einen Sozialplan den Verwalter erheblich in Anspruch genommen haben oder
 - e) der Verwalter einen Insolvenzplan ausgearbeitet hat.
- (2) Ein Zurückbleiben hinter dem Regelsatz ist insbesondere gerechtfertigt, wenn
 - a) ein vorläufiger Insolvenzverwalter in Verfahren tätig war,

- b) die Masse bereits zu einem wesentlichen Teil verwertet war, als der Verwalter das Amt übernahm,
- c) das Insolvenzverfahren vorzeitig beendet wird oder das Amt des Verwalters vorzeitig endet,
- d) die Masse groß war und die Geschäftsführung geringe Anforderungen an den Verwalter stellte oder
- e) die Vermögensverhältnisse des Schuldners überschaubar sind und die Zahl der Gläubiger oder die Höhe der Verbindlichkeiten gering ist.

Kommentar:

Aufgrund des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (BGBl. I 2017, S. 866) werden mit Wirkung zum 21. April 2018 bei § 3 Abs. 2 die Buchstaben d und e geändert und der Buchstabe f angefügt werden. Der neue Abs. 2 wird folgendermaßen lauten:

- (2) Ein Zurückbleiben hinter dem Regelsatz ist insbesondere gerechtfertigt, wenn
 - a) ein vorläufiger Insolvenzverwalter im Verfahren tätig war,
 - b) die Masse bereits zu einem wesentlichen Teil verwertet war, als der Verwalter das Amt übernahm,
 - c) das Insolvenzverfahren vorzeitig beendet wird oder das Amt des Verwalters vorzeitig endet,
 - d) die Masse groß war und die Geschäftsführung geringe Anforderungen an den Verwalter stellte,
 - e) die Vermögensverhältnisse des Schuldners überschaubar sind und die Zahl der Gläubiger oder die Höhe der Verbindlichkeiten gering ist oder
 - f) der Schuldner in ein Koordinationsverfahren einbezogen ist, in dem ein Verfahrenskoordinator nach § 269e der Insolvenzordnung bestellt worden ist.

§ 4 Geschäftskosten, Haftpflichtversicherung

- (1) Mit der Vergütung sind die allgemeinen Geschäftskosten abgegolten. Zu den allgemeinen Geschäftskosten gehört der Büroaufwand des Insolvenzverwalters einschließlich der Gehälter seiner Angestellten, auch soweit diese anlässlich des Insolvenzverfahrens eingestellt worden sind. Unberührt bleibt das Recht des Verwalters, zur Erledigung besonderer Aufgaben im Rahmen der Verwaltung für die Masse Dienst- oder Werkverträge abzuschließen und die angemessene Vergütung aus der Masse zu zahlen.

- (2) Besondere Kosten, die dem Verwalter im Einzelfall, zum Beispiel durch Reisen, tatsächlich entstehen, sind als Auslagen zu erstatten.
- (3) Mit der Vergütung sind auch die Kosten einer Haftpflichtversicherung abgegolten. Ist die Verwaltung jedoch mit einem besonderen Haftungsrisiko verbunden, so sind die Kosten einer angemessenen zusätzlichen Versicherung als Auslagen zu erstatten.

§ 5 Einsatz besonderer Sachkunde

- (1) Ist der Insolvenzverwalter als Rechtsanwalt zugelassen, so kann er für Tätigkeiten, die ein nicht als Rechtsanwalt zugelassener Verwalter angemessenerweise einem Rechtsanwalt übertragen hätte, nach Maßgabe des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes Gebühren und Auslagen gesondert aus der Insolvenzmasse entnehmen.
- (2) Ist der Verwalter Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater oder besitzt er eine andere besondere Qualifikation, so gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 6 Nachtragsverteilung. Überwachung der Erfüllung eines Insolvenzplans

- (1) Für eine Nachtragsverteilung erhält der Insolvenzverwalter eine gesonderte Vergütung, die unter Berücksichtigung des Werts der nachträglich verteilten Insolvenzmasse nach billigem Ermessen festzusetzen ist. Satz 1 gilt nicht, wenn die Nachtragsverteilung voraussehbar war und schon bei der Festsetzung der Vergütung für das Insolvenzverfahren berücksichtigt worden ist.
- (2) Die Überwachung der Erfüllung eines Insolvenzplans nach den §§ 260 bis 269 der Insolvenzordnung wird gesondert vergütet. Die Vergütung ist unter Berücksichtigung des Umfangs der Tätigkeit nach billigem Ermessen festzusetzen.

§ 7 Umsatzsteuer

Zusätzlich zur Vergütung und zur Erstattung der Auslagen wird ein Betrag in Höhe der vom Insolvenzverwalter zu zahlenden Umsatzsteuer festgesetzt.

§ 8 Festsetzung der Vergütung und Auslagen

- (1) Die Vergütung und die Auslagen werden auf Antrag des Insolvenzverwalters vom Insolvenzgericht festgesetzt. Die Festsetzung erfolgt für Vergütung und Auslagen gesondert. Der Antrag soll gestellt werden, wenn die Schlussrechnung an das Gericht gesandt wird.
- (2) In dem Antrag ist näher darzulegen, wie die nach § 1 Abs. 2 maßgebliche Insolvenzmasse berechnet worden ist und welche Dienst- oder Werkverträge für besondere Aufgaben im Rahmen der Insolvenzverwaltung abgeschlossen worden sind (§ 4 Abs. 1 Satz 3).

- (3) Der Verwalter kann nach seiner Wahl anstelle der tatsächlich entstandenen Auslagen einen Pauschsatz fordern, der im ersten Jahr 15 vom Hundert, danach 10 vom Hundert der Regelvergütung, höchstens jedoch 250 Euro je angefangenen Monat der Dauer der Tätigkeit des Verwalters beträgt. Der Pauschsatz darf 30 vom Hundert der Regelvergütung nicht übersteigen.

§ 9 Vorschuss

Der Insolvenzverwalter kann aus der Insolvenzmasse einen Vorschuss auf die Vergütung und die Auslagen entnehmen, wenn das Insolvenzgericht zustimmt. Die Zustimmung soll erteilt werden, wenn das Insolvenzverfahren länger als sechs Monate dauert oder wenn besonders hohe Auslagen erforderlich werden. Sind die Kosten des Verfahrens nach § 4a der Insolvenzordnung gestundet, so bewilligt das Gericht einen Vorschuss, sofern die Voraussetzungen nach Satz 2 gegeben sind.

Zweiter Abschnitt

Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters, des Sachwalters und des Insolvenzverwalters im Verbraucherinsolvenzverfahren

§ 10 Grundsatz

Für die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters, des Sachwalters und des Insolvenzverwalters im Verbraucherinsolvenzverfahren gelten die Vorschriften des Ersten Abschnitts entsprechend, soweit in den §§ 11 bis 13 nichts anderes bestimmt ist.

§ 11 Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters

- (1) Für die Berechnung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters ist das Vermögen zugrunde zu legen, auf das sich seine Tätigkeit während des Eröffnungsverfahrens erstreckt. Vermögensgegenstände, an denen bei Verfahrenseröffnung Aus- und Absonderungsrechte bestehen, werden dem Vermögen nach Satz 1 hinzuzurechnet, sofern sich der vorläufige Insolvenzverwalter in erheblichen Umfang mit ihnen befasst. Sie bleiben unberücksichtigt, sofern der Schuldner die Gegenstände lediglich auf Grund eines Besitzüberlassungsvertrages in Besitz hat.
- (2) Wird die Festsetzung der Vergütung beantragt, bevor die von Absatz 1 Satz 1 erfassten Gegenstände veräußert wurden, ist das Insolvenzgericht spätestens mit Vorlage der Schlussrechnung auf eine Abweichung des tatsächlichen Werts von dem der Vergütung zugrunde liegenden Wert hinzuweisen, sofern die Wertdifferenz

20 vom Hundert bezogen auf die Gesamtheit dieser Gegenstände übersteigt.

- (3) Art, Dauer und der Umfang der Tätigkeit des vorläufigen Insolvenzverwalters sind bei der Festsetzung der Vergütung zu berücksichtigen.
- (4) Hat das Insolvenzgericht den vorläufigen Insolvenzverwalter als Sachverständigen beauftragt zu prüfen, ob ein Eröffnungsgrund vorliegt und welche Aussichten für eine Fortführung des Unternehmens des Schuldners bestehen, so erhält er gesondert eine Vergütung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

§ 12 Vergütung des Sachwalters

- (1) Der Sachwalter erhält in der Regel 60 vom Hundert der für den Insolvenzverwalter bestimmten Vergütung.
- (2) Eine den Regelsatz übersteigende Vergütung ist insbesondere festzusetzen, wenn das Insolvenzgericht gemäß § 277 Abs. 1 der Insolvenzordnung angeordnet hat, dass bestimmte Rechtsgeschäfte des Schuldners nur mit Zustimmung des Sachwalters wirksam sind.
- (3) § 8 Abs. 3 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Betrages von 250 Euro der Betrag von 125 Euro tritt.

§ 13 Vergütung des Insolvenzverwalters im Verbraucherinsolvenzverfahren

Werden in einem Verfahren nach dem Neunten Teil der Insolvenzordnung die Unterlagen nach § 305 Absatz 1 Nummer 3 der Insolvenzordnung von einer geeigneten Person oder Stelle erstellt, ermäßigt sich die Vergütung nach § 2 Absatz 2 Satz 1 auf 800 Euro.

Dritter Abschnitt

Vergütung des Treuhänders nach § 293 der Insolvenzordnung

§ 14 Grundsatz

- (1) Die Vergütung des Treuhänders nach § 293 der Insolvenzordnung wird nach der Summe der Beträge berechnet, die aufgrund der Abtretungserklärung des Schuldners (§ 287 Abs. 2 der Insolvenzordnung) oder auf andere Weise zur Befriedigung der Gläubiger des Schuldners beim Treuhänder eingehen.
- (2) Der Treuhänder erhält von den ersten 25 000 Euro 5 vom Hundert, von dem Mehrbetrag bis 50 000 Euro 3 vom Hundert und von dem darüber hinausgehenden Betrag 1 vom Hundert.

- (3) Die Vergütung beträgt mindestens 100 Euro für jedes Jahr der Tätigkeit des Treuhänders. Hat er die durch Abtretung eingehenden Beträge an mehr als 5 Gläubiger verteilt, so erhöht sich diese Vergütung je 5 Gläubiger um 50 Euro.

§ 15 Überwachung der Obliegenheiten des Schuldners

- (1) Hat der Treuhänder die Aufgabe, die Erfüllung der Obliegenheiten des Schuldners zu überwachen (§ 292 Abs. 2 der Insolvenzordnung), so erhält er eine zusätzliche Vergütung. Diese beträgt regelmäßig 35 Euro je Stunde.
- (2) Der Gesamtbetrag der zusätzlichen Vergütung darf den Gesamtbetrag der Vergütung nach § 14 nicht überschreiten. Die Gläubigerversammlung kann eine abweichende Regelung treffen.

§ 16 Festsetzung der Vergütung. Vorschüsse

- (1) Die Höhe des Stundensatzes der Vergütung des Treuhänders, der die Erfüllung der Obliegenheiten des Schuldners überwacht, wird vom Insolvenzgericht bei der Ankündigung der Restschuldbefreiung festgesetzt. Im Übrigen werden die Vergütung und die zu erstattenden Auslagen auf Antrag des Treuhänders bei der Beendigung seines Amtes festgesetzt. Auslagen sind einzeln anzuführen und zu belegen. Soweit Umsatzsteuer anfällt, gilt § 7 entsprechend.
- (2) Der Treuhänder kann aus den eingehenden Beträgen Vorschüsse auf seine Vergütung entnehmen. Diese dürfen den von ihm bereits verdienten Teil der Vergütung und die Mindestvergütung seiner Tätigkeit nicht überschreiten. Sind die Kosten des Verfahrens nach § 4a der Insolvenzordnung gestundet, so kann das Gericht Vorschüsse bewilligen, auf die Satz 2 entsprechend Anwendung findet.

Vierter Abschnitt

Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses

§ 17 Berechnung der Vergütung

- (1) Die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses beträgt regelmäßig zwischen 35 und 95 Euro je Stunde. Bei der Festsetzung des Stundensatzes ist insbesondere der Umfang der Tätigkeit zu berücksichtigen.
- (2) Die Vergütung der Mitglieder des vorläufigen Gläubigerausschusses für die Erfüllung der ihm nach § 56a und § 270 Absatz 3 der Insolvenzordnung zugewiesenen Aufgaben beträgt einmalig 300 Euro. Nach der Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters oder eines vorläufigen Sachwalters richtet sich die weitere Vergütung nach Absatz 1.

§ 18 Auslagen. Umsatzsteuer

- (1) Auslagen sind einzeln anzuführen und zu belegen.
- (2) Soweit Umsatzsteuer anfällt, gilt § 7 entsprechend.

Fünfter Abschnitt

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 19 Anwendung des bisherigen Rechts

- (1) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Januar 2004 eröffnet wurden, sind die Vorschriften dieser Verordnung in ihrer bis zum Inkrafttreten der Verordnung vom 4. Oktober 2004 (BGBl. I S. 2569) am 7. Oktober 2004 geltenden Fassung weiter anzuwenden.
- (2) Auf Vergütungen aus vorläufigen Insolvenzverwaltungen, die zum 29. Dezember 2006 bereits rechtskräftig abgerechnet sind, sind die bis zum Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3389) geltenden Vorschriften anzuwenden.
- (3) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. März 2012 beantragt worden sind, sind die Vorschriften dieser Verordnung in ihrer bis zum Inkrafttreten des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582) am 1. März 2012 geltenden Fassung weiter anzuwenden.
- (4) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Juli 2014 beantragt worden sind, sind die Vorschriften dieser Verordnung in ihrer bis zum Inkrafttreten des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2379) am 1. Juli 2014 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

§ 20 Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am 1. Januar 1999 in Kraft.

Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)

Vom 18. August 1896 (RGBl. 1896, S. 195), in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I 2002, S. 42 u. S. 2909 und BGBl. I 2003, S. 738), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2787).

§ 613a Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang

- (1) Geht ein Betrieb oder Betriebsteil durch Rechtsgeschäft auf einen anderen Inhaber über, so tritt dieser in die Rechte und Pflichten aus den im Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeitsverhältnissen ein. Sind diese Rechte und Pflichten durch Rechtsnormen eines Tarifvertrags oder durch eine Betriebsvereinbarung geregelt, so werden sie Inhalt des Arbeitsverhältnisses zwischen dem neuen Inhaber und dem Arbeitnehmer und dürfen nicht vor Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt des Übergangs zum Nachteil des Arbeitnehmers geändert werden. Satz 2 gilt nicht, wenn die Rechte und Pflichten bei dem neuen Inhaber durch Rechtsnormen eines anderen Tarifvertrags oder durch eine andere Betriebsvereinbarung geregelt werden. Vor Ablauf der Frist nach Satz 2 können die Rechte und Pflichten geändert werden, wenn der Tarifvertrag oder die Betriebsvereinbarung nicht mehr gilt oder bei fehlender beiderseitiger Tarifgebundenheit im Geltungsbereich eines anderen Tarifvertrags dessen Anwendung zwischen dem neuen Inhaber und dem Arbeitnehmer vereinbart wird.
- (2) Der bisherige Arbeitgeber haftet neben dem neuen Inhaber für Verpflichtungen nach Absatz 1, soweit sie vor dem Zeitpunkt des Übergangs entstanden sind und vor Ablauf von einem Jahr nach diesem Zeitpunkt fällig werden, als Gesamtschuldner. Werden solche Verpflichtungen nach dem Zeitpunkt des Übergangs fällig, so haftet der bisherige Arbeitgeber für sie jedoch nur in dem Umfang, der dem im Zeitpunkt des Übergangs abgelaufenen Teil ihres Bemessungszeitraums entspricht.
- (3) Absatz 2 gilt nicht, wenn eine juristische Person oder eine Personenhandelsgesellschaft durch Umwandlung erlischt.
- (4) Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Arbeitnehmers durch den bisherigen Arbeitgeber oder durch den neuen Inhaber wegen des Übergangs eines Betriebs oder eines Betriebsteils ist unwirksam. Das Recht zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses aus anderen Gründen bleibt unberührt.
- (5) Der bisherige Arbeitgeber oder der neue Inhaber hat die von einem Übergang betroffenen Arbeitnehmer vor dem Übergang in Textform zu unterrichten über:
 1. den Zeitpunkt oder den geplanten Zeitpunkt des Übergangs,
 2. den Grund für den Übergang,
 3. die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Übergangs für die Arbeitnehmer und
 4. die hinsichtlich der Arbeitnehmer in Aussicht genommenen Maßnahmen.
- (6) Der Arbeitnehmer kann dem Übergang des Arbeitsverhältnisses innerhalb eines Monats nach Zugang der Unterrichtung nach Absatz 5 schriftlich widersprechen. Der Widerspruch kann gegenüber dem bisherigen Arbeitgeber oder dem neuen Inhaber erklärt werden.

Auszug aus dem Gesetz für Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG)

Vom 20. April 1892 (RGBl. 1892, S. 477), in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. 1898, S. 846), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2446).

§ 30 Kapitalerhaltung

- (1) Das zur Erhaltung des Stammkapitals erforderliche Vermögen der Gesellschaft darf an die Gesellschafter nicht ausgezahlt werden. Satz 1 gilt nicht bei Leistungen, die bei Bestehen eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrags (§ 291 des Aktiengesetzes) erfolgen oder durch einen vollwertigen Gegenleistungs- oder Rückgewähranspruch gegen den Gesellschafter gedeckt sind. Satz 1 ist zudem nicht anzuwenden auf die Rückgewähr eines Gesellschafterdarlehens und Leistungen auf Forderungen aus Rechtshandlungen, die einem Gesellschafterdarlehen wirtschaftlich entsprechen.
- (2) Eingezahlte Nachschüsse können, soweit sie nicht zur Deckung eines Verlustes am Stammkapital erforderlich sind, an die Gesellschafter zurückgezahlt werden. Die Zurückzahlung darf nicht vor Ablauf von drei Monaten erfolgen, nachdem der Rückzahlungsbeschluss nach § 12 bekanntgemacht ist. Im Fall des § 28 Abs. 2 ist die Zurückzahlung von Nachschüssen vor der Voll-einzahlung des Stammkapitals unzulässig. Zurückgezahlte Nachschüsse gelten als nicht eingezogen.

§ 31 Erstattung verbotener Rückzahlungen

- (1) Zahlungen, welche den Vorschriften des § 30 zuwider geleistet sind, müssen der Gesellschaft erstattet werden.
- (2) War der Empfänger in gutem Glauben, so kann die Erstattung nur insoweit verlangt werden, als sie zur Befriedigung der Gesellschaftsgläubiger erforderlich ist.
- (3) Ist die Erstattung von dem Empfänger nicht zu erlangen, so haften für den zu erstattenden Betrag, soweit er zur Befriedigung der Gesellschaftsgläubiger erforderlich ist, die übrigen Gesellschafter nach Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Beiträge, welche von einzelnen Gesellschaftern nicht zu erlangen sind, werden nach dem bezeichneten Verhältnis auf die übrigen verteilt.
- (4) Zahlungen, welche auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zu leisten sind, können den Verpflichteten nicht erlassen werden.
- (5) Die Ansprüche der Gesellschaft verjähren in den Fällen des Absatzes 1 in zehn Jahren sowie in den Fällen des Absatzes 3 in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Tages, an welchem die Zahlung, deren Erstattung beansprucht wird, geleistet ist. In den Fällen des Absatzes 1

findet § 19 Abs. 6 Satz 2 entsprechende Anwendung.

- (6) Für die in den Fällen des Absatzes 3 geleistete Erstattung einer Zahlung sind den Gesellschaftern die Geschäftsführer, welchen in betreff der geleisteten Zahlung ein Verschulden zur Last fällt, solidarisch zum Ersatz verpflichtet. Die Bestimmungen in § 43 Abs. 1 und 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 32 Rückzahlung von Gewinn

Liegt die in § 31 Abs. 1 bezeichnete Voraussetzung nicht vor, so sind die Gesellschafter in keinem Fall verpflichtet, Beträge, welche sie in gutem Glauben als Gewinnanteile bezogen haben, zurückzuzahlen.

§ 32a (weggefallen)**§ 32b (weggefallen)****§ 64 Haftung für Zahlungen nach Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung**

Die Geschäftsführer sind der Gesellschaft zum Ersatz von Zahlungen verpflichtet, die nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft oder nach Feststellung ihrer Überschuldung geleistet werden. Dies gilt nicht von Zahlungen, die auch nach diesem Zeitpunkt mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns vereinbar sind. Die gleiche Verpflichtung trifft die Geschäftsführer für Zahlungen an Gesellschafter, soweit diese zur Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft führen mussten, es sei denn, dies war auch bei Beachtung der in Satz 2 bezeichneten Sorgfalt nicht erkennbar. Auf den Ersatzanspruch finden die Bestimmungen in § 43 Abs. 3 und 4 entsprechende Anwendung.

Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG)

Vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I 2011, S. 2582).

§ 1 Insolvenzstatistik

Für wirtschaftspolitische Planungsentscheidungen werden über Insolvenzverfahren monatliche und jährliche Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2 Erhebungsmerkmale

Die Erhebungen erfassen folgende Erhebungsmerkmale:

1. bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder dessen Abweisung mangels Masse:
 - a) Art des Verfahrens und des internationalen Bezugs,
 - b) Antragsteller,
 - c) Art des Rechtsträgers oder der Vermögensmasse (Schuldner); bei Unternehmen zusätzlich Rechtsform, Geschäftszweig, Jahr der Gründung, Zahl der betroffenen Arbeitnehmer und die Eintragung in das Handels-, Genossenschafts-, Vereins- oder Partnerschaftsregister,
 - d) Eröffnungsgrund,
 - e) Anordnung oder Ablehnung der Eigenverwaltung,
 - f) voraussichtliche Summe der Forderungen;
2. bei Annahme eines Schuldenbereinigungsplans, bei Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens oder bei der Abweisung des Antrags auf Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse:
 - a) Summe der Forderungen,
 - b) geschätzte Summe der zu erbringenden Leistungen;
3. bei Einstellung oder Aufhebung des Insolvenzverfahrens:
 - a) Art der erfolgten Beendigung des Verfahrens,
 - b) Höhe der befriedigten Absonderungsrechte,
 - c) Höhe der quotenberechtigten Insolvenzforderungen und Höhe des zur Verteilung an die Insolvenzgläubiger verfügbaren Betrags, bei öffentlich-rechtlichen Insolvenzgläubigern zusätzlich deren jeweiliger Anteil,
 - d) Angaben zur Betriebsfortführung, zum Sanierungserfolg und zur Eigenverwaltung,
 - e) Angaben über die Vorfinanzierung von Arbeitsentgelt im Rahmen der Gewährung von Insolvenzgeld,
 - f) Datum der Einreichung des Schlussberichts bei Gericht,
 - g) Angaben über Abschlagsverteilungen,
 - h) Datum der Beendigung des Verfahrens;
4. bei Restschuldbefreiung:

- a) Ankündigung der Restschuldbefreiung,
- b) Entscheidung über die Restschuldbefreiung,
- c) bei Versagung der Restschuldbefreiung die Gründe für die Versagung,
- d) Widerruf der erteilten Restschuldbefreiung,
- e) sonstige Beendigung des Verfahrens.

§ 3 Hilfsmerkmale

Hilfsmerkmale der Erhebungen sind:

1. Datum der Verfahrenshandlungen nach § 2,
2. Name oder Firma und Anschrift oder Mittelpunkt der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit des Schuldners,
3. bei Unternehmen die Umsatzsteuernummer,
4. Name, Nummer und Aktenzeichen des Amtsgerichts,
5. Name und Anschrift des Insolvenzverwalters, Sachwalters oder des Treuhänders,
6. Name, Rufnummern und E-Mail-Adressen der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Personen,
7. bei Schuldnern, die im Handels-, Genossenschafts-, Vereins- oder Partnerschaftsregister eingetragen sind, die Art und der Ort des Registers und die Nummer der Eintragung.

§ 4 Auskunftspflicht und Erteilung der Auskunft; Verordnungsermächtigung

- (1) Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Die Angaben zu § 3 Nummer 6 sind freiwillig. Auskunftspflichtig sind
 1. bezüglich der Angaben nach § 2 Nummer 1 und 2 sowie § 3 Nummer 1, 2, 4, 5 und 7 die zuständigen Amtsgerichte,
 2. bezüglich der Angaben nach § 2 Nummer 3 und 4 und § 3 Nummer 1 bis 5 und 7 die zuständigen Insolvenzverwalter, Sachwalter oder Treuhänder.
- (2) Die Angaben werden aus den vorhandenen Unterlagen mitgeteilt. Die Angaben nach Absatz 1 Nummer 1 werden monatlich, die Angaben nach Absatz 1 Nummer 2 jährlich erfasst.
- (3) Die Angaben sind innerhalb der folgenden Fristen zu übermitteln:
 1. die Angaben der Amtsgerichte innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf des Kalendermonats, in dem die jeweilige gerichtliche Entscheidung erlassen wurde,
 2. die Angaben der Insolvenzverwalter, Sachwalter oder Treuhänder mit Ausnahme der Angaben zu § 2 Nummer 4 Buchstabe b bis d innerhalb von

vier Wochen nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Einstellung oder Aufhebung des Insolvenzverfahrens erfolgte,

3. die Angaben der Insolvenzverwalter oder Treuhänder zu § 2 Nummer 4 Buchstabe b, c und e innerhalb von vier Wochen nach Ablauf des sechsten dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres, ergeht die Entscheidung vorher, innerhalb von vier Wochen nach Rechtskraft der Entscheidung,

4. die Angaben der Insolvenzverwalter oder Treuhänder zu § 2 Nummer 4 Buchstabe d innerhalb von vier Wochen nach Ablauf des siebten dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres, ergeht die Entscheidung vorher, innerhalb von vier Wochen nach Rechtskraft der Entscheidung.

- (4) Die zuständigen Amtsgerichte übermitteln den nach Absatz 1 Nummer 2 auskunftspflichtigen Insolvenzverwaltern, Sachwaltern oder Treuhändern die erforderlichen Erhebungsunterlagen.
- (5) Die Insolvenzverwalter, Sachwalter oder Treuhänder übermitteln die zu erteilenden Angaben über die zuständigen Amtsgerichte, welche die Vollzähligkeit prüfen, den statistischen Ämtern. Es ist zulässig, dass die Insolvenzverwalter, Sachwalter oder Treuhänder die Angaben direkt an die statistischen Ämter melden. In diesem Fall sollen die Daten nach bundeseinheitlichen Vorgaben des Statistischen Bundesamtes elektronisch übermittelt werden. Für die Vollzähligkeitsprüfung erfolgt in diesem Fall eine Mitteilung an die zuständigen Amtsgerichte.
- (6) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über die Form der Angaben zu treffen, die den zuständigen Amtsgerichten von Insolvenzverwaltern, Sachwaltern und Treuhändern zu übermitteln sind. Dabei können sie auch Vorgaben für die Datenformate der elektronischen Einreichung machen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

§ 5 Veröffentlichung und Übermittlung

- (1) Die statistischen Ämter dürfen Ergebnisse veröffentlichen, auch wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen, sofern diese Tabellenfelder keine Angaben zur Summe der Forderungen und zur Zahl der betroffenen Arbeitnehmer enthalten.
- (2) Für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, dürfen Tabellen mit statistischen Ergebnissen, auch wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder

an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden übermittelt werden.

§ 6 Übergangsregelung

- (1) Die Insolvenzverwalter, Sachwalter und Treuhänder sind nach § 4 Absatz 1 auskunftspflichtig bezüglich der Angaben, die sich auf Insolvenzverfahren beziehen, die nach dem 31. Dezember 2008 eröffnet wurden.
- (2) Erfolgte die Einstellung oder Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder die Ankündigung der Restschuldbefreiung nach dem 1. Januar 2009, aber vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, sind die Angaben innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu übermitteln.

Auszug aus dem Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz – GenG)

Vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I 2006, S. 2230), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2541).

§ 66a Kündigung im Insolvenzverfahren

Wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds eröffnet und ein Insolvenzverwalter bestellt, so kann der Insolvenzverwalter das Kündigungsrecht des Mitglieds an dessen Stelle ausüben.

§ 67c Kündigungsausschluss bei Wohnungsgenossenschaften

- (1) Die Kündigung der Mitgliedschaft in einer Wohnungsgenossenschaft durch den Gläubiger (§ 66) oder den Insolvenzverwalter (§ 66a) ist ausgeschlossen, wenn
 1. die Mitgliedschaft Voraussetzung für die Nutzung der Wohnung des Mitglieds ist und
 2. das Geschäftsguthaben des Mitglieds höchstens das Vierfache des auf einen Monat entfallenden Nutzungsentgelts ohne die als Pauschale oder Vorauszahlung ausgewiesenen Betriebskosten oder höchstens 2 000 Euro beträgt.
- (2) Übersteigt das Geschäftsguthaben des Mitglieds den Betrag nach Absatz 1 Nummer 2, ist die Kündigung der Mitgliedschaft nach Absatz 1 auch dann ausgeschlossen, wenn es durch Kündigung einzelner Geschäftsanteile nach § 67b auf einen nach Absatz 1 Nummer 2 zulässigen Betrag vermindert werden kann.

Verordnung (EU) Nr. 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (EuInsVO)

Stand: 15. Februar 2017 (mit Wirkung zum 26. Juni 2017).

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION – gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 81, auf Vorschlag der Europäischen Kommission, nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente, nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹, gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren², in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat am 12. Dezember 2012 einen Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates³ angenommen. Dem Bericht zufolge funktioniert die Verordnung im Allgemeinen gut, doch sollte die Anwendung einiger Vorschriften verbessert werden, um grenzüberschreitende Insolvenzverfahren noch effizienter abwickeln zu können. Da die Verordnung mehrfach geändert wurde und weitere Änderungen erfolgen sollen, sollte aus Gründen der Klarheit eine Neufassung vorgenommen werden.
- (2) Die Union hat sich die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zum Ziel gesetzt.
- (3) Für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes sind effiziente und wirksame grenzüberschreitende Insolvenzverfahren erforderlich. Die Annahme dieser Verordnung ist zur Verwirklichung dieses Ziels erforderlich, das in den Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen im Sinne des Artikels 81 des Vertrags fällt.
- (4) Die Geschäftstätigkeit von Unternehmen greift mehr und mehr über die einzelstaatlichen Grenzen hinaus und unterliegt damit in zunehmendem Maß den Vorschriften des Unionsrechts. Die Insolvenz solcher Unternehmen hat auch nachteilige Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes, und es bedarf eines Unionsrechtsakts, der eine Koordinierung der Maßnahmen in Bezug auf das Vermögen eines zahlungsunfähigen Schuldners vorschreibt.
- (5) Im Interesse eines ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarktes muss verhindert werden, dass es für Beteiligte vorteilhafter ist, Vermögensgegenstände oder Gerichtsverfahren von einem Mitgliedstaat in einen anderen zu verlagern, um auf diese Weise eine günstigere Rechtsstellung zum Nachteil der Gesamtheit der Gläubiger zu erlangen (im Folgenden „Forum Shopping“).
- (6) Diese Verordnung sollte Vorschriften enthalten, die die Zuständigkeit für die Eröffnung von Insolvenzverfahren und für Klagen regeln, die sich direkt aus diesen Insolvenzverfahren ableiten und eng damit verknüpft sind. Darüber hinaus sollte diese Verordnung Vorschriften für die Anerkennung und Vollstreckung von in solchen Verfahren ergangenen Entscheidungen sowie Vorschriften über das auf Insolvenzverfahren anwendbare Recht enthalten. Sie sollte auch die Koordinierung von Insolvenzverfahren regeln, die sich gegen denselben Schuldner oder gegen mehrere Mitglieder derselben Unternehmensgruppe richten.
- (7) Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren sowie damit zusammenhängende Klagen sind vom Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ausgenommen⁴. Diese Verfahren sollten unter die vorliegende Verordnung fallen. Die vorliegende Verordnung ist so auszulegen, dass Rechtslücken zwischen den beiden vorgenannten Rechtsinstrumenten so weit wie möglich vermieden werden. Allerdings sollte der alleinige Umstand, dass ein nationales Verfahren nicht in Anhang A dieser Verordnung aufgeführt ist, nicht bedeuten, dass es unter die Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 fällt.
- (8) Zur Verwirklichung des Ziels einer Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit der Insolvenzverfahren mit grenzüberschreitender Wirkung ist es notwendig und angemessen, die Bestimmungen über den Gerichtsstand, die Anerkennung und das anwendbare Recht in diesem Bereich in einer Maßnahme der Union zu bündeln, die in den Mitgliedstaaten verbindlich ist und unmittelbar gilt.
- (9) Diese Verordnung sollte für alle Insolvenzverfahren gelten, die die in ihr festgelegten Voraussetzungen erfüllen, unabhängig davon, ob es sich

¹ ABl. C 271 vom 19.9.2013, 55.

² Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 5. Februar 2014 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Standpunkt des Rates in erster Lesung vom 12. März 2015 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht). Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 20. Mai 2015 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

³ Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren (ABl. L 160 vom 30.6.2000, 1).

⁴ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, 1).

beim Schuldner um eine natürliche oder juristische Person, einen Kaufmann oder eine Privatperson handelt. Diese Insolvenzverfahren sind erschöpfend in Anhang A aufgeführt. Bezüglich der in Anhang A aufgeführten nationalen Verfahren sollte diese Verordnung Anwendung finden, ohne dass die Gerichte eines anderen Mitgliedstaats die Erfüllung der Anwendungsvoraussetzungen dieser Verordnung nachprüfen. Nationale Insolvenzverfahren, die nicht in Anhang A aufgeführt sind, sollten nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen.

- (10) In den Anwendungsbereich dieser Verordnung sollten Verfahren einbezogen werden, die die Rettung wirtschaftlich bestandsfähiger Unternehmen, die sich jedoch in finanziellen Schwierigkeiten befinden, begünstigen und Unternehmen eine zweite Chance bieten. Einbezogen werden sollten vor allem Verfahren, die auf eine Sanierung des Schuldners in einer Situation gerichtet sind, in der lediglich die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz besteht, und Verfahren, bei denen der Schuldner ganz oder teilweise die Kontrolle über seine Vermögenswerte und Geschäfte behält. Der Anwendungsbereich sollte sich auch auf Verfahren erstrecken, die eine Schuldbefreiung oder eine Schuldenanpassung in Bezug auf Verbraucher und Selbständige zum Ziel haben, indem z. B. der vom Schuldner zu zahlende Betrag verringert oder die dem Schuldner gewährte Zahlungsfrist verlängert wird. Da in solchen Verfahren nicht unbedingt ein Verwalter bestellt werden muss, sollten sie unter diese Verordnung fallen, wenn sie der Kontrolle oder Aufsicht eines Gerichts unterliegen. In diesem Zusammenhang sollte der Ausdruck „Kontrolle“ auch Sachverhalte einschließen, in denen ein Gericht nur aufgrund des Rechtsbedarfs eines Gläubigers oder anderer Verfahrensbeteiligter tätig wird.
- (11) Diese Verordnung sollte auch für Verfahren gelten, die einen vorläufigen Aufschub von Vollstreckungsmaßnahmen einzelner Gläubiger gewähren, wenn derartige Maßnahmen die Verhandlungen beeinträchtigen und die Aussichten auf eine Sanierung des Unternehmens des Schuldners mindern könnten. Diese Verfahren sollten sich nicht nachteilig auf die Gesamtheit der Gläubiger auswirken und sollten, wenn keine Einigung über einen Sanierungsplan erzielt werden kann, anderen Verfahren, die unter diese Verordnung fallen, vorgeschaltet sein.
- (12) Diese Verordnung sollte für Verfahren gelten, deren Eröffnung öffentlich bekanntzugeben ist, damit Gläubiger Kenntnis von dem Verfahren erlangen und ihre Forderungen anmelden können, und dadurch der kollektive Charakter des

Verfahrens sichergestellt wird, und damit den Gläubigern Gelegenheit gegeben wird, die Zuständigkeit des Gerichts überprüfen zu lassen, das das Verfahren eröffnet hat.

- (13) Dementsprechend sollten vertraulich geführte Insolvenzverfahren vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden. Solche Verfahren mögen zwar in manchen Mitgliedstaaten von großer Bedeutung sein, es ist jedoch aufgrund ihrer Vertraulichkeit unmöglich, dass ein Gläubiger oder Gericht in einem anderen Mitgliedstaat Kenntnis von der Eröffnung eines solchen Verfahrens erlangt, so dass es schwierig ist, ihren Wirkungen unionsweit Anerkennung zu verschaffen.
- (14) Ein Gesamtverfahren, das unter diese Verordnung fällt, sollte alle oder einen wesentlichen Teil der Gläubiger des Schuldners einschließen, auf die die gesamten oder ein erheblicher Anteil der ausstehenden Verbindlichkeiten des Schuldners entfallen, vorausgesetzt, dass die Forderungen der Gläubiger, die nicht an einem solchen Verfahren beteiligt sind, davon unberührt bleiben. Verfahren, die nur die finanziellen Gläubiger des Schuldners betreffen, sollten auch unter diese Verordnung fallen. Ein Verfahren, das nicht alle Gläubiger eines Schuldners einschließt, sollte ein Verfahren sein, dessen Ziel die Rettung des Schuldners ist. Ein Verfahren, das zur endgültigen Einstellung der Unternehmenstätigkeit des Schuldners oder zur Verwertung seines Vermögens führt, sollte alle Gläubiger des Schuldners einschließen. Einige Insolvenzverfahren für natürliche Personen schließen bestimmte Arten von Forderungen, wie etwa Unterhaltsforderungen, von der Möglichkeit einer Schuldbefreiung aus, was aber nicht bedeuten sollte, dass diese Verfahren keine Gesamtverfahren sind.
- (15) Diese Verordnung sollte auch für Verfahren gelten, die nach dem Recht einiger Mitgliedstaaten für eine bestimmte Zeit vorläufig oder einstweilig eröffnet und durchgeführt werden können, bevor ein Gericht durch eine Entscheidung die Fortführung des Verfahrens als nicht vorläufiges Verfahren bestätigt. Auch wenn diese Verfahren als „vorläufig“ bezeichnet werden, sollten sie alle anderen Anforderungen dieser Verordnung erfüllen.
- (16) Diese Verordnung sollte für Verfahren gelten, die sich auf gesetzliche Regelungen zur Insolvenz stützen. Allerdings sollten Verfahren, die sich auf allgemeines Gesellschaftsrecht stützen, das nicht ausschließlich auf Insolvenzfälle ausgerichtet ist, nicht als Verfahren gelten, die sich auf gesetzliche Regelungen zur Insolvenz stützen. Ebenso sollten Verfahren zur Schuldenanpassung nicht bestimmte Verfahren umfassen, in denen es um den Erlass von Schulden einer

natürlichen Person mit sehr geringem Einkommen und Vermögen geht, sofern derartige Verfahren nie eine Zahlung an Gläubiger vorsehen.

- (17) Der Anwendungsbereich dieser Verordnung sollte sich auf Verfahren erstrecken, die eingeleitet werden, wenn sich ein Schuldner in nicht finanziellen Schwierigkeiten befindet, sofern diese Schwierigkeiten mit der tatsächlichen und erheblichen Gefahr verbunden sind, dass der Schuldner gegenwärtig oder in Zukunft seine Verbindlichkeiten bei Fälligkeit nicht begleichen kann. Der maßgebliche Zeitraum zur Feststellung einer solchen Gefahr kann mehrere Monate oder auch länger betragen, um Fälligen Rechnung zu tragen, in denen sich der Schuldner in nicht finanziellen Schwierigkeiten befindet, die die Fortführung seines Unternehmens und mittelfristig seine Liquidität gefährden. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn der Schuldner einen Auftrag verloren hat, der für ihn von entscheidender Bedeutung war.
- (18) Die Vorschriften über die Rückforderung staatlicher Beihilfen von insolventen Unternehmen, wie sie nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ausgelegt worden sind, sollten von dieser Verordnung unberührt bleiben.
- (19) Insolvenzverfahren über das Vermögen von Versicherungsunternehmen, Kreditinstituten, Wertpapierfirmen und anderen Firmen, Einrichtungen oder Unternehmen, die unter die Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁵ fallen, und Organismen für gemeinsame Anlagen sollten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden, da für sie besondere Vorschriften gelten und die nationalen Aufsichtsbehörden weitreichende Eingriffsbefugnisse haben.
- (20) Insolvenzverfahren sind nicht zwingend mit dem Eingreifen einer Justizbehörde verbunden. Der Ausdruck „Gericht“ in dieser Verordnung sollte daher in einigen Bestimmungen weit ausgelegt werden und Personen oder Stellen umfassen, die nach einzelstaatlichem Recht befugt sind, Insolvenzverfahren zu eröffnen. Damit diese Verordnung Anwendung findet, muss es sich um ein Verfahren (mit den entsprechenden gesetzlich festgelegten Handlungen und Formalitäten) handeln, das nicht nur im Einklang mit dieser Verordnung steht, sondern auch in dem Mitgliedstaat der Eröffnung des Insolvenzverfahrens offiziell anerkannt und rechtsgültig ist.
- (21) Verwalter sind in dieser Verordnung definiert und in Anhang B aufgeführt. Verwalter, die ohne

Beteiligung eines Justizorgans bestellt werden, sollten nach nationalem Recht einer angemessenen Regulierung unterliegen und für die Wahrnehmung von Aufgaben in Insolvenzverfahren zugelassen sein. Der nationale Regelungsrahmen sollte angemessene Vorschriften über den Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten umfassen.

- (22) Diese Verordnung erkennt die Tatsache an, dass aufgrund der großen Unterschiede im materiellen Recht ein einziges Insolvenzverfahren mit universaler Geltung für die Union nicht realisierbar ist. Die ausnahmslose Anwendung des Rechts des Staates der Verfahrenseröffnung würde vor diesem Hintergrund häufig zu Schwierigkeiten führen. Dies gilt etwa für die in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägten nationalen Regelungen zu den Sicherungsrechten. Aber auch die Vorrechte einzelner Gläubiger im Insolvenzverfahren sind teilweise vollkommen anders ausgestaltet. Bei der nächsten Überprüfung dieser Verordnung wird es erforderlich sein, weitere Maßnahmen zu ermitteln, um die Vorrechte der Arbeitnehmer auf europäischer Ebene zu verbessern. Diese Verordnung sollte solchen unterschiedlichen nationalen Rechten auf zweierlei Weise Rechnung tragen. Zum einen sollten Sonderanknüpfungen für besonders bedeutsame Rechte und Rechtsverhältnisse vorgesehen werden (z. B. dingliche Rechte und Arbeitsverträge). Zum anderen sollten neben einem Hauptinsolvenzverfahren mit universaler Geltung auch innerstaatliche Verfahren zugelassen werden, die lediglich das im Eröffnungsstaat befindliche Vermögen erfassen.
- (23) Diese Verordnung gestattet die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat. Dieses Verfahren hat universale Geltung sowie das Ziel, das gesamte Vermögen des Schuldners zu erfassen. Zum Schutz der unterschiedlichen Interessen gestattet diese Verordnung die Eröffnung von Sekundärinsolvenzverfahren parallel zum Hauptinsolvenzverfahren. Ein Sekundärinsolvenzverfahren kann in dem Mitgliedstaat eröffnet werden, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat. Seine Wirkungen sind auf das in dem betreffenden Mitgliedstaat belegene Vermögen des Schuldners beschränkt. Zwingende Vorschriften für die Koordinierung mit dem Hauptinsolvenzverfahren tragen dem Gebot der Einheitlichkeit in der Union Rechnung.
- (24) Wird über das Vermögen einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ein Hauptinsolvenzverfahren in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem sie ihren Sitz hat, eröffnet, so sollte

⁵ Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten (ABl. L 125 vom 5.5.2001, 15).

die Möglichkeit bestehen, im Einklang mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ein Sekundärinsolvenzverfahren in dem Mitgliedstaat zu eröffnen, in dem sie ihren Sitz hat, sofern der Schuldner einer wirtschaftlichen Aktivität nachgeht, die den Einsatz von Personal und Vermögenswerten in diesem Mitgliedstaat voraussetzt.

- (25) Diese Verordnung gilt nur für Verfahren in Bezug auf einen Schuldner, der Mittelpunkt seiner hauptsächlichlichen Interessen in der Union hat.
- (26) Die Zuständigkeitsvorschriften dieser Verordnung legen nur die internationale Zuständigkeit fest, das heißt, sie geben den Mitgliedstaat an, dessen Gerichte Insolvenzverfahren eröffnen dürfen. Die innerstaatliche Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats sollte nach dem nationalen Recht des betreffenden Staates bestimmt werden.
- (27) Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens sollte das zuständige Gericht von Amts wegen prüfen, ob sich der Mittelpunkt der hauptsächlichlichen Interessen des Schuldners oder der Niederlassung des Schuldners tatsächlich in seinem Zuständigkeitsbereich befindet.
- (28) Bei der Beantwortung der Frage, ob der Mittelpunkt der hauptsächlichlichen Interessen des Schuldners für Dritte feststellbar ist, sollte besonders berücksichtigt werden, welchen Ort die Gläubiger als denjenigen wahrnehmen, an dem der Schuldner der Verwaltung seiner Interessen nachgeht. Hierfür kann es erforderlich sein, die Gläubiger im Fall einer Verlegung des Mittelpunkts der hauptsächlichlichen Interessen zeitnah über den neuen Ort zu unterrichten, an dem der Schuldner seine Tätigkeiten ausübt, z. B. durch Hervorhebung der Adressänderung in der Geschäfts korrespondenz, oder indem der neue Ort in einer anderen geeigneten Weise veröffentlicht wird.
- (29) Diese Verordnung sollte eine Reihe von Schutzvorkehrungen enthalten, um betrügerisches oder missbräuchliches Forum Shopping zu verhindern.
- (30) Folglich sollten die Annahmen, dass der Sitz, die Hauptniederlassung und der gewöhnliche Aufenthalt jeweils der Mittelpunkt des hauptsächlichlichen Interesses sind, widerlegbar sein, und das jeweilige Gericht eines Mitgliedstaats sollte sorgfältig prüfen, ob sich der Mittelpunkt der hauptsächlichlichen Interessen des Schuldners tatsächlich in diesem Mitgliedstaat befindet. Bei einer Gesellschaft sollte diese Vermutung widerlegt werden können, wenn sich die Hauptverwaltung der Gesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat befindet als in dem Mitgliedstaat, in dem sich der Sitz der Gesellschaft befindet, und wenn

eine Gesamtbetrachtung aller relevanten Faktoren die von Dritten überprüfbare Feststellung zulässt, dass sich der tatsächliche Mittelpunkt der Verwaltung und der Kontrolle der Gesellschaft sowie der Verwaltung ihrer Interessen in diesem anderen Mitgliedstaat befindet. Bei einer natürlichen Person, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, sollte diese Vermutung widerlegt werden können, wenn sich z. B. der Großteil des Vermögens des Schuldners außerhalb des Mitgliedstaats des gewöhnlichen Aufenthalts des Schuldners befindet oder wenn festgestellt werden kann, dass der Hauptgrund für einen Umzug darin bestand, einen Insolvenzantrag im neuen Gerichtsstand zu stellen, und die Interessen der Gläubiger, die vor dem Umzug eine Rechtsbeziehung mit dem Schuldner eingegangen sind, durch einen solchen Insolvenzantrag wesentlich beeinträchtigt würden.

- (31) Im Rahmen desselben Ziels der Verhinderung von betrügerischem oder missbräuchlichem Forum Shopping sollte die Vermutung, dass der Mittelpunkt der hauptsächlichlichen Interessen der Sitz, die Hauptniederlassung der natürlichen Person bzw. der gewöhnliche Aufenthalt der natürlichen Person ist, nicht gelten, wenn – im Falle einer Gesellschaft, einer juristischen Person oder einer natürlichen Person, die eine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, – der Schuldner seinen Sitz oder seine Hauptniederlassung in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt hat, oder – im Falle einer natürlichen Person, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt – wenn der Schuldner seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Zeitraum von sechs Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt hat.
- (32) Das Gericht sollte in allen Fällen, in denen die Umstände des Falls Anlass zu Zweifeln an seiner Zuständigkeit geben, den Schuldner auffordern, zusätzliche Nachweise für seine Behauptung vorzulegen, und, wenn das für das Insolvenzverfahren geltende Recht dies erlaubt, den Gläubigern des Schuldners Gelegenheit geben, sich zur Frage der Zuständigkeit zu äußern.
- (33) Stellt das mit dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasste Gericht fest, dass der Mittelpunkt der hauptsächlichlichen Interessen nicht in seinem Hoheitsgebiet liegt, so sollte es das Hauptinsolvenzverfahren nicht eröffnen.
- (34) Allen Gläubigern des Schuldners sollte darüber hinaus ein wirksamer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung, ein Insolvenzverfahren zu eröff-

nen, zustehen. Die Folgen einer Anfechtung der Entscheidung, ein Insolvenzverfahren zu eröffnen, sollten dem nationalen Recht unterliegen.

- (35) Die Gerichte des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, sollten auch für Klagen zuständig sein, die sich direkt aus dem Insolvenzverfahren ableiten und eng damit verknüpft sind. Zu solchen Klagen sollten unter anderem Anfechtungsklagen gegen Beklagte in anderen Mitgliedstaaten und Klagen in Bezug auf Verpflichtungen gehören, die sich im Verlauf des Insolvenzverfahrens ergeben, wie z. B. zu Vorschüssen für Verfahrenskosten. Im Gegensatz dazu leiten sich Klagen wegen der Erfüllung von Verpflichtungen aus einem Vertrag, der vom Schuldner vor der Eröffnung des Verfahrens abgeschlossen wurde, nicht unmittelbar aus dem Verfahren ab. Steht eine solche Klage im Zusammenhang mit einer anderen zivil- oder handelsrechtlichen Klage, so sollte der Verwalter beide Klagen vor die Gerichte am Wohnsitz des Beklagten bringen können, wenn er sich von einer Erhebung der Klagen an diesem Gerichtsstand einen Effizienzgewinn verspricht. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn der Verwalter eine insolvenzrechtliche Haftungsklage gegen einen Geschäftsführer mit einer gesellschaftsrechtlichen oder deliktsrechtlichen Klage verbinden will.
- (36) Das für die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens zuständige Gericht sollte zur Anordnung einstweiliger Maßnahmen und von Sicherungsmaßnahmen ab dem Zeitpunkt des Antrags auf Verfahrenseröffnung befugt sein. Sicherungsmaßnahmen sowohl vor als auch nach Beginn des Insolvenzverfahrens sind zur Gewährleistung der Wirksamkeit des Insolvenzverfahrens von großer Bedeutung. Diese Verordnung sollte hierfür verschiedene Möglichkeiten vorsehen. Zum einen sollte das für das Hauptinsolvenzverfahren zuständige Gericht einstweilige Maßnahmen und Sicherungsmaßnahmen auch über Vermögensgegenstände anordnen können, die sich im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten befinden. Zum anderen sollte ein vor Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens bestellter vorläufiger Verwalter in den Mitgliedstaaten, in denen sich eine Niederlassung des Schuldners befindet, die nach dem Recht dieser Mitgliedstaaten möglichen Sicherungsmaßnahmen beantragen können.
- (37) Das Recht, vor der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat, zu beantragen, sollte nur lokalen Gläubigern und Behörden zustehen beziehungsweise auf Fälle beschränkt sein, in denen das Recht des Mitgliedstaats, in dem der

Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat, die Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens nicht zulässt. Der Grund für diese Beschränkung ist, dass die Fälle, in denen die Eröffnung eines Partikularverfahrens vor dem Hauptinsolvenzverfahren beantragt wird, auf das unumgängliche Maß beschränkt werden sollen.

- (38) Das Recht, nach der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat, zu beantragen, wird durch diese Verordnung nicht beschränkt. Der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens oder jede andere, nach dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats dazu befugte Person sollte die Eröffnung eines Sekundärverfahrens beantragen können.
- (39) Diese Verordnung sollte Vorschriften für die Bestimmung der Belegenheit der Vermögenswerte des Schuldners vorsehen, und diese Vorschriften sollten bei der Feststellung, welche Vermögenswerte zur Masse des Haupt- oder des Sekundärinsolvenzverfahrens gehören, und auf Situationen, in denen die dinglichen Rechte Dritter betroffen sind, Anwendung finden. Insbesondere sollte in dieser Verordnung bestimmt werden, dass Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung, eine Gemeinschaftsmarke oder jedes andere ähnliche Recht, wie gemeinschaftliche Sortenschutzrechte oder das Gemeinschaftsgeschmacksmuster, nur in das Hauptinsolvenzverfahren mit einbezogen werden dürfen.
- (40) Ein Sekundärinsolvenzverfahren kann neben dem Schutz der inländischen Interessen auch anderen Zwecken dienen. Dies kann der Fall sein, wenn die Insolvenzmasse des Schuldners zu verschachtelt ist, um als Ganzes verwaltet zu werden, oder weil die Unterschiede in den betroffenen Rechtssystemen so groß sind, dass sich Schwierigkeiten ergeben können, wenn das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung seine Wirkung in den anderen Staaten, in denen Vermögensgegenstände belegen sind, entfaltet. Aus diesem Grund kann der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens beantragen, wenn dies für die effiziente Verwaltung der Masse erforderlich ist.
- (41) Sekundärinsolvenzverfahren können eine effiziente Verwaltung der Insolvenzmasse auch behindern. Daher sind in dieser Verordnung zwei spezifische Situationen vorgesehen, in denen das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befassende Gericht auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzver-

- fahrens die Eröffnung eines solchen Verfahrens aufschieben oder ablehnen können sollte.
- (42) Erstens erhält der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens im Rahmen dieser Verordnung die Möglichkeit, den lokalen Gläubigern die Zusicherung zu geben, dass sie so behandelt werden, als wäre das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden. Bei dieser Zusicherung ist eine Reihe von in dieser Verordnung festgelegten Voraussetzungen zu erfüllen, insbesondere muss sie von einer qualifizierten Mehrheit der lokalen Gläubiger gebilligt werden. Wurde eine solche Zusicherung gegeben, so sollte das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befassende Gericht den Antrag ablehnen können, wenn es der Überzeugung ist, dass diese Zusicherung die allgemeinen Interessen der lokalen Gläubiger angemessen schützt. Das Gericht sollte bei der Beurteilung dieser Interessen die Tatsache berücksichtigen, dass die Zusicherung von einer qualifizierten Mehrheit der lokalen Gläubiger gebilligt worden ist.
- (43) Für die Zwecke der Abgabe einer Zusicherung an die lokalen Gläubiger sollten die in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat, belegenen Vermögenswerte und Rechte eine Teilmasse der Insolvenzmasse bilden, und der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens sollte bei ihrer Verteilung bzw. der Verteilung des aus ihrer Verwertung erzielten Erlöses die Vorzugsrechte wahren, die Gläubiger bei Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens in diesem Mitgliedstaat hätten.
- (44) Für die Billigung der Zusicherung sollte, soweit angemessen, das nationale Recht Anwendung finden. Insbesondere sollten Forderungen der Gläubiger für die Zwecke der Abstimmung über die Zusicherung als festgestellt gelten, wenn die Abstimmungsregeln für die Annahme eines Sanierungsplans nach nationalem Recht die vorherige Feststellung dieser Forderungen vorschreiben. Gibt es nach nationalem Recht unterschiedliche Verfahren für die Annahme von Sanierungsplänen, so sollten die Mitgliedstaaten das spezifische Verfahren benennen, das in diesem Zusammenhang maßgeblich sein sollte.
- (45) Zweitens sollte in dieser Verordnung die Möglichkeit vorgesehen werden, dass das Gericht die Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens vorläufig aussetzt, wenn im Hauptinsolvenzverfahren eine vorläufige Aussetzung von Einzelvollstreckungsverfahren gewährt wurde, um die Wirksamkeit der im Hauptinsolvenzverfahren gewährten Aussetzung zu wahren. Das Gericht sollte die vorläufige Aussetzung gewähren können, wenn es der Überzeugung ist, dass geeignete Maßnahmen zum Schutz der Interessen der lokalen Gläubiger bestehen. In diesem Fall sollten alle Gläubiger, die von dem Ergebnis der Verhandlungen über einen Sanierungsplan betroffen sein könnten, über diese Verhandlungen informiert werden und daran teilnehmen dürfen.
- (46) Im Interesse eines wirksamen Schutzes lokaler Interessen sollte es dem Verwalter im Hauptinsolvenzverfahren nicht möglich sein, das in dem Mitgliedstaat der Niederlassung befindliche Vermögen missbräuchlich zu verwerten oder missbräuchlich an einen anderen Ort zu bringen, insbesondere wenn dies in der Absicht geschieht, die wirksame Befriedigung dieser Interessen für den Fall, dass im Anschluss ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet wird, zu vereiteln.
- (47) Diese Verordnung sollte die Gerichte der Mitgliedstaaten, in denen Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden sind, nicht daran hindern, gegen Mitglieder der Geschäftsleitung des Schuldners Sanktionen wegen etwaiger Pflichtverletzung zu verhängen, sofern diese Gerichte nach nationalem Recht für diese Streitigkeiten zuständig sind.
- (48) Hauptinsolvenzverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren können zur wirksamen Verwaltung der Insolvenzmasse oder der effizienten Verwertung des Gesamtvermögens beitragen, wenn die an allen parallelen Verfahren beteiligten Akteure ordnungsgemäß zusammenarbeiten. Ordnungsgemäße Zusammenarbeit setzt voraus, dass die verschiedenen beteiligten Verwalter und Gerichte eng zusammenarbeiten, insbesondere indem sie einander wechselseitig ausreichend informieren. Um die dominierende Rolle des Hauptinsolvenzverfahrens sicherzustellen, sollten dem Verwalter dieses Verfahrens mehrere Einwirkungsmöglichkeiten auf gleichzeitig anhängige Sekundärinsolvenzverfahren gegeben werden. Der Verwalter sollte insbesondere einen Sanierungsplan oder Vergleich vorschlagen oder die Aussetzung der Verwertung der Masse im Sekundärinsolvenzverfahren beantragen können. Bei ihrer Zusammenarbeit sollten Verwalter und Gerichte die bewährten Praktiken für grenzüberschreitende Insolvenzfälle berücksichtigen, wie sie in den Kommunikations- und Kooperationsgrundsätzen und -leitlinien, die von europäischen und internationalen Organisationen auf dem Gebiet des Insolvenzrechts ausgearbeitet worden sind, niedergelegt sind, insbesondere den einschlägigen Leitlinien der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL).
- (49) Zum Zwecke dieser Zusammenarbeit sollten Verwalter und Gerichte Vereinbarungen schließen und Verständigungen herbeiführen können, die der Erleichterung der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit zwischen mehreren Insolvenzverfahren in verschiedenen Mitgliedstaaten über das Vermögen desselben Schuldners oder von Mitgliedern derselben Unternehmensgruppe dienen, sofern dies mit den für die jeweiligen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Diese Vereinbarungen und Verständigungen können in der Form – sie können schriftlich oder mündlich sein – und im Umfang – von allgemein bis spezifisch – variieren und von verschiedenen Parteien geschlossen werden. In einfachen allgemeinen Vereinbarungen kann die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Parteien hervorgehoben werden, ohne dass dabei auf konkrete Punkte eingegangen wird, während in spezifischen Vereinbarungen ein Rahmen von Grundsätzen für die Verwaltung mehrerer Insolvenzverfahren festgelegt werden und von den beteiligten Gerichten gebilligt werden kann, sofern die nationalen Rechtsvorschriften dies erfordern. In ihnen kann zum Ausdruck gebracht werden, dass Einvernehmen unter den Parteien besteht, bestimmte Schritte zu unternehmen oder Maßnahmen zu treffen oder davon abzusehen.

- (50) In ähnlicher Weise können Gerichte verschiedener Mitgliedstaaten durch die Koordinierung der Bestellung von Verwaltern zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang können sie dieselbe Person zum Verwalter für mehrere Insolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners oder verschiedener Mitglieder einer Unternehmensgruppe bestellen, vorausgesetzt, dies ist mit den für die jeweiligen Verfahren geltenden Vorschriften – insbesondere mit etwaigen Anforderungen an die Qualifikation und Zulassung von Verwaltern – vereinbar.
- (51) Diese Verordnung sollte gewährleisten, dass Insolvenzverfahren über das Vermögen verschiedener Gesellschaften, die einer Unternehmensgruppe angehören, effizient geführt werden.
- (52) Wurden über das Vermögen mehrerer Gesellschaften derselben Unternehmensgruppe Insolvenzverfahren eröffnet, so sollten die an diesen Verfahren beteiligten Akteure ordnungsgemäß zusammenarbeiten. Die verschiedenen beteiligten Verwalter und Gerichte sollten deshalb in ähnlicher Weise wie die Verwalter und Gerichte in denselben Schuldner betreffenden Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren verpflichtet sein, miteinander zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit der Verwalter sollte nicht den Interessen der Gläubiger in den jeweiligen Verfahren zuwiderlaufen, und das Ziel dieser Zusammenarbeit sollte sein, eine Lösung zu finden, durch die Synergien innerhalb der Gruppe ausgeschöpft werden.
- (53) Durch die Einführung von Vorschriften über die Insolvenzverfahren von Unternehmensgruppen sollte ein Gericht nicht in seiner Möglichkeit eingeschränkt werden, Insolvenzverfahren über das Vermögen mehrerer Gesellschaften, die derselben Unternehmensgruppe angehören, nur an einem Gerichtsstand zu eröffnen, wenn es feststellt, dass der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen dieser Gesellschaften in einem einzigen Mitgliedstaat liegt. In diesen Fällen sollte das Gericht für alle Verfahren gegebenenfalls dieselbe Person als Verwalter bestellen können, sofern dies mit den dafür geltenden Vorschriften vereinbar ist.
- (54) Um die Koordinierung der Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe weiter zu verbessern und eine koordinierte Sanierung der Gruppe zu ermöglichen, sollten mit dieser Verordnung Verfahrensvorschriften für die Koordinierung der Insolvenzverfahren gegen Mitglieder einer Unternehmensgruppe eingeführt werden. Bei einer derartigen Koordinierung sollte angestrebt werden, dass die Effizienz der Koordinierung gewährleistet wird, wobei gleichzeitig die eigene Rechtspersönlichkeit jedes einzelnen Gruppenmitglieds zu achten ist.
- (55) Ein Verwalter, der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe bestellt worden ist, sollte die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens beantragen können. Allerdings sollte dieser Verwalter vor der Einreichung eines solchen Antrags die erforderliche Genehmigung einholen, sofern das für das Insolvenzverfahren geltende Recht dies vorschreibt. Im Antrag sollten Angaben zu den wesentlichen Elementen der Koordinierung erfolgen, insbesondere eine Darlegung des Koordinationsplans, ein Vorschlag für die als Koordinator zu bestellende Person und eine Übersicht der geschätzten Kosten für die Koordinierung.
- (56) Um die Freiwilligkeit des Gruppen-Koordinationsverfahrens sicherzustellen, sollten die beteiligten Verwalter innerhalb einer festgelegten Frist Widerspruch gegen ihre Teilnahme am Verfahren einlegen können. Damit die beteiligten Verwalter eine fundierte Entscheidung über ihre Teilnahme am Gruppen-Koordinationsverfahren treffen können, sollten sie in einer frühen Phase über die wesentlichen Elemente der Koordinierung unterrichtet werden. Allerdings sollten Verwalter, die einer Einbeziehung in ein Gruppen-Koordinationsverfahren ursprünglich widersprochen haben, eine Beteiligung nachträglich beantragen können. In einem solchen Fall sollte der Koordinator über die Zulässigkeit des Antrags befinden. Alle Verwalter einschließlich des

- antragstellenden Verwalters sollten über die Entscheidung des Koordinators in Kenntnis gesetzt werden und die Gelegenheit haben, diese Entscheidung bei dem Gericht anzufechten, von dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde.
- (57) Gruppen-Koordinationsverfahren sollten stets zum Ziel haben, dass die wirksame Verwaltung in den Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gruppenmitglieder erleichtert wird, und sie sollten sich allgemein positiv für die Gläubiger auswirken. Mit dieser Verordnung sollte daher sichergestellt werden, dass das Gericht, bei dem ein Antrag auf ein Gruppen-Koordinationsverfahren gestellt wurde, diese Kriterien vor der Eröffnung des Gruppen-Koordinationsverfahrens prüft.
- (58) Die Kosten des Gruppen-Koordinationsverfahrens sollten dessen Vorteile nicht überwiegen. Daher muss sichergestellt werden, dass die Kosten der Koordinierung und der von jedem Gruppenmitglied zu tragende Anteil an diesen Kosten angemessen, verhältnismäßig und vertretbar sind und im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde, festzulegen sind. Die beteiligten Verwalter sollten auch die Möglichkeit haben, diese Kosten ab einer frühen Phase des Verfahrens zu kontrollieren. Wenn es die nationalen Rechtsvorschriften erfordern, kann die Kontrolle der Kosten ab einer frühen Phase des Verfahrens damit verbunden sein, dass der Verwalter die Genehmigung eines Gerichts oder eines Gläubigerausschusses einholt.
- (59) Wenn nach Überlegung des Koordinators die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu einer – im Vergleich zu der eingangs vorgenommenen Kostenschätzung – erheblichen Kostensteigerung führen wird, und auf jeden Fall, wenn die Kosten 10 % der geschätzten Kosten übersteigen, sollte der Koordinator von dem Gericht, das das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat, die Genehmigung zur Überschreitung dieser Kosten einholen. Bevor das Gericht, das das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat, seine Entscheidung trifft, sollte es den beteiligten Verwaltern Gelegenheit geben, gehört zu werden und dem Gericht ihre Bemerkungen dazu darzulegen, ob der Antrag des Koordinators angebracht ist.
- (60) Diese Verordnung sollte für Mitglieder einer Unternehmensgruppe, die nicht in ein Gruppen-Koordinationsverfahren einbezogen sind, auch einen alternativen Mechanismus vorsehen, um eine koordinierte Sanierung der Gruppe zu erreichen. Ein in einem Verfahren, das über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe anhängig ist, bestellter Verwalter sollte die Aussetzung jeder Maßnahme im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in Verfahren über das Vermögen anderer Mitglieder der Unternehmensgruppe, die nicht in ein Gruppen-Koordinationsverfahren einbezogen sind, beantragen können. Es sollte nur möglich sein, eine solche Aussetzung zu beantragen, wenn ein Sanierungsplan für die betroffenen Mitglieder der Gruppe vorgelegt wird, der den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugute kommt und die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Plans sicherzustellen.
- (61) Diese Verordnung sollte die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, nationale Bestimmungen zu erlassen, mit denen die Bestimmungen dieser Verordnung über die Zusammenarbeit, Kommunikation und Koordinierung im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe ergänzt würden, vorausgesetzt, der Geltungsbereich der nationalen Vorschriften beschränkt sich auf die nationale Rechtsordnung und ihre Anwendung beeinträchtigt nicht die Wirksamkeit der in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften.
- (62) Die Vorschriften dieser Verordnung über die Zusammenarbeit, Kommunikation und Koordinierung im Rahmen von Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe sollten nur insoweit Anwendung finden, als Verfahren über das Vermögen verschiedener Mitglieder derselben Unternehmensgruppe in mehr als einem Mitgliedstaat eröffnet worden sind.
- (63) Jeder Gläubiger, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in der Union hat, sollte das Recht haben, seine Forderungen in jedem in der Union anhängigen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners anzumelden. Dies sollte auch für Steuerbehörden und Sozialversicherungsträger gelten. Diese Verordnung sollte den Verwalter nicht daran hindern, Forderungen im Namen bestimmter Gläubigergruppen – z. B. der Arbeitnehmer – anzumelden, sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist. Im Interesse der Gläubigergleichbehandlung sollte jedoch die Verteilung des Erlöses koordiniert werden. Jeder Gläubiger sollte zwar behalten dürfen, was er im Rahmen eines Insolvenzverfahrens erhalten hat, sollte aber an der Verteilung der Masse in einem anderen Verfahren erst dann teilnehmen können, wenn die Gläubiger gleichen Rangs die gleiche Quote auf ihre Forderungen erlangt haben.
- (64) Es ist von grundlegender Bedeutung, dass Gläubiger, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in der Union haben, über die Eröff-

nung von Insolvenzverfahren über das Vermögen ihres Schuldners informiert werden. Um eine rasche Übermittlung der Informationen an die Gläubiger sicherzustellen, sollte die Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates⁶ keine Anwendung finden, wenn in der vorliegenden Verordnung auf die Pflicht zur Information der Gläubiger verwiesen wird. Gläubigern sollte die Anmeldung ihrer Forderungen in Verfahren, die in einem anderen Mitgliedstaat eröffnet werden, durch die Bereitstellung von Standardformularen in allen Amtssprachen der Organe der Union erleichtert werden. Die Folgen des unvollständigen Ausfüllens des Standardformulars sollten durch das nationale Recht geregelt werden.

- (65) In dieser Verordnung sollte die unmittelbare Anerkennung von Entscheidungen zur Eröffnung, Abwicklung und Beendigung der in ihren Geltungsbereich fallenden Insolvenzverfahren sowie von Entscheidungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Insolvenzverfahren ergehen, vorgesehen werden. Die automatische Anerkennung sollte somit zur Folge haben, dass die Wirkungen, die das Recht des Mitgliedstaats der Verfahrensöffnung dem Verfahren beilegt, auf alle übrigen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden. Die Anerkennung der Entscheidungen der Gerichte der Mitgliedstaaten sollte sich auf den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens stützen. Die Gründe für eine Nichtanerkennung sollten daher auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt sein. Nach diesem Grundsatz sollte auch der Konflikt gelöst werden, wenn sich die Gerichte zweier Mitgliedstaaten für zuständig halten, ein Hauptinsolvenzverfahren zu eröffnen. Die Entscheidung des zuerst eröffnenden Gerichts sollte in den anderen Mitgliedstaaten anerkannt werden; diese Mitgliedstaaten sollten die Entscheidung dieses Gerichts keiner Überprüfung unterziehen dürfen.
- (66) Diese Verordnung sollte für den Insolvenzbereich einheitliche Kollisionsnormen formulieren, die die nationalen Vorschriften des internationalen Privatrechts ersetzen. Soweit nichts anderes bestimmt ist, sollte das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung (*lex concursus*) Anwendung finden. Diese Kollisionsnorm sollte für Hauptinsolvenzverfahren und Partikularverfahren gleichermaßen gelten. Die *lex concursus* regelt sowohl die verfahrensrechtlichen als auch die materiellen Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die davon betroffenen Personen und Rechtsverhält-

nisse. Nach ihr bestimmen sich alle Voraussetzungen für die Eröffnung, Abwicklung und Beendigung des Insolvenzverfahrens.

- (67) Die automatische Anerkennung eines Insolvenzverfahrens, auf das regelmäßig das Recht des Staats der Verfahrensöffnung Anwendung findet, kann mit den Vorschriften anderer Mitgliedstaaten für die Vornahme von Rechtshandlungen kollidieren. Um in den anderen Mitgliedstaaten als dem Staat der Verfahrenseröffnung Vertrauensschutz und Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollte eine Reihe von Ausnahmen von der allgemeinen Vorschrift vorgesehen werden.
- (68) Ein besonderes Bedürfnis für eine vom Recht des Eröffnungsstaats abweichende Sonderanknüpfung besteht bei dinglichen Rechten, da solche Rechte für die Gewährung von Krediten von erheblicher Bedeutung sind. Die Begründung, Gültigkeit und Tragweite von dinglichen Rechten sollten sich deshalb regelmäßig nach dem Recht des Belegenheitsorts bestimmen und von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt werden. Der Inhaber des dinglichen Rechts sollte somit sein Recht zur Aus- bzw. Absonderung an dem Sicherungsgegenstand weiter geltend machen können. Falls an Vermögensgegenständen in einem Mitgliedstaat dingliche Rechte nach dem Recht des Belegenheitsstaats bestehen, das Hauptinsolvenzverfahren aber in einem anderen Mitgliedstaat stattfindet, sollte der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens in dem Zuständigkeitsgebiet, in dem die dinglichen Rechte bestehen, beantragen können, sofern der Schuldner dort eine Niederlassung hat. Wird kein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet, so sollte ein etwaiger überschüssiger Erlös aus der Veräußerung der Vermögensgegenstände, an denen dingliche Rechte bestanden, an den Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens abzuführen sein.
- (69) Diese Verordnung enthält mehrere Bestimmungen, wonach ein Gericht die Aussetzung der Eröffnung eines Verfahrens oder die Aussetzung von Vollstreckungsverfahren anordnen kann. Eine solche Aussetzung sollte die dinglichen Rechte von Gläubigern oder Dritten unberührt lassen.
- (70) Ist nach dem Recht des Staats der Verfahrenseröffnung eine Aufrechnung von Forderungen nicht zulässig, so sollte ein Gläubiger gleichwohl zur Aufrechnung berechtigt sein, wenn diese nach dem für die Forderung des insolventen Schuldners maßgeblichen Recht möglich ist. Auf diese Weise würde die Aufrechnung eine Art Garantiefunktion aufgrund von Rechtsvorschriften erhalten, auf die sich der betreffende Gläubiger zum Zeitpunkt der Entstehung der Forderung verlassen kann.

⁶ Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 79).

- (71) Ein besonderes Schutzbedürfnis besteht auch bei Zahlungssystemen und Finanzmärkten, etwa im Zusammenhang mit den in diesen Systemen anzutreffenden Glattstellungsverträgen und Nettingvereinbarungen sowie der Veräußerung von Wertpapieren und den zur Absicherung dieser Transaktionen gestellten Sicherheiten, wie dies insbesondere in der Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁷ geregelt ist. Für diese Transaktionen sollte deshalb allein das Recht maßgebend sein, das auf das betreffende System bzw. den betreffenden Markt anwendbar ist. Dieses Recht soll verhindern, dass im Fall der Insolvenz eines Geschäftspartners die in Zahlungs- oder Aufrechnungssystemen und auf den geregelten Finanzmärkten der Mitgliedstaaten vorgesehenen Mechanismen zur Zahlung und Abwicklung von Transaktionen geändert werden können. Die Richtlinie 98/26/EG enthält Sondervorschriften, die den in dieser Verordnung festgelegten allgemeinen Regelungen vorgehen sollten.
- (72) Zum Schutz der Arbeitnehmer und der Arbeitsverhältnisse sollten die Wirkungen der Insolvenzverfahren auf die Fortsetzung oder Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie auf die Rechte und Pflichten aller an einem solchen Arbeitsverhältnis beteiligten Parteien durch das gemäß den allgemeinen Kollisionsnormen für den jeweiligen Arbeitsvertrag maßgebliche Recht bestimmt werden. Zudem sollte in Fällen, in denen zur Beendigung von Arbeitsverträgen die Zustimmung eines Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde erforderlich ist, die Zuständigkeit zur Erteilung dieser Zustimmung bei dem Mitgliedstaat verbleiben, in dem sich eine Niederlassung des Schuldners befindet, selbst wenn in diesem Mitgliedstaat kein Insolvenzverfahren eröffnet wurde. Für sonstige insolvenzrechtliche Fragen, wie etwa, ob die Forderungen der Arbeitnehmer durch ein Vorrecht geschützt sind und welchen Rang dieses Vorrecht gegebenenfalls erhalten soll, sollte das Recht des Mitgliedstaats maßgeblich sein, in dem das Insolvenzverfahren (Haupt- oder Sekundärverfahren) eröffnet wurde, es sei denn, im Einklang mit dieser Verordnung wurde eine Zusage gegeben, um ein Sekundärinsolvenzverfahren zu vermeiden.
- (73) Auf die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf ein anhängiges Gerichts- oder Schiedsverfahren über einen Vermögenswert oder ein Recht, der bzw. das Teil der Insolvenzmasse ist, sollte das Recht des Mitgliedstaats Anwendung finden, in dem das Gerichtsverfahren anhängig ist oder die

- Schiedsgerichtsbarkeit ihren Sitz hat. Diese Bestimmung sollte allerdings die nationalen Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen nicht berühren.
- (74) Um den verfahrensrechtlichen Besonderheiten der Rechtssysteme einiger Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, sollten bestimmte Vorschriften dieser Verordnung die erforderliche Flexibilität aufweisen. Dementsprechend sollten Bezugnahmen in dieser Verordnung auf Mitteilungen eines Justizorgans eines Mitgliedstaats, sofern es die Verfahrensvorschriften eines Mitgliedstaats erforderlich machen, eine Anordnung dieses Justizorgans umfassen, die Mitteilung vorzunehmen.
- (75) Im Interesse des Geschäftsverkehrs sollte der wesentliche Inhalt der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung auf Antrag des Verwalters in einem anderen Mitgliedstaat als in dem, in dem das Gericht diese Entscheidung erlassen hat, bekanntgemacht werden. Befindet sich in dem betreffenden Mitgliedstaat eine Niederlassung, sollte die Bekanntmachung obligatorisch sein. In keinem dieser Fälle sollte die Bekanntmachung jedoch Voraussetzung für die Anerkennung des ausländischen Verfahrens sein.
- (76) Um eine bessere Information der betroffenen Gläubiger und Gerichte zu gewährleisten und die Eröffnung von Parallelverfahren zu verhindern, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, relevante Informationen in grenz überschreitenden Insolvenzfällen in einem öffentlich zugänglichen elektronischen Register bekanntzumachen. Um Gläubigern und Gerichten in anderen Mitgliedstaaten den Zugriff auf diese Informationen zu erleichtern, sollte diese Verordnung die Vernetzung solcher Insolvenzregister über das Europäische Justizportal vorsehen. Den Mitgliedstaaten sollte freistehen, relevante Informationen in verschiedenen Registern bekanntzumachen, und es sollte möglich sein, mehr als ein Register je Mitgliedstaat zu vernetzen.
- (77) In dieser Verordnung sollte der Mindestumfang der Informationen, die in den Insolvenzregistern bekanntzumachen sind, festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten sollten zusätzliche Informationen aufnehmen dürfen. Ist der Schuldner eine natürliche Person, so sollte in den Insolvenzregistern nur dann eine Registrierungsnummer angegeben werden, wenn der Schuldner eine selbstständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt. Diese Registrierungsnummer sollte gegebenenfalls als die einheitliche Registrierungsnummer seiner selbstständigen oder freiberuflichen Tätigkeit im Handelsregister zu verstehen sein.

⁷ Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen (ABl. L 166 vom 11.6.1998, S. 45).

- (78) Informationen über bestimmte Aspekte des Insolvenzverfahrens, wie z. B. die Fristen für die Anmeldung von Forderungen oder die Anfechtung von Entscheidungen, sind für die Gläubiger von grundlegender Bedeutung. Diese Verordnung sollte allerdings die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichten, diese Fristen im Einzelfall zu berechnen. Die Mitgliedstaaten sollten ihren Pflichten nachkommen können, indem sie Hyperlinks zum Europäischen Justizportal einfügen, über das selbsterklärende Angaben zu den Kriterien zur Berechnung dieser Fristen verfügbar zu machen sind.
- (79) Damit ausreichender Schutz der Informationen über natürliche Personen, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, gewährleistet ist, sollte es den Mitgliedstaaten möglich sein, den Zugang zu diesen Informationen von zusätzlichen Suchkriterien wie der persönlichen Kennnummer des Schuldners, seiner Anschrift, seinem Geburtsdatum oder dem Bezirk des zuständigen Gerichts abhängig zu machen oder den Zugang an die Voraussetzung eines Antrags an die zuständige Behörde oder der Feststellung eines rechtmäßigen Interesses zu knüpfen.
- (80) Den Mitgliedstaaten sollte es auch möglich sein, Informationen über natürliche Personen, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, nicht in ihre Insolvenzregister aufzunehmen. In solchen Fällen sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die einschlägigen Informationen durch individuelle Mitteilung an die Gläubiger übermittelt werden und die Forderungen von Gläubigern, die die Informationen nicht erhalten haben, durch die Verfahren nicht berührt werden.
- (81) Es kann der Fall eintreten, dass einige der betroffenen Personen keine Kenntnis von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens haben und gutgläubig im Widerspruch zu der neuen Sachlage handeln. Zum Schutz solcher Personen, die in Unkenntnis der ausländischen Verfahrenseröffnung eine Zahlung an den Schuldner statt an den ausländischen Verwalter leisten, sollte eine schuldbefreiende Wirkung der Leistung bzw. Zahlung vorgesehen werden.
- (82) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates⁸ ausgeübt werden.
- (83) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden. Die Verordnung zielt insbesondere darauf ab, die Anwendung der Artikel 8, 17 und 47 der Charta zu fördern, die den Schutz der personenbezogenen Daten, das Recht auf Eigentum und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren betreffen.
- (84) Die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁹ und die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁰ regeln die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Verordnung.
- (85) Diese Verordnung lässt die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates¹¹ unberührt.
- (86) Da das Ziel dieser Verordnung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr aufgrund der Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die geordnete Abwicklung von grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (87) Gemäß Artikel 3 und Artikel 4a Absatz 1 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben diese Mitgliedstaaten mitgeteilt, dass sie sich an der Annahme und Anwendung der vorliegenden Verordnung beteiligen möchten.
- (88) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

8 Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, 13).

9 Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. L 281 vom 23.11.1995, 31).

10 Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr (ABl. L 8 vom 12.1.2001, 1).

11 Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. L 124 vom 8.6.1971, S. 1).

beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung und ist weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

- (89) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde angehört und hat seine Stellungnahme am 27. März 2013 abgegeben¹² –

– HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 Anwendungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt für öffentliche Gesamtverfahren einschließlich vorläufiger Verfahren, die auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen zur Insolvenz stattfinden und in denen zu Zwecken der Rettung, Schuldenanpassung, Reorganisation oder Liquidation
- a) dem Schuldner die Verfügungsgewalt über sein Vermögen ganz oder teilweise entzogen und ein Verwalter bestellt wird,
 - b) das Vermögen und die Geschäfte des Schuldners der Kontrolle oder Aufsicht durch ein Gericht unterstellt werden oder
 - c) die vorübergehende Aussetzung von Einzelvollstreckungsverfahren von einem Gericht oder kraft Gesetzes gewährt wird, um Verhandlungen zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern zu ermöglichen, sofern das Verfahren, in dem die Aussetzung gewährt wird, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Gesamtheit der Gläubiger vorsieht und in dem Fall, dass keine Einigung erzielt wird, einem der in den Buchstaben a oder b genannten Verfahren vorgeschaltet ist.
- Kann ein in diesem Absatz genanntes Verfahren in Situationen eingeleitet werden, in denen lediglich die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz besteht, ist der Zweck des Verfahrens die Vermeidung der Insolvenz des Schuldners oder der Einstellung seiner Geschäftstätigkeit.
- Die Verfahren, auf die in diesem Absatz Bezug genommen wird, sind in Anhang A aufgeführt.
- (2) Diese Verordnung gilt nicht für Verfahren nach Absatz 1 in Bezug auf
- a) Versicherungsunternehmen,
 - b) Kreditinstitute,
 - c) Wertpapierfirmen und andere Firmen, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie unter die Richtlinie 2001/24/EG fallen, oder
 - d) Organismen für gemeinsame Anlagen.

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Gesamtverfahren“ ein Verfahren, an dem alle oder ein wesentlicher Teil der Gläubiger des Schuldners beteiligt sind, vorausgesetzt, dass im letzteren Fall das Verfahren nicht die Forderungen der Gläubiger berührt, die nicht daran beteiligt sind;
 2. „Organismen für gemeinsame Anlagen“ Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Sinne der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates¹³ und alternative Investmentfonds (AIF) im Sinne der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁴;
 3. „Schuldner in Eigenverwaltung“ einen Schuldner, über dessen Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, das nicht zwingend mit der Bestellung eines Verwalters oder der vollständigen Übertragung der Rechte und Pflichten zur Verwaltung des Vermögens des Schuldners auf einen Verwalter verbunden ist, und bei dem der Schuldner daher ganz oder zumindest teilweise die Kontrolle über sein Vermögen und seine Geschäfte behält;
 4. „Insolvenzverfahren“ ein in Anhang A aufgeführtes Verfahren;
 5. „Verwalter“ jede Person oder Stelle, deren Aufgabe es ist, auch vorläufig
 - i) die in Insolvenzverfahren angemeldeten Forderungen zu prüfen und zuzulassen;
 - ii) die Gesamtinteressen der Gläubiger zu vertreten;
 - iii) die Insolvenzmasse entweder vollständig oder teilweise zu verwalten;
 - iv) die Insolvenzmasse im Sinne der Ziffer iii zu verwerten oder
 - v) die Geschäftstätigkeit des Schuldners zu überwachen.
- Die in Unterabsatz 1 genannten Personen und Stellen sind in Anhang B aufgeführt;
6. „Gericht“
 - i) in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben b und c, Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 21 Absatz 3, Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe j, Artikel 36, Artikel 39 und Artikel 61 bis Artikel 77 das Justizorgan eines Mitgliedstaats;
 - ii) in allen anderen Artikeln das Justizorgan oder jede sonstige zuständige Stelle eines Mitglied-

¹³ Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. L 302 vom 17.11.2009, 32).

¹⁴ Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, 1).

¹² ABl. C 358 vom 7.12.2013, 15.

- staats, die befugt ist, ein Insolvenzverfahren zu eröffnen, die Eröffnung eines solchen Verfahrens zu bestätigen oder im Rahmen dieses Verfahrens Entscheidungen zu treffen;
7. „Entscheidung zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens“
- i) die Entscheidung eines Gerichts zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder zur Bestätigung der Eröffnung eines solchen Verfahrens und
 - ii) die Entscheidung eines Gerichts zur Bestellung eines Verwalters;
8. „Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung“ den Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens wirksam wird, unabhängig davon, ob die Entscheidung endgültig ist oder nicht;
9. „Mitgliedstaat, in dem sich ein Vermögensgegenstand befindet“, im Fall von
- i) Namensaktien, soweit sie nicht von Ziffer ii erfasst sind, den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet die Gesellschaft, die die Aktien ausgegeben hat, ihren Sitz hat;
 - ii) Finanzinstrumenten, bei denen die Rechtsinhaberschaft durch Eintrag in ein Register oder Buchung auf ein Konto, das von einem oder für einen Intermediär geführt wird, nachgewiesen wird („im Effetengiro übertragbare Wertpapiere“), den Mitgliedstaat, in dem das betreffende Register oder Konto geführt wird;
 - iii) Guthaben auf Konten bei einem Kreditinstitut den Mitgliedstaat, der in der internationalen Kontonummer (IBAN) angegeben ist, oder im Fall von Guthaben auf Konten bei einem Kreditinstitut ohne IBAN den Mitgliedstaat, in dem das Kreditinstitut, bei dem das Konto geführt wird, seine Hauptverwaltung hat, oder, sofern das Konto bei einer Zweigniederlassung, Agentur oder sonstigen Niederlassung geführt wird, den Mitgliedstaat, in dem sich die Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung befindet;
 - iv) Gegenständen oder Rechten, bei denen das Eigentum oder die Rechtsinhaberschaft in anderen als den unter Ziffer i genannten öffentlichen Registern eingetragen ist, den Mitgliedstaat, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird;
 - v) Europäischen Patenten den Mitgliedstaat, für den das Europäische Patent erteilt wurde;
 - vi) Urheberrechten und verwandten Schutzrechten den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Eigentümer solcher Rechte seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder Sitz hat;
 - vii) anderen als den unter den Ziffern i bis iv genannten körperlichen Gegenständen den

Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Gegenstand befindet;

- viii) anderen Forderungen gegen Dritte als solchen, die sich auf Vermögenswerte gemäß Ziffer iii beziehen, den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der zur Leistung Verpflichtete Dritte den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 hat;
10. „Niederlassung“ jeden Tätigkeitsort, an dem der Schuldner einer wirtschaftlichen Aktivität von nicht vorübergehender Art nachgeht oder in den drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens nachgegangen ist, die den Einsatz von Personal und Vermögenswerten voraussetzt;
11. „lokaler Gläubiger“ den Gläubiger, dessen Forderungen gegen den Schuldner aus oder in Zusammenhang mit dem Betrieb einer Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat entstanden sind, in dem sich der Mittelpunkt der hauptsächlichsten Interessen des Schuldners befindet;
12. „ausländischer Gläubiger“ den Gläubiger, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat der Verfahrenseröffnung hat, einschließlich der Steuerbehörden und der Sozialversicherungsträger der Mitgliedstaaten;
13. „Unternehmensgruppe“ ein Mutterunternehmen und alle seine Tochterunternehmen;
14. „Mutterunternehmen“ ein Unternehmen, das ein oder mehrere Tochterunternehmen entweder unmittelbar oder mittelbar kontrolliert. Ein Unternehmen, das einen konsolidierten Abschluss gemäß der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁵ erstellt, wird als Mutterunternehmen angesehen.

Artikel 3 Internationale Zuständigkeit

- (1) Für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens sind die Gerichte des Mitgliedstaats zuständig, in dessen Hoheitsgebiet der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen hat (im Folgenden „Hauptinsolvenzverfahren“). Mittelpunkt der hauptsächlichsten Interessen ist der Ort, an dem der Schuldner gewöhnlich der Verwaltung seiner Interessen nachgeht und der für Dritte feststellbar ist.
- Bei Gesellschaften oder juristischen Personen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichsten Inte-

¹⁵ Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABL L 182 vom 29.6.2013, 19).

ressen der Ort ihres Sitzes ist. Diese Annahme gilt nur, wenn der Sitz nicht in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt wurde.

Bei einer natürlichen Person, die eine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen ihre Hauptniederlassung ist. Diese Annahme gilt nur, wenn die Hauptniederlassung der natürlichen Person nicht in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt wurde.

Bei allen anderen natürlichen Personen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts ist. Diese Annahme gilt nur, wenn der gewöhnliche Aufenthalt nicht in einem Zeitraum von sechs Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt wurde.

- (2) Hat der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, so sind die Gerichte eines anderen Mitgliedstaats nur dann zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befugt, wenn der Schuldner eine Niederlassung im Hoheitsgebiet dieses anderen Mitgliedstaats hat. Die Wirkungen dieses Verfahrens sind auf das im Hoheitsgebiet dieses letzteren Mitgliedstaats befindliche Vermögen des Schuldners beschränkt.
- (3) Wird ein Insolvenzverfahren nach Absatz 1 eröffnet, so ist jedes zu einem späteren Zeitpunkt nach Absatz 2 eröffnete Insolvenzverfahren ein Sekundärinsolvenzverfahren.
- (4) Vor der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Absatz 1 kann ein Partikularverfahren nach Absatz 2 nur eröffnet werden, falls:
 - a) die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Absatz 1 angesichts der Bedingungen, die das Recht des Mitgliedstaats vorschreibt, in dessen Hoheitsgebiet der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat, nicht möglich ist oder
 - b) die Eröffnung des Partikularverfahrens von
 - i) einem Gläubiger beantragt wird, dessen Forderung sich aus dem Betrieb einer Niederlassung ergibt oder damit im Zusammenhang steht, die sich im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats befindet, in dem die Eröffnung des Partikularverfahrens beantragt wird, oder
 - ii) einer Behörde beantragt wird, die nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Niederlassung befindet, das

Recht hat, die Eröffnung von Insolvenzverfahren zu beantragen.

Nach der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens wird das Partikularverfahren zum Sekundärinsolvenzverfahren.

Artikel 4 Prüfung der Zuständigkeit

- (1) Das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasste Gericht prüft von Amts wegen, ob es nach Artikel 3 zuständig ist. In der Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens sind die Gründe anzugeben, auf denen die Zuständigkeit des Gerichts beruht sowie insbesondere, ob die Zuständigkeit auf Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 gestützt ist.
- (2) Unbeschadet des Absatzes 1 können die Mitgliedstaaten in Insolvenzverfahren, die gemäß den nationalen Rechtsvorschriften ohne gerichtliche Entscheidung eröffnet werden, den in einem solchen Verfahren bestellten Verwalter damit betrauen, zu prüfen, ob der Mitgliedstaat, in dem der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens anhängig ist, gemäß Artikel 3 zuständig ist. Ist dies der Fall, führt der Verwalter in der Entscheidung zur Verfahrenseröffnung die Gründe auf, auf welchen die Zuständigkeit beruht sowie insbesondere, ob die Zuständigkeit auf Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 gestützt ist.

Artikel 5 Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

- (1) Der Schuldner oder jeder Gläubiger kann die Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens vor Gericht aus Gründen der internationalen Zuständigkeit anfechten.
- (2) Die Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens kann von anderen als den in Absatz 1 genannten Verfahrensbeteiligten oder aus anderen Gründen als einer mangelnden internationalen Zuständigkeit angefochten werden, wenn dies nach nationalem Recht vorgesehen ist.

Artikel 6 Zuständigkeit für Klagen, die unmittelbar aus dem Insolvenzverfahren hervorgehen und in engem Zusammenhang damit stehen

- (1) Die Gerichte des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet das Insolvenzverfahren nach Artikel 3 eröffnet worden ist, sind zuständig für alle Klagen, die unmittelbar aus dem Insolvenzverfahren hervorgehen und in engem Zusammenhang damit stehen, wie beispielsweise Anfechtungsklagen.
- (2) Steht eine Klage nach Absatz 1 im Zusammenhang mit einer anderen zivil- oder handelsrechtlichen Klage gegen denselben Beklagten, so kann der Verwalter beide Klagen bei den Gerichten in

dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Beklagte seinen Wohnsitz hat, oder – bei einer Klage gegen mehrere Beklagte – bei den Gerichten in dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet einer der Beklagten seinen Wohnsitz hat, erheben, vorausgesetzt, die betreffenden Gerichte sind nach der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 zuständig.

Unterabsatz 1 gilt auch für den Schuldner in Eigenverwaltung, sofern der Schuldner in Eigenverwaltung nach nationalem Recht Klage für die Insolvenzmasse erheben kann.

- (3) Klagen gelten für die Zwecke des Absatzes 2 als miteinander im Zusammenhang stehend, wenn zwischen ihnen eine so enge Beziehung gegeben ist, dass eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung zweckmäßig ist, um die Gefahr zu vermeiden, dass in getrennten Verfahren miteinander unvereinbare Entscheidungen ergehen.

Artikel 7 Anwendbares Recht

- (1) Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gilt für das Insolvenzverfahren und seine Wirkungen das Insolvenzrecht des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet das Verfahren eröffnet wird (im Folgenden „Staat der Verfahrenseröffnung“).
- (2) Das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung regelt, unter welchen Voraussetzungen das Insolvenzverfahren eröffnet wird und wie es durchzuführen und zu beenden ist. Es regelt insbesondere:
- a) bei welcher Art von Schuldnern ein Insolvenzverfahren zulässig ist;
 - b) welche Vermögenswerte zur Insolvenzmasse gehören und wie die nach der Verfahrenseröffnung vom Schuldner erworbenen Vermögenswerte zu behandeln sind;
 - c) die jeweiligen Befugnisse des Schuldners und des Verwalters;
 - d) die Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer Aufrechnung;
 - e) wie sich das Insolvenzverfahren auf laufende Verträge des Schuldners auswirkt;
 - f) wie sich die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Rechtsverfolgungsmaßnahmen einzelner Gläubiger auswirkt; ausgenommen sind die Wirkungen auf anhängige Rechtsstreitigkeiten;
 - g) welche Forderungen als Insolvenzforderungen anzumelden sind und wie Forderungen zu behandeln sind, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstehen;
 - h) die Anmeldung, die Prüfung und die Feststellung der Forderungen;
 - i) die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung des Vermögens, den Rang der Forderungen und

die Rechte der Gläubiger, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgrund eines dinglichen Rechts oder infolge einer Aufrechnung teilweise befriedigt wurden;

- j) die Voraussetzungen und die Wirkungen der Beendigung des Insolvenzverfahrens, insbesondere durch Vergleich;
- k) die Rechte der Gläubiger nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens;
- l) wer die Kosten des Insolvenzverfahrens einschließlich der Auslagen zu tragen hat;
- m) welche Rechtshandlungen nichtig, anfechtbar oder relativ unwirksam sind, weil sie die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligen.

Artikel 8 Dingliche Rechte Dritter

- (1) Das dingliche Recht eines Gläubigers oder eines Dritten an körperlichen oder unkörperlichen, beweglichen oder unbeweglichen Gegenständen des Schuldners – sowohl an bestimmten Gegenständen als auch an einer Mehrheit von nicht bestimmten Gegenständen mit wechselnder Zusammensetzung –, die sich zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats befinden, wird von der Eröffnung des Verfahrens nicht berührt.
- (2) Rechte im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere
- a) das Recht, den Gegenstand zu verwerten oder verwerten zu lassen und aus dem Erlös oder den Nutzungen dieses Gegenstands befriedigt zu werden, insbesondere aufgrund eines Pfandrechts oder einer Hypothek;
 - b) das ausschließliche Recht, eine Forderung einzuziehen, insbesondere aufgrund eines Pfandrechts an einer Forderung oder aufgrund einer Sicherheitsabtretung dieser Forderung;
 - c) das Recht, die Herausgabe von Gegenständen von jedermann zu verlangen, der diese gegen den Willen des Berechtigten besitzt oder nutzt;
 - d) das dingliche Recht, die Früchte eines Gegenstands zu ziehen.
- (3) Das in einem öffentlichen Register eingetragene und gegen jedermann wirksame Recht, ein dingliches Recht im Sinne von Absatz 1 zu erlangen, wird einem dinglichen Recht gleichgestellt.
- (4) Absatz 1 steht der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe m nicht entgegen.

Artikel 9 Aufrechnung

- (1) Die Befugnis eines Gläubigers, mit seiner Forderung gegen eine Forderung eines Schuldners aufzurechnen, wird von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt, wenn diese Aufrechnung

nach dem für die Forderung des insolventen Schuldners maßgeblichen Recht zulässig ist.

- (2) Absatz 1 steht der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe m nicht entgegen.

Artikel 10 Eigentumsvorbehalt

- (1) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen den Käufer einer Sache lässt die Rechte der Verkäufer aus einem Eigentumsvorbehalt unberührt, wenn sich diese Sache zum Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats als dem der Verfahrenseröffnung befindet.
- (2) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen den Verkäufer einer Sache nach deren Lieferung rechtfertigt nicht die Auflösung oder Beendigung des Kaufvertrags und steht dem Eigentumserwerb des Käufers nicht entgegen, wenn sich diese Sache zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats als dem der Verfahrenseröffnung befindet.
- (3) Die Absätze 1 und 2 stehen der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe m nicht entgegen.

Artikel 11 Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand

- (1) Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Vertrag, der zum Erwerb oder zur Nutzung eines unbeweglichen Gegenstands berechtigt, ist ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, in dessen Hoheitsgebiet sich dieser Gegenstand befindet.
- (2) Die Zuständigkeit für die Zustimmung zu einer Beendigung oder Änderung von Verträgen nach diesem Artikel liegt bei dem Gericht, das das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet hat, wenn
 - a) ein derartiger Vertrag nach den für diese Verträge geltenden Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats nur mit Zustimmung des Gerichts der Verfahrenseröffnung beendet oder geändert werden kann und
 - b) in dem betreffenden Mitgliedstaat kein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.

Artikel 12 Zahlungssysteme und Finanzmärkte

- (1) Unbeschadet des Artikels 8 ist für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder eines Zahlungs- oder Abwicklungssystems oder eines Finanzmarktes ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, das für das betreffende System oder den betreffenden Markt gilt.

- (2) Absatz 1 steht einer Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit der Zahlungen oder Transaktionen gemäß den für das betreffende Zahlungssystem oder den betreffenden Finanzmarkt geltenden Rechtsvorschriften nicht entgegen.

Artikel 13 Arbeitsvertrag

- (1) Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Arbeitsvertrag und auf das Arbeitsverhältnis gilt ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats, das auf den Arbeitsvertrag anzuwenden ist.
- (2) Die Zuständigkeit für die Zustimmung zu einer Beendigung oder Änderung von Verträgen nach diesem Artikel verbleibt bei den Gerichten des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet werden kann, auch wenn in dem betreffenden Mitgliedstaat kein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.
Unterabsatz 1 gilt auch für eine Behörde, die nach nationalem Recht für die Zustimmung zu einer Beendigung oder Änderung von Verträgen nach diesem Artikel zuständig ist.

Artikel 14 Wirkung auf eintragungspflichtige Rechte

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf Rechte des Schuldners an einem unbeweglichen Gegenstand, einem Schiff oder einem Luftfahrzeug, die der Eintragung in ein öffentliches Register unterliegen, ist das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

Artikel 15 Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung und Gemeinschaftsmarken

Für die Zwecke dieser Verordnung kann ein Europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung, eine Gemeinschaftsmarke oder jedes andere durch Unionsrecht begründete ähnliche Recht nur in ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 miteinbezogen werden.

Artikel 16 Benachteiligende Handlungen

- Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe m findet keine Anwendung, wenn die Person, die durch eine die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligende Handlung begünstigt wurde, nachweist, dass
- a) für diese Handlung das Recht eines anderen Mitgliedstaats als des Staates der Verfahrenseröffnung maßgeblich ist und b) diese Handlung im vorliegenden Fall in keiner Weise nach dem Recht dieses Mitgliedstaats angreifbar ist.

Artikel 17 Schutz des Dritterwerbers

Verfügt der Schuldner durch eine nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommene Handlung gegen Entgelt über

- a) einen unbeweglichen Gegenstand,
 - b) ein Schiff oder ein Luftfahrzeug, das der Eintragung in ein öffentliches Register unterliegt, oder
 - c) Wertpapiere, deren Eintragung in ein gesetzlich vorgeschriebenes Register Voraussetzung für ihre Existenz ist,
- so richtet sich die Wirksamkeit dieser Rechts-handlung nach dem Recht des Staats, in dessen Hoheitsgebiet sich dieser unbewegliche Gegenstand befindet oder unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

Artikel 18 Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf anhängige Rechtsstreitigkeiten und Schiedsverfahren

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen anhängigen Rechtsstreit oder ein anhängiges Schiedsverfahren über einen Gegenstand oder ein Recht, der bzw. das Teil der Insolvenzmasse ist, gilt ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats, in dem der Rechtsstreit anhängig oder in dem das Schiedsgericht belegen ist.

KAPITEL II: ANERKENNUNG DER INSOLVENZVERFAHREN**Artikel 19 Grundsatz**

- (1) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens durch ein nach Artikel 3 zuständiges Gericht eines Mitgliedstaats wird in allen übrigen Mitgliedstaaten anerkannt, sobald die Entscheidung im Staat der Verfahrenseröffnung wirksam ist.
Die Regel nach Unterabsatz 1 gilt auch, wenn in den übrigen Mitgliedstaaten über das Vermögen des Schuldners wegen seiner Eigenschaft ein Insolvenzverfahren nicht eröffnet werden könnte.
- (2) Die Anerkennung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 steht der Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 2 durch ein Gericht eines anderen Mitgliedstaats nicht entgegen. In diesem Fall ist das Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 ein Sekundärinsolvenzverfahren im Sinne von Kapitel III.

Artikel 20 Wirkungen der Anerkennung

- (1) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 entfaltet in jedem anderen Mitgliedstaat, ohne dass es hierfür irgendwelcher Förmlichkeiten bedürfte, die Wirkungen, die das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung dem Verfahren beilegt, sofern diese Verordnung

nichts anderes bestimmt und solange in diesem anderen Mitgliedstaat kein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 eröffnet ist.

- (2) Die Wirkungen eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 2 dürfen in den anderen Mitgliedstaaten nicht in Frage gestellt werden. Jegliche Beschränkung der Rechte der Gläubiger, insbesondere eine Stundung oder eine Schuldbefreiung infolge des Verfahrens, wirkt hinsichtlich des im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats befindlichen Vermögens nur gegenüber den Gläubigern, die ihre Zustimmung hierzu erteilt haben.

Artikel 21 Befugnisse des Verwalters

- (1) Der Verwalter, der durch ein nach Artikel 3 Absatz 1 zuständiges Gericht bestellt worden ist, darf im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats alle Befugnisse ausüben, die ihm nach dem Recht des Staates der Verfahrenseröffnung zustehen, solange in dem anderen Staat nicht ein weiteres Insolvenzverfahren eröffnet ist oder eine gegenteilige Sicherungsmaßnahme auf einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hin ergriffen worden ist. Er darf insbesondere vorbehalten der Artikel 8 und 10 die zur Masse gehörenden Gegenstände aus dem Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats entfernen, in dem diese sich befinden.
- (2) Der Verwalter, der durch ein nach Artikel 3 Absatz 2 zuständiges Gericht bestellt worden ist, darf in jedem anderen Mitgliedstaat gerichtlich und außergerichtlich geltend machen, dass ein beweglicher Gegenstand nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aus dem Hoheitsgebiet des Staates der Verfahrenseröffnung in das Hoheitsgebiet dieses anderen Mitgliedstaats verbracht worden ist. Des Weiteren kann der Verwalter eine den Interessen der Gläubiger dienende Anfechtungsklage erheben.
- (3) Bei der Ausübung seiner Befugnisse hat der Verwalter das Recht des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet er handeln will, zu beachten, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise der Verwertung eines Gegenstands der Masse. Diese Befugnisse dürfen nicht die Anwendung von Zwangsmitteln ohne Anordnung durch ein Gericht dieses Mitgliedstaats oder das Recht umfassen, Rechtsstreitigkeiten oder andere Auseinandersetzungen zu entscheiden.

Artikel 22 Nachweis der Verwalterbestellung

Die Bestellung zum Verwalter wird durch eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung, durch die er bestellt worden ist, oder durch eine andere von dem zuständigen Gericht ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen.

Es kann eine Übersetzung in die Amtssprache oder eine der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet er handeln will, verlangt werden. Eine Legalisation oder eine entsprechende andere Förmlichkeit wird nicht verlangt.

Artikel 23 Herausgabepflicht und Anrechnung

- (1) Ein Gläubiger, der nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 auf irgendeine Weise, insbesondere durch Zwangsvollstreckung, vollständig oder teilweise aus einem Gegenstand der Masse befriedigt wird, der im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats belegen ist, hat vorbehaltlich der Artikel 8 und 10 das Erlangte an den Verwalter herauszugeben.
- (2) Zur Wahrung der Gleichbehandlung der Gläubiger nimmt ein Gläubiger, der in einem Insolvenzverfahren eine Quote auf seine Forderung erlangt hat, an der Verteilung im Rahmen eines anderen Verfahrens erst dann teil, wenn die Gläubiger gleichen Ranges oder gleicher Gruppenzugehörigkeit in diesem anderen Verfahren die gleiche Quote erlangt haben.

Artikel 24 Einrichtung von Insolvenzregistern

- (1) Die Mitgliedstaaten errichten und unterhalten in ihrem Hoheitsgebiet ein oder mehrere Register, um Informationen über Insolvenzverfahren bekanntzumachen (im Folgenden „Insolvenzregister“). Diese Informationen werden so bald als möglich nach Eröffnung eines solchen Verfahrens bekanntgemacht.
- (2) Die Informationen nach Absatz 1 sind gemäß den Voraussetzungen nach Artikel 27 öffentlich bekanntzumachen und umfassen die folgenden Informationen (im Folgenden „Pflichtinformationen“):
 - a) Datum der Eröffnung des Insolvenzverfahrens;
 - b) Gericht, das das Insolvenzverfahren eröffnet hat, und – soweit vorhanden – Aktenzeichen;
 - c) Art des eröffneten Insolvenzverfahrens nach Anhang A und gegebenenfalls Unterart des nach nationalem Recht eröffneten Verfahrens;
 - d) Angaben dazu, ob die Zuständigkeit für die Eröffnung des Verfahrens auf Artikel 3 Absatz 1, 2 oder 4 beruht;
 - e) Name, Registernummer, Sitz oder, sofern davon abweichend, Postanschrift des Schuldners, wenn es sich um eine Gesellschaft oder eine juristische Person handelt;
 - f) Name, gegebenenfalls Registernummer sowie Postanschrift des Schuldners oder, falls die Anschrift geschützt ist, Geburtsort und Geburtsdatum des Schuldners, wenn er eine natürliche Person ist, unabhängig davon, ob er eine selb-

ständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt;

- g) gegebenenfalls Name, Postanschrift oder E-Mail-Adresse des für das Verfahren bestellten Verwalters;
 - h) gegebenenfalls die Frist für die Anmeldung der Forderungen bzw. einen Verweis auf die Kriterien für die Berechnung dieser Frist;
 - i) gegebenenfalls das Datum der Beendigung des Hauptinsolvenzverfahrens;
 - j) das Gericht, das gemäß Artikel 5 für eine Anfechtung der Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens zuständig ist und gegebenenfalls die Frist für die Anfechtung bzw. einen Verweis auf die Kriterien für die Berechnung dieser Frist.
- (3) Absatz 2 hindert die Mitgliedstaaten nicht, Dokumente oder zusätzliche Informationen, beispielsweise denn Ausschluss von einer Tätigkeit als Geschäftsleiter im Zusammenhang mit der Insolvenz, in ihre nationalen Insolvenzregister aufzunehmen.
 - (4) Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen über natürliche Personen, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, in die Insolvenzregister aufzunehmen oder diese Informationen über das System der Vernetzung dieser Register öffentlich zugänglich zu machen, sofern bekannte ausländische Gläubiger gemäß Artikel 54 über die in Absatz 2 Buchstabe j dieses Artikels genannten Elemente informiert werden.
Macht ein Mitgliedstaat von der in Unterabsatz 1 genannten Möglichkeit Gebrauch, so berührt das Insolvenzverfahren nicht die Forderungen der ausländischen Gläubiger, die die Informationen gemäß Unterabsatz 1 nicht erhalten haben.
 - (5) Die Bekanntmachung von Informationen in den Registern gemäß dieser Verordnung hat keine anderen Rechtswirkungen als die, die nach nationalem Recht und in Artikel 55 Absatz 6 festgelegt sind.

Artikel 25 Vernetzung von Insolvenzregistern

- (1) Die Kommission richtet im Wege von Durchführungsrechtsakten ein dezentrales System zur Vernetzung der Insolvenzregister ein. Dieses System besteht aus den Insolvenzregistern und dem Europäischen Justizportal, das für die Öffentlichkeit als zentraler elektronischer Zugangspunkt zu Informationen im System dient. Das System bietet für die Abfrage der Pflichtinformationen und alle anderen Dokumente oder Informationen in den Insolvenzregistern, die von den Mitgliedstaaten über das Europäische Justizportal

verfügbar gemacht werden, einen Suchdienst in allen Amtssprachen der Organe der Union.

- (2) Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten gemäß dem Verfahren nach Artikel 87 bis zum 26. Juni 2019 Folgendes fest:
 - a) die technischen Spezifikationen für die elektronische Kommunikation und den elektronischen Informationsaustausch auf der Grundlage der festgelegten Schnittstellenspezifikation für das System zur Vernetzung der Insolvenzregister;
 - b) die technischen Maßnahmen, durch die die IT-Mindestsicherheitsstandards für die Übermittlung und Verbreitung von Informationen innerhalb des Systems zur Vernetzung der Insolvenzregister gewährleistet werden;
 - c) die Mindestkriterien für den vom Europäischen Justizportal bereitgestellten Suchdienst anhand der Informationen nach Artikel 24;
 - d) die Mindestkriterien für die Anzeige der Suchergebnisse in Bezug auf die Informationen nach Artikel 24;
 - e) die Mittel und technischen Voraussetzungen für die Verfügbarkeit der durch das System der Vernetzung von Insolvenzregistern angebotenen Dienste und
 - f) ein Glossar mit einer allgemeinen Erläuterung der in Anhang A aufgeführten nationalen Insolvenzverfahren.

Artikel 26 Kosten für die Einrichtung und Vernetzung der Insolvenzregister

- (1) Die Einrichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung des Systems zur Vernetzung der Insolvenzregister wird aus dem Gesamthaushalt der Union finanziert.
- (2) Jeder Mitgliedstaat trägt die Kosten für die Einrichtung und Anpassung seiner nationalen Insolvenzregister für deren Interoperabilität mit dem Europäischen Justizportal sowie die Kosten für die Verwaltung, den Betrieb und die Pflege dieser Register. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit, Zuschüsse zur Unterstützung dieser Vorhaben im Rahmen der Finanzierungsprogramme der Union zu beantragen.

Artikel 27 Voraussetzungen für den Zugang zu Informationen über das System der Vernetzung

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichtinformationen nach Artikel 24 Absatz 2 Buchstaben a bis j über das System der Vernetzung von Insolvenzregistern gebührenfrei zur Verfügung stehen.
- (2) Diese Verordnung hindert die Mitgliedstaaten nicht, für den Zugang zu den Dokumenten oder zusätzlichen Informationen nach Artikel 24 Absatz 3 über das System der Vernetzung von

Insolvenzregister eine angemessene Gebühr zu erheben.

- (3) Die Mitgliedstaaten können den Zugang zu Pflichtinformationen bezüglich natürlicher Personen, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausüben sowie bezüglich natürlicher Personen, die eine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, sofern sich das Insolvenzverfahren nicht auf diese Tätigkeit bezieht, von zusätzlichen, über die Mindestkriterien nach Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe c hinausgehenden Suchkriterien in Bezug auf den Schuldner abhängig machen.
- (4) Die Mitgliedstaaten können ferner verlangen, dass der Zugang zu den Informationen nach Absatz 3 von einem Antrag an die zuständige Behörde abhängig zu machen ist. Die Mitgliedstaaten können den Zugang von der Prüfung des berechtigten Interesses am Zugang zu diesen Daten anhängig machen. Der anfragenden Person muss es möglich sein, die Auskunftsanfrage in elektronischer Form anhand eines Standardformulars über das Europäische Justizportal zu übermitteln. Ist ein berechtigtes Interesse erforderlich, so ist es zulässig, dass die anfragende Person die Rechtmäßigkeit ihres Antrags anhand von Kopien einschlägiger Dokumente in elektronischer Form belegt. Die anfragende Person erhält innerhalb von drei Arbeitstagen eine Antwort von der zuständigen Behörde. Die anfragende Person ist weder verpflichtet, Übersetzungen der Dokumente, die die Berechtigung ihrer Anfrage belegen, zur Verfügung zu stellen, noch dazu, die bei der Behörde möglicherweise aufgrund der Übersetzungen anfallenden Kosten zu tragen.

Artikel 28 Öffentliche Bekanntmachung in einem anderen Mitgliedstaat

- (1) Der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung hat zu beantragen, dass eine Bekanntmachung der Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens und gegebenenfalls der Entscheidung zur Bestellung des Verwalters in jedem anderen Mitgliedstaat, in dem sich eine Niederlassung des Schuldners befindet, nach den in diesem Mitgliedstaat vorgesehenen Verfahren veröffentlicht wird. In der Bekanntmachung ist gegebenenfalls anzugeben, wer als Verwalter bestellt wurde und ob sich die Zuständigkeit aus Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 ergibt.
- (2) Der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung kann beantragen, dass die Bekanntmachung nach Absatz 1 in jedem anderen Mitgliedstaat, in dem er dies für notwendig hält, nach dem in diesem Mitgliedstaat vorgesehenen Verfahren der Bekanntmachung veröffentlicht wird.

Artikel 29 Eintragung in öffentliche Register eines anderen Mitgliedstaats

- (1) Ist es in einem Mitgliedstaat, in dem sich eine Niederlassung des Schuldners befindet und diese Niederlassung in einem öffentlichen Register dieses Mitgliedstaats eingetragen ist oder in dem unbewegliches Vermögen des Schuldners belegen ist, gesetzlich vorgeschrieben, dass die Informationen nach Artikel 28 über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens im Grundbuch, Handelsregister oder einem sonstigen öffentlichen Register einzutragen sind, stellt der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung die Eintragung im Register durch alle dazu erforderlichen Maßnahmen sicher.
- (2) Der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung kann diese Eintragung in jedem anderen Mitgliedstaat beantragen, sofern das Recht des Mitgliedstaats, in dem das Register geführt wird, eine solche Eintragung zulässt.

Artikel 30 Kosten

Die Kosten der öffentlichen Bekanntmachung nach Artikel 28 und der Eintragung nach Artikel 29 gelten als Kosten und Aufwendungen des Verfahrens.

Artikel 31 Leistung an den Schuldner

- (1) Wer in einem Mitgliedstaat an einen Schuldner leistet, über dessen Vermögen in einem anderen Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, obwohl er an den Verwalter des Insolvenzverfahrens hätte leisten müssen, wird befreit, wenn ihm die Eröffnung des Verfahrens nicht bekannt war.
- (2) Erfolgt die Leistung vor der öffentlichen Bekanntmachung nach Artikel 28, so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass dem Leistenden die Eröffnung nicht bekannt war. Erfolgt die Leistung nach der Bekanntmachung gemäß Artikel 28, so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass dem Leistenden die Eröffnung bekannt war.

Artikel 32 Anerkennung und Vollstreckbarkeit sonstiger Entscheidungen

- (1) Die zur Durchführung und Beendigung eines Insolvenzverfahrens ergangenen Entscheidungen eines Gerichts, dessen Eröffnungsentscheidung nach Artikel 19 anerkannt wird, sowie ein von diesem Gericht bestätigter Vergleich werden ebenfalls ohne weitere Förmlichkeiten anerkannt. Diese Entscheidungen werden nach den Artikeln 39 bis 44 und 47 bis 57 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 vollstreckt. Unterabsatz 1 gilt auch für Entscheidungen, die unmittelbar aufgrund des Insolvenzverfahrens

ergehen und in engem Zusammenhang damit stehen, auch wenn diese Entscheidungen von einem anderen Gericht erlassen werden.

Unterabsatz 1 gilt auch für Entscheidungen über Sicherungsmaßnahmen, die nach dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder in Verbindung damit getroffen werden.

- (2) Die Anerkennung und Vollstreckung anderer als der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Entscheidungen unterliegen der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012, sofern jene Verordnung anwendbar ist.

Artikel 33 Öffentliche Ordnung

Jeder Mitgliedstaat kann sich weigern, in einem anderen Mitgliedstaat eröffnetes Insolvenzverfahren anzuerkennen oder eine in einem solchen Verfahren ergangene Entscheidung zu vollstrecken, soweit diese Anerkennung oder Vollstreckung zu einem Ergebnis führt, das offensichtlich mit seiner öffentlichen Ordnung, insbesondere mit den Grundprinzipien oder den verfassungsmäßig garantierten Rechten und Freiheiten des Einzelnen, unvereinbar ist.

KAPITEL III: SEKUNDÄRINSOLVENZVERFAHREN

Artikel 34 Verfahrenseröffnung

Ist durch ein Gericht eines Mitgliedstaats ein Hauptinsolvenzverfahren eröffnet worden, das in einem anderen Mitgliedstaat anerkannt worden ist, kann ein nach Artikel 3 Absatz 2 zuständiges Gericht dieses anderen Mitgliedstaats nach Maßgabe der Vorschriften dieses Kapitels ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnen. War es für das Hauptinsolvenzverfahren erforderlich, dass der Schuldner insolvent ist, so wird die Insolvenz des Schuldners in dem Mitgliedstaat, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet werden kann, nicht erneut geprüft. Die Wirkungen des Sekundärinsolvenzverfahrens sind auf das Vermögen des Schuldners beschränkt, das im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats belegen ist, in dem dieses Verfahren eröffnet wurde.

Artikel 35 Anwendbares Recht

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, finden auf das Sekundärinsolvenzverfahren die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist.

Artikel 36 Recht, zur Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens eine Zusage zu geben

- (1) Um die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens zu vermeiden, kann der Verwalter des

Hauptinsolvenzverfahrens in Bezug auf das Vermögen, das in dem Mitgliedstaat, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet werden könnte, belegen ist, eine einseitige Zusicherung (im Folgenden „Zusicherung“) des Inhalts geben, dass er bei der Verteilung dieses Vermögens oder des bei seiner Verwertung erzielten Erlöses die Verteilungs- und Vorzugsrechte nach nationalem Recht wahrt, die Gläubiger hätten, wenn ein Sekundärinsolvenzverfahren in diesem Mitgliedstaat eröffnet worden wäre. Die Zusicherung nennt die ihr zugrunde liegenden tatsächlichen Annahmen, insbesondere in Bezug auf den Wert der in dem betreffenden Mitgliedstaat belegenen Gegenstände der Masse und die Möglichkeiten ihrer Verwertung.

- (2) Wurde eine Zusicherung im Einklang mit diesem Artikel gegeben, so gilt für die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung von Gegenständen der Masse nach Absatz 1, für den Rang der Forderungen und für die Rechte der Gläubiger in Bezug auf Gegenstände der Masse nach Absatz 1 das Recht des Mitgliedstaats, in dem das Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können. Maßgebender Zeitpunkt für die Feststellung, welche Gegenstände nach Absatz 1 betroffen sind, ist der Zeitpunkt der Abgabe der Zusicherung.
- (3) Die Zusicherung erfolgt in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können, oder – falls es in dem betreffenden Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt – in der Amtssprache oder einer Amtssprache des Ortes, an dem das Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können.
- (4) Die Zusicherung erfolgt in schriftlicher Form. Sie unterliegt den gegebenenfalls im Staat der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens geltenden Formerfordernissen und Zustimmungserfordernissen hinsichtlich der Verteilung.
- (5) Die Zusicherung muss von den bekannten lokalen Gläubigern gebilligt werden. Die Regeln über die qualifizierte Mehrheit und über die Abstimmung, die für die Annahme von Sanierungsplänen gemäß dem Recht des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können, gelten, gelten auch für die Billigung der Zusicherung. Die Gläubiger können über Fernkommunikationsmittel an der Abstimmung teilzunehmen, sofern das nationale Recht dies gestattet. Der Verwalter unterrichtet die bekannten lokalen Gläubiger über die Zusicherung, die Regeln und Verfahren für deren Billigung sowie die Billigung oder deren Ablehnung.
- (6) Eine gemäß diesem Artikel gegebene und gebilligte Zusicherung ist für die Insolvenzmasse ver-

bindlich. Wird ein Sekundärinsolvenzverfahren gemäß den Artikeln 37 und 38 eröffnet, so gibt der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens Gegenstände der Masse, die er nach Abgabe der Zusicherung aus dem Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats entfernt hat, oder – falls diese bereits verwertet wurden – ihren Erlös an den Verwalter des Sekundärinsolvenzverfahrens heraus.

- (7) Hat der Verwalter eine Zusicherung gegeben, so benachrichtigt er die lokalen Gläubiger, bevor er Massegegenstände und Erlöse im Sinne des Absatzes 1 verteilt, über die beabsichtigte Verteilung. Entspricht diese Benachrichtigung nicht dem Inhalt der Zusicherung oder dem geltendem Recht, so kann jeder lokale Gläubiger diese Verteilung vor einem Gericht des Mitgliedstaats anfechten, in dem das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, um eine Verteilung gemäß dem Inhalt der Zusicherung und dem geltendem Recht zu erreichen. In diesen Fällen findet keine Verteilung statt, bis das Gericht über die Anfechtung entschieden hat.
- (8) Lokale Gläubiger können die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, anrufen, um den Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens zu verpflichten, die Einhaltung des Inhalts der Zusicherung durch alle geeigneten Maßnahmen nach dem Recht des Staats, in dem das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, sicherzustellen.
- (9) Lokale Gläubiger können auch die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden wäre, anrufen, damit das Gericht einstweilige Maßnahmen oder Sicherungsmaßnahmen trifft, um die Einhaltung des Inhalts der Zusicherung durch den Verwalter sicherzustellen.
- (10) Der Verwalter haftet gegenüber den lokalen Gläubigern für jeden Schaden infolge der Nichterfüllung seiner Pflichten und Auflagen im Sinne dieses Artikels.
- (11) Für die Zwecke dieses Artikels gilt eine Behörde, die in dem Mitgliedstaat, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können, eingerichtet ist und die nach der Richtlinie 2008/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates¹⁶ verpflichtet ist, die Befriedigung nicht erfüllter Ansprüche von Arbeitnehmern aus Arbeitsverträgen oder Arbeitsverhältnissen zu garantieren, als lokaler Gläubiger, sofern dies im nationalen Recht geregelt ist.

¹⁶ Richtlinie 2008/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (ABl. L 283 vom 28.10.2008, 36).

Artikel 37 Recht auf Beantragung eines Sekundärinsolvenzverfahrens

- (1) Die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens kann beantragt werden von
 - a) dem Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens,
 - b) jeder anderen Person oder Behörde, die nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens beantragt wird, dazu befugt ist.
- (2) Ist eine Zusicherung im Einklang mit Artikel 36 bindend geworden, so ist der Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Mitteilung über die Billigung der Zusicherung zu stellen.

Artikel 38 Entscheidung zur Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens

- (1) Das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befasste Gericht unterrichtet den Verwalter oder den Schuldner in Eigenverwaltung des Hauptinsolvenzverfahrens umgehend davon und gibt ihm Gelegenheit, sich zu dem Antrag zu äußern.
- (2) Hat der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens eine Zusicherung gemäß Artikel 36 gegeben, so eröffnet das in Absatz 1 dieses Artikels genannte Gericht auf Antrag des Verwalters kein Sekundärinsolvenzverfahren, wenn es der Überzeugung ist, dass die Zusicherung die allgemeinen Interessen der lokalen Gläubiger angemessen schützt.
- (3) Wurde eine vorübergehende Aussetzung eines Einzelvollstreckungsverfahrens gewährt, um Verhandlungen zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern zu ermöglichen, so kann das Gericht auf Antrag des Verwalters oder des Schuldners in Eigenverwaltung die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten aussetzen, wenn geeignete Maßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger bestehen. Das in Absatz 1 genannte Gericht kann Sicherungsmaßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger anordnen, indem es dem Verwalter oder Schuldner in Eigenverwaltung untersagt, Gegenstände der Masse, die in dem Mitgliedstaat belegen sind, in dem sich seine Niederlassung befindet, zu entfernen oder zu veräußern, es sei denn, dies erfolgt im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs. Das Gericht kann ferner andere Maßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger während einer Aussetzung anordnen, es sei denn, dies ist mit den nationalen Vorschriften über Zivilverfahren unvereinbar.

Die Aussetzung der Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens wird vom Gericht von Amts wegen oder auf Antrag eines Gläubigers widerrufen, wenn während der Aussetzung im Zuge der Verhandlungen gemäß Unterabsatz 1 eine Vereinbarung geschlossen wurde.

Die Aussetzung kann vom Gericht von Amts wegen oder auf Antrag eines Gläubigers widerrufen werden, wenn die Fortdauer der Aussetzung für die Rechte des Gläubigers nachteilig ist, insbesondere wenn die Verhandlungen zum Erliegen gekommen sind oder wenn offensichtlich geworden ist, dass sie wahrscheinlich nicht abgeschlossen werden, oder wenn der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung gegen das Verbot der Veräußerung von Gegenständen der Masse oder ihres Entfernens aus dem Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in dem sich seine Niederlassung befindet, verstoßen hat.

- (4) Auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens kann das Gericht nach Absatz 1 abweichend von der ursprünglich beantragten Art des Insolvenzverfahrens ein anderes in Anhang A aufgeführtes Insolvenzverfahren eröffnen, sofern die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses anderen Verfahrens nach nationalem Recht erfüllt sind und dieses Verfahren im Hinblick auf die Interessen der lokalen Gläubiger und die Kohärenz zwischen Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren am geeignetsten ist. Artikel 34 Satz 2 findet Anwendung.

Artikel 39 Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung zur Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens

Der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens kann die Entscheidung zur Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens bei dem Gericht des Mitgliedstaats, in dem das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet wurde, mit der Begründung anfechten, dass das Gericht den Voraussetzungen und Anforderungen des Artikels 38 nicht entsprochen hat.

Artikel 40 Kostenvorschuss

Verlangt das Recht des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren beantragt wird, dass die Kosten des Verfahrens einschließlich der Auslagen ganz oder teilweise durch die Masse gedeckt sind, so kann das Gericht, bei dem ein solcher Antrag gestellt wird, vom Antragsteller einen Kostenvorschuss oder eine angemessene Sicherheitsleistung verlangen.

Artikel 41 Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter

- (1) Der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens und der oder die in Sekundärinsolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners bestellten Verwalter arbeiten soweit zusammen, wie eine solche Zusammenarbeit mit den für das jeweilige Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Die Zusammenarbeit kann in beliebiger Form, einschließlich durch den Abschluss von Vereinbarungen oder Verständigungen, erfolgen.
- (2) Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 obliegt es den Verwaltern,
 - a) einander so bald wie möglich alle Informationen mitzuteilen, die für das jeweilige andere Verfahren von Bedeutung sein können, insbesondere den Stand der Anmeldung und Prüfung der Forderungen sowie alle Maßnahmen zur Rettung oder Sanierung des Schuldners oder zur Beendigung des Insolvenzverfahrens, vorausgesetzt, es bestehen geeignete Vorkehrungen zum Schutz vertraulicher Informationen;
 - b) die Möglichkeit einer Sanierung des Schuldners zu prüfen und, falls eine solche Möglichkeit besteht, die Ausarbeitung und Umsetzung eines Sanierungsplans zu koordinieren;
 - c) die Verwertung oder Verwendung der Insolvenzmasse und die Verwaltung der Geschäfte des Schuldners zu koordinieren; der Verwalter eines Sekundärinsolvenzverfahrens gibt dem Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens frühzeitig Gelegenheit, Vorschläge für die Verwertung oder Verwendung der Masse des Sekundärinsolvenzverfahrens zu unterbreiten.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß für Fälle, in denen der Schuldner im Haupt- oder Sekundärinsolvenzverfahren oder in einem der Partikularverfahren über das Vermögen desselben Schuldners, das zur gleichen Zeit eröffnet ist, die Verfügungsgewalt über sein Vermögen behält.

Artikel 42 Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte

- (1) Um die Koordinierung von Hauptinsolvenzverfahren, Partikularverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners zu erleichtern, arbeitet ein Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, mit jedem anderen Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen, soweit diese Zusammenarbeit mit den für jedes dieser Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Die Gerichte können hierzu bei Bedarf eine unabhängige Person oder Stelle bestellen bzw. bestimmen, die auf

ihre Weisungen hin tätig wird, sofern dies mit den für sie geltenden Vorschriften vereinbar ist.

- (2) Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 können die Gerichte oder eine von ihnen bestellte bzw. bestimmte und in ihrem Auftrag tätige Person oder Stelle im Sinne des Absatzes 1 direkt miteinander kommunizieren oder einander direkt um Informationen und Unterstützung ersuchen, vorausgesetzt, bei dieser Kommunikation werden die Verfahrensrechte der Verfahrensbeteiligten sowie die Vertraulichkeit der Informationen gewahrt.
- (3) Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 kann auf jedem von dem Gericht als geeignet erachteten Weg erfolgen. Sie kann sich insbesondere beziehen auf
 - a) die Koordinierung bei der Bestellung von Verwaltern,
 - b) die Mitteilung von Informationen auf jedem von dem betreffenden Gericht als geeignet erachteten Weg,
 - c) die Koordinierung der Verwaltung und Überwachung des Vermögens und der Geschäfte des Schuldners,
 - d) die Koordinierung der Verhandlungen,
 - e) soweit erforderlich die Koordinierung der Zustimmung zu einer Verständigung der Verwalter.

Artikel 43 Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltern und Gerichten

- (1) Um die Koordinierung von Hauptinsolvenzverfahren, Partikularverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners zu erleichtern,
 - a) arbeitet der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens mit jedem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem,
 - b) arbeitet der Verwalter eines Partikularverfahrens oder Sekundärinsolvenzverfahrens mit dem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem, und
 - c) arbeitet der Verwalter eines Partikularverfahrens oder Sekundärinsolvenzverfahrens mit dem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines anderen Partikularverfahrens oder Sekundärinsolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem, soweit diese Zusammenarbeit und Kommunikation mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar sind und keine Interessenkonflikte nach sich ziehen.

- (2) Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 kann auf jedem geeigneten Weg, wie etwa in Artikel 42 Absatz 3 bestimmt, erfolgen.

Artikel 44 Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation

Die Anforderungen nach Artikel 42 und 43 dürfen nicht zur Folge haben, dass Gerichte einander die Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation in Rechnung stellen.

Artikel 45 Ausübung von Gläubigerrechten

- (1) Jeder Gläubiger kann seine Forderung im Hauptinsolvenzverfahren und in jedem Sekundärinsolvenzverfahren anmelden.
- (2) Die Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens und der Sekundärinsolvenzverfahren melden in den anderen Verfahren die Forderungen an, die in dem Verfahren, für das sie bestellt sind, bereits angemeldet worden sind, soweit dies für die Gläubiger des letztgenannten Verfahrens zweckmäßig ist und vorbehaltlich des Rechts dieser Gläubiger, eine solche Anmeldung abzulehnen oder die Anmeldung ihrer Ansprüche zurückzunehmen, sofern das anwendbare Recht dies vorsieht.
- (3) Der Verwalter eines Haupt- oder eines Sekundärinsolvenzverfahrens ist berechtigt, wie ein Gläubiger an einem anderen Insolvenzverfahren mitzuwirken, insbesondere indem er an einer Gläubigerversammlung teilnimmt.

Artikel 46 Aussetzung der Verwertung der Masse

- (1) Das Gericht, welches das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet hat, setzt auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens die Verwertung der Masse ganz oder teilweise aus. In diesem Fall kann das Gericht jedoch vom Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens verlangen, alle angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Gläubiger des Sekundärinsolvenzverfahrens sowie einzelner Gruppen von Gläubigern zu ergreifen. Der Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens kann nur abgelehnt werden, wenn die Aussetzung offensichtlich für die Gläubiger des Hauptinsolvenzverfahrens nicht von Interesse ist. Die Aussetzung der Verwertung der Masse kann für höchstens drei Monate angeordnet werden. Sie kann für jeweils denselben Zeitraum verlängert oder erneuert werden.
- (2) Das Gericht nach Absatz 1 hebt die Aussetzung der Verwertung der Masse in folgenden Fällen auf:
 - a) auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens,

b) von Amts wegen, auf Antrag eines Gläubigers oder auf Antrag des Verwalters des Sekundärinsolvenzverfahrens, wenn sich herausstellt, dass diese Maßnahme insbesondere nicht mehr mit dem Interesse der Gläubiger des Haupt- oder des Sekundärinsolvenzverfahrens zu rechtfertigen ist.

Artikel 47 Recht des Verwalters, Sanierungspläne vorzuschlagen

- (1) Kann nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dem das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist, ein solches Verfahren ohne Liquidation durch einen Sanierungsplan, einen Vergleich oder eine andere vergleichbare Maßnahme beendet werden, so hat der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens das Recht, eine solche Maßnahme im Einklang mit dem Verfahren des betreffenden Mitgliedstaats vorzuschlagen.
- (2) Jede Beschränkung der Rechte der Gläubiger, wie zum Beispiel eine Stundung oder eine Schuldbefreiung, die sich aus einer im Sekundärinsolvenzverfahren vorgeschlagenen Maßnahme im Sinne des Absatzes 1 ergibt, darf ohne Zustimmung aller von ihr betroffenen Gläubiger keine Auswirkungen auf das nicht von diesem Verfahren erfasste Vermögen des Schuldners haben.

Artikel 48 Auswirkungen der Beendigung eines Insolvenzverfahrens

- (1) Unbeschadet des Artikels 49 steht die Beendigung eines Insolvenzverfahrens der Fortführung eines zu diesem Zeitpunkt noch anhängigen anderen Insolvenzverfahrens über das Vermögen desselben Schuldners nicht entgegen.
- (2) Hätte ein Insolvenzverfahren über das Vermögen einer juristischen Person oder einer Gesellschaft in dem Mitgliedstaat, in dem diese Person oder Gesellschaft ihren Sitz hat, deren Auflösung zur Folge, so besteht die betreffende juristische Person oder Gesellschaft so lange fort, bis jedes andere Insolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners beendet ist oder von dem Verwalter in diesem bzw. den Verwaltern in diesen anderen Verfahren der Auflösung zugestimmt wurde.

Artikel 49 Überschuss im Sekundärinsolvenzverfahren

Können bei der Verwertung der Masse des Sekundärinsolvenzverfahrens alle in diesem Verfahren festgestellten Forderungen befriedigt werden, so übergibt der in diesem Verfahren bestellte Verwalter den verbleibenden Überschuss unverzüglich dem Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens.

Artikel 50 Nachträgliche Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

Wird ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 eröffnet, nachdem in einem anderen Mitgliedstaat ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 eröffnet worden ist, so gelten die Artikel 41, 45, 46, 47 und 49 für das zuerst eröffnete Insolvenzverfahren, soweit dies nach dem Stand dieses Verfahrens möglich ist.

Artikel 51 Umwandlung von Sekundärinsolvenzverfahren

- (1) Auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens kann das Gericht eines Mitgliedstaats, bei dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist, die Umwandlung des Sekundärinsolvenzverfahrens in ein anderes der in Anhang A aufgeführten Insolvenzverfahren anordnen, sofern die Voraussetzungen nach nationalem Recht für die Eröffnung dieses anderen Verfahrens erfüllt sind und dieses Verfahren im Hinblick auf die Interessen der lokalen Gläubiger und die Kohärenz zwischen Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren am geeignetsten ist.
- (2) Bei der Prüfung des Antrags nach Absatz 1 kann das Gericht Informationen von den Verwaltern beider Verfahren anfordern.

Artikel 52 Sicherungsmaßnahmen

Bestellt das nach Artikel 3 Absatz 1 zuständige Gericht eines Mitgliedstaats zur Sicherung des Schuldnervermögens einen vorläufigen Verwalter, so ist dieser berechtigt, zur Sicherung und Erhaltung des Schuldnervermögens, das sich in einem anderen Mitgliedstaat befindet, jede Maßnahme zu beantragen, die nach dem Recht dieses Mitgliedstaats für die Zeit zwischen dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens und dessen Eröffnung vorgesehen ist.

KAPITEL IV: UNTERRICHTUNG DER GLÄUBIGER UND ANMELDUNG IHRER FORDERUNGEN**Artikel 53 Recht auf Forderungsanmeldung**

Jeder ausländische Gläubiger kann sich zur Anmeldung seiner Forderungen in dem Insolvenzverfahren aller Kommunikationsmittel bedienen, die nach dem Recht des Staats der Verfahrenseröffnung zulässig sind. Allein für die Anmeldung einer Forderung ist die Vertretung durch einen Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsbeistand nicht zwingend.

Artikel 54 Pflicht zur Unterrichtung der Gläubiger

- (1) Sobald in einem Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, unterrichtet das zuständige Gericht dieses Staates oder der von diesem Gericht bestellte Verwalter unverzüglich alle bekannten ausländischen Gläubiger.
- (2) Die Unterrichtung nach Absatz 1 erfolgt durch individuelle Übersendung eines Vermerks und gibt insbesondere an, welche Fristen einzuhalten sind, welches die Versäumnisfolgen sind, welche Stelle für die Entgegennahme der Anmeldungen zuständig ist und welche weiteren Maßnahmen vorgeschrieben sind. In dem Vermerk ist auch anzugeben, ob die bevorrechtigten oder dinglich gesicherten Gläubiger ihre Forderungen anmelden müssen. Dem Vermerk ist des Weiteren eine Kopie des Standardformulars für die Anmeldung von Forderungen gemäß Artikel 55 beizufügen oder es ist anzugeben, wo dieses Formular erhältlich ist.
- (3) Die Unterrichtung nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels erfolgt mithilfe eines Standardmitteilungsformulars, das gemäß Artikel 88 festgelegt wird. Das Formular wird im Europäischen Justizportal veröffentlicht und trägt die Überschrift „Mitteilung über ein Insolvenzverfahren“ in sämtlichen Amtssprachen der Organe der Union. Es wird in der Amtssprache des Staates der Verfahrenseröffnung oder – falls es in dem betreffenden Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt – in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Ortes, an dem das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, oder in einer anderen Sprache übermittelt, die dieser Staat gemäß Artikel 55 Absatz 5 zugelassen hat, wenn anzunehmen ist, dass diese Sprache für ausländische Gläubiger leichter zu verstehen ist.
- (4) Bei Insolvenzverfahren bezüglich einer natürlichen Person, die keine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, ist die Verwendung des in diesem Artikel genannten Standardformulars nicht vorgeschrieben, sofern die Gläubiger nicht verpflichtet sind, ihre Forderungen anzumelden, damit diese im Verfahren berücksichtigt werden.

Artikel 55 Verfahren für die Forderungsanmeldung

- (1) Ausländische Gläubiger können ihre Forderungen mithilfe des Standardformulars anmelden, das gemäß Artikel 88 festgelegt wird. Das Formular trägt die Überschrift „Forderungsanmeldung“ in sämtlichen Amtssprachen der Organe der Union.
- (2) Das Standardformular für die Forderungsanmeldung nach Absatz 1 enthält die folgenden Angaben:

a) Name, Postanschrift, E-Mail-Adresse sofern vorhanden, persönliche Kennnummer sofern vorhanden sowie Bankverbindung des ausländischen Gläubigers nach Absatz 1,

b) Forderungsbetrag unter Angabe der Hauptforderung und gegebenenfalls der Zinsen sowie Entstehungszeitpunkt der Forderung und – sofern davon abweichend – Fälligkeitsdatum,

c) umfasst die Forderung auch Zinsen, den Zinssatz unter Angabe, ob es sich um einen gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Zinssatz handelt, sowie den Zeitraum, für den die Zinsen gefordert werden, und den Betrag der kapitalisierten Zinsen,

d) falls Kosten für die Geltendmachung der Forderung vor Eröffnung des Verfahrens gefordert werden, Betrag und Aufschlüsselung dieser Kosten,

e) Art der Forderung,

f) ob ein Status als bevorrechtigter Gläubiger beansprucht wird und die Grundlage für einen solchen Anspruch,

g) ob für die Forderung eine dingliche Sicherheit oder ein Eigentumsvorbehalt geltend gemacht wird und wenn ja, welche Vermögenswerte Gegenstand der Sicherheit sind, Zeitpunkt der Überlassung der Sicherheit und Registernummer, wenn die Sicherheit in ein Register eingetragen wurde, und

h) ob eine Aufrechnung beansprucht wird und wenn ja, die Beträge der zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bestehenden gegenseitigen Forderungen, den Zeitpunkt ihres Entstehens und den geforderten Saldo nach Aufrechnung.

Der Forderungsanmeldung sind etwaige Belege in Kopie beizufügen.

- (3) Das Standardformular für die Forderungsanmeldung enthält den Hinweis, dass die Bankverbindung und die persönliche Kennnummer des Gläubigers nach Absatz 2 Buchstabe a nicht zwingend anzugeben sind.
- (4) Meldet ein Gläubiger seine Forderung auf anderem Wege als mithilfe des in Absatz 1 genannten Standardformulars an, so muss seine Anmeldung die in Absatz 2 genannten Angaben enthalten.
- (5) Forderungen können in einer Amtssprache der Organe der Union angemeldet werden. Das Gericht, der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung können vom Gläubiger eine Übersetzung in die Amtssprache des Staats der Verfahrenseröffnung oder – falls es in dem betreffenden Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt – in die Amtssprache oder in eine der Amtssprachen des Ortes, an dem das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, oder in eine andere Sprache, die dieser Mitgliedstaat zugelassen hat, verlangen. Jeder Mitgliedstaat gibt an, ob er

neben seiner oder seinen eigenen Amtssprachen andere Amtssprachen der Organe der Union für eine Forderungsanmeldung zulässt.

- (6) Forderungen sind innerhalb der im Recht des Staats der Verfahrenseröffnung festgelegten Frist anzumelden. Bei ausländischen Gläubigern beträgt diese Frist mindestens 30 Tage nach Bekanntmachung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Insolvenzregister des Staats der Verfahrenseröffnung. Stützt sich ein Mitgliedstaat auf Artikel 24 Absatz 4, so beträgt diese Frist mindestens 30 Tage ab Unterrichtung eines Gläubigers gemäß Artikel 54.
- (7) Hat das Gericht, der Verwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung Zweifel an einer nach Maßgabe dieses Artikels angemeldeten Forderung, so gibt er dem Gläubiger Gelegenheit, zusätzliche Belege für das Bestehen und die Höhe der Forderung vorzulegen.

KAPITEL V: INSOLVENZVERFAHREN ÜBER DAS VERMÖGEN VON MITGLIEDERN EINER UNTERNEHMENSGRUPPE

Abschnitt 1: Zusammenarbeit und Kommunikation

Artikel 56 Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter

- (1) Bei Insolvenzverfahren über das Vermögen von zwei oder mehr Mitgliedern derselben Unternehmensgruppe arbeiten die Verwalter dieser Verfahren zusammen, soweit diese Zusammenarbeit die wirksame Abwicklung der Verfahren erleichtern kann, mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist und keine Interessenkonflikte nach sich zieht. Diese Zusammenarbeit kann in beliebiger Form, einschließlich durch den Abschluss von Vereinbarungen oder Verständigungen, erfolgen.
- (2) Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 obliegt es den Verwaltern,
 - a) einander so bald wie möglich alle Informationen mitzuteilen, die für das jeweilige andere Verfahren von Bedeutung sein können, vorausgesetzt, es bestehen geeignete Vorkehrungen zum Schutz vertraulicher Informationen;
 - b) zu prüfen, ob Möglichkeiten einer Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Geschäfte der Gruppenmitglieder, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, bestehen; falls eine solche Möglichkeit besteht, koordinieren sie die Verwaltung und Überwachung dieser Geschäfte;
 - c) zu prüfen, ob Möglichkeiten einer Sanierung von Gruppenmitgliedern, über deren Vermögen

ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, bestehen und, falls eine solche Möglichkeit besteht, sich über den Vorschlag für einen koordinierten Sanierungsplan und dazu, wie er ausgehandelt werden soll, abzustimmen.

Für die Zwecke der Buchstaben b und c können alle oder einige der in Absatz 1 genannten Verwalter vereinbaren, einem Verwalter aus ihrer Mitte zusätzliche Befugnisse zu übertragen, wenn eine solche Vereinbarung nach den für die jeweiligen Verfahren geltenden Vorschriften zulässig ist. Sie können ferner vereinbaren, bestimmte Aufgaben unter sich aufzuteilen, wenn eine solche Aufteilung nach den für die jeweiligen Verfahren geltenden Vorschriften zulässig ist.

Artikel 57 Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte

- (1) Bei Insolvenzverfahren über das Vermögen von zwei oder mehr Mitgliedern derselben Unternehmensgruppe arbeitet ein Gericht, das ein solches Verfahren eröffnet hat, mit Gerichten, die mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe befasst sind oder die ein solches Verfahren eröffnet haben, zusammen, soweit diese Zusammenarbeit eine wirksame Verfahrensführung erleichtern kann, mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist und keine Interessenkonflikte nach sich zieht. Die Gerichte können hierzu bei Bedarf eine unabhängige Person oder Stelle bestellen bzw. bestimmen, die auf ihre Weisungen hin tätig wird, sofern dies mit den für sie geltenden Vorschriften vereinbar ist.
- (2) Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 können die Gerichte oder eine von ihnen bestellte bzw. bestimmte und in ihrem Auftrag tätige Person oder Stelle im Sinne des Absatzes 1 direkt miteinander kommunizieren oder einander direkt um Informationen und Unterstützung ersuchen, vorausgesetzt, bei dieser Kommunikation werden die Verfahrensrechte der Verfahrensbeteiligten sowie die Vertraulichkeit der Informationen gewahrt.
- (3) Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 kann auf jedem von dem Gericht als geeignet erachteten Weg erfolgen. Sie kann insbesondere Folgendes betreffen:
 - a) die Koordinierung bei der Bestellung von Verwaltern,
 - b) die Mitteilung von Informationen auf jedem von dem betreffenden Gericht als geeignet erachteten Weg,

- c) die Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Insolvenzmasse und Geschäfte der Mitglieder der Unternehmensgruppe,
- d) die Koordinierung der Verhandlungen,
- e) soweit erforderlich die Koordinierung der Zustimmung zu einer Verständigung der Verwalter.

Artikel 58 Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltern und Gerichten

Ein Verwalter, der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe bestellt worden ist,

- a) arbeitet mit jedem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem und
- b) kann dieses Gericht um Informationen zum Verfahren über das Vermögen des anderen Mitglieds der Unternehmensgruppe oder um Unterstützung in dem Verfahren, für das er bestellt worden ist, ersuchen, soweit eine solche Zusammenarbeit und Kommunikation die wirkungsvolle Verfahrensführung erleichtern können, keine Interessenkonflikte nach sich ziehen und mit den für die Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar sind.

Artikel 59 Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation bei Verfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe

Die Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation nach den Artikeln 56 bis 60, die einem Verwalter oder einem Gericht entstehen, gelten als Kosten und Auslagen des Verfahrens, in dem sie angefallen sind.

Artikel 60 Rechte des Verwalters bei Verfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe

- (1) Der Verwalter eines über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe eröffneten Insolvenzverfahrens kann, soweit dies eine effektive Verfahrensführung erleichtern kann,
 - a) in jedem über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe eröffneten Verfahren gehört werden,
 - b) eine Aussetzung jeder Maßnahme im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in jedem Verfahren über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe beantragen, sofern
- i) für alle oder einige Mitglieder der Unternehmensgruppe, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, ein Sanierungsplan gemäß Artikel 56 Absatz 2

- Buchstabe c vorgeschlagen wurde und hinreichende Aussicht auf Erfolg hat;
- ii) die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Sanierungsplans sicherzustellen;
 - iii) der Sanierungsplan den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugute käme und
 - iv) weder das Insolvenzverfahren, für das der Verwalter gemäß Absatz 1 bestellt wurde, noch das Verfahren, für das die Aussetzung beantragt wird, einer Koordinierung gemäß Abschnitt 2 dieses Kapitels unterliegt;
- c) die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens gemäß Artikel 61 beantragen.
- (2) Das Gericht, das das Verfahren nach Absatz 1 Buchstabe b eröffnet hat, setzt alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in dem Verfahren ganz oder teilweise aus, wenn es sich überzeugt hat, dass die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe b erfüllt sind. Vor Anordnung der Aussetzung hört das Gericht den Verwalter des Insolvenzverfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird. Die Aussetzung kann für jeden Zeitraum bis zu drei Monaten angeordnet werden, den das Gericht für angemessen hält und der mit den für das Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Das Gericht, das die Aussetzung anordnet, kann verlangen, dass der Verwalter nach Absatz 1 alle geeigneten Maßnahmen nach nationalem Recht zum Schutz der Interessen der Gläubiger des Verfahrens ergreift. Das Gericht kann die Dauer der Aussetzung um einen weiteren Zeitraum oder mehrere weitere Zeiträume verlängern, die es für angemessen hält und die mit den für das Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar sind, sofern die in Absatz 1 Buchstabe b Ziffern ii bis iv genannten Voraussetzungen weiterhin erfüllt sind und die Gesamtdauer der Aussetzung (die anfängliche Dauer zuzüglich aller Verlängerungen) sechs Monate nicht überschreitet.

Abschnitt 2: Koordinierung

Unterabschnitt 1: Verfahren

Artikel 61 Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens

- (1) Ein Gruppen-Koordinationsverfahren kann von einem Verwalter, der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Gruppe bestellt worden ist, bei jedem Gericht, das für das Insolvenzverfahren eines Mitglieds der Gruppe zuständig ist, beantragt werden.

- (2) Der Antrag nach Absatz 1 erfolgt gemäß dem für das Verfahren, in dem der Verwalter bestellt wurde, geltenden Recht.
- (3) Dem Antrag nach Absatz 1 ist Folgendes beizufügen:
 - a) ein Vorschlag bezüglich der Person, die zum Gruppenkoordinator (im Folgenden: „Koordinator“) ernannt werden soll, Angaben zu ihrer Eignung nach Artikel 71, Angaben zu ihren Qualifikationen und ihre schriftliche Zustimmung zur Tätigkeit als Koordinator;
 - b) eine Darlegung der vorgeschlagenen Gruppen-Koordination, insbesondere der Gründe, weshalb die Voraussetzungen nach Artikel 63 Absatz 1 erfüllt sind;
 - c) eine Liste der für die Mitglieder der Gruppe bestellten Verwalter und gegebenenfalls die Gerichte und zuständigen Behörden, die in den Insolvenzverfahren über das Vermögen der Mitglieder der Gruppe betroffen sind;
 - d) eine Darstellung der geschätzten Kosten der vorgeschlagenen Gruppen-Koordination und eine Schätzung des von jedem Mitglied der Gruppe zu tragenden Anteils dieser Kosten.

Artikel 62 Prioritätsregel

Unbeschadet des Artikels 66 gilt Folgendes: Wird die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens bei Gerichten verschiedener Mitgliedstaaten beantragt, so erklären sich die später angerufenen Gerichte zugunsten des zuerst angerufenen Gerichts für unzuständig.

Artikel 63 Mitteilung durch das befaste Gericht

- (1) Das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens befaste Gericht unterrichtet so bald als möglich die für die Mitglieder der Gruppe bestellten Verwalter, die im Antrag gemäß Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c angegeben sind, über den Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens und den vorgeschlagenen Koordinator, wenn es davon überzeugt ist, dass
- a) die Eröffnung eines solchen Verfahrens die effektive Führung der Insolvenzverfahren über das Vermögen der verschiedenen Mitglieder der Gruppe erleichtern kann,
 - b) nicht zu erwarten ist, dass ein Gläubiger eines Mitglieds der Gruppe, das voraussichtlich am Verfahren teilnehmen wird, durch die Einbeziehung dieses Mitglieds in das Verfahren finanziell benachteiligt wird, und
 - c) der vorgeschlagene Koordinator die Anforderungen gemäß Artikel 71 erfüllt.
- (2) In der Mitteilung nach Absatz 1 dieses Artikels sind die in Artikel 61 Absatz 3 Buchstaben a bis d genannten Bestandteile des Antrags aufzulisten.

- (3) Die Mitteilung nach Absatz 1 ist eingeschrieben mit Rückschein aufzugeben.
- (4) Das befassende Gericht gibt den beteiligten Verwaltern die Gelegenheit, sich zu äußern.

Artikel 64 Einwände von Verwaltern

- (1) Ein für ein Mitglied einer Gruppe bestellter Verwalter kann Einwände erheben gegen
 - a) die Einbeziehung des Insolvenzverfahrens, für das er bestellt wurde, in ein Gruppen-Koordinationsverfahren oder
 - b) die als Koordinator vorgeschlagene Person.
- (2) Einwände nach Absatz 1 dieses Artikels sind innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Mitteilung über den Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens durch den Verwalter gemäß Absatz 1 dieses Artikels bei dem Gericht nach Artikel 63 zu erheben.
Der Einwand kann mittels des nach Artikel 88 eingeführten Standardformulars erhoben werden.
- (3) Vor der Entscheidung über eine Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an der Koordination gemäß Absatz 1 Buchstabe a hat ein Verwalter die Genehmigungen, die gegebenenfalls nach dem Recht des Staats der Verfahrenseröffnung, für das er bestellt wurde, erforderlich sind, zu erwirken.

Artikel 65 Folgen eines Einwands gegen die Einbeziehung in ein Gruppen-Koordinationsverfahren

- (1) Hat ein Verwalter gegen die Einbeziehung des Verfahrens, für das er bestellt wurde, in ein Gruppen-Koordinationsverfahren Einwand erhoben, so wird dieses Verfahren nicht in das Gruppen-Koordinationsverfahren einbezogen.
- (2) Die Befugnisse des Gerichts gemäß Artikel 68 oder des Koordinators, die sich aus diesem Verfahren ergeben, haben keine Wirkung hinsichtlich des betreffenden Mitglieds und ziehen keine Kosten für dieses Mitglied nach sich.

Artikel 66 Wahl des Gerichts für ein Gruppen-Koordinationsverfahren

- (1) Sind sich mindestens zwei Drittel aller Verwalter, die für Insolvenzverfahren über das Vermögen der Mitglieder der Gruppe bestellt wurden, darüber einig, dass ein zuständiges Gericht eines anderen Mitgliedstaats am besten für die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens geeignet ist, so ist dieses Gericht ausschließlich zuständig.
- (2) Die Wahl des Gerichts erfolgt als gemeinsame Vereinbarung in Schriftform oder wird schriftlich festgehalten. Sie kann bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Gruppen-Koordinationsverfahrens gemäß Artikel 68 erfolgen.

- (3) Jedes andere als das gemäß Absatz 1 befassende Gericht erklärt sich zugunsten dieses Gerichts für unzuständig.
- (4) Der Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens wird bei dem vereinbarten Gericht gemäß Artikel 61 eingereicht.

Artikel 67 Folgen von Einwänden gegen den vorgeschlagenen Koordinator

Werden gegen die als Koordinator vorgeschlagene Person Einwände von einem Verwalter vorgebracht, der nicht gleichzeitig Einwände gegen die Einbeziehung des Mitglieds, für das er bestellt wurde, in das Gruppen-Koordinationsverfahren erhebt, kann das Gericht davon absehen, diese Person zu bestellen und den Einwände erhebenden Verwalter auffordern, einen den Anforderungen nach Artikel 61 Absatz 3 entsprechenden neuen Antrag einzureichen.

Artikel 68 Entscheidung zur Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens

- (1) Nach Ablauf der in Artikel 64 Absatz 2 genannten Frist kann das Gericht ein Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnen, sofern es davon überzeugt ist, dass die Voraussetzungen nach Artikel 63 Absatz 1 erfüllt sind. In diesem Fall hat das Gericht:
 - a) einen Koordinator zu bestellen,
 - b) über den Entwurf der Koordination zu entscheiden und
 - c) über die Kostenschätzung und den Anteil, der von den Mitgliedern der Gruppe zu tragen ist, zu entscheiden.
- (2) Die Entscheidung zur Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens wird den beteiligten Verwaltern und dem Koordinator mitgeteilt.

Artikel 69 Nachträgliches Opt-in durch Verwalter

- (1) Im Einklang mit dem dafür geltenden nationalen Recht kann jeder Verwalter im Anschluss an die Entscheidung des Gerichts nach Artikel 68 die Einbeziehung des Verfahrens, für das er bestellt wurde, beantragen, wenn
 - a) ein Einwand gegen die Einbeziehung des Insolvenzverfahrens in das Gruppen-Koordinationsverfahren erhoben wurde oder
 - b) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Gruppe eröffnet wurde, nachdem das Gericht ein Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat.
- (2) Unbeschadet des Absatzes 4 kann der Koordinator einem solchen Antrag nach Anhörung der beteiligten Verwalter entsprechen, wenn
 - a) er davon überzeugt ist, dass unter Berücksichtigung des Stands, den das Gruppen-Koordinationsverfahren zum Zeitpunkt des Antrags erreicht

hat, die Voraussetzungen gemäß Artikel 63 Absatz 1 Buchstaben a und b erfüllt sind, oder
b) alle beteiligten Verwalter gemäß den Bestimmungen ihres nationalen Rechts zustimmen.

- (3) Der Koordinator unterrichtet das Gericht und die am Verfahren teilnehmenden Verwalter über seine Entscheidung gemäß Absatz 2 und über die Gründe, auf denen sie beruht.
- (4) Jeder beteiligte Verwalter und jeder Verwalter, dessen Antrag auf Einbeziehung in das Gruppen-Koordinationsverfahren abgelehnt wurde, kann die in Absatz 2 genannte Entscheidung gemäß dem Verfahren anfechten, das nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde, bestimmt ist.

Artikel 70 Empfehlungen und Gruppen-Koordinationsplan

- (1) Bei der Durchführung ihrer Insolvenzverfahren berücksichtigen die Verwalter die Empfehlungen des Koordinators und den Inhalt des in Artikel 72 Absatz 1 genannten Gruppen-Koordinationsplans.
- (2) Ein Verwalter ist nicht verpflichtet, den Empfehlungen des Koordinators oder dem Gruppen-Koordinationsplan ganz oder teilweise Folge zu leisten.
Folgt er den Empfehlungen des Koordinators oder dem Gruppen-Koordinationsplan nicht, so informiert er die Personen oder Stellen, denen er nach seinem nationalen Recht Bericht erstatten muss, und den Koordinator über die Gründe dafür.

Unterabschnitt 2: Allgemeine Vorschriften

Artikel 71 Der Koordinator

- (1) Der Koordinator muss eine Person sein, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats geeignet ist, als Verwalter tätig zu werden.
- (2) Der Koordinator darf keiner der Verwalter sein, die für ein Mitglied der Gruppe bestellt sind, und es darf kein Interessenkonflikt hinsichtlich der Mitglieder der Gruppe, ihrer Gläubiger und der für die Mitglieder der Gruppe bestellten Verwalter vorliegen.

Artikel 72 Aufgaben und Rechte des Koordinators

- (1) Der Koordinator
 - a) legt Empfehlungen für die koordinierte Durchführung der Insolvenzverfahren fest und stellt diese dar,
 - b) schlägt einen Gruppen-Koordinationsplan vor, der einen umfassenden Katalog geeigneter Maßnahmen für einen integrierten Ansatz zur Bewältigung der Insolvenz der Gruppenmitglieder festlegt, beschreibt und empfiehlt. Der Plan kann insbesondere Vorschläge enthalten zu

- i) den Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Solvenz der Gruppe oder einzelner Mitglieder zu ergreifen sind,
 - ii) der Beilegung gruppeninterner Streitigkeiten in Bezug auf gruppeninterne Transaktionen und Anfechtungsklagen, iii) Vereinbarungen zwischen den Verwaltern der insolventen Gruppenmitglieder.
- (2) Der Koordinator hat zudem das Recht
 - a) in jedem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Unternehmensgruppe gehört zu werden und daran mitzuwirken, insbesondere durch Teilnahme an der Gläubigerversammlung,
 - b) bei allen Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Verwaltern von Gruppenmitgliedern zu vermitteln,
 - c) seinen Gruppen-Koordinationsplan den Personen oder Stellen vorzulegen und zu erläutern, denen er aufgrund der nationalen Rechtsvorschriften seines Landes Bericht erstatten muss,
 - d) von jedem Verwalter Informationen in Bezug auf jedes Gruppenmitglied anzufordern, wenn diese Informationen bei der Festlegung und Darstellung von Strategien und Maßnahmen zur Koordinierung der Verfahren von Nutzen sind oder sein könnten, und
 - e) eine Aussetzung von Verfahren über das Vermögen jedes Mitglieds der Gruppe für bis zu sechs Monate zu beantragen, sofern die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Plans sicherzustellen, und den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugute käme, oder die Aufhebung jeder bestehenden Aussetzung zu beantragen. Ein derartiger Antrag ist bei dem Gericht zu stellen, das das Verfahren eröffnet hat, für das die Aussetzung beantragt wird.
- (3) Der in Absatz 1 Buchstabe b genannte Plan darf keine Empfehlungen zur Konsolidierung von Verfahren oder Insolvenzmassen umfassen.
- (4) Die in diesem Artikel festgelegten Aufgaben und Rechte des Koordinators erstrecken sich nicht auf Mitglieder der Gruppe, die nicht am Gruppen-Koordinationsverfahren beteiligt sind.
- (5) Der Koordinator übt seine Pflichten unparteiisch und mit der gebotenen Sorgfalt aus.
- (6) Wenn nach Ansicht des Koordinators die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu einer – im Vergleich zu der in Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe d genannten Kostenschätzung – erheblichen Kostensteigerung führen wird, und auf jeden Fall, wenn die Kosten die geschätzten Kosten um 10 % übersteigen, hat der Koordinator
 - a) unverzüglich die beteiligten Verwalter zu informieren und

b) die vorherige Zustimmung des Gerichts einzuholen, das das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat.

Artikel 73 Sprachen

- (1) Der Koordinator kommuniziert mit dem Verwalter eines beteiligten Gruppenmitglieds in der mit dem Verwalter vereinbarten Sprache oder bei Fehlen einer entsprechenden Vereinbarung in der Amtssprache oder in einer der Amtssprachen der Organe der Union und des Gerichts, das das Verfahren für dieses Gruppenmitglied eröffnet hat.
- (2) Der Koordinator kommuniziert mit einem Gericht in der Amtssprache, die dieses Gericht verwendet.

Artikel 74 Zusammenarbeit zwischen den Verwaltern und dem Koordinator

- (1) Die für die Mitglieder der Gruppe bestellten Verwalter und der Koordinator arbeiten soweit zusammen, wie diese Zusammenarbeit mit den für das betreffende Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist.
- (2) Insbesondere übermitteln die Verwalter jede Information, die für den Koordinator zur Wahrnehmung seiner Aufgaben von Belang ist.

Artikel 75 Abberufung des Koordinators

Das Gericht ruft den Koordinator von Amts wegen oder auf Antrag des Verwalters eines beteiligten Gruppenmitglieds ab, wenn der Koordinator

- a) zum Schaden der Gläubiger eines beteiligten Gruppenmitglieds handelt oder
- b) nicht seinen Verpflichtungen nach diesem Kapitel nachkommt.

Artikel 76 Schuldner in Eigenverwaltung

Die gemäß diesem Kapitel für den Verwalter geltenden Bestimmungen gelten soweit einschlägig entsprechend für den Schuldner in Eigenverwaltung.

Artikel 77 Kosten und Kostenaufteilung

- (1) Die Vergütung des Koordinators muss angemessen und verhältnismäßig zu den wahrgenommenen Aufgaben sein sowie angemessene Aufwendungen berücksichtigen.
- (2) Nach Erfüllung seiner Aufgaben legt der Koordinator die Endabrechnung der Kosten mit dem von jedem Mitglied zu tragenden Anteil vor und übermittelt diese Abrechnung jedem beteiligten Verwalter und dem Gericht, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat.
- (3) Legt keiner der Verwalter innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der in Absatz 2 genannten Abrechnung

Widerspruch ein, gelten die Kosten und der von jedem Mitglied zu tragende Anteil als gebilligt. Die Abrechnung wird dem Gericht, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat, zur Bestätigung vorgelegt.

- (4) Im Falle eines Widerspruchs entscheidet das Gericht, das das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat, auf Antrag des Koordinators oder eines beteiligten Verwalters über die Kosten und den von jedem Mitglied zu tragenden Anteil im Einklang mit den Kriterien gemäß Absatz 1 dieses Artikels und unter Berücksichtigung der Kostenschätzung gemäß Artikel 68 Absatz 1 und gegebenenfalls Artikel 72 Absatz 6.
- (5) Jeder beteiligte Verwalter kann die in Absatz 4 genannte Entscheidung gemäß dem Verfahren anfechten, das nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde, vorgesehen ist.

KAPITEL VI: DATENSCHUTZ

Artikel 78 Datenschutz

- (1) Sofern keine Verarbeitungsvorgänge im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 der Richtlinie 95/46/EG betroffen sind, finden die nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 95/46/EG auf die nach Maßgabe dieser Verordnung in den Mitgliedstaaten durchgeführte Verarbeitung personenbezogener Daten Anwendung.
- (2) Die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 gilt für die Verarbeitung personenbezogener Daten, die von der Kommission nach Maßgabe der vorliegenden Verordnung durchgeführt wird.

Artikel 79 Aufgaben der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten in nationalen Insolvenzregistern

- (1) Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission im Hinblick auf seine Bekanntmachung im Europäischen Justizportal den Namen der natürlichen oder juristischen Person, Behörde, Einrichtung oder jeder anderen Stelle mit, die nach den nationalen Rechtsvorschriften für die Ausübung der Aufgaben eines für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 2 Buchstabe d der Richtlinie 95/46/EG benannt worden ist.
- (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die technischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der in ihren nationalen Insolvenzregistern nach Artikel 24 verarbeiteten personenbezogenen Daten durchgeführt werden.
- (3) Es obliegt den Mitgliedstaaten, zu überprüfen, dass der gemäß Artikel 2 Buchstabe d der Richtlinie 95/46/EG benannte für die Verarbeitung Verantwortliche die Einhaltung der Grundsätze in

Bezug auf die Qualität der Daten, insbesondere die Richtigkeit und die Aktualisierung der in nationalen Insolvenzregistern gespeicherten Daten sicherstellt.

- (4) Es obliegt den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 95/46/EG, Daten zu erheben und in nationalen Datenbanken zu speichern und zu entscheiden, diese Daten im vernetzten Register, das über das Europäische Justizportal eingesehen werden kann, zugänglich zu machen.
- (5) Als Teil der Information, die betroffene Personen erhalten, um ihre Rechte und insbesondere das Recht auf Löschung von Daten wahrnehmen zu können, teilen die Mitgliedstaaten betroffenen Personen mit, für welchen Zeitraum ihre in Insolvenzregistern gespeicherten personenbezogenen Daten zugänglich sind.

Artikel 80 Aufgaben der Kommission im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Die Kommission nimmt die Aufgaben des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 2 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 im Einklang mit den diesbezüglich in diesem Artikel festgelegten Aufgaben wahr.
- (2) Die Kommission legt die notwendigen Grundsätze fest und wendet die notwendigen technischen Lösungen an, um ihre Aufgaben im Aufgabenbereich des für die Verarbeitung Verantwortlichen zu erfüllen.
- (3) Die Kommission setzt die technischen Maßnahmen um, die erforderlich sind, um die Sicherheit der personenbezogenen Daten bei der Übermittlung, insbesondere die Vertraulichkeit und Unversehrtheit bei der Übermittlung zum und vom Europäischen Justizportal, zu gewährleisten.
- (4) Die Aufgaben der Mitgliedstaaten und anderer Stellen in Bezug auf den Inhalt und den Betrieb der von ihnen geführten, vernetzten nationalen Datenbanken bleiben von den Verpflichtungen der Kommission unberührt.

Artikel 81 Informationspflichten

Unbeschadet der anderen den betroffenen Personen nach Artikel 11 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 zu erteilenden Informationen informiert die Kommission die betroffenen Personen durch Bekanntmachung im Europäischen Justizportal über ihre Rolle bei der Datenverarbeitung und die Zwecke dieser Datenverarbeitung.

Artikel 82 Speicherung personenbezogener Daten

Für Informationen aus vernetzten nationalen Datenbanken gilt, dass keine personenbezogenen Daten von betroffenen Personen im Europä-

ischen Justizportal gespeichert werden. Sämtliche derartige Daten werden in den von den Mitgliedstaaten oder anderen Stellen betriebenen nationalen Datenbanken gespeichert.

Artikel 83 Zugang zu personenbezogenen Daten über das Europäische Justizportal

Die in den nationalen Insolvenzregistern nach Artikel 24 gespeicherten personenbezogenen Daten sind solange über das Europäische Justizportal zugänglich, wie sie nach nationalem Recht zugänglich bleiben.

KAPITEL VII: ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 84 Zeitlicher Anwendungsbereich

- (1) Diese Verordnung ist nur auf solche Insolvenzverfahren anzuwenden, die nach dem 26. Juni 2017 eröffnet worden sind. Für Rechtshandlungen des Schuldners vor diesem Datum gilt weiterhin das Recht, das für diese Rechtshandlungen anwendbar war, als sie vorgenommen wurden.
- (2) Unbeschadet des Artikels 91 der vorliegenden Verordnung gilt die Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 weiterhin für Verfahren, die in den Geltungsbereich jener Verordnung fallen und vor dem 26. Juni 2017 eröffnet wurden.

Artikel 85 Verhältnis zu Übereinkünften

- (1) Diese Verordnung ersetzt in ihrem sachlichen Anwendungsbereich hinsichtlich der Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander die zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünfte, insbesondere
 - a) das am 8. Juli 1899 in Paris unterzeichnete belgisch-französische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
 - b) das am 16. Juli 1969 in Brüssel unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über Konkurs, Ausgleich und Zahlungsaufschub (mit Zusatzprotokoll vom 13. Juni 1973);
 - c) das am 28. März 1925 in Brüssel unterzeichnete belgisch-niederländische Abkommen über die Zuständigkeit der Gerichte, den Konkurs sowie die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
 - d) den am 25. Mai 1979 in Wien unterzeichneten deutsch-österreichischen Vertrag auf dem Gebiet des Konkurs- und Vergleichs-(Ausgleichs-)rechts;

e) das am 27. Februar 1979 in Wien unterzeichnete französisch-österreichische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet des Insolvenzrechts;

f) das am 3. Juni 1930 in Rom unterzeichnete französisch-italienische Abkommen über die Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivil- und Handelssachen;

g) das am 12. Juli 1977 in Rom unterzeichnete italienisch-österreichische Abkommen über Konkurs und Ausgleich;

h) den am 30. August 1962 in Den Haag unterzeichneten deutsch-niederländischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen;

i) das am 2. Mai 1934 in Brüssel unterzeichnete britisch-belgische Abkommen zur gegenseitigen Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll;

j) das am 7. November 1933 in Kopenhagen zwischen Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Irland geschlossene Konkursübereinkommen;

k) das am 5. Juni 1990 in Istanbul unterzeichnete Europäische Übereinkommen über bestimmte internationale Aspekte des Konkurses;

l) das am 18. Juni 1959 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen;

m) das am 18. März 1960 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung von Schiedssprüchen und schiedsgerichtlichen Vergleichen in Handelssachen;

n) das am 3. Dezember 1960 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Italien über die gegenseitige justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen;

o) das am 24. September 1971 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und dem Königreich Belgien über die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen;

p) das am 18. Mai 1971 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen den Regierungen Jugoslawiens und Frankreichs über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;

q) das am 22. Oktober 1980 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Tschechoslowaki-

schen Sozialistischen Republik und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Griechenland noch in Kraft ist;

r) das am 23. April 1982 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Zypern noch in Kraft ist;

s) den am 10. Mai 1984 in Paris unterzeichneten Vertrag zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die Rechtshilfe und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil-, Familien- und Handelssachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Frankreich noch in Kraft ist;

t) den am 6. Dezember 1985 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Italien über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Italien noch in Kraft ist;

u) das am 11. November 1992 in Tallinn unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Lettland, der Republik Estland und der Republik Litauen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen;

v) das am 27. November 1998 in Tallinn unterzeichnete Abkommen zwischen Estland und Polen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Arbeits- und Strafsachen;

w) das am 26. Januar 1993 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Litauen und der Republik Polen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen;

x) das am 19. Oktober 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen mit Protokoll;

y) das am 5. November 1974 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Französischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;

z) das am 10. April 1976 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;

aa) das am 29. April 1983 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;

- ab) das am 18. Januar 1989 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
 - ac) den am 11. Juli 1994 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Tschechischen Republik über die Rechtshilfe in Zivilsachen;
 - ad) den am 15. Mai 1999 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Republik Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivilsachen.
- (2) Die in Absatz 1 aufgeführten Übereinkünfte behalten ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Verfahren, die vor Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 eröffnet worden sind.
 - (3) Diese Verordnung gilt nicht
 - a) in einem Mitgliedstaat, soweit es in Konkursachen mit den Verpflichtungen aus einer Übereinkunft unvereinbar ist, die dieser Mitgliedstaat mit einem oder mehreren Drittstaaten vor Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 geschlossen hat;
 - b) im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, soweit es in Konkursachen mit den Verpflichtungen aus Vereinbarungen, die im Rahmen des Commonwealth geschlossen wurden und die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 wirksam sind, unvereinbar ist.

Artikel 86 Informationen zum Insolvenzrecht der Mitgliedstaaten und der Union

- (1) Die Mitgliedstaaten übermitteln im Rahmen des durch die Entscheidung 2001/470/EG des Rates¹⁷ geschaffenen Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen eine kurze Beschreibung ihres nationalen Rechts und ihrer Verfahren zum Insolvenzrecht, insbesondere zu den in Artikel 7 Absatz 2 aufgeführten Aspekten, damit die betreffenden Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.
- (2) Die in Absatz 1 genannten Informationen werden von den Mitgliedstaaten regelmäßig aktualisiert.
- (3) Die Kommission macht Informationen bezüglich dieser Verordnung öffentlich verfügbar.

Artikel 87 Einrichtung der Vernetzung der Register

Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Einrichtung der Vernetzung der Insolvenzregister gemäß Artikel 25. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 89 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 88 Erstellung und spätere Änderung von Standardformularen

Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Erstellung und soweit erforderlich Änderung der in Artikel 27 Absatz 4, Artikel 54, Artikel 55 und Artikel 64 Absatz 2 genannten Formulare. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 89 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Artikel 89 Ausschussverfahren

- (1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.
- (3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Artikel 90 Überprüfungsklausel

- (1) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens bis zum 27. Juni 2027 und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält gegebenenfalls einen Vorschlag zur Anpassung dieser Verordnung.
- (2) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens bis zum 27. Juni 2022 einen Bericht über die Anwendung des Gruppen-Koordinationsverfahrens vor. Der Bericht enthält gegebenenfalls einen Vorschlag zur Anpassung dieser Verordnung.
- (3) Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens bis zum 1. Januar 2016 eine Studie zu den grenzüberschreitenden Aspekten der Haftung von Geschäftsleitern und ihres Ausschlusses von einer Tätigkeit.
- (4) Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens bis zum 27. Juni 2020 eine Studie zur Frage der Wahl des Gerichtsstands in missbräuchlicher Absicht.

Artikel 91 Aufhebung

Die Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 wird aufgehoben. Verweisungen auf die aufgehobene Verordnung gelten als Verweisungen auf die vorliegende Verordnung und sind nach der Entsprechungstabelle in Anhang D dieser Verordnung zu lesen.

¹⁷ Entscheidung 2001/470/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die Einrichtung eines Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen (ABl. L 174 vom 27.6.2001, 25).

ANHANG A

Insolvenzverfahren nach Artikel 2 Nummer 4

BELGIQUE/BELGIË

- Het faillissement/La faillite,
- De gerechtelijke reorganisatie door een collectief akkoord/La réorganisation judiciaire par accord collectif,
- De gerechtelijke reorganisatie door een minnelijk akkoord/La réorganisation judiciaire par accord amiable,
- De gerechtelijke reorganisatie door overdracht onder gerechtelijk gezag/La réorganisation judiciaire par transfert sous autorité de justice,
- De collectieve schuldenregeling/Le règlement collectif de dettes,
- De vrijwillige vereffening/La liquidation volontaire,
- De gerechtelijke vereffening/La liquidation judiciaire,
- De voorlopige ontneming van beheer, bepaald in artikel 8 van de faillissementswet/Le dessaisissement provisoire, visé à l'article 8 de la loi sur les faillites

БЪЛГАРИЯ

- Производство по несъстоятелност

ČESKÁ REPUBLIKA

- Konkurs,
- Reorganizace,
- Oddlužení

DEUTSCHLAND

- Das Konkursverfahren,
- Das gerichtliche Vergleichsverfahren,
- Das Gesamtvollstreckungsverfahren,
- Das Insolvenzverfahren

EESTI

- Pankrotimenetus,
- Võlgade ümberkujundamise menetlus

ÉIRE/IRELAND

- Compulsory winding-up by the court,
- Bankruptcy,
- The administration in bankruptcy of the estate of persons dying insolvent,
- Winding-up in bankruptcy of partnerships,
- Creditors' voluntary winding-up (with confirmation of a court),
- Arrangements under the control of the court which involve the vesting of all or part of the property of the debtor in the Official Assignee for realisation and distribution,
- Examinership,

- Debt Relief Notice,
- Debt Settlement Arrangement,
- Personal Insolvency Arrangement

ΕΛΛΑΔΑ

- Η πτώχευση,
- Η ειδική εκκαθάριση εν λειτουργία,
- Σχέδιο αναδιοργάνωσης,
- Απλοποιημένη διαδικασία επί πτωχεύσεων μικρού αντικειμένου,
- Διαδικασία εξυγίανσης

ESPAÑA

- Concurso,
- Procedimiento de homologación de acuerdos de refinanciación,
- Procedimiento de acuerdos extrajudiciales de pago,
- Procedimiento de negociación pública para la consecución de acuerdos de refinanciación colectivos, acuerdos de refinanciación homologados y propuestas anticipadas de convenio

France

- Sauvegarde,
- Sauvegarde accélérée,
- Sauvegarde financière accélérée,
- Redressement judiciaire,
- Liquidation judiciaire

HRVATSKA

- Stečajni postupak

ITALIA

- Fallimento,
- Concordato preventivo,
- Liquidazione coatta amministrativa,
- Amministrazione straordinaria,
- Accordi di ristrutturazione,
- Procedure di composizione della crisi da sovraindebitamento del consumatore (accordo o piano),
- Liquidazione dei beni

ΚΥΠΡΟΣ

- Υποχρεωτική εκκαθάριση από το Δικαστήριο,
- Εκούσια εκκαθάριση από μέλη,
- Εκούσια εκκαθάριση από πιστωτές
- Εκκαθάριση με την εποπτεία του Δικαστηρίου,
- Διάταγμα παραλαβής και πτώχευσης κατόπιν Δικαστικού Διατάγματος,
- Διαχείριση της περιουσίας προσώπων που απεβίωσαν αφερέγγυα

LATVIJA

- Tiesiskās aizsardzības process,
- Juridiskās personas maksātnespējas process,
- Fiziskās personas maksātnespējas process

LIETUVA

- Įmonės restruktūrizavimo byla,
- Įmonės bankroto byla,
- Įmonės bankroto procesas ne teismo tvarka,
- Fizinio asmens bankroto procesas

LUXEMBOURG

- Faillite,
- Gestion contrôlée,
- Concordat préventif de faillite (par abandon d'actif),
- Régime spécial de liquidation du notariat,
- Procédure de règlement collectif des dettes dans le cadre du surendettement

MAGYARORSZÁG

- Csődeljárás,
- Felszámolási eljárás

MALTA

- Xoljiment,
- Amministrazzjoni,
- Stralċ volontarju mill-membri jew mill-kredituri,
- Stralċ mill-Qorti,
- Falliment f'każ ta' kummerċjant,
- Proċedura biex kumpanija tirkupra

NEDERLAND

- Het faillissement,
- De surséance van betaling,
- De schuldsaneringsregeling natuurlijke personen

ÖSTERREICH

- Das Konkursverfahren (Insolvenzverfahren),
- Das Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung (Insolvenzverfahren),
- Das Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung (Insolvenzverfahren),
- Das Schuldenregulierungsverfahren,
- Das Abschöpfungsverfahren,
- Das Ausgleichsverfahren

POLSKA

- Upadłość,
- Postępowanie o zatwierdzenie układu,
- Przyspieszone postępowanie układowe,
- Postępowanie układowe,
- Postępowanie sanacyjne

PORTUGAL

- Processo de insolvência,
- Processo especial de revitalização,

ROMÂNIA

- Procedura insolvenței,
- Reorganizarea judiciară,
- Procedura falimentului,
- Concordatul preventiv

SLOVENIJA

- Postopek preventivnega prestrukturiranja,
- Postopek prisilne poravnave,
- Postopek poenostavljene prisilne poravnave,
- Stečajni postopek: stečajni postopek nad pravno osebo, postopek osebne stečaja in postopek stečaja zapuščine

SLOVENSKO

- Konkurzné konanie,
- Reštrukturalizačné konanie,
- Oddženie

SUOMI/FINLAND

- Konkurssi/konkurs,
- Yrityssaneeraus/företagssanering,
- Yksityishenkilön velkajärjestely/skuldsanering för privatpersoner

SVERIGE

- Konkurs,
- Företagsrekonstruktion,
- Skuldsanering

UNITED KINGDOM

- Winding-up by or subject to the supervision of the court,
- Creditors' voluntary winding-up (with confirmation by the court),
- Administration, including appointments made by filing prescribed documents with the court,
- Voluntary arrangements under insolvency legislation,
- Bankruptcy or sequestration.

ANHANG B

Verwalter nach Artikel 2 Nummer 5

BELGIQUE/BELGIË

- De curator/Le curateur,
- De gedelegeerd rechter/Le juge-délégué,
- De gerechtsmandataris/Le mandataire de justice,
- De schuldbemiddelaar/Le médiateur de dettes,
- De vereffenaar/Le liquidateur,
- De voorlopige bewindvoerder/L'administrateur provisoire

БЪЛГАРИЯ

- Назначен предварително временен синдик,
- Временен синдик,
- (Постоянен) синдик,
- Служебен синдик

ČESKÁ REPUBLIKA

- Insolvenční správce,
- Předběžný insolvenční správce,
- Oddělený insolvenční správce,
- Zvláštní insolvenční správce,
- Zástupce insolvenčního správce

DEUTSCHLAND

- Konkursverwalter,
- Vergleichsverwalter,
- Sachwalter (nach der Vergleichsordnung),
- Verwalter,
- Insolvenzverwalter,
- Sachwalter (nach der Insolvenzordnung),
- Treuhänder,
- Vorläufiger Insolvenzverwalter,
- Vorläufiger Sachwalter

EESTI

- Pankrotihaldur,
- Ajutine pankrotihaldur,
- Usaldusisik

ÉIRE/IRELAND

- Liquidator,
- Official Assignee,
- Trustee in bankruptcy,
- Provisional Liquidator,
- Examiner,
- Personal Insolvency Practitioner,
- Insolvency Service

ΕΛΛΑΔΑ

- Ο σύνδικος,
- Ο εισηγητής,
- Η επιτροπή των πιστωτών,
- Ο ειδικός εκκαθαριστής

ESPAÑA

- Administrador concursal,
- Mediador concursal

FRANCE

- Mandataire judiciaire,
- Liquidateur,
- Administrateur judiciaire,
- Commissaire à l'exécution du plan

HRVATSKA

- Stečajni upravitelj,
- Privremeni stečajni upravitelj,
- Stečajni povjerenik,
- Povjerenik

ITALIA

- Curatore,
- Commissario giudiziale,
- Commissario straordinario,
- Commissario liquidatore,
- Liquidatore giudiziale,
- Professionista nominato dal Tribunale,
- Organismo di composizione della crisi nella procedura di composizione della crisi da sovraindebitamento del consumatore,
- Liquidatore

ΚΥΠΡΟΣ

- Εκκαθαριστής και Προσωρινός Εκκαθαριστής,
- Επίσημος Παραλήπτης,
- Διαχειριστής της Πτώχευσης

LATVIJA

- Maksātnespējas procesa administrators

LIETUVA

- Bankroto administratorius,
- Restruktūrizavimo administratorius

LUXEMBOURG

- Le curateur,
- Le commissaire,
- Le liquidateur,
- Le conseil de gérance de la section d'assainissement du notariat,
- Le liquidateur dans le cadre du surendettement

MAGYARORSZÁG

- Vagyongfelügyelő,
- Felszámoló

MALTA

- Amministratur Proviżorju,
- Riċevitur Uffiċjali,
- Stralċjarju,
- Manager Speċjali,
- Kuraturi f'każ ta' proċeduri ta' falliment,
- Kontrollur Speċjali

NEDERLAND

- De curator in het faillissement,
- De bewindvoerder in de surséance van betaling,
- De bewindvoerder in de schuldsaneringsregeling natuurlijke personen

ÖSTERREICH

- Masseverwalter,
- Sanierungsverwalter,
- Ausgleichsverwalter,
- Besonderer Verwalter,
- Einstweiliger Verwalter,
- Sachwalter,
- Treuhänder,
- Insolvenzgericht,
- Konkursgericht

POLSKA

- Syndyk,
- Nadzorca sądowy,
- Zarządca,
- Nadzorca układu,
- Tymczasowy nadzorca sądowy,
- Tymczasowy zarządca,
- Zarządca przymusowy

PORTUGAL

- Administrador da insolvência,
- Administrador judicial provisório

ROMÂNIA

- Practician în insolvență,
- Administrator concordatar,
- Administrator judiciar,
- Lichidator judiciar

SLOVENIJA

- Upravitelj

SLOVENSKO

- Predbežný správca,
- Správca

SUOMI/FINLAND

- Pesänhoitaja/boförvaltare,
- Selvittäjä/utredare

SVERIGE

- Förvaltare,
- Rekonstruktör

UNITED KINGDOM

- Liquidator,
- Supervisor of a voluntary arrangement,
- Administrator,
- Official Receiver,
- Trustee,
- Provisional Liquidator,
- Interim Receiver,
- Judicial factor

ANHANG C

Verwalter nach Artikel 2 Buchstabe b

BELGIQUE/BELGIË

- De curator/Le curateur
- De gedelegeerd rechter/Le juge-délégué
- De gerechtsmandataris/Le mandataire de justice
- De schuldbemiddelaar/Le médiateur de dettes
- De vereffenaar/Le liquidateur
- De voorlopige bewindvoerder/L'administrateur provisoire

БЪЛГАРИЯ

- Назначен предварително временен синдик
- Временен синдик
- (Постоянен) синдик
- Служебен синдик

ČESKÁ REPUBLIKA

- Insolvenční správce
- Předběžný insolvenční správce
- Oddělený insolvenční správce
- Zvláštní insolvenční správce
- Zástupce insolvenčního správce

DEUTSCHLAND

- Konkursverwalter
- Vergleichsverwalter
- Sachwalter (nach der Vergleichsordnung)
- Verwalter
- Insolvenzverwalter
- Sachwalter (nach der Insolvenzordnung)
- Treuhänder
- Vorläufiger Insolvenzverwalter

EESTI

- Pankrotihaldur
- Ajutine pankrotihaldur
- Usaldusisik

ÉIRE/IRELAND

- Liquidator
- Official Assignee
- Trustee in bankruptcy
- Provisional Liquidator
- Examiner
- Personal Insolvency Practitioner
- Insolvency Service

ΕΛΛΑΔΑ

- Ο σύνδικος
- Ο εισηγητής
- Η επιτροπή των πιστωτών
- Ο ειδικός εκκαθαριστής

ESPAÑA

- Administradores concursales

FRANCE

- Mandataire judiciaire
- Liquidateur
- Administrateur judiciaire
- Commissaire à l'exécution du plan

HRVATSKA

- Stečajni upravitelj
- Privremeni stečajni upravitelj
- Stečajni povjerenik
- Povjerenik

ITALIA

- Curatore
- Commissario giudiziale
- Commissario straordinario
- Commissario liquidatore
- Liquidatore giudiziale

ΚΥΠΡΟΣ

- Εκκαθαριστής και Προσωρινός Εκκαθαριστής
- Επίσημος Παραλήπτης
- Διαχειριστής της Πτώχευσης

LATVIJA

- Maksātnespējas procesa administrators

LIETUVA

- Bankroto administratorius
- Restruktūrizavimo administratorius

LUXEMBOURG

- Le curateur
- Le commissaire
- Le liquidateur
- Le conseil de gérance de la section d'assainissement du notariat
- Le liquidateur dans le cadre du surendettement

MAGYARORSZÁG

- Vagyonfelügyelő
- Felszámoló

MALTA

- Amministratur Provizorju
- Riċevitur Uffiċjali
- Stralċjarju
- Manager Speċjali
- Kuraturi f'każ ta' proċeduri ta' falliment

NEDERLAND

- De curator in het faillissement
- De bewindvoerder in de surséance van betaling
- De bewindvoerder in de schuldsaneringsregeling natuurlijke personen

ÖSTERREICH

- Masseverwalter
- Sanierungsverwalter
- Ausgleichsverwalter
- Besonderer Verwalter
- Einstweiliger Verwalter
- Sachwalter
- Treuhänder
- Insolvenzgericht
- Konkursgericht

POLSKA

- Syndyk
- Nadzorca sądowy
- Zarządca
- Nadzorca układu
- Tymczasowy nadzorca sądowy
- Tymczasowy zarządca
- Zarządca przymusowy

PORTUGAL

- Administrador de insolvência
- Administrador judicial provisório

ROMÂNIA

- Practician în insolvență
- Administrator judiciar
- Lichidator

SLOVENIJA

- Upravitelj prisilne poravnave
- Stečajni upravitelj
- Sodišče, pristojno za postopek prisilne poravnave
- Sodišče, pristojno za stečajni postopek

SLOVENSKO

- Predbežný správca
- Správca

SUOMI/FINLAND

- Pesänohjaaja/boförvaltare
- Selvittäjä/utredare

SVERIGE

- Förvaltare
- Rekonstruktör

UNITED KINGDOM

- Liquidator
- Supervisor of a voluntary arrangement
- Administrator
- Official Receiver
- Trustee
- Provisional Liquidator
- Judicial factor

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|--|
| a. F. | alte Fassung |
| ABA | American Bar Association |
| ABI | American Bankruptcy Institute |
| ABl. | Amtsblatt |
| Abs. | Absatz |
| AEUV | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union |
| AG | Aktiengesellschaft/Amtsgericht |
| AGB | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AIIA | Association Internationale des Jeunes Avocats |
| AIRA | Association of Insolvency & Restructuring Advisors |
| ALI | American Law Institute |
| Anm. | Anmerkung |
| AO | Abgabenordnung |
| Arg. | Argument |
| ARGE | Arbeitsgemeinschaft |
| Art. | Artikel |
| Aufl. | Auflage |
| Az. | Aktenzeichen |
| BB | Betriebs-Berater (Zeitschrift) |
| BC | Bankruptcy Code |
| Begr. | Begründung |
| Begr.RegE | Begründung Regierungsentwurf |
| BFH | Bundesfinanzhof |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |
| BGH | Bundesgerichtshof |
| BMF | Bundesfinanzministerium |
| BR-Drucks. | Drucksache des Bundesrats |
| BRRD | Bank Recovery and Resolution Directive |
| BStBl | Bundessteuerblatt |
| BT-Drucks. | Drucksache des Bundestags |
| bzw. | beziehungsweise |
| COMI | Center of Main Interest |
| DAV | Deutscher Anwaltverein |

| | |
|---------------------|---|
| Dtl. | Deutschland |
| DKG | Konkursloven (dänisches Konkursgesetz) |
| EFG | Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift) |
| EFTA | European Free Trade Association |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EGInsO | Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung |
| EIR 2015 | Neufassung der Europäischen Insolvenzverordnung (848/2015) |
| EStG | Einkommenssteuergesetz |
| ESUG | Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen |
| EU | Europäische Union |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EuGVVO | Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen |
| EulnsVO | Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Insolvenzverfahren |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union |
| f./ff. | folgende/fortfolgende |
| FG | Finanzgericht |
| Fn. | Fußnote |
| GenG | Genossenschaftsgesetz |
| GewStG | Gewerbesteuergesetz |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GKV | Gruppen-Koordinationsverfahren |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GmbHG | Gesetz für Gesellschaften mit beschränkter Haftung |
| Hj | Halbjahr |
| HS | Halbsatz |
| i. d. R. | in der Regel |
| i. S. v. | im Sinne von |
| i. V. m. | in Verbindung mit |
| IBA | International Bar Association |
| III | International Insolvency Institute |
| InsO | Insolvenzordnung |
| INSOL Europe | European Organisation of Insolvency Professionals |
| INSOL International | International Association of Restructuring, Insolvency & Bankruptcy Professionals |

| | |
|----------|---|
| InsStatG | Insolvenzstatistikgesetz |
| InsVV | Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung |
| IWIRC | International Women's Insolvency & Restructuring Confederation |
| jurist. | juristische |
| KG | Kommanditgesellschaft |
| KStG | Körperschaftssteuergesetz |
| L.F. | Legge Fallimentare |
| Ltd | Private Limited Company |
| M&A | Mergers and Acquisitions |
| MoMiG | Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen |
| n. F. | neue Fassung |
| natürl. | natürliche |
| NBC | National Bankruptcy Conference |
| NJW | Neue Juristische Wochenschrift |
| Nr./Nrn. | Nummer/Nummern |
| NZI | Neue Zeitschrift für Insolvenz und Sanierung |
| OFD | Oberfinanzdirektion |
| OHG | Offene Handelsgesellschaft |
| OLG | Oberlandesgericht |
| Pers. | Person |
| RA | Rechtsanwält(e) |
| RefE | Referentenentwurf |
| RegE | Regierungsentwurf |
| RGBI | Reichsgesetzblatt |
| Rn. | Randnummer |
| Rs. | Rechtssache |
| RSB | Restschuldbefreiungsverfahren |
| S. | Seite/Satz |
| SoA | Scheme of Arrangement |
| sog. | sogenannt |
| StB | Steuerberater |
| s. u. | siehe unten |
| TMA | Turnaround Management Association |
| u. a. | unter anderem |

| | |
|----------|--|
| UIA | Union Internationale des Avocats |
| UNCITRAL | United Nations Commission in International Trade Law |
| usw. | und so weiter |
| Urt. | Urteil |
| VAZ | Veranlagungszeitraum |
| vgl. | vergleiche |
| VID | Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e. V.t |
| z. B. | zum Beispiel |
| Ziff. | Ziffer |
| ZPO | Zivilprozessordnung |

Ansprechpartnerin:

Ronja Erb
Eisenbahnstraße 19–23
77855 Achern
Telefon: 01 51/14 63 46 78
E-Mail: RErb@schubra.de

Das Jahrbuch von Schultze & Braun erscheint 2018 zum vierzehnten Mal. Es beleuchtet anhand von Aufsätzen aktuelle Themen aus dem Insolvenz- und Sanierungsrecht. Neben statistischen Daten zu Unternehmensinsolvenzen bietet es die einschlägigen aktuellen Gesetzestexte.

